Redebuch

2005

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze
20. 21. 22. 23. 24.
25. 26. 27. 28.
29. 30. 31.
32. 33. 34. 35.
36. 37. 38. 39.
40. 41. 42. 43.
44. 45. 46. 47.
48. 49. 50. 51. 52.
53. 54. 55. 56.
57. 58. 59. 60.
61. 62. 63. 64.
65. 66. 67.
Statistik Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

20. Bremer Montagsdemo

am 03. 01. 2005

Politik 2005

Steck dein Geld schnell in die Strümpf! Alles teuer ohne Enden, dann klebt das Geld in meinen Händen!

Rentner und chronisch Kranke müssen zahlen das größte Stück, doch wir zahlen auch zurück! Rentner lernen, was Reformen heißen: Sie haben bald nichts mehr zu beißen!

Reformen heißen I, II, III und IV, dann steht Eichel vor jeder Tür! Reformen werden von oben gemacht und von unten erbracht! Wer am Rande steht, auch ohne Hartz IV, dem knallt jetzt zu für immer die Tür!

Was haben das neue Jahr und Hartz IV gemein? Sie wollen beide bei mir zu Hause sein! Das Jahr darf bleiben, tagein, tagaus, doch Hartz IV schmeiß ich zum Fenster raus! Eine Schande für Deutschland ist Hartz IV! Drum schlägt auch für Deutschland bald zu die Tür!

Politik ohne Verstand: Das hat man dann Hartz IV genannt! Hartz IV hat man den Schwachen gegeben! Doch können sie damit besser leben?

Hartz IV kommt nicht mit Mercedes oder VW, sondern mit Papier, viele Seiten! Nun können die Arbeitsagenturen auf den vielen Aktenbergen schon reiten! Hartz IV baut ab die Arbeitslosen? Das geht verdammt schnell in die Hosen!

Hartz IV geht durchs Dorf, durch Stadt und Land. Jedem Bettler ist Hartz IV bekannt! Doch den Reichen ist es einerlei. Denen geht Hartz IV „am Arsch vorbei“!

Die riesige, teure Vorbereitung für Hartz IV ist einen Schande gewesen! Die unfähigen, teuren Berater für Hartz IV sind eine Schande! Die riesige, teure Reklame für Hartz IV ist eine Schande! Unsere „Regierung“ ist eine Schande!

Das Jahr hat kaum begonnen, da stellt man fest, dass Hartz IV viel, viel teurer wird, als wenn man gar nichts gemacht hätte! Hartz IV ist jetzt im Januar schon ein Schuss in den Ofen!

Diesen ganzen teuren Mist muss das „kleine Volk“ bezahlen und sehen, wie es zurecht kommt! Fast jede Hausfrau hätte von Hartz IV abgeraten! Wann geht Clement? Wann geht Schröder? Kommen da wieder „Lügen“ auf uns zu?

Chaos und Kriminelle! Auch der „Lügenkanzler“ hat nun endlich begriffen, dass Hartz IV eine große Katastrophe ist. Schickt er nun aus Sorge um seinen Posten den Clement in die alleinige „Hartz-IV-Verantwortung“? Weiß er endlich, dass er mit Hartz IV am Ende ist?

Hochmut kommt vor dem Fall! Hartz IV ist der größte und gefährlichste „Neujahrsrutsch“, und wir landen alle in einem riesigen Chaos! Clement darf da gerne noch vor dem „Lügenkanzler“ mit herunterrutschen! Clement wird sehr hart landen, und sein Kopf wird rollen! Aber Schröder muss auch da hinabsausen, und wir werden laut klatschen, wenn er auf die Nase fällt!

2005 werden Köpfe rollen wie noch nie! Aber wer regiert uns dann? Merkel wird bis zur nächsten Wahl längst verschlissen sein! Auch sie wird nicht alle Köpfe halten können, die da noch rollen müssen!

Ja, ihr Damen und Herren, Politik soll man *mit* dem Volk machen und nicht *gegen* das Volk! Eure Dummheit holt euch nun schneller ein, als ihr gehofft hattet! Ihr seid Heuchler, Absahner, Vertuscher, und sogar Kriminelle! Das Chaos, das ihr anrichtet, schert euch immer nur, wenn es euch um Kopf und Kragen geht! Sonst wird geschwiegen, gelogen, geschmiert und abgelenkt von den unangenehmen Dingen!

Solche Köpfe können wir überhaupt nicht gebrauchen, die nur Chaos anrichten und Steuergeld verschleudern! Die Menschen in Verzweiflung und Armut treiben! Werden die Zweit- und Drittgehälter mit den Diäten verrechnet? Ich glaube nicht! Wie viel Kriminalität steht hinter diesen Politikern?

„Skandal“ im EU-Parlament: 70 Abgeordnete unterschreiben nur kurz die Anwesenheitsliste! Sie haben ihr Gepäck schon dabei und reisen sofort wieder ab, kassieren aber 262 Euro Sitzungsgeld und womöglich noch 700 Euro für einen Flug, der sie nur 65 Euro kostet!

Es gibt keine Kontrolle! Lügen und betrügen straffrei in der Politik! Habt ihr kein Gewissen? Wenn Diäten euch nicht reichen, sollt ihr euch vom Acker schleichen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Lasst uns Geschichte schreiben!

Ein neues arbeitsreiches Jahr liegt vor uns, das zu einem Jahr der Entscheidungen werden wird. Entscheidungen, die darüber bestimmen, wie es mit den Menschen in diesem Land weitergeht: Zahnlos, arbeitslos, obdachlos und würdelos – oder aber ein menschenwürdiges Dasein für alle?

Dabei unterscheide ich keine Politik mehr von rechts oder links, christlich oder sozial, gar von der Mitte oder der neuen Mitte. Ich unterscheide nur noch zwischen einer Politik, die *gut* ist für die Menschen, und einer, die für sie *schlecht*

ist. Und die Politik des rot-grünen Regimes in Berlin ist nicht nur schlecht für die Menschen, sondern auch für unser Land!

Wir müssen es schaffen, im Kampf gegen eine Politik, die menschenverachtend und katastrophal für unsere Heimat ist, *alle* Schichten der Gesellschaft zu vereinen. Dazu gehört der Kleinunternehmer, auch der türkische, ebenso wie der Sozialgeldempfänger; dazu gehört die Jugend ebenso wie der Rentner, der glaubt, seine Pflicht bereits erfüllt zu haben; dazu gehört der Arbeitslose ebenso wie die Arbeitnehmerin, die hofft, all das betreffe sie nicht. Die Politik von Rot-Grün ist ein Generalangriff auf das *gesamte* Volk, die uns zurückführen soll in eine Zeit wie vor 200 Jahren!

Eine kleine reiche Kaste steht einer breiten armen Masse gegenüber. Und diese Politik soll fortschrittlich und zukunftsweisend sein? Doch wozu ein Volk in der Lage ist, zeigte uns nicht nur die alte DDR, sondern heute auch die Ukraine: Hunderttausende ließen sich von der Kälte nicht zur Aufgabe bewegen und harrten in Zelten auf den Straßen der Hauptstadt aus, bis das alte Regime beseitigt war!

Das sei all denen ins Stammbuch geschrieben, die da glauben, man könne nichts bewirken, geschweige denn etwas verändern. Lasst uns dieses Jahr zu dem Jahr machen, da die Menschen dieses Landes ihr Schicksal aus den Händen der Politiker reißen, um es in ihre eigenen Hände zu nehmen!

Lasst uns dieses Jahr zu dem Jahr machen, da wir uns die Menschenwürde zurückholen und der Politik das Fürchten lehren! Lasst es ein Jahr werden, das politisch wahrlich revolutionär wird, oder kurz gesagt: Lasst uns einfach Geschichte schreiben!

Erich Seifert (parteilos)

Solidarischer Start ins neue Jahr

Unsere Aktivitäten begannen am 3. Januar 2005 mit der Teilnahme an den „Agenturschluss-Aktionen“ vor der Agentur für Arbeit. Noch in der Dunkelheit bildeten sich lange Schlangen von Betroffenen vor Absperrgittern und Polizeiposten. Nur einzeln und ohne Begleitperson wurden die Menschen zum Eingang vorgelassen.

Von Seiten des Bremer „ Bündnisses gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“ war eine Zusammenarbeit mit einem Bündnis aus Antifa, Antirassismus und Autonomen verabredet worden. Unser Beitrag mit schönen Transparenten, Stand mit Kaffee, Tee, Glühwein und kostenlosen „Ein-Euro-Arbeitsplätzchen“ mit

„rot-grüner“ Beschichtung kam gut an. Die Teilnahme oder Anwendung des Offenen Mikrofons wurde uns verwehrt, so dass nur dieses andere Bündnis seine Beiträge und Aktionen darbieten konnte. Guten Zuspruch hatte ein kleiner regengebeutelter Infostand der MLPD mit allerlei Spenden und Gesprächen.

Abends um 17:30 Uhr fand dann, mit circa 60 Teilnehmern, unsere 20. Montagsdemo mit Kundgebung wieder auf dem Marktplatz statt. Verschiedene Neujahrsbeiträge, die den Willen und die Zuversicht in ein kämpferisches Jahr 2005 zum Ausdruck brachten, und auch Wortmeldungen zu konkreten Fragen der Erklärung von Widerspruch oder der Lösung von Problemen bei verspäteter Antragsabgabe bestimmten die Diskussion.

Trotz Versuchen der Zuspitzung in der Frage, ob wir nur für die Lösung von Problemen in Deutschland kämpfen, waren wir uns einig, dass wir international die Politik der Weltkonzerne gegen die Massen in allen Ländern bekämpfen müssen.

Den Abschluss bildete eine kurze Demo durch die belebte Innenstadt. Die kollegiale Art der Zusammenarbeit den ganzen Tag über und die herzlichen Wiederbegegnungen sind immer wieder Ausdruck der bewussten, nach vorne gerichteten Zusammenarbeit in Bremen.

„Rote Fahne News“

Agenturschluss Bremen

An der ab 9 Uhr stattfindenden „Aktion Agenturschluss“ beteiligten sich in Bremen circa 200 Menschen. Dabei wurden vor dem Eingang des Arbeitsamtes über einen Lautsprecherwagen mehrere Redebeiträge gehalten sowie Kaffee, Tee und Glühwein ausgeschenkt.

Das Arbeitsamt war komplett von Polizei abgeriegelt. Nur vereinzelten Protestierenden gelang es, in das Gebäude zu kommen. Dort war die „Sicherheitspräsenz“ jedoch sehr hoch, da sich die Polizei und wachsame Mitarbeiter(innen) auf den Füßen rumstanden. Bei einer Rangelei an der Absperrung zum Eingangsbereich wurde ein Demonstrant von einem überreagierenden „Klopperbullen“ abgeführt.

Gegen Mittag zog dann vom Arbeitsamt aus die Kundgebung als Demonstration in die Innenstadt zum Marktplatz. Dabei wurden drei Zivilpolizisten in zwei Schüben aus der Demo rausgedrängt. Einer von ihnen schlug, da er nicht enttarnt werden wollte – die Kapuze sollte runter, um die Stecker im Ohr festzustellen –, einem Demonstranten voll ins Gesicht und entfernte sich dann unter dem Schutz seiner Kollegen von der Demo. Alle drei waren doch recht leicht zu erkennen gewesen.

Die Demonstration machte auf einer Hauptkreuzung einen Stopp, damit dort ein Spiel auf dem eigens mitgeschleppten Kickertisch ausgetragen werden konn-

te. Dabei gewann die Arbeitslosenmannschaft gegen die Vertreter der Volkswagenwerke mit 6 zu 5. In der Nähe des Endkundgebungsplatzes wurde nachträglich eine Person verhaftet, da über diese Filmaufnahmen angefertigt wurden. Insgesamt soll es drei Festnahmen gegeben haben.

Im Vergleich zur später stattfindenden Montagskundgebung war die „Aktion Agenturschluss“ mit mehr als doppelt so vielen Teilnehmer(inne)n verhältnismäßig gut besucht. Die Arbeitsamt-Besucher(innen) reagierten gemischt auf die Protestaktionen. Das Ambiente war dabei, wie eingangs erwähnt, einladend organisiert.

Bericht eines Teilnehmers für „Indymedia“

Nulltarif, sonst legen wir die Schienen schief!

Wie bundesweit in ungefähr 80 Städten kam es auch in Bremen zu einer „Agenturschlussaktion“ vor dem Arbeitsamt. Um 9 Uhr versammelten sich dort am 3. Januar 2005 etwa 200 Menschen, darunter auch die FAU-Bremen, vor dem Eingang, um bei Musik, Redebeiträgen, Tee, Kaffee und Glühwein gegen die Armutspolitik zu protestieren.

Da auch die Sportler unter den Protestierenden nicht ins Arbeitsamt gelassen wurden, konnten sich diese ersatzweise an einem eigens mitgebrachten Kickertisch vergnügen. Dieser wurde auch auf eine im Anschluss stattfindende Demonstration zum Marktplatz mitgenommen. Unterwegs gewann bei einem Zwischenstopp auf der Kreuzung Am Brill die Fußballmannschaft der Arbeitslosen gegen die Kicker des Volkswagen-Vorstandes mit 6 zu 5 Toren.

Auf dem Marktplatz gab es neben einigen Redebeiträgen noch köstliche Suppe und einen Veranstaltungshinweis des Aktionskünstlers Meister Propper. Demnach treffen sich am 15. Januar 2005 die Ehemaligen der Bremer Straßenbahnunruhen von 1968 zum 37. Jahrestag wie ehedem an der Domsheide um 17 Uhr unter dem Motto „Nulltarif, sonst legen wir die Schienen schief!“

Bericht der „Freien Arbeiter(innen)-Union Bremen“

Ansturm auf Arbeitsagentur

„Agenturschluss“ in Bremen: Rund 300 Menschen demonstrieren gegen Hartz IV und Arbeitslosengeld II. 100 Polizisten sind im Einsatz. Proteste bleiben weitgehend friedlich. Betroffene sind verständnisvoll, manche genervt, viele verzweifelt.

„Das nähääärvt“, kräht das Kind an der Hand seiner Mutter und zeigt auf die Menschenmenge vor dem Bremer Arbeitsamt am Doventorsteinweg gestern Morgen. „Das nervt“, sagt die Mutter, „das ist doch eh durch – was soll das hier noch?“ „Das“ ist Hartz IV und die Proteste dagegen. Seit gestern gibt es das Arbeitslosengeld II, und deshalb war bundesweiter „Agenturschluss“, so nennt sich die konzertierte Aktion von Erwerbsloseninitiativen, Sozialbündnissen und zahlreichen linken Gruppierungen vor den Arbeitsagenturen vieler Städte.

In Bremen demonstrieren nach Polizeischätzungen in den Morgenstunden 200 bis 300 Menschen. Im Laufe des Vormittags werden es weniger. Einen für 12 Uhr angekündigten Demozug in die Innenstadt starten die Veranstalter eine Stunde eher – von Hartz IV Betroffene sind kaum dabei.

Gelangen am Morgen noch Protestierende ins Gebäude der Arbeitsagentur, so geht im Laufe des Vormittags nichts mehr. Rund 100 Polizeibeamte in Overalls, jede Menge Metallgitter und ein paar Polizeihunde versperren den Zugang zu der öffentlichen Einrichtung. Ein Versuch des „massiven Eindringens“ samt Angriff auf einen Polizeibeamten wird mit einer vorläufigen Festnahme quittiert.

Agentur-Kunden müssen abseits der Demo an der Seite des Hauses anstehen, um von Agenturmitarbeitern grüppchenweise ins Haus geleitet zu werden, vorbei an Polizisten und gefilzt vom Sicherheitsservice, den die Arbeitsagentur engagiert hat.

„Tageszeitung Bremen“ vom 4. Januar 2005

Aktion „Agenturschluss“ – Proteste ohne Protestierende?

Wer am regnerischen Montagmorgen des 3. Januar 2005 zum ersten Arbeitstag der Bremer Agentur für Arbeit in den Doventorsteinweg kam, war entweder Mitarbeiter(in), arbeitslos, Polizist(in) oder – zur kleinsten Zahl – Demonstrant(in). Unfreundlich war nicht nur das Wetter, sondern auch die Stimmung vor Ort – und das Gebäude draußen wie drinnen von Polizei aller Truppenteile abgeriegelt. Absperrgitter, Polizeihunde, Videoteams, private Sicherheitskräfte – man erwartete eine Revolution. Der Anlass: Die bundesweite Einführung des Arbeitslosengeldes II und die Proteste der Aktion „Agenturschluss“.

Wer die Agentur betreten wollte, musste Kontrollen passieren und nachweisen, dass ein tatsächliches Anliegen bestand. Innerhalb des Gebäudes war jeder verdächtig, ein möglicher Protestierer zu sein. Vor dem Gebäude kam es nach dem Versuch der Demonstration, einen Teil der Absperrungen zu beseitigen und das Gebäude zu betreten, zu einigen kleineren Rangeleien. Als die Polizei eine unangemessen harte Verhaftung vornahm, wurde der Versuch, die Agentur zu betreten, abgebrochen, sodass die Polizei ohne Probleme ihre Barrikaden wieder zurechtstellen konnte. Insgesamt gab es drei Festnahmen, bis der Demonstrationszug mit noch etwa 80 Teilnehmer(inne)n den Marktplatz zur Abschlusskundgebung erreichte.

Gegen die Hartz-IV-Reformen hatten sich in den letzten Monaten in Bremen entschiedene Proteste formiert, so im Bremer „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“, dem auch die PDS angehört. Dieses Bündnis rief mit zur Aktion „Agenturschluss“ auf, deren Ergebnis jedoch sehr ernüchternd war. Der Trend der Montagsdemonstrationen, an denen in den letzten Wochen eine immer kleinere Anzahl Menschen teilnahm, wurde zwar gestoppt, doch mit etwa 100 Teilnehmer(inne)n war die Zahl deutlich kleiner, als von vielen erwartet und erhofft.

Es zeigt sich deutlich wie schon 2004, dass die Betroffenen der Hartz-IV-Reformen sich nicht mobilisieren lassen. Wie die Proteste weitergehen, wird die Zukunft erweisen. Wenn es allerdings nicht gelingt, mehr Menschen zu erreichen, sind alle Proteste zum Scheitern verurteilt: Es bleiben dann Proteste ohne Protestierer(innen).

Artikel von Andreas Holling in der Bremer PDS-Zeitung „Stimmt“, Ausgabe 1/2005

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

21. Bremer Montagsdemo am 10. 01. 2005

Politiker und das „kleine Volk“

Vielen Politikern möchte ich auf die Finger klopfen! Ihr seid wohl nur dafür da, euch die Taschen vollzustopfen?

Eure Habgier ist ein Virus, eine Krankheit, von der ihr schon über so viele Jahre befallen seid, dass ihr selber gar nicht mehr merkt, wie krank ihr seid und dass ihr bereits ein ganzes Heer von Menschen angesteckt habt!

Ihr besitzt auch nicht das Mittel, euch selber zu heilen. Das aggressive Virus steckt so tief in euch drin, dass nur eine „Radikalkur” euch davon befreien kann!

Wo gibt es das „Rizinusöl“ für Politiker, die Völlerei betreiben und sich nicht mit ihren Diäten bescheiden? Für alle, die heimlich Nebenjobs haben, die nur kurz die Anwesenheitsliste ausfüllen und sich dann *kriminell* bereichern an Spesengeldern für Speisen, Hotel und Reisen?

Würdet ihr doch in die Klinik gehen und es mal selber trinken, dieses Abführmittel namens „Hartz IV“! Dann hätten wir bald bessere, frischere, ehrlichere und auch mutigere Politiker zum Regieren!

Viele Politiker werden zu schnell träge, faul, kriminell und sind zu feige, sich an ihrem *eigenen* „Speck“ zu kratzen! Doch die Menschen „unten“ kratzen sich schon die Knochen! Braucht ihr noch eine „Reinigungskur“, damit ihr das seht? Ab mit euch in die „Arbeiterrente“! Mehr habt ihr beim besten Willen nicht verdient!

Schlechte Arbeit und kriminell: Das würde „unten“ einen glatten Rauswurf bedeuten, ohne Abfindung, Weihnachtsgeld und „Extraleistungen“! Euch da „oben“ muss man mit „gleicher Härte“ und „gleichen Kürzungen“ bestrafen!

Ihr macht Gesetze! „Jeder Mensch“ ist vor dem Gesetz gleich zu behandeln! Seid ihr keine Menschen? Seid ihr von euren eigenen Gesetzen ausgenommen?

Schon jahrelang macht ihr für euch „eigene Gesetze“, das ist kriminell! Wir können uns auch keine eigenen Gesetze machen!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es im Grundgesetz. Aber ihr tastet schon lange die Würde des Menschen an, wenn ihr uns nicht einmal unser selbst erarbeitetes Geld und unsere verdiente Rente zum Leben lasst!

Ab mit euch in die Klinik und „Rizinus“ rein in euch, damit ihr zur Besinnung kommt!

Ursula Gatzke (parteilos)

Das war Mord, Herr Röwekamp!

Am 27. Dezember 2004 wurde der 35-jährige Laye Kondé aus Sierra Leone in Räumen des Bremer Polizeipräsidiums ertränkt. Ein sogenannter „Arzt“ des ärztlichen Beweissicherungsdienstes von Doktor Birkholz hatte ihm zusammen mit zwei Polizeibeamten mittels einer Nasensonde gewaltsam so viel Wasser eingeflößt, bis die Lungen volliefen. Infolge Sauerstoffmangels führte dies zum Hirntod. Am 7. Januar 2005 verstarb Laye Kondé.

Hätte nicht ein hinzugezogener Notarzt Anzeige gegen den „Arzt“ des Beweissicherungsdienstes erstattet, wäre der Vorgang vertuscht worden. Es ist in Bremen also möglich, dass in der Zentrale der Polizei Menschen umgebracht werden, ohne dass daraufhin irgendwelche Ermittlungen eingeleitet werden. Innensenator Röwekamp belügt die Öffentlichkeit, indem er über eine Woche später behauptet, der Betroffene habe sich vergiftet und sei daher an seinem Tod selbst schuld.

Alle Verantwortlichen in Bremen kannten aufgrund zahlreicher warnender Stellungnahmen von Fachärzten die Risiken der Brechmittelvergabe. In den letzten Jahren gab es wiederholt Strafanzeigen gegen Polizeibeamte und Angehörige des ärztlichen Beweissicherungsdienstes. Dabei wurde stets dargelegt, dass die Art der Brechmittelvergabe sämtlichen medizinischen Standards widerspricht.

Die polizeiliche Brechmittelvergabe hat bereits vor drei Jahren das Leben des 19-jährigen Nigerianers Achidi John gefordert, den eine Ärztin und mehrere Hamburger Polizisten auf ähnliche Weise umbrachten. Die Bremer Behörden sahen darin keinen Grund, ihre Praxis zu ändern.

Bereits 1995 hat Amnesty International die Maßnahme als erniedrigende unmenschliche Behandlung im Sinne der europäischen Menschenrechtskonvention qualifiziert und die Bremer Behörden deswegen verurteilt. Geht es um den EU-Beitritt der Türkei, ist die Einhaltung der Menschenrechte für Scherf, Röwekamp und Co. immer ein Thema. In Bremen werden sie von denselben Herren mit Füßen getreten!

Wir haben es hier also nicht mit einem ärztlichen Kunstfehler oder einer lediglich verunglückten Polizeiaktion zu tun. Dieser Todesfall war die logische Konsequenz einer seit Jahren von der Bremer Justiz und Polizei gnadenlos durchexekutierten Misshandlungspraxis, die sich fast ausschließlich gegen Afrikaner richtet. Er ist das Ergebnis einer politisch gewollten rassistischen Sonderbehandlung.

Die Hauptverantwortlichen für diese Folterpraxis sind Justizsenator Henning Scherf, der als Dienstherr der Staatsanwaltschaft die juristische Verantwortung trägt, Innensenator Thomas Röwekamp, dessen Polizei die Gewalttaten ausübt, sowie der Rechtsmediziner Birkholz und seine „Ärzte“. Wir fordern, dass die rassistische Polizeifolter in Bremen und anderswo ein Ende findet und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden!

Wir trauern um Laye Kondé und rufen auf zu einer Demonstration am Samstag, dem 15. Januar 2005, um 11 Uhr am Hauptbahnhof Bremen. Brechmitteleinsätze sind Folter! Schluss mit rassistischer Polizeigewalt! Rücktritt von Innensenator Röwekamp!

Flugblatt des „Antirassismusbüros Bremen“

Für den Erhalt der Montagsdemo kämpfen!

Ich spreche jetzt zum 13. Mal auf der Bremer Montagsdemo, und diese 13 hat Symbolcharakter. Denn heute geht es nicht um Hartz IV, Agenda 2010 und nicht um Mut, Hoffnung und Tatkraft, sondern um uns als Montagsdemo!

Nicht genug, dass wir den etablierten Parteien in den Parlamenten ein Dorn im Auge sind, nein, die Gegner der Montagsdemo organisieren sich hier im „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“: Sie wollen die Montagsdemo einstellen und beerdigen!

Nicht zum ersten Mal müssen wir uns des Versuches erwehren, die Montagsdemo zu beenden. Immer wieder wurde schon in der Vergangenheit dieser Angriff unternommen – bislang vergeblich, weil wir stets für die Fortsetzung gekämpft haben!

Heute, in einer Zeit, in der es wichtiger denn je ist, Flagge zu zeigen, ist die Montagsdemo in Bremen erneut in Gefahr. Und wir, die zum 21. Mal eine Montagsdemo für euch organisiert haben, brauchen eure Hilfe, im Kampf für den Er-

halt der Montagsdemo, damit wir auch in der nächsten Woche hier noch demonstrieren können!

Wir sind der Meinung, dass die Montagsdemo nicht irgendeinem „Bündnis“ gehört, sondern denen, die Woche für Woche bei Wind und Wetter ausharren und den Protest aufrecht erhalten. Also euch allen, die ihr hier heute steht! Und kein anderer als nur wir alle kann und darf darüber entscheiden, ob die Montagsdemo stattfindet oder nicht!

Wir wollen heute für den Erhalt der Montagsdemo kämpfen, aber ich brauche eure Unterstützung dabei. Und deshalb wünsche ich mir, dass die ganze Montagsdemo nachher mit in die Buchtstraße kommt und uns beim Kampf zur Seite steht! Wir brauchen heute jeden, der für den Erhalt der Montagsdemo eintritt, damit wir uns unserer Gegnern erwehren können, damit wir auch am nächsten Montag wieder demonstrieren können!

Lasst uns als Montagsdemo in die Buchtstraße gehen und unseren Gegnern sagen, dass wir weitermachen, ob es ihnen passt oder nicht! Holen wir die Montagsdemo zurück zu den Menschen, denen diese Demonstration gehört, nämlich euch, die ihr hier steht. Lassen wir uns nicht unseren Protest nehmen!

Organisieren wir die Montagsdemo selbst, ohne das „Bündnis“! Lasst uns die Montagsdemo gemeinsam zum Erfolg führen! Kommt alle mit in die Buchtstraße und kämpft für den Erhalt der Montagsdemo!

Erich Seifert (parteilos)

Unter der Armutsgrenze

„Eiszeit auf dem Arbeitsmarkt“, meldet der „Weser-Kurier“ am 5. Januar und erweckt fälschlicherweise den Eindruck, als ob es ehemaligen Sozialhilfeempfängern freigestellt sei, sich arbeitslos zu melden oder nicht. Doch dem ist nicht so: Jeder, der mindestens drei Stunden pro Tag erwerbsfähig sein kann und sonst über kein Einkommen verfügt, muss zwingend notwendig Arbeitslosengeld II beantragen!

Auch stimmt es leider überhaupt nicht, dass dieses ALG II höher sei als die bisherige Sozialhilfe: Das genaue Gegenteil ist der Fall. Auch wenn der jetzige Regelsatz auf den ersten Blick rund 50 Euro über dem bisherigen der Sozialhilfe liegt, ist er tatsächlich niedriger, weil kein Bekleidungs- und Weihnachtsgeld mehr gewährt wird und zusätzliche Anträge beispielsweise auf Reparatur einer Waschmaschine nicht mehr gestellt werden können!

Ferner hat der Paritätische Wohlfahrtsverband errechnet, das ALG II liege um 19,4 Prozent unter dem früheren „Warenkorb“ und somit unzulässigerweise tief unter der Armutsgrenze. Außerdem konnten Sozialhilfeempfänger früher auch

nicht gezwungen werden, Ein-Euro-Jobs anzunehmen, die ohnehin nur das Lebensniveau weiter drücken sollen. Das ist in meinen Augen sittenwidrig!

Elisabeth Graf (parteilos)

Die einen sagen: „Ein Jahr voller Niederlagen“, die anderen: „Jetzt fangen wir erst richtig an!“

Die 21. Montagsdemo begann ganz „normal“ um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Es waren nur gleich etwas mehr Leute da. Ein Jugendlicher sorgte für neue Musik für die Lautsprecheranlage. Die Nr. 17 von „Montagsdemo aktuell“ wurde von den Zuhörern gern genommen, und es gab auch Gespräche, zum Beispiel mit einer Frau, die sich als SPD-Mitglied über die hilflosen Reden ihrer zumeist alten Parteifreunde an ihrem Ort ärgert und wissen wollte, was sie denn tun kann. Schließlich waren wir um die 100 Teilnehmer und damit mehr als bei den letzten Malen.

Man merkte aber, dass ein Umbruch bevorstand, weil einige Vertreter verschiedener Organisationen nicht zu sehen waren. Nach kurzer erster Kundgebung und Demo fand eine zweite Kundgebung auf dem Hanseatenhof statt, die mehr Besucher der Innenstadt erreichte und auch neue Zuhörer gewann. Es gab eine solidarische Diskussion am Offenen Mikrofon: Ein Mann sagte, er sei dagegen, dass in Afrika Arbeitsplätze geschaffen werden statt hier. Ein Kollege ging darauf ein und erklärte, dass uns gegen die internationalen Monopole nur Solidarität der Arbeiter und Angestellten weiterbringt. Auf die Angriffe von GM/Opel haben die Beschäftigten, von Bochum ausgehend, weltweit gestreikt. Ein Kollege von Daimler-Chrysler unterstützte das und berichtete, wie er mit seinen Kollegen die Auseinandersetzung führt.

Weiteres Thema war die Flutkatastrophe am Indischen Ozean. Auch hier weltweite Solidarität der Menschen. Es wurde aber kritisiert, dass von manchen Ländern und den Reisekonzernen aus Profitgier die Menschen nicht gewarnt wurden. Besonders widerlich ist das menschenverachtende Verhalten der US-Regierung, die, obwohl sie in Minuten das Ausmaß der Katastrophe erkennen konnte, nicht reagierte, weil ihre „Interessen nicht betroffen“ waren. Kritisiert wurde auch die Absicht der deutschen und anderer Regierungen, Hilfe für die betroffenen Länder gewinnbringend in lukrative Aufträge für die heimischen Monopole zu verwandeln. Wir wollen hier und nirgendwo auf der Welt in der kapitalistischen Barbarei untergehen, denn „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“.

Seit längerer Zeit schon findet ein Ringen um die weitere Zukunft der Montagsdemo statt. Der feste Kern der Aktiven, zu dem neben vielen Unorganisierten die MLPD, ein Teil der WASG und die Gruppe „Unabhängiger Bürger“ gehören, ringt darum, Grundsätze für die Montagsdemo zu beschließen und auf den Treffen praktische Schritte für die Weiterentwicklung der Bewegung zu planen. Gleichzeitig gibt es Teile des „Bündnisses gegen Sozialkahlschlag“, die gar nicht mehr zur Montagsdemo kommen, aber für sich reklamieren, dass die Treffen nach der Demo „Plenen des Bündnisses“ seien und dort – ohne Prinzipien – über die Montagsdemo entschieden wird. Zur diesem Kreis gehört die SAV und Andiamo.

Im Kern geht es darum: Will man eine Massenbewegung, oder will man im eigenen Mief einer kleinen Runde linker Grüppchen bleiben? Schnell werden dann die Kollegen, die den Begriff „Volk“ verwenden, wenn sie „wir da unten“ meinen, als „völkisch“ oder „rechtspopulistisch“ diffamiert. Beim Treffen am 10. Januar prallten nun diese beiden Richtungen aufeinander. Während die *Anhänger* der Montagsdemo, die große Mehrheit also, zur Einheit aufriefen und die Selbständigkeit der Montagsdemo einforderten, bei gleichzeitigem Betonen der weiteren Existenz des Bündnisses, wollten ihre *Gegner* die Spaltung und schreckten nicht vor Drohungen zurück, die Erwerbslosen aufzufordern, nicht mehr zur Montagsdemo zu kommen. Schließlich wurde dann mit den Stimmen fast aller Anwesenden beschlossen, die Montagsdemo selbständig zu machen.

Auf jeden Fall heißt es: Am nächsten Montag wieder um 17:30 Uhr Montagsdemo auf dem Marktplatz!

„Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

22. Bremer Montagsdemo

am 17. 01. 2005

„Zum Wohle des Volkes“

Abzock-Politiker haben die Jagd auf Arme eröffnet!

Jede Hausfrau könnte die Politiker belehren, wenn es ums Aufräumen ginge. Oben *hui* und unten *pfui*, das geht nicht lange gut! *Oben* gibt es die große Freiheit. *Unten* gibt es Fesseln und Zwang!

Oben gibt es doppelten Lohn, sogar Lohn fürs Nichtstun. *Unten* wird gekürzt, geknebelt, rausgeschmissen, in Ein-Euro-Jobs gezwungen! Es fehlt nur noch die „Peitsche“, und wir sind im „Reich der Sklaven“ angekommen! Schon längst werden die Arbeiter von reichen Bossen hin- und her verschoben. Es geht nur noch um die Macht und ums Absahnen!

Oben gibt es das „Schlaraffenland“. *Unten* gibt es mindestens fünf Millionen Menschen ohne Arbeit! Pleiten, Pech und Pannen sind in der Politik zur Gewohnheit geworden! Schweigen ist fehl am Platz, denn das Ansehen der Politiker ist so schlecht wie nie!

„Arbeitgeber“ der Abgeordneten und Minister sind *wir,* das Volk! Die Kontrolle muss „das Volk“ ausüben und nicht der oberste „Repräsentant“ des Parlaments! Wo sind denn die „Anständigen“ in der Politik, die den „Raffkes“ die Stirn bieten?

Schröder, du bist ein „Lügenkanzler“! Die Arbeitslosenzahl wolltest du halbieren, oder du wärest nicht der richtige Mann und würdest gehen. Warum gehst du nicht? Schröder, du wolltest nicht an „unsere Rente“ ran! Du hast dein Wort gebrochen! Schröder, wo ist der „Kanzlerbrief“? Wer dreimal lügt, dem glaubt man nicht!

Ich kämpfe gegen die unglaublichen Ungerechtigkeiten! Ich prangere die Missstände in unserem Land an! Wie lange brauchen die überbezahlten Volksvertreter noch, um die Ungerechtigkeiten abzustellen? Vertreten uns denn nur „Schlafmützen“? Was bedeutet euch das „Wohl des Volkes“ noch? Haut bloß diese Inschrift vom Haus ab, sie stimmt schon lange nicht mehr!

Wozu leistet ihr Politiker überhaupt einen Eid? Was ist der denn wert? Ist das alles nur Schau? „Zum Wohle des Volkes“ wird gelogen, betrogen, abgezockt und das halbe Volk in Angst und Armut getrieben! „Zum Wohle des Volkes“ wird in

die eigenen Taschen geschaufelt, soviel nur irgend möglich ist! Und was wir an „Sozialstaat“ hatten, ist dabei zum „Unsozialstaat“ geworden!

Immer weiter breitet sich der korrupte Sumpf aus! Wie wird Volkswagen bloß geführt? In VW steckt „Politik“, deshalb klappt es nicht mit der Aufklärung. Hat es 3000 Euro Monatslohn fürs Nichtstun gegeben? Leisten Politiker Schwarzarbeit? Zahlt Volkswagen „Schwarzarbeitergeld“?

Ich kriege für die Arbeit vieler Jahre 300 Euro Rente! Zehnmal mehr Geld bekommen Abgeordnete ganz nebenbei, ohne Abzüge, und wofür? Welcher Boss traut sich das zu zahlen?

Was lässt man den jungen Leuten und Rentnern, den Arbeitern und Arbeitslosen, den Kranken, Schwachen, Blinden, Behinderten? Gerade so viel, dass ihnen ein ständiger Kampf ums Überleben bevorsteht!

Armes Deutschland! Du hast zu viele Politiker, aber nicht einen einzigen „Staatsmann“ mit Gewissen, Rückgrat und Mut!

Ursula Gatzke (parteilos)

Selbsthilfe muss organisiert werden

Seit nunmehr zwei Wochen leben viele Millionen Menschen in diesem Land mit der Hartz-IV-Gesetzgebung. Der Regierung, die da geglaubt hat, mit der Alg-II-Einführung ende der Protest, sei gesagt: Er fängt jetzt erst richtig an!

Falsche oder gar keine Bescheide, zu späte Auszahlung der Leistung, Zwangsarbeit, Zwangsumzüge sowie weitgehende Verwertung der eigenen Altersvorsorge: das sind schlagkräftige Argumente für die Fortführung der Proteste. Und die Menschen, die von dieser „gesetzlich verordneten und zementierten Armut“ betroffen sind, sollen wissen, dass es einen Ort gibt für ihren Protest, für ihre Empörung und ihre Wut!

Dieser Ort ist die Bremer Montagsdemo hier auf dem Marktplatz, jeden Montag aufs Neue. Doch wir wollen hier nicht nur protestieren, sondern wir müssen damit beginnen, unter uns eine gegenseitige Selbsthilfe zu organisieren!

Viele wissen ja schon, dass sich hier auf der Montagsdemo 15 Betroffene zusammengefunden haben, die etwas verändern wollen. Bekannt geworden sind wir als „unabhängige Bürger im Bündnis der Montagsdemo“. Nun steht die Gründung eines „Vereins zur Pflege und Förderung der Wohlfahrt“ an, den wir „Sozialen Lebensbund“ nennen wollen.

Für die vielfältige Arbeit, die sich daraus ergibt, von der Jugendhilfe über die Arbeitslosen- und Sozialberatung bis hin zur Altenhilfe, suchen wir die Unterstützung betroffener Menschen, die den Ehrgeiz mitbringen, dieses Land und ihre eigene Situation verändern zu wollen – nicht durch Reden, sondern durch eigenes Handeln.

Wer mitzumachen möchte oder noch offene Fragen hat, kann mich oder Herbert ansprechen, wir stehen euch jederzeit zur Verfügung. Und immer dran denken: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt! Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!

Erich Seifert (parteilos)

Klare Grundsätze, weitere Aktive, Ideen konkretisiert

Die Vertreter der Niederlagenstimmung blieben weg, weil ihnen bei so einer kleinen Demo die Sache angeblich „nicht lohnt“, und der Parlamentspräsident wollte uns mit der Portiersfrau von der Treppe jagen, weil wir die „Bannmeile“ überschritten hätten. Doch wir ließen uns nicht schrecken und wurden bei unsrer 22. Montagsdemo wieder fast 70 Teilnehmer auf dem Marktplatz um 17:30 Uhr.

„Keiner schiebt uns weg“ von Karl Nümmes schallte über den Platz und heizte ein. Neue Transparente waren gemalt worden. Ein vier Quadratmeter großes Plakat in moderner Sprühtechnik stach hervor. In den Beiträgen am Offenen Mikrofon standen die gekauften Abgeordneten und ihre Hintermänner in den Monopolen und die Vertuschungsversuche der gesamten Politik im Vordergrund. Gleichzeitig machen die neuen Gesetze aus den Massen gläserne Menschen, die bis ins Schlafzimmer nach ihrem Besitz ausgeschnüffelt werden.

Eine Frau aus Emden war empört über die Lügen des Abgeordneten und ehemaligen BR-Vorsitzenden der Thyssen-Nordseewerke Janssen, der behauptet hatte, seit 1994 keine Gelder mehr von VW erhalten zu haben, wiewohl peinlich VW ihn noch heute auf der Gehaltsliste führt. Die Wut kocht. Aber es gibt auch andere Beispiele: Ein Kollege aus Kiel, der alle vierzehn Tage bei uns dabei ist, weil die „Niederlagenfreunde“ in Kiel die Montagsdemo tot gekriegt haben, berichtete, wie an einem Kieler Krankenhaus aus Unmut Kraft geworden ist, die schließlich eine Demo von 200 Leuten in weißer Arbeitskleidung durch die Stadt führte, wo selbst Verdi verdutzt hinterherguckte. Das soll uns Mut machen!

Dann gab es eine kurze Demo mit Liedern und Sprechparolen durch die abendliche Innenstadt. Auch wenn am zweiten Platz heute keine Reden mehr geschwungen wurden, erfreute Karl Nümmes Lied „Bolle am Montag demonstriert“ alle Zuhörer.

In einem freundlichen „Ausweichquartier“ – die „Vertreter der Niederlagenstimmung“ hatten uns netterweise den Tagungsort abspenstig gemacht – haben wir dann die ersten Schritte zur Neuorganisation der Montagsdemo Bremen gemacht. Einstimmig haben wir Grundsätze verabschiedet, die am nächsten Montag auf der Demo zur Abstimmung gestellt werden sollen. Eine Koordinierungsgruppe, die alle Menschen, ob jung oder alt, ob Frau oder Mann, repräsentieren soll, wurde vorgeschlagen und soll beim nächsten Mal gewählt werden. Gute Vorschläge und Bereitschaft, sich den Aufgaben zu stellen, waren Ausdruck eines neuen Schwungs ohne „wir sollten mit der Montagsdemo aufhören“ und „lieber keine Grundsätze, weil sonst die Populisten das Wort kriegen“. Dass heute wieder neue Menschen dabei waren, die Verbindungen zu weiteren Kreisen eröffnen, zeigt, dass die Montagsdemo nicht an Interesse und Beachtung verloren hat.

„Rote Fahne News“

Trennung von der Organisation der Montagsdemo

Das Bremer „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“ besteht aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen. Es hat sich im Sommer 2003 gegründet, als sich die ersten Wirkungen von Kanzler Schröders Agenda 2010 abzeichneten.

Aktivitäten sind die Organisation des bundesweiten Aktionstages am 20. Oktober 2003 für Bremen mit Demonstration und Kundgebungen, mehreren kleineren Aktionen und Party; die Orientierung auf die Großdemonstration am 1. November 2003 gegen Sozialkahlschlag in Berlin; die Zusammenführung von sozialer Bewegung mit der Kampagne gegen das Bremer Schulgesetz und dem Uni-Streik; das Einberufen einer Aktionskonferenz 2004, um die Kräfte in Bremen zusammenzufassen und die gemeinsame Arbeit zu verbreitern und zu vertiefen; die Beteiligung von Bündnisteilnehmer(inne)n an bundesweiten Treffen und damit an bundesweiter Vernetzung und Organisierung der Proteste.

Nach dem zeitweiligen Abflauen von Aktivitäten nach dem 3. April 2004 haben wir mit Beginn der Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland diese als neue Protestform gegen Hartz IV sofort aufgegriffen und mit anderen linken Kräften organisiert. Anlass in Bremen war der Aufruf der rechtskonservativen Gruppierung „**Aufrechter Gang**“.

Im Bündnis sind durch die Montagsdemos auch neue Kreise und Einzelpersonen hinzugekommen. Es wurden die wöchentlichen Demos, Flugblattver-

teilungen und weitere Aktionen organisiert, bei Karstadt, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitsamt, Cinemaxx, Betriebs- und Personalräteempfang, Günter Grass und „ Agenturschluss“. Außerdem hat das Bündnis eine Veranstaltungsreihe entwickelt, die zeitnah vor allem die Themen aufgriff, die in der Bündnisarbeit zwischen Menschen und Gruppen mit recht unterschiedlichem Hintergrund auftauchten, wie „Frauen und Hartz IV“, „Wir sind das Volk“, „Ein-Euro-Jobs“, „Wir und die Gewaltfrage“, „Globalisierung“, „Wir und Gewerkschaften“ oder „Wie weiter nach dem 3. Januar 2005“.

Als nach dem 2./3. Oktober entsprechend dem bundesweiten Trend die Teilnehmerzahl auch in Bremen nachließ, ist es nur noch einmal gelungen – dank der Teilnahme einer größeren Zahl von Menschen aus Tenever mit einem kreativen Programm – eine eindrucksvolle Montagskundgebung durchzuführen. Im Übrigen ging die Zahl auf den „harten Kern“ zurück. Die jeweils anschließende Demo schmolz noch mehr, weil viele in einer Mini-Demo eher eine Demonstration der Schwäche und nicht der Stärke sahen. Hoffnungen richteten sich auf einen Aufschwung im Zusammenhang mit dem „Agenturschluss“ am 3. Januar 2005, dem Tag X. Es konnten aber ebenso wie in den drei Monaten zuvor nur einzelne Menschen zur Teilnahme am aktiven Protest gewonnen werden.

Die Montagsdemo war trotz ihrer geringen Zahl Informations- und Kontaktbörse, Treffpunkt mit Wiedererkennungswert, Anlaufstelle für ratsuchende Menschen, die sich teilweise zu gegenseitiger Unterstützung zusammenfanden – eine Massen-Bewegung von Betroffenen ist sie nicht geworden. Anstatt die bundesweiten Gründe dafür zu analysieren und gemeinsame Schlüsse für die weitere Arbeit zu ziehen, haben sich vorhandene Schwierigkeiten mit dem Abnehmen der Teilnehmerzahl verschärft. Manche suchten dann Schuldige für das Ausbleiben von weiteren Betroffenen.

Schon länger vor der organisatorischen Trennung führte der Teil des Bündnisses, der die Montagsdemo als eigene Bewegung ansieht, zusätzlich getrennte Besprechungen durch. Eigene Aktivitäten einzelner Gruppen im Bündnis stehen der Bündnisarbeit nicht entgegen – die Orientierung auf praktische Aktivitäten, Proteste, Hilfsangebote für Betroffene auf allen Ebenen wird von allen im Bündnis getragen. Die Aufrechterhaltung wö-

chentlicher Montagsdemos wird von Teilen des Bündnisses aber nicht mehr für sinnvoll gehalten.

Man muss eine Kampagne zu einem geordneten Ende führen, bevor sie kläglich auseinanderläuft. Dann kann mit vereinten Kräften auch wieder eine neue Kampagne gestartet werden. Über eine Kundgebung als Treffpunkt oder über Demos in größerem Abstand hätte man reden können. Doch statt nach gemeinsamen positiven Lösungen zu suchen, wurden Schein-Gegensätze zwischen Montagsdemo und Bündnis aufgebaut. Dafür gibt es in der Hauptsache zwei Ursachen.

1. Die **Rolle der MLPD**, deren Bremer Vertreter sich organisatorisch stark beteiligt haben, im Übrigen aber vor allem bemüht waren, Richtlinien ihrer Partei durchzudrücken. Dies ist eine Tendenz, die in zahlreichen Städten schon früher als in Bremen zu Konflikten, Spaltungen oder zum Ausschluss der MLPD aus lokalen Bündnissen geführt hat.

Auseinandersetzungen beziehen sich auf die Montagsdemo insgesamt, die bei der MLPD nicht als Protestform gesehen wird, sondern als gesonderte Bewegung unter ihrer Führung; die bundesweite Vernetzung von Montagsdemobündnissen nach MLPD-Organisationsschema; den Umgang mit Abstimmungen sowie das Offene Mikrofon (gute basisdemokratische Formen werden in ihrer dilettantischen Durchführung zur Farce); die Parolen und Forderungen (nicht unterscheidbar von rechten Forderungen); die Berichterstattung (der Umgang mit der Wahrheit und mit Zahlen); die mangelnde Solidarität mit Bündnispartnern; die fehlende politische Aufarbeitung (mangelnde Lernfähigkeit).

Die ersten beiden Kritikpunkte gewannen in Bremen erst in Zusammenhang mit weiteren nachträglich eine größere Bedeutung. Von Beginn an hat es im Bündnis Diskussionen um Begriffe wie „volksfeindlich“ und Parolen wie „Das Volk sind wir“ oder „Neue Politiker braucht das Land“ gegeben. Sind Schill, „Aufrechter Gang“, „Arbeit für Bremen“ gute Politiker, weil sie „neu“ sind? Die Grünen waren auch „neue Politiker“, und auch Neonazis bieten sich als solche an. Diese Parolen sind nicht geeignet, sich von rechten Populisten abzugrenzen. Sie werden wörtlich von Rechten benutzt!

Es genügt nicht, sich für die Verabschiedung von Prinzipien einer Bewegung stark zu machen, in denen es pauschal heißt, dass man sich „entschieden gegen Faschismus“ abgrenzt. Das könnten auch rechte Populisten unterschreiben. Wichtig ist, dass wir eigene linke Forderungen und Parolen entwickeln, ausgrenzenden und unsolidarischen Argumenten entgegentreten, damit sich solches Denken nicht in den Köpfen festsetzt. Besonders wichtig ist uns das heute, wo rechte Gruppen in allen möglichen Verkleidungen außerordentlich geschickt die Nöte der Menschen aufgreifen. Wir werden dieses Thema sicher bald in einer Veranstaltung aufgreifen, um es gründlich zu diskutieren.

Viele Menschen haben sich aus solchen Gründen nur noch „mit Bauchschmerzen“ oder gar nicht mehr zur Montagsdemo begeben oder mitgemacht. Nicht nur die jungen Menschen, die mit auf der Straße waren gegen den „Auf-

rechten Gang“ und danach ein eigenes Bündnis gründeten, auch viele andere, denen Stil und Sprache von Teilen der Montagsdemo missfielen.

Die MLPD wirft dem Bündnis vor, es wolle „keine Massenbewegung“. Hängt das Entstehen einer solchen von unseren oder den Wünschen der MLPD ab? Wir wünschen uns eine Massenbewegung gegen die Herrschenden in Politik und Wirtschaft, die uns und unseren Kindern die Zukunft rauben. Aber wir halten nichts davon, uns die Zahlen zurechtzulügen und uns etwas über unsere Stärke vorzumachen. Dies tut die MLPD bundesweit.

Sie unterstützt in der bundesweiten breiten Bewegung gegen Sozialkahlschlag nur die unter ihrem Einfluss stehende Richtung, verschweigt andere Termine wie den 2. Oktober 2004 und trägt zur Schwächung und Spaltung der sozialen Bewegung bei. Die MLPD hat sich trotz vieler Diskussionen als nicht kompromissfähig erwiesen. Das „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“ lehnt deshalb eine weitere Zusammenarbeit mit ihr ab.

2. Die **Rolle der „unabhängigen Bürger“**. Es ist das gute Recht von Teilen des Bündnisses, sich so zu organisieren, wie sie es für am besten halten, um den Angriffen, denen wir alle ausgesetzt sind, etwas entgegenzusetzen. Der Kreis „unabhängiger Bürger“ baut aber einen nicht wirklich bestehenden Gegensatz auf, die anderen Einzelpersonen und Gruppen im Bündnis seien keine Betroffenen. Alle sind betroffen vom Sozialabbau, wenn auch nicht alle unmittelbar von Hartz IV.

Der Unterschied ist: Wir kämpfen schon länger dagegen als einige von ihnen und haben deshalb schon einige Erfahrungen gesammelt, zum Beispiel dass Wut im Bauch oder im Herzen nicht genügt. Wir brauchen einen langen Atem. Wir finden es deshalb wichtig, die Strategie der Herrschenden besser zu durchschauen und möglichst klar und überlegt an die lange währende Auseinandersetzung heranzugehen, erkannte Fehler zu vermeiden – was nicht vor alten Schwächen und neuen Fehlern schützt!

Wenn eine Methode sich nicht bewährt hat, mehr Menschen aus ihrer Vereinzelung und Passivität zu holen, suchen wir neue Wege, anstatt nach „Schuldigen“ für das Ausbleiben des Erfolgs zu suchen. Wir wissen, dass Ausgrenzung und Spaltung den Gegnern nützt. Deshalb drängen wir auf solidarisches Verhalten zum Beispiel mit Beschäftigten, auch wenn wir (noch) keine Solidarität zurückbekommen. Kraft entwickeln wir nur gemeinsam. Wir akzeptieren auch andere Formen der Auseinandersetzung mit dem Kapital und den Regierenden als die in unserem Bündnis.

Wir holen Menschen da ab, wo sie sind. Auch die jungen Leute, Punks, noch Beschäftigte, Langzeit-Erwerbslose. Wir versuchen vom Beginn bei aller Unterschiedlichkeit solidarisches Verhalten und Emanzipation im gemeinsamen Kampf zu fördern. Die Montagsdemo ist nach unserer Einschätzung nicht die ganze Welt! Die Auseinandersetzung mit den Herrschenden findet auf vielen Ebenen statt – auch bei Montagsdemos. Wir wissen, dass es für unsere Probleme keine

„einfachen Lösungen“ gibt. Es hilft zwar, mal seinen Frust am Offenen Mikrofon rauszulassen – aber es genügt nicht.

Es genügt nicht, daran zu glauben: „Keiner schiebt uns weg“. Bei 30 bis 50 Teilnehmer(inne)n an der Montagsdemo klingt das eher wie das Pfeifen im dunklen Walde. Es genügt nicht, daran zu glauben, dass „die da oben“ vor uns paar Leuten zittern – sie tun es nicht. Sie lächeln verächtlich über das „Fähnlein der 50 Aufrechten“, egal ob es ein rotes, gelbes, buntes oder ein einsames Gewerkschafts-Fähnlein ist. Sie zittern auch nicht vor Tausenden von Verdi-Demonstrierenden, die immerhin eine erfreuliche Menge waren, die für ihre Interessen eintraten.

Es genügt nicht, auf Politiker zu schimpfen – nicht einmal, die Regierung abzulösen, wenn wir denn die Kraft dazu hätten. Wenn jemand „starke Worte“, „einfache Lösungen“ und „Führerqualitäten“ anbietet und sich der offenen Diskussion entzieht, sollte man misstrauisch werden. Denn so jemand macht anderen etwas vor. Wir bedauern es, dass sich unsere Wege getrennt haben. Die wirkliche Trennung gilt nur gegenüber Tendenzen, das eigene augenblickliche Wohl auf Kosten anderer durchzusetzen, und Leuten, die das propagieren. Denn das schadet der Bewegung gegen Sozialkahlschlag.

Nach Einführung von Hartz IV gilt es weiter sehr konkrete Arbeit in Bezug auf Ein-Euro-Jobs, Wohnungsprobleme, Gesundheitsreform oder Ausbildungsprobleme der Jugend zu leisten. Dort bringt sich das „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ gemeinsam mit anderen ein, die bereit sind, praktischen Widerstand zu leisten. Bei Aktionen und konkreter Organisierung werden die Aktiven sich wieder begegnen. Schnittstellen gibt es genug.

Stellungnahme des „Bündnisses gegen Sozialkahlschlag“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

23. Bremer Montagsdemo

am 24. 01. 2005

„Die Menschenwürde steht über allem“

Politische Macht darf nicht so weit gehen, dass die Menschenwürde jeden Tag und überall verletzt wird!

Politische Macht darf nicht so weit gehen, dass Politiker und Wirtschaftsbosse Straftaten ohne Anklage begehen dürfen! Es darf nicht sein, wie es jetzt schon ist, dass unsere Volksvertreter und Großunternehmer uns die Nase zeigen und belehren, dass Kriminalität „oben“ keine „Kriminalität“ ist und nicht bestraft werden muss oder kann!

Oben ist man nicht kriminell, oben hat man nur mal etwas vergessen, nicht gewusst oder aus Versehen nicht richtig gemacht. Wenn das einer aus politischen oder wirtschaftlichen Kreisen sagt, dann ist das keine Lüge und auch nicht kriminell, höchstens mal grob fahrlässig und wird so milde, wie es nur eben geht, geahndet, wenn überhaupt!

Schluss mit dem Lügen und Betrügen und „Das-Volk-ausnehmen-wie-eine-Weihnachtsgans“! Schluss mit der „Straffreiheit“ da oben, bei den feinen Damen und Herren!

Vor dem Gesetz sind alle gleich! Also sollen auch alle das gleiche Gesetz zu spüren bekommen! Kriminell ist kriminell, unten wie oben! Oder weiß man oben nicht, was kriminell ist? Aber die Richter und Staatsanwälte wissen das! Wo sind die Ankläger, die für Recht und Ordnung in den oberen Reihen sorgen? Ist denn oben nur noch Sodom und Gomorrha?

Was für eine Scheiß-Politik, wenn Patienten, die die sehr, sehr ungerechte Zehn-Euro-Arztgebühr nicht bezahlen, eine satte Mahngebühr erhalten und wahrscheinlich deswegen noch vor Gericht müssen! Was für eine Scheiß-Politik, wenn eine Rentnerin oder ein Rentner diese zehn Euro alle drei Monate von ihrer „Mini-Rente“ bezahlen müssen!

Ob die Volksvertreter mit ihren hohen Diäten und noch einem oder zwei Nebenjobs, wo sie noch einmal mehrere Tausend Euro schwarz oder nicht schwarz kriegen, auch nur zehn Euro Arztgebühr zahlen müssen, wenn überhaupt?

Die Rentner werden doppelt und dreifach damit bestraft! Rentner brauchen öfter Medikamente. Einmal krank und dreimal wütend: Wütend über die zehn Euro „Eintrittsgeld“ beim Arzt! Wütend über die sehr häufige Selbstzahlung oder die überteuerten Medikamente! Wütend über die unglaubliche Ungerechtigkeit der Zahlung!

Und dann haben wir den schönen Satz: „Die Menschenwürde steht über allem“! Längst steht zwischen den Zeilen, in jeder Tageszeitung, der Satz: „Die Macht steht über allem“! Hast du Macht, hast du auch andere Gesetze!

Wir hatten schon mal eine Zeit, wo die meisten Menschen machtlos waren! Wenn wir nicht aufstehen, dann haben wir aus dieser Zeit nichts gelernt! Holen wir uns Macht und Würde zurück!

Heute können wir noch unseren Mund aufmachen, darum tun wir es doch, so lange es noch geht! Wir brauchen dringend oben eine Jahrhundertreform! Sonst zahlen unsere Enkel später auch noch eine „Klopapiersteuer“!

Ursula Gatzke (parteilos)

Das Unwort im SPD-Programm

Es war ein Sonntag, als Schröder checkte, dass seine Partei vielleicht Gelüste weckte, weil das Programm, welch kaum gelesen, ein Wort enthielt, was längst verwesen!

Im tiefsten Keller sucht er die Schwarte: „Na“, denkt er, „warte nur, warte! Auf deine Schliche komm ich dir, du viel zu rotes Ungetier!“

Im trüben Schein der Notbeleuchtung erspähte er vom Wort gleich acht! Zwar längst bar innerer Bedeutung, doch schon war Schröder aufgewacht.

Bleich wie der Tod kam er gewankt, auch Doris hat vor Schreck geschwankt: „Was soll der Auftraggeber denken? Nie wieder wird er mir was schenken!“

Die Kommission wurde herbemüht, dem verehrten Herrn Kanzler zu sagen: „Soweit man die Sache übersieht, gilt nur das Jetzt und kein Wagen!“

Die Damen und Herren versprachen heilig, das Wort zu tilgen und rannten eilig, ein neues Programm zu entwerfen sowie das alte noch zu entschärfen.

Willst du wissen, welches Wort den Kanzler schreckte, Millionenmassen aber erweckte? „Sozialismus“ hieß das klare Wort! Im alten Parteiprogramm stand es noch dort.

Nun wissen wir auch aus der Geschichte, dass eben jenes Wort bei diesem Gelichte schlecht aufgehoben und nur zur Tarnung geschrieben wurde: Das ist uns Warnung!

Wenn eine Partei mit solchem Wort sich schmückt, Lenin vergisst und keine Machtfrage stellt, dann wissen wir, es wird nur eines bezweckt: Die Idee verfremden, eh sie Massen weckt!

Matthias Feilke

Keiner schiebt uns weg!

Als Mitglied der bundesweiten Koordinierungsgruppe der Montagsdemo habe ich heute die unangenehme Aufgabe, euch auf die Problematik in Eisenach aufmerksam zu machen: Dort versucht das Ordnungsamt, die Montagsdemo zu sabotieren, indem sie die Demonstration auf dem Marktplatz nur noch im wöchentlichen Wechsel mit *Faschisten* genehmigt!

Die Organisatoren der Demo haben dagegen vor dem Meiniger Verwaltungsgericht geklagt – und sie haben verloren! Das Gericht hat dem Ordnungsamt und damit den Faschisten recht gegeben! Dieses Urteil ist nicht nur ein schwarzer Tag für die Montagsdemobewegung, sondern auch und vor allem für die Demokratie in unserem Land!

Die Montagsdemo hat sich in ihren Grundsätzen dazu verpflichtet, auf *antifaschistischer* Grundlage zu arbeiten. Denn wir sind eine Bürgerbewegung, die sich von keiner politischen Richtung vereinnahmen lässt! Und weder einer Regierung, noch einem Gericht und schon gar nicht einer kleinen politischen Minderheit wird es gelingen, diesen Protest zu ersticken! Wir bleiben, was wir sind: nämlich Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle!

Die bundesweite Koordinierungsgruppe wird weitere Schritte prüfen und gegebenenfalls einen bundesweiten Protest ausrufen. In Dresden gibt es mit dem Ordnungsamt ähnlich gelagerte Probleme wie in Eisenach. Es ist deshalb wichtig, dass wir auch hier in Bremen wachsam bleiben!

Lasst uns das Lied „Keiner schiebt uns weg“ zur Hymne gegen politische und staatliche Repressalien machen! Lasst uns dieses Lied für alle laut hörbar singen und damit eine Kampfansage an alle diejenigen schicken, die glauben, wir wären nur ein Spielball ihrer Interessen!

Erich Seifert (parteilos)

Verheimlichter Clement-Auftritt – kleine Protestaktion

Wie sehr Wirtschaftsminister Clement Angst vor der Bevölkerung hat, wurde in Bremen deutlich: „Maritime Konferenz“ in Bremen, 1.000 Besucher aus Schifffahrt, Schiffbau, Verkehr und Zulieferbetrieben „treffen sich, entspannt wie lange nicht mehr“, um zu zeigen, welche Positionen sie in der weltmarktbeherrschenden Rangordnung erreicht haben. Fast wie nebensächlich wurde im „Weser-Kurier“ berichtet, dass der Bremer Bürgermeister Scherf für diese weltmännische Runde am Montagabend einen Empfang gibt.

Erst der Besuch von fünf Kollegen der Arbeitsloseninitiative aus Bremerhaven klärte uns auf: Dort war seit Tagen in der Öffentlichkeit durch die „Nordsee-Zeitung“ bekannt, dass heute Abend Clement und morgen früh Schröder auf der „Maritimen Konferenz“ sprechen sollen. Dass die Bremer Öffentlichkeit so in Winterschlaf gestimmt werden sollte, ist nur der gelenkten Desinformation der Medien zuzuschreiben.

Weil es ja Montagabend war, waren wenigstens wir da. Aber wir mussten selber erst umschalten. Fast 80 Teilnehmer konnte man im Laufe der Kundgebung um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz zählen. Das „Montagsdemo aktuell 19“ wurde verteilt, Redebeiträge gingen auf die neofaschistischen Umtriebe im sächsischen Landtag ein, wie auch auf die empörende Zulassung von Neonazi-„Montagsdemos“ an jedem zweiten Montag in Eisenach. Das fand den einhelligen Protest. Aber jetzt war das Wichtigste, wir wollen Clement unseren Protest gegen die widerliche Regierungspolitik zeigen. In spontaner Demo ging es zum Rathaus-Eingang, wo mehrere Busse die „erlauchten Gäste“ zum Sich-den-Magen-vollschlagen auf Kosten unserer Steuergelder entluden.

Gellendes Pfeifkonzert und „Clement rauskommen“ ertönte und verunsicherte Gäste und Polizei. Mit wahren oder falschen Informationen, Clement sei schon lange drin, versuchte die Polizei, uns zum Rückzug und auf unseren angemeldeten Demoweg zu bewegen, und drohte mit verstärkten Mannschaften.

Eigentlich wollten wir weiter protestieren, aber weil wir nicht vorbereitet waren und uns nicht richtig vereinheitlichten, ließen wir uns „vertreiben“ und zogen zum Teil zum Demoziel. Ein kleiner Kreis harrte aber aus und nutzte die Gelegenheit, mit Schildern gegen die ganzen Hartz-Gesetze den „verwunderten Gästen“ unseren Protest kundzutun.

Dieses „Ereignis“ war natürlich *das* Gesprächsthema beim Auswertungstreffen. Von allen wurde kritisiert, und wir stellten einmütig fest, dass wir uns direkt vor der Aktion die Bedeutung und die Möglichkeiten, zu protestieren, nicht genug klar gemacht hatten. Das Weggehen war die falsche Entscheidung. Wir hätten standhaft bleiben müssen und schon mit Schweigen, Schildern und Transparenten Wirkung gezeigt, denn Kollegen berichteten, wie im Rathaus alle Fenster

mit Zuguckern belegt gewesen waren. Aber wir zogen auch Konsequenzen: Nach dem Beschluss von Grundsätzen beim letzten Mal wählten wir nun eine örtliche Koordinierungsgruppe, die eben auch bei solchen Situationen eine gewisse Führung haben muss, um von allen getragene Entscheidungen zu fällen.

Weiter wählten wir einen Kassierer und Kassenprüfer, beschlossen ein neues Flugblatt und bereiteten die nächsten Aktionen vor dem Arbeitsamt vor. So gesehen war für uns der verheimlichte Clement-Auftritt doch ein heilsamer Schock, nicht in diesen Tagen in Trott und Routine zu verfallen.

„Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

24. Bremer Montagsdemo

am 31. 01. 2005

Die Stille ist eine Medizin!

Unser Bundeskanzler Schröder war zwei Jahre lang sehr still. Jetzt hat Bremen endlich die „Medizin“ vom Kanzlerversprechen bekommen! Aber diese Arznei ist zu billig, zu bitter und sehr schwer verdaulich für die Bremer Volksvertreter! Und noch ist diese billige, verkorkste Medizin gar nicht in Bremen! Sollten wir vielleicht noch einmal zwei Jahre warten müssen, bis man diese Arznei schön verpackt hat, in eine „Mogelverpackung“? Liebes Bremen, merke dir, im Wein liegt die Wahrheit! Aber in der Kanzler-„Medizin“, da liegen die Lügen! Und ich kriege von Lügen immer eine grässliche Allergie! Nun, Bremen? Erst einmal wieder still, still, still, weil unser „Schröder“ das so will!

Aber wenn die Berater noch etwas Geld für die „Clementine-Stiftung“ übriglassen, hätte ich auch eine Idee, um Bremen 2010 interessanter zu machen, die Krone, die noch gesucht wird! Ich nutze die Chancen und trage sogar dazu bei, dass Bremen sein Ziel billig erreicht! Ich biete kulturelle Qualität und bringe Fremdes und Bremisches in produktive Spannung, denn es geht um Anstöße, Austausch, Irritation, Verwunderung und Erstaunen, kurz: um neue Fragen und Antworten! Garantiert! In dieser Auseinandersetzung entstehen neue Sichtweisen des Vertrauens! Bremen lernt sich selbst besser kennen, experimentiert wie im Labor mit neuen städtischen Lebensweisen, Ausdrucksformen und Modellen der Mitwirkung, wobei es zu einer Alltagskultur gelangt, die auch Respekt und Würde wiedergibt!

Ja, ist da nichts? Das reicht nun erst einmal, denn der „Kanzlerbrief“ war und ist gelogen! Und wer so dreist die Bremer belügt, hat in unserer Stadt auch ein gutes Denkmal verdient! Bremen wird ganz und gar Pleite gehen! Augenschließen und Schweigen bringt nichts! Aber ein „Lügenkanzler-Schröder-Denkmal“ in der Innenstadt, so richtig schön groß, „die Nase hoch“ und „auf den Brustwarzen“ kriechend, das könnte noch in vielen Jahren Bremer und Auswärtige von Herzen erfreuen! Dann wären wir nicht umsonst so sehr belogen worden!

Ursula Gatzke (parteilos)

Studenten- und Montagsdemo blockiert Kreuzung

Die Bildungswirtschaft

Heute begrüße ich die Studentinnen und Studenten der Bremer Universität!

Ihr habt uns, die Montagsdemo, auf eurer Seite, das kann ich voller Überzeugung sagen. Denn dieser Staat will sich seinem grundgesetzlich festgelegten Bildungsauftrag entziehen und aus dem Bildungssektor einen *Wirtschaftszweig* machen!

Auf der einen Seite wird *lebenslanges Lernen* gefordert, aber gleichzeitig verweigert uns der Staat in diesem neuen Wirtschaftszweig „Bildung“ die *Chancengleichheit!*

Wer die Bildung privatisiert, also von der *Finanzkraft* des Einzelnen abhängig macht, der schließt bewusst einen Großteil der Bevölkerung von der Bildung aus. Bildung ist eine *Dienstleistung,* und der Name besagt ja schon, das man sich diesen Dienst auch leisten können muss!

Es ist mehr als gerechtfertigt zu sagen: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut!“ Denn gerade die Kinder der Familien mit geringem Einkommen können sich diesen Dienstleistungs-Wirtschaftszweig „Bildung“ nicht mehr leisten.

Und so reicht es der Regierung nicht mehr, eine Politik zu machen, die auf den Spruch hinausläuft: „Weil du arm bist, musst du früher sterben“. Nein: Jetzt soll die nächste Generation auch noch *dumm* sterben!

Erich Seifert (parteilos)

Studenten- und Montagsdemo: Gemeinsam sind wir stark!

Strömender Regen hatte dem Aktionstag der Studenten der Bremer Uni gegen die Studiengebühren schwer zugesetzt: Durchweichte Transparente, durchnässte Studenten – manches Geplante konnte so nicht durchgeführt werden.

Aber um 17:30 Uhr war es trocken, als die 24. Montagsdemo mit der Abschlussaktion der Studenten für den heutigen Tag gemeinsame Sache machte. Mehr als 600 Menschen hatten sich eingefunden, als der Schlussevent stieg und Bremens Schulsenator Lemke zur „Miss Bildung“ unter gellendem Pfeifkonzert erklärt wurde, verbunden mit allerlei passendem Redebeiwerk. Die Studenten erprobten das offene Mikrofon, und die Redner der Montagsdemo riefen zum gemeinsamen Kampf auf.

Natürlich stand der studentische Protest heute im Vordergrund, aber der Beifall, der allen Redebeiträgen gezollt wurde, zeigte, dass die Studenten wissen, dass nur in gemeinsamer Aktion die ganze Gesetzgebung, ob Studienverschlechterungen, Hartz IV oder Agenda 2010, gekippt werden kann.

In breiter, manchmal etwas chaotischer Marschordnung ging es bei fetziger Musik und Rufparolen zum Bremer Hauptbahnhof, dem Abschlusspunkt der heutigen Demo. Erste festere Kontakte für weitere Zusammenarbeit wurden geknüpft

und vereinbart. Die Montagsdemo hatte jedenfalls ihre Freude an den vielen vor allem jungen Menschen, und mancher seltenere Besucher war direkt verblüfft. Wir werden nun sehen müssen, wie wir die Studenten unterstützen und für eine gemeinsame Aktion längerfristig gewinnen können.

„Rote Fahne News“

25. Bremer Montagsdemo

am 07. 02. 2005

Keine „gläsernen“ Abgeordneten

Spitzenpolitiker sprechen sich gegen einen tiefen Einblick in die Bezüge der Volksvertreter aus. Das Wahlvolk soll keinen scharfen Blick auf die „Nebeneinkünfte“ der Volksvertreter werfen können!

Bei den „Spitzenpolitikern“ regt sich wahrscheinlich das „Gewissen“, so sie noch eines haben. Denn sie wissen ganz genau, dass sie sich in Grund und Boden schämen müssten, wenn das Wahlvolk sehen würde, was da so alles in die Taschen geschaufelt wird! Von den vielen Extras ganz zu schweigen.

Sie wissen ganz genau, dass das „Wahlvolk“ sehr wütend, zornig und aggressiv reagieren würde! Denn sie sehen selber, wie ungerecht ihre Gesetze für das Wahlvolk sind: Es würde blass vor Neid werden! Und ein „blasses Wahlvolk“ macht nicht gerne seine Kreuzchen für „Spitzenpolitiker“, die schon zu lange an den „vollen Trögen“ gelagert haben!

Es ist besser, wenn das Volk nicht weiß, wie voll die Tröge sind. Denn das Volk läuft zusehends mehr zu den „Tafel“-Geschäften, Essensküchen und Kleiderkammern und kämpft um das Überleben! Es verhungert schier mit den Mini-Renten, der zweiten „Minus-Renten-Runde“ und den Ein-Euro-Jobs!

Unten „gläsern“, ja, das muss so sein! Oben „gläsern“, nein, das darf nicht sein! Leben denn unsere Volksvertreter als Gesetzlose? „Gesetzlose“, die Gesetze für das „gläserne Wahlvolk“ machen?

Ich hoffe nur, dass das „gläserne“ Wahlvolk aufsteht und sich nicht noch mehr von denen mit den „eigenen Gesetzen“ ausbeuten lässt!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die Narren sind los

Die Narren sind jetzt überall! Von Berlin aus starten sie den Überfall. Nicht auf die Rathäuser, sondern auf die kleinen Leute werfen sie sich wie ‘ne wilde Meute! Der Obernarr heißt Ackermann – ach, wie der ackert, dieser Mann! Gewinnexplosion von fünfzig Prozent! Uns zieht man aus das letzte Hemd! Sechstausend schmeißt er raus aus seinem noblen Bankenhaus! Und guckt dabei brav aus der Wäsche raus!

Und überall Empörung! Hört, wie sie heucheln und gleichzeitig Arbeitsplätze meucheln! Ja, früher, sagen sie, da herrschte noch Moral, da gab sich sozial das Kapital! Doch die Wahrheit ist, liebe Närrinnen und Narrelesen: Es ist noch niemals so gewesen! *Was* hier herrscht, ist Profitgesetz, deshalb wirst du auf Hartz IV gesetzt! *Wer* hier herrscht, sind die Monopole: Die haben den Staat im Griff und verwalten die Kohle!

Und der Clement lacht: „Es sieht doch alles super aus, die Ein-Euro-Jobber fallen aus der Statistik raus!“ Doch sein Hartzer Käse ist gerade mal fünf Wochen alt, da zeigt sich die Bilanz eiskalt: fünf Millionen ohne Job! Nee, Hartz IV, das ist ein Flop! Clement, Schröder, ihr seid Lümmel, euer Hartzer Käse stinkt zum Himmel! „Doch“, sagt nun Clement, „wartet ab, die Zeit ist einfach noch zu knapp! In ein paar Monaten“, heißt es jetzt, „hat sicher die Wirkung eingesetzt!“

Schon kommen die Rechenkünstler her: „Arbeitslose, hört mal her! Ihr sollt still sein, das Maul halten und euch in Ost und West zerspalten! Ihr sollt resigniert zu Hause stehn und nicht zur Montagsdemo gehn! Ihr sollt auch enttäuscht euch gegenseitig beharken – derweil kann Ackermann auf dem Weltmarkt erstarken!“

Die denken wohl, zur Narrenzeit sind alle bekloppt, die Leut!? Bloß bei uns hier hat das keinen Zweck: So schnell kriegen die uns nicht von der Straße weg! Was wir hier machen, ist eine Zukunftsinvestition. Wir machen das nicht nur für Arbeit und Lohn: Die Zukunft der Kinder liegt uns am Herzen, damit kann man mit uns nicht scherzen!

Darum, liebe Pappnasen und -näsinnen in Reichstag und Chefetagen, ihr mit den Daimlers in den Garagen, ihr Ackermänner und Esser, Arbeitsplätze-Fresser, ihr Raffgowskis und Schröder: Nein, trotz Pisa, wir werden nicht blöder! Wir nehmen euch eure Scherze nicht ab! Runter mit der Narrenkapp, damit man euch unterscheiden kann von dem kleinen, normalen Mann! Hinter eurer grinsenden Fassade seid ihr eine vollgefressene Made! Made in Germany, sozial war die nie!

Überall, da ruft das Volk: „Hejoh!“ und demonstriert weiter, munter und froh! Und bis nach Berlin, da rufen wir: „Alaaf! Helau! Weg mit Hartz IV!“

Wolfgang Lange: Büttenrede zum Rosenmontag 2005,
nach Karl Nümmes, Berlin und Pit Bäuml, Heilbronn

Eigene Homepage und allerlei Aktivitäten

Weil Rosenmontag war, der in Bremen aber nicht wie in anderen Gebieten gefeiert wird, zogen einige Teilnehmer lustige Gesichtsmasken über, und es erschallte neben flotter Samba-Musik die erste Büttenrede zur widerlichen, verlogenen und bankrotten Politik von Schröder, Clement, Merkel, Stoiber über den Marktplatz. Der Sonnenschein ließ es erstmals etwas später dunkel werden, aber es war ganz schön kalt. Trotzdem hatten sich 53 Teilnehmer zu unserer 25. Montagsdemo versammelt. Es gab wegen der Kälte und der geringeren Zahl von Passanten und Teilnehmern nach der Kundgebung mit offenem Mikrofon ausnahmsweise keine Demo.

Leider sind sich die Studenten noch nicht so klar, wie sie ihren Prostest gegen die Studiengebühren und die Verschlechterung ihrer Lebenslage nach den Demos in Hamburg und anderen Orten weiterführen wollen. So gab es heute noch keine weitere gemeinsame Aktion. Aber neue Kontakte konnten geknüpft werden, so sprach die Vertreterin einer Selbsthilfegruppe der Mousearmsyndrom-Erkrankten und berichtete über den mühsamen Kampf um die Anerkennung als Berufskrankheit. Weiter gab es aktuelle Infos für die Betroffenen von Hartz IV, die jetzt aufgefordert werden, zu begründen, warum sie Widerspruch eingelegt haben. Das ist nichts anderes als ein übles bürokratisches Einschüchterungsmanöver. Widerspruch einzulegen ist nach wie vor richtig und wichtig, weil zum Beispiel viele Bescheide oft erst Wochen nach dem Erstellungsdatum zum Versand gekommen sind.

Die Montagsdemo-Aktiven haben in der letzten Woche allerlei geschafft: seit dem Wochenende eine eigene Homepage, www.Bremer-Montagsdemo.de, und ein Wochenendseminar, auf dem wir, so unterschiedlich wir in Alter, Herkommen und Aktivität waren, größere Schwerpunkte zur Wohnungssituation der Hartz-IV-Betroffenen und zum Internationalen Frauentag entwickelt haben, die nun konkret umgesetzt werden können.

Zum nächsten aktivem Protest bietet sich der kommende Freitagmittag an, wenn „erlauchte Herren“ aus Wirtschaft und Politik mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt an der Spitze zur „Schaffermahlzeit“ erscheinen und um etwa 13:30 Uhr von der Handelskammer (Haus „Schütting“) quer über den Marktplatz zum Rathaus marschieren: „Wir wollen Sie für einen Euro begleiten“!

„Rote Fahne News“

Montags wird weiter demonstriert – doch von wem?

Montagabend, Januar 2005, kurz nach halb sechs. Zwei Polizisten sitzen gemütlich im warmen Streifenwagen, trinken Kaffee und betrachten ein gewohntes Bild: Laute Rufe hallen über den Marktplatz, fremde Gesänge künden von Revolution und Widerstand, Reden klingen von „denen da oben und uns hier unten“, von Volk und Heimat, von Hartz IV und dem Feind, der im „Naturfreundejugend“-Haus in der Buchtstraße tagt. Die Montagsdemo findet mal wieder statt.

Rund 30 Menschen stehen im Dunkeln vor der Bürgerschaft und machen ihrem Frust über die falsche Sozialpolitik der SPD-Agenda 2010 Luft. Einer der Polizisten steigt aus dem Wagen und holt bei fast 0 Grad Kaffeenachschub. Plötzlich füllt sich der Marktplatz, die Demonstration scheint auf das Zwei- oder Dreifache anzuwachsen. Nervosität bei den Herrschenden in der Bürgerschaft und der Polizei – sollte es letztendlich doch zu dem von den Demonstrant(inn)en beschworenen Massenaufstand kommen?

Als der Kaffeenachschub der Polizei eintrifft, hat sich die Situation geklärt, denn die beiden Busladungen einkaufsinteressierter Pensionäre aus Oldenburg haben den Marktplatz bereits wieder Richtung Karstadt verlassen. Nach einer Dreiviertelstunde stimmt die Montagsdemonstration ab und beschließt, wie jede Woche zum Hanseatenhof zu laufen, um dort die Menschen zum Protest abzuholen. Leise verklingen die Gesänge „Keiner schiebt uns weg“ aus der Obernstraße, als die rund 20 übriggebliebenen Teilnehmer(innen) in die Stadt gehen. Für die beiden Polizisten in ihrem Streifenwagen endet eine weitere Montagsdemo.

Als sich am 10. Januar die Trennung zwischen Montagsdemo-Organisation und dem Bremer „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“ vollzog, kam dies für viele Außenstehende überraschend. Wer sich jedoch zu den Treffen des Bündnisses verirrte, merkte recht bald, dass die Stimmung der Menschen dort bereits seit Wochen sehr gespalten und nicht mehr sonderlich solidarisch war.

Gründe hierfür gab es viele, hatte doch das Bündnis die Kontrolle über die Montagsdemos vor allem an jene verloren, für die Bündnisarbeit eine sinnentleerte Aneinanderreihung von Silben ist: verbale Vulgärrevolutionäre und Beliebigkeitspopulisten ohne Unterscheidung zwischen rechts und links. Diese formierten sich zur Gruppe der „Unabhängigen Bürger“, welche nun zusammen mit der MLPD als revolutionärer Speerspitze der Arbeiterklasse jene montägliche Veran-

staltung planen und durchführen, zu der sich regelmäßig noch etwa 30 Menschen auf dem Marktplatz treffen.

Es war dem Bündnis nicht gelungen, diese Gruppen wieder zu integrieren. Man ist versucht zu sagen: Und das ist auch gut so.

Artikel von Andreas Holling in der Bremer PDS-Zeitung „Stimmt“, Ausgabe 1 (Februar 2005)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

26. Bremer Montagsdemo
am 14. 02. 2005

„Tsunamis“

Der Tsunami war sehr verheerend und hätte doch nicht *dieses* Ausmaß an Leid und Tod bringen müssen!

Um zwei oder vier Menschen aus dem Weltall zu retten, hätten die Verantwortlichen keine Kosten und Mühen gescheut, sondern schnell gehandelt. Aber was nützt die beste, modernste Technik, wenn man sie wegen eigener Interessen im entscheidenden Augenblick nicht einsetzt! Es gibt zu viel Überflutung auf der Welt und ganz in der Nähe!

Die *„Tsunami-Korruptions-Welle“* spült hier und da Gesichter frei, sie löst Verwüstungen in den Köpfen, Büros und Kassen aus! „Oberstes Gebot: Ruhe bewahren und möglichst erst einmal abtauchen! Danach kommt das Vergessen.“

Die *„Tsunami-Arbeitslosen-Welle“* wälzt sich über das ganze Land! „Abwarten, bloß keine Panik auslösen! Nach der Verwüstung schauen wir mal, räumen auf und leisten Hilfe.“

Die *„Tsunami-Gesundheits-Welle“* rollt gnadenlos über die Ärmsten und den Mittelstand! Grausam schlägt die Welle alles entzwei, was vorher noch intakt und zu gebrauchen war! Sie wird hier grässliche und tödliche Spuren hinterlassen!

Auch die *„Tsunami-Renten-Welle“* rollt durch das ganze Land! Die Rentenbeiträge wurden früher aus der Klasse geklaut und bis heute nicht wieder hineingetan, ein Betrug der Regierungen an den heutigen Rentnern! Und eine zweite „Renten-Minus-Runde“ soll her!

Dann gibt es *noch* eine „Flut“ in Deutschland: Es ist die *„Tsunami-Gleichgültigkeits“*- oder *„Resignations-Welle“*, die sehr schleichend über die Menschen geschwappt ist. Sie ist genauso gefährlich wie die „nasse Welle“! Auch sie bringt viele Tote, Verletzte, Verzweifelte, Hilflose und eine große Verwüstung!

Dagegen gibt es nur ein einziges Rezept und das heißt „Aufstehen“. Aufstehen und nicht Ruhe bewahren, bis alles vorüber ist! Die Politik hat seit vielen Jahren total versagt! Wehren wir uns gegen eine Politik, die uns kaputtmachen will!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die Ein-Euro-Job-Maschinerie

In der Sendung *Panorama* vom 27. Januar dieses Jahres wurde eindrucksvoll geschildert, wie die Stadt Koblenz mit dem Einsatz von Ein-Euro-Jobbern reguläre Arbeitsplätze vernichtet.

Aufträge unterhalb eines Wertes von 10.000 Euro werden von der Stadt – gemäß einer Anweisung des Oberbürgermeisters – ohne Ausschreibung direkt an die Caritas-Firma *CarMen* vergeben.

Die Ein-Euro-Job-Maschinerie der kirchlichen Caritas mit dem Namen *CarMen* zählt folgende Tätigkeiten zu ihrem Geschäftsfeld: *Garten- und Landschaftsbau, Gebäudereinigung, Essen auf Rädern* und *Hausmeisterservice.* Wie wir sehen, lauter *gemeinnützige* Tätigkeiten!

Die Begründung des Oberbürgermeisters zu dieser Praxis lautet: „Allgemein ist zu unterstellen, dass sich Aufträge unterhalb einer Grenze von 10.000 Euro nicht auf den Ersten Arbeitsmarkt auswirken.“ Wenn Dummheit weh täte, würde dieser Oberbürgermeister den ganzen Tag schreien!

Zu Wort kamen auch einige Klein- und Mittelständler, die ihr Leid klagten. So musste nun infolge wegbrechender Aufträge der Stadt bereits den ersten Mitarbeitern gekündigt werden: Arbeitslos dank Ein-Euro-Jobs!

Professor Thomas Straubhaar vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv sagte dazu: „Es ist eindeutig so, dass durch die Ein-Euro-Jobs ein Verdrängungswettbewerb entsteht. Heute existierende und auch finanzierbare privatwirtschaftliche Aktivitäten werden verdrängt durch staatlich subventionierte Aktivitäten.“

Auf Deutsch heißt das: *Ein-Euro-Jobs vernichten betriebliche Arbeitsplätze.* Und damit gilt für Hartz IV, was Lothar Vosseler, der Bruder unseres Kanzlers, in der Berliner Zeitung gesagt hat: „Hartz IV ist das Schlimmste, was mein Bruder jemals verbrochen hat.“

Dem bleibt eigentlich nichts hinzuzufügen.

Erich Seifert (parteilos)

„Neue Politiker“ sind in der Montagsdemobewegung entstanden

Ein halbes Jahr Montagsdemo, 26 Wochen, Eis und Kälte getrotzt: Das ist ein Grund, stolz zu sein!

Wir haben uns nicht unterkriegen lassen, nicht durch äußere Einflüsse, nicht durch Totschweigen und nicht durch Verächtlichmachung. Und wir *werden* uns auch nicht unterkriegen lassen, bis Hartz IV und die Agenda 2010 weg sind! Wer Großes erreichen will, braucht einen langen Atem. Dazu beglückwünsche ich uns!

Ich finde es empörend, wenn versucht wird, unsere Sache in den Dreck zu ziehen. Am letzten Montag kursierte auf dem Marktplatz eine Zeitung der *PDS*, in der wir alle hier als „verbale Vulgärrevolutionäre und Beliebigkeitspopulisten“ beschimpft werden. Das von einer Partei, die schon lange den Kampf gegen Harz IV aufgegeben hat, schlimmer noch: ihn sabotiert, wo sie kann, und uns, die ihn weiterführen, mit Hohn und Spott überzieht! Wenn jemand von der PDS hier anwesend sein sollte, fordere ich ihn auf, ans offene Mikrofon zu kommen und dazu Stellung zu nehmen, sich zu entschuldigen!

Am 10. Januar wurde auf der Sitzung des *Bündnisses gegen Sozialkahlschlag* einvernehmlich, mit 90 Prozent Zustimmung unter 30 Anwesenden, beschlossen, die Fortführung unserer Kundgebungen an die „Initiative Bremer Montagsdemo“ zu übergeben.

Nun ist es jedem freigestellt, bei der Montagsdemo nicht mehr mitzumachen oder nicht mehr zum Bündnistreffen zu gehen, jedoch hat niemand das Recht, andere *auszugrenzen*, es sei denn, die gemeinsame antifaschistische Grundlage würde verlassen. Wer Abstimmungen auf der Montagsdemo oder das „offene Mikrofon“ ablehnt, weil er den „unerfahrenen“ Massen, dem *Volk,* nichts Gutes zutraut und meint, nur ein kleiner, erlauchter Kreis wisse, was richtig sei, der ist zutiefst undemokratisch und elitär.

Der Kampf gegen die Hartz-Gesetze ist nicht nur eine Protestform, er hat trotz mancher Gespaltenheit das Potential zur Millionenbewegung. Darin beansprucht die *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* weder Sonderrechte noch beherrschende Stellung. Wir wollen, dass neue Formen *direkter Demokratie* in der Montagsdemo-Bewegung entstehen, die wir von Beginn an unterstützt

haben. Überall, auch in Bremen, setzen wir uns dafür ein, dass Bündnisse sich *eigene Grundsätze* geben, unabhängig von den Richtlinien unserer Partei, um die *gleichberechtigte Zusammenarbeit* von Menschen unterschiedlicher Auffassungen und Weltanschauungen zu gewährleisten.

Wir helfen den Leuten, ihre Selbstbefreiung zu organisieren und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu durchschauen, um eine breite, klassenkämpferische Opposition aufzubauen, in der die Perspektive einer neuen sozialistischen Gesellschaft ihren festen Platz hat. Die MLPD setzt sich für eine Vernetzung der Montagsdemos ein, denn nur so können sie Schlagkraft gewinnen. Dazu unterstützen wir die Durchführung bundesweiter Konferenzen.

Nach demokratischen Prinzipien, auf antifaschistischer Grundlage, wurde bereits ein *zentraler Koordinierungsausschuss* gebildet, in dem alle beteiligten Kräfte gleichberechtigt zusammenarbeiten können. Ein *bundesweites Delegiertensystem* stärkt die politische Eigenständigkeit der Bewegung. Die Wahl der Delegierten auf den Montagsdemos selbst gewährleistet, dass nur solche Teilnehmer auf der Konferenz abstimmen können, die sich in der Praxis das Vertrauen der Basis erworben haben. Wir schlagen vor, dass die Zahl der Delegierten der unterschiedlichen Teilnehmerzahl der Montagsdemos Rechnung trägt.

Was wir ablehnen, ist eine Bevormundung durch die Führer verschiedener Parteien und Gruppen hinweg über die Köpfe der breiten Massen, der Arbeiter, Bauern, Handwerker, Intellektuellen, kleinen Angestellten oder Gewerbetreibenden, egal welcher Staatsangehörigkeit, denn das *Volk* sind „wir da unten“, die im Gegensatz zu „denen da oben“ alle betroffen sind von einer Politik im Interesse der herrschenden Monopole und ihrer Regierung.

Unter „Volksfront“ versteht man weltweit ein Bündnis von Arbeiterklasse und Zwischenschichten gegen faschistische Regimes. „Völker, hört die Signale“, heißt es in der „Internationalen“, einem der bekanntesten Lieder der Arbeiterbewegung. „Avanti Populo“, „Volk voran“: Die Beispiele lassen sich fortsetzen. Wir bekämpfen Faschisten nicht, indem wir auf den Begriff „*Volk*“ verzichten! Sonst dürften wir nicht vom „Sozialismus“ reden, auch diesen Begriff hatten die Nazis für sich missbraucht.

Die Regierung versucht, die Montagsdemos, um sie zu diskreditieren, in die Nähe von Faschisten zu rücken. Mit Polizeigewalt wird eine Überlassung der Plätze erzwungen. In Eisenach soll sich die Montagsdemo den Marktplatz umschichtig mit der NPD teilen, in anderen Städten sorgen prügelnde Polizisten dafür, dass Faschisten bei der Montagsdemo mitlaufen dürfen. Gleichzeitig heucheln Politiker Betroffenheit über die antisemitischen Sprüche dieser Partei, deren Kadergerüst zum Teil mit dem Verfassungsschutz in Verbindung steht.

„Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab, sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen“, heißt es in den hier verabschiedeten *Grundsätzen* der Bremer Montagsdemo. Kürzlich nahmen Unabhängige zu den faschistischen Umtrieben in Sachsen und Thüringen Stellung. Auch die MLPD kämpft überall mit ganzer Kraft gegen Faschisten und deren Gedankengut. Wir setzen uns da-

für ein, dass die Massen diesen Kampf aufnehmen und führen, denn wir sind der Meinung, dass unser Land „neue Politiker“ braucht: Menschen, die beginnen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, die nicht mehr auf bürgerliche Politiker vertrauen. Solche „neuen Politiker“ sind in der Montagsdemo-Bewegung entstanden: Das hat Bedeutung weit über den eigentlichen Anlass hinaus!

Die MLPD und Unabhängige bringen Woche für Woche neue Lieder, Gedichte, Musik oder Beiträge, die an anderen Orten entstanden sind, ein. Auch wer sich an praktischen Dingen wie der Organisation, Moderierung und Durchführung der Montagsdemos nicht beteiligt, weiß doch genau, dass es zutrifft, was die Demonstranten zu Hartz IV gesagt haben. Die MLPD wird sich nicht davon abbringen lassen, Seite an Seite mit vielen anderen Menschen den Kampf gegen die Hartz-Gesetze, die Agenda 2010 und die ganze Bundesregierung zu führen. Dazu reichen wir allen, die ehrlichen Willens sind, die Hand!

Wolfgang Lange (MLPD), siehe auch „Rote Fahne News“

„Fantastischer Minutenpreis“: Kapital wird ganz kribbelig

Als am letzten Freitag nach einem ersten Sherry oder Sekt „erlauchte Herren“ aus Wirtschaft und Politik, mit Ministerpräsident Milbradt an der Spitze, vom Schütting (Handelskammer) zum Rathaus schritten, um bei „Kückenragout, Stockfisch, Rigaer Butt und Braunkohl und Pinkel satt“ die „Schaffermahlzeit“, das „älteste Brudermahl der Welt“ zu genießen, stellten sich ihnen drei attraktive „An-Schafferinnen“ in den Weg und boten an, sie in hübscher Verkleidung, mit prallen Busen aus bunten Sofakissen mit Troddeln, die den verdeckten Bauchnabel umwippten, für einen Euro die Stunde zu begleiten.

Teils waren die Herren etwas irritiert, teils etwas geizig, aber andere wurden ganz *kribbelig* und kalkulierten schon den „fantastischen Minutenpreis“. 2,50 Euro Almosen gingen als Spende ein. Zwei andere Mitstreiter der Montagsdemo hielten Protestschilder in die Luft. Das Regionalfernsehen „Buten un Binnen“ filmte uns und brachte die Aktion mit Montagsdemoschild für circa 30 Sekunden im Bericht. Wenn auch klein, hat es doch Aufmerksamkeit erregt.

Heute, am 14. Februar, war es saukalt bei unserer 26. Montagsdemo. Es kamen etwa 46 Leute, darunter alte Bekannte, aber auch neue Interessierte. Nach einleitenden Songs von Atze Bauer, Wonneproppen und Degenhardt gegen Hartz IV vom CD-Player haben wir die Grundsätze der „Initiative Bremer Montagsdemo“ vorgetragen und die Gründe für die Trennung vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ öffentlich dargelegt. Diese Trennung war trotz aller Versuche, die Gemeinsamkeit zu wahren, erforderlich, weil die Montagsdemo-Aktiven zusammen mit der MLPD weitermachen wollten, während andere es beim Diskutieren und Kommentieren als kleine linke Grüppchen belassen möchten. Die **Grundsätze** wurden mit großer Mehrheit bei drei Enthaltungen angenommen. Natürlich werden sie bei wieder größer werdenden Teilnehmerzahlen immer wieder erläutert und propagiert werden müssen. Zwischendurch wärmten wir uns mit fetziger Rock’n’Roll-Musik auf.

Mehrere Beiträge befassten sich mit den gekauften Politikern sowie den Super-Gewinnen bei gleichzeitiger Ankündigung von Massenentlassungen bei der Deutschen Bank. Ein anschaulicher Bericht wurde von der „Hartz-Reise“ gegeben, zu der die hiesige Arbeitnehmerkammer, die Kollegin Engelen-Kefer vom DGB, die Bundestagsabgeordnete Roth (SPD) und Prof. Sell von der Uni Koblenz geladen hatten. Nur die Höflichkeitsaufforderung des Gastgebers hinderte die Besucher, den inkompetenten und entlarvenden Beiträgen der Kollegin Engelen-Kefer und dem peinlichen „Herumwinden“ der Bundestagsabgeordneten ins Wort zu fallen. Diese Vertreterinnen der Regierungspolitik suchten dann auch schnell das Weite. Tacheles redete Prof. Sell, der glaubhaft erläuterte, dass 90% aller Fördermittel für die Schaffung von Ein-Euro-Jobs aufgewendet würden, davon ein Drittel für die Prüfung, ob die Kandidaten hierfür geeignet seien.

Neben der unterschiedlichen Bezahlung von ehemaligen Arbeitsamts- und Sozialamts-Mitarbeitern hat bereits ein regelrechtes Gerangel um die „Betreu-

ung“ der „Premium-Kunden“, also der ALG-I-Arbeitslosen, begonnen. Keine einzige neue Stelle wird es demnach wirklich geben! Als Erfolg kann der Protest gegen Hartz IV verbuchen, dass vor der Forderung nach massenhaften Wohnungsumzügen in den Städten zurückgeschreckt wird. In Bremen gibt es mindestens sechs Monate Aufschub, in Berlin und Hamburg bereits zwölf. Unser Protest darf aber kein Detail aus dem Auge verlieren und nirgendwo aufgeben!

Als auch die fetzige Musik nicht mehr gegen die Kälte half, beendeten wir die Kundgebung ohne Demo, zu der wir aber bald wieder auffordern wollen.

Mit neuen Flugblättern in den Händen schwärmen wir wieder zu Arbeits- und Sozialämtern, Wochenmärkten und Einkaufsstellen aus, um den Menschen zu sagen: Die Montagsdemo geht immer weiter! Kommt und berichtet von euren Erfahrungen!

„Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

27. Bremer Montagsdemo

am 27. 02. 2005

Der Machtrausch

Ich habe es schon lange gewusst, unsere Politiker sind nicht ganz normal! Sie schweben und sind längst abgehoben! Sie wissen nicht, was „unten im Volk“ abgeht! Ich habe mich oft an den Kopf gefasst und gewundert über die Arbeit unserer Politiker!

Aber *jetzt* weiß ich es endlich ganz genau: Sie sind „süchtig“ nach einer sehr gefährlichen „Droge“, nach Macht! Ja, Politik macht süchtig, das haben uns einige Politiker neulich im Fernsehen verraten! Sie können nicht mehr ohne diese Droge leben! Und wie sollen sie da noch gute Arbeit machen, wenn sie so berauscht sind von ihrer Macht?

Politiker brauchen doch einen klaren Kopf, wenn sie das Volk regieren sollen! Das ist ja dann nicht mehr der Fall! Und so sieht ihre Arbeit heute auch aus: überall Chaos im ganzen Land! Und die Menschen „unten“ hat man gar nicht mehr wahrgenommen! Im Rausch sieht man bloß Macht und Geld!

Armes Deutschland, du gehst mit deinen berauschten Volksvertretern noch zu Grunde! Wer zeigt ihnen denn den richtigen Umgang mit Macht und mit uns? Das Land braucht neue Politiker, die noch nicht so mit der „Macht-Droge“ vollgedröhnt sind!

Wir sehen ja die Ergebnisse ihrer Arbeit, sie sind sehr, sehr miserabel! So benebelt, wie unsere Volksvertreter jetzt sind, kann unser Land nur noch tiefer in den „Abgrund“ fallen! „Unten“ schreit das Volk schon lange laut um Hilfe! Und „oben“ schreien die Volksvertreter immer lauter nach Macht und Geld!

Steckt alle vollgedröhnten Politiker in die Rakete und schießt sie vom Space-Park weg auf einen Trip in den Weltraum! Sollen sie mal nachschauen, was für Kraut auf dem Mars wächst! Dann könnten hier endlich Volksvertreter mit „klarem Kopf“ an die Macht kommen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Der Montagsdemonstrant und seine Urenkel

Du bist ein Montagsdemonstrant und warst von Anfang an dabei, trotz Spaltung und Medienignoranz, Kälte, Schnee, Wind, Regen und Polizeiobservanz! Dir war egal Partei und Verband! Für die Einheit auch deine Person hier stand!

Doch eines kann ich an dir nicht leiden: Du bist immer viel zu bescheiden und siehst schwarz für unsere Zukunft, genau wie die Journalisten-Zunft! Sagst „einerseits, andrerseits, keinen verletzen“, obwohl sie uns doch solche Schläge versetzen!

Inzwischen haben wir es nicht mehr nötig, uns anzupassen und angebliche Nöte der Herrschenden gelten zu lassen! Sie lassen die Deinen auch nicht gelten! Mach einen Schnitt zwischen beiden Welten: Zeig denen da oben und uns hier unten, dass du rücksichtslos *einerseits* bist!

Einst werden unsere Urenkel denken: „Warum haben die so lange gezögert? Es lag doch alles klar auf der Hand: Politik und Konzerne sind verschwägert und geraten deshalb außer Rand und Band!“

Kinder, Jugendliche in großen Haufen, lachen, rufen: „*Dem* sind sie nachgelaufen?“ Wenn sie den ausgestopften *Schröder* sehn, wird niemand mehr unser Zögern verstehn!

Sie verlassen das Museum der Altertümer, sind nicht mehr geschundene Arbeitnehmer, die schuften müssen für wenig Geld, sondern Besitzer einer befreiten Welt.

Matthias Feilke

Statistische Schönfärberei

„Ein-Euro-Jobs und Ich-AGs auf dem Vormarsch“, meldet der „Weser-Kurier“ am 19. Februar und erweckt so den Eindruck einer *positiven* Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Dies halte ich für statistische Schönfärberei, denn es ist doch nicht als *Erfolg* zu verbuchen, dass die Zunahme der Erwerbstätigkeit vor allem auf den neuen *Zusatzjobs* beruht!

In meinen Augen ist es *erschreckend,* dass es in Deutschland inzwischen fast fünf Millionen Menschen gibt, die ihr Brot als „geringfügig Beschäftigte“ verdienen müssen: als immer größer werdende Klasse der „Working Poor“!

Auch wenn diese Menschen jetzt nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, bleiben sie auf staatliche Daueralimentation angewiesen, ebenso wie „Ein-Euro-Jobber“, die zudem in ihren Dienst verpflichtet werden, ohne dass sie die lange erkämpften Arbeitnehmerrechte wie Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für sich in Anspruch nehmen könnten!

Da gleichzeitig die Zahl der Arbeiter und Angestellten *sinkt,* ist hier schon der Beweis erbracht, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse, von denen niemand seine Existenz sichern kann, „normal“ bezahlte Arbeitsplätze immer mehr *verdrängen!*

Wir können doch nicht weiter so tun, als ob es in Deutschland je wieder Vollbeschäftigung geben würde, egal durch welche abenteuerlichen Ausgrenzungen Menschen aus der Arbeitslosenstatistik herausgerechnet werden!

Elisabeth Graf (parteilos)

Solidarisch mit Daimler-Chrysler-Arbeitern

Zur 27. Montagsdemo in Bremen kamen trotz eisigen Windes circa 50 Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Mit Kostümen als „Hartzer Käse“ und „Hartz-IV-Info-Michel“ erregten wir Aufmerksamkeit, obwohl nur wenige Passanten über den Marktplatz unterwegs waren.

Kay und Jan, zwei Kinder der Bremer Rotfüchse, die oft zur Montagsdemo kommen und auch schon fleißig Flugblätter und Buttons verteilt haben, hatten ein Transparent dabei, auf dem sie Schröder „zum Teufel jagen“. Zu den Angriffen der Regierung auf die Lebenssituation der Familien mit Kindern sagen sie am Offenen Mikrofon klar: „Nein, mein Sparschwein gehört mir!“

In Gedichten wurden die Politiker in ihrem abgehobenen Machtrausch und ihrer Massenverachtung aufs Korn genommen. Unsere selbst zusammengestellten Musikblöcke kamen gut an. Wegen der kalten Füße mussten wir heute leider wieder auf die Demo verzichten.

Richtig Beifall gab es jedoch zuvor, als ein Kollege von Daimler-Chrysler berichtete, dass heute im Bremer Werk die Arbeit für 45 Minuten niedergelegt wurde: Der Konzern will den Samstag als Regelarbeitstag mit Früh-, Spät- und Nachtschicht ohne Samstagszuschläge durchsetzen, die Verteil- und Erholzeiten von 25 auf 12,5 Minuten verkürzen und ein bis zwei Tage pro Jahr vom Arbeitszeitkon-

to für Qualifizierungsmaßnahmen abziehen. Da war bei den Kollegen das Maß voll!

Er berichtete auch, wie durch das Radio vollkommen entstellende Sachverhalte vermittelt wurden, um die Kollegen zu verunsichern. Wir haben eine kurze Solidaritätsresolution verabschiedet, solche Erpressungsversuche zurückzuweisen. Sie lautet:

„Liebe Mercedes-Kollegen! Auf der heutigen Montagsdemo und im Radio sind wir darüber informiert worden, welche Angriffe der Daimler-Chrysler-Konzern auf euch vorhat. Mit Erpressung und Spaltung wird versucht, euch gegen die eigenen Kollegen in Brasilien und Ludwigsfelde auszuspielen. Aber die Erfahrung zeigt, dass Spaltung die Arbeiterbewegung nur schwächt! Wir sind solidarisch mit eurem Kampf und werden euch unterstützen in der Auseinandersetzung! Mit Erpressern wird nicht verhandelt! Gemeinsam sind wir stark! Solidarische Grüße von der 27. Bremer Montagsdemo!“

„Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

28. Bremer Montagsdemo

am 28. 02. 2005

„Gesetzesverstöße“

Hat nicht der Landtagspräsident zu klären! Das ist allein Aufgabe des Staatsanwaltes. Die Aussagen des Landtagspräsidenten sind völlig wertlos, wenn es um so grobe Verstöße wie die Nebeneinkünfte der Politiker geht!

Politiker lügen, vertuschen, vergessen, schummeln und haben vieles nicht gewusst, wenn es um ihren „Posten“ geht. Wer von den Politikern hat denn heute noch eine „weiße Weste“?

„Nebeneinkünfte“ gehören grundsätzlich ganz abgeschafft! Die Diäten sind für einen „Vollzeitjob“ gedacht und daher auch hoch genug! Politiker, ihr macht so eine „Scheißpolitik“! Ihr seid längst „überbezahlt“ und mit euren vielen „Extras“ zu sehr verwöhnt! Macht endlich euren „Vollzeitjob“ besser!

Noch nie wurden „Gesetze“ so schnell und so schluderig herausgebracht! Noch nie mussten „Gesetze“ so schnell wieder korrigiert werden! Noch nie haben Politiker sich so wenig „für das Volk“ eingesetzt! Noch nie haben Politiker so viel gepennt, wenn es um die „Sorgen der Bürger“ ging!

Noch nie haben Politiker sich so viel Geld in die eigenen Taschen geschaufelt und die „Anwesenheitslisten“ ausgenutzt! Noch nie waren so viele hochbezahlte Politiker ohne „Rückgrat“ für Deutschland tätig wie in den letzten zwanzig Jahren!

Unter „Kanzler Kohl“ wurde schon sehr viel gelogen, und unser „Kanzler Schröder“ lügt fleißig weiter! Deutschland hat einen „Lügenkanzler“, das ganze Volk weit und breit weiß es schon! Und es wird weiter „mehr schlecht als recht“ regiert! Ich als Hausfrau fühle mich nicht wohl dabei!

Es muss ein großer Unterschied sein, ob man „unten“ ist oder „oben“, wenn man einen „Lügenkanzler“ hat! Bei uns „unten“ wird die Situation immer „beschissener“ unter solch einer Regierung! „Oben“ wird es immer besser, mit den gut bezahlten „Nebenjobs“! Keiner will aus dem „Schlaraffenland“ abtreten! Schade!

Ursula Gatzke (parteilos)

Bürger, entscheidet auf Bundesebene!

Schleswig-Holstein hat gewählt, und zum zehnten Mal in Folge hat die SPD Wählerstimmen verloren. Es könnte der Verdacht aufkommen, die SPD leide an Magersucht, obwohl das nicht ganz stimmt: Die SPD hat zwar dank Hartz IV abgenommen, doch gekotzt haben *wir!*

Mit den Hartz-Gesetzen wollte dieses rot-grüne Regime als Tiger starten, ist aber als Bettvorleger geendet. Selbst Professor Sinn vom Institut für Weltwirtschaft, der glaubt, dass es ALG-II-Empfängern noch zu gut geht, sieht durch Hartz IV keine positiven Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt: Im Gegensatz zur Bundesregierung erwartet er im Jahresdurchschnitt eine *noch höhere* Arbeitslosenzahl!

Welchen *Sinn* hat nun die Hartz-IV-Reform, wenn nicht nur handwerkliche Fehler bei der Umsetzung zu beklagen sind, sondern das ganze Gesetz in Frage gestellt wird?

Eine der Grundregeln für Imagekampagnen lautet: „Tue Gutes und rede darüber“. Beim Handeln von Regierungen gilt hingegen: „Mach dir deine Probleme selbst und löse sie dann“! Denn sowohl anlässlich des 11. Septembers als auch mit Hartz IV wurden Probleme künstlich herbeigeführt: als Voraussetzung für das Abschaffen demokratischer Rechte!

Das willkürliche Ausspähen von Konten, die Ergänzung von Personalausweisen um biometrische Daten, das Aushebeln der Vertragsfreiheit durch den Druck, Eingliederungsverträge mit den Arbeitsagenturen abschließen zu müssen, die Einführung von Zwangsarbeit durch Ein-Euro-Jobs: Die Liste ließe sich beliebig fortführen bis hin zu militärischem Abschuss entführter Flugzeuge!

Um eine bessere Kontrolle der Politik zu gewährleisten, bin ich für die Einführung eines Bürgerentscheides auf Bundesebene. Mein Vorschlag zum Anfang: So wie jeder Mieter in diesem Land seine Wohnung hinterlassen muss, wie er sie übernommen hat, sollten die Regierungen grundgesetzlich verpflichtet sein, dieses Land mindestens in dem Zustand zu übergeben, wie sie es vorgefunden haben! – Was jedoch ist der Unterschied zwischen dem Parlament und einem Spielcasino? In letzterem stehen *einarmige* Banditen.

Erich Seifert (parteilos)

Mitbestimmung!

Es heißt immer wieder: Wenn wir, die Arbeiter, die „Arbeitgeber“ nicht hätten, hätten wir keine Arbeit. Denn: Sie tragen die Verantwortung! Sie tragen das Risiko! Sie organisieren den Arbeitsablauf! Sie haben die Sorgen! Sie haben zwar etwas mehr Geld, aber hohe Verantwortung!

Doch wie ist es, wenn sich so ein „Arbeitgeber“ mal verkalkuliert? Risiko? Arbeiter und Angestellte fliegen raus! Lohnabbau! Kurzarbeit! Sorgen? Tausende von Arbeiter- und Angestelltenfamilien haben die! Und der Herr „Arbeitgeber“? Dicke Konten im Ausland! Gütertrennung! Seine Frau hat ihr (sprich: sein) Geld gut angelegt!

Kassieren von Subventionen aus unseren Steuergeldern! Dividenden steigen weiter! Mit weniger Arbeitskräften gleich hohe und höhere Produktion! Sind das wirklich Arbeit*geber?*

Oder *nehmen* sie nicht unsere Arbeit, diese kleine radikale Minderheit? Darum lasst uns ruhig ein wenig mitriskieren und mitsorgen am Arbeitsablauf! Und an der richtigen Verteilung der Gewinne! Darum: Mitbestimmung!

Hermann Siemering (Verdi)

„Die Nationalsozialistische Partei ist zu vernichten“

Seit die NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag den Opfern des Hitlerfaschismus die Gedenkminute verweigerten und damit ihr „demokratisches Mäntelchen“ vollends fallen ließen, wird wieder verstärkt über ein Verbot dieser Partei nachgedacht. Zu Recht!

In der Debatte darüber wird wie selbstverständlich immer ein Verbot nach Artikel 21 Grundgesetz in Erwägung gezogen. Bekanntlich stellte das Bundesverfassungsgericht das letzte auf diesem Artikel beruhende Verfahren ein, nachdem offenkundig wurde, dass die NPD bis in die oberste Parteispitze hinein von Agenten des Verfassungsschutzes durchdrungen ist, deren Aussagen daher nicht verwertbar waren. Bei 30 von 210 NPD-Funktionären auf Landes- und Bundesebene ist bekannt, dass sie Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sind! *(Frankfurter Rundschau vom 24. Januar 2005)*

Warum also ein Verbot nach Artikel 21 anstreben, erwiesenermaßen ein jahrelanger Prozess mit unsicherem Ausgang? Es wäre nicht nur möglich, sondern vom Grundgesetz geradezu geboten, die NPD und andere neonazistische Organisationen nach *Artikel 139* zu verbieten! Darin heißt es: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Schauen wir uns diese einmal genauer an! Eine davon ist das *Potsdamer Abkommen* vom 2. August 1945. Darin ist festgelegt: „Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen ist zu vernichten; (...) es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wiederauferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen." Und im *Kontrollratsgesetz Nr. 2* vom 10. Oktober 1945 steht: „Die Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen, sei es unter dem gleichen oder unter einem anderen Namen, ist verboten."

Es stellt sich somit die Frage, warum die Bundesregierung diese ihr selbstverständlich bekannten Rechtsvorschriften nicht anwendet. Soll die „braune Brut" als Ventil für angestauten Volkszorn dienen? – Es gibt Untersuchungen, die belegen, dass 84 Prozent der NPD- und DVU-Wähler in Sachsen und Brandenburg deshalb solche Parteien wählten, weil diese angeblich gegen Hartz IV seien. Natürlich völliger Unsinn! Denn die neuen wie die alten Nazis haben nichts anderes als Zwangsarbeit und offene, brutalste Unterdrückung vor!

Um den Eindruck zu erwecken, sie seien gegen Hartz IV und auf der Seite des „kleinen Mannes", reicht die eigene Kraft der Neonazis nicht: Dazu brauchen sie gezielte Unterstützung! Der Regierung kommt es sehr gelegen, den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze, insbesondere die Montagsdemonstrationen, in ein schlechtes Licht zu rücken. Oder ist es Zufall, dass in mehreren Städten Ostdeutschlands Faschisten die Teilnahme an Montagsdemos durch Behördenbeschluss ermöglicht wird?

Wolfgang Lange (MLPD)

Mitarbeiter kommunaler Ämter geraten zwischen die Mühlsteine

Obwohl länger hell, war es doch bitter kalt bei unserer 28. Montagsdemo in Bremen: So kamen leider nur 46 Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Als „Hartzer Käse“ oder „Hartz-IV-Michel“ kostümiert, verteilten wir eifrig Flugblätter, und immer wieder fragten Menschen verwundert, was denn die Montagsdemo sei. Wir ernten meist Zustimmung für die Erklärung, dass wir gegen Hartz IV eintreten, aber stehen bleiben und länger zuhören möchten die wenigsten.

Die Anzahl der Beiträge war kleiner; grundsätzliche Darstellungen zur „Gerechtigkeit“ in unserem Land wechselten mit detaillierten Infos aus der Hartz-IV-Recherche ab. Eindrucksvoll ein Gedicht, das die Aufteilung des Reichtums und der Lasten als Refrain wiederholte. Gut kam auch der Bericht eines Kollegen an, der die seit über vier Wochen streikenden Kollegen der privaten Klinik Dr. Heines besucht und Grüße von der Bremer Montagsdemo übermittelt hatte.

Später nahmen mehrere Montagsdemo-Bewegte an einer Veranstaltung zu „Hartz IV und Frauen“ von „Bündnis 90/Die Grünen“ teil. Frauenbeauftragte von Bremen und der Stadt Essen sowie die Leiterin der Agentur für Arbeit im Bremer Osten gaben Statements ab und stellten sich der von beiden Geschlechtern gleich gut besuchten Diskussion.

Deutlich wurde, dass aktive Vertreter in der Verwaltung nur pragmatisch lavieren können, denn die bürgerliche Politik holzt jede noch so kleine, bescheidene Möglichkeit besonderer Förderung einfach weg, und die durchweg mit Männern besetzten Gremien der sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“ zwischen Arbeitsagentur und Sozialamt haben von den Lebensverhältnissen der betroffenen Frauen, Männer und Familien überhaupt keine Ahnung.

Mitarbeiter dieser Institutionen geraten in die Mühlsteine, wenn sie nicht die massenfeindliche Politik der Regierung umsetzen. Wir müssen also noch viel mehr Details wissen, um in grundsätzlicher Auseinandersetzung mehr Menschen zum aktiven Widerstand aufmuntern zu können!

„Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

29. Bremer Montagsdemo

am 07. 03. 2005

Die „Dornen“ der Frauen

Die Frauen, die Verlierer in einer sehr oft arroganten „Männerwelt“! Frauen sind stark, aber immer noch nicht stark genug, ihre Rechte durchzusetzen!

Die Trümmerfrauen hat man überwiegend mit einem „Gnadenbrot“ in den Lebensabend geschickt. Wir Frauen um die 60 Jahre sind die „vergessenen Kriegskinder“! Meist ausgebeutet, haben wir für sehr wenig Lohn gearbeitet. Auch wir Frauen haben Deutschland wieder mit aufgebaut!

Überall in der Welt gelten Frauen noch heute als minderwertig! Hochbezahlte Politiker haben es bis heute nicht geschafft, dass die Steinigung von Frauen in der Welt ausgerottet ist! Auch im Jahr 2005 werden auf unserer Erde immer noch Frauen ausgebeutet, beschnitten, umgebracht! Die „Dornen“ der Frauen sind die Männer, die Angst haben vor einer starken Frau!

Warum müssen Frauen immer noch für ein Drittel weniger Lohn, als die Männer bekommen, arbeiten gehen? Wir „Kriegsmädchen“ kriegen trotz Arbeit, bei Doppelbelastung durch Haushalt und Familie, überwiegend nur ein „Almosen“ als Rente, das für ein selbständiges Leben im Alter oft nicht ausreicht!

Die Altersarmut wächst bei den Frauen bis zu Verelendung, Angst, Hunger und Not! Ist das der Dank für ein hartes Leben? Politiker leben dagegen in Saus und Braus! Auch unseren Töchtern geht es nicht besser, sie werden überwiegend bettelarm in den Lebensabend gehen, wenn der Partner nicht mehr da ist!

Unsere Enkel werden schon im Kindergarten und in der Schule aussortiert! Das „Hartz-IV-Kind“ hat kein Geld für das Tanzen, Reiten, Schwimmen, Turnen oder für den Nachhilfeunterricht! Das „Nicht-Hartz-Kind“ wird fleißig gefördert!

Das „Hartz-Kind“ bleibt das arme „Hartz-Kind“! Das Ergebnis: Schule, Arbeit, Rente, alles miserabel! Aber Kinder müssen her, deshalb „Zwangsgeld“ von den Kinderlosen! Damit unsere Politiker sich ein bequemes Leben machen können!

Ursula Gatzke (parteilos)

Eigene Existenzsicherung für Frauen!

Hartz IV und Agenda 2010 bedeuten, dass der Staat sich immer mehr aus der sozialen Verantwortung zurückzieht, um parallel dazu die staatliche Kontrolle zu verschärfen. Gesprochen wird vom „Fördern“ und „Fordern“. *Gefordert* wird viel, *gefördert* im Moment eher weniger – mal abgesehen davon, dass völlig unklar ist, *wohin* gefördert werden soll, angesichts tausender fehlender Arbeitsplätze!

Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Aspekt des *Forderns* deutlich im Vordergrund steht. Insbesondere diejenigen, die wegen ihrer Kinderbetreuungsaufgaben dem Erwerbsarbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung stehen, die keine kontinuierlichen Lebensläufe aufweisen und die bestimmte Qualifikationen nicht erwerben konnten, werden systematisch aus der Förderung rausfallen: Sie werden aufgrund fehlender Leistungsansprüche aus dem kompletten System herauskatapultiert oder durch verschärfte Zumutbarkeitsregeln in den Niedriglohnsektor und an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt!

Parallel dazu wird ein qualifiziertes Angebot von verbindlicher Kinderbetreuung für alle Altersgruppen auf die lange Bank geschoben oder schlicht nicht vorgehalten!

Ein ausdrückliches Ziel der sogenannten „Reform“ war es, nicht länger „Verschiebebahnhöfe“ zwischen den verschiedenen Leistungsträgern zu organisieren. Stattdessen wird unter der Hand ein neuer „Verschiebebahnhof“, diesmal besonders für Frauen, eröffnet, der die Haushalte auf wundersame Weise entlastet und Frauen vom Erwerbsarbeitsmarkt zurück aufs Abstellgleis hinter den Herd schiebt!

Das nennt sich dann in Regierungskreisen: „Zurückführen der weiblichen Erwerbsneigung auf ein normales Maß“ – oder, so Clement wörtlich: „Die Ehefrauen gutverdienender Angestellter oder Beamter akzeptieren einen Minijob oder müssen aus der Arbeitsvermittlung ausscheiden.“ Es drängt sich hier natürlich die Frage auf, ob dies aus politischer (männlicher) Sicht ein gewollter Effekt oder ein „Kollalateralschaden“ ist!

Schuld an der Arbeitslosigkeit sind die Arbeitslosen – die wollen nicht arbeiten. Schuld an der Armut sind die Armen – die konsumieren nicht genug, um den Absatz zu steigern. Schuld an der Misere sind mal wieder die Menschen selber!

Aus frauenpolitischer Sicht ergeben sich folgende Forderungen: Radikale Arbeitszeitverkürzung! Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit! Abschaffung von Minijobs! Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich! Recht auf eigene Existenzsicherung für Frauen! Schaffung eines steuerfinanzierten zweiten Arbeitsmarktes, mit dem auch wieder Ansprüche auf ALG-I erworben werden können! Und außerdem Halbe-Halbe für alle Lebensbe-

reiche: Die Hälfte der bezahlten Arbeit für die Frauen! Dafür bekommen die Männer die Hälfte der Hausarbeit!

Gabi-Grete Kellerhoff (Verdi)

8. März: Internationaler Frauentag

Der erste Internationale Frauentag wurde am 19. März 1911 begangen. Die Gründung geht auf die Initiative der Sozialistin und Frauenrechtlerin *Clara Zetkin* zurück. Dieser erste Frauentag fand in Deutschland, Dänemark, der Schweiz und den USA statt. 1912 schlossen sich Schweden, Frankreich und Holland, 1913 Russland und die Tschechoslowakei an.

Hauptziel war die Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen, das in Deutschland im November 1918 endlich in Kraft trat. In der Schweiz wurde es erst 1971 eingeführt! – Die Frauen forderten außerdem: Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gleichstellung der Frauen in allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen! Schwangeren-, Mutter- und Kinderschutz! – Und sie protestierten gegen den Krieg.

1921 wurde der Internationale Frauentag auf den 8. März festgelegt, weil dieses Datum eng mit den proletarischen Frauenkämpfen verbunden ist. Erstens: Am 8. März 1857 streikten New Yorker Textilarbeiterinnen, worauf eine Streikwelle in der gesamten Textil- und auch in der Tabakindustrie folgte. Zweitens: Am 8. März 1908 kamen in New York 129 streikende Arbeiterinnen bei einem Brand ums Leben, weil sie von dem Besitzer der Textilfirma „Cotton“ in der Fabrik eingeschlossen wurden; sie hatten für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen gestreikt. Drittens: Am 8. März 1917 streikten die Textilarbeiterinnen in St. Petersburg massiv gegen Krieg, Hunger und die zaristische Herrschaft; dieser Streik weitete sich zum Generalstreik aus.

In der Zeit vor, während des und nach dem Zweiten Weltkrieg rückten Frauenthemen und damit auch der Frauentag in den Hintergrund; erst in den siebziger Jahre nimmt er im Zuge der feministischen Bewegung wieder an Gewicht zu. Der Frauentag greift nun die sogenannten „aktuellen“ politischen und gesellschaftlichen Themen der Frauen auf.

Und es geht immer noch um: Gleichberechtigung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, in Gesellschaft und Politik! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kampf gegen Ausbeutung und Diskriminierung jeglicher Art! Wahrung der Menschenrechte für Frauen! – Und es geht immer noch und immer wieder um den Frieden!

Heute sind wir an dem Punkt angekommen, wo wir uns die Erhaltung und Einhaltung dieser Frauenrechte wieder erkämpfen müssen, denn es wurden die Agenda 2010 und Hartz IV geschaffen. Von dieser sogenannten Reform werden die Menschen und speziell die Frauen wirklich *geschafft:* Wenn wir nicht aufpassen! Nicht reagieren! Nicht Widerspruch einlegen! Nicht dagegen demonstrieren!

Das Hartz-IV-Gesetz bringt die Frauen wieder an den Anfang des Frauenkampfes für die Gleichstellung der Geschlechter zurück. Wir Frauen fangen praktisch wieder bei Null an! Dazu haben wir keine Lust! Wir denken nicht im Traum daran! Das sehen wir nicht ein! Wir sind hellwach und wehren uns! Denn Hartz IV ist ein Alptraum und bringt uns um den Schlaf!

Aber diese schlaflose Zeit können wir dazu benutzen, uns in aller Ruhe damit auseinandersetzen, wie Hartz IV unsere Zukunft kaputtmacht! Weil wir eh keinen Arbeitsplatz bekommen, sorgt Hartz IV dafür, dass wir genug Zeit haben, uns zu überlegen, wie es weitergehen soll. Ohne Hartz IV hätten wir nicht diese Zeit zum Nachdenken!

Wir müssten auch nicht über unsere unsichere Zukunft grübeln. Wir hätten nicht die Sorgen, die uns heute bedrücken und uns Angst machen. Wir hätten unseren festen Arbeitsplatz (was war das noch gleich?). Wir hätten unser Auskommen mit unserem selbst verdienten Geld. Wir könnten unsere Zukunft planen und uns drauf freuen!

Aber inzwischen sind die Frauen frei wie noch nie: frei von Ausbildung, Arbeit, Wohnung und frei von Zukunft, denn die sieht schwarz aus! Für die finanzielle Zukunft der Frau ist ihr Ehemann zuständig: Er sorgt für sie, und sie ist finanziell völlig von ihm abhängig, wie vor hundert Jahren, in der guten alten Zeit!

Und wenn die Frau keinen Ehemann hat, wird sie von einem anderen Mitglied der Familie versorgt, nämlich von Vater Staat – und zwar ganz miserabel! Außerdem hat ja wohl jede Frau genügend Verwandtschaft, die sie auch mal finanziell unterstützen kann und nicht immer nur zum Kaffeetrinken kommt!

Unsere Mütter und Großmütter haben uns vorgelebt, was Frauen gemeinsam erreichen. *Wir* haben unseren Töchtern vorgelebt, was Frauen wirklich alles können! Jetzt müssen wir ihnen zeigen, dass wir auch nicht vor der Agenda 2010 und Hartz IV kapitulieren!

Wir müssen gemeinsam dagegen kämpfen! Wir müssen uns gegenseitig helfen und gemeinsam für unsere Rechte einsetzen! Wir müssen gemeinsam gegen die Hartz-Gesetze demonstrieren und dieser Regierung widersprechen!

Hannelore Riedel, Gudrun Binder

Rücknahme des Widerspruchsbescheides!

Einige von uns haben gegen ihre ALG-II-Bescheide vorsorglich Widerspruch eingelegt, weil Verfassungsbeschwerden gegen Hartz IV vorliegen, und diese Widersprüche werden von der BAGIS nun als unbegründet abgelehnt, ohne die höchstrichterliche Entscheidung abzuwarten. Dagegen sollte man Widerspruch einlegen!

Wortlaut etwa wie folgt: „Hiermit beantrage ich die Rücknahme Ihres Widerspruchsbescheides (Datum, Geschäftszeichen). Mein Widerspruch hat sich nicht, wie von Ihnen dargestellt, gegen die Höhe der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II gerichtet. Vielmehr richtet sich mein Widerspruch unter Rechtsvorbehalt gegen Ihren Bescheid, da ich die Verfassungsmäßigkeit der sogenannten Hartz-IV-Gesetzgebung grundsätzlich in Frage stelle. Aus diesem Grunde ist Ihr Widerspruchsbescheid formaljuristisch nicht korrekt.

Begründung: Vor dem Bundesverfassungsgericht liegen momentan über 60 Klagen und Beschwerden gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung vor, und sogar der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat deren Verfassungsmäßigkeit angezweifelt. Daher habe ich ausdrücklich unter Rechtsvorbehalt Widerspruch gegen Ihren Bescheid (Datum, Geschäftszeichen) eingelegt, dass, falls das Bundesverfassungsgericht ein entsprechendes Urteil fällt, mir umgehend ein korrekter Bescheid auf Grundlage dieses Urteils erteilt wird. Deshalb sehe ich es als Ihre Verpflichtung an, meinen rechtmäßigen Widerspruch bis zu einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts ruhen zu lassen.

Ich erwarte, dass Sie meinen so begründeten Widerspruch wieder in Kraft setzen und bis zur entgültigen Entscheidung des BVG ruhen lassen. Ich erwarte umgehend Ihre entsprechende Bestätigung.“

Matthias Brittinger (parteilos)

Frauen gestalten die Montagsdemo

Für den Vorabend des Internationalen Frauentages hatten wir uns vorgenommen, dass Frauen die Kundgebung gestalten. So trafen wir uns am 7. März 2005 zu unserer 29. Montagsdemo um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz in Bremen und bauten uns vor dem „Roland“ auf.

Ein schönes buntes Transparent „Große Freiheit Nr. IV – Frau war nie so frei: frei von Arbeit, frei von Ausbildung, frei von Wohnung, frei von Zukunft – Clement, Schröder, Hartz wir danken Euch!“ zog das Augenmerk auf uns. Die ausschließlich von Frauen vorbereiteten Beiträge zur Geschichte des Internationalen Frauentages und der besonderen Betroffenheit der Frauen durch Hartz IV wurden im Wechsel mit Gedichten, einem sehr nahegehenden Interview mit einer alleinerziehenden Mutter und Liedern von Milva („Freiheit in meiner Sprache“, „Ich hab keine Angst“, „Hurra wir leben noch“) und Gitte Hänning („Ich will alles“, „Aufwärts“) lebendig vorgetragen.

Die befragte Mutter berichtete, dass sie mit ihren heranwachsenden Kindern in einer sehr kleinen Wohnung leben muss, dass alles, was die Kinder an Jobs bisher beigetragen haben, ihnen vom ALG II nun abgezogen wird und so für den älteren Sohn keine Chance besteht, wenn er in einem Jahr 18 wird, den Führerschein zu machen. Schlimmer noch: Dass durch Hartz IV die Familie auseinandergerissen wird, um nicht als „Bedarfsgemeinschaft“ eingestuft zu werden.

Zu dem Zeitpunkt hatten sich trotz des kalten Wetters etwa 50 bis 60 Teilnehmer versammelt. Die anschließende Demonstration mit dem großen Fronttransparent führte zum Hauptbahnhof.

Im Gewerkschaftshaus hatte Verdi zu einer sehr gut besuchten Diskussionsveranstaltung zum Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer geladen, an der wir mit über zwanzig Mitstreitern teilnehmen wollten. Der Vortrag von Klaus Jakubowski zeigte schonungslos auf, wie die Lage im Land Bremen wirklich ist. 89 von 1000 Bremern waren 2004 Sozialhilfeempfänger (Bund: 33). 40 Prozent der Kinder leben von Sozialhilfe, 25 Prozent aller Bremer unter der Armutsgrenze von 735 Euro im Monat. 43 Prozent der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose. Die Verschuldung des Landes Bremen hat mit 12 Mrd. Euro einen Höchststand erreicht. All das zeigt, dass das „Sanierungsprogramm“ der Großen Koalition komplett gescheitert ist!

In der Diskussion wurde die Frage gestellt, was wir denn tun können. Auf große Ablehnung stieß, dass der Verdi-Vorstand im neuen Tarifvertrag Niedriglöhne abgeschlossen hat, so dass etwa eine neu eingestellte Erzieherin weniger Gehalt bekommt, als zum Überschreiten der europäischen Armutsgrenze notwendig wäre.

Am nächsten Montag findet um 13.00 Uhr ein Warnstreik im Öffentlichen Dienst mit Kundgebung auf dem Marktplatz statt, denn der Bremer Senat will nicht mal den miesen Tarifvertrag bezahlen, sondern noch weniger. Wir Montags-

demonstrierer versprachen, nach Möglichkeit diesen Kampf zu unterstützen. In mehreren Beiträgen machten wir deutlich, welche Bedeutung die Montagsdemos für das Neuentstehen einer großen sozialen Bewegung gegen Hartz IV, Agenda 2010 und die Angriffe der Monopole haben. Das wurde von vielen im Saal gut aufgenommen, und einige drückten auch ihre Hochachtung davor aus, dass wir schon so lange durchhalten.

Abschließend wurde der seit sechs Wochen anhaltende Streik der Beschäftigten der Klinik Dr. Heines angesprochen und aufgefordert, die Streikposten vorm Tor zu besuchen und mit unserer Solidarität zu stärken.

Am 7. März 2005 fand nach längerer Zeit wieder eine Montagsdemo in *Bremerhaven* statt. Mitstreiter aus Bremen waren zur Unterstützung dorthin gefahren. Circa 30 Personen nahmen an der Demo teil, die vom Ernst-Reuter-Platz zur Großen Kirche an der Bürgermeister-Smidt-Straße führte. Noch waren die technischen Möglichkeiten für ein Offenes Mikrofon sehr schlecht, weil es nur ein Megafon gab, aber nachdem wir in Bremen erfolgreich eine kleine Anlage gebaut haben, werden wir die Pläne weitergeben. Wir wollen auch unsere Homepage den Aktiven in Bremerhaven zur Mitbenutzung zur Verfügung stellen.

Heute, am 8. März, sind einige Mitstreiter mit unserem Transparent „Große Freiheit Nr. IV“ zur Kundgebung am Internationalen Frauentag in Bremen auf den Marktplatz gegangen. Wir verteilten ein speziell an die Frauen gerichtetes Flugblatt und erregten mit unserem großen Transparent sehr viel Aufsehen. Fast alle jüngeren und älteren Männer und Frauen blieben zum Lesen stehen, und einige Gespräche konnten geführt werden mit der Aufforderung, zur nächsten Montagsdemo zu kommen.

„Rote Fahne News“, „Indymedia“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

30. Bremer Montagsdemo am 14. 03. 2005

Hände weg von den Renten!

Wir haben ein Recht auf unsere Rente! Wir haben auch ein Recht auf eine Rentenerhöhung, besonders nach Jahren der „Mini-Anpassungen“ und einer Renten-Minusrunde!

Wir fordern: Es soll keine zweite Minusrunde mehr geben! Wir Rentner wollen auf keinen Fall wieder die Verlierer sein! Wir wollen nicht nur ein kleines Gnadenbrot und uns nicht länger bestehlen lassen! Wer uns wieder bei der Rente beklaut, der wird verdammt viel Ärger kriegen! Denn wir Rentner sind jetzt schon sauer wie eine Zitrone, wenn es um unser Geld geht!

„Zum Wohle des Volkes“ heißt auch „zum Wohle des Rentners“! Auch wir Rentner sind das Volk! Wir haben noch Macht und Kraft, um für unser Recht zu kämpfen! Wir haben aber keine Angst vor einem „heißen Sommer“! Wir wollen uns nicht länger für dumm verkaufen lassen!

Auch wir haben eine „Würde“, die ihr Politiker ständig mit den Füßen tretet, statt euch zu besinnen, was eure Aufgabe ist! Ihr werdet hoch bezahlt, um eine gute Arbeit zu leisten! Aber die meisten von euch machen für ein „Traumgehalt“ eine miserable Arbeit, die zum Himmel stinkt!

Rentnerinnen und Rentner stellen fest: Renten sind nur „Almosen“! Es hat sich nicht gelohnt, jahrelang ehrlich auf Steuerkarte zu arbeiten! Gelohnt hat es sich nur für die Politiker und Wirtschaftsbosse!

Ursula Gatzke (parteilos)

Der andere Teil der Wahrheit

Fast alle Medien rauf und runter reden von 5,2 bis 5,3 Millionen Arbeitslosen. Das muss eine Verordnung von oben sein!

Der „Spiegel“ hat dagegen schon vor fünf Wochen geschrieben (Heft 6/2005, Seite 73), dass diese Zahl nur ein Teil der Wahrheit sei, denn fast 1,3 Millionen Menschen, die mit staatlicher Unterstützung befristet an einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder Schulung teilnähmen, tauchten in der Bilanz nicht auf!

Weitere 1,8 Millionen könnten sich nach Schätzung des staatlichen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung arbeitslos melden, täten dies aber nicht, weil sie die Hoffnung auf eine Stelle längst aufgegeben hätten. Und von jenen Arbeitslosen, die älter als 58 seien, rede eh keiner mehr: Sie würden seit Jahren aus der Statistik herausgerechnet!

5,3 und 1,3 und 1,8 macht schon 8,4, und mit den Älteren, die aus der Statistik rausgefallen sind, kommt man auf ungefähr 9 Millionen Arbeitslose. Das ist der Tatbestand! – Mehr dazu morgen Abend im Fernsehen.

Hermann Siemering (Verdi) moderiert an jedem dritten Dienstag im Monat um 19 Uhr den „Hydepark“ im „Offenen Kanal Bremen“

Rechtlose Bürger zweiter Klasse

Freie Beratung sei gefährlich, meldet der „Weser-Kurier“ am 12. März. Dabei zeigt sich hier mal wieder eklatant, dass die Politik nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern die Arbeitslosen selbst: Sie würden mit dem Wegfall der unabhängigen Beratungsstellen nahezu ihre letzte Lobby verlieren!

Konflikte zwischen Arbeitslosen und der Bundesagentur für Arbeit sind doch vorprogrammiert, wenn ALG-II-Empfänger sogar „Eingliederungsvereinbarungen“ unterschreiben müssen, die sie selbst als unsinnig oder schikanös betrachten, weil sonst eine dreißigprozentige Kürzung der Bezüge droht!

Unabhängige Beratungsstellen könnten hier helfen. Wie sollen die Angehörigen der Bundesagentur für Arbeit in solchen Streitfällen objektiv beraten, da sie doch in erster Linie ihrem eigenen Dienstherren verpflichtet sind?

Arbeitslose würden auf diese Weise mundtot gemacht und zu rechtlosen Bürgern zweiter Klasse degradiert: Das scheint der tiefere Sinn dieser ganzen Aktion zu sein!

Elisabeth Graf (parteilos)

Solidarität mit Demonstration von Verdi, GEW und GdP

Wir, die Initiative Bremer Montagsdemo, sagen: Wir unterstützen die Gewerkschaftsproteste, die sich gegen die Blockadehaltung des Bremer Senats zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und die Kürzungspläne des Koalitionsausschusses richten.

Wir haben gute Argumente, aber die besten Argumente bringen die arbeitnehmerfeindliche Politik nicht vom Tisch. Das geht nicht ohne die noch arbeitenden Menschen in den Betrieben, im Einzelhandel und in den Verwaltungen. Das geht nicht ohne das Gewicht starker Gewerkschaften. Darum reichen wir euch die Hand!

Lasst uns gemeinsam gegen die menschenunwürdige und arbeitnehmerfeindliche Politik auf Bundes- und Landesebene kämpfen! Wir sind jeden Montag, auch heute wieder, ab 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz. Wir kämpfen nicht nur gegen die Agenda 2010 und Hartz IV, sondern treten ein für eine menschenwürdige Politik, die den Sozialstaat sichert.

Kommt zu uns, helft uns bei diesen Aktionen! Gemeinsam können wir es schaffen! Eine andere Politik ist möglich! Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Erich Seifert (parteilos)

Ich bin der fesche Gerhard

Ich bin der fesche Gerhard, der Liebling der Saison, ich schufte täglich sehr hart, zuhaus in mei'm Salon! Hab auch ein paar Verträge, das weiß ein jeder Mann, doch kommt mir einer kritisch, dann nehm ich ihn hart ran!

Gerhard, Gerhard, so rufen sie immerzu, ich schenke dir hundert Paar Schuh, dies Auto nimm noch dazu! Gerhard, Gerhard, mein Berater sollst du sein, und hunderttausend Euro, die nennst du sofort dein!

Ich bin Genosse Gerhard, der Liebling der Saison, ich hab ein paar Verträge, zuhaus in mei'm Salon! Ich hab auch reiche Freunde, das weiß ein jedes Kind, ich mach ihnen Geschenke, weil's gute Freunde sind!

Gerhard, Gerhard, wir sind so bettelarm, bei uns wird's gar nicht mehr warm, die Bilanzen sind so lahm! Gerhard, Gerhard, nun gib uns endlich mehr Geld, wenn wir nicht Nummer eins sind, verspottet uns die Welt!

Ich bin der linke Gerhard, der Liebling der Saison, ich habe reiche Freunde, zuhaus in mei'm Salon! Dort hab ich auch Zigarren, das weiß ein jeder Hund, die rauchen wir zusammen und stoßen uns gesund!

Gerhard, Gerhard, ich hab da eine Idee, spendier noch 'ne Runde Schnee, dann geht das ab mit Juchhe! Gerhard, Gerhard, und schenk uns doch nochmal ein, wir planen die nächsten Reformen, drum lass uns fröhlich sein!

Ich bin der fesche Gerhard, der Liebling der Saison, hab jederzeit Zigarren, zuhaus in mei'm Salon! Ich trag auch gern Armani, das ist ein alter Hut, ich wollte viel verändern, und seitdem geht's mir gut!

Andreas Schröder („Ich bin die fesche Lola", siehe auch RF-News)

Die Zahlen sind falsch!

Die Arbeitsmarkt-Statistik der Regierung wird von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Ihre aktuellen Zahlen werden jetzt jeweils per Monatsersten erhoben, aber erst am Anfang des nächsten Monats bekannt gegeben. Ich rede also über die Zahlen per 15. Februar 2005.

Die wesentlichen Aussagen: Arbeitssuchende insgesamt: 6.801.002 (in Bremen: 82.129), davon Arbeitslose: 5.216.434 (59.137), davon Frauen: 2.296.241 (26.314). Die Frauenarbeitslosigkeit ist gegenüber Februar 2004 insgesamt um 17,7 und in Bremen um 64,3 Prozent gestiegen!

Solche Zahlen sind schon sehr hoch, aber sie sind falsch! Es fehlen noch die üblichen Verdächtigen in dieser Statistik: Frauen oder Männer mit Kindern unter drei Jahren, Arbeitslose, die 58 Jahre und älter sind und die 58er-Regelung unterschrieben haben, außerdem 481.000 Arbeitslose in Weiterbildung. Diese Personen sind gemäß Gesetz in der Arbeitslosenstatistik *nicht* mitzuzählen: Sie gelten *nicht* als arbeitslos, weil sie der Vermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Die Bundesanstalt für Arbeit weist zudem darauf hin, dass die Zahlen vorläufig sind, denn beim SGB II wurde auf die „Programmierung" von Schnittstellen für die Statistik verzichtet, und der Datenaustausch mit den kommunalen Trägern klappt nicht. Viele Kommunen haben Daten geliefert, die aber teilweise unvollständig waren oder nicht so aufbereitet werden konnten, dass sie als Basis für die Statistik nutzbar wären (Seite 15; dort stehen noch weitere Gründe).

Diese Schwachstellen will die Bundesagentur für Arbeit im Laufe des Jahres beseitigen. Die Monatsstatistiken werden dann berichtigt; bis dahin gelten diese Zahlen als vorläufig. Wer hat etwas von der richtigen Zahl? Ein Unternehmen

ohne aussagefähige Zahlen ist nicht zu beherrschen oder zu steuern, es sei denn, die Zahlen sind so, dass jede Reaktion darauf sowieso nicht von der effektiven Aussage der Zahlen abhängig ist.

In der Einzelstatistik für Bremen (Eckwerte des Arbeitsmarktes Februar 2005) steht in der Rubrik „Leistungsempfänger Arbeitslosengeld II“ *keine* Zahl. Keine Eintragung für Februar und keine Eintragung für Januar! Dann wollen wir doch hoffen, dass diese Leistungsempfänger in der Gesamtstatistik enthalten sind.

Nun zu den offenen Stellen per 15.02.2005: Insgesamt 331.311 (Bremen: 2.203), aber *ohne* Ein-Euro-Jobs nur 271.994 (2.086). Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten werden demnach als Arbeitsstellen mitgezählt. Das halte ich für sehr fortschrittlich, schließlich wollen wir die volle Anerkennung dieser Arbeitsgelegenheiten als Arbeitsverhältnisse! (88.700 Personen im Februar, siehe Seite 13 unten rechts.) Wie aus einem Ein-Euro-Job ein Arbeitsverhältnis werden kann, darüber können wir auf Nachfrage reden. –

Ausgerechnet bei Hartz IV soll alles bleiben wie beschlossen? Bei Tacheles wurden wieder Änderungen in den Ausführungsbestimmungen zum ALG II vermerkt, die letzte per 7. März 2005.

Die Arbeitsagentur hat auch zusehends Probleme damit. Am einfachsten ist es, die Arbeitslosen zu isolieren. Diesen Weg geht man mit der Kürzung der Mittel für die Arbeitslosenberatungsstellen. Das garantiert weniger Widersprüche! Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Empörende Schlampigkeit bei der Behandlung von Widersprüchen

Nach Warnstreik im Öffentlichen Dienst und Kundgebung von über 5.000 Menschen gegen die Kaputtsanierungspolitik des Bremer Senats am Mittag waren wir um 17:30 Uhr leider wieder nur der „harte Kern“ von etwa 50 Montagsdemo-Aktiven auf dem Marktplatz in Bremen.

Mittags war zwar zu hören gewesen, dass die Gewerkschaften „wiederkommen“ wollten, wenn die Politik ihre Horrorprogramme nicht zurücknehme, aber noch sind unter den Gewerkschaftern Einsicht und Wille nicht so ausgereift, dass man gutgemeinte, aber kraftlose Worte und Versprechungen durchschaut und mit den engsten Kollegen auch weitergehende Schritte konkret bespricht und die Verbindung zu anderen sucht, um praktisch aktiv zu werden. Die Meinung einiger weniger Kollegen, man müsse eigentlich „reingehen in die Sitzung der großen Koalition im Haus der Bürgerschaft“ (Landtag), war leider nicht so ernst gemeint, wie man sie hätte konkret beraten müssen.

Am Abend gab es aber auch neue Gesichter. Ein Betriebsrat eines Call-Centers war mal wieder da: Er sei beeindruckt von unserer Standhaftigkeit, den ganzen Winter überdauert zu haben, und er wolle nun wieder öfter dabei sein.

Sehr empörte uns der Bericht von der Widerspruchsbehandlung bei den neuen Arbeitsgemeinschaftsstellen (in Bremen „Bagis“ genannt). Eine Betroffene hatte mit Beratung einen Widerspruch eingereicht, um sich die offensichtliche Falschberechnung ihres Geldes nicht gefallen lassen zu müssen. Als nach über sechs Wochen keine Antwort vorlag, aber massiv das Geld fehlte, versuchte sie mit Unterstützung die Aufklärung. Hin- und hergeschoben mit schier endlosen Wartezeiten gelangte man zum zuständigen Sachbearbeiter, der zuerst die Akte nicht finden konnte, aber nach langem Suchen herausfand, dass er den Fehler eingestehen müsse und Mitte Februar eine Korrektur vorgenommen habe. Dann sei es „versehentlich zur Verlegung“ der Akte gekommen. Neues energisches Protestieren war erforderlich, damit endlich am 14. März, also einen ganzen Monat später, der Betroffenen endlich das ihr zustehende Geld ausgezahlt wurde.

Allen Betroffenen kann man nur empfehlen, sofort und mit Unterstützung hartnäckig überall vorstellig zu werden. Die Mitarbeiter werden von den Amtsleitungen so schlecht unterstützt und geführt, dass sie keine saubere und korrekte Arbeit machen können. In manchen Stellen schmoren Akten seit Anfang des Jahres im Keller oder sind nicht auffindbar, weil man gar nicht weiß, wo man suchen soll. Diese Zustände müssen überall auf den Montagsdemos öffentlich gemacht werden, um zu beraten, wie dagegen vorzugehen ist!

„Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

31. Bremer Montagsdemo

am 21. 03. 2005

Ein kleines Kreuz

Haben wir bei der letzten Wahl gegeben. Jetzt müssen wir in Angst und Schrecken leben! Gelogen waren alle die Versprechen! Jetzt will man dem armen Wähler das Kreuz noch brechen!

Ein schweres Kreuz lädt man uns auf, da stehen die „Zwangsforderungen“ drauf! Die Selbstbeteiligungen fressen uns den Geldbeutel leer, und die Armen werden immer mehr!

Und noch dazu die Inflation, das erzeugt den heutigen Ton! Auch wenn wir kein Zwangsgeld geben müssen, so werden wir trotzdem oft beschissen!

Die Erhöhungen von Fahrgeld, Strom, Wasser, Müll und so weiter klettern fleißig rauf die Leiter! „Heulsusen“ sollen wir sein! Dazu fällt mir nur dieser Satz ein:

Ihr Politiker, Wirtschafts-, Gesundheits- und Bankenbosse! Knüppelt auf das Volk nur ein, desto lauter werden wir dann schrein!

Hartz IV, Hartz IV, der Schuldenberg wächst vor der Tür! Schröder, Merkel, Stoiber, Eichel: Keiner kann seinen Gipfel erreichen!

Da müssen erst die vielen nutzlosen, mutlosen Arbeitslosen sich zum „Arbeitsplatz“ schleichen! Doch wo sind die Arbeitsplätze, ihr Gutbetuchten, die Heere von Verzweifelten schon suchten?

Ihr könnt nur ein paar Plätze für einen Euro geben, und das mit Zwang! Ach, Gott sei Dank: Wer gibt, dem wird gegeben!

Ein Euro gegen so viel Schulden, das wird nun ein faules „Osterei“ werden! Wer soll denn diesen Scheiß nur erben? Hartz IV, Hartz IV, du stinkst wie Käse! Bleib mir bloß von meiner Näse!

Ursula Gatzke (parteilos)

Der Sachsen-Bock

Heute musste ich der Presse entnehmen, dass der Bundeskanzler eine neue Verwendung für den alten „Sachsen-König“ Kurt Biedenkopf gefunden hat.

Der stand seit 1990 an der Spitze einer CDU-Alleinregierung und geriet im Frühjahr 2001 wegen seines umstrittenen Mietverhältnisses im Dresdner Gästehaus der sächsischen Staatsregierung in die öffentliche Kritik, zumal er offizielles Dienstpersonal privat beschäftigt hatte!

Wenn man bedenkt, was Biedenkopf noch aus seinen bisherigen Funktionen erhält, konnte er die vom Landesrechnungshof geforderten 100.000 Mark sozusagen aus seiner „Portokasse“ nachzahlen!

Biedenkopf ist schon in den siebziger Jahren als CDU-Generalsekretär einer der größten Gegner der Mitbestimmung gewesen, über deren Wichtigkeit ich vor drei Wochen hier gesprochen habe.

Und jetzt kommt der Hammer: Im Auftrag von Gerhard Schröder soll Kurt Biedenkopf eine Kommission leiten, die sich der Frage nach der Zukunft von Mitbestimmung und Arbeitnehmerbeteiligung im zusammenwachsenden Europa widmen soll! Noch mehr kann man nicht einen Bock zum Gärtner machen! Dreimal pfui zu dieser Politik, Herr Bundeskanzler!

Hermann Siemering (Verdi)

Manamana

Manamana, duduh bidubi! Manamana, dudubiduh! Manamana, duduh bidubi, bidubi, bidubi, bidubidubi dubdub dubiduh!

Manamana, stoppt die Agenda! Manamana, und auch Hartz IV! Manamana, stoppt die Agenda, Agenda, Agenda, Agenda-denn-das Volk, das sind doch wir!

Nach der „Sesamstraße“

Keine Wohnung für „ALG-II-Leute“

Die ersten Diskriminierungen von Hartz-IV-Geld-Beziehern sind auf dem besten Wege zum Gericht, da stehen die nächsten schon im „Weser-Report“!

Hier zwei Kostproben vom 13. März. Die erste: „Nachmieter für 1 1/2 Zimmer, modernisierter Neubau, 50 m², 239 € + Nebenkosten + Deponat, Berechtigungsschein erforderlich, keine ALG-II-Wohnung.“

Die zweite: „Nachmieter für 2 Zimmer, modernisierter Neubau, 60 m², 279 € + Nebenkosten + Deponat, Berechtigungsschein erforderlich, keine Hartz-IV-Wohnung.“

Neue Wortschöpfungen wie „ALG-II-“ oder „Hartz-IV-Wohnung“ sind noch die harmlosen Varianten. Wäre es nicht angebracht, solche Vermieter einmal zu fragen, was eigentlich eine „ALG-II-“ oder „Hartz-IV-Wohnung“ auszeichnet? Hier wird doch der neue Grenzwert für „angemessenen“ Wohnraum dazu missbraucht, Arbeitslose auszugrenzen!

Hermann Richard Peters (parteilos)

Bremen kriegt Hartz-IV-Gettos

Bremer bekommen jetzt erwiesenermaßen ein Problem mit der Anerkennung von Unterkunftskosten, denn Matthias Brittinger und Ralph Mels haben in einer Untersuchung aktueller Wohnungsangebote herausgefunden, dass die durchschnittlichen Mietforderungen *über* den Höchstgrenzen für ALG-II- und Sozialgeldbezieher liegen!

Lediglich in Bremen-Nord, wo es aber auch die wenigsten Angebote gab, blieb die Durchschnittsmiete innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Anhand dieser Übersicht lässt sich erkennen, dass wir in Bremen über kurz oder lang eine Gettobildung in den Randgebieten bekommen werden!

Die „Initiative Bremer Montagsdemo“ und der „Soziale Lebensbund“ haben diese Mietübersicht am vergangenen Mittwoch in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Einzig die von uns oft kritisierte *Bremer Tageszeitungen AG* mit ihrem „Weser-Kurier“ und den „Bremer Nachrichten“ hat uns auf der ersten Seite des Lokalteils mit einem großen Artikel gewürdigt.

Wir können daraus lernen, dass „die Presse“ nicht „gegen uns“ ist, sondern Fakten braucht, die sie zu einem Artikel verarbeiten kann. Deshalb möchte ich

alle hier Anwesenden noch einmal bitten: Sammelt fehlerhafte Bescheide, etwa solche, die zum Umzug auffordern! Tragt Informationen zusammen, damit wir die Probleme mit den Ein-Euro-Jobs schildern können! Vergleicht eure Bescheide mit denen des letzten Jahres, um eine Statistik darüber zu erstellen, wie weit die Leistungen zurückgegangen sind!

Nur wenn wir selbst bereit sind, Fakten zu sammeln, aufzubereiten und ihre Konsequenzen aufzuzeigen, wird uns die Presse ernstnehmen, denn Emotionen allein reichen nicht aus. Wir alle sind gefordert mitzuhelfen, dass wir in der Bremer Medienlandschaft endlich beachtet werden!

Erich Seifert (parteilos)

So viele kleine und günstige Wohnungen gibt es nicht!

Ein ganz großes Lob für die mühselige Kleinarbeit, die Matthias Brittinger und Ralph Mels unentgeltlich bei der Erstellung der ersten Bremer Mietübersicht 2004/2005 geleistet haben!

Die beiden Aktivisten des „Sozialen Lebensbundes“ zeigen der großen Koalition, wie sie ihre Hausaufgaben hätte machen müssen: Es ist doch ein Skandal, dass Bremen es sich leisten kann, irrwitzig hohe Summen mit dem Space-Park den Bach runtergehen zu lassen und andererseits kein Geld zu haben, um einen Mietspiegel für das Bundesland in Auftrag zu geben!

Diese Übersicht bringt es an den Tag, dass es all die kleinen und vor allem extrem günstigen Wohnungen gar nicht gibt, in die demnächst viele ALG-II-Empfänger umziehen sollen, weil ihre Wohnungen zu teuer seien. Auch wenn der stellvertretende Leiter der Bagis, Herr Lange, dies dementiert: Ich kenne ALG-II-Empfänger persönlich, die eine Aufforderung zum Umzug bereits erhalten haben!

Nur weil es bisher keinen offiziellen Mietspiegel gibt, konnten solche utopisch niedrigen Mietobergrenzen festgelegt werden, die nun in der Realität *ad absurdum* geführt werden. Dahinter steht klares politisches Kalkül, weil Bremen mal wieder bei den Ärmsten der Armen zu sparen versucht!

Elisabeth Graf (parteilos)

„Heißer Sommer“ wegen zu hoher Mieten?

Steht ein „heißer Sommer“ mit Protesten von Arbeitslosen gegen erzwungene Umzüge bevor? Das glaubt jedenfalls der Verein „Sozialer Lebensbund“, der aus den Montagsdemonstrationen entstand. In Bremen gebe es zu wenig bezahlbaren Wohnraum insbesondere für alleinstehende Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Wegen zu hoher Mieten könnten bald Umzüge angeordnet werden, befürchtet der Verein. Weil kein Mietspiegel für Bremen existiert, hat er jetzt eine Übersicht vorgelegt.

Die durchschnittliche Kaltmiete für freie Wohnungen bis zu 50 Quadratmetern liege in der Stadt Bremen zwischen 248 Euro bis 290 Euro, hat der „Soziale Lebensbund“ errechnet. Der Staat übernimmt aber nach der Hartz-IV-Reform für alleinstehende Arbeitslose nur Mieten von 245 bis 265 Euro inklusive Nebenkosten. Zuwenig, findet Vereinsvorsitzender Erich Seifert. Da müsse mancher entscheiden, ob er ein „Dach über dem Kopf oder Essen auf dem Tisch“ bevorzuge.

Die Bagis (Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales) hatte die bisherigen Mieten von ALG-II-Beziehern für das erste Halbjahr 2005 zunächst anerkannt. Von Juli an soll mit der Überprüfung der Mietkosten begonnen werden. „Doch auch dann wird keiner sofort ausziehen müssen“, beteuert Eckhard Lange, stellvertretender Bagis-Geschäftsführer. Vielmehr werde den Betroffenen eine halbjährige Frist eingeräumt, in der sie sich bemühen müssten, ihre Unterkunftskosten zu senken. Wenn ihnen dies „nachweisbar“ nicht gelinge, etwa weil kein angemessener Ersatzwohnraum zu finden sei, werde die Frist verlängert. Massenumzüge stünden also nicht bevor.

Von einer Umzugswelle sei derzeit nichts zu spüren, sagt Bernd Richter, Geschäftsführer von Haus & Grund. Das Niveau der Netto-Kaltmieten zeige eher nach unten. Auf ALG-II-Bezieher sieht er aber durchaus Probleme zukommen, etwa wenn die sanierten Wohnungen der OTG in Tenever nicht mehr von den arbeitslosen Bewohnern bezahlt werden könnten.

Dann werde auch in Tenever das Potenzial an kleinen, günstigen Wohnungen noch geringer, befürchtet Erich Seifert. Bei einem Verkauf der städtischen Gewoba-Anteile könnte sich das Problem zudem verschärfen. Sein Verein präsentierte jetzt einen Überblick über Bremer Mieten der vergangenen fünf Monate, der auf Zeitungsofferten beruht. Danach sind die Bremer Durchschnittsmieten in Mitte und Nordost mit Preisen von 6,53 Euro (70 bis 80 Quadratmeter) bis 7,28 Euro (an die 50 Quadratmeter) am höchsten. Die günstigsten Mieten gebe es in Bremen-Nord mit 5,50 bis 5,88 Euro pro Quadratmeter. Eine Folge dieses Mietgefälles sei, dass ALG-II-Empfänger aus der Stadt an den Rand verdrängt würden, hieß es.

Beklagt wurde auch, dass es für Bremen keinen Mietspiegel gibt. Nach Angaben von Haus & Grund fehlt der Stadt das Geld für diese Erhebung, die alle zwei Jahre aktualisiert werden müsse. Außerdem sei bislang keine Einigung zwischen Mieterverein und Vermietern erzielt worden.

Laut Bauressort war zuletzt 1999 versucht worden, einen Bremer Mietspiegel zu initiieren, ohne Erfolg. Die Kosten für den Spiegel müssten die Stadt und die Verbände der Wohnungswirtschaft tragen.

Elke Hoesmann im „Weser-Kurier am Sonntag“ vom 20. März 2005

Wir nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet auf dem Bremer Marktplatz seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr eine **Demonstration** gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem „festen Kern neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt!

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Bundesregierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jeder Jugendliche, ob mit oder ohne Job, seine Meinung frei sagen kann. Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht!

Die Bremer Montagsdemonstration, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der „Initiative Bremer Montagsdemo“ organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt; auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Niemand braucht sich vor den Karren einer Partei spannen zu lassen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Wolfgang Lange (MLPD) für „Bremen Online“

Wir haben wieder demonstriert!

An den Beginn des Irak-Krieges vor zwei Jahren erinnerten Bilder, aufgehängt an einer Wäscheleine rund um den Roland in Bremen, und ein Infostand „Gegen Krieg und Besatzung – für die Solidarität mit dem irakischen Widerstand“, als wir um 17:30 Uhr auf den Marktplatz kamen. Wir vereinigten unseren Protest gegen die heuchlerische imperialistische Politik der deutschen Regierung und die immer weiter getriebene Kriegspolitik gegen die breiten Massen bei uns.

Mehrere Redebeiträge befassten sich mit dem sogenannten „Job-Gipfel“, der nichts anderes zustande brachte als weitere Steuervergünstigungen für Unternehmer und die Reichen und verschärfte soziale Demontage für die Massen. Zynisch gehen die Herrschenden mit dem Hoffen von Millionen auf Arbeit um. Aber das Debakel der SPD in Schleswig-Holstein zeigt, wie sehr die Regierung abgewirtschaftet hat und nun versucht, sich in „Großen Koalitionen“ mit der Opposition über Wasser zu halten. „Dreimal pfui zu dieser Politik!“, erboste sich der aktive Rentner Hermann Siemering, der sich auch im „Offenen Kanal Bremen“ kritisch mit der Regierungspolitik auseinandersetzt.

Zwei Beiträge befassten sich mit der Situation der Massen in Venezuela und der aggressiven Politik der BRD, die in trauter Absprache mit den USA ihre weltweiten Einsätze, getarnt als „Friedensmissionen“ ausweitet und rund um den Irak in den Ländern Militärausbildung betreibt.

Bedeutsamstes Ergebnis der Woche war die Vorstellung unseres inoffiziellen „1. Bremer Mietspiegels“ auf einer Pressekonferenz von der „Initiative Bremer Montagsdemo und dem „Sozialen Lebensbund“. Als Einzige von 18 eingeladenen Presse- und Medienunternehmen kam eine Redakteurin der „Bremer Tageszeitungen AG“, und im „Sonntagskurier“ erschien dann auch ein ordentlicher Artikel auf dem Hauptplatz der „Bremen-Seite“. Lehre für uns ist, dass wir für Presse und Medien Fakten liefern müssen, nur emotional gefärbte Äußerungen und Appelle sind wertlos. So forderten wir alle Betroffenen auf, fehlerhafte Bescheide und Entscheidungen auf Widersprüche mitzubringen, damit wir sie zusammenfassen und in die Öffentlichkeit bringen können.

Es waren wieder etwas mehr Menschen gekommen, knapp 60, auch alte Bekannte fanden wieder zu uns, sodass wir die erste Demo nach dem Winter wagten. Wegen der geringen Größe waren wir auf den Fußweg verbannt, aber eine gewisse Resonanz war uns trotzdem sicher. Unser Fazit selbst: „Das war richtig gut, mal wieder demonstriert zu haben!“

Bei unserem wöchentlichen Auswertungstreffen erhielten wir einen Bericht vom Treffen der Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemobewegung in Kassel. Im Wesentlichen gleiche Erfahrungen an den verschiedenen Orten prägen das Bild. Gut fanden wir, die regionale Zusammenarbeit zu stärken und gemeinsam am 14. Mai anlässlich des 12. Internationalen Pfingstjugendtreffens eine Großdemonstration in Gelsenkirchen durchzuführen.

Nach unserem gelungenen Fest kurz vor Weihnachten planen wir ein Frühlingsfest im Freien kurz nach dem 1. Mai, zu dem wir auch Interessenten aus den benachbarten Montagsdemo-Orten einladen wollen.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Am Ostermontag (28. März 2005) findet in Bremen *keine* Demo statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

32. Bremer Montagsdemo am 04. 04. 2005

Backe, backe Kuchen!

Die Politiker haben gerufen: „Wer hilft uns aus diesem Schlamassel raus? Wer fegt die vielen Arbeitslosen aus der Statistik heraus?“

Der noch arbeitende Mensch kann noch so viel schuften: Die Firmenbosse sacken „Steuergeschenke“ ein und verduften! Zwölfhundert Arbeitsplätze werden tagein, tagaus vernichtet, doch darüber wird schon gar nicht mehr berichtet!

Die Erbschaftssteuer wird den „Bossen“ nun auch noch erlassen! Mit dem armen „Häuslebauer“ mag sich keiner befassen! Nein, *groß* sollen die Geschenke sein! Mit dem „kleinen“ Menschen macht sich doch niemand gemein!

Der „kleine“ Mensch kann das Motzen und Jammern nicht lassen, doch damit wollen sich „Gutbetuchte“ nicht befassen! „Es reicht doch, wenn wir den Wählern alle vier Jahre viel versprechen! Es reicht doch, wenn wir all unsere Versprechen dann wieder brechen!“

Der „Job-Gipfel“ ist Gipfel der Verhöhnung gewesen: Als könnte ein Arbeitsloser nicht mal lesen! Nicht *ein* Arbeitsloser *mehr* kommt in Lohn und Brot! Nur noch größer werden im ganzen Land Hunger und Not!

Der „Gipfel der Dummheit“ hat getagt! Bloß an die Armut hat sich keiner gewagt! Die Armut ist kein Ruhekissen! Von ihr wollen „Gutbetuchte“ nichts wissen!

Ihr raubt dem Volk das, was es sich erschaffen, derweil die reichen Konzerne noch mehr erraffen! Nur haltet das Volk nicht immer für Affen, so werdet ihr nie und nimmer den Aufschwung schaffen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die richtige Mutti

Bundesarbeitsminister Clement hat uns Menschen in Deutschland zu mehr „Mobilität und Flexibilität“ aufgefordert, schreiben die „Bremer Nachrichten“ heute.

„Es besteht zu wenig Bereitschaft, sich zu verändern, um an einen neuen Arbeitsplatz zu kommen. All dies geht so natürlich nicht weiter“, sagt er. Wenn es um Clement geht, scheint mir das Wort „unentwickelt“ zu stimmen. Es wird wirklich Zeit, dass sich bei ihm etwas verändert, damit er an einen anderen Arbeitsplatz kommt!

Doch zu jedem Pott passt auch ein Deckel, deshalb erzählt uns seine Gattin Karin: „Wer einen Job wirklich will, der kriegt auch einen!“ Ihre fünf Töchter hätten es alle zu etwas gebracht und nie Probleme gehabt, eine Stelle zu finden. „Die Basis ist ein liebes Elternhaus“, sagt sie den Arbeitslosen, die nicht alle eines besaßen.

Seine Töchter hatten eben die richtige Mutti, denn an seinem guten Namen und all den guten Beziehungen lag es natürlich nicht. Wolfgang Clement hat wirklich genau die Frau, die er verdient!

Hermann Siemering (Verdi)

Die Statistik wird umbenannt

Die **Statistik** der Bundesregierung hat einen neuen Namen, sie heißt jetzt „Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland“. Sie hat auch neue Zahlen, es ist schließlich ein anderer Stichtag. Außerdem hat die Bundesagentur für Arbeit auf die Vorläufigkeit der Zahlen hingewiesen und wieder einmal die *gleichen* Fehlermöglichkeiten aufgezählt.

Per 15. Februar 2005 war die Zahl „Nichtarbeitslose Leistungsempfänger, § 428 SGB III, **58er-Regelung**“ mit 394.063 für Februar und 398.972 für Januar angegeben. Per 15. März 2005 hat sich diese Zahl stark verändert, auf

232.039, somit eine Differenz von 162.024 Köpfen. Dies wäre eine erhebliche Verminderung innerhalb eines Monats!

Auch die Angabe per 15. Februar 2005 hat sich verändert: Für den Vormonat stehen dort 226.717, ein Minus von 167.346 Köpfen, aber die Überschrift ist gleich geblieben. In den Erläuterungen zur Statistik ist der Text zu dieser Position unverändert, es gibt keinen Hinweis auf eine Korrektur oder andere Ursache!

Positiv hat sich der **Wirtschaftsminister** zu diesen Zahlen geäußert. Er hat den Rückgang der Arbeitslosen von 5.216.434 auf 5.175.577 begrüßt, mit minus 40.857 Köpfen. Sollen wir es glauben? Gestiegen und somit unerwähnt ist die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden von 6.801.002 auf 6.827.419, also plus 26.417 Köpfe! Bundesweit wurden 114.167 **Ein-Euro-Jobs** besetzt. Diese Arbeitnehmer zählen *nicht* als arbeitslos, gemäß dieser ehrlichen Statistik.

Die Zahl der **offenen Stellen** wurde um die Position „sofort zu besetzen“ erweitert, somit sind hier *alle* gemeldeten offenen Stellen ausgewiesen. In den offenen Stellen sind auch die geförderten, sprich Ein-Euro-Jobs, enthalten. Für Bremen werden 2.768 offene Stellen genannt, davon 330 Ein-Euro-Jobs. Sofort zu besetzen: 1.926. Arbeitssuchende: 79.182. Sofort zu vermittelnde Arbeitslose: 56.930.

Auch bei einer schnelleren **Vermittlung** wird sich die Situation nicht bessern, besonders wenn man bedenkt, dass die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse in Bremen mit 275.000, so die neueste Zahl vom Januar 2005, angegeben wird.

Die viel geforderte **Beweglichkeit**, der Wille zum Umzug, wird daran nichts ändern, denn auch am Zielort gibt es zu viele Arbeitssuchende. Wenn ich nur an die Prämien und Sonderleistungen für den Umzug aus den neuen Bundesländern in die alten denke! Insofern war ich angenehm überrascht, dass Herr Clement dieses Thema bei der Kommentierung der Arbeitslosenzahlen nicht angesprochen hat. Das hatte ja auch Frau Clement einige Tage vorher erledigt: „Wer einen Job wirklich will, kriegt ihn auch“. Dem ist nichts hinzuzufügen! Die Meinung ist zu weit von der Realität entfernt, aber gemäß Herrn Müntefering von der Meinungsfreiheit gedeckt.

In der Bremer Statistik findet sich unter „ALG-II-Empfänger“ noch immer kein Eintrag, aber in der Bundesstatistik ist klargestellt, dass für Bremen *keine* Zuschätzung vorgenommen wurde.

Zur **Ausbildungslage** sagt ein Berufsberater der Bundesagentur für Arbeit in Bremen laut „Weser-Kurier“ vom 30. März, eine „Null-Bock-Stimmung“ unter Jugendlichen gebe es nicht, es fehlten einfach die Ausbildungsplätze. Herr Jens Hermann sagte weiter: „Die Jugendlichen wollen gerne arbeiten“.

Inzwischen habe ich die Gegenposition für die **verschwundenen Köpfe** gefunden, nicht zu 100 Prozent, aber um immerhin 40.209 Personen, von 2.133.273 auf 2.093.064, ist die Zahl der Leistungsempfänger gesunken, jeweils Stichtag 15. Februar 2005, jedoch beim ALG I, also allein im Zuständigkeitsbereich der Bundesagentur für Arbeit.

Die Arbeitserlaubnisse für **Ausländer** sollen es jetzt bringen: 870.000, eine hohe Zahl, aber darin sind wahrscheinlich auch die Arbeitserlaubnisse für Menschen enthalten, die seit Jahren bei uns leben, aber zum Teil nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen. Sie erhalten Leistungen nach einem anderen Rechtskreis, und noch weniger. Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Die Bänder stehen still!

Heute haben bei uns im Bremer Mercedeswerk ab 12 Uhr die Bänder in der SL-Produktion stillgestanden, für zweieinhalb Stunden! Es fehlten die Innenverkleidungen, die bei Dräxlmaier in Achim gefertigt werden, denn dort haben gut 50 Kollegen die Arbeit niedergelegt!

Sie streiken für die Durchsetzung eines Haustarifvertrags und einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Dräxlmaier ist nicht im Arbeitgeberverband und lässt 40 Stunden arbeiten, bei Löhnen, die unter dem Tarifvertrag liegen und nach Nasenfaktor gezahlt werden! Als nun weitere Arbeitsplätze abgebaut und Kollegen in andere Werke versetzt werden sollten, war für viele klar, dass es jetzt reicht!

Die Kollegen haben ihren Streik von Anfang an mit einer Torblockade und Patrouille des Geländes verbunden, weil die Geschäftsleitung ein Loch in den Werkszaun geschnitten hat, um Lastwagen zu beladen. Es sollen notfalls Hubschrauber eingesetzt werden, um die Produktion wieder laufen zu lassen! Die Geschäftsleitung hat Polizei angefordert und will per Eilverfahren einen Gerichtsbeschluss erreichen, dass am Dienstag um 15 Uhr die Torblockade beendet werden muss. Sonst sollen die Streikenden den Hubschrauber bezahlen!

Die Kollegen streiken selbständig, und wie ich höre, ist die Stimmung aufgewühlt und kämpferisch. Sie sind zum größten Teil IG-Metaller und werden von den örtlichen Funktionären beraten, doch sie entscheiden selbst. Sie verlangen die Durchführung einer Urabstimmung, damit ihnen die Gewerkschaft Streikgeld bezahlt. Sie wollen aber so oder so weitermachen, bis ein akzeptabler Haustarifvertrag zustande gekommen ist, denn die bisherigen Angebote der Geschäftsleitung sind einfach zu schwammig!

Es gibt ungefähr 20 Streikbrecher und einige Leiharbeiter, die zu diesem Zweck eingestellt wurden. Denen wurde versprochen, im Falle einer betriebsbedingten Kündigung den Lohn ein Jahr weiter bezahlt zu bekommen! Doch wenn der Lagerbestand auf dem Werksgelände aufgebraucht ist, wird bei Mercedes auch ohne Torblockade wieder die Produktion stillstehen!

Ein Montagearbeiter von Daimler-Chrysler

Wohnen mit ALG II

Es gibt kaum Wohnungen in Bremen, die mit ALG II bezahlbar sind und in Annoncen angeboten werden. Die vorgegebenen Höchstmieten, die ALG-II-Empfängern erstattet werden, sind sozial nicht haltbar, das ist das Fazit aus dem „1. Bremer Mietspiegel 2004/05“. Aus den Bremer Montagdemos ging der frisch gegründete „Soziale Lebensbund“ hervor, dessen Mitglieder Matthias Brittinger und Ralph Mels für die Mietpreis-Übersicht seit Oktober Inserate für 3315 Bremer Wohnungen ausgewertet haben.

Das Ergebnis: Durchschnittliche Kaltmieten für kleine Wohnungen in Bremen liegen um 25 bis 45 Euro über dem erstatteten Regelsatz von 245 Euro (inklusive Wasser und Gebühren) für alleinstehende ALG-II-Bezieher. Selbst in Bremen-Nord liegt die Durchschnitts-Kaltmiete (mit 248 Euro für Wohnungen bis 50 Quadratmeter) über diesem Satz. Natürlich schließt die hohe durchschnittliche Miethöhe nicht einzelne preiswertere Wohnungen aus.

Ein echter Mietspiegel ergibt sich aus den Inseraten nicht, schon weil gerade vermietete Wohnungen nicht berücksichtigt sind. Es gebe außerdem aufwendige, wissenschaftlich abgesicherte Verfahren für offizielle Mietspiegel, erklärt Reinhard Josties, Geschäftsführer des Mietervereins Bremen. Die Kosten, schätzungsweise 500.000 Euro, würden alle zwei Jahre anfallen, da der Mietspiegel aktualisiert werden muss. Für den politischen Protest gegen die ALG-II-Mietregelung taugt der derzeitige Test allerdings, auch ohne die rechtliche Funktion eines echten Mietspiegels erfüllen zu können.

Die billigere Alternative zu einem Mietspiegel ist ein Mietkataster. Vor einigen Jahren sei versucht worden, so etwas in Bremen einzurichten. Das Projekt scheiterte am Datenschutzrecht, so Josties, der es generell nicht für sinnvoll hält, da die Datenbasis in einem solchen freiwilligen Kataster unsicher sei. Dadurch werde es manipulationsanfällig, etwa um hohe ortsübliche Vergleichsmieten als Argument für Mieterhöhungen zu gewinnen.

Als einzige deutsche Stadt, sagt der Mieterverein-Geschäftsführer, habe Hannover ein solches Mietkataster. In Bremen müsse im Zweifelsfall weiterhin vor Gericht von Gutachtern entschieden werde, was eine ortsübliche Vergleichsmiete ist.

Unterdessen hält Matthias Brittinger nicht für ortsüblich, worauf er in seiner Recherche als Höchstpreise stieß: ein 15-Qudratmeter-Zimmer für 270 Euro oder 75 Quadratmer für 1.100 Euro – kalt, versteht sich. Brittinger kündigt an, der „Soziale Lebensbund“ wolle die Statistik an Bausenator und Sozialsenatorin überreichen, um darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der vorläufigen ALG-II-Miethöhe nur vereinzelte Wohnungen, vor allem in Randbezirken, zu finden seien.

Auch Reinhard Josties findet, dass „für Alleinstehende die von der Bagis veranschlagten Mietkosten zu niedrig sind“. Er macht das am Eigenbeitrag Bedürftiger im Sozialen Wohnungsbau fest: der liege bei angemessener Größe bereits bei etwa 255 Euro Kaltmiete. Die zugespitzte Konsequenz: „Sozialwohnungen

dürfen von alleinstehenden ALG-II-Empfängern nicht bewohnt werden“. Entscheidend sei jetzt die Handhabung: Die Bagis müsse Spielräume im Einzelfall „mit Augenmaß“ ausloten.

M. K. R. in der „Tageszeitung Bremen“ (taz) vom 31. März 2005

Wie sich die Schröder-Clement-Regierung ihre Zahlen zurechtstutzt

Bei Sonne und warmem Wind bauten wir unsere 32. Kundgebung der Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz auf. Zwischen Roland und Laternen wurden Wäscheleinen gespannt und mit Texten in Klarsichthüllen zur Situation der Rentner und anderer Betroffener der unverschämten Regierungspolitik behängt. Viele blieben stehen, um die Texte richtig durchzulesen.

Kämpferische Songs verschiedener Gruppen, vermischt mit alten gewerkschaftlichen und internationalen Liedern, leiteten ein und füllten die Zeit zwischen den Redeblöcken.

Gleich zu Anfang gab es auch den Paukenschlag: Die Statistik der Bundesregierung, die sich jetzt „Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland“ nennt, ändert ohne jede Begründung und jeden Hinweis Zahlen in ihren monatlichen Berichten, damit Clement seine „Trendwende“ herausposaunen kann!

Zum Beispiel lauteten per Stichtag 15. Februar 2005 die Zahlen der „Nichtarbeitslosen Leistungsempfänger nach § 428 SGB III (58er-Regelung)“ für Januar 398.972 und für Februar 394.063. Zum 15. März 2005 hat sich diese Zahl stärk verändert, auf 232.039 Personen, ein Minus von 167.346 Köpfen. Nur wer alle Zahlen auch aus der Vergangenheit nachprüft, findet heraus, dass diese rückwirkend geändert oder gefälscht (wie soll man es nennen?) wurden. Klar wird nur eines: Keiner Aussage dieser Regierung kann man mehr glauben!

Da stimmte es richtig froh, dass es heute durch einen Warnstreik bei einem Automobil-Zulieferer hier in Bremen zu Produktionsstillstand bei Daimler-Chrysler kam. Die Streikposten konnten auch verhindern, dass Produkte durch ein in den

Zaun geschnittenes Loch den Betrieb verließen. Auch freute es uns zu hören, dass die Kollegen der Dr.-Heines-Klinik nach neunwöchigem Streik die Bezahlung nach BAT durchsetzen konnten!

Mit 60 bis 80 Teilnehmern waren wir wieder etwas mehr als vor zwei Wochen. Da passte es auch gut, für das Pfingstjugendtreffen und eine große Demonstration am 14. Mai in Gelsenkirchen gegen Hartz IV und die Agenda 2010 zu werben. Einige überlegen sich bereits, dorthin mitzukommen. Wir wollen eine Fahrgemeinschaft organisieren, auch für Teilnehmer, die am gleichen Tag zurückkehren möchten. Anmeldungen nimmt unser Moderator entgegen.

Mit Hohn und Spott quittierten wir die flapsig-dummdreisten Kundgebungen der Karin Clement, die den Arbeitssuchenden empfahl, sich ein liebevolleres Elternhaus zu suchen. An Freiheit und Gerechtigkeit erinnernd, sangen wir zum Schluss der Kundgebung die „Marseillaise“ und zogen dann mit einer kleinen Fußwegdemo zum Ziegenmarkt. Auf dem Weg blieben einige Passanten stehen, fragten nach der Montagsdemo oder lächelten uns ermutigend zu.

Auf dem Nachbereitungstreffen werteten wir die heutige Aktion als Erfolg. Es wurden wieder neue Ideen überlegt. Unser geplantes Frühlingsfest müssen wir etwas nach hinten in den Juni-Anfang schieben. Einladungen an benachbarte Montagsdemos werden noch folgen.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

33. Bremer Montagsdemo
am 11. 04. 2005

Der Rentenklau schlägt zu im Lande

Zum x. Mal, es ist eine Schande! Die Rentner schauen sich traurig an: Wann wird es besser, wann nur, wann? Sie lassen schon die Löffel hängen: Will man sie in die Armut drängen?

Den Armen wird von den Renten genommen, damit die Reichen noch mehr bekommen! Ihr da oben habt noch nicht erkannt: Wir sind doch nicht im Märchenland! Wie *Füchse* klaut ihr den Rentnern das Geld! Seid ihr deshalb Politiker auf dieser Welt?

Nur Gnadenbrot wollt ihr uns lassen, dafür werden wir euch auch hassen! Schaut ihr in euren Geldbeutel rein, werdet ihr geblendet vom goldenen Schein! *Caramba!* schimpfen wir und rümpfen die Nasen: Wir sind doch nicht eure Osterhasen!

Gestohlen habt ihr uns genug, nehmt nun endlich bald euren Hut! Gesetze dreht ihr hin und her, das ist bei euch ja gar nicht schwer! Ein neues Gesetz muss dann schnell herbei: Hartz IV für Rentner, aus dem Osterei!

Die armen Rentner sollten doch glücklich sein, sie holten das nun geklaute Geld herein! Zufrieden und glücklich ist der Eichel sogar: Das Rentnerleben sei doch wunderbar! Doch bedenkt, im Märchen sieht es anders aus, da kommt nur der arme Rentner aus dem Haus!

Nehmt ihr den Rentnern das Recht und das Geld, erbeben sie wutstark in dieser kalten Welt! Ihr Füchse, ihr krummen Hunde, ihr braucht einen Denkzettel in eurer Runde! Passt auf, Freunde, wir haben eine Idee: Taucht eure Pinsel tief in Farbe wie Klee und malt die Stimmzettel damit an! Wer das war, soll die Volksvertretung raten sodann!

Ohne wachsende Rente zu gutem Leben können wir euch keine Stimmzettel mehr geben! Wir pinseln, dass es nur so spritzt und kleckert, sodass die Obrigkeit bald wütend meckert! Das werden die schönsten Stimmzettel sein, die gehen dann in die Geschichte ein!

Dann wird auch den alten Füchsen klar, dass der Rentner so dumm gar nicht war! Los, ihr gierigen Füchse, der Rentner schießt auch ohne Büchse! Ein dummes Rentnervolk, das gibt es nicht mehr: Schaut euch die schönen Stimmzettel bloß an, bitte sehr!

Wie oft habt ihr Füchse zur Wiese geschaut und den Rentnern die „Ostereier“ geklaut? Ihr kriegt Eier mit Stacheln darauf, davon wacht ihr vielleicht endlich auf! Tausend Stacheln sollen euch pieken, wir hören euch dann ganz laut quieken!

Zieht euch zurück in euren Bau und werdet endlich einmal schlau! Wetten, die Füchse rühren die Rente nicht mehr an? Sonst kommen wir Rentner wieder, gehn mit Farbe ran! Hoch lebe die Rente, dreimal hoch! Wer uns die Rente klaut, der ist doof!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die Generation der Überflüssigen

Alte werden immer mehr abgeschoben: Arbeitsplätze gleich Null, Operationen überflüssig, am besten gleich „den Löffel abgeben“! Aber um die Rentenkasse aufzubessern, weil man dann zwei Jahrgänge vielleicht eher abschreiben kann, das Rentenalter raufsetzen auf 67!

Und wieder mal eine angebliche „Nullrunde“, in Wirklichkeit jedoch schon lange, und jetzt erst recht, absolute Renten*kürzungen* durch immer mehr Eigenbeteiligungen und Teuerungen bei allem notwendigen Bedarf, besonders Lebensmitteln!

Millionen Rentner in meinem Alter bekommen gerade knapp 1000 Euro im Monat. Sie haben wie ich 40, ja 50 Jahre gearbeitet, anfangs 48 Stunden bei zwölf Tagen Urlaub, und einbezahlt. Eine Regierung, die Rentner so behandelt, ist in meinen Augen stark reaktionär, der traue ich alles zu!

Zum Beispiel im Straßenbau nur noch besondere Übergänge für Alte, ansonsten blitzschneller Wechsel von Grün auf Rot! Da werden sie nicht gleich totgefahren, bloß umgeschubst, und können an der Unfallstelle noch schnell zehn Euro löhnen!

Später Totenschein ausstellen: noch mal zehn Euro! Sterbegeld zahlen gewöhnliche Bürger selber: Kinder und Verwandte, bitte 500 bis 700 Euro mitbringen! Ist keiner da, der zahlen muss: Leiche im Pappkarton ab ins Feuer, die Asche in alle Winde verwehen lassen!

Das wären kleine Teillösungen, das deutsche Rentenproblem beheben zu helfen, etwas rigoros, aber doch demokratisch, nach heutigen Auffassungen der Politiker(innen) aller Couleur. Demnächst wird die Regierung ein Preisausschreiben ausrichten, für noch bessere Lösungen, um mehr Alte schneller ins Jenseits zu schicken! Amen.

Hermann Siemering (Verdi)

Der Armendrill

Bei vielen internationalen Konflikten werden die Experten gefragt, wie Ruhe und Frieden in dieser Region wieder hergestellt werden könne. Ihre Antwort: durch *Bildung* und die Möglichkeit, ein lebenswertes Leben zu führen. Und was geschieht bei uns?

Bildung wird erschwert, Studiengebühren werden eingeführt; so wird sichergestellt, dass die Reichen ungehindert studieren können. Erwachsenenbildung wird eingestellt; wer es im ersten Anlauf nicht schafft, hat Pech gehabt. Bildung für Strafgefangene steht auf der Streichliste. Unterstützung für Auszubildende in schwieriger Lage wurde abgeschafft; übrig blieb die Berufsbildungsbeihilfe mit ungenügenden Leistungen (aber wie Herr Staatsrat Knigge feststellt, ist es kein Härtefall, zu wenig Geld zu haben).

Die Unversehrtheit der *Wohnung* wird angetastet; obwohl Umzüge nur im Einzelfall erfolgen sollen und das ganze Thema nach dem Gutachten neu überdacht werden soll, werden die Aufforderungen, sich eine günstigere Wohnung zu suchen, nicht zurückgenommen.

Die *USA* haben Landstriche mit extremer Arbeitslosigkeit, dort hat das *Militär* die allgemeinbildenden *Schulen* übernommen. Lehrer und Rektor sind Soldaten. Die Schüler und Schülerinnen können in die Armee eintreten und an zusätzlicher militärischer Ausbildung teilnehmen. Sie werden wie Soldaten behandelt und verlassen die Schule mit Dienstgrad. Ohne Aussicht auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz ist das Militär eine Alternative.

Auch der Besuch einer Universität wird vom Militär unterstützt, Verpflichtung in der Armee vorausgesetzt. Die USA können so ihre Militärmacht überall in der Welt kämpfen lassen, denn es gibt genug Menschen ohne Perspektive in den USA. Kein Senator und kein Reicher muss befürchten, dass sein Kind zum Militärdienst herangezogen wird. Er muss sich auch keinen Vorwurf wegen fehlender

Kriegsbeteiligung seiner Familie mehr machen lassen: Die Angelegenheit ist geregelt! Soll das unser Vorbild sein?

Sozialhilfe gibt es in den *USA* für fünf Jahre, einmalig über das gesamte Leben. Immer mehr Gefängnisse werden privat betrieben, angeschlossen sind Produktionsbetriebe. Es besteht *Arbeitszwang* in den Gefängnissen, und die Betriebe arbeiten rentabel. Letztens wurde eine Fertigung aus China zurückgeholt. Die entlassenen Strafgefangenen werden von der Polizei beobachtet und, wenn diese aus Not erneut straffällig werden, sofort wieder weggesperrt. Ob sie leben können von Suppenküche und Armenhaus? Ob die Polizisten auf ihre Prämie verzichten werden? Soll das unser Vorbild sein?

Tatsache ist: Wir rüsten für den Einsatz in der ganzen Welt. Wollen wir die Demokratie verteidigen oder die Herrschaft des Kapitals erzwingen? Geld haben wir dafür, dank Hartz IV, und Leute kriegen wir auch dafür, dank Hartz IV. Bei der nächsten Wahl gibt es einen Strich durch diese Rechnung und das Kreuz an der richtigen Stelle!

Hans-Dieter Binder

Demonstrieren wir in Gelsenkirchen!

Am 14. Mai findet in Gelsenkirchen eine Demonstration gegen die sozialfeindliche Schröder-Fischer-Regierung statt. Unter dem Motto „Jung und Alt – Weg mit Hartz IV“ wird bundesweit aufgerufen, sich daran zu beteiligen!

Hartz IV als Kernstück der Agenda 2010 ist das Eingeständnis, dass Regierung und Opposition sich mit der Massenarbeitslosigkeit abgefunden haben. Mit staatlich verordneten Dumpinglöhnen und Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln wird auf Tarifverträge und Beschäftigte Druck ausgeübt. Die Kosten der Arbeitslosigkeit werden auf die Arbeitslosen abgewälzt: Wieder einmal darf der kleine Bürger die Zeche zahlen!

Derzeit leben schon zwei Millionen Kinder in Deutschland in Armut, obwohl sich allein in den letzten zehn Jahren die Produktivität verdoppelt hat. Mit kalt lächelnder Ignoranz wird weiter eine Arbeitspolitik des sogenannten „Förderns und Forderns“ betrieben. Erreicht hat man damit überhaupt nichts: Lediglich das *Fordern* ist verstärkt worden!

In menschenverachtender Weise werden die Betroffenen gläsern gemacht und müssen sich den Zwängen einer diskriminierenden Arbeitspolitik unterwer-

fen. Bundesweit haben sich die Behörden mehr schlecht als recht auf diesen Verwaltungsakt umgestellt. Das Ziel der Stellenvermittlung wurde dabei aus den Augen verloren! Auch im vierten Monat nach Einführung von Hartz IV ist es nicht gelungen, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen: Sie bleibt weiterhin auf Höchststand nach dem II. Weltkrieg!

Der sogenannte Jobgipfel zeigt, dass die Regierung auf der ganzen Linie gescheitert ist. Hier wurden wieder einmal Zugeständnisse für die Großindustrie gemacht, die Arbeitsplätze in Deutschland abbaut und ihre Produktion ins Ausland verlegt. Wo soll unsere Jugend noch Arbeit finden, wenn täglich 800 Arbeitsplätze vernichtet werden? Kinderarmut und steigende Beschaffungskriminalität: Soll *so* die Zukunft unserer Jugend aussehen?

Wenn die Regierung glaubt, dass es keine Proteste mehr auf den Straßen gibt, hat sie sich sehr getäuscht. Mit der Erfahrung der Älteren und dem Elan der Jugend kann diese Politik abgewählt werden. In mehr als 100 Städten demonstrieren jeden Montag Menschen gegen diese rot-grüne Regierung, und zwar so lange, bis Hartz IV vom Tisch ist!

Die Montagsdemo ist eine Protestform, mit der die Regierung nicht richtig umzugehen weiß und die auch von den Medien ignoriert wird. Doch unsere Demonstration wird auch in Nordrhein-Westfalen deutlich machen, dass der Widerstand gegen diese menschenverachtende Politik sich weiter verstärkt!

Erich Seifert (parteilos)

Die Geschäftsleitung muss Zugeständnisse machen!

Letzte Woche konnte ich in Achim mit einigen der streikenden Kollegen von Dräxlmaier sprechen. Sie haben für einen Haustarifvertrag gekämpft und tagelang die Tore blockiert! Das Unternehmen musste Zulieferteile mit Hubschraubern zu Daimler-Chrysler fliegen! Bis zum Einsatz des Bundesgrenzschutzes wurden die Versuche der Polizei, die Tore zu räumen, erfolgreich abgewehrt!

Durch die Blockade war die Produktion des Mercedes SL in Bremen vorübergehend ins Stocken geraten. Nun zeichnet sich ein Ergebnis ab, sagt Antje Edel von der IG Metall. Zu erwarten sei zwar kein Haustarifvertrag, für den sich die Mitarbeiter seit Montag mit Warnstreiks eingesetzt hatten, aber immerhin ein Kompromiss!

Die Gewerkschaft hat nach ihren Angaben knapp ein Jahr versucht, für die Beschäftigten in Achim einen Haustarifvertrag mit gerechterer Entlohnung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auszuhandeln. Die Geschäftsleitung hatte bisher aber nur eine Betriebsvereinbarung angeboten!

Bei Dräxlmaier arbeiten insgesamt 336 Beschäftigte. Die Belegschaft ist kämpferisch und streikerfahren: Sie befürchtet die Entlassung von 62 Mitarbeitern! Das Management arbeitet jedoch mit allen Mitteln, Anzeige, Einschüchterung, Drohungen und Einflussnahme auf Kollegen, Betriebsrat und IG Metall. Dieser Kampf ist noch lange nicht ausgefochten!

Heute ist die Arbeit in dem Achimer Werk wieder aufgenommen worden, denn am Freitag um kurz vor 12 Uhr hat die Geschäftsleitung von Dräxlmaier eine Vereinbarung mit Gewerkschaft und Betriebsrat unterzeichnet, nach der bis Ende Mai über Arbeitszeitverkürzung und bis Ende Oktober über Eingruppierungen, Leistungsentlohnung und Prämien für die Beschäftigten verhandelt werden soll!

Betriebsratsvorsitzender Jan Güller teilte mit, den streikenden Kollegen sei schriftlich zugesichert worden, dass es zu keinen Maßregelungen kommt! Durchbrochen ist damit laut IG-Metall-Sekretärin Antje Edel vor allem die Weigerung von Dräxlmaier, mit der Gewerkschaft überhaupt einen Vertrag abzuschließen! Auch die Kündigungspläne seien erst einmal vom Tisch!

Hoch die internationale Solidarität! Streikrecht und Betriebsbesetzungen müssen verteidigt werden! Belegschaft, Betriebsrat und Bezirk der IG Metall in Stuttgart und anderen Daimler-Chrysler-Werken sind aufgefordert, dies aktiv zu unterstützen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Geld für die Spielwiesen der Politiker ist immer da

Der schöne Frühlingstag machte unsere 33. Kundgebung der Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz wieder etwas kleiner: Nur circa 35 Teilnehmer fanden sich ein. Mit **bunten Zetteln** an den **Wäscheleinen** beim Roland lockten wir aber einige Leser an, während um uns herum Gästegruppen aus vielen Ländern von Stadtführern die Sehenswürdigkeiten erläutert bekamen. Ob wir dabei erwähnt wurden? Auch vom Eingang der Bürgerschaft blickten Herrschaften zu uns herüber. Da zunächst weniger Beiträge gehalten wurden, zogen wir früher auf unsere Demoroute zum Ziegenmarkt im „Viertel“.

Die Gäste in den Straßencafés verfolgten unsere kleine „Fußwegdemo“ recht aufmerksam. Einzelne klatschten, als wir ihnen entgegenkamen. **Unterhaltsam** war der Beitrag eines Teilnehmers, der **beim Gehen** in Form von „Döntjes erzählen“ am offenen Mikrofon den Verbleib von Geldern untersuchte, die in Bremen beim Verkauf der Stadtwerke an Eon eingenommen, aber nicht über ordentliche Kassen geführt wurden und schließlich auf den Spielwiesen der Politiker landeten, nämlich in der „Günter-Grass-Stiftung“ und dem „Skulpturengarten“ beim Parla-

mentsgebäude, während zugesagte Mittel für den Ausbau der Bildung in Bremerhaven einfach nicht überwiesen wurden. Dieser lehrreiche Beitrag kam gut an und schürte die Wut über die Sparpolitik dieser abgewirtschafteten Landesregierung!

Auf dem Nachbereitungstreffen wurde festgestellt, dass viele Leute immer noch nichts von der Montagsdemo wissen. Wir wollen jetzt mit **Plakaten**, die in Läden und an anderen geeigneten Stellen hängen sollen, die Montagsdemo im öffentlichen Bewusstsein **verankern**. Dass die Betroffenen mehr hierüber erfahren wollen, zeigt uns die große Beteiligung beim Nachbereitungstreffen, wo einige neue Gesichter dabei waren.

Für die kommenden Montagsdemos wurden **Themenschwerpunkte** vorgeschlagen. Die nächsten **Termine** sind: **19. April**, 11 Uhr: **Übergabe** des 1. „inoffiziellen" Bremer Mietspiegels an den Bremer Senat durch den Sozialen Lebensbund und die Initiative Bremer Montagsdemo. **21. April** ab 11 Uhr: **Aktionen** gegen die Sparpolitik des Bremer Senats vor der Bürgerschaft, mit anderen Initiativen zusammen. An diesem Tag beginnt im Landesparlament die Diskussion über die Sparpolitik. **4. Juni**: **Frühlingsfest** der Montagsdemo.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

34. Bremer Montagsdemo am 18. 04. 2005

Ihr spielt ein teures Theater!

Ich beklage mich über unsere Volksvertreter, die ständig sehr teure Fehler in der Politik machen! Und dann meinen, wenn sie ertappt werden, sie brauchten sich nur zu entschuldigen, die Sache sei damit erledigt!

Es wird fleißig drauflos regiert, mit einem Heer von Gutachtern und Schreiberlingen, mit der Hoffnung, es werde schon gutgehen! Und wenn nicht: Wir fallen ja alle sehr, sehr weich! Oder wenn es ganz dicke kommt: Nach mir die Sintflut!

Wer bezahlt nur diesen ganzen milliardenteuren Mist, den unsere „überteuerten Volksvertreter“ anrichten? Natürlich zahlt das Volk diese Schlamperei, jahrein, jahraus! Es ist eine Schande!

Oben werden die Damen und Herren auch noch ständig belohnt! Die hohen Gehälter und die vielen Extras passen nicht mehr zur Leistung! Zwei, drei Nebeneinkünfte werden auch noch gutgeheißen, selbst wenn keine Arbeit dafür erbracht wurde! Hautsache, es diente dem Konzern!

Ihr Damen und Herren da oben, ihr spielt ein teures Theater! Das Volk glaubt euch nichts mehr! Ihr lügt auch noch fleißig weiter! Werdet ihr *dafür* bezahlt? Eure Abstimmungen, wenn ihr geheim wählt, sind bloß eine Gaukelei! Wo bleibt da der freie Wille, wo die Gerechtigkeit? Alles bleibt auf der Strecke, unter dem Sitz!

Viele regieren, wie sie selbst nicht regiert werden wollten! Wegen des Geldes, des lieben Friedens oder der einen Hand, welche die andre wäscht! Auf der Strecke bleibt das Volk: Es wird fleißig beklaut!

Wie von mächtigen Rittern werden die Arbeitsplätze und Teile von Lohn, Rente, Gesundheits- und Sozialhilfeleistungen geraubt, aber nur von Leuten aus dem unteren sozialen Bereich! Nur die „Kleinen“ werden in die Enge getrieben!

Hast du was, her damit! Willst du was, zeig uns erst, was du dir erarbeitet oder angespart hast, sonst hau ab! Unten gläsern bis auf die Knochen! Oben zugeknöpft und hinter Panzerglas versteckt!

Unten beraubt, oben belohnt: So geht das Land vor die Hunde, durch unfähige, schauspielernde Politiker! Es wird von Politikern regiert, die nicht einmal nach ihren eigenen Gesetzen handeln! Armes Deutschland!

Ursula Gatzke (parteilos)

Im Februar Grippe

Beide hat es erwischt, Frau und Mann: Das sind 20 Euro sogenannte „Praxisgebühr“. Vier Rezepte macht weitere 20 Euro, desgleichen im April, zweites Quartal. Ergibt zusammen 80 Euro als notwendige, feste Ausgaben, allein im ersten Halbjahr!

Das hätte vielleicht eine neue Hose sein können, aber fällt jetzt flach. Weiter die alte Hose tragen! Das in einer Million Fälle bedeutet: eine Million Hosen weniger hergestellt und verkauft. Weniger Produktion gleich mehr Arbeitslose!

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament in Straßburg bekommen luxuriöse Vollversorgung. Sie selbst, ihre Ehepartner und jedes Kind haben Anspruch auf bis zu 30.000 Euro Gesundheitsleistungen im Jahr. Alle Arzt- und Krankenhauskosten werden übernommen!

Wenn ich die lachende Ulla Schmidt, unsere Gesundheits- oder besser: krankmachende Ministerin, sehe, könnte ich immer – aber dafür ist mir mein Fernseher doch zu schade! Auch die Frau Schmidt gehört zu denen, die alle Probleme mit dem Geld anderer Leute zu lösen versuchen! Eine Amateurin mit Profi-Gehalt, das man *uns* ständig aus der Tasche zieht!

Auch *sie* nennt unser System *Demokratie.* Es ist ein Staat, in dem die Reichen alle Rechte haben, denn die sind ihnen garantiert! Aber nur auf dem Papier! Wir werden noch viel tun müssen, um uns von den vielen *Schmarotzern* zu befreien!

Hermann Siemering (Verdi) moderiert an jedem dritten Dienstag im Monat um 19 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“

Es *gibt* Alternativen!

Hier stehen ganz normale Bürger, die es nicht darauf anlegen, das **Sozialsystem** auszunutzen. Wir treten dafür ein, dass es **erhalten** bleibt, denn früher oder später wird jeder in eine Situation kommen, wo er auf das Sozialsystem angewiesen ist! Wir treten weiterhin dafür ein, dass endlich Arbeitsplätze mit fairen Löhnen geschaffen werden. Sollte das nicht gelingen, haben wir in Zukunft noch mehr Sozialfälle, niedrigere Löhne und fallende Renten. Daher seid ihr alle betroffen!

Was aber sieht die Agenda 2010 des Kanzlers vor? Die gesetzlichen Neuregelungen sorgen für massive Einkommensverluste bei jetzigen und zukünftigen Rentnern! So fällt, zunächst nur für 2004, die **Rentenanpassung** aus, die bisher jährlich zum 1. Juli vorgenommen wurde!

Die sogenannte Nachhaltigkeitsrücklage oder **Schwankungsreserve** wurde im Jahr 2002 auf 80, 2003 auf 50 und 2004 auf 20 Prozent einer Monatsausgabe vermindert. Treten Engpässe bei den laufenden Zahlungen auf, müssen diese aus Bundesmitteln ausgeglichen werden. Bei Liquiditätsverlust muss der Staat, und damit der Steuerzahler, einspringen!

Der **Zuschuss zur Pflegeversicherung** von 50 Prozent fällt weg. Heutige und künftige Rentner müssen den vollen Beitrag von 1,7 Prozent des Rentenanspruches ab 1. April 2004 allein tragen. Die Folge ist ein finanzieller Engpass!

Die **Rentenzahlung** wird auf das **Monatsende** verschoben. Wer das letzte Arbeitseinkommen an einem Monatsersten erhält, muss rund acht Wochen, bis zum Ende des Folgemonats, auf die erste Rentenzahlung warten!

Beitragssatzänderungen in der gesetzlichen Krankenkasse werden jetzt **zeitnah** an Rentner weitergegeben. Bisher erfolgte eine Änderung im Zusammenhang mit der jährlichen Anpassung im Juli, jetzt bereits nach drei Monaten!

In der Rentenberechnung wird die Bewertung von **Schul- und Studienzeiten** gestrichen, außer bei Fachschulausbildung, berufsvorbereitenden Bildungsmaß-

nahmen und Zeiten der tatsächlichen Berufsausbildung. Bisher wurden höchstens 36 Monate angerechnet und mit maximal 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Versicherten bewertet. Diese Zeiten werden nach Ablauf einer Übergangsregelung nur noch als „Anrechnungszeiten ohne Bewertung berücksichtigt, für maximal acht Jahre. Die Folge sind bis zu 59 Euro Einkommensverlust monatlich!

In der Berechnung wird nur noch die **nachgewiesene Berufausbildung** höher bewertet. Bisher erhalten die ersten 36 Pflichtbeitragsmonate zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr zum Beispiel 2004 einen Rentenwert von mindestens 59 Euro monatlich. Wer künftig keine Berufsausbildung ab dem 17 Lebensjahr nachweisen kann, erhält nach Ablauf einer Übergangsregelung in der Rentenberechnung keine Besserbewertung mehr, egal, wie niedrig die Beiträge sind!

Die Rentenanpassungsformel wird durch den Einbau eines sogenannten **Nachhaltigkeitsfaktors** verändert. Bisher hatte die demografische Entwicklung, also das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern, keinen Einfluss auf die Anpassungen, aber ab Juli 2005 fallen sie geringer aus als beim bisherigen System, denn sie werden in dem Verhältnis gemindert, in dem die Zahl der Beitragszahler zur Zahl der Rentner sinkt!

Die **Altersgrenze** für die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit wird schneller angehoben. Bisher konnten Arbeitslose und Altersteilzeitler, geboren bis Dezember 1951, bereits mit 60 in den Ruhestand gehen. Für Geburtsjahrgänge ab 1946 wird der frühestmögliche Altersrentenbeginn im Rahmen einer Übergangsregelung stufenweise auf das 63. Lebensjahr heraufgesetzt. Ab 2006 muss man bis zu drei Jahre länger warten!

Neu ist auch die **Niveau-Sicherungsklausel**. Das Rentenniveau war noch nie so niedrig, wie es künftig sein wird, deshalb ist eine solche Klausel bisher nicht nötig gewesen. Der Eingriff des Gesetzgebers erfolgt aber erst, wenn das Rentenniveau unter 46 Prozent zu sinken droht. Ein freier Fall von heute 53 Prozent ist möglich!

Und das alles ist kein Grund für euch, eine Stunde in der Woche auf der Montagsdemo zu stehen? Weg mit Hartz IV und Agenda 2010! Wir brauchen jede Frau und jeden Mann, denn gemeinsam sind wir stark! Leider wird man uns nur als Masse wahrnehmen: Werden wir diese Masse!

Noch ein Wort an die Politik: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Hofft nicht darauf, dass der **Protest** nachlässt: Er kommt von allen Seiten, das werdet ihr schon merken, aber dann habt ihr die schlechteren Karten, denn aus der Geschichte habt ihr scheinbar nichts gelernt! Lasst uns gemeinsam die Probleme lösen! Es *gibt* Alternativen, man muss sie nur wollen!

Udo Riedel (parteilos)

Jetzt kommt die volle Kürzung!

In dieser Woche fallen die Entscheidungen für den Bremer Sparhaushalt. Es fehlen 500 Millionen Euro, weil ein abgehalfterter Bürgermeister Henning Scherf auf den „Kanzlerbrief“ vertraut hat. Ein Brief, geschrieben von einem Kanzler, der in seiner Regierungszeit noch *niemals* sein Wort gehalten hat! Wie vertrottelt muss man eigentlich sein, um in Bremen Regierender Bürgermeister werden zu dürfen?

Für das Schröder-treue Verhalten unseres Umarmungskünstlers Henning Scherf müssen wieder einmal die Bürger dieser Stadt bezahlen. Polizei, Feuerwehr, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Theater: Die Liste der Betroffenen ließe sich beliebig fortführen. Nach dem Willen der großen Koalition ist nichts mehr sicher, alles steht auf dem Prüfstand!

Am Ende wird das Sparpaket heißen: Degradierung der Kindergärten zu Kinderaufbewahrungsanstalten! Gute Bildungschancen nur noch für die Reichen, der Rest darf dumm sterben! Schließung von Kultur- und Jugendeinrichtungen! Höhere Kriminalität bei verminderter Aufklärungsquote! Längere Anfahrtswege der Feuerwehr bei Brandeinsätzen! Qualitätsverluste bei der akuten Gesundheitsversorgung!

Der Senat ist angetreten, die Einwohnerzahl zu erhöhen, um so zu Steuermehreinnahmen zu kommen. Doch infolge der Sparbeschlüsse wird die Lebensqualität massiv verschlechtert, und viele Bremer werden unserem Bundesland den Rücken kehren! Das führt zu einem *Rückgang* an Steuereinnahmen und wiederum zu neuerlichem Sparzwang! Mit dieser Abwärtsspirale aus weniger Lebensqualität, abnehmender Einwohnerzahl und fallenden Steuereinnahmen wird Bremen kaputtgespart!

Die Zukunft unserer Stadt sieht nicht nur für Arbeitslose düster aus. Alle Bremer sind aufgefordert, für den Erhalt einer lebenswerten Stadt zu kämpfen! Die Menschen haben eine bessere Politik verdient: Eine Politik, die ihnen Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft unserer Stadt gibt. Als *außerparlamentarische Opposition* sollten wir daher eine führende Rolle im Kampf gegen den Senat einnehmen, um Bremen spätestens 2007 von der großen Koalition und von Henning Scherf zu befreien!

Unsere Stadt braucht Perspektiven gegen Größenwahn und Verschwendertum, kommunalpolitischen Klüngel und den Hochmut der großen Koalition! Diese Perspektiven sollten wir als Montagsdemo entscheidend mitbestimmen, damit endlich wieder der *Mensch* in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird! Die nächste Bürgerschaftswahl kommt schneller, als man denkt!

Erich Seifert (parteilos)

Bremen kriegt einen Raumfahrt-Koordinator

Heute dreht sich alles ums Sparen, dabei steht jetzt schon fest: Das Ziel ist nicht zu erreichen. Bremen hat so ein großes **Finanzdefizit**, dass entsprechende **Einsparungen**, die jetzt angestrebt werden, nicht ausreichen, obwohl sie bereits eine Zumutung sind!

Wenn Bremen über die Haushaltsnotlage saniert würde, wären die Auswirkungen auf den einzelnen Bürger gravierend, schreibt Professor Hickel. Schön wäre ein Aufblühen der Wirtschaft, aber als **konjunkturhemmend** wird die **Kaufzurückhaltung der Bürger** angeführt, denn auch sie sparen! Als Hauptgrund wird die Angst um den Arbeitsplatz genannt. Oder kann der Bürger sich vieles nicht mehr leisten?

Als es um die Verabschiedung von Hartz IV im Bundesrat ging, haben einige Länder die Zustimmung verweigert, auch Regierungen mit SPD-Beteiligung, denn sie hatten Sorge um die Kaufkraft in den Gemeinden. Nach der Zusage des Bundeskanzlers, den **Kaufkraftverlust** zumindest teilweise auszugleichen, haben die Länder schließlich zugestimmt. Beschlossen wurden Sonderprogramme über die Bundesagentur für Arbeit. –

„Wohlstand im Armenhaus“ betitelt der „Weser-Report“ vom 17. April 2005 die Zahlen des Bundesamtes für Statistik für 2002. Professor Frank Haller hat herausgearbeitet, dass die Bremer ein **verfügbares Nettoeinkommen** von 19.000 Euro hatten. Der Durchschnitt für Deutschland lag bei 16.500 Euro. Damit lagen die Bremer vor Hamburg und den anderen norddeutschen Ländern. Im Vergleich der Städte liegen nur München, Düsseldorf und Stuttgart vor Bremen.

Haller stellt dann fest, dass die **öffentlichen Einnahmen** Bremens **nicht** dem hohen privaten Einkommensniveau **entsprechen**. Er macht das bundesdeutsche Finanzsystem dafür verantwortlich und betont, dass die Großstädte in Flächenländern im Vorteil sind. –

Im „Weser-Kurier“ vom 13. April 2005 war zu lesen: „Bremen bekommt einen **Raumfahrt-Koordinator**“. Es wird ein Fachmann gesucht. Aufgabe ist die Stärkung der Bremer Raumfahrt-Aktivitäten. Bereitgestellt werden circa **520.000 Euro**, davon 80.000 Euro für Personalkosten.

Bremen hatte schon einmal einen Koordinator, damals war sein Aufgabengebiet der Schiffbau, Schwerpunkt Marineschiffbau. Zuvor war er Bremer Bürgermeister. Wiederholt sich hier die Geschichte? Was die Raumfahrtindustrie aktuell

fordert, war am 7. April zu lesen: mehr Steuergelder, natürlich nur, um Entlassungen zu vermeiden. –

Laut „Weser-Kurier“ vom 16. April 2005 hat Bremen hat jetzt eine neue Fachfrau als **Leiterin** des neugegründeten Eigenbetriebes **Kita**. Obwohl auch bei den Kitas gespart wird, ist die neue Leiterin zuversichtlich, dass sparsames Wirtschaften möglich sei. Sie muss jetzt erst einmal ihr eigenes Gehalt durch weitere Einsparungen herausholen.

Die Kindergärten bekommen Unterstützung durch Langzeitarbeitslose, nicht durch Ein-Euro-Mitarbeiter. Von der EU wird mit 4,3 Millionen Euro für insgesamt 700 Menschen das Qualifizierungsprogramms *Pro Kita* gefördert, Laufzeit bis 2007, Ausbildungszeit zwei Jahre. Die ersten dreißig Absolventinnen werden regulär eingestellt, allerdings nur in **Dreiviertel-Teilzeit** und **befristet** bis Sommer 2006. Die Koalition hat beschlossen, dass es 2006 weitergeht. Aber mit welchen Mitteln? Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

„Grüne Gentechnik“ nützt wenigen multinationalen Konzernen

1. Eine Zukunftsverheißung für das 21. Jahrhundert wird gemacht: die Bio- und Gentechnik. Sie sei der „Kernbereich der strategischen Technologien des 21. Jahrhunderts“, vermeldete das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits während des Internet-Booms und versprach 1996 in der Bio- und Gentechnologie 40.000 Arbeitsplätze für das Jahr 2000. 1998 wurde die Vorhersage sogar auf 100.000 erhöht! Eine massive finanzielle Förderung rechtfertigte sich über diese Prognosen.

Das Ministerium subventionierte die Bio- und Gentechnologie in den Neunzigern mit jährlich zwei Milliarden Mark. Die Bundesländer legten kräftig dazu: Bayern zahlte eine Milliarde für das Forschungszentrum Martinsried bei München, Berlin und Brandenburg bezuschussten mittlere Firmen aus der Region mit einer halben Milliarde. Nur ein Teil der prognostizierten Arbeitsplätze konnte geschaffen werden: ganze 6.000 waren es im Jahr 2000.

In den meisten Bereichen ist Gentechnik auch heute noch ein Profitversprechen auf die Zukunft. Ausnahmen gibt es in der „roten“ Gentechnik: Beispiele wie Insulin und der Hepatitis-C-Impfstoff erzielen hier durch ihre Heilungsversprechen eine breite Zustimmung. Ihr Weltmarktanteil erreichte, weitgehend im Verborgenen, 2000 bereits zehn Prozent.

Unter Rot-Grün läuft die ideologische und finanzielle Förderung durch das Forschungsministerium weiter auf Hochtouren. Das Bundesministerium für Umwelt

und Landwirtschaft bremst ein wenig, doch FDP und einige einflussreiche Unionspolitiker wollen die Bremsen ausbauen. Sonst, so heißt es, drohe der „Standort Deutschland“ den internationalen Anschluss zu verlieren.

Auf europäischer Ebene gibt es derzeit drei wichtige Institutionen, die Gentechnik vorantreiben: „Europa Bio“ ist die Lobbyorganisation der Industrie. „EPSO“ ist ein Zusammenschluss von 54 Forschungsinstituten, die Konzerne sind hier als Berater vertreten. Zusammen fordern sie 45 Milliarden Euro Fördergelder für ihre Branche, „um die Wettbewerbsfähigkeit der EU als Bio- und Gentechnik-Standort zu erhalten“.

Die dritte Institution ist die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit. Sie erstellt Risikobewertungen, unter anderem zu gentechnisch verändertem Saatgut, für die EU-Kommission und erarbeitet die generellen Leitlinien für den europäischen Lebensmittelmarkt. Alle ihre Gutachten fielen im Sinne der Gentechnik-Industrie positiv aus. Kein Wunder, fand die Gruppe „Friends of the Earth“ heraus: Es existieren enge personelle Verflechtungen zwischen Behörde und Industrie.

2. Die Versprechen der „**Grünen Revolution**“ lauteten, sie sei Zukunftstechnologie, modernisiere die Landwirtschaft, steigere die Ernteerträge durch Hybrid-Saatgut und sei notwendig zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt. Diese „Grüne Revolution“, die den Einsatz von Hybrid-Saatgut in Monokultur auf größeren Feldern, künstliche Bewässerung und größere Landmaschinen bedeutet, wurde seit 1960 weltweit durchgesetzt. In den ersten Jahren stiegen die Ernteerträge deutlich, weniger Menschen litten Hunger, doch bereits nach wenigen Jahren zeigten sich Nebenwirkungen.

Mit der Verbreitung von Hybrid-Saatgut verschwanden ans Klima angepasste Sorten. Die Lösung hieß: mehr Pestizide! Diese verseuchen Böden, Grundwasser, ganze Gewässersysteme. Gesundheitsprobleme treten auf; es kommt immer wieder vor, dass Feldarbeiter und -arbeiterinnen im „Trikont“ (Afrika, Asien, Lateinamerika) an Vergiftungen sterben. Viele Tier- und Pflanzenarten verschwinden alljährlich.

Wenige Saatgut- und Agrochemie-Konzerne beginnen, den Weltmarkt zu kontrollieren. In Indien sank die Zahl der angebauten Reissorten im 20. Jahrhundert von 30.000 auf 15. Die Abhängigkeit wächst, denn Hybrid-Saatgut lässt sich nur unter Qualitätsverlust nachbauen. Hohe Kosten für Saatgut und Pestizide führen zu Verschuldung. Kleine Höfe können sich nicht halten, Landflucht führt zu Wachstum der Slums.

Der Ackerbau auf immer größeren Feldern führt zum Verlust von Hecken und Hainen, wichtige Lebensräume für wilde Flora und Fauna werden zerstört. Die Winderosion schädigt die natürliche Fruchtbarkeit der Böden. Düngemittel gleichen die sinkende Bodenqualität aus, belasten jedoch Erdreich, Grundwasser und ganze Gewässersysteme. Wichtige Anbauflächen gehen verloren, neue werden erschlossen. Tropische und subtropische Wälder werden abgeholzt, wertvol-

le Lebensräume gehen verloren, das Weltklima wird negativ beeinflusst. Steile Hänge werden abgeholzt, Erosion und Erdrutsche haben fatale Folgen.

Die künstliche Bewässerung führt zum Versalzen des Bodens. Dieses Problem tritt in sonnenreichen Regionen sehr stark auf. Der Grundwasserspiegel sinkt, die Brunnen werden tiefer gebohrt. Durch Import von Technik steigen Abhängigkeit und Verschuldung der Länder im Trikont. Der Einsatz größerer Landmaschinen führt zu Verdichtung des Bodens, dessen Qualität abnimmt. Der Energieverbrauch der Landwirtschaft steigt rasant.

In der Folge führt die Energiewirtschaft zu Umweltproblemen und Verschuldung der Entwicklungsländer. Die Kosten für die Bäuerinnen und Bauern wachsen, es muss zunehmend für den Weltmarkt produziert werden, die Armen können die Lebensmittel nicht bezahlen, der Hunger nimmt zu, die Länder werden kapitalistisch durchdrungen, Strukturen der gegenseitigen Hilfe gehen verloren. Anfang der achtziger Jahre konstatierte die UNO das Scheitern der „Grünen Revolution".

3. Die Versprechen der „**Grünen Gentechnik**" lauteten daraufhin, *sie* sei die Zukunftstechnologie, stelle Wettbewerbsfähigkeit her, schaffe Arbeitsplätze, steigere die Ernteerträge durch genverändertes Saatgut, sei notwendig zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt und verringere den Bedarf an Pestiziden, sei also umweltfreundlich. Wie sehr sich doch die Versprechen gleichen!

Aber die „Grüne Gentechnik" basiert auf den mit der „Grünen Revolution" gewachsenen Strukturen. Sie bricht nicht mit den gescheiterten Anbauprinzipien, sondern bringt zusätzlich den Einsatz von genverändertem Saatgut und den Einsatz darauf abgestimmter Pestizide. Diese „Grüne Gentechnik" wird seit Mitte der Achtziger durchgesetzt. Eine Steigerung der Ernteerträge ist nicht feststellbar. Zunächst fielen die notwendigen Pestizidgaben, doch bereits nach wenigen Jahren zeigten sich Nebenwirkungen.

Wenige Konzerne beherrschen den Markt: Monsanto, Syngenta und Bayer CropScience mit ihren Tochterfirmen kontrollieren 80 Prozent. Verkauft wird eine Kombination von genverändertem Saatgut plus passenden Agro-Chemikalien. Bauern, die zurück zur konventionellen Landwirtschaft wollen, bekommen oft kein Saatgut mehr. Für die eigene Nachzucht fallen jährlich hohe Gebühren an. Die Patentierung von Pflanzen und deren Nutzanwendungen ist in den Ländern des Südens ein großes Problem, denn die Bauern werden durch das Konstrukt des geistigen Eigentums von ihrem Saatgut und ihren traditionellen Herstellungsverfahren enteignet.

Das genveränderte Saatgut hat ein hohes Risikopotential. Bei den üblichen Verfahren läuft der Gentransfer über das *Agrobacterium tumefaciens*, das bei Pflanzen Tumore auslöst. Antibiotika werden als Marker für den erfolgreichen Einbau der fremden Gene verwendet. Das fördert die Resistenz bei Mensch und Tier. Syngenta hat „versehentlich" in den letzten vier Jahren genveränderten Süßmais illegal auf den Markt gebracht, der als Marker das in der Medizin eingesetzte An-

ticillin verwendet, und gemeinsam mit der US-Regierung über Monaten versucht, den Skandal zu verheimlichen.

In Nordamerika sind bei Getreide, Soja und Raps bereits 95 Prozent der Ernte und des Saatguts aus dem Öko-Anbau mit verändertem Erbgut verseucht. Auskreuzungen auf verwandte Wildpflanzen wurden in Kanada nachgewiesen. Manipulierte Gensequenzen aus Raps fanden sich in damit gefütterten Bienen.

Die eingesetzten Totalherbizide für das genveränderte Saatgut sind äußerst problematisch. Das Versprechen der „Grünen Gentechnik“ auf eine Verringerung der Pestizide hat sich nicht erfüllt. In Nordamerika gibt es bereits ein verstärktes Problem mit herbizidresistenten Kräutern. Marktführer Monsanto konnte durch den Verkauf von genverändertem Saatgut den Umsatz des von der Werbung verharmlosten „Round Up Ready“ verdreifachen: Mensch könne es trinken, hieß es. In Kalifornien galt es bereits im Jahr 2000 als dritthäufigste Ursache für Berufskrankheiten von Landwirten.

Bayer verwendet Glufosinat, dessen gesundheitlichen Folgen von japanischen Wissenschaftlern untersucht wurden: Nachweisbar waren Schädigungen des Nervensystems und der Gehirnentwicklung bei Kindern. 150 Wissenschaftler untersuchten in Großbritannien die ökologischen Folgen der „Grünen Gentechnik“. Problematisch sind insbesondere Herbizidresistenzen. Insekten finden kaum noch Nahrung: Auf Feldern mit genverändertem Raps leben nur etwa ein Drittel so viele Schmetterlinge und halb so viele Bienen wie auf konventionellen Monokulturen. Das setzt sich in der Nahrungskette fort.

4. Die „Grüne Gentechnik“ nützt wenigen multinationalen Konzernen. Sie verspricht ihnen hohe Subventionen, Marktbeherrschung und große Gewinne. Die gescheiterten Methoden der „Grünen Revolution“ werden fortgeschrieben und erneut als Lösung angeboten. Doch der Hunger wird so nicht beseitigt, denn er ist ein Problem der Verteilung: Mit der heutigen Ernte könnten, bei weniger Tierhaltung, neun Milliarden Menschen ernährt werden. Die „Grüne Gentechnik“ fördert aber die Weltmarkteinbindung. Immer weniger Flächen bleiben so für die Ernährung der Armen im Trikont.

Nahrungsmittelhilfe der Vereinten Nationen wirkt als Türöffner für Gentechnik. Genveränderter Mais aus den USA und Kanada kommt zur Aussaat, regionale Produkte sind nicht konkurrenzfähig, die Bauern werden ihre Ernte nicht los. Die Gen-Multis missbrauchen die Erde als Versuchsfeld. Die Folgen sind heute nur so bedingt absehbar, wie 1945 die der Atombombe und in den Fünfzigern die der sogenannten „friedlichen“ Nutzung der Kernkraft. Gentechnik ist ebenso zerstörerisch. Sie ist kein Auswuchs, sondern Ausdruck patriarchaler, kapitalistischer Herrschaftsstrukturen.

Notwendig ist Widerstand gegen Gentechnik und für eine von solcher Herrschaft freie Gesellschaft! Erfolge sind möglich: „Forschung an genmanipulierten Pflanzen in Indien wird aufgegeben“, meldete Bayer am 30. September vergangenen Jahres an Greenpeace und andere Umweltgruppen. Auch politische Re-

formen können positiv wirken: Margret Beckett, Umweltministerin von Großbritannien, verordnete, dass die Gen-Multis Haftungsrisiken allein zu tragen haben. Bayer zog daraufhin Ende 2004 Anträge auf sechs genveränderte Saatgutlinien zurück.

Das Bundesland Oberösterreich hat ein Anbauverbot für genveränderte Pflanzen erlassen; seit 17. März wird auf EU-Ebene darüber verhandelt, ob das zulässig sei. Bislang 20 Regionen haben angekündigt, Oberösterreich folgen zu wollen!

Johann Bergmann („Maiskolben“-Initiative Bremen-Neustadt)

Bürgerschaft auflösen!

„Polizisten auf Barrikaden“, vermeldet der „Weser-Report“ vom 10. April 2005 und fährt fort: „In der vergangenen Woche haben sich die Mitglieder des Bremer *Aktionsbündnisses pro Polizei* und das Bremerhavener Bündnis *Aktion (pro) Polizei* zu einer landesweit agierenden Gruppe zusammengeschlossen.

Gemeinsam planen sie, gegen die Sparbeschlüsse des Koalitionsausschusses vorzugehen. Auf Landesebene wollen die Bündnispartner ein Volksbegehren mit dem Ziel initiieren, die Bremische Bürgerschaft aufzulösen. Vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Verfehlungen der großen Koalition werde dieses Vorhaben sicherlich auf große Resonanz in der Bevölkerung stoßen, meinen sie.“

Mit großem Interesse hat die Bremer Montagsdemo den Beschluss des *Aktionsbündnisses pro Polizei* verfolgt, durch ein Volksbegehren die Bremische Bürgerschaft aufzulösen! Die *Initiative Bremer Montagsdemo* unterstützt dieses Vorhaben nachdrücklich und ruft hiermit die Bevölkerung dazu auf, die Unterschriftenaktion massiv zu unterstützen! Selbstverständlich ist die Montagsdemo auch bereit, gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Unterschriften zu sammeln, denn nur gemeinsam sind wir stark!

Matthias Brittinger (parteilos)

Weiter denken als das Grundgesetz vorsieht!

Von Schmidt über Kohl bis zu Schröder: Ganz egal, welche Regierung gerade die Geschäfte der Monopole führt, alle haben versagt! In Deutschland stieg seit 1975 die Massen-Arbeitslosigkeit von einer Million kontinuierlich auf offiziell 5,2 Millionen (März 2005). „Stille Reserve“, Ein-Euro-Jobber sowie die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen berücksichtigt, sind real 8,6 Millionen arbeitslos. Clements *Wundermittel Hartz-Reformen* entpuppt sich als glatter Reinfall: Statt Arbeitsplätzen schaffen sie *Massenarmut!*

Eine Bankrotterklärung für dreißig Jahre bürgerliche Arbeitsmarktpolitik! Die ewige Schallplatte von der „nötigen Verbilligung der Arbeit“ ist ausgeleiert. Allein die dreißig Dax-Untemehmen strichen 2004 offiziell 35,7 Milliarden Euro Gewinne ein. Keine einzige Stelle wurde dadurch geschaffen! Die Arbeitslosigkeit nimmt vor allem wegen der sprunghaft steigenden *Ausbeutung* in den Betrieben zu: Von 1991 hat sich der Umsatz je Beschäftigten von 167.800 Euro auf 382.420 Euro bis zum Jahr 2004 mehr als verdoppelt!

Ist es nicht Irrsinn, wenn auf der einen Seite immer *weniger* Beschäftigte ausgepowert, auf der anderen immer *mehr* Menschen zur Untätigkeit verdammt werden? Die Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt werden! Wie das geht? Durch eine *radikale Verkürzung der Arbeitszeit* auf die *Dreißig-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!* Und zwar als *reguläre Arbeitswoche* von Montag bis Freitag. Den vollen Lohnausgleich haben die Werktätigen durch die gestiegene Arbeitsproduktivität längst erwirtschaftet! Konsequent umgesetzt, werden durch die *Dreißig-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich* 8,5 Millionen Stellen erhalten und neue geschaffen: So kann die Massenarbeitslosigkeit zumindest gemildert werden!

Kein Wunder, dass diese Forderung auf erbitterten Widerstand derjenigen stößt, die von der Arbeitslosigkeit profitieren. Sie kann nur auf Kosten der Profite durchgesetzt werden, durch Massenstreiks und Demonstrationen. Machen wir den 1. Mai zum Auftakt! In Frankreich waren am 5. Februar über 500.000 gegen Arbeitszeitverlängerung auf der Straße, in Argentinien wird der Sechs-Stunden-

Tag bei vollem Lohnausgleich gefordert. Statt sich zur gegenseitigen Unterbietung der Standards erpressen zu lassen, ist es für die Arbeiter angesagt, sich *international zusammenzuschließen!*

Die bürgerlichen Massenmedien tun so, als seien die Konzerne übermächtig und die Werktätigen zur Ohnmacht verdammt. Keineswegs! Der siebentägige selbständige Opel-Streik im Oktober 2004 hat mit seinem *Geist des Klassenkampfes* Furore gemacht und das Tor zur *Arbeiteroffensive* auf breiter Front aufgestoßen. Konzernweite Kampfaktionen wie bei Daimler-Chrysler im Juli 2004 werden immer mehr zum Standard bei Arbeiterkämpfen!

Im antifaschistischen Kampf gegen die braunen Rattenfänger steht die Jugend vorn. Die Montagsdemonstrations-Bewegung gegen Hartz IV beweist Rückgrat und bekommt neuen Auftrieb. Dagegen heftet sich die rechte Gewerkschaftsführung als Ordnungsfaktor krampfhaft an die Rockschöße einer untergehenden Regierungskoalition und eines überlebten Gesellschaftssystems. Für die Arbeiter bedeutet dieses System *Ausbeutung und Unterdrückung, Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit.* Da muss es erlaubt sein, weiter zu denken als das Grundgesetz vorsieht: Es ist es geboten, eine Alternative zu suchen!

Die Neuorganisation der internationalen Warenerzeugung hat die revolutionären Produktivkräfte sprunghaft entwickelt. Schon heute könnten zwölf Milliarden Menschen ernährt werden, doch täglich sterben 40.000 Kinder an Unterernährung. Für eine Gesellschaft, wo der Mensch im Mittelpunkt steht, wo alle ein Auskommen haben, muss die *Herrschaft der Monopole* beseitigt werden. Echter *Sozialismus* ist kein ausgedachtes Schema, sondern die Zusammenfassung der fortgeschrittensten Errungenschaften der Menschheit, die zum Nutzen der Gesellschaft angewendet werden. Deshalb: *Internationale Arbeitereinheit für Arbeit, Frieden und echten Sozialismus!*

Wolfgang Lange (MLPD, Auszug aus dem Maiaufruf)

Immer wieder bündeln sich die Proteste gegen die Regierungspolitik

An unserer 34. Kundgebung der Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr nahmen mit ungefähr 50 wieder etwas mehr Menschen teil. Einer der ersten Redebeiträge befasste sich mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich als wichtigstem Thema für den 1. Mai. Nur diese Maßnahme, die auf Kosten der Monopolprofite durchgesetzt werden muss, ist in der Lage, im Massenumfang neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Kurz danach kam eine Fahrrad-Demo auf den Marktplatz, die den ganzen Tag über gegen Gentechnik und -manipulation im Ernährungsbereich protestiert

hatte. Auf einer großen Tour durch die Stadt hatten die Teilnehmer vor den Lebensmittelherstellern Könneke (Fleisch), Beck's, Kraft, Kellog's und Hachez kleine Kundgebungen abgehalten. Jetzt verbanden wir unseren Protest gegen eine Regierungspolitik, die gegen die Menschen gerichtet ist und Gewinne der Großunternehmen immer weiter steigern will. Circa 100 Personen hörten den gemeinsamen Redebeiträgen zu.

Weiter wurde die *Saarbrücker Resolution* vorgetragen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, die gesamte Hartz-Gesetzgebung zurückzunehmen. Ein Taxifahrer berichtete über die Situation in seinem Gewerbe: Die Regierungspolitik wirkt sich so aus, dass die Fahrer zu Hilfskassierern der Krankenkassen werden, während die Kleinunternehmer kaum die Löhne zahlen können.

Ein Beitrag am Schluss befasste sich mit der Sparpolitik des abgewirtschafteten Bremer Senats. Neben der rigorosen Sparrunde werden aber auch noch neue Beraterpöstchen vergeben, so zum Beispiel der des „Raumfahrtkoordinators". Vielleicht ein gutes zusätzliches Ruhekissen für den Bürgermeister Scherf, wenn seine Große Koalition platzt?

Zuletzt vertrieb uns ein kleiner Regen die Menschen und die Lust auf unsere Demoroute zum Ziegenmarkt, doch beim Nachbereitungstreffen wurde die heutige Kundgebung positiv bewertet. Wir teilten für verschiedene Aufgaben in der Organisation Freiwillige ein, die für einen zügigen und praktischen Ablauf sorgen sollen. Immer wieder geht auch die Diskussion darum, wie wir mehr Mitstreiter werden können. Es gibt eine ganze Reihe von Initiativen, mit denen wir erneut in Kontakt treten wollen, um sie für ein neues, breiteres Bündnis zu gewinnen. Dann wurde noch über das geplante Frühlings- und Sommerfest beraten, zu dem später mehr mitgeteilt werden kann.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

35. Bremer Montagsdemo am 25. 04. 2005

Ich will kein Leisetreter sein

In einer Zeit der Raubritter in Frack und Lackschuhen! Ihr habt das Maß von Anstand und Verantwortung schon längst verloren und wollt es mit Absicht nicht wiederfinden!

Das ist ein Armutszeugnis für euch. Die *Macht* macht viele von euch blind und dumm! Es werden immer mehr Frack- und Lackschuhträger kriminell. Fast jeden Tag gibt es neue schlechte Nachrichten über Konzerne, Vorstände und Politiker!

Ihr sorgt sehr fleißig für Arbeit, aber nur für die Richter und Staatsanwälte. Die müssen schon völlig überlastet sein: Die Flick-Affäre landet nach 22 Jahren auf dem Richtertisch! Das Volk ist sauer über so viel Theater, Kriminalität, Lügen, Vertuschung, Verharmlosung und Uneinsichtigkeit! Rückgrat? Fehlanzeige!

Wir haben damals kriminelle Politiker gewählt. Deren Wahlkampf wurde mit Schwarzgeld finanziert. Heute werden die Kriminellen „oben“ wieder gefeiert. Die Strafen für diese „feinen Leute“ sind ein Trauerspiel im Vergleich zu denen für „kleine Gauner“!

Wo ist der Staatsanwalt, der die „Renten-Affäre“ aufklärt und das geklaute Geld von den Politikern für die Rentner zurückfordert? Ich bin kein Leisetreter und werde euch immer wieder daran erinnern, denn der große Rentenklau soll nicht vergessen werden!

Die Politiker-Diebestour durch die Rentenkasse ist kriminell! Ihr Politiker solltet den Mut haben, dieses Thema in Angriff zu nehmen, das ihr seit vielen Jahren kennt! Aber ihr tut es nicht, und ich halte euch deshalb für feige, hinterhältig, arrogant, verlogen, diebisch und dumm!

Wer soll Politiker wählen, die erst die Rentenkasse plündern und anschließend den Rentnern zwei Minusrunden spendieren und auch noch jammern, sie hätten für uns leider kein Geld mehr übrig?

Wir heutigen Rentner haben viele Jahre einbezahlt, die meisten seit dem vierzehnten, fünfzehnten Lebensjahr. Wir haben unsere Leistung erbracht! Ihr habt uns die ganzen Jahre hindurch abkassiert! Jetzt werden wir belogen und betrogen! Es gibt ein Problem, das ihr lösen musst, denn der Kanzler hat völlig versagt!

Herr Köhler, auch Sie dürfen sich gern einmal zum Thema „Rentenklau“ äußern. Von den etwa zwanzig Millionen Rentnern erwarten sicher viele ein Wort von Ihnen! Sie wollen doch ein Mann der „deutlichen Worte“ sein. Wir Rentner warten schon lange auf deutliche Worte und Taten in diesem Bereich!

Ursula Gatzke (parteilos)

Es gibt Höhepunkte

Im Leben und auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Im positiven Sinne zum Beispiel, wenn es in Deutschland keine Arbeitslosen mehr gäbe. Das ist aber nach 1945 nicht mehr vorgekommen, statt dessen der negative Aspekt im Jahr 2005: von der Regierung zugegeben 5,2 und in Wirklichkeit circa acht Millionen Arbeitslose!

Schmidt-Schnauze sagte mal, als er noch SPD-Bundeskanzler war, die Gewinne von heute seien Investitionen von morgen und Arbeitsplätze von übermorgen. Pustekuchen! Erst mit über achtzig Jahren spricht er vom „Raubtierkapitalismus“. Solch eine Einschätzung könnte ein positiver Höhepunkt bei Politikern sein, wäre es nicht reiner Populismus!

So redet auch Heiner Geißler, der als CDU-Generalsekretär behauptete, die „Freiheit“ gegen den „Sozialismus“ verteidigen zu müssen, heute von „Anarcho-Kapitalismus“. Die Unternehmen könnten „genauso frei agieren wie Mafia, Dro-

gendealer oder Terroristen“. Ein positiver Höhepunkt, wäre das Gesagte nicht eine rein populistische Äußerung!

Zum Beispiel auch ein Blüm. Nachdem diese Leute ihre hauptamtliche volksfeindliche Politik beendet haben, dürfen sie heute drauflosschwätzen. Neuerdings hören wir von noch nicht so alten oder abgehalfterten Leuten aus der Politik fast die gleichen Äußerungen. Nach Münteferings Vorgabe von den Unternehmer-„Heuschrecken“ klagt SPD-Steinbrück über „Frühkapitalisten“. Man könnte glauben, aus dem Manifest von Marx und Engels sei das „Gespenst des Kommunismus“ wiederauferstanden und ginge um in Nordrhein-Westfalen, stünden dort jetzt nicht Wahlen bevor!

Schluss mit Gespenstergeschichten! Wir haben keinen Frühkapitalismus in Deutschland und weltweit, sondern die Macht der Konzerne. Die Führung der Gewerkschaften ist ein Anhängsel der SPD, auch wenn der DGB-Chef jetzt fordert, Münteferings Kritik müsse Folgen für die Regierungspolitik haben. Die SPD selbst ist bloß ein Anhängsel ihrer eigenen Führung, denn alles wird abgenickt, was Schröder und seine Crew wollen, als Steigbügelhalter des Großkapitals!

Keinen Deut besser, sondern genauso reaktionär ist die Politik von CDU/CSU-FDP und Grünen. Das ist ein ausgesprochen negativer Höhepunkt! Nur durch den Kampf aller Betroffenen kann es wieder zu positiven Höhepunkten kommen!

Hermann Siemering (Verdi) moderiert am morgigen Dienstag um 19:30 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“. Themen sind der 1. und 8. Mai

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt

Am vergangenen Freitag suchte ich zwecks Abgabe eines Formulars die „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ am Schiffbauerweg 22 auf.

Zu meiner Verwunderung musste ich feststellen, dass alle „Kunden“ dort gezwungen sind, sich zur **Anmeldung** namentlich auf einer öffentlich ausgehängten und **einsehbaren Liste** einzutragen. Die Aufforderung dazu erfolgt allerdings, trotz hohen Ausländeranteils im Stadtteil Gröpelingen, nur in deutscher Sprache. Bei jeder Institution, sei es Post, Bahn oder Bank, muss

aus Diskretionsgründen eine Distanz zum Schalter gewahrt bleiben – bei Arbeitslosen offensichtlich nicht!

Auch wird in einem Aushang darauf hingewiesen, dass es empfehlenswert sei, den **Hausbriefkasten** zu nutzen, um dort seine Anträge einzuwerfen. Dies hätte ein Fortschritt sein können gegenüber dem Zustand in den ersten beiden Monaten des Jahres, als überhaupt noch kein Briefkasten vorhanden war. Nun befindet sich außerhalb des Gebäudes ein Exemplar, das über einen so **breiten Einwurfschlitz** verfügt, dass selbst große Männerhände ohne Probleme gänzlich hineinfassen könnten. Mein Sparvorschlag lautet: Schließung sämtlicher Datenschutzabteilungen und Freisetzung der dort Beschäftigen zum Spargelstechen!

Doch das Erste, was die „Kundschaft“ beim Besuch der BAgIS sieht, ist ein großes Schild vor dem Gebäude mit der Aufschrift „Entsorgungsbetriebe Bremen“. Auf den Fluren stößt man auf Schilder „Zur Abfallentsorgung“. Vor dem Gelände befinden sich Bahngleise nebst Güterzügen. Der Schienenstrang führt weiter zum Heizwerk der stillgelegten „Spacepark“-Vergnügungsanstalt, die nächtens von hohen Masten aus mit gleißendem Licht überflutet wird. Sollen wir uns eine Wiedereröffnung wünschen? Wer lacht, hat keine Angst!

Renate Hammer (parteilos) – siehe auch „Stattnetz“

Das Märchen von der Billigmiete

Im „Weser-Kurier“ vom 16. April 2005 wird ein Herr Schneider von der Bagis mit der Behauptung zitiert, dass die Mieten ihrer sogenannten „Kunden“ in Bremen für Alleinstehende 243 Euro inklusive Heizung betragen.

Meine Skepsis dieser Verlautbarung gegenüber veranlasste mich, spontan die Aprilausgabe der Zeitung „Immobilien“ zu konsultieren, denn es heißt ja: Trau keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast!

Ergebnis: Von den 28 annoncierten Single-Wohnungen in Bremen ab 30 m² gab es nur vier Angebote zu einer Kaltmiete um circa 200 Euro. Nach Aussagen von Herrn Schneider wohnen also sämtliche alleinstehenden Bagis-„Kunden“ auf etwa 30m² zu solchen Schnäppchenmieten. Schöne, heile Wohnungswelt!

Es wird allerhöchste Zeit für das von der Sozialbehörde angekündigte Mietgutachten, um es den Bremer Mietern endlich zu ermöglichen, den Märchen der Bagis kompetent zu begegnen!

Marietta (parteilos)

Das Licht geht aus! (I)

Meine Kinder sind allein zu Hause. Es klingelt. Sie machen auf, weil sie einen Freund erwarten, aber vor der Tür steht ein fremder Mann. „Ist deine Mutter da?“ – „Nein, meine Mama kommt in einer halben Stunde wieder.“

Der Mann geht kurz in die Wohnung rein, schaut sich um, geht wieder raus und die Treppe runter, ohne ein weiteres Wort zu sagen. Plötzlich ist der Strom weg: kein Licht, kein Radio mehr.

Als ich nach Hause komme, seh ich gleich einen roten Zettel im Briefkasten: die Benachrichtigung der ehemaligen Stadtwerke Bremen, dass der Strom abgestellt sei. In der Wohnung erzählen mir die Kinder, was passiert ist.

Ich fahre sofort zum Kundencenter. Ein Sachbearbeiter erklärt mir, das fällige Geld, die Nachzahlung aus dem Jahresabschluss, sei nicht eingegangen. Seit Januar weiß die swb aber, dass diese Kosten vom Sozialamt noch für 2004 übernommen werden und angekündigt sind. Nach kurzer Einsicht in die Akte findet der Sachbearbeiter den Vermerk, dass das Geld kommt.

Ich fordere den Mitarbeiter auf, dafür zu sorgen, dass der Strom wieder angestellt werde. „Das geht nicht! Sie haben sich darum zu kümmern, dass die Beträge rechtzeitig auf das Konto der swb überwiesen werden! Erst wenn alles bezahlt ist, schalten wir den Strom wieder frei!“

Ich hebe alles ab, was ich auf dem Konto habe, zahle es auf das swb-Konto ein, lege die Überweisung im Kundencenter vor und lasse sie im Computer vermerken. Jetzt soll ich bei der Mahnabteilung anrufen. Dort ist ständig besetzt und ab 16 Uhr Feierabend.

Man nennt mir die Nummer des Notdienstes bei Störungsfällen. Ein Mitarbeiter, den ich an die Strippe kriege, sagt mir, wenn ich die noch ausstehenden 155 Euro und zwei Cent nicht einzahlte, bekäme ich den Strom nicht wieder. Diesen Betrag könne ich auch dem Außendienst gegen Quittung bezahlen.

Eine Freundin leiht mir diesen Betrag. In letzter Minute erreiche ich den Notfallservice, und man schickt einen Störungsmann los. Am nächsten Tag erfahre ich, dass außer dem Betrag, den das Sozialamt bezahlen will, weitere 80 Euro für den Außendienst zu zahlen sind. Dazu hat die swb auch gleich den monatlichen Abschlag, der erst einige Tage später fällig gewesen wäre, mit eingezogen.

Meinen Ärger muss ich bei den Arbeitskollegen „auskotzen“, weil ich so fertig bin vom Kampf durch das Dickicht, was sich mir seither aufgetan hat. So bedenkenlos springen Großunternehmen mittlerweile mit uns Menschen um: Da be-

treten Mitarbeiter ohne Erlaubnis die Wohnungen, es werden keine Mahnungen mehr versandt und Gelder vor der Zeit einkassiert, damit der Gewinn weiter steigt!

Mitarbeiter in den Kundenzentren, die vielfach die Not der Menschen sehen, werden abgemahnt oder entlassen, wenn sie zu großzügig entscheiden. Ich muss wohl noch eine Weile auf mein Geld warten, weil die Bagis völlig unterbesetzt ist und die Einzelfallberechnungen wegen unterschiedlicher Übernahmen bei Heizung und Licht so kompliziert werden, dass Verzögerungen vorprogrammiert sind. Über 500 Fälle muss eine Sachbearbeiterin überprüfen und klären!

Die Regierungen in Berlin und Bremen sind für diese Zustände, ob Chaos bei der Bagis oder Raffgier bei der swb, verantwortlich. Wir müssen uns überlegen, wie wir zusammen gegen solche Vorkommnisse vorgehen!

von Jobst Roselius verlesen für eine Bekannte

Hartz IV kann aufgehoben werden!

Was ist mit Herrn Müntefering geschehen? Er klagt die Wirtschaft an! Seine Forderungen sind voll zu unterstützen. Es wäre schön, wenn Taten folgen würden. Ich glaube, Herr Müntefering hat sich weitergebildet: Er hat gelesen. Ich bin mir noch im unklaren, ob das Parteiprogramm der SPD oder den Kalender mit den Wahlterminen.

Egal welche Versprechungen der SPD jetzt folgen, es sind noch längst keine Taten. Es sind erst einmal leere Versprechungen. SPD ist wie „Flasche leer“! Dabei wäre die Rücknahme von Hartz IV so einfach. Verstecken hinter der CDU oder dem Bundesrat gilt nicht. Wesentliche Schritte können sofort erfolgen!

Die Höhe des Leistungssatzes kann durch die Bundesregierung per 1. Juli jeden Jahres angepasst werden (§ 20 Abs 4 SGB II). Die Obergrenze der Leistungen für Unterkunft und Heizung kann durch die Bundesregierung festgelegt werden (§ 27 Abs 1 SGB II), ebenso die Anrechnung von Einkommen und Vermögen (§ 13 SGB II). Statt der Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten können sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten geschaffen werden, denn die Bestimmungen zu ABM haben unverändert Gültigkeit.

Auch für die *Gesamtaufhebung von Hartz IV* ist Vorsorge getroffen. Aus dem Tarifrecht ist bei unterschiedlicher Regelung oder dem Wegfall einer bisherigen Regelung für den Beschäftigten das *Günstigkeitsprinzip* anzuwenden. Übertragen auf Hartz IV bedeutet das: Keiner bekommt weniger, aber die Kürzungen und die vielen anderen Ungerechtigkeiten werden beseitigt.

Mit den Behördenmitarbeitern lässt sich bestimmt auch eine positive Unterstützung der Arbeitssuchenden organisieren und nicht nur Leistungsbeschneidung oder -verweigerung. Gemeinsamkeit wird so wiederhergestellt, und wenn neue Arbeitsstellen zur Verfügung stehen, werden auch die Bewerber dafür zur Verfügung stehen.

Der jetzt entstandene Kaufkraftrückgang verursacht massiven Stellenabbau oder Umbau auf sozialversicherungsfreie Arbeitsverhältnisse. Nur ein schnelles Gegensteuern hat Aussicht auf Erfolg! Durch Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten werden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern vernichtet! Wer als Ein-Euro-Mitarbeiter reguläre Arbeit leistet, sollte auch das reguläre Arbeitsverhältnis einfordern. Bei der Durchsetzung helfe ich gerne. Unterstützer für diesen Weg gibt es genug!

Was macht die Bagis, wenn das Ein-Euro-Selbstbedienungsprogramm abläuft, mit den vielen ehemaligen Mitarbeitern? Eine erneute Ein-Euro-Runde nach zwei Jahren? In der Zeit, während Herr Münterfering redet, geht der Sozialabbau stetig weiter! Darum Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Die Ausblendung des Menschen

Angesichts der Sprechblasen und Worthülsen, die vom SPD-Chef Franz Müntefering gegenüber einer „globalisierten“ Wirtschaft abgelassen wurden, wird mir speiübel!

So kurz vor der Landtagswahl in NRW besinnt er sich wohl noch mal darauf, welche Bedeutung das „S“ in der SPD ursprünglich hatte. Auf mich wirkt es wie ein letzter, vergeblicher Versuch, den drohenden Gesichtsverlust durch bald lawinenartig purzelnde Prozente noch zu verhindern!

Während seiner Attacke gegen die „Ausblendung des Menschen“ durch die Wirtschaft ließ Herr Müntefering vollkommen außer Acht, dass seine rot-grüne Bundesregierung mit Affenzahn ihre menschenverachtenden Reformen als Agenda 2010 und Hartz IV wie eine neue Staatsreligion durchgepeitscht hat!

Bei diesem derart beschlossenen Abschied von der Solidargemeinschaft hat die „Ausblendung des Menschen“ durch die Politik (und Politiker wie Herrn Müntefering eben selbst) ihren unheilvollen Anfang gemacht.

Eine Politik, die sämtliche Sozialleistungen demontiert und große Existenzangst unter weiten Teilen der Bevölkerung schürt, kann es sich kaum erlauben, unter den Wirtschaftsführern eine Auseinandersetzung über die Ethik ihres Tuns entfachen zu wollen!

Das wäre leider ebenso unsinnig wie uneffektiv, wie wenn wir Bürger an die hoffentlich noch vorhandene moralische Instanz unserer Politiker appellieren würden. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Saarbrücker Resolution

In den letzten Tagen und Wochen haben sich die Unterzeichnenden zu einer überparteilichen Initiative zusammengefunden, deren soziales Gewissen und deren **soziale Verantwortung** gegenüber der Bevölkerung des Saarlandes und der Bevölkerung der **Bundesrepublik Deutschland** diese Resolution hervorgebracht hat. Die Unterzeichnenden fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, das Gesetz für moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt, auch **Hartz IV** genannt, sofort **zurückzunehmen**, weil

1. wir nicht zulassen können, dass ein Bürger, der Jahrzehnte in die **Arbeitslosenversicherung** eingezahlt hat, im Falle der Arbeitslosigkeit nur noch einen Bruchteil seiner eingezahlten Beiträge zurückbekommt. Dies ist eine staatliche **Enteignung** von Eigentum.

2. wir der festen Überzeugung sind, dass dieses Gesetz massiv **gegen das Grundgesetz verstößt**. Hier sei nur als ein Beispiel unter vielen hervorgehoben, dass auch in nicht ehelichen Partnerschaften das Einkommen des arbeitenden Partners dem arbeitslosen Partner in voller Höhe angerechnet wird, was zur Folge haben kann, dass dem arbeitslosen Partner kein Arbeitslosengeld II mehr bewilligt wird, obwohl keinesfalls sichergestellt ist, dass der arbeitende Partner bereit ist, den anderen finanziell zu unterstützen.

3. wir nicht akzeptieren können, dass ein **Langzeitarbeitsloser**, der seit Jahren eine private Vorsorge betreibt, gezwungen ist, sein erspartes **Vermögen aufzubrauchen**, bevor er Arbeitslosengeld II beziehen kann, während jemand, der keinerlei private Vorsorge getroffen hat, sofort diese Leistung erhält.

4. es eine Schande ist, dass **Menschen**, die durch ihre jahrelange Arbeit zum Wohlstand unseres Landes und zum Wohlstand ihrer bisherigen Arbeitgeber beigetragen haben, durch Hartz IV zu Sozialhilfeempfängern **degradiert** werden.

5. es beschämend ist, dass Arbeitslose unter Androhung des **Entzuges jeglicher Sozialleistungen gezwungen** sind, jede Tätigkeit, auch noch so gering qualifizierte, anzunehmen und dies zum Teil auf der Basis von sogenannten Ein-Euro-Jobs.

6. es nicht zu erkennen ist, dass dieses Gesetz neue Arbeitsplätze schafft, sondern eher zur **Vernichtung von Arbeitsplätzen**, zumindest von solchen, die nach Tarif bezahlt werden, beiträgt. Im Bereich Sozial- und Gesundheitswesen

arbeiten jetzt schon Menschen zu einem Euro die Stunde in bisher nach Tarif bezahlten Tätigkeiten.

Dieses Gesetz stürzt besonders viele ältere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Familien in eine **dauerhafte Armut**. In der weiteren Folge **reduziert** es unausweichlich die **Kaufkraft** in den Ländern und Kommunen, sodass die sowieso schon geschwächten Strukturen des Binnenmarktes weiteren Schaden davontragen werden. Dieses Gesetz ist ein Motor für **sozialen Unfrieden** in unserem Land. Das können wir nicht zulassen.

Oskar Lafontaine; Ottmar Schreiner, MdB; Professor Heinz Bierbaum, Leiter des Info-Institutes; Markus Lein, Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit; Rolf Linsler, Landesvorsitzender Verdi-Saar; Reiner Gehring, Geschäftsführer IG-Bau Bezirksverband Saar-Trier; Volker Schneider, Dipl. Sozialarbeiter; Walter Scheile, Initiative gegen den Abbau des Sozialstaates; Markus Andler, Gewerkschaftssekretär IG-Bau Bezirksverband Saar-Trier. – Vorgetragen von Anthony Young (WASG)

Schnüffelei gegen die Bevölkerung

Am 1. April ist ein Gesetz in Kraft getreten, das kaum Beachtung in den Medien gefunden hat, obwohl es umso tiefer in unsere demokratischen Rechte und Freiheiten eingreift: Das „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“.

Es ermöglicht den Zugriff auf über 500 Millionen Bankkonten und Sparbücher in Deutschland. Online ist jederzeit abrufbar, wer wo ein Konto unterhält oder wer verfügungsberechtigt ist. Und das nicht nur durch Ermittlungsbehörden: Auch Arbeitsagenturen, BAgIS, Jugend- oder BAföG-Ämter können entsprechende Auskünfte bekommen. Das ist eine Generallizenz zum Schnüffeln in unseren Lebensumständen!

Schon der sechzehnseitige Antrag, den man ausfüllen muss, um in den Genuss von ALG II zu kommen, war ein solcher Angriff. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz sagt dazu: „Hartz IV hebelt das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung aus“. Auch wenn in Bremen der Antrag weniger Seiten hat, weil die Behörden untereinander die Daten austauschen können, was durch die geringe

Größe unseres Bundeslandes leichter möglich ist: Die Ausspähung unserer Lebensumstände wird dadurch nicht geringer!

Schon das ist nichts anderes als ein Rumschnüffeln in unserem Privatleben – doch die Schröder-Fischer-Regierung setzt nun noch einen drauf: Es ist blanker Zynismus, wenn sie dieses Gesetz mit dem Hinweis auf „Steuerehrlichkeit“ rechtfertigt! Dieselben Herren, die zusätzlich zu ihren Diäten und gutbezahlten „Nebenjobs“ für ihre „Aufwandpauschalen“ null Steuern bezahlen, reden jetzt von Steuerehrlichkeit!

Begründet wird das Schnüffel-Gesetz von dem vom Grünen über SPD zum ultrarechten Sheriff gewandelten Innenminister Schily mit dem „Kampf gegen den Terrorismus“. Tatsächlich liegt der zentrale Angriff auf die Bankkonten auf einer Linie mit der zeitgleich ausgeweiteten Überwachung und Speicherung aller Telefongespräche per Handy, SMS und E-Mail über den Zeitraum eines Jahres. Ich wünsche viel Spaß beim Auswerten!

Wovor haben die Herrschenden eigentlich so viel Angst? Ihr Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats ist ein unfreiwilliges Eingeständnis, dass sie die Dinge keineswegs im Griff haben! Es ist der Versuch, uns, das Volk, die Massen mittels Einschüchterung und Unterdrückung unter Kontrolle zu bekommen!

Doch ihnen sei gesagt: Schon einmal ist ein deutscher Staat, die DDR, an der Bespitzelung der eigenen Bevölkerung gescheitert. Die Volksmassen haben der Stasi-Diktatur ein Ende bereitet, und nichts anderes hatte dieses Regime auch verdient! So wird es auch den Herrschaften gehen, die hier die Bevölkerung bespitzeln lassen! Der Kampf um bürgerlich demokratische Rechte und Freiheiten ist genauso wichtig wie der Kampf gegen die soziale Demontage!

Wolfgang Lange (MLPD)

La Marseillaise

Allons, enfants de la Patrie, le jour de gloire est arrivé! Contre nous de la tyrannie, l’étendart sanglant est levé! Entendez-vous dans les campagnes mugir ces féroces soldats? Ils viennent jusque dans nos bras, égorger nos fils et nos compagnes! Aux armes, citoyens, formez vos bataillons! Marchons, marchons, qu’un sang impur abreuve nos sillons!

Voran, Kinder des Vaterlands, der Tag des Ruhms kam nun herbei! Gegen uns ist blutig erstanden die Fahne der Tyrannei! Hört ihr da draußen in den Landen die wüsten Soldaten schrein? Sie kommen bis in unsre Reih’n, machen Frau und Kind uns zuschanden! Die Waffen in die Hand! Auf, Bürger, aufgestellt! Marschiert, marschiert und böses Blut soll tränken unser Feld!

Was will diese Horde von Sklaven, Verrätern, von Fürsten verschwor’n? Wer soll diese Ketten denn haben, wem sind diese Eisen erkor’n? Franzosen, euch!

Ah, welche Schande! Ihr seid es, für die man erwägt den Ausbruch, den, der euch erregt! Die Rückkehr in alte Sklavenbande? Die Waffen in die Hand!

Wie? Diese fremden Legionäre, sie wären Herr in unserm Haus! Wie denn? Diese Söldnerheere schlügen unsre Krieger hinaus! 0h Gott, von kettenschweren Händen käm unsere Stirn unters Joch! Und niedrige Despoten noch würden unser Schicksal vollenden! Die Waffen in die Hand!

Zittert! – Tyrannen und Treulose, jeder Partei verlorener Sohn, zittert! Eure mörderischen Pläne nehmen endlich dahin ihren Lohn. Wir sind Soldaten, euch zu schlagen: Wenn einer der jungen Helden fällt, die Erde bringt sie neu zur Welt, bereit, gegen euch sich zu schlagen! Die Waffen in die Hand!

Joseph Rouget de Lisle, Gerd Semmer: Kriegslied für die Rheinarmee (1792)

Statt sich zu stellen, kneift Bürgermeister Scherf

Zu unserer 35. Kundgebung der Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz fanden sich wieder mehr Teilnehmer ein, unter anderem auch Touristen, die stehenblieben und zuhörten, sodass wohl über 90 Menschen dabei waren.

Der einzige Mensch, der fast in panischer Angst vor uns weglief und Nebenwege suchte, um wieder in sein Rathaus zu kommen, war der Bürgermeister Scherf. Er schien ja auch Grund zu haben, denn mehrere Redebeiträge befassten sich mit der *verlogenen Kapitalismus-Kritik* von Müntefering und anderer SPD- und Alt-Politik-Größen wie Geißler, deren Gerede keine Veränderung mehr nach sich zieht und allein wegen der Wahl in Nordrhein-Westfalen stattfindet. Aber die Herren irren, wenn sie glauben, dass das bei den Massen verfängt!

Da passte auch gut die Information, dass die Versuche der Städte Gelsenkirchen und Essen, mit antikommunistischer Hetze das 12. Internationale *Pfingstjugendtreffen* zu Fall zu bringen, mit Glanz und Gloria gescheitert sind. Zuletzt das Oberverwaltungsgericht in Münster hat die Platzverweigerung aus politischen Gründen zurückgewiesen. Umso mehr rufen wir alle auf: Kommt am *14. Mai* zur *Großdemo gegen Hartz IV und Agenda 2010* nach *Gelsenkirchen*!

Ein Aktiver berichtete von der *Übergabe* des „1. inoffiziellen *Mietspiegels*“ an Bürgermeister und Senatoren. Da die Damen und Herren so sehr in „Spardruck“ waren, ließ man die Vertreter von „Sozialem Lebensbund“ und Montagsdemo über fünfeinhalb Stunden bei unfreundlichem Wetter im Freien warten. Die Reaktionen der Senatoren-Herrschaften waren ein Gemisch von Unwissenheit und Halbwahrheiten. Besonders ärgerte uns, dass die Leitung der „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ auf Fragen zu Bescheiden für ALG-II-

Bezieher, die diese zum Auszug aus ihrer bisherigen Wohnung zwingen, bewusst die Unwahrheit sagt.

Ein Redner ging grundsätzlich auf den *Schnüffelstaat* ein, wie er seit dem 1. April 2005 von Otto Schily über das ganze Volk ausgebreitet wird. Bei soviel Daten, die gesammelt und kaum ausgewertet werden, kann man nur feststellen, dass diese Methoden genau den Stasimethoden gleichen und ein ebenso klägliches Ende nehmen werden wie in der DDR!

Ein weiterer Beitrag schilderte die Erfahrungen einer alleinerziehenden Mutter von zwei Kindern mit *Stromabstellen* ohne Vorwarnung. Die Vertreter von Energieversorgungsunternehmen betreten einfach die Wohnung, auch wenn der Mieter nicht anwesend ist. Sie fordern Nachzahlungsbeträge, für die es klare Regelungen gibt, und ziehen sogar noch nicht fällige Abschlagsbeträge gleich mit ein. Bei den Arbeitsgemeinschaften existieren so komplizierte Regelungen, dass selbst die Fachkräfte dort dem Chaos nicht Herr werden: Bei über 500 Fällen pro Sachbearbeiter kein Wunder! Aber das ist den Regierenden in Berlin oder Bremen drecksegal.

Nach der langen Redebeitragsfolge war die Lust auf anschließende Demo heute nicht groß. Auf dem Nachbereitungstreffen wurde die Kundgebung wegen der Vielgestaltigkeit der Beiträge positiv bewertet. Weiter folgten Verabredungen für den 1. Mai und zum Pfingstjugendtreffen, an dem viele Menschen teilnehmen wollen. Für die nächsten beiden Montagsdemos wurden Themen vorgeschlagen. Am *4. Juni 2005* steigt das *Frühlingsfest* der Montagsdemo.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Mal eben den Strom abgeschaltet

Heute auf der Demo wurde von verschiedenen Erlebnissen der letzen Woche berichtet, darunter die Übergabe eines selbsterstellten Mietspiegels an die zuständigen Bremer Politiker. Da es zurzeit noch keinen offiziellen gibt, erschwert dies die Berechnung von Arbeitslosengeld II.

Berichtet wurde auch von Problemen mit der SWB, dem Stromversorger in Bremen, und fehlenden Zahlungen von den Ämtern. Übereifrige SWB-Außendienstmitarbeiter stellten einer Mutter mit zwei Kindern mal eben den Strom ab, trotz entsprechenden Aktenvermerks, dass die Zahlungen vom Amt noch erfolgen werden. Nach der Sperrung musste die Mutter das Geld vorstrecken, ausleihen, damit die SWB die Leitung wieder schaltet.

Dazu gab es noch einige aktuelle Einscheidungen von den Gerichten und den Hinweis über die neuen Möglichkeiten der Ämter auf Einsicht der Kontodaten.

Bericht eines Teilnehmers für „Indymedia“ (mit Bildern)

36. Bremer Montagsdemo am 02. 05. 2005

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet

Ich heiße Ursula Gatzke und wurde am 9. Oktober 1941 in Tilsit geboren. Ich bin heute noch dankbar, dass ich die grässliche, kalte Flucht heile überlebt habe!

Meine Mutter starb noch vor der Flucht, als ich zwei Jahre alt war. Bis zu meinem zwölften Lebensjahr lebte ich in der damaligen DDR. Nach dem 17. Juni 1953 wurde es für meinen Vater zu gefährlich, weiter in der DDR zu wohnen. Er schmiedete vier Fluchtpläne. Sie alle haben Gott sei Dank geklappt, und wir konnten im Westen wieder zusammenfinden!

Ich war das zweite Mal auf der Flucht gewesen, nur mit dem, was ich mir morgens angezogen hatte, sonst nichts. Wir wollten angeblich nur zu Besuch, meine Stiefmutter, Halbschwester und ich.

Mit 14 Jahren ging ich als Hausmädchen arbeiten, ab 18 zu Jacobs-Kaffee. Dort arbeitete ich mich hoch bis zur Maschinenführerin. Dann bekam ich eine Tochter: Erziehungszeit. Noch mal Jacobs-Kaffee und verschiedene Betriebe, bis zur Rente.

1971 haben wir in Weyhe gebaut, dann später aufgestockt und eine Wohnung als Alterseinkunft gebaut. Fast alles in jahrelanger Eigenarbeit, ohne Urlaub, ohne Sonderwünsche, wie sehr viele andere Menschen damals auch.

Jetzt kommen diese reichlich unsozialen Gesetze, und wir müssen gläsern sein bis auf die Knochen. Habe ich ein Leben lang geschuftet, um mich jetzt nur gnadenlos ausnehmen zu lassen, für totale Versager oben in der Politik? Nein, danke!

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet, meine „Herbstzeit“ wird mit Dornen bespickt! Ich habe mich immer aus der Not gerettet und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück!

Doch die Politik macht vielen Menschen das Leben schwer. Wo kriegen wir bessere Politiker her? Wir haben es satt, uns bestehlen und belügen zu lassen! Politiker, ihr könnt wohl nur *schlechte* Gesetze verfassen?

Wir haben gearbeitet für eine Rentnerleben in Ruhe und Glück, doch Politiker nehmen von unserer Sicherheit ein großes Stück! Wer heute noch im Sessel sitzen bleiben kann, der ist dann eben später auch noch dran!

Verschont wird keiner unten in der Menschenschar, aber oben krümmt man den Leuten kaum ein Haar! Auseinander klafft die Schere schon weit, zur Umkehr ist oben keiner bereit!

Macht Deutschland nicht noch mehr kaputt und lahm, sonst sägt ihr auch noch abrupt ab den zweiten „Arm“! Wie soll denn Deutschland ohne „Arme“ leben? Wie sieht es aus, wenn „Arme“ nichts mehr geben?

Ursula Gatzke (parteilos)

Schluss mit Schlemmen!

Als ich gleich nach dem Krieg in die Lehre kam, wurde viel diskutiert. Ältere erzählten mir, Jesus sei das Richtige: Er zog das letzte Hemd aus für noch Ärmere. Aber ich wollte meine letztes Hemd behalten!

Andere meinten, Robin Hood sei das Richtige: Er raubte die Reichen aus und gab es den Armen. Beide seien echte Kommunisten gewesen! Doch ich konnte mich für keinen begeistern.

Erst später lernte ich allmählich: Man muss sich zusammentun, Arm gegen Reich, um etwas zu erreichen, und man muss wachsam sein, sich nicht für dumm verkaufen lassen.

In diesem Sinne gefiel mir gestern am 1. Mai die Rede von Detlev Hensche ganz gut, dem ehemaligen Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, späterem Vorsitzenden der IG Medien und heutigem Verdi-Mitglied: „Hartz IV muss weg!“, sagte er.

Hätten wir immer solche Gewerkschaftsvorsitzenden gehabt, gäbe es heute nicht so ein „Weichei“ wie den DGB-Chef Sommer, der gestern Abend wieder eine jämmerliche Figur bei „Sabine Christiansen“ abgab!

Ich war und bin immer für gemeinsamen Kampf aller Betroffenen gegen das Kapital. Einzelkämpfer stoßen oft mit ihren Methoden ab. Aber heute musste ich beim Lesen schmunzeln: Gestern hat, wie früher Robin Hood, eine Gruppe Vermummter in Hamburg ein Luxusrestaurant gestürmt!

Sie plünderten vor den Augen der Gäste das Buffet, stopften die Speisen in mitgebrachte Tüten und verteilten an die Gäste Flugblätter mit dem Text: „Die fetten Jahre sind vorbei! Das große Fressen ist beendet!“.

Dann entkamen die Vermummten. Die Polizei vermutet einen „politischen Hintergrund“. Die Gäste des Restaurants in Blankenese blieben unverletzt, und ich nehme an, sie fallen wegen der geraubten Speisen nicht vom Fleisch!

Hermann Siemering (Verdi)

Das Licht geht aus! (II)

Als meine Kinder allein zu Hause gewesen sind, hat ein swb-Mann ohne weitere Erklärungen den Strom abgestellt. Unter Aufbietung aller Reserven und mit Unterstützung einer Freundin habe ich die notwendige Summe bis zur letzten Minute vor Feierabend des zuständigen swb-Mitarbeiters zusammenbekommen, damit abends wieder Strom fließt!

Und der Auslöser? Eine Zahlung des Sozialamtes für eine Nachforderung aus dem Jahr 2004 im Januar 2005 ist nicht sofort an die swb erfolgt. Man hat nun in meine Datei den Vermerk gesetzt: „Geld kommt vom Sozialamt“!

Nach diesem Schreck in der Abendstunde hat sich eine nette Sachbearbeiterin der Bagis trotz Überlastung der Sache angenommen. Ihre Recherche ergibt nun, dass die zugesagte Überweisung der Nachzahlung bereits zehn Tage später an die swb erfolgt ist. Diese wiederum ist nicht in der Lage, zwischen Januar und Ende April einen Abgleich von Konto und Zahlung herbeizuführen!

Das hat Methode: Die großen Energiekonzerne, wie zum Beispiel die Banken, die hier rund um Marktplatz und Domshof arbeiten, gerne auch mit fremdem Geld, bringen Hunderttausende oder Millionen mit unsauberen Methoden zusammen und nutzen sie kurzfristig zu besten Zinssätzen für den Gewinn aus. Ich nenne das *kriminelle Machenschaften auf Kosten der Massen!*

Als ich im Kundencenter der swb dem Mitarbeiter erklärt habe, dass die Überweisung bereits im Januar erfolgt sei und ich deshalb mein Geld wiederhaben wolle, erwidert er mir, man führe vier verschiede Konten und schaffe es nicht, sie zu überprüfen, um alles richtig zu machen. Eine Wiederauszahlung könne sechs bis acht Wochen dauern, aber die Summe lasse sich mit zukünftigen Abschlagszahlungen verrechnen. Da ist man nur noch platt und voller Wut!

Der eon-Konzern als Besitzer der swb *rafft* nur so das Geld mit überhöhten Preisen und ist nicht in der Lage, die Kleinkunden korrekt zu behandeln! Als die nette Bagis-Mitarbeiterin davon erfährt, sagt sie, das komme nicht in Frage, die

Bagis werde das Geld von der swb einziehen und es mir innerhalb der nächsten zehn Tage zukommen lassen!

Verantwortlich für solche Zustände und Methoden bei der swb oder ähnlichen Unternehmen sind die Verkäufer der damaligen Stadtwerke im Senat, solche Herren wie der frühere Finanz- und Wirtschaftssenator Perschau, der gerade dort drüben im Café sitzt! Diese Herren sehen nur ihren kurzfristigen, vielleicht auch privaten Gewinn, betreiben aber eine *schweinische* Politik gegenüber den Menschen!

von Jobst Roselius vorgetragen für eine Bekannte

Mangelverwalter gehen zugrunde

Liebe unmittelbar und mittelbar Betroffene der unsozialen Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze! Wir sind fast alle betroffen, die eine früher, der andere später!

Hartz IV und Agenda 2010 verarmen die Menschen künstlich, um sie dann mit Almosen abzuspeisen. Dabei soll ihnen weisgemacht werden, dass sie doch selbst schuld an ihrem Schicksal seien: Wären sie nicht so unbeweglich, benähmen sie sich eigenverantwortlich, wären sie nicht so faul, besäßen sie nicht diese „Mitnahmementalität“: Sie hätten alle den Arbeitsplatz, den sie sich wünschen!

Wir können und wollen für uns sorgen, so wie wir es all die Jahre getan haben. Ich meine damit auch die sogenannten „Gastarbeiter“ bzw. „ausländischen Mitbürger“, deren Arbeitslosenanteil zur Zeit bei 25,9 Prozent liegt. Wir haben gespart, damit wir auch im Alter finanziell unabhängig sind!

Nur leider sieht die Wirklichkeit ganz anders aus: In Zukunft sollen vorrangig die sogenannten Langzeitarbeitslosen, das sind aktuell 1.814.000 gleich 36,5 Prozent aller Arbeitslosen, in nicht vorhandene Jobs vermittelt werden. Dazu sollen 4.000 zusätzliche Mitarbeiter eingestellt und ausgebildet werden. Arbeitsplätze, wohinein die Jobmanager diese Menschen vermitteln sollen, sind aber schlicht nicht vorhanden. Die vielen Jobmanager sind also alle Mangelverwalter!

In der damaligen DDR gab es jede Menge Mangelverwalter, und dieser Staat ist an seiner falschen Politik zugrunde gegangen. In der ehemaligen DDR hatte

sich aber auch etwas Einmaliges entwickelt: die landesweiten Montagsdemos. Sie haben etwas geschafft, was niemand für möglich hielt: Sie haben gewaltfrei ein diktatorische System zum Einsturz gebracht!

Wenn dieses Wunder einer halben Bevölkerung gelungen ist, dann gelingt es uns auch mit der ganzen Bevölkerung, gemeinsam und solidarisch die soziale Gleichbehandlung und die soziale Gerechtigkeit in unserem gar nicht so schlechten Staat wieder herzustellen! Wir müssen uns nur einig sein, mutig sein, und wir dürfen nicht aufgeben. Wir müssen uns auf der Montagsdemo treffen!

Gudrun Binder

Der gesenkte Anstieg der Unentspannung

Die Statistik der Bundesregierung wurde diesmal bereits im laufendem Monat veröffentlicht und von Herrn Minister Clement gefeiert. Die Zahl der Arbeitslosen liegt unter fünf Millionen, aber laut Herrn Wiese ist keine Entspannung feststellbar.

Wir erinnern uns: Im Dezember 1998 sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Wenn wir die Arbeitslosenquote nicht spürbar senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden." – Im November 1998 waren 3,947 Millionen Menschen arbeitslos.

Rechnen wir die Sozialhilfeempfänger mit 660.000 (Quelle Seite 5: Arbeitslosigkeit erhöhende Faktoren per 2003, die letzte aktuelle Zahl; umgerechnet auf 2005 wären es 300.000 Köpfe) hinzu, somit 4,607 Millionen arbeitslose Menschen. Heute, das heißt per 15. März 2005, sind es 4,967 Millionen! Fazit: Der Kanzler hat es nicht verdient, wiedergewählt zu werden!

Die Zahl der in „Zusatzjobs", ein neuer Name für „Arbeitsgelegenheiten", Tätigen wurde mit 121.000 angegeben. In der Fußnote zu dieser Zahl steht: „Voraussichtlich sind mehrere Tausend Personen nicht erfasst, sodass die tatsächliche Zahl der mit Arbeitsgelegenheiten beschäftigten Menschen noch deutlich höher sein dürfte". Die Fußnote wurde somit noch nicht auf den neuen Sprachgebrauch umgestellt. Dies ist keine Hochrechnung unserer Wirtschaftsweisen, dies ist die Aussage der amtlichen Statistik! So ist kein Staat zu machen!

Im *Vormonat*, per 15. März 2005, wurde die Zahl der *Arbeitsgelegenheiten* an dieser Textstelle mit 114.200 Personen angegeben, und auch im Tabellenanhang unter der Position „Arbeitsgelegenheiten" mit 114.167 übereinstimmend wiedergegeben. *Dieser Monat* differiert: 121.00 im Text, 85.000 in der Statistik, die jetzt per 15. Februar 69.334 Arbeitsgelegenheiten ausweist, eine Reduzierung von rund 44.800 Köpfen. Fazit: Wir haben keine „bessere" Statistik! Diese Statistik ist

nicht nur durch fehlende Grundlagen, sondern auch in der Plausibilität der Aussagen *falsch!*

Wir erinnern uns: Im letzten Monat wurde die Angabe für „Nichtarbeitslose Leistungsempfänger § 428 SGB III (58er-Regelung)“ in der Statistik geändert, per 15. Februar 2005 um 167.000 Köpfe vermindert. Da ist es auch nicht hilfreich, wenn die Bundesagentur für Arbeit auf die Vorläufigkeit der Zahlen hingewiesen hat, denn dieses Mal sind wieder die gleichen Fehlermöglichkeiten aufgezählt.

Wir haben nur noch 26,2 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland. *Arbeitssuchend* sind 6.672.991 Menschen, *arbeitslos* 4.967.000. Zählt man 1.940.000 erwerbsfähige Hilfeempfänger (Menschen in Arbeitsgelegenheiten, bei Schulbesuch, Qualifizierung, Betreuung von Kindern unter drei Jahren, ab 58 Jahre und unterschriebener Regelung, bei ALG II als ergänzender Leistung) hinzu, kommt man auf 6.907.000 Menschen. Wahrlich keine Erfolgszahl!

Die Zahl der ausschließlich *geringfügig entlohnten* Beschäftigten ist erneut gestiegen: auf geschätzte 4,73 Millionen. Doch wer hat ein Interesse an ehrlichen und objektiven Zahlen? Die Bundesagentur für Arbeit schreibt dazu: „Bisher erfolgen nur von wenigen optierenden Kommunen Lieferungen von Einzeldaten über Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II, die für Auswertungen verwendet werden konnten. Die Einführung funktionierender Lieferprozesse wird auch in den nächsten Monaten nur schrittweise umgesetzt werden können. Gleichwohl haben die ersten Erfahrungen gezeigt, dass der Weg zu einer Arbeitsmarktstatistik auf Basis von Daten aus verschiedenen Quellen insgesamt praktikabel ist. Die fehlenden Daten zur Arbeitslosigkeit sind nur ein Übergangsphänomen.“ Es gibt demnach auch in den nächsten Monaten keine ehrliche Statistik!

Hans-Dieter Binder

Schluss mit dem Rentenklau!

Gestern, am 1. Mai, gingen laut DGB in Deutschland über 530.000 Menschen auf die Straße, und weltweit waren es viele Millionen. Überall hat es das Volk satt, dass eine Handvoll multinationaler Konzerne sich die Taschen vollstopft, während die Menschen hungern, in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben werden!

SPD-Müntefering will mit seiner „Kapitalismus-Kritik“ die Notbremse ziehen, aber nicht gegenüber der weiteren Zerschlagung sozialer Systeme oder der ungebremsten Ausbeutung, sondern um die weitere Erosion seiner Partei aufzuhal-

ten! Drei Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist es der letzte verzweifelte Versuch, die eigene Basis zu mobilisieren, denn selbst bei den meisten SPD-Mitgliedern hat diese Bundesregierung jegliches Ansehen verspielt!

Ob ihm das gelingt, ist allerdings mehr zweifelhaft. Wer glaubt ihm denn? Es sind natürlich starke Worte, Kapitalisten mit der biblischen Plage der Heuschrecken, die alles kurz und klein fressen, zu vergleichen. Aber wo bleiben die Taten? Wer hindert die regierende SPD daran, Hartz I bis IV und die Gesundheits- oder Rentenreform wieder zurückzunehmen?

FDP-Westerwelle hat die Zeichen der Zeit wohl noch nicht ganz erkannt, wenn er uns erklärt: „Die eigentliche Plage sind nicht die ‚Heuschrecken-Unternehmer', sondern die Gewerkschaften", denen er unterstellt, „mehr Arbeitsplätze zu vernichten als die Deutsche Bank". Für den Fall eines Wahlsiegs kündigt er an: „Wir werden das starre Tarifsystem aufbrechen". Und die Obergrüne Eckard beeilt sich schnell, ihm beizustimmen: „Die Unternehmer sind keine Heuschrecken". Ich glaube, diese Herrschaften täuschen sich gewaltig!

Sie täuschen sich, wenn sie meinen wie Müntefering, wir würden uns durch hohle Sprüche beeindrucken lassen, oder wie Westerwelle, wir würden kampflos den Angriff auf unsere Lebensgrundlagen hinnehmen und der Zerschlagung der Gewerkschaften zusehen! Ich denke, wir sind gut beraten, weiter auf die eigene Kraft zu vertrauen und den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze und die ganze Agenda 2010 zu verstärken!

Früher waren Demonstrationen mehr Sache der Jungen. Heute gehen so viele Rentner auf die Straße wie noch nie, und das hat seinen guten Grund: Seit 1989 ist das Rentenniveau in Deutschland um 30 Prozent gesunken! Die Hälfte der Rentner hat inzwischen weniger als 1000 Euro, bei Rentnerinnen liegt sie im Durchschnitt unter 650 Euro!

Zum zweiten Mal hintereinander hat die Bundesregierung eine sogenannte „Nullrunde" beschlossen, in Wirklichkeit eine Minusrunde! Allein durch den sogenannten „Nachhaltigkeitsfaktor" – es werden immer neue Ausdrücke erfunden, die kein Mensch verstehen soll – wird die Rente jährlich um 0,38 Prozent gekürzt wegen der steigenden Massenarbeitslosigkeit und nochmals um 1,5 Prozent wegen der Inflation!

Ein Beispiel aus einer Studie der Dresdner Bank: Ein Arbeiter, der mit 65 in Rente geht und 40 Jahre eingezahlt hat, erhält bei einem letzten Bruttolohn von

2000 Euro nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung eine Rente von 775 Euro. Nach 10 Jahren schrumpft diese nach heutigen Gesetzen auf 629 Euro. Einbezahlt hat er in seinen 40 Berufsjahren über 187.000 Euro! Wie alt soll er eigentlich werden, um seine eingezahlten Beiträge noch ausgeben zu können?

Die ganzen Rentenreformen der letzten Jahrzehnte sind nichts anderes als Diebstahl, Raub, Betrug! Welche Verachtung die Bundesregierung Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, entgegenbringt, zeigt ihr Rentenexperte Prof. Dr. Raffelhüschen, als er kürzlich vor geladenen Gästen erklärt hat: „Die Rentner haben kein Problem, sie *sind* das Problem“, und: „Sie müssen länger arbeiten, und dafür kriegen sie weniger Rente“!

Der Kampf der Arbeiter und Rentner muss sich gegen das ganze Krisenprogramm richten und die Konzerne als Verursacher von Massenarbeitslosigkeit und Rentenklau ins Visier nehmen! Wir sollten daher fordern: Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Unternehmen! Besteuerung entsprechend ihrem Umsatz! Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen bei vollem Rentenausgleich! Festsetzung einer stattlichen Mindestrente unabhängig von der persönlichen Berufstätigkeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Für so ein „Affentheater“ will CDU-Perschau keine Arbeitsplätze schaffen

Bei schönem Wetter begann unsere 36. Montagsdemo-Kundgebung in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Ungefähr 50 Teilnehmer fanden sich heute nach einem guten 1. Mai ein. Im nahen Café wurden auch Ex-Senator Perschau und sein junger Parteifreund Röwekamp (Innensenator) ausgemacht. Trotz Aufforderung nahmen sie aber nicht an der Montagsdemo teil, sondern konterten nur abgehoben: „Für so ein Affentheater schaffen wir keine Arbeitsplätze!“, als ein Regenschauer sie aus ihrer Kaffeeruhe vertrieb.

Am Offenen Mikrofon befassten sich mehrere Beiträge mit der Situation der *Rentner* und den Rentenbetrügereien der Bundesregierung. Die Rechenexempel in den Begründungen für diese oder jene Änderung gleichen Taschenspielertricks, die wohl bewusst unters Volk gestreut werden, um die Rentner zu desorientieren.

In einem persönlich gehaltenen Beitrag zeichnete eine Betroffene ihr Leben nach, das mit Flucht und Vertreibung begonnen und mit schwerer Arbeit bis zur Rente weitergeführt hatte. Nun wird sie um ihre Ruhe gebracht durch einen neu-

en Raubzug zugunsten weiterer Umverteilung bei Vernachlässigung wichtiger sozialer Aufgaben durch die Gesetzgebung dieser Regierung.

Ein anderer Beitrag nahm erneut die amtliche *Statistik* aufs Korn: Fast jede Zahl, die aktuell in dem Rechenwerk auftaucht, wird in die Vormonate hinein nachträglich *gefälscht*. Anders kann man die kommentarlosen Korrekturen an der Statistik nicht bezeichnen! Eine Arbeitslosenzahl unter fünf Millionen wird bereits als „Erfolg“ gefeiert: Besser könnte sich eigentlich keine Regierung den Entlassungsschein selbst ausstellen!

Mit der verlogenen *Kapitalismus-Kritik* von Müntefering und anderen SPD-Größen hatten wir keine Lust, uns weiter zu beschäftigen. Am *14. Mai* in *Gelsenkirchen* werden wir der Regierungspolitik bei der *Großdemo „Jung und alt gegen Hartz IV“* schon unsere Meinung sagen!

Der letzte Beitrag vor dem Gewitterschauer schilderte die Fortsetzung der Erfahrungen einer alleinerziehenden Mutter von zwei Kindern mit *Stromabstellen* ohne Vorwarnung. Die Recherchen bei der Bremer Arbeitsgemeinschaft hatten ergeben, dass die übernommene Verpflichtung durch das Sozialamt bei der swb bereits im Januar bezahlt worden war, aber zwischen Januar und Mai war die eon-Tochter swb nicht in der Lage, einen sauberen Kontenabgleich herzustellen!

Genau wie bei den Banken verdienen die Energieversorger am besten mit fremden Geld. Auf die Forderung der Rückzahlung der *unrechtmäßigen Eintreibung* wollten die swb-Sachbearbeiter mit einer üblichen Rückzahlungsfrist von sechs bis acht Wochen antworten oder der Verrechnung mit zukünftigen Abschlagszahlungen. Aber das nimmt nicht einmal die Bagis hin! Diese will das Geld sofort einziehen und an die Betroffene auszahlen.

Der Gewitterschauer löste unsere Kundgebung leider auf. Wir verzichteten auf die Demo und besuchten zum Teil eine Veranstaltung über das „*Memorandum 2005*“ zur „*alternativen Wirtschaftspolitik*“. Der Bericht von Prof. Rudolf Hickel und Dr. Axel Troost setzte sich mit den neuesten Entwicklungen des „Turbo-Kapitalismus“ auseinander: In immer kürzeren Zeiträumen werden brüchige Kapitalstrukturen von hochkapitalisierten Fonds heimgesucht, filetiert und ausgeschlachtet. Der Profit in kürzester Realisierungszeit ist einziger Maßstab.

Beide erläuterten, dass in Deutschland nur eine Richtung, die des *Neoliberalismus*, „angebetet“ werde; andere Denkmodelle sind verpönt. Das sei selbst in den USA weitgehend anders, dort werde unter Wirtschaftswissenschaftlern kontrovers diskutiert. So sei auch die Tatsache, dass Deutschland ökonomisches Schlusslicht in Europa ist, genau dieser hilflosen Theorieanbetung und Politik geschuldet. Ob in Bremen oder in Deutschland: Was man nur falsch machen könne, werde falsch gemacht.

Die beiden lieferten gute Analysen und waren bereit zur Aufklärung, doch da sie ihr Heil am Krankenbett des Kapitalismus sahen, fiel ihnen nur der Weg einer umfassenden *reformistischen Mitbestimmung* als Lösung der Krise ein. Bei der Frage des Sozialismus verglichen sie leider nur den heutigen Kapitalismus mit der verknöcherten *Kommandowirtschaft* der DDR.

In ihrem Denken sind beide Wissenschaftler weit entfernt vom Denken der Massen und ihrer Fähigkeit, zu erfassen, dass *Sozialismus* mehr ist als eine „modifizierte kapitalistische Wirtschaftsordnung“, von der Frage, was Vorbereitung der Revolution auf der ganzen Welt heißt, ganz zu schweigen! Insofern verließen die Besucher des Vortrags den Abend unbefriedigt. Zusammenschließen und zusammenraufen müssen wir uns als Menschen auf der praktischen Ebene im Betrieb und in der Politik selbst.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Ist „Attac“ nur eine Werbeagentur aus Verden an der Aller?

Das Buch „Mythos Attac“ von Jörg Bergstedt und anderen (Frankfurt/Main: Brandes & Apsel 2004, 200 Seiten, 14,90 Euro) kann empfohlen werden für jeden, der sich ein eigenes Bild von Attac verschaffen will. Dazu liefert es genug Material, und man muss nicht der persönlichen Meinung des Autors folgen, der jede feste oder einheitliche Organisationsform ablehnt und für sich nur offene Bewegungen von „unten“ gelten lässt.

Dargestellt wird die Geschichte von Attac vor allem in Deutschland, wo eine Gruppe geschickter Jungmanager in Verbindung mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und vor allem mit Hilfe einer gigantischen Medienkampagne die Fäden einer rasant wachsenden Bewegung in die Hand bekamen und bis heute festhalten. Im Zentrum dieser Führungsclique stand und steht der Verein „Share e.V.“ in Verden, der aus der Umweltbewegung hervorging, aber dann mehr oder weniger zu einer kommerziellen Werbeagentur wurde. Dazu heißt es auf Seite 146 des Buches: „Bis heute hält Share e.V. alle Konten von Attac, stellt die Hauptamtlichen ein und ist die formale Basis – ohne Kontrollmöglichkeiten durch die Basis von Attac.“ Interessant sind auch Biografien wichtiger Attac-Führer wie Peter Wahl oder Sven Giegold oder die Enthüllung, dass in der Geschäftsstelle die Geschäftsführerin nahezu das Doppelte von einem Bürosekretär verdient.

Die Ausrichtung von Attac zielt auf die umfassende Vereinnahmung von kämpferischen Bewegungen bei Ausgrenzung von radikalen Kräften. Das wird anschaulich gemacht unter anderem an der Großdemonstration in Berlin am 1. November 2003 und dem anschließenden Treffen in Frankfurt/Main am 17. Januar 2004. Durchgängig wird von der Attac-Führung auf eine Versöhnung mit regierungsnahen Organisationen orientiert und der Kampf gegen die Regierung ausgegrenzt. Weltanschaulich steckt dahinter eine Ausrichtung auf „mehr Staat“ bis hin zur For-

derung einer Weltregierung, ohne dass da der kapitalistische Charakter des Staates in Frage gestellt würde.

„Das Buch will zum Streit anregen“, schreiben die Autoren im Vorwort, und dazu ist es auch geeignet. Teilweise muss über die Positionen des Buches selbst gestritten werden, das auch antikommunistischen Vorbehalten erliegt. Aber vor allem liefert es Material im Streit mit blinden Verfechtern von Attac. Ein Medienprojekt, das kämpferische Bewegungen im Interesse der herrschenden Sozialdemokratie kanalisieren soll, kann auch mit Hilfe dieses Buches entzaubert werden.

„Rote Fahne“, Heft 18/2005, Seite 24

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

37. Bremer Montagsdemo am 09. 05. 2005

Sind wir nicht anständig genug?

Der SPD-Chef sagt: „Sie können sich auch weiter darauf verlassen, dass die Sozialdemokraten die Anständigen unterstützen! Wir sind die Schutzmacht der anständigen Leute, ob das nun Unternehmer oder Arbeitnehmer sind!“

Hören denn diese „Wahllügen“ nie mehr auf? Das Abzocken, das Bestehlen nach Raubritterart, die Erpressungen in den Betrieben, die Ausbeutung der Menschen, die Null- und Minusrunden, das Gläsernmachen der Menschen mit Stasi-Methoden: Meinen Sie *das* mit „Unterstützung“, Herr Müntefering?

Wir Rentner, Arbeitslose, Blinde, Behinderte, Kranke, Jugendliche, Arbeiter, Familien, Kinder, Mittelständler: Sind wir alle nicht anständig genug? Weiter auf Ihre „Unterstützung“ zu hoffen, Herr Müntefering, das ist doch ein Hohn! Merken Sie nicht, wen Sie jahrelang unterstützt haben?

Unten spüren wir nur den „Abschwung“, wir sehen ihn alle in unserem Geldbeutel. Kürzungen, Zuzahlungen, Bestrafungen überall, ist das „Unterstützung“? Tatsächlich gibt es Unterstützung nur für „die da oben“! Das müssen wohl die „anständigen“ Leute sein!

Nein, wir haben es nicht verdient, „Honig ums Maul“ geschmiert zu bekommen, Herr Müntefering, der schmeckt uns auch nicht!

Ursula Gatzke (parteilos)

Heuschrecken können gut musizieren

Durch elegante Sprünge entziehen sie sich immer dem Ergreifen: Wird ein Schwarm von „Heuschrecken“ in Gestalt von gierigen Kapitalisten ausgemacht und ein bisschen kritisiert, bricht gleich Deutschland Republik zusammen!

Doch wie ist es mit den Politikern und Politikerinnen, die wie ein „Heuschreckenschwarm“ über uns, die Armen und Ärmsten der Nation, herfallen? Wie bei der Gesundheitsreform fressen sie unser Geld auf, sodass wir, „die da unten“, uns kaum noch etwas leisten können. Fürs Leben bleibt immer weniger!

Diese Regierungsverantwortlichen und alle sie unterstützenden sogenannten „Oppositionsparteien“, sind fest in den von ihnen genannten „Heuschreckenschwarm“ einzuordnen! Und nur ein gemeinsamer, von allen Betroffenen geführter Kampf kann wirksamer „Stoff“ gegen diese „Plage“ sein!

In diesen Tagen gedenken wir der Befreiung vom Faschismus, doch so viel Heuchelei wie gestern und heute in den Reden habe ich selten gehört: Der Begriff „Befreiung vom Faschismus“ wurde nur schweren Herzens erwähnt!

Besonders tat sich wieder Innenminister Schily hervor, der meinte: „Es ist eine Schande, dass es eine Partei wie die NPD gibt, die mit nationalsozialistischem Gedankengut und Symbolen auftritt, die an die Nazis erinnern!“

Ausgerechnet Schily, der es in der Hand hätte, dafür zu sorgen, dass der gesamte braune Spuk verschwindet! Schily, der den Verfassungsschutz in diesen Organisationen haben wollte und sie anschließend nicht mehr verbieten konnte! Was für eine Heuchelei!

Hermann Siemering (Verdi)

Montagsdemo-Bewegung totschweigen, „Revolutionär“ Schiller bejubeln

Mit dem heutigen 200-jährigen Todestag von Friedrich Schiller beginnt in Deutschland das Schillerjahr mit über das ganze Jahr verteilten Feiern auf allen kulturellen Ebenen.

Ich möchte aus diesem Anlass an Schillers freiheitsliebenden, leicht anarchischen Geist erinnern, der sich in seinen berühmten Theaterstücken – „Die Räuber“, „Kabale und Liebe“, „Wilhelm Teil“, „Maria Stuart“, „Wallenstein“, „Don Carlos“ oder „Die Jungfrau von Orleans“ – manifestiert.

Schiller befasste sich mit für seine Zeit utopischen Themen. Durch eine Verherrlichung der Freiheit des Geistes übte er in seinem Werk permanente Kritik am

angeblich „gottgewollten“, damals selbstverständlichen Feudalsystem. Wörtlich forderte er die Deutschen auf, sich ihres Verstandes „mit Kühnheit“ zu bedienen!

Was tun wir auf der Montagsdemo eigentlich anderes, als diesem schillerschen Vermächtnis zu folgen? Wir benötigen kein Gedenkjahr mit ständigen Feiern zu seinen Ehren, auf denen hohle theoretische Beweihräucherung ohne Bezug zur Gegenwart stattfindet! Wir feiern Schiller wöchentlich, indem wir im Sinne seiner Botschaft handeln!

Marietta (parteilos)

Millionen haben eine Rechnung offen

Ich arbeite zur Zeit in Gröpelingen in einem Altenpflegeheim. Als ich 1992 mein Examen machte, konnten wir Krankenpflegeschüler uns die Stellen für eine Festanstellung noch aussuchen. Heute gibt es das nicht mehr: Überall wird gestrichen und gespart!

Es werden Betten und Personal abgebaut, ganze Abteilungen, Stationen, sogar Kliniken geschlossen. Dazu findet in großem Stil die Privatisierung des Gesundheits- und Pflegesystems statt. Die Propagandisten und Erfüllungsgehilfen in Politik und Massenmedien werden nicht müde, uns weiszumachen, dass sich eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen ereignet habe und deshalb diese rigorosen Kürzungen und Sparmaßnahmen nötig seien!

In der Realität sieht die Sache anders aus: Die kommunalen und staatlichen Ausgaben für Krankenhäuser sind *seit Jahren* nicht mehr gestiegen. Zugenommen hat nur der Kapitalhunger der Pharmakonzerne, der Medizingerätehersteller und nicht zuletzt der wachsenden Zahl privater Klinikunternehmen!

Ein Beispiel ist Fresenius, mittlerweile ein Gesundheitsmonopol, das Krankenhäuser betreibt und größter internationaler Blutreinigungsanbieter ist. Im Jahr 2000 versorgte dieser Konzern bereits neun Prozent aller Dialysepatienten weltweit und machte damit einen Umsatz von fünf Milliarden Euro!

Hinter einer Nebelwand ist die Entwicklungsrichtung klar: Alles, womit Maximalprofit zu erwirtschaften ist, gerät ins Visier internationaler Konzerne, auch die öffentlichen, gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen, so das Gesundheitswesen, der Altenpflegebereich, Kinderbetreuungs- und Jugendeinrichtungen. Der

Staat als Dienstleister der Monopole gibt diese Bereiche bereitwillig her zur Ausplünderung durch „Heuschrecken“!

Die Folgen treten immer deutlicher zutage: Durch Kommerzialisierung von Gesundheitswesen und Pflegebereich verschlechtert sich umfassend die Versorgung der Masse der Menschen, während sich bald nur noch eine kleine Minderheit die teuren privaten Angebote wird leisten können. Für uns Beschäftigte wirkt sich die Privatisierung als steigende Arbeitshetze, Stellenabbau, Lohnraub und totale Flexibilisierung der Arbeitszeiten aus!

Doch dagegen regt sich Widerstand: Tausende Ärzte von Uni-Kliniken protestierten vergangene Woche gegen Überlastung, Ausdehnung ihrer Arbeitszeiten und andere unzumutbare Bedingungen, die Leben und Gesundheit der Patienten gefährden. Nach dem Streik der Kollegen der Heines-Klinik kämpfen jetzt Mitarbeiter des Klinikums Bremen-Ost gegen Zerschlagungspläne des Senats!

Der Widerstand gegen die ganze kapitalistische Politik und dieses System, das über Leichen geht, muss immer besser koordiniert und organisiert werden, am besten natürlich in der Montagsdemo als einer machtvollen Bewegung der Massen gegen die asoziale Politik dieser Regierung und jeder anderen, die solche Ziele weiterverfolgt. Millionen haben eine Rechnung offen: Einmal werden wir sie den Herrschenden präsentieren!

Matthias Feilke

Das Licht geht aus! (III)

Heute bei unserer 37. Montagsdemo in Bremen standen wir zum ersten Mal richtig im Regen. Der Marktplatz war durch den Aufbau eines Weinfestes belegt, unter den engen Rathausarkaden gefiel es uns nicht. Deshalb marschierten wir unter Schirmen mit unseren circa dreißig Teilnehmern kurz entschlossen los auf unserer Demoroute Richtung Hauptbahnhof.

Wir machten uns dann unter den Arkaden des Kundencenters der swb breit, vor dem „Energiecafe“, weil wir der swb die Meinung sagen wollten. Wie aus eigenen Erfahrungen bekannt und nun auch im Leitartikel der Werbungszeitung „Weser-Report“ kundgetan, sind die swb, ehemals Stadtwerke, als eon-Tochter nicht mehr zimperlich mit dem Stromabschalten. Die swb reagierte auch prompt und schaltete uns unter dem düsteren Bogengang das ohnehin sparsame Licht aus. Kleinkarierter geht es kaum! Das

hinderte uns aber nicht, gegen diese asoziale Politik der Energieversorgungsmonopole und des trostlosen Bremer Senats Front zu machen!

Ein weiteres Thema war die Entwicklung auf dem Gesundheitssektor. Die Lage von Patienten und Beschäftigten wird immer unzumutbarer. Aber der Zorn wächst, Proteste und Streiks nehmen zu, zuletzt jener der Uni-Ärzte. Das wird weitergehen! Stärken wir alle, sich immer entschiedener gegen Regierung und Pharmakonzerne zusammenzuschließen!

Die „Heuschreckenschwärme“ und die Lage der Rentner waren natürlich wieder Thema. Spitze: ein skurriler Beitrag zur Situation der Ein-Euro-Jobber. Auch der wöchentliche Bericht über ergangene Urteile, die in der Regel Regierung und Verwaltung schlecht aussehen lassen, zeigte: Wehren, sich nichts gefallen lassen, ist allererste Aufgabe. Aber nicht jeder weiß von solchen Urteilen, die Betroffene stärken. Wo immer wir sie antreffen, wir müssen alle auffordern, weiterzumachen mit unserem Protest, bis Schröder und sein ganzer Stall, oder auch Merkel-Stoiber-Westerwelle, weg sind. Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Feiern wie Schumi

Auch abseits der Montagsdemo ereignet sich große Politik auf dem Bremer Marktplatz, beispielsweise zur Eröffnung der als „vorrangig“ eingestuften „Deutschen Weinwoche“.

In Bestlaune wie Schumi auf dem Treppchen, im Beisein der Weinprinzessin – und selbst bei der späteren Vernehmung durch die Polizei mit halbvollem Glas in der Hand – verteilte Peter Gloystein (CDU), bis zu diesem Augenblick noch zweiter Bürgermeister, Wirtschafts- und Kultursenator, Schampus für alle aus der Magnum-Flasche („Radio Bremen“).

Es war allerdings nicht Mika Häkkinen oder Rubens Barrichello, dem er den Sekt über den Kopf schüttete, auch kein Montagsdemonstrant, „Vordrängler“ (Gloysteins Presseprecher) oder gar „Störenfried“ (CDU-Chef Neumann), sondern der Obdachlose Uwe Oelschläger, der nach der Flasche gegriffen habe (so eine Zeugin), jedoch den Kopf nicht richtig hob, als Gloystein ihm Sekt in den Mund gießen wollte („Kölnische Rundschau“).

Gloystein habe gesagt: „Hier kriegst du auch etwas“ („Weser-Kurier“). Als Oelschläger infolge der erlittenen Erniedrigung zu weinen begann, wollte Gloystein ihm einen schönen Kugelschreiber anbieten („Spiegel“). Oelschläger habe jedoch Anzeige erstattet: „Ich lasse mich von dem nicht besudeln! Es war wie ein Schlag ins Gesicht. Und dieser Mann hat sich dabei noch gefreut!“ („Bild“)

Karoline Linnert, halboppositionelle Grünen-Fraktionschefin und Hartz-IV-Mitvollstreckerin, fand passende Worte: Gloystein sei seinem Amt „menschlich

und politisch“ nicht gewachsen und müsse zurücktreten. Eine Person, über die man sich geärgert habe, von oben mit Sekt zu begießen, dokumentiere ein „unerträgliches Menschenbild“, darin komme „die Verachtung gegenüber Schwächeren“ auch symbolisch zum Ausdruck („Syker Kreiszeitung“). Danke, Karo!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) nach Presseberichten (s.a. „Stattnetz“)

Zu Pfingsten findet in Bremen keine Montagsdemo statt. Wir rufen auf zur Teilnahme an der Großkundgebung „*Jung und alt: Weg mit Hartz IV!*“ und am *Pfingstjugendtreffen* in Gelsenkirchen! Wir fahren gemeinsam mit Wochenendticket. Treffpunkt: Samstag, *14. Mai*, 6 Uhr HBF.

Kein Gerhard Schröder!

„Wollt ihr Herrn Schröder?“ – „Nein!“ – Kein Gerhard Schröder! Wir wollen keinen Herrn Schröder! Kein Gerhard Schröder! Wir wollen keinen Herrn Schröder!

Kein Joschka Fischer! Wir wollen keinen Herrn Fischer! Kein Joschka Fischer! Wir wollen keinen Herrn Fischer!

Keine Frau Merkel! Wir wollen keine Frau Merkel! Keine Frau Merkel! Wir wollen keine Frau Merkel!

Kein Westerwelle! Wir wollen kein Westerwelle! Kein Westerwelle! Wir wollen kein Westerwelle!

Auch keinen Stoiber! Wir wollen auch keinen Stoiber! Auch keinen Stoiber! Wir wollen auch keinen Stoiber!

Und keinen Henning! Gottes Willen, bloß kein Henning! Nie wieder Henning! Gottes Willen, bloß kein Henning! – „Neue Politiker braucht das Land!“

Montagsdemo Gelsenkirchen („Guantanamera“)

Jung und alt: Weg mit Hartz IV!

Als wir am 3. Oktober 2004 mit 25.000 Menschen in Berlin demonstrierten, da mussten wir uns eines Abgesangs auf unsere junge Montagsdemo-Bewegung erwehren. Wir alle waren aber schon damals sicher: Wir werden den längeren Atem haben!

Wir waren davon überzeugt: Die Arbeitslosigkeit kann man nicht bekämpfen, indem man die Arbeitslosen in die Armut schickt und die Reichen immer reicher macht! Wir waren uns auch bewusst, die Montagsdemos waren keine Spätsommerlaune, sondern die bitter ernste Volksmeinung: Hartz IV muss weg!

Deshalb waren wir in der Lage, ein unumstößliches Signal zu geben: Wehrt euch! Lasst nicht zu, dass man all die sozialen Errungenschaften wie Ballast wegwirft, für die eure Väter und Mütter gekämpft haben, nur weil eine Schar gieriger Aktienschieber ihren Hals nicht voll kriegt! Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Vierzig Mal bei Wind und Wetter, betrogen durch regierungsamtliche Verlautbarungen, weitgehend missachtet durch die bürgerlichen Medien, bespitzelt und verleumdet von den bundesdeutschen Geheimdiensten, belächelt von einem Chor Opportunisten, die immer noch hoffen, die große Welle der Zerschlagung sozialer Rechte mit ein paar lächerlichen Nachbesserungen aufhalten zu können, hat diese Bewegung gelernt, gegen den Strom der staatstragenden Meinung zu schwimmen und sich dabei ein ums andere Mal die Herzen der einfachen Menschen erobert!

„Die machen es richtig! Eigentlich müssten wir doch alle auf die Straße!“: Das waren nur einige der wohlwollenden Kommentare, die wir immer wieder auf den Straßen empfingen. Klar mussten wir auch gegen die eigene Ungeduld angehen: „Was muss denn noch passieren, dass mehr kommen und mitdemonstrieren?“. Wir mussten immer wieder begreiflich machen: Wer seinen Glauben an die Masse der einfachen Menschen verliert, kann nicht gewinnen!

Die Bewegung ist heute kämpferisch, zielbewusst und unbeirrbar. Ihre Vielfalt schöpft sie aus ihrer wirklichen Überparteilichkeit: Sie wird von keiner der bundesdeutschen Großorganisationen dominiert. Sie ist eine selbständige und demokratisch organisierte Bewegung aus Betroffenen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, aus klassenbewussten Arbeitern und Gewerkschaftern, aus kämpferischen Frauen und Jugendlichen, die für ihre Zukunft kämpfen!

Ihre große Zukunft hat die Bewegung längst bewiesen, weil sie nicht dem Auf und Ab, sondern einem großen Ziel folgt: Die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und alles Notwendige dafür durchzukämpfen! Vielen hat dabei in den letzten Monaten gedämmert: Das geht nur, wenn auch die Gesellschaft sich ändert!

Wahrlich ein gefährlicher Gedanke, den Müntefering leichtfertig aufgriff, um ihm die Spitze zu nehmen! Längst ist die SPD dem nicht mehr gewachsen, was da alles am Kapitalismus kritisiert wird. Eine Gesellschaft, in der das Bruttosozialprodukt Jahr für Jahr wächst und im gleichen Umfang die Armut explodiert – ein

Widersinn, der beantwortet werden will und den die Montagsdemonstranten auch gewillt sind zu beantworten!

Die Herrschenden haben nicht damit gerechnet, dass wir solange durchhalten, bis schwarz auf weiß bewiesen ist: Hartz IV ist ein Betrug am Volk, eine Gaunerei und soziale Unverfrorenheit, die schleunigst vom Tisch muss! Die Regierung muss wissen, dass sie ihre Quittung für ihren Betrug bekommen wird!

Ich wünsche uns allen eine streitbare Zukunft und einen kämpferischen Zusammenhalt zur Verwirklichung unserer Vision für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Diese kann meines Erachtens nur in der Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft liegen!

Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, am 14. Mai 2005 in Gelsenkirchen

Über 5000 demonstrieren in Gelsenkirchen gegen Hartz IV

Bunt, kämpferisch, lebendig, mit auffallend vielen einfallsreichen Transparenten, mit Liedern und Parolen zogen heute rund 5.000 Teilnehmer der zweiten unabhängigen und überparteilichen bundesweiten Demonstration gegen den menschenverachtenden sozialen Kahlschlag der Regierung durch Gelsenkirchen. Menschen an Fenstern in den Wohngebieten bekundeten ihre Sympathie und winkten den Demonstranten zu. Passanten in den Einkaufsstraßen blieben stehen, weil sie merkten: Hier geht es um etwas, was uns alle betrifft!

Es wurde deutlich, wie verbreitet und aktiv die Montagsbewegung ist. So waren Teilnehmer aus Berlin, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Eisenach, Hagen, Ludwigshafen, München, Saarbrücken, Schwäbisch Gmünd, Stuttgart, Wuppertal angereist. Zwei Demonstrationszüge starteten vom Bahnhofsplatz und dem Musiktheater. Als sie sich in der Stadtmitte trafen, gab es begeistertes „Hallo“ bei den Beteiligten.

Die ganze Breite der Anti-Hartz-Bewegung, einschließlich Vertretern linker Parteien, die Hartz IV ablehnen, spiegelte sich bei der Abschlusskundgebung auf dem Heinrich-König-Platz wieder. Besonders hervorheben darf man das gemeinsame Auftreten linker Parteien mit Vertretern der Kirche, das vielerorts noch nicht möglich ist. Doch in Gelsenkirchen zeigte sich, dass der Weg zum Ziel „Weg mit

Hartz IV ohne Wenn und Aber“ den ungebrochene Willen der Montagsbewegung klar zum Ausdruck bringt!

Der gemeinsame Auftritt von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Jugendverbänden, Migranten und Überparteilichen unterstrich diesen Kampfeswillen der Montagsdemonstrationen und das Misstrauen gegenüber der rot-grünen Regierung. Gerade vor den anstehenden Landtagswahlen war es wichtig, in Nordrhein-Westfalen ein Zeichen zu setzen und der herrschenden Politik zu zeigen, dass all die Bemühungen ihres Medienboykotts nichts geholfen haben! Die Montagsdemonstrationen sind weiterhin präsent und leisten Widerstand gegen die sozialfeindliche Politik in diesem Land!

Moderator *Karl-Heinz Strohmeier* vermeldete, dass einem WDR-Reporter von der Polizei morgens noch gesagt worden war, es lohne sich nicht, über die Demonstration zu berichten, da nur mit fünfzig Teilnehmern zu rechnen sei. Da hatten sich die Behörden glatt um zwei Nullen verschätzt, um nicht durch Medienberichte auf die Demo aufmerksam machen; jedoch mit wenig Erfolg, wie man sah!

Gerd Labatzki, Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörperleiter bei Küppersbusch und Stadtverordneter des überparteilichen Wahlbündnisses AUF, verwahrte sich auch im Namen seiner Kollegen dagegen, dass die Gewerkschaften durch irgendeine Partei vereinnahmt werden und aus parteipolitischen Gründen die gegenwärtige Regierung verschonen.

Fred Schirrmacher, Sprecher der bundesweiten Koordinierung der Montagsdemobewegung und ehemaliger Bürgerrechtler in der DDR, erinnerte an die Montagsdemonstrationen, die 1989 dazu führten, dass das dortige System, „das sich Sozialismus nannte, obwohl es keiner war“, hinweggefegt wurde.

Ralf Hermann, Gelsenkirchener Montagsdemonstrant und Landtagskandidat der WASG, berichtete, dass noch vor kurzem SPD-Chef Müntefering an der gleichen Stelle gerade mal fünfzig Teilnehmer zu einer Wahlkampf-Kundgebung auf die Beine brachte. Stolz sagte er: „Und hier sind jetzt Tausende!“

Moderatorin *Monika Gärtner-Engel* machte den Skandal bekannt, dass das Ordnungsamt der Stadt Gelsenkirchen am Freitag sämtliche Wahlplakate der WASG abhängen ließ, auf denen sie für die bundesweite Demo und das Pfingstjugendtreffen warben. Sie rief aus: „Wir lassen das nicht zu und werden in Gelsenkirchen dafür sorgen, dass diese Schikane und Zensur in der ganzen Stadt bekannt wird!“

Opelaner aus Bochum dankten in einem gemeinsamen Beitrag stellvertretend für ihre Kollegen für den Einsatz und die Solidarität der Montagsdemonstranten während des selbständigen Streiks im Oktober 2004. Der ehemalige Betriebsrats-Vorsitzende von Opel Bochum, *Peter Jaszczyk,* erinnerte daran, dass Wirtschaftsminister Clement mit seiner Aufforderung an die Opel-Kollegen während des Streiks, unverzüglich wieder die Arbeit aufzunehmen, gezeigt hat, auf welcher Seite er steht: „Wer sich so verhält, hat es nicht anders verdient, als nächstes Jahr aus den Regierungstempeln verjagt zu werden!“

Nach *Sascha* von der Verdi-Jugend Emscher-Lippe Süd sprachen Martina Stalleicken vom Zentralen Koordinierungsausschuss des 12. Internationalen Pfingstjugendtreffens, *Hans-Udo Schneider,* Sozialpfarrer aus Gladbeck und *Stefan Engel,* Vorsitzender der MLPD, der die Stärke der Montagsdemo-Bewegung auf den Punkt brachte.

Erkan Kilicalp, früheres Grünen-Mitglied und Vertreter der Migrantenbewegung forderte internationale Solidarität und dass „alle gemeinsam für die Zukunft unserer Jugend und Kinder kämpfen". *Gunnar* vom Anti-Hartz-Bündnis NRW machte deutlich: "Unsere Bewegung hat bereits ganz beträchtliche politische Wirkung. Die sogenannte Kapitalismuskritik der SPD ist auch eine Reaktion darauf!"

Ursula Möllenberg, Mitglied der PDS und Vorsitzende der gemeinsamen PDS/AUF-Fraktion im Gelsenkirchener Stadtrat, rief gleich zu Beginn: „Weg mit Hartz IV! Es kann keine andere Forderung geben!". Den Abschluss machte *Sven Neitzel,* christlicher Bürgerrechtler und Schriftsteller aus Schwäbisch Gmünd.

Freudig begrüßt wurden zwischen den Redebeiträgen auch Gäste aus allen Kontinenten. Der frühere Stahlarbeiter und Rocksänger *Mike Stout* heizte mit seinem Song „Hard times are fighting times" kräftig ein. Zum Schluss der Kundgebung hakten sich die Demonstranten ein und sangen gemeinsam die „Anti-Hartz-Hymne". Einigkeit, Solidarität und das Nein zu Hartz IV sind die Botschaft aus Gelsenkirchen!

Bundesweite Montagsdemo, RF-News

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

38. Bremer Montagsdemo am 23. 05. 2005

Wo ist das Sozialamt?

Zahlreiche Montagsdemo-Leute sind vor gut einer Woche zum 12. Internationalen Pfingstjugendtreffen nach Gelsenkirchen gefahren. Einige fuhren bereits am Freitag und übernachteten zum Teil im kalten Zelt: Sie haben Regen und Matsch getrotzt, um schon morgens zum Helfen da zu sein!

Elf Bremer fuhren am Samstag früh mit der Bahn. Wir lernten, dass im Zug ein strenges „Hausrecht“ gilt: Es wurde uns verboten, ein Blatt mit „Reklame“ für das Pfingstjugendtreffen an die Scheibe zu heften!

Gegen zehn Uhr waren wir in Gelsenkirchen und konnten unsere Freunde begrüßen. Mit Musikwagen, Polizeibegleitung und Lautsprecherwägelchen haben wir die Straße zu Hunderten in Beschlag genommen. An einer Kreuzung geschah dann das „Wunderbare“: Ein zweiter Zug mit Verstärkung traf ein, und schließlich waren wir 5.000 Menschen!

Der Zug schien unendlich lang, mit Gegröl, Musik und bunt, es war für die Montagsdemo die beste Stund! Das Ende konnten wir nie sehn, es war ganz einfach wunderschön! Wir marschierten weiter zum Heinrich-König-Platz, dort gab es mit Reden und Singen so richtig Rabatz!

Schließlich haben wir uns an den Händen gefasst und mit großer Freude dabei geschunkelt. Fünftausendfach ging es durch die Köpfe: „Ich bin dabei gewesen!“ – Bloß in den Zeitungen wird man davon wieder kaum etwas lesen.

Nach der Kundgebung fuhren wir zum Nienhauser Park, wo mit zahlreichen Essen- und Getränkeständen, musikalischen Darbietungen und Mitmach-Gelegenheiten für jedermann etwas geboten wurde. Der Bremer Stand hatte Matjes, Bismarck und einen Klaren dabei; ich saß mit Fischbrötchen und einem Pott Kaffee zufrieden auf der Bank.

Punkt 18 Uhr: Wir wussten, dass wir zur Bahn hinmussten. Wir kamen bei der Heimfahrt auf dem Bahnsteig in dichtes Gedränge: Borussia Dortmund und Schalke 04 schubsten uns in die Enge! Im Zug die Frage, ganz beklommen: Sind wir denn alle mitgekommen? Ein paar Personen stiegen aus, Erleichterung: Wir kamen alle gut nach Haus!

Die Stimmung wurde noch mal heiter, ich machte Demo im Zug weiter! Die Fans fanden das alle toll und kriegten ihren Hals nicht voll! Die Sprüche waren aufgebraucht, da fingen wir an zu singen: „Kanzler Schröder, Kanzler Schröder, wir sind hier, wir sind hier! Wo ist das Sozialamt, wo ist das Sozialamt? Führ uns hin, führ uns hin!“

Ursula Gatzke (parteilos)

Sauberkeit statt Armut

Ursache und Wirkung werden oft durcheinandergebracht, besonders gern bei Politikern. Armut und Obdachlosigkeit: Von deren Ursachen wollen die nichts wissen!

Da tun sich immer wieder Christdemokraten hervor: Der eine, Bürgermeister Gloystein, gießt Obdachlosen Sekt von oben herab über den Kopf; der andere, Innensenator Röwekamp, lässt Verdächtigten sogar Brechmittel in den Hals gießen, um an vermutetes Beweismaterial zu gelangen.

Die CDU will nun Marktplatz, Rathausplatz und andere Flächen in der Innenstadt „säubern“, wie am 19. Mai groß im „Weser-Kurier“ zu lesen war. Auch die „Bremer Nachrichten“ gaben sich dann dazu her, Leute zu finden, die in die gleiche Kerbe hauen. Ich meine: Immer erst Ursachen finden und beseitigen ist entscheidend!

Wenn ich an die Geschehnisse aus Bremens CDU denke – den Wanzenstreit oder die Politikerwechsel am laufenden Band, wobei immer mal wieder Neue mit guter Altersversorgung ausgestattet werden, dazu die Alten, wie bei allen Parteien – dann scheint mir Sauberkeit in den Amtsstuben und in der Köpfen der Politiker notwendiger denn je zu sein!

Aus „Unsere Zeit“ zitiere ich Axel Gundrum: „Es schallt ein Ruf wie Donnerhall: Das ist doch nicht gerecht! Auch die Regierung ist empört, im Fernsehn hat man’s auch gehört: Den Reichen geht es schlecht! Doch mangelt’s hier am Gelde nicht, das ist doch nicht die Frage: Schuld sind die Armen, die Sie sehen mit Schildern an der Ecke stehen! Der Reiche ruft: Ich weiß es nicht, wie lang ich das

ertrage! Drum wird die Armut abgeschafft: Haut ab, ihr faulen Hunde, und geht, weil's unabwendbar ist, doch vor der Stadt zugrunde! Das ist nicht Bosheit, die da ruft, und hat es auch den Schein, denn eins ist klar, wie jeder weiß, die Stadt muss sauber sein! Im Steinbruch draußen vor der Stadt wird Armut deponiert und so, wie's heute sich gehört, nach Tauglichkeit sortiert."

Hermann Siemering (Verdi) moderiert auch an diesem Donnerstag um 18:30 Uhr den „Hydepark" im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks"

Rücktritt ist so einfach!

Bundeskanzler Schröder muss sich prüfend umsehen, dabei ist ein Rücktritt so einfach! Selbst ein Fest ist nicht hinderlich. Ärgerlich bleibt, dass das **Weinfest** die Bremer Steuerzahler über 100.000 Euro gekostet hat. Auch in Hildesheim gab es ein Weinfest, leider hat Petrus nicht mitgespielt. Die Winzer klagen, dass ihnen die Kosten zu hoch sind: kaum Umsatz, und dann noch die hohen Gebühren an die Stadt zahlen. Aber Bremen hat sich köstlich amüsiert! Oder nur die circa hundert geladenen Gäste in der oberen Rathaushalle?

Die Zeit läuft, und die Feste fallen: Stabübergabe bei der Bremer Parkhaus GmbH. Auch mit dieser ***Gesellschaft*** wurde die Kontrolle des Parlaments umgangen. 300 geladene Gäste! Übertrieben? Oder Ausdruck der Freude, dass die Unstimmigkeit mit den Krediten unter dem Tisch gekehrt wurde? Die Entscheidung des Kanzlers rückt die Bundestagswahl näher, und wir sollten verstärkt in Bremen für Klarheit sorgen!

Letzte Woche gab es eine SPD-Veranstaltung im Speicher XI zum Thema „**Schule und Kindergarten**" mit Senatorin Karin Röpke, Senator Willi Lemke und SPD-Parteichef Carsten Sieling. Nach langen Ausführungen der Funktionsträger wurden Fragen zugelassen, auch Moderatorin Elke Heyduck hatte welche. Total gefehlt hat eine Einlassung zu der neuen *Gesellschaft,* die Einsparmöglichkeiten im Bildungswesen aufspüren soll. Auch die relativ neue Abteilungsleiterin für die Kitas mit der gleichen Zielrichtung, also Einsparungen für die Kitas, fand mit keinem Wort Erwähnung, obwohl viel mit den finanziellen Möglichkeiten argumentiert wurde, zur Abwehr von Forderungen. Haben diese Senatoren versagt und ihre Ämter nicht im Griff?

Bleiben wir bei den Bremer Ungereimtheiten. Diese Geschichte liegt schon etwas zurück: Bremen besaß Rechte, die es verkauft hat. Von dem vereinnahmten Geld wurden 500.000 Euro schnell an eine **Stiftung** überwiesen, ohne Par-

lamentsbeschluss. Die Zahlungsanweisung wurde von Staatsrat Prof. Dr. Reinhard Hoffmann verantwortet, das Verfahren in der Parlamentssitzung von Herrn Christian Weber beanstandet. Dieser Betrag werde von dem Energieunternehmen zweckgebunden gezahlt, so der Vermerk vom Staatsrat als Begründung der schnellen Zahlung. Aber wer hatte ein Interesse an dieser Zweckgebundenheit? Auf der Nehmerseite der Regierende Bürgermeister Henning Scherf, der in dieser Stiftung tätig ist? Und auf der Geberseite? Warum wird überhaupt eine einschränkende Bedingung als Verkäufer akzeptiert? Und dann erfolgt die Zahlung nicht aufs Haushaltskonto, sondern auf das Konto einer GmbH, natürlich einer der vielen in Senatsbesitz!

An der nächsten Sitzung hat Herr Christian Weber nicht teilgenommen, er war verhindert. Zwischenzeitlich hatte er Grund zum Jubeln: Seit zehn Jahren hat er darauf gewartet und hingearbeitet, nun wird sein **Skulpturengarten** hinter dem Haus der Bürgerschaft Wirklichkeit. Kosten ohne Kunstwerke: 500.000 Euro! Die Arbeiten sind zügig vorangegangen und fast abgeschlossen, während die letzten Teilbeträge erst jetzt den (geänderten) Empfängern in Bremerhaven zur Verfügung stehen. Vorher wurden Änderungsanordnungen des Parlaments befolgt. Hierzu möchte ich gerne die vollständigen Fakten der Beteiligten, damit kein falscher Eindruck entstehen kann!

In meiner Heimatstadt *Hildesheim* hat der Oberbürgermeister beim Verkauf der **Stadtwerke** einen Teil- oder Extrabetrag auf ein Sonderkonto erbeten und sich somit eine freie Verwendung ermöglicht, angeblich zweckgebunden und nicht für seine eigene Tasche. Natürlich wurde Amtsinhaber Kurt Machens zurückgetreten, und er musste sich vor Gericht verantworten. Gegen den Freispruch hat die Staatsanwaltschaft Widerspruch eingelegt. Fortsetzung folgt! Die Anzeige des Bundes der Steuerzahler wird in *Bremen* hoffentlich zu einer Klarstellung führen, aber die Zeit eilt. Der Rücktritt liegt so nah!

Hans-Dieter Binder

Wir wollen nicht mehr die „Zinssklaven“ des Geldkapitals sein!

Diese Thematik finden Sie leider nie in Tageszeitungen oder Journalen: Wir alle sind Sklaven eines Prinzips, das der Kapitalismus mit sich bringt! Herr Müntefering hat hier eine Diskussion in Gang gebracht, doch leider nur die Moral der großen Unternehmen als „Heuschrecken-Mentalität“ kritisiert. Das prangert Auswüchse menschlicher Handlungsweisen an, nicht aber das zugrunde liegende Geldsystem!

Für ausgeliehene Beträge wird Zins erhoben. Man muss, wenn man borgt, mehr zurück*zahlen*, als man *ge*liehen hat, und wer so viel hat, dass er sein Geld verleihen kann, *erhält* mehr zurück, als er *ver*liehen hat! Damit sind wir alle einverstanden, sogar die Kirchen, dachten doch alle, davon zu profitieren!

In jedem Produkt sind 25 bis 40 Prozent Zinsen enthalten. Für jede Fertigungsstufe werden Maschinen, Gebäude, Materialien benötigt, zu deren Anschaffung Kredite aufgenommen werden. Diese kosten Zinsen, die der Unternehmer dem Verkaufspreis aufrechnet. Durch alle Fertigungsstufen summieren sich die Zinsen bis zu 40, bei Mieten sogar 75 Prozent. Wer viel Geld „anlegen“ kann, hat die Möglichkeit, durch den Zinseszins sein Kapital innerhalb von 15 Jahren zu verdoppeln, ohne „einen Finger krumm zu machen“!

Wir zahlen für alle Dinge, die wir erwerben müssen, um unser Leben zu fristen, solche aufgerechneten Zinsen. Die Preise steigen, und die Schulden verdoppeln sich in diesen 15 Jahren ebenso. Das bemerken inzwischen besonders die Menschen, die aus dem Arbeitsprozess „herausgerechnet“ werden. Die Schulden von Staat und Kommunen erhöhen sich in gleichem Tempo. Kürzungen und Sparmaßnahmen werden uns als notwendige Maßnahmen verkauft!

Doch alle Schuldenbedienung ist Reichenbedienung! Eigentlich ist Bremen eine wohlhabende Stadt, hier wohnen die meisten Millionäre, wie man sagt. In der Landesverfassung steht: „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft, sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen“. Verzichteten diese reichen Menschen zwei Jahre lang auf ihre Einkünfte aus Zinszahlungen, wären die gesamten Schulden unserer Stadt getilgt!

Warum werden die Arbeitenden zu immer größeren Entbehrungen und Anstrengungen aufgefordert, um dieses erste Gebot zu erfüllen, das Zahlen von Zins- und Zinseszins, anstatt auch Tribut von jenen zu fordern, die Reichtum einheimsen, ohne ihrer sozialen Verpflichtung nachzukommen? Wir fordern ein Moratorium von zwei Jahren: ein Anhalten der Schuldenuhr, keine Zinszahlungen, um dann schuldenfrei wieder eine attraktive Kultur-, Wirtschafts- und Lebensstadt zu werden und die Zukunftsaufgaben auf menschliche Weise miteinander meistern zu können!

Da diese Forderung bei denen, die Geld und Macht haben, auf taube Ohren trifft, können wir nur klein beginnen: Wir machen unsere eigene regionale Währung! So nehmen wir das Geld in die eigenen Hände und lassen es in unserer Region kreisen, damit alle Teilnehmer davon profitieren. Es wandert weder in andere Länder noch in die Spekulation, denn diese Gelder, die hier verdient wer-

den, können nur hier wieder ausgegeben werden! Das erscheint uns als *einzige Möglichkeit,* uns aus diesem Teufelskreis herauszubewegen!

In der Fernsehsendung „Buten & Binnen“ hat Folker Hellmeyer, Sprecher der Bremer Landesbank, auf die Frage nach der „Roland“-Währung geantwortet: „Hier sind Idealisten am Werk, die sich mit der Fragilität unseres Finanzsystems auseinandergesetzt und Schwachstellen erkannt haben und als Antwort ein regionales System etablieren wollen. Wer die Region unterstützen will, ist sicherlich damit sehr gut bedient. Für mich wäre es durchaus möglich, dass ich mich daran beteilige!“

Hellmeyer zeigte auch auf, dass es ähnliche Experimente schon 1929/30 gegeben hat, die außerordentlich erfolgreich waren. In Wörgl in Tirol wurden Arbeitsbeschaffungsscheine als Lokalwährung von der Gemeinde ausgegeben und liefen so schnell von Hand zu Hand, dass man von einem „Wunder von Wörgl“ sprach: Plötzlich war dort Arbeit wieder bezahlbar, die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Inflation wurde aufgehalten und die Gemeinde schaffte es, in diesem Jahr eine Straße samt Laternen zu erneuern, eine Brücke und eine Skischanze zu bauen und die Küche der Wohlfahrtseinrichtung zu renovieren. Mit einer Art „Nachhaltigkeitsgebühr“ konnte sie an die Armen Essen austeilen. Viele Gemeindevertreter machten sich damals auf den Weg, diesem Beispiel zu folgen, bis die Zentralbank Einhalt gebot.

Heute sind die Gesetze anders, wir haben Vertragsfreiheit. Inzwischen gibt es 80 Regionalgeld-Initiativen in Deutschland, die so das Geld in die eigenen Hände nehmen. Eine dieser Initiativen geht von der Sparkasse Delitsch aus. Unsere Politiker können keinen Ausweg aus dem Dilemma des Raubtier-Kapitalismus finden. Hans Eichel, dem das Prinzip von Herrn Janski, Begründer des „Urstromtalers“ in Sachsen-Anhalt, vorgestellt wurde, sagte: „Machen Sie es!“

Um sich dem Währungsring anzuschließen, unterschreibt man eine „Vereinbarung“ mit dem Verein „Roland-Reginal“ und entrichtet die einmalige Beitrittsgebühr von zehn Euro. Man erhält dann den Mitgliedsausweis und die Listen der Angebote sowie aller Teilnehmenden. Es gibt schon viele Geschäfte in und um Bremen, die mitmachen: ökologische Landwirte, Marktstände, Reformhäuser, den Ökotop-Laden im Beginenhof und Naturkostgeschäfte bis hin zum Großmarkt, dem „Naturkost-Kontor“. Auch Geschäfte und Dienstleister, die zum Bauen gehören, sind bereits dabei, eine Tankstelle in Ottersberg, Naturheilkundler, Masseurinnen, eine Apotheke, Künstler, eine Galerie in Worpswede, Computerfachleute und viele interessante Menschen, die Sie alle kennenlernen können, wenn Sie zu unseren Foren am ersten Dienstag im Monat um 20 Uhr in den Gemeindesaal der Michaelskirche am Rembertikreisel kommen!

Jeder ist Konsument, ob er etwas anbietet oder nicht. Jeder könnte seine Lebensmittel inzwischen mit dieser Regionalwährung „Roland“ bezahlen, denn es sind nicht nur ökologische Geschäfte in und um Bremen, in denen man damit bezahlen kann, sondern auch ein gewöhnlicher Spar-Markt in der Gastfeldstraße (Neustadt). So kann es sich eigentlich auch jeder leisten!

Ein gekauftes Gut regt wiederum die Erzeugung dieses Gutes an. Kaufen wir ökologisch, regt es ökologisches Produzieren an. Derartige Güter verursachen keine so hohen Umwelt- und Sozialkosten, die in Fertigung, Vertrieb und Verkauf von Billigprodukten bis heute nicht einberechnet werden. Wir wollen den hilflosen Politikern nicht hinterherlaufen, sondern die Dinge in die eigenen Hände nehmen und gemeinsam unsere Zukunft gestalten!

Dietlind Rinke (Verein für nachhaltiges Wirtschaften) – siehe auch 42. Montagsdemo und die nachstehende Antwort von Gerolf D. Brettschneider

Lebensmittel gegen Gutscheine gegen Arbeit

Gehört die Tauschringidee in eine politische Diskussion?

(4. Juli 2005) Zu Füßen des Bremer Roland hat Dietlind Rinke unter dem Titel „Wir wollen nicht mehr die Zinssklaven des Geldkapitals sein!“ auf der Montagsdemo die vom „Verein für nachhaltiges Wirtschaften“ ausgegebenen „Roland“-Gutscheine vorgestellt. Sie sollen einen regionalen Aufschwung infolge beschleunigten „Geld“-Umlaufs bewirken, indem das Ersatzzahlungsmittel durch Gebühren beständig entwertet wird. Weil beim Sparen kein Zinsgewinn mehr möglich ist, hat jeder Währungsring-Teilnehmer das Bestreben, sein „rostendes Geld“ schnell gegen Waren oder Dienstleistungen einzutauschen.

Dieser Gedanke geht auf Silvio Gesell (1862–1930) zurück, gegen dessen „Zinsknechtschaftslehre“, einen „alternativökonomischen Denkansatz der Geld- und Bodenrechtsreform“, von Jutta Ditfurth *(„Entspannt in die Barbarei“),* Joß Fritz *(„Eine Betrachtung der Freiwirtschaftbewegung aus antifaschistischer Sicht“),* Elmar Altvater *(„Eine andere Welt mit welchem Geld?“)* und Peter Bierl *(„Tauschringe“, „Schwundgeld, Menschenzucht und Antisemitismus“)* der **Faschismusvorwurf** erhoben wird. Hierauf antworten Ralf Becker *(„Von einer Ideologie der Knappheit zu einer Realität des Genug für Alle“)* und Werner Onken *(„Für eine andere Welt mit einem anderen Geld“, „Zum Gegensatz zwischen Geldreform und Antisemitismus“).* Onken räumt ein, dass Altvaters Warnung vor einer „Vergötzung des Wettbewerbs“ ernst genommen werden sollte; die Bodenrechts- und Geldreform bedürfe der kontroversen Diskussion auch über ihr Menschen- und Gesellschaftsbild und ihren Naturbegriff.

Dietlind Rinke bezieht sich auf die Bücher „Geld ohne Zins & Inflation“ von Margrit Kennedy und „Das Geldsyndrom“ von Helmut Creutz sowie die Zeitschrift „Humonde“ von Thomas Seltmann und Hans Olbrich und betont in einer Stellungnahme: „Wir wollen ausschließlich eine Regionalwährung einführen, die hoffent-

lich immer effektiver wird für die Menschen in und um Bremen, die zwar Fähigkeiten besitzen, doch zu wenig Geld fürs Leben haben. Dafür allein wollen wir unsere Kräfte einsetzen! Ob jemand vor uns aus ‚seiner Zeit' das beherrschende Gedankengut aufgenommen hat oder nicht, interessiert uns nicht. Es interessieren uns nur die Ideen, die unserer Sache nützlich sind, und die sind frei."

Demnach aus Achtlosigkeit, weil sie sich nicht für „seinerzeitiges Gedankengut" und dessen politische Zusammenhänge „interessieren" möchte, zitiert Frau Rinke über das Wort „Zinssklaven", das auch aufgrund meiner Unbildung in das Redebuch der Bremer Montagsdemo hineingeraten ist, das Programm der Nationalsozialisten von 1920 herbei. Dieses fordert „Brechung der Zinsknechtschaft", „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens", „Enteignung jüdischer Grundstücksspekulations-Gesellschaften", allgemeine Arbeitspflicht und die Todesstrafe für „Wucherer". Von staatlichem Schutz für die Schwachen ist nicht die Rede, dagegen beinhaltet dieses Programm alles, was wir auf keinen Fall wollen, bis hin zur Vorbereitung von Angriffskrieg und Völkermord. Die Montagsdemo grenzt sich entschieden vom Faschismus ab – und von seinen Vertretern.

Im vergangenen Dreivierteljahr war in den Zeitungen die rhetorische Figur der „nicht gehaltenen Montagsrede" im Schwange, womit die Bürger über die ihnen vorenthaltenen *tatsächlichen* Montagsreden hinweggetröstet wurden. Zu lesen gab es in diesen Texten, was nach Verlegermeinung den Demonstrierern hätte gesagt werden müssen. Legendär ist die sogar als ganzseitige Anzeige in der „Süddeutschen" geschaltete, von Günter Grass, Michael Rogowski und anderen Berühmten, Begüterten, Einflussreichen und Mitteilsamen unterzeichnete *Kahlschlagslobpreisung* mit dem Titel „Auch wir sind das Volk!". Auch auf der Roland-Regional-Homepage gibt es *keinen* Link zum Internet-Auftritt der Montagsdemo, vielmehr führt ein so beschrifteter Knopf nur zu einer weiteren Beschreibung des Gutscheinrings, die mit der Aussage endet: „Es wird die Zinswirtschaft abgelöst werden durch eine Fähigkeiten-Wirtschaft zum Nutzen aller Menschen und der Erde. Bis das erreicht sein wird, geht die Montags-Demonstration weiter!". Ein Stopp des Sozialabbaus durch Hartz IV und Agenda 2010 wird nicht gefordert. Dieses Behaupten einer völlig anderen Zielsetzung unserer Bewegung bewerten Leser als Anmaßung oder rechtsextremen Unterwanderungsversuch.

Schon das bloße Verbreiten eines Vorschlags, wie sich „Befähigte" aus allgemeinem Elend heraus zu Wohlstand emporschwingen könnten, ist nach meiner Einschätzung durchaus kein Anliegen der Montagsdemo-Bewegung. Dieser Vorschlag gehört auf eine Tagung für Unternehmensgründer oder Kleingewerbetreibende, deren Anteil unter den Demonstranten aber gering sein dürfte. Die Aufnahme eines Hinweises auf ein mögliches Versuchsfeld für eine solche angenommene Teilgruppe könnte noch hinnehmbar sein, aber außerhalb rein kaufmännischer Zusammenhänge, in politischen Debatten, weist dieser Vorschlag, weil auf staatlichen Schutz für die Schwachen verzichtet wird, den Weg in eine Welt, wo das Gesetz des Stärkeren gilt. Genau dorthin wollen wir nicht.

Gewiss ließen sich die Gebühreneinnahmen eines Tauschringes auch für wohltätige Zwecke verwenden, doch die Sicherung der Menschenwürde und des Daseins derjenigen, die keine wirtschaftlich verwertbaren „Fähigkeiten“ besitzen, darf nicht von Barmherzigkeit und Leistungsvermögen der übrigen betroffenen Bewohner einer Krisenregion abhängen. Die Forderung, soziale Gerechtigkeit herzustellen, richten wir nicht an unsere nächsten Mitmenschen, an uns selbst, sondern an die Regierung des ganzen Landes. Wir fordern einen auskömmlichen Mindestbetrag des gleichen Geldes, das auch alle anderen Staatsbürger verwenden, und zwar ohne Bettelei, Erniedrigung und Zwangsarbeit. Was wir nicht wollen, ist ein auf das Angebot vereinzelter Läden beschränkter Warenzugang und eine, wie Peter Bierl sagt, „Armutsselbstverwaltung, die dem Staat hilft, Geld und Ärger zu sparen“.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) betreut den Internet-Auftritt der Bremer Montagsdemo

Die Abwahl

Gestern haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen der unsozialen Politik von SPD und Grünen eine klare Abfuhr erteilt. Die elfte Wahlniederlage dieser Parteien in Folge hat die Bundesregierung in eine offene politische Krise gestürzt: Der Kanzler will jetzt vorgezogene Neuwahlen des Bundestages noch für diesen Herbst!

Agenda 2010 und Hartz IV: Der ganze volksfeindliche Kurs der Regierung, der Krieg der Herrschenden gegen die Massen hat dazu geführt, dass diese sich immer weiter vom bürgerlichen Parlamentarismus nebst seiner Parteien und Institutionen lösen. Auch gestern war die Wahlbeteiligung mit 63 Prozent nicht gerade hoch!

Lassen wir uns nichts von den Medien vormachen: Wer noch zur Wahl gegangen ist, hat keine Entscheidung für CDU-Rüttgers und seine Truppe sozialer Scharfmacher getroffen, sondern die SPD/Grünen-Regierung ganz klar abgewählt und damit diesem selbstzufriedenen Klüngel scheinheiliger neoliberaler Kapitalismus-Kritiker die Glocken geläutet!

Was ist für uns zu tun? Wie mischen wir uns in den nun bald einsetzenden Wahlkampf ein? Jetzt gilt es erst recht, die Aktivitäten zu steigern, um die Montagsdemobewegung weiter zu stärken und auszubauen! Sie muss zur großen Front des Volkes werden, mit dem alle Parteien zu rechnen haben!

Die Reaktionäre von CDU/CSU und FDP sollen genauso wie die gescheiterten Sozialdemokraten und Grünen immer und überall spüren: Uns kriegt ihr nicht tot, uns könnt ihr nicht mehr ignorieren und verschweigen! Wir werden jedem auf die Finger hauen, der diese volksfeindliche Politik weiter fortführt oder sogar noch verschärft! Millionen haben eine Rechnung offen! Wir werden sie sammeln, diese Millionen!

Matthias Feilke

Wir haben dazu beigetragen

SPD und Grüne mussten gestern eine riesige Niederlage bei den Landtagswahlen in NRW einstecken. Damit haben diese beiden Parteien, die in Berlin für die unsoziale Agenda 2010, für Hartz I bis IV, für all diese Angriffe auf unsere Lebenslage verantwortlich sind, die Quittung bekommen!

Es ist auch eine Quittung für Lügen und Betrug: In letzter Minute wollte Müntefering mit seiner „Kapitalismus-Kritik“ das Ruder noch mal rumreißen und versuchen, wenigstens die Stammwähler wieder zurückzugewinnen. Doch die Menschen haben ihm zu Recht nicht geglaubt! Denn am Handeln der Bundesregierung hat sich nichts geändert: Sie macht weiter Politik *gegen* das Volk und *für* eine Handvoll von Monopolen!

Zum elften Mal in Folge haben diese Parteien Landtagswahlen verloren. Jetzt ist ihre letzte Bastion auf Landesebene dahin, nun geht es an die Berliner Bundesregierung! Schröder will Neuwahlen im Herbst, denn den Mut zurückzutreten hat er nicht: Lieber trickst er mit einer fingierten Vertrauensfrage herum. *Unser* Vertrauen hat er schon lange nicht mehr!

Die Herrschenden *können* so nicht mehr weiterregieren – und wir *wollen* nicht mehr so regiert werden! Bei den Arbeitern hat die SPD 14 Prozentpunkte verloren, bei den Arbeitslosen sogar 15. Und ich sage nicht ohne Stolz: *Wir* haben dazu beigetragen! Wir, die Montagsdemo, hier in Bremen und in ganz Deutschland! Wir haben dazu beigetragen, dass diese Regierung in eine tiefe Krise gestürzt ist!

Am Pfingstsamstag gab es in Gelsenkirchen eine begeisternde bundesweite Demo der Montagsdemonstrierer mit weit über 5.000 Teilnehmern. Das Pfingstjugendtreffen besuchten 24.000 Menschen. Beides fand gegen erbitterten Wider-

stand der Landesregierung und des Stadtrats von Gelsenkirchen statt! Doch die Jugend aus ganz Deutschland, unterstützt durch Menschen aus der ganzen Welt, ließ sich nicht aufhalten. Wir haben uns *das* erkämpft, und wir werden noch viel mehr erkämpfen!

Die Union sollte sich bloß nicht zu früh freuen: Die Menschen an Rhein und Ruhr haben nicht CDU gewählt als Alternative – sie haben SPD und Grüne *abgewählt!* Wir werden uns bestimmt nicht zur Entscheidung drängen lassen: „Schwarz-Gelb“ oder „Rot-Grün“. Nicht einmal als Opposition brauchen wir die, auch wenn sich in der SPD schon viele darauf einstellen: Die echte Opposition, das sind *wir!*

Wir hier unten, wir Montagsdemonstrierer, wir Arbeiter in den Betrieben, die gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub kämpfen, wir Schüler und Studenten, wir Arbeitslose: *Wir* sind die Opposition! Und wir sind eine Macht. Wir sollten gründlich beraten, welche Schlüsse wir aus der politischen Krise ziehen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Ermutigung für den weiteren Kampf

Zu unserer 38. Montagsdemo in Bremen brachten alle Freude und den Willen mit, nach der rot-grünen Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen den Kampf gegen Schröder/Fischer und Merkel/Stoiber erst recht fortzusetzen. Mit 80 bis 90 Teilnehmern kamen auch wieder einige Leute dazu, die schon lange nicht mehr dabeigewesen waren.

Alle Beiträge machten deutlich, dass die asoziale Politik der Bundesregierung gescheitert ist. Die Ankündigung von Neuwahlen ist nur Ausdruck von Unfähigkeit der Regierenden, ihre Politik fortzusetzen. Wir lassen uns nicht davon ins Bockshorn jagen, dass man uns Angst machen will vor einer „schwarzen Republik“! Für uns ist die Scheidelinie, ob einer *für* oder *gegen* Hartz IV und Agenda 2010 ist!

Dass immer mehr Menschen etwas gegen diesen Finanzkapitalismus machen wollen, zeigte ein interessanter Beitrag zu den Alternativen der Regionalgeld-Initiativen. Andere Wortmeldungen befassten sich mit den reichhaltigen Erfahrungen auf dem 12. Internationalen Pfingstjugendtreffen. Die Demo war nur kurz, bis zum „Schweinedenkmal“ in der Sögestraße; dafür haben wir einen schönen neuen Platz für unsere Auswertungstreffen gefunden: das Bremer Seemannsheim.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Nur gemeinsam sind wir stark!

Mit mehreren **Demonstrationszügen** und einer **zentralen Kundgebung** soll am **Mittwoch**, **25. Mai**, gegen Stellenstreichungen, Privatisierungen, Studiengebühren und das neue Schulverwaltungsgesetz protestiert werden. Wir möchten ausdrücklich zur Teilnahme an der Kundgebung „Nur gemeinsam sind wir stark!“ um **12 Uhr** auf dem **Marktplatz** motivieren!

Die Politik der großen Koalition bietet den Menschen in Bremen wenig Perspektiven. Die Umverteilung von unten nach oben und die Haushaltskürzungen müssen ein Ende haben. Gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen ist nötig!

Die Kundgebung stellt folgende Forderungen in den Mittelpunkt: Keine Stellenstreichungen und Privatisierungen! Für eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule! Gegen Arbeitszeitverlängerung und Gehaltsabbau! Für sozialversicherte Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs! Gegen das neue Schulverwaltungsgesetz! Für mehr Mitbestimmung!

Von verschiedenen Sammelpunkten geht der **Sternmarsch** am 25. Mai zum Marktplatz: **1.** 10:15 Uhr, Allgemeine Berufschule, Steffensweg. **2.** 10:40 Uhr, Gymnasium Hamburger Straße, Ausgang Am Schwarzen Meer. **3.** 9:50 Uhr, Leher Heerstraße/Ecke Vorstraße. **4.** 10:40 Uhr, Kippenberg-Gymnasium, Schwachhauser Heerstraße. **5.** 11:15 Uhr, Gymnasium Hermann-Böse-Straße. **6.** 11 Uhr, IS Leibnizplatz.

Weitere **Informationen** gibt es bei AStA, GEW, GSV, „Resist“ und „Sozialplenum“. Zum Mitmachen weisen wir auf folgende Termine hin: **1.** Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau, montags, 19:30 Uhr, Naturfreundehaus, Buchtstraße 14–15. **2.** „Resist“, Bündnis gegen das neue Schul(verwaltungs)-gesetz und Studiengebühren, montags, 18 Uhr, Büro der GesamtschülerInnenvertretung, Schmidtstraße 10. **3.** Uni-Aktiventreffen gegen Studiengebühren, täglich, 12 Uhr, Glashalle im Uni-Zentralbereich.

Ekkehard Lentz, Sprecher des Bremer Friedensforums, das einen regelmäßigen, kostenlosen Newsletter mit Veranstaltungshinweisen herausgibt.

Wir wollen eine andere Politik!

Über 8.000 Schüler, Studenten, Lehrer, Eltern und Kollegen haben mit einem Sternmarsch aus fast allen Stadtteilen, zu dem auch Bremerhavener mit Bussen anreisten, gegen die Spar- und Bildungsabbau-Politik und die geplanten Studiengebühren des Bremer Senats protestiert.

Es war ein breites Bündnis zustande gekommen, das am Mittwoch gegen diese Politik des Senats demonstrierte. Die Schülervertreter hatten die Demorouten selbst organisiert. Mit Livebands aus Schülern und Studenten, die Rock- und Hip-Hop-Musik darboten, kam neben kurzen Reden das Selbstbewusstsein der Jugend gut zum Ausdruck. So war die Stimmung ganz hervorragend!

Reden von der Gesamtschülervertretung, der Elternsprecherin des Kiga- und Kita-Verbandes, eine Solidaritätserklärung der IG Bau-Agrar-Umwelt und ein Beitrag des GEW-Landesvorstandes eröffneten die Kundgebung. Später berichteten Studenten von der Besetzung des Rektorats und der Verwaltung an der Bremer Uni am Morgen. Weitere Redebeiträge stellten den Zusammenhang zur Umwandlung von Planstellen in Ein-Euro-Jobs her und forderten auf, sich überall zusammenzuschließen und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

Am Schluss sprachen zwei Schüler aus einer fünften Klasse, die nicht akzeptieren wollen, dass ihnen die Bibliothekarin der Schulbücherei wieder weggenommen werden soll, weil kein Geld mehr da sei. Es war ganz toll, wie aufmerksam gerade die jüngeren Jugendlichen den Reden und natürlich auch der Musik zuhörten. Sie klatschten und pfiffen und brachten zum Ausdruck, was sie fühlen: Wir wollen ein anderes (Bildungs-)System, wir wollen eine andere Politik!

„Rote Fahne News“ (siehe auch „Sozialplenum“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

39. Bremer Montagsdemo am 30. 05. 2005

Wir sind stark!

Hallo Politiker, wir haben kein Vertrauen mehr zu euch! Wir sitzen neben den Stühlen, wenn es um Neuwahlen geht. Wir wurden schon zu oft von euch belogen, betrogen und abgezockt!

Schröder und Co. 1998: die „Rentenlüge“. Schröder, dieses Jahr: die „Kanzlerbrieflüge“! Ständig knallt ihr uns neue Lügen an den Kopf!

Die Rentner sind eure „Melkkühe“! Eine Minusrunde nach der anderen hängt ihr uns an den Hals. Haben wir nicht genug Last mit eurer ungerechten Gesundheitsreform, mit Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlung?

Die Nebenkosten zum Leben steigen rapide jedes Jahr an! Auch die Rentner zahlen die hohen Spritpreise – von einer Rente, die immer weniger wird! Ab 10. Juli 2005 wird wieder ein Teil der Rente geklaut!

Und nächstes Jahr blüht uns allen eine saftige Mehrwertsteuererhöhung nach dem Motto: „Wenn man den Wähler ärgert, dann richtig, denn Ärger gibt es so oder so! Unten kann man die Leute am besten melken. Bisher ist alles glimpflich über die Bühne gegangen!“

Ihr habt es bis heute nicht begriffen, dass ihr immer mehr Sozialhilfeempfänger produziert, während ihr euch die Taschen vollstopft und nicht bereit seid, von euren vielen Extras etwas zu streichen. Deutschland kann sich so teure, unsoziale Politiker nicht mehr leisten!

Da ist es egal, ob SPD, Grüne, FDP, CDU oder CSU regieren. Das „Christliche“ kommt beim Wähler nicht an, da könnt ihr noch so viel schauspielern und Passanten die Hände schütteln. Der Wähler hat euch längst durchschaut!

Eure Raubrittermethoden sind sehr unsozial! Ihr greift das Geld nur unten ab, um es oben falsch zu verteilen! 2006 sollen wir ein Defizit von 50 Milliarden Euro haben! Geben wir gleich noch 30 oder 40 Milliarden drauf, denn aus Erfahrung wissen wir, dass die Zahlen immer viel zu niedrig angesetzt werden, damit die Menschen nicht zu sehr geschockt sind!

Dieses 80-Milliarden-Euro-Loch werden auch wieder die unteren Bevölkerungsschichten stopfen müssen. Dann kommt der Aufschwung, aber nur

bei Tafelgeschäften, Essensküchen, Kleiderkammern, Bahnhofmissionen und Sozialämtern!

Pro Werktag gehen in Deutschland 2.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, schreibt der neue „Spiegel“. Neun Millionen Arbeitslose haben wir zur Zeit. Es wächst die geklaute Zukunft in Deutschland! Doch wir Montagsdemoleute, wir sind stark! Man hört uns! Man sieht uns! Man fühlt uns!

Ursula Gatzke (parteilos)

Ausforschungshilfe für Ahnungslose

Die Bundesagentur für Arbeit hat, angeblich nur für Langzeitarbeitslose, Vorschläge fürs Vermittlungsgespräch in einem 47-seitigen Fachkonzept zum „Beschäftigungsorientierten Fallmanagement“ vorgelegt, das an sämtliche Untergliederungen der Behörde versandt wurde.

Der „Spiegel“ meldet, dass Personaldezernenten am liebsten diejenigen Beschäftigten, die sie ohnehin schon lange loswerden wollen, ins Jobcenter schicken. Da die Fallmanager oft gar keine Sozialarbeiter sind und so gut wie von nichts eine Ahnung haben, sollen sie jetzt erst mal richtig geschult werden!

In dem Papier werden Fragen vorgeschlagen wie zum Bespiel nach der Familien-Gruppierung: Wer gehört hier irgendwie zu wem? Was gibt es für Nachbarschaftskontakte? Wie ist Ihre konkrete Wohnsituation? Sind Sie Mitglied in einem Verein? Wo und in was für einem? Wie ist Ihr gesundheitlicher Zustand? Gibt es regelmäßige Arztbesuche? Gab es Krankenhausaufenthalte? Solche, die einer Vermittlung im Wege stehen könnten?

Selbstverständlich wird auch nach Freundschaften gefragt, also Erkenntnisse über Personen zu gewinnen versucht, die nicht zur sogenannten „Bedarfsgemeinschaft“ gehören. Also insgesamt eine Ausspioniererei bis aufs i-Tüpfelchen! Datenschützer waren als Mitverfasser dieses Papiers natürlich ausgeschlossen.

Hier entwickeln sich Methoden, wie ich sie noch aus der Nazi-Zeit in Erinnerung habe: Das Kapital bestimmt – Regierungen, welcher Art auch immer, führen aus. Zwar ist niemand verpflichtet, derartig abartige Fragen zu beantworten, doch bei einer Gruppe von Menschen, den Schwächsten, versucht man es einfach!

Morgen trifft es uns alle auf diesem Weg zum Polizeistaat, deshalb müssen wir uns gemeinsam wehren! Lasst uns so findig und unbeirrt sein im Kampf gegen die da oben wie die gegen uns!

Hermann Siemering (Verdi)

118 zu 164 – da hilft auch kein neues Logo

Die Bundesagentur für Arbeit sucht ein neues *Logo*: Wir lasen in der Zeitung von dieser Möglichkeit, sich 100.000 Euro zu verdienen. Die Bundesagentur scheint an diesem Plan festzuhalten, nur werden sich die Folgekosten auf mehrere Millionen belaufen, für Leuchtreklamen, Schilder, Broschüren, Visitenkarten und was sonst so gedruckt wurde. Und dies für eine Behörde, die aufgelöst wird, wenn Bagis usw. nicht endlich positive Ergebnisse bringen!

Aus dem Kreis *Hildesheim* kam am 21. Mai die Meldung („Allgemeine Zeitung“), nach 99 Tagen aktiver Tätigkeit in sechs *Jobcentern mit 164 Mitarbeitern*, zuständig für 11.164 Bedarfsgemeinschaften gleich 16.000 ALG-II-Empfängern, habe es einen Vermittlungserfolg für 780 Menschen gegeben. Von diesen kamen 249 in Ein-Euro-Jobs, befristet auf sechs Monate, und weitere 413 in Umschulung, Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, davon *118 in reguläre Arbeitsstellen*. Ein erbärmliches Ergebnis, so CDU und FDP im Kreistag, doch den 413 Menschen wäre in *Bremen* wohl nicht geholfen worden, denn ABM, Umschulung und Weiterbildung sind für die Bagis Fremdwörter. Warum eigentlich? Wenn 164 Mitarbeiter 118 Menschen in ein reguläres Arbeitsverhältnis vermitteln, dann hilft auch kein neues Logo!

Diese Woche war ich im Amt, zum Glück konnte ich an der Schlange zur Bagis vorbeigehen. Drei Schreibtische auf dem Flur, davor jeweils zwei Stühle, Aufstellwände, dahinter eine lange Warteschlange: Auch *Datenschutz und Menschenwürde* sind Fremdwörter für die Bagis. Die sind noch lange nicht aus dem Schneider!

Danach auf dem Arbeitsamt: Wenige Menschen auf den Fluren, keine Schlangen, und trotzdem will das Arbeitsamt die Öffnungszeiten verlängern, ohne Neueinstellung, nur durch *Überstunden*. Allerdings fehlen noch die Arbeitsstellen zu dem guten Vorsatz. Vielleicht ändert ein neues Logo doch etwas, wenn solche

Verschwendung die Richter beflügelt: Jeder Leistungsantrag, der wegen nicht vorhandener Mittel abgelehnt wird, hätte dann Aussicht auf Erfolg!

Aber auf das neue Logo müssen wir nicht warten: Die Behörde wirbt mit einem „*Ausbildungsplatzangebot*“ massiv auf vielen Plakaten. Für eine solche Verschwendung fehlen mir die Worte, also Antrag stellen! Geht es um die Außenwirkung: „Seht her, Leute, was wir alles für die Jugendlichen tun können!“? Tatsächlich stehen keine ausreichenden Plätze zur Verfügung: Der Ausbildungspakt wurde *nicht* erfüllt!

Die fürsorglichen Zeitungsartikel über benachteiligte Jugendliche und Kinder häufen sich, aber die benachteiligten *Auszubildenden* werden immer noch nicht wie bisher unterstützt: Sie fallen durch Hartz IV ins Loch. Alle Parteien bedauern das, aber Geld gibt es nicht. Das Arbeitsamt betont den Rechtsanspruch der Unterfünfundzwanzigjährigen auf eine kurzfristige Vermittlung: Sie bedürften einer „besonderen Unterstützung“. Die nächsten Zahlen für Bremen werden die bittere Wahrheit zeigen!

Plakatiert war: „Die Agenda 2010 schafft eine verbesserte Betreuung für Unterdreijährige“. Aber das versprochene Geld dafür ist immer noch nicht in den Gemeinden angekommen, aufgrund der vorgezogenen Wahl wird es wohl nichts. Die Politiker bemerken einen starken Nachfragerückgang nach Kindergartenplätzen. Das ist klar, denn ALG-II-Bezieher müssen ihre Kinder aus finanziellen Gründen aus dem *Kindergarten* nehmen!

Eines haben diese Zeitungsartikel und Plakate gemeinsam: Sie vermitteln eine **heile Welt** für die nichtbetroffenen Bürger. Der plumpeste Satz dazu ist im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen gefallen: „Wir haben die Anzahl der Sozialhilfeempfänger um 95 Prozent reduziert“. Dieser Aussage wurde vom Herausforderer nicht widersprochen, denn sie ist richtig: 95 Prozent der Sozialhilfeempfänger wurden ALG-II-Bezieher. Neue Politiker braucht das Land!

Hans-Dieter Binder

Mit der „Marseillaise“ feiern wir die Ablehnung der EU-Verfassung durch das französische Volk

Obwohl zu unserer 39. Montagsdemo in Bremen pünktlich um 17:30 Uhr leichter Regen einsetzte, ließen sich die 52 Teilnehmer an der Kundgebung und der nachfolgenden kleinen Demo gegen Hartz IV und Agenda 2010 nicht beeindrucken.

Die Möglichkeiten eines großen linken Wahlbündnisses wurden positiv bewertet. Wir wollen uns einmischen und erteilen dem Betrug von Merkel, Stoi-

ber und Westerwelle schon jetzt eine Absage! Immer wieder laut wird die Forderung, dass bei diesem ganzen Neuwählen auch gleich die abgewirtschaftete Scherf/Neumann-Regierung in Bremen mit abtreten soll.

Wenn die Konsequenzen nicht immer so negativ wären, könnte man über die in einem Beitrag dargestellten Taschenspielertricks, mit denen manche Angelegenheiten an der Öffentlichkeit vorbeimanövriert werden, herzlich lachen, so beim Parlamentspräsidenten Weber oder auch beim Hildesheimer Oberbürgermeister.

Richtig Freude kam auf bei dem Beitrag über die mutige Ablehnung der EU-Verfassung durch die Mehrheit des französischen Volkes. Nicht Chauvinismus und Anti-Europa-Haltung waren dabei bestimmend, sondern die Ablehnung der undemokratischen Struktur einer „Verfassung“ mit militärisch aggressiv ausgerichteter, asozialer Politik, bei massivem Abbau von Demokratie in Europa zugunsten der großen Länder und ihrer internationalen Übermonopole!

In Deutschland wurde der Bevölkerung diese Verfassung nicht einmal zur Kenntnis gebracht, geschweige denn eine offene Diskussion darüber entfacht. Wir sangen, wie schon vor ein paar Wochen, sehr freudig die „Marseillaise“ und hoffen auf den nächsten Schlag gegen diese imperialistische EU durch das niederländische Volk!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Montagsdemo feiert Frühlingsfest

Am Samstag, dem 4. Juni, feierte die „Initiative Bremer Montagsdemo“ ihr Frühlingsfest in den Grünanlagen an der Neustadtscontrescarpe. Mit Musik und Pavillons wurden Besucher angelockt, die es sich mit Kuchen, gegrillten Würstchen, Steaks und verschieden Getränken gemütlich machen konnten.

Für die Kinder bot die Jugendorganisation „Rotfüchse“ lustige Geschicklichkeitsspiele an, und es gab auch ein Fußballturnier. Der Sänger und Gitarrist Andreas Voigt begeisterte das Publikum mit seinen musikalischen Darbietungen ebenso, wie auch die beiden Bauchtänzerinnen Lisa und Iris die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Neben diesen Highlights wurden Lose verkauft: Die vielen Gewinne konnten bei der Tombola den ganzen Tag über eingelöst werden.

Vor dem ersten Regenschauer waren die Bänke gut besetzt, es herrschte ausgelassene Stimmung. Bis Petrus dann wieder ein Einsehen hatte, drängten sich

die Besucher schutzsuchend unter den Planen zusammen. Das launige Aprilwetter konnte der fröhlichen Atmosphäre zwischen Initiatoren und Teilnehmern keinen Abbruch tun: Das Fest musste nicht ins Wasser fallen, wie anfangs befürchtet wurde.

Elisabeth Graf (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

40. Bremer Montagsdemo am 06. 06. 2005

Die „Familien-Falle“

Es wird gespart! Einige Maßnahmen aus dem Hause von Sozialsenatorin Röpke (SPD) wurden schon umgesetzt. Junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr mit Behinderung, die daheim ausziehen wollen, werden darin von der Behörde, anders als bisher, nicht mehr unterstützt. Erwünschte Wirkung ist eine Vermeidung von „Fallzahlensteigerungen“!

Liebe Mitmenschen, setzt euch ganz in Ruhe hin! Ich habe nur eine Minute nachgedacht über „Fallzahlensteigerungsvermeidung“, und mir ist ganz schwindelig geworden! Unsere Politik fährt Karussell, und ich sitze da mit drin!

Erst das Gejammer unserer Volksvertreter, die Babys fehlen in Deutschland! Dann das sehr ungerechte Zwangsgeld von Kinderlosen! Nun das „Zwangsaussitzen“ im Elternhaus bis zu 25 Jahren für Behinderte! Ich bin nicht davon betroffen, aber es macht mich immer wieder sauer, das Abzocken bei den Ärmsten und Hilflosesten, um das eingesparte Geld oben zu verteilen!

Es ist erst 27 Wochen her, dass der „Weltgeist“ Günter Grass zu Gast in Bremen war und 500.000 Euro aus einer „Geisterschatulle“ geschenkt bekam, ein Geldgeschenk, dass er nicht hätte kriegen dürfen!

Man holt das Geld unten wieder rein, das nennt man dann „Sparen“! Und das ist erst der Anfang! Unsere Volksvertreter bestimmen die „Zukunft“ der Kinder und Eltern: Sie kann grausam werden! Diese Zukunft heißt auch: mehr Elternangst, es könnte ein behindertes Kind werden! Arme Eltern! Armes Kind! Arme Zukunft! 2010 werden Behinderte, wenn sie zu Hause ausziehen wollen. dann wohl bis zum Alter von 30 Jahren von den Behörden nicht unterstützt!

Wird Ihnen schwindelig? Mir schon! Wo bleibt der Anreiz, in Deutschland Kinder zu bekommen? Das ist eine „Familien-Falle“! Angst und Wut kriegen heute alle! Ich bedaure schon jetzt meine Enkel, die in so eine Zukunft müssen, wegen totaler Versager in der Politik!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die größte Monarchie der Welt...

Es hat alles seinen Zusammenhang: Kriegsminister Struck räumt ein, es können auch deutsche Soldaten bei militärischen Einsätzen ums Leben kommen. Für diese müssen Voraussetzungen durch neue Technik geschaffen werden. Die ganze Welt wird Einsatzgebiet der Bundeswehr! Das kostet die Steuerzahler 30, 40 oder mehr Milliarden Euro pro Jahr. Die Schulden des Bundes werden 2005 auf circa 860 Milliarden steigen!

Jeden Werktag gehen 2.000 versicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Hartz IV ist der größte Flop! Immer mehr Menschen werden in die Armut gedrängt. Nach verlogener Statistik gibt es fünf Millionen Arbeitslose – alles „Kunden“ nach dem neuesten Sprachgebrauch. Wie heißt ein Sprichwort so schön: „Der Kunde ist König“. Da haben wir in Deutschland mit fünf Millionen Königen wahrscheinlich die größte Monarchie der Welt!

Beispiele für neuen Sprachgebrauch gibt es inzwischen ein Dutzend: Ich-AG, Personal-Service-Agentur, ALG II, Fallmanager, In-Jobs und so weiter, alles zur Vernebelung in den Köpfen der Menschen. Entlassungen heißen dann „Freisetzung“ oder „Betriebsverschlankung“. Und wenn eine Regierung dann merkt, jetzt kommt das Ende, wird noch mal schnell zugeschlagen fürs eigene Wohlergehen!

Ich sah wieder die krankmachende Ministerin Schmidt in der Flimmerkiste: In ihrem Sozialministerium werden schnell vor dem Untergang noch mehr als hundert Mitarbeiter befördert. Natürlich wird beteuert, das habe mit den kommenden Neuwahlen nichts zu tun, es hänge mit der Zusammenlegung von Gesundheits- und Arbeitsministerium zusammen. Aber andere Ministerien folgen!

Eigentlich verbietet mir meine Erziehung, Kraftausdrücke zu benutzen. Doch man kann wirklich nicht so viel essen, wie man *kotzen* möchte! Sicher wird über Wahlen noch einiges zu sagen sein, aber längst ist klar: Ob SPD, Grüne, CDU oder FDP, sie alle verdienen keine Stimme der zig Millionen Betroffenen!

In einem Land, wo Wissenschaftler und Kulturverantwortliche, wie „Pisa“ gezeigt hat, nicht in der Lage sind, unsere Kinder und Kindeskinder richtig lesen und schreiben lernen zu lassen, in solch einem Land ist es auch möglich, dass Großkapitalisten und regierende Politiker mit dem Volk machen können, was sie wollen – auch wieder Soldaten in den Tod schicken. Aber nur so lange, wie wir uns das gefallen lassen!

Hermann Siemering (Verdi)

Die Vorratswirtschaft

Die **Statistik** der Bundesregierung wurde veröffentlicht, und kaum einer hat es gemerkt: Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken, aber Herr Wiese mahnt, es gebe keine Entspannung. Als Ursache nennt er saisonbedingte Auswirkungen. Der weitere Grund, die Ausweitung von Ein-Euro-Jobs und Ich-AGs, fehlt in dieser Begründung.

In **Bremen** gibt es immer noch 75.443 arbeitssuchende Menschen, davon 53.976 Arbeitslose nach den Vorschriften der Statistik. Vorhanden sind aber nur circa 2.485 sofort zu besetzende Stellen und etwa 880 Ein-Euro-Jobs. Der Rückgang an Arbeitslosen beträgt laut Statistik 1.238, derjenige an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 1.700 Menschen, wobei diese Angabe für den Vormonat nachträglich um 1.000 nach unten korrigiert wurde! Nehmen wir die Aussagen dieser Statistik, haben wir keine stimmenden Zahlen!

Es werden 4.806.589 Arbeitslose gezählt, dazu 229.568 Menschen, die die 58er-Regelung unterschrieben haben, sowie 1.319.507 in Maßnahmen Beschäftigte, das sind insgesamt **6.355.664 Menschen**. Hinzu kommen jene, deren Arbeitsplatz in Gefahr ist. Alle diese Menschen haben Sorgen! Und unser Herr Bundeskanzler sorgt sich um seinen Rücktritt: So etwas kostet schließlich viel Geld, nicht nur das Überbrückungsgeld, das auch beim erzwungenen Rücktritt gezahlt wird. Anders bei der Bundeswehr, dort entfallen alle Versorgungsansprüche bei unehrenhafter Entlassung.

Doch die falschen Zahlen sind gemäß den Erläuterungen der Bundesagentur für Arbeit *vorläufig* und mit all den Bedenken wie in den Vormonaten behaftet. Nur teilweise gab es brauchbare Zahlenmeldungen aus den Städten, aber eine Besserung ist in Sicht, denn auf Seite 12 heißt es: „Durch den Abbau von Bearbeitungsrückständen kommt es zu umfangreichen Nacherfassungen für die ersten vier Monate des Jahres, die dazu führen, dass Eintritts- und Bestandszahlen **rückwirkend** nach oben korrigiert werden. In welchem Umfang der aktuelle Monat untererfasst ist und in den kommenden Monaten nach oben korrigiert werden muss, ist im SGB-II-Bereich zur Zeit nicht abschätzbar“. Natürlich erfolgt die Änderung ohne besondere Erläuterung.

Außerdem habe ich den Eindruck, dass auch diesmal die textliche Erläuterung, also die Erklärung am Anfang, nicht mit dem reinen Zahlenwerk übereinstimmt: 33.000 Menschen, ehemalige **Sozialhilfeempfänger**, mussten nacherfasst werden. Sie waren nicht als arbeitssuchend registriert (Seite 6), aber die Bestandszahlen der „Arbeitssuchenden“ für die Vormonate Februar bis April 2005 wurden nicht korrigiert. Verändert hat sich die Angabe „Leistungsempfänger AL-

G“ (im März plus 48.798 Menschen, im April plus 42.690), aber nicht die Zahl der arbeitssuchenden Menschen. Ein Taschenspielertrick!

In diesem Zusammenhang wird vom „**Bestand**“ an Arbeitslosen und offenen Stellen geredet. „Bestand“ ist ein Begriff aus der Wirtschaft: Nur mit angemessen Beständen kann ein Betrieb effektiv arbeiten. Es wäre schön, wenn die Bundesagentur für Arbeit sich von der *Vorratswirtschaft* auf das *Just-in-Time-Prinzip* umstellen würde: Jeder Arbeitssuchende erhält sofort ein Angebot oder erleidet nur einen Einkommensverlust von zehn Prozent wie in Dänemark. Der Arbeitsplatzverlust hätte seinen Schrecken verloren, und die Menschen könnten zuversichtlich handeln!

Das ALG II lässt sich nicht ohne weiteres abbestellen: Im „Hamburger Abendblatt“ stand, Ich-AGs erhielten ALG II zusätzlich, ohne Antrag. Erst **massiver Protest** beim Sachbearbeiter soll jetzt die Zahlung versiegen lassen. – Herr Schneider von der Bagis Bremen schilderte im „Weser-Kurier“ den umgekehrten Fall: Zahlungen bleiben unerklärlicherweise aus, die Betroffenen stehen bei der Bagis Schlange. Schuld ist nur die EDV!

Herr Wiese aus Nürnberg hat geklagt, er halte nichts mehr von den gemeinsamen Ämtern: Strittige Entscheidungen werden ausgewürfelt, es kann keiner entscheiden. Und wir wundern uns über das Ergebnis! Die **Rückversetzungsanträge** aus diesen gemischten Ämtern häufen sich: Ohne klare Verhältnisse kann keiner vernünftig arbeiten, und die Richtlinie, so wenig wie möglich auszahlen, kann nicht jeder Mitarbeiter durchhalten. Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Hans-Dieter Binder

...wenn der Kunde König wäre bei der Agentur für Arbeit

Zu unserer 40. Montagsdemo in Bremen mit Kundgebung um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz, mit Hallo und Beifall begrüßt, war leider wieder nur ein kleiner Kreis gekommen: Wir zählten circa 50 Teilnehmer. In mehreren Beiträgen wurde das „Schmierentheater“ in Berlin durchgenommen.

Die ganzen Beschuldigungen und gegenseitigen Rechtfertigungen sind nur noch auf nicht mehr prüfbaren Zahlen aufgebaut. Mit permanenter Trickserei an der Statistik versucht die Regierung, ihr absolutes Versagen zu kaschieren, aber ohne Erfolg bei den Massen. Die Menschen haben es satt!

Die Abstimmung der Niederländer über die sogenannte EU-„Verfassung“ schickte nach der deutschen und der französischen die dritte Regierung in die politische Krise. Und daran haben wir ganz schön Anteil!

Auch wenn die Montagsdemobewegung kleiner geworden ist, ihr harter Kern ist nicht klein zu kriegen. So ist es das erste Mal nach dem Krieg, dass die Regierung den aktiven Widerstand nicht brechen, einlullen oder neutralisieren kann!

Andere Beiträge befassten sich mit der Mietsituation, den Halbwahrheiten, die die „Bagis“ ausstreut, und damit, dass intensiv gegen alle Einschüchterung vorgegangen werden muss. Aus der gegebenen Amtsführung durch „Bagis“ und Sozialsenator kann es nur eine Forderung geben: Der abgewirtschaftete Bremer Senat soll mit der Berliner Regierung zugleich abtreten! Meine Damen und Herren, machen Sie den Weg frei!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

41. Bremer Montagsdemo am 13. 06. 2005

Jetzt kommt das Merkel-Chaos!

Ich bin aufgestanden, um ein Zeichen zu setzen gegen die vielen Ungerechtigkeiten in diesem Land! Die Gerechtigkeit ist auf der Strecke geblieben, weil es nur noch um Macht und Geld geht!

Wer Macht ausübt, denkt erst einmal daran, wie viel Geld er sich in die Tasche schieben kann. Von Rückgrat, Anstand oder christlichem Benehmen in den oberen Etagen ist keine Spur wahrzunehmen!

Wenn ich die Spitzenpolitiker bei einer christlichen Redewendung oder Gebärde sehe oder höre, erscheinen sie mir wie mit einer Maske aus dem Gesicht. Wer nimmt diese Masken noch ernst? Bei Spitzenpolitikern weicht der Verstand, sie haben zu viel Geld in der Hand!

Schröder konnte uns keine menschenwürdige Zukunft schaffen. Nach dem Schröder-Chaos kommt ein Merkel-Chaos! Noch viel größer wird das „Konjunkturjammertal“, doch erst einmal kommen die dicken Lügen vor der Wahl!

Die „Gesundheitsreform“ war solch eine Lüge: Es ist keine Reform, nur eine Abzocke von den Kranken, auch um sich in den Vorständen dickere Gehälter zu geben. Die „Ausgleichszahlung“ von 39 Millionen Euro für die Apotheken ist ein Skandal, denn den Kassen geht es wieder schlechter!

Ulla Schmidt hat uns 2004 belogen: Die meisten Zahnpatienten müssen jetzt viel tiefer in die Tasche greifen. Von 3.452 Euro Gesamtkosten trägt die Kasse gerade einmal 659 Euro, nur noch gut ein Drittel von den 1.830 Euro im Jahr davor! Wer traut sich da noch zum Zahnarzt?

Wir müssten uns vorkommen wie Weicheier: Erst kocht man uns weich, dann schreckt man uns ab! Die kalte Dusche bereiten uns die Kassenvorstände und Ärztefunktionäre: Sie gönnen sich eine Gehaltserhöhung um das Dreifache und mehr! Am meisten zugelangt hat der Chef der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe: Im letzten Jahr verdiente er 49.000 Euro, jetzt kriegt er 221.000 Euro!

Es wird alles so weiterlaufen, das ist unsere „Jahrhundertreform“! Die Rentner kriegen eine Minusrunde nach der anderen: Unten werden alle weiter abge-

zockt, damit es denen da oben sehr, sehr gut geht! Um solche Missstände anzuprangern, bin ich aufgestanden!

So geht es nicht weiter, Damen und Herren! Wir brauchen eine Reform, sehr dringend sogar, aber erst in euren Köpfen! Nehmt eure Masken endlich ab! Ihr seid miserable Schauspieler!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die Wendungen der Prediger des Gegenteils

Morgens Zeitung zur Hand genommen, Augen gerieben, einmal gelesen, nochmals gelesen, nicht für möglich gehalten: Sollte da eine Fälschung vorliegen? Immer wieder auf die Überschrift gestarrt: „Clement: Löhne stärker erhöhen“!

Jetzt angefangen, den Artikel zu lesen. Wollte wissen, um welchen Namensvetter des deutschen Bundeswirtschaftsministers es da ging. Dann wieder die Augen gerieben: Tatsächlich, es ist jener Wolfgang Clement, der jahrelang das Gegenteil predigte!

Gleich noch so eine Überraschung: In Absprache mit Bundeskanzler Gerhard Schröder stimmen auch Finanzminister Hans Eichel und SPD-Chef Müntefering der neuen Forderung zu, die schärfsten Scharfmacher aus der SPD, die uns immer öfter zum Verzicht aufriefen und seit Jahren ermahnten, „den Gürtel enger zu schnallen“ und bei Lohnverhandlungen Zurückhaltung zu üben!

Manche werden sagen: „Endlich haben auch die da oben eingesehen, dass es so nicht weitergeht“. Ich meine: Für wie saublöde halten die uns eigentlich? Da diskutieren zur Zeit einige Leute über ein mögliches linkes Bündnis, schon geht den Herren „der Allerwerteste auf Grundeis“!

Deren Aussagen heute, morgen und bis zur eventuellen Wahl im September sind keinen Cent wert! Es ist die pure Angst vor einer echten Opposition von links! Ich will nur hoffen, dass diese Leute sich einigen und nicht von irgendwelchen „Kleinkarierten“ oder durch von außen reingetragene Anfeindungen leiten lassen!

Hermann Siemering (Verdi)

Wo ist Schröder hin?

Wo ist Schröder hin? (Wo ist Schröder hin?) / Auf und schnell davon! / (Auf und schnell davon!) / Was wird Merkel tun? (Was wird Merkel tun?) / Alles wie bisher! / (Alles wie bisher!)

Was bleibt dem Schröder, das Vertrauen ist fort! / Rücktritt? Neuwahl oder Stillstand? / Was tut Frau Merkel, wenn die Wirtschaft es will? / Kürzen? Fordern oder zwingen? / (Fordern oder zwingen?)

Nun sind Kämpfer da! (Nun sind Kämpfer da!) / Für Gerechtigkeit! / (Für Gerechtigkeit!) / Da-seins-sicher-heit! (Daseinssicherheit!) / Arbeit ohne Zwang! / (Arbeit ohne Zwang!)

So sehn die Kämpfer aus, schließt ihnen euch an! / Rausgehn! Montags auf die Straße! / Dort ist der Schröder hin, er rüttelt am Zaun! / Schickt ihn endlich in die Wüste! / (Endlich in die Wüste!) / Weg!

Gerolf D. Brettschneider („Where's your Papa gone?“)

Die Märchenstunde

1. „Märchenstunde oder neues **Finanzloch der Krankenkassen**“, so steht es heute im „Weser-Kurier“. Das Märchen von Hartz IV als positiver Reform wird um ein Kapitel bereichert: Erneut *lügt* die Bundesregierung! Oder ist es Unfähigkeit oder mangelnde Sachkenntnis?

Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II werden für alle ALG-II-Betroffenen Beiträge zur Krankenversicherung und zur Rentenversicherung durch die Behörde bezahlt. Dies wurde speziell für die vorherigen Sozialhilfeempfänger als Verbesserung hervorgehoben. Bezahlt werden diese **Sozialversicherungsbeiträge** für eine Bemessungsgrundlage von 400 Euro, was zur Deckung der Ausgaben nicht ausreicht. Das liegt aber weder an den Betroffenen noch an den Krankenkassen, sondern an den Rahmenbedingungen von Hartz IV.

Diese Deckungslücke ist dem Gesetzgeber seit langem bekannt: Vor einigen Jahren haben die Krankenkassen im Detail dargelegt, dass sie einen **Mindestbeitrag** benötigen, um kostendeckend zu wirtschaften. Dieser kommt speziell für Selbständige zur Anwendung und beträgt 1.811,25 Euro als Bemessungsgrundlage für die Beitragshöhe, gut das Viereinhalbfache von 400 Euro. Für Ich-AGs gibt es Sonderregelungen, solange diese Fördergelder von der Behör-

de erhalten. Es ist etwas zu plump, den Überbringer dieser Botschaft einen „Märchenerzähler“ zu nennen und zu unterstellen, dass dieser eins und eins nicht zusammenzählen kann!

2. Ich muss meine **Statistikzahlen** vom letzten Montag ergänzen, ich habe den „Spiegel“ vom 23. Mai 2005 erst diese Woche gelesen. Ich habe den Erläuterungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Statistik entnommen, dass die Arbeitslosenzahlen der Vormonate falsch waren. Dort stand zu lesen: „33.000 Menschen, ehemalige Sozialhilfeempfänger, mussten nacherfasst werden“, sie waren nicht als „arbeitssuchend“ registriert (Seite 6). Aber die Bestandszahlen der Arbeitssuchenden für die Vormonate Februar bis April 2005 haben sich nicht verändert! Verändert hat sich die Angabe „Leistungsempfänger ALG“ (März plus 48.798, April plus 42.690 Menschen), aber nicht die Zahl der arbeitssuchenden Menschen. Ein Taschenspielertrick!

Aber dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Im „Spiegel“ steht eine weitere Angabe zu den unerfassten Vorgängen: Es müsse davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Anträge von Bedarfgemeinschaften erst mit einer gewissen Zeitverzögerung bearbeitet werde. Dies bedeute nach einer internen Analyse, dass die Ziffer der Langzeitarbeitslosen noch einmal um etwa fünf Prozent nach oben gehen könne. Das entspricht 220.000 Menschen, was bedeutet, dass eine Unterschreitung der **Fünfmillionengrenze** gar nicht erfolgt ist. Ein Taschenspielertrick!

Wobei die Definition der Statistik „arbeitslos nach den Regeln des Amtes“ bedeutet. Herr Minister Clement versprach: „Wir werden die Fünfmillionengrenze unterschreiten und danach sinkende Arbeitslosenzahlen aufweisen!“ – Na klar, so geht es auch: „Was sagt die Statistik? Leute, wir sind nah dran! Sofort aufhören! Wir machen erst nach dem 15. weiter!“ – Werden so die Zahlen beeinflusst? Oder schafft das Amt einfach **Rahmenbedingungen**, die diese Auswirkung haben?

Hartz IV ist viel zu teuer, aber das wenigste Geld kommt bei den Betroffenen an, weil die verantwortlichen Minister die Ausgaben schöngerechnet haben und immer noch nicht die Wahrheit sagen. Allerdings konnte der Bund nicht wissen, dass die **Gemeinden** über 90 Prozent aller Sozialhilfeempfänger auf das ALG II verweisen, dass sie ungeeignetes Personal in die Arbeitsgemeinschaften abstellen, dass sie diese Mitarbeiter zur Erreichung der Zustimmung befördern („Spiegel“ 21/2005), da die Folgekosten die Bundesagentur für Arbeit trägt, und dass diese Gemeinden sich beharrlich weigern, ihre Einsparungen durch weniger Sozialhilfe und Personal zu beziffern, weil der Bund einen geringeren Teil an den Kosten der Unterkunft übernehmen will. Dabei reicht die Rücknahme der Steuersenkungen für sehr gut Verdienende aus, um diese Haushaltslücke zu schließen!

Weiteres Personal in den Ämtern bringt nur eine weitere Kostenerhöhung, Arbeitsplätze werden dadurch nicht geschaffen! Der Ausbau der **Ein-Euro-Jobs** ist keine Möglichkeit, die Arbeitslosenzahl zu senken, denn jede Maßnahme dauert nur sechs Monate, gefährdet oder vernichtet Arbeitsplätze und kostet inzwischen bis zu 1.000 Euro pro Monat plus Regiekosten im Amt. Ich wünsche mir mehr ge-

sunden Menschenverstand bei den Politikern: Nur eine Korrektur der Verwaltung und eine Abschaffung unsinniger Beschäftigungsmaßnahmen spart Geld und gibt dem Handwerk und den Pflegeberufen die Möglichkeit, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen!

3. Mit der „**Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur**“ ist dem „Weser-Report“ zufolge eine unglaubliche Hauhaltsentlastung gelungen! Gegründet wurde die GmbH vor einem Jahr mit 25 Millionen Euro Startkapital, 16 Mitarbeitern und einem Geschäftsführer sowie dem Ziel, von 2006 bis 2010 jeweils 8 Millionen Euro einzusparen. Für den Geschäftsbetrieb der GmbH hatte Herr Senator Willi Lemke 40 Millionen veranschlagt, davon waren 32 bereits in die Eckwerte des Haushalts 2006/2007 eingeplant. Ich bleibe bei meiner Feststellung, dass ein Senator, der in seinem Haushalt von übrigens 450 Millionen nicht selbst für Ordnung sorgen kann, fehl am Platz ist!

Der Geschäftsführer ist nun gefunden: Er heißt Jürgen Mumdey und ist alleiniger Mitarbeiter der GmbH. Die 8 Millionen will er schon 2006 einsparen, also nach etwas über einem Jahr nach Gründung. Die Mitarbeiter sind noch nicht vorhanden; gewonnen werden sollen sie aus der Behördenstruktur auf freiwilliger Basis. Ihre Zahl ist jetzt variabel, sie hängt von den übertragenden Aufgaben ab. Derzeit erledigen noch Behördenmitarbeiter die Aufgaben, die eines Tages diese GmbH übernehmen soll. Nun zum finanziellen **Wunder** an der Weser: Im Haushalt 2006/2007 ist der Eckwert gesunken! Eingeplant waren 32 Millionen, erhöht werden sollte auf 40 Millionen, jetzt sind nur noch 350.000 eingeplant, also 2006 und 2007 jeweils 175.000 Euro für die Arbeitsfähigkeit von Geschäftsführer und Vorzimmer.

Es bleiben einige Fragen offen: Wie ist Herr Senator Willi Lemke nur auf die 40 Millionen Euro gekommen? Wieso kann er nicht auch noch diese 350.000 Euro sparen? Auch das Stammkapital der GmbH mit 25 Millionen wäre dann sofort wieder verfügbar, der Schaden begrenzt auf Gründungskosten, bisher angefallene Betriebskosten – und **Auflösungskosten**. Ein mutiger Schritt in die richtige Richtung! Oder eine Reaktion auf die Rahmenbedingungen?

4. Mein einschneidendes Erlebnis mit der **Polizei** hier in Bremen war 1968 die Erhöhung der Fahrpreise. Im Laufe der 40 Montagsdemos hat sich mein Verhältnis zur Polizei stark verbessert. Bei den Einsparungen wurde auch beschlossen, im Polizeidienst keine Neueinstellungen vorzunehmen und nur einen Teil der Polizeischüler zu übernehmen. Sehr kurzsichtig! Auch die Erhöhung des Rentenalters für Streifenpolizisten ist nicht nachvollziehbar.

Jetzt war die Polizei unter der Überschrift „Wie sicher ist unsere Stadt noch?“ wieder in den Schlagzeilen („Weser-Report“, 12. Juni 2005). Beklagt wurden 183.000 **Überstunden**, weniger Personal, längere Lebensarbeitszeit und Mittelkürzungen. Leider wurde auf das Schicksal der jetzt fertigen Polizeischüler nicht

eingegangen. Ich wünsche mir die vollständige Übernahme *aller* Polizeischüler, schon um Bremen Schadenersatzansprüche zu ersparen.

Weitsichtig muss das Handeln des öffentlichen Arbeitgebers sein, denn für Fehlentscheidungen hat er bei einer hoheitlichen Ausbildung einzustehen. Jetzt soll die Bereitschaftspolizei um eine weitere Hundertschaft aufgestockt werden. Kann das Prinzip „Günstigkeit vor Qualität“, zu Lasten der Arbeitnehmer, eine Lösung sein?

5. Eichel und Clement haben ein neues Thema entdeckt, freiwillig oder als Geschickte wie zuvor Müntefering: Plötzlich ist die **Nachfrage** wieder wichtig. Sie wird durch eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens geschaffen. Lohnerhöhung ist angesagt! Keine Angst mehr vor Betriebsabwanderung, keine Angst mehr um die Produktionskosten in Deutschland!

Dies ist erneut eine Rückkehr zur Wahrheit, nur die Begründung stimmt nicht: Die erhöhten Gewinne der Unternehmen resultieren nicht aus dem normalen Betriebsgeschehen, es handelt sich in der Spitze fast ausschließlich um **Sanierungsgewinne** aus dem Personalabbau!

Wegen der Leistungskürzungen bei den verbliebenen Arbeitnehmern stehen in den Unternehmen jetzt Gewinne an; bei Siemens 4.000 Euro für jeden Mitarbeiter. Dies folgt aus einer Erhöhung der Regelarbeitszeit auf 40 Stunden, zum Teil nicht einmal mit Lohnausgleich, aus einer Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden oder weniger bei voller **Lohnkürzung** mit dem gleichen Aufgabenbereich und aus einer Streichung der Zuschläge für Überstunden. Diese Liste lässt sich fortsetzen; selbst im öffentlichem Dienst gibt es befristete Arbeitsverträge. Insgesamt erhöht sich der Leistungsdruck auf die Beschäftigten.

Jetzt verfallen diese Politiker auf die Idee: „Ermuntern wir doch zu Lohnerhöhungen!“. Haben sie nicht berücksichtigt, dass Millionäre nicht mehr Geld ausgeben, wenn sie weniger Steuern zahlen? Ob Herr Ackermann sich schon bei Herrn Schröder bedankt hat? Die Steuersenkungen für sehr gut Verdienende beläuft sich auf über zehn Prozent, für Herrn Ackermann somit circa eine Million Euro pro Jahr. ALG-II-Betroffene wüssten sofort, wofür sie eine Erhöhung des Regelsatzes verwenden könnten; ein Mittelzufluss an die Hedgefonds wäre bestimmt nicht dabei!

Allein die **Kaufkraftverluste** durch die Einführung des ALG II bedrohen massiv den Einzelhandel und damit die Beschäftigten, auch in Bremen. Dies ist der Bundesregierung bekannt und wurde in den neuen Bundesländern durch Extrazusagen und viel Geld ausgeglichen, sonst hätten diese Länder ihre Zustimmung verweigert!

6. Bremen hat die **Sanierungszeit** beendet: Das Geld ist weg, die Schulden wurden erhöht, allein 2004 erneut um 889 Millionen Euro, obwohl 360 Millionen als letzte Sanierungsrate eingegangen sind. Senator Nußbaum hat den Sanierungsbericht vorgelegt. Er gesteht zu, dass die tatsächliche finanzielle Lage Bremens

wesentlich schlechter ist als die gefühlte Situation. Und ich dachte immer, die haben eine Buchführung!

Aber Herr Senator Nußbaum hat ein Ziel: mehr **Arbeitsplätze**! In der Zeitung stand in den letzten Wochen, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Sanierungszeitraum zurückgegangen ist; dies war eine Anfrage der Grünen. Die Anfrage der CDU hat dann eine fast gleichbleibende Beschäftigung ergeben; hier wurden die geringfügigen Beschäftigungen mitgezählt.

1994 gab es 299.037 Beschäftigte laut Statistischem Jahrbuch 2005 der Arbeitnehmerkammer Bremen, 2005 gemäß Arbeitsamt noch 272.800. Es sind also 26.237 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze trotz des vielen Geldes verloren gegangen. Der Herr Senator hat aber nicht ausgeführt, was er ändern wird. Fest steht: Die **Sparbeschlüsse** kosten weitere sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Und wir haben immer noch die gleichen Politiker; der Nußbaum ist zwar neu, aber schon gut eingearbeitet. Reaktion der Handelskammer: Bremen müsse selbständig bleiben; es gebe zehn Punkte, die dafür sprächen. Wieso soll ein Mensch in Bremen einen Senat, der total abgewirtschaftet hat, oder ein schlechteres Kultur- und Bildungsangebot akzeptieren? Wie lange kann der Hinweis auf die **Selbständigkeit** Bremens die schlechteren Lebensbedingungen überlagern? Die Hansestadt hat die meisten Millionäre, und wenn denen an der Selbständigkeit Bremens liegt, sollen diese doch den Fehlbetrag ausgleichen! Oder fehlt auch hier das Vertrauen in den Senat?

Der **Länderfinanzausgleich** wurde aufgrund der letzen Klage Bremens neu geregelt, mit aktiver Beteiligung von Bürgermeister Henning Scherf, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht. Wieso ist von ihm eine für Bremen so schlechte Lösung akzeptiert worden? Der Finanzierungsplanungsrat bekommt am Monatsende den Bericht vorgelegt; die Finanzminister der anderen Länder werden die Bremer Sanierungsbemühungen dann verdauen. Mühe allein reicht eben nicht, das Ergebnis zählt!

Der kleine Mann und die kleine Frau in Bremen müssen darunter leiden. Diese Menschen haben keinen Vorteil vom kurzen Weg zum Rathaus oder vom Händedruck des Bürgermeisters. Sie haben kein Interesse an einer Bremer Regelung! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Hans-Dieter Binder

Delegierte gewählt

Bei sonnigem Wetter waren etwa 50 bis 60 Leute zur 41. Bremer Montagsdemo gekommen. In verschiedenen Beiträgen wurde hervorgehoben, dass die Schröder-Regierung zum Abdanken gezwungen wird, was nicht zuletzt das Verdienst der Montagsdemo-Bewegung ist. Den Herrschenden ist es nicht gelungen, diese selbständige soziale Bewegung kaputtzukriegen oder zu vereinnahmen. Das ärgert sie.

Die eventuell kommende CDU-Regierung braucht nicht zu meinen, dass wir uns von ihr mehr gefallen lassen als von der jetzigen! Die Ankündigungen von Stoiber und Merkel (Mehrwertsteuer rauf, Schnitte ins „soziale Netz“) sind eine Kriegserklärung! Diesen Krieg können sie haben: „Ich bin aufgestanden“ hieß es in einem Beitrag, „wir stehen alle auf“ in einem anderen.

In zwei Reden wurde das neue „Bekenntnis“ von Eichel, Clement und Schröder für höhere Löhne auf die Schippe genommen. Seltsam, was kurz vor der Wahl diesen Herrschaften einfällt, haben sie doch bisher immer gepredigt, der „Standort Deutschland“ müsse durch „Senkung der Kosten für Arbeit“ konkurrenzfähiger gemacht werden! „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und diese Bundesregierung hat uns schon tausendmal belogen! Wir fallen darauf nicht rein! Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben werden den Kampf um höhere Löhne und Gehälter auch nicht von der gnädigen Zustimmung Schröders abhängig machen!“

Beifall und Anerkennung fand auch ein Beitrag, in dem als Erfolg des von einem Montagsdemonstranten erstellten Mietspiegels herausgestellt wurde, dass definitiv bis September kein ALG-II-Empfänger wegen zu hoher Miete umziehen muss. Bevor die kurze Demo durch die Obernstraße losging, wurden Stimmzettel für die Wahl der Bremer Bevollmächtigten zur bundesweiten Delegiertenkonferenz am 2. Juli in Hannover verteilt. In geheimer Wahl wurden drei Delegierte gewählt und beglückwünscht. Den Abschluss auf dem Marktplatz bildete wieder die „Anti-Hartz-IV-Hymne“, bei der sich alle an den Händen hielten, so wie wir es bei der großen Demo in Gelsenkirchen erlebt hatten. Auch bei uns stärkt das unser Zusammengehörigkeitsgefühl.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Eine andere Welt ist möglich

Die Senatspolitik behandelt Bremen als Experimentierfeld einer neoliberalen **Globalisierung**. Bremen hat so die Funktion eines negativen Vorbilds, eingebunden in einen Prozess weltweiter Ausbeutung. Diese war bisher hauptsächlich auf

die Entwicklungsländer konzentriert, zieht nun aber auch in die industriellen Metropolen der bisherigen Wohlfahrtsstaaten ein.

Damit einher geht eine Entdemokratisierung der Gesellschaft und eine verstärkte Umverteilung von unten nach oben (Hartz, Agenda 2010, Gesundheitsreform). Auf Bremen bezogen, steckt hinter der gescheiterten Haushaltssanierungspolitik der Großen Koalition ein neoliberales **Enteignungsprogramm** mit den bekannten Folgen für die Bürgerinnen und Bürger: Vernichtung von Jobs im Öffentlichen Dienst, Verkauf öffentlichen Eigentums, Kürzungen in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wachsende Armut, Bildung und Kultur in miserablem Zustand bei gleichzeitigen Millionensubventionen für Großprojekte wie den „Space-Park“.

Dem setzen wir entgegen: Eine andere Welt ist möglich, ein anderes Bremen auch! Die Demonstration am Samstag soll allen Teilnehmenden die Möglichkeit bieten, ihre Anliegen auch auf die Straße zu tragen. So wie die Sozialforen einen Ort der offenen zivilgesellschaftlichen Debatte über die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung schaffen und damit einen praktischen Beitrag zur Wiederaneignung der **Diskussionshoheit** leisten, steht auch die Demo im Zeichen symbolischer Wiederaneignung: Holen wir uns zurück, was uns der Neoliberalismus genommen hat! Die Stadt gehört uns!

Unter diesem verbindenden Motto haben alle Teilnehmerinnen die Möglichkeit, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen, sofern sie nicht in inhaltlichem Widerspruch zur Charta von Porto Alegre stehen. Wie das Sozialforum lebt auch die Demo von den Teilnehmenden, von vielfältiger Aktion, Transparenten und Musik!

Die **Demonstration** am **Samstag**, dem **18. Juni 2005**, beginnt um **15 Uhr** am **Lagerhaus** in der Schildstraße, erreicht um **16 Uhr** den **Goetheplatz** und führt um 17 Uhr zurück ins Lagerhaus. Zuvor, um **13 Uhr**, gibt es dort im Freizeitraum einen **Workshop** der Arbeitnehmerkammer und der Initiative Bremer Montagsdemo zur Aufklärung über die tatsächlichen Absichten und die **Folgen** der **Hartz-Gesetzgebung**; berichtet wird auch über praktische Erfahrungen mit Betroffenen. Darüber hinaus bietet das Sozialforum vom **17. bis 19. Juni** ein sehr umfangreiches Veranstaltungsprogramm.

Till Mossakowski und Peter Erlanson für das „Bremer Sozialforum “

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

42. Bremer Montagsdemo

am 20. 06. 2005

Der Schnüffel- und Räuberstaat schlägt wieder zu!

Rentner kriegen keine Lebensabendruh! Ich habe meine Mitteilung bekommen: Mir wird schon wieder Rentengeld genommen. Es ist eine Sauerei, was der Staat so macht! Die Arbeitszeit ist vorbei, ich hätte sie gern anders vollbracht!

Im letzten Januar habe ich 306 Euro bekommen, im April gleichen Jahres hat man mir davon schon drei fortgenommen. Ab Juli 2005 habe ich nur noch 302 Euro: Der „Rentendieb“ ist der Staat und nicht der Teuro!

Ich bin sehr sauer und finde meine Rente bald für die Katz: Man kann es doch sehen, ich kriege nicht einmal den Sozialhilfesatz! Die vielen Jahre habe ich hart geschuftet! Nun sehe ich, wie meine Rente verduftet!

Abzüge hatte ich auch, höher als mein Lohn, aber was man mir jetzt lässt, ist einfach der Hohn! Ein Kind hab ich großgezogen, dafür sind 26 Euro gut: Die sind schon in der Rente! Wie wohl das doch tut!

Ohne Kind hätte ich 270 Euro und ein paar Kröten dazu. Die CDU will nach dem Sieg eine grundlegende Rentenreform, wozu? Auch Sozialkürzungen sollen reichlich her: Der Schnüffel- und Räuberstaat will mehr, mehr, mehr!

Der Staat hat uns früher Milliarden D-Mark genommen. Dieses Rentengeld ist in viele andere, fremde Kanäle gekommen! Belogen, betrogen habt ihr all die Rentner, fürwahr, denn sie stehen wegen euch immer ärmer da!

Ihr seid auf Raubzug beim kleinen Mann! Aber was, ihr Raubritter, kommt dann? Wenn die Taschen leer sind, bleibt als letzte Konsequenz für viele Verbraucher nur die Privatinsolvenz!

Der Aufschrei ist da, ich rufe sehr laut, dass ihr endlich mal auf *euer* Ruhegeld schaut! An eure Nebeneinkünfte könnt ihr auch mal ran: Dass ihr das nicht macht, ist, was keiner verstehen kann!

Das Sozialgericht hat entschieden, wie ihr wisst, dass ein „Rentenklau“ ohne Inflationsausgleich nicht rechtens ist! Die Richter haben jedoch auch bedacht dabei, dieser Ausgleich ist zu gering, drum sei es einerlei!

Darum, was schert es euch, Damen und Herren mit Gold im Kopf! Das Geld, was ihr sucht, holt ihr euch aus dem Rentnertopf! Ihr macht Politik, bis eure Taschen prall gefüllt sind! Ich sage euch, eure Geldgier ist nie gestillt!

Der Rentenrückgang bedeutet Rückschritt pur und führt zu Stillstand in der ganzen Wirtschaft nur! Eine Mehrwertsteuererhöhung soll auch noch sein! In Deutschland schnaufen wir wie die Robben ohne Bein!

Ursula Gatzke (parteilos)

Das Nebenparlament

Deutschland hat eine Nebenparlament, es tagt jeden Sonntagsabend und heißt „Bei Christiansen“. Ob Rogowski vom Bundesverband der deutschen Industrie, jetzt Thumann, oder der Hundt von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, ob Handwerkspräsidenten oder irgendwelche sogenannten Wirtschaftswissenschaftler: Sie alle sitzen dort sonntagabends zusammen, um schon mal vorzugeben, was zu tun sei, was die Politik im Parlament demnächst zu beschließen habe oder was nicht geschehen dürfe.

So tagten sie auch gestern mal wieder. Ihr Thema: „Wer schenkt den Wählern jetzt reinen Wein ein?“. Hin und wieder werden mal Leute mit eingeladen, die nicht der obersten Millionärsschicht angehören, als „Alibi“ sozusagen, die aber nichts zu bieten haben, wie diesmal der sogenannte „Linke“ von den Grünen, der Ströbele. Ansonsten, wie meistens, Leute, die uns *keinen* reinen Wein einschenken, sondern diesen lieber heimlich saufen und uns Wasser predigen! – Mehr dazu morgen im Fernsehen.

Hermann Siemering (Verdi) moderiert am morgigen Dienstag um 19:30 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“

Wir wollen eine Wochenzeitung der „Komplementärgesellschaft“ herausgeben

Beim Bremer Sozialforum ist in der vergangenen Woche der Gedanke aufgekommen, „von unten“ eine Wochenzeitung der „Komplementärgesellschaft“ herauszugeben, welche die Aufarbeitung der neoliberalen Handlungen in Bremen, zugleich aber auch die Ansätze der Bewegungen aufzeigen soll, die schon an dieser „Komplementärgesellschaft“ schaffen.

Es sollten dabei wie beim Sozialforum die *Bewegungen* und nicht die *Parteien* zu Wort kommen, die solch eine Zeitung als neues Sprachrohr nutzen könnten, was nicht alle in gleicher Weise begrüßen würden. Es müsste ein Gremium gebildet werden, das die Vorbereitungen zum jeweiligen Erscheinen der Zeitung trifft. Die erste Ausgabe, vielleicht durch Spenden finanziert, sollte an alle 66 Initiativen, die am Sozialforum teilgenommen haben, geschickt werden; die weiteren wären durch Abonnements-Beiträge zu finanzieren, für die in der ersten Ausgabe mit einem entsprechenden Abschnitt geworben werden müsste.

Die Ergebnisse der Workshops werden bei Till Mossakowski abzurufen sein. Hiervon lässt sich wohl manches übernehmen, vielleicht auch von bestehenden Zeitungsberichten. Einmal im Monat könnten auch wir von den „Roland-Foren“ einen Beitrag leisten. Diese Möglichkeit sollte allen Initiativen, die am Sozialforum teilgenommen haben, ermöglicht werden. Dort sollten auch die jeweiligen Termine aufgenommen werden, die man dann besser aufeinander abstimmen könnte; so wäre dem Vernetzungsgedanken gedient.

Auch das Modell der Bürgerbeteiligung von Porto Alegre könnte vorgestellt werden und andere, schon in der Welt erprobte Formen der „neuen Gesellschaft“, die wir gern als „komplementär“ bezeichnen, weil wir eine „Komplementärwährung“ initiieren.

Dietlind Rinke (parteilos) – siehe auch 38. Montagsdemo

Die anderen Linken räuspern sich

Wir stehen in einem unterschiedlichen Näheverhältnis zum Parlamentarismus im Allgemeinen und linken Parteien im Besonderen. Wir halten aber, lokal wie überregional, die Zusammenarbeit von PDS und WASG anlässlich der Bundestagswahl für wichtig. Sie würde eine Bündelung der politischen Opposition anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahlen bedeuten und sollte nach unserer Überzeugung für die Zeit nach den Wahlen die ernsthafte Prüfung eines dauerhaften Zusammengehens beinhalten.

Wir respektieren die jeweiligen Probleme und Vorbehalte in beiden Organisationen, denken aber, dass es Zeit ist, das durchaus berechtigte Organisationsinteresse zugunsten einer Kooperation unter Linken unterschiedlicher Geschichte zurückzustellen. Es geht nicht darum, nun die gesamte Linke in eine Partei zu zwingen. Wir gehen davon aus, dass es weiter kraftvolle soziale Bewegungen und kritische gesellschaftliche Organisationen geben muss.

Wir wünschen uns von den Mitgliedern beider Parteien, dass ihr diese Chance zu mehr Einheit und zu einer kräftigen Opposition im Bundestag samt ihren gesamten öffentlichen Auswirkungen nicht ungenutzt verstreichen lasst; dass ihr als parteiförmig organisierte Linke in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Linken eurer Aufgabe nachkommt und nicht vorrangig eure Organisation pflegt; dass eine niveauvolle, von Respekt getragene inhaltliche Debatte nicht nur untereinander, sondern auch mit anderen Spektren der Linken stattfindet.

Wir wünschen uns von euch ein Programm, das nicht nur einen Minimalkonsens „gegen Sozialstaatsabbau und Neoliberalismus“ beinhaltet, sondern auch von anderen sozialen Bewegungen als den Montagsdemos politische Impulse ernsthaft aufnimmt. Finanzielle Umverteilung ist ein zentrales Moment von Gerechtigkeit. Ein zukunftsfähiges linkes politisches Programm muss heute aber auch eine weitergehende Demokratisierung beinhalten, die Differenzen unter Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen akzeptieren und für ihre Anerkennung eintreten.

Wir denken dabei genauso an Forderungen nach Teilhabe, wie sie in der feministischen Bewegung propagiert werden, an Fragen von Antirassismus und Migration oder an Probleme internationaler Gerechtigkeit. Viele von uns sind in diesen Themenfeldern seit langem politisch engagiert und bereit, diese auch nach der Wahl zusammen mit euch zu bearbeiten. Andere werden erst einmal den weiteren Verlauf mit Interesse oder Sympathie beobachten.

Aufgrund unserer Erfahrungen mit Parteien und Parlament sind wir weit davon entfernt, die Gestaltungsmöglichkeiten von Linken darin zu überschätzen. Die parlamentarischen Möglichkeiten hängen weitgehend davon ab, ob sich in der Gesellschaft politischer Druck durch soziale Bewegungen entwickelt. Dazu werden wir beitragen, auch nach der Wahl.

Wir bitten um Unterstützung dieses Bremer Aufrufes für ein linkes Wahlbündnis! – Initiatoren: Jürgen Burger, Lehrer; Christoph Engemann, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Initiative; Raimund Gaebelein, Landesvorsitzender VVN-BdA Bremen; Bernd Hüttner, Gründer des Archivs der sozialen Bewegungen Bremen; Andrea Kolling, Vorstand Bremische Stiftung Rüstungskonversion und Friedensforschung; Ekkehard Lentz, Sprecher des Bremer Friedensforums; Prof. Dr. Lothar Peter, Universität Bremen; Dr. Elka Pralle, Vorsitzende der Masch Bremen, Forum für Politik und Kultur; Udo Schapals, Vertrauensmann Verdi; Norbert Schepers, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Initiative; Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Hochschule Bremen; Dr. Christoph Spehr, Redakteur der Zeitschrift „Alaska"; Prof. Dr. Jörg Wollenberg, emeritierter Hochschullehrer Universität Bremen.

Mehr Jugendarbeitslosigkeit – und die Reform ist noch jung!

An diesem Wochenende hat das „Sozialforum" mit vielen Veranstaltungen und interessanten Themen stattgefunden. Ich war sporadisch da und habe auch dazugelernt, aber die wichtigste Veranstaltung war für mich die Demo, weil nur sie Öffentlichkeit schafft. Die wichtigste Aussage war für mich das Motto „Eine andere Welt ist möglich, ein anderes Bremen auch", denn ich *will* ein anderes Bremen, mit aufrichtigen und anständigen Politikern, eben eine andere Politik. Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Wir schaffen eine Zukunft! –

Werbeanzeigen der Bundesregierung gibt es viele, die neueste lautet: „Zwei Jahre **Agenda 2010**. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Und die Reform ist noch jung." (diesmal „Arbeitsmarktreform").

Leider stimmen diese Aussagen so nicht: Von zwei Jahren Agenda 2010 wurde das erste verschlafen; umgesetzt wurde das Gesetz von Dezember 2003 erst ab Januar 2005. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt auch nicht: Per 15. Mai 2005 gab es in Bremen 5.263 Arbeitssuchende unter 25 Jahren, 1.492 *mehr* als ein Jahr zuvor. Wahrlich kein Grund zum Feiern! Die Statistik des Arbeitsamtes für Mai 2005 sagt dazu auf Seite 10, die Lücke im Ausbildungsplatzangebot sei größer als im Vorjahr. Bundesweit waren 568.427 Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit, 110.649 *mehr* als im Vorjahr. Und die Reform ist noch jung!

Nur wenn es vielen Menschen *schlechter* geht, haben wir eine „Reform": Ein Jahr gut geschlafen und dann nicht Positives vollbracht! Auch nach dem alten

Arbeitsförderungsgesetz mussten Menschen unter 25 Jahren vorrangig vermittelt und besonders betreut werden, aber damals war die Betreuung positiv.

Soweit zum Fettgedrucktem. Im Nachsatz steht das Rezept für diese Leistung: bessere Betreuung einerseits, härteres Durchgreifen anderseits, wenn jemand Arbeit ablehnt. Ich glaube, dass auch hier Angemessenheit gefragt ist und den jungen Menschen nur Ausbildungs- und Arbeitsstellen fehlen sowie die Unterstützung der Gesellschaft.

Auszubildende mit Anspruch auf unterstützende Leistungen des alten Sozialhilfegesetzes erhalten diese Leistungen in diesem Jahr nicht mehr. Mit einem Abbruch der Ausbildung könnten diese Auszubildenden wieder mehr Geld zum Leben erhalten. Widersinnig, eben „Reform“! Alle Parteien in Bremen, Arbeits- und Sozialamt wie auch die Presse sind informiert und finden diese Lage misslich und änderungswürdig. Es gibt gute Ratschläge, aber keine finanzielle Unterstützung, und zum Hohn von Staatsrat Knigge die Anmerkung, zu wenig Geld sei kein Härtefall. –

Ein Vermittler für 75 junge Arbeitssuchende, so ist es heute vorgesehen, aber noch Zukunftsmusik, allerdings mit falschen Tönen: Es fehlen Arbeitsstellen, nicht die Vermittler. Nach drei Monaten Hartz IV seien circa 100.000 Jugendliche weniger arbeitslos, heißt es; doch im März 2005 waren 664.540 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos und 217.000 in Maßnahmen für Jüngere untergebracht.

Sowohl diese Anzeige als auch die Einstellung von weiteren Fallmanagern sind Verschleuderung von Steuergeld! Als Begründung für den anhaltend hohen Stand der Jugendarbeitslosigkeit wird im „Weser-Report“ vom 19. Juni 2005 ein niedriger Bildungsstand genannt: 30 Prozent seien ohne Schulabschluss. Auch kämen 80 Prozent der jetzt von ALG II betroffenen Jugendlichen nicht aus einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung. Das ist klar, sonst bezögen sie ALG I.

Mangelnde Arbeits- und Ausbildungsstellen sind hier nicht erwähnt. Es gibt auch keine Kritik am weiteren Abbau der Bildung, etwa der Erwachsenenschule. Leute, lasst euch kein schlechtes Gewissen machen! Kommt her, damit wir die Probleme gemeinsam anpacken können! –

Thorsten Thümler, CDU-Landtagsabgeordneter, ist zurückgetreten. Es haben viele Menschen nachgefragt und sich aufgeregt über die Meldung, Thümler habe sich auf betrügerische Weise Sonderpreise in Hotels erschlichen, indem er sich als Reisejournalist ausgegeben und diese Sonderpreise eingefordert habe, ohne noch Journalist zu sein. Es war nicht die Schadenshöhe, sondern der nachhaltige Wählerprotest: Das Verhalten dieses Abgeordneten wurde von vielen Menschen als Unrecht empfunden, und dieser **Proteststurm** hat den Politiker „zurückgetreten“. Wir sollten unseren gesunden Menschenverstand auch für die Beurteilung der Politiker einsetzen und nicht immer „Was glaubst du denn?“ sagen!

Hans-Dieter Binder

Betroffen vom Tod unseres Mitstreiters Wolfgang Ketting

Unsere Montagsdemo-Kundgebung in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz begann mit einer Schweigeminute: Unser Bevollmächtigter Erich war am letzten Wochenende mit *Wolfgang Ketting* aus Malchow in Mecklenburg-Vorpommern verabredet, um den Rechenschaftsbericht für die Delegiertenkonferenz der bundesweiten Montagsdemobewegung am 2. Juli in Hannover fertigzustellen, als er bei der Ankunft vom plötzlichen Tod unseres Mitstreiters erfuhr. Erich konnte, gänzlich unvorbereitet, an der Trauerfeier teilnehmen. Wir haben entschieden, die heutige Spendensammlung der Familie Wolfgang Kettings zukommen zu lassen.

Der plötzliche Tod und die Hintergründe, warum Wolfgang Ketting nicht rechtzeitig in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, als bestimmte medizinische Erkenntnisse vorlagen, empörte uns. Wir vermieden jede Spekulation, stellten aber fest, dass die medizinische Versorgung der breiten Masse der Bevölkerung immer mehr auf solche Extremsituationen zutreibt, wobei das Monopolkapital daraus resultierende Todesfolgen brutal in Kauf nimmt.

Knapp 50 Teilnehmer waren wir im Laufe der Kundgebung. Der Beitrag einer Urlauberin aus Stuttgart, die dort die Montagsdemo unterstützt, zeigte die Verbundenheit der Montagsdemos untereinander. Wir gaben unsere Grüße nach Stuttgart zurück. Positiv überrascht war sie vom freien Auftreten, das wir auf dem Bremer Marktplatz ausüben können: In Stuttgart darf ein Offenes Mikrofon nur bei *mehr* als 50 Teilnehmern verwendet werden, was von über zehn Polizisten in einer entwürdigenden Zeremonie kontrolliert wird. – Weil so schönes Wetter war, fand auch unsere Demo statt, die diesmal über Obernstraße und Heimlichengang zur Schlachte am Weserufer führte. Die Bierlokale waren voll. Mit ruhiger Ansprache an das große Publikum gab es kaum hämische Bemerkungen, aber manchen Beifall. Mit der Hartz-IV-Hymne beschlossen wir die Demo.

Auf dem Nachbereitungstreffen wurden die heutige Kundgebung und Demo positiv bewertet. Wir wollen inhaltlich weiter an Wahlprüfsteinen arbeiten und uns mit der Verfremdung und Umdeutung von Begriffen wie „Eigenverantwortung“ oder „Reform“ kritisch auseinandersetzen. – Nachdem wir bei der letzten Montagsdemo in geheimer Wahl auf dem Marktplatz die Delegierten gewählt hatten, nominierten wir nun Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe und diskutierten, ob eine große zentrale Demo in Berlin *vor* oder *nach* dem Wahltermin stattfinden sollte. Wir wollen den Delegierten ein Votum mit auf den Weg geben.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

43. Bremer Montagsdemo am 27. 06. 2005

Ihr frechen, reichen Ungeheuer!

Die große Pleitewelle rollt, und sie versandet nicht weich! Besonders betroffen ist der Dienstleistungsbereich. Ein Anstieg auf 18.600 Konkurse wird in diesem Jahr erwartet. Mit Volldampf wird auch 2005 in die Pleitewelle gestartet!

In der lahmenden Baubranche stagnieren die Insolvenzen bei rund 8.600, im Handel und Gewerbe sind es sogar 11.700: Gibt es jemanden, der sich darüber noch wundert? Derzeit geht man von 40.000 Firmenpleiten aus. Wie viele arme Menschen fliegen da wohl raus?

Was macht eine Mehrwertsteuererhöhung für einen Sinn? Wo führt uns die Anhebung der Massensteuern hin? Die Rentner könnte man wieder ausbeuten, das hört ein jeder hier vom Kirchturm läuten!

Wer will die Steuererhöhung beschließen? Den sollte man zum Mond hinschießen! Schnüffel-Politiker, was seid ihr für Ungeheuer! Ihr traut euch nicht einmal an die Reichensteuer!

Clement riet bei diesem Thema dringend zum Zurückhalten: „Das Geld, was wir brauchen, holen wir uns auch von den Alten!“. Doch wir, das Volk, sagen jedem frechen und reichen Ungeheuer: „Die Mehrwertsteuererhöhung kommt euch alle noch sehr, sehr teuer!“

Ich habe nicht gepennt: Geplant ist eine Anhebung um vier Prozent! Davon entfällt jeweils ein Prozent auf Unternehmer, Steuersenkung, Niedriglöhne und „Gesundheitsprämie“!

Hat der Mehrwertsteuerkäse 20 Prozent, ist es soweit, dass man ihn „Reform“ nennt! Spaltet und herrscht nur weiter so: Von dieser „Kost“ rennen wir schnell aufs Klo!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die gefaltete Zitrone

Mit seiner Forderung, künftig Krankheitstage auf den Urlaubsanspruch anzurechnen, spricht der Verbandspräsident des Deutschen Handwerks nur aus, was sich so kurz vor den wahrscheinlichen Neuwahlen kein Politiker mehr trauen würde. Doch dass solche Vorstöße derart dreist in den Raum gestellt werden können, beweist, wie selbstverständlich der Abbau des Sozialstaates sich in den Köpfen der Menschen schon vollzogen hat!

Die Mitglieder der Bundesregierung oder der Opposition werden, vermutlich dann in vertauschten Rollen, nach der Wahl im September mit noch grausameren Einschnitten im Sozialbereich aufwarten. Denn wer glaubt, dass die SPD „sozial“ ist oder die CDU „christlich“, der glaubt auch, dass ein Zitronenfalter Zitronen falten kann.

Elisabeth Graf (parteilos)

Die umgekehrte Telefonzelle

Die Angst vor einer neuen linken Opposition muss verdammt tief sitzen! Wozu man seit Jahren Zeit gehabt hätte, was aber nicht angepackt wurde, taucht jetzt plötzlich vor der eventuellen Wahl im Herbst auf: Millionärssteuer, Maßnahmen gegen Lohndumping, Mindestlohn, gebührenfreies Studium, Erhalt der Bundesausbildungsförderung oder Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhung. Hier könnte man getrost einen alten Schlager singen: „Lauter Lügen hast du mir gesagt, die Wahrheit hast du verschwiegen!“

Das ist die eine Seite der Medaille, die andere besteht aus übelster Hetze. Wenn man früher sagte: „Die kommen doch nicht in den Bundestag, keine fünf Prozent!“, so weiß man, diesmal zieht solch ein Argument nicht. Nun heißt es: „Die kommen fast auf 30 Prozent! Um Gottes Willen, wählt sie nicht!“, oder ganz neu: „Die sind von Rechtsextremen durchsetzt! Wollt ihr etwa Alt- und Neu-Nazis wählen?“

Noch vieles wird den Herrschenden und ihren Steigbügelhaltern einfallen, um, egal auf welchem Weg, eine Linksopposition zu verhindern. Mir persönlich sind Leute, die zurücktreten, um schlechte Politik nicht mehr mitzutragen, lieber als diejenigen, die mit ihrem Hintern am Sessel kleben. Denn was ist der Unterschied zwischen einer Wahlkabine und einer Telefonzelle? In letzterer muss man erst zahlen, dann wählen.

Hermann Siemering (Verdi)

Wahlgeplänkel

1. Die **Brepark**-Feier war teurer als zugegeben, laut „Weser-Kurier“ vom 25. Juni 2005. Eingeräumt worden waren wesentlich kleinere Beträge. Doch die neuen Zahlen sind immer noch nicht die Wahrheit!

Wir erinnern uns: Die Brepark ist eine der *GmbHs* in bremischem Besitz. In der Zeitung stand vor längerer Zeit, dass der Geschäftsführer Bauchschmerzen hat hinsichtlich der angeordneten oder vereinbarten Finanzbewegungen. So wollte er sein Haus nicht dem Nachfolger übergeben! Dann kam der letzte Arbeitstag, und von Bauchschmerzen war nicht mehr die Rede: Der Abschied des alten Geschäftsführers wurde gefeiert im „Alex“, mit 300 geladenen Gästen.

Diese Feier soll jetzt nur knapp 5.000 Euro gekostet haben: 4.650 für Essen und Trinken, 145 für den Ordnungsdienst. Die fehlenden Rechnungen lägen noch nicht vor, eine Raummiete sei nicht zu zahlen. Sind diese Aussagen glaubhaft? Nach meiner Meinung nicht: 4.650 Euro für 300 Personen ergibt 15,50 Euro pro Kopf, und das „Alex“ am Domshof war für diese Veranstaltung auf allen Etagen geschlossen. Und ein Ordnungsdienst bei 300 Leuten für 145 Euro? Die effektive Rechnung wird sicher anders aussehen!

Aber eins ist klar: Bezahlt hat der Steuerzahler! Unklar ist bisher, ob die Bauchschmerzen mit übergeben wurden, oder ob der neue Geschäftsführer nur feststellt, dass war vor seiner Zeit. Die Verträge hat er sicher auch in seinem vorherigem Aufgabenbereich zu verantworten, oder ist er deswegen gesetzt worden?

2. Nun geht es um die Pfründen der bremischen Bürgerschaft: **Diäten** und Aufwandsentschädigungen sollen von 2002 bis 2006 *nicht* erhöht werden! Mit diesem Beschluss sind die Diäten aber auch vor einer *Reduzierung* geschützt, anders als die Renten, die Einkommen der Polizisten und der übrigen Mitarbeiter Bremens. Ganz anders als die Einkommen aller anderen Bürger!

Diese Festschreibung ist auch eine Sicherung des Sterbegeldes der Bürgerschaft und aller anderen Nebensächlichkeiten, wobei Sterbegeld für die Normalsterblichen inzwischen ein Fremdwort ist. Es gibt eben Oasen! Ich hoffe auf das Gewissen der Bürgerschaft und eine kundige Kommission, die nicht nur die offensichtlichen Zahlen miteinander vergleicht, sondern auch die Nebensächlichkeiten richtig wertet. Eine *Herabsetzung* der Diäten wäre dann vorhersehbar und hoffentlich wie die Rentenbesteuerung rückwirkend!

Unser Noch-Bundeskanzler hat auf dem Weltwirtschaftgipfel verkündet: „Wir haben mit Hartz IV eine Niedriglohnzone geschaffen!“ Warum wollen diese Politiker da nicht mitmachen, nicht selbst betroffen werden?

3. Wer ist *nicht* von **Hartz IV** betroffen? Wer nicht in Deutschland lebt! Die Botschaft: „Hartz IV, das ist Steuergeld, also nehmt dieses Almosen und seid froh!“ – Das ist es nicht, das kann es nicht sein!

Der einzelne Bürger hat überhaupt keinen Einfluss auf die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge und deren Verwendung. Weitsichtige haben die leeren Kassen der Sozialversicherung vorhergesehen, kurzsichtige Politiker haben trotzdem die deutsche Wiedervereinigung über die Sozialkassen finanziert („Weser-Kurier“, 19. Juni 2005) und die Gesamtbelastung nicht berücksichtigt!

Es wurde auch ein Verschiebebahnhof eingerichtet: Die Bundesagentur für Arbeit zahlt für jeden Arbeitssuchenden, der an die Bagis zum ALG II weitergereicht wird, 12.000 Euro. Bei 800.000 Betroffenen fallen pro Jahr 9,6 Milliarden Euro an. Die Personalkosten der Bagis beim ALG II erfolgen zu Lasten der Bundesagentur für Arbeit und damit auch die Kosten der motivierenden Beförderungen. Für die Kosten der Unterkunft ist erst einmal die Gemeinde zuständig, aber teilweise gibt es eine Erstattung vom Bund. Bestimmte Leistungen der Rentenversicherung erfolgen ohne Beitragseinnahme, verschiedene Steuern werden nach einem Verteilerschlüssel umgelegt.

Unfähige Politiker setzen weiterhin auf die zügige Vermittlung der Arbeitssuchenden; dazu werden Beschäftigungsmöglichkeiten eingekauft und weitere Mitarbeiter in der Bagis eingestellt oder aufgesogen. Damit wird Geld, *unser Geld,* verschleudert, denn Arbeitsstellen gibt es nicht ausreichend! Der Nebeneffekt: Die Akademiker werden für diese Zwecke eingestellt, aber nur, wenn kein anderer Mitarbeiter der Bahn, Post, Gemeinde oder Telekom mehr zu haben ist. So ist die Arbeitslosigkeit von Akademikern stark zurückgegangen.

4. Herr Ackermann zahlt circa 11 Prozent weniger **Steuern** pro Jahr! Was macht er mit der zusätzlichen Million? Bestimmt kein Brot kaufen! Haben wir daher die „Heuschrecken“ zugelassen?

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank ist der führende Berater der Bundesregierung, egal welcher. Die Deutsche Bank blieb dadurch über Jahrzehnte von jeder großen Steuerprüfung verschont, und so betrachtet ist die Steuerersparnis von Herrn Ackermann logisch, oder? Die Deutsche Bank war und ist der Hauptei-

gentümer von Daimler-Chrysler, und so betrachtet ist die Steuerersparnis dieses Konzerns logisch, oder? Diese Liste lässt sich fortsetzen!

Die Unternehmen konnten oder sollten ihre Beteiligungen verkaufen, damit die Deutsche Bank ein amerikanisches Bankhaus kaufen durfte. Natürlich blieben diese Milliardengewinne steuerfrei: Das Gesetz wurde rechtzeitig geändert! Das schlechte Gewissen müssen andere haben. Selbst Politiker fordern nun eine höhere Steuerbelastung für Spitzenverdiener.

Ein Wort noch an die Multis und die Multimillionäre: Nur mit einer auskömmlichen Staatseinnahme lässt sich ein sozialer Frieden sichern. Nicht genug Geld für ein auskömmliches Leben zu haben, schafft Perspektivlosigkeit. ALG II reicht nicht für ein auskömmliches Überleben und schafft dadurch Konflikte! Bildungsabbau schränkt die Möglichkeiten der Konfliktbewältigung ein. Eure Steuergerechtigkeit von heute ist unsere gemeinsame Zukunft! Steuer*ehrlichkeit* allein reicht heute und jetzt nicht!

5. Wahlgeplänkel von unwissenden Politikern, zunächst Clement, Bundesfinanzminister: „Die Auseinanderdividierung von Bedarfsgemeinschaften ist Anleitung zum Leistungsmissbrauch“. Ein schwerwiegender Satz! Am besten keinen Antrag stellen, oder? Clement, wohlwissend, dass Aufklärung und Wissen schon immer vor Benachteiligung geschützt hat, hat falsch gerechnet! Er kannte das Bürgerliche Gesetzbuch nicht.

Die SPD verkündet, die Bezugsdauer für ALG I werde verlängert, wohlwissend, dass dieses Gesetz nicht mehr durchgeht. Sie fordert auch einen Steuerzuschlag für Spitzenverdiener, wohlwissend, dass die letzte Steuer*entlastung* für diese Gruppe wesentlich höher war,

Die CDA verkündet, ein Kombilohn werde eingeführt und für Niedriglohnbereiche werde es Zuschläge geben, um ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen („Weser-Kurier“, 27. Juni 2005), wohlwissend, dass ALG II bei niedrigem Einkommen als *Ergänzungsleistung* beantragt werden kann, auch für Selbständige!

Die CDU verkündet, sie wolle weniger Geld für Umschulungen ausgeben, diese soll es nur bei einer Arbeitsaufnahme geben („Weser-Kurier“, 26. Juni 2005), wohlwissend, dass dies bereits so gehandhabt wird. Qualifizierungen und Programme, die nach einem halben Jahr nicht in eine Beschäftigung münden, wird es nicht mehr geben!

Dies ist der Abgesang auf die Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten, wohlwissend, dass die daraus resultierenden Statistikzahlen nicht auszuhalten sind. Oder ist dies die Ergänzungsforderung zu den Kombilöhnen, die aber auf Dauer bestünden, wohlwissend, dies ist schlicht unbezahlbar?!

In Bremen werden Studiengebühren eingeführt, aber nur für auswärtige Studenten, wohlwissend, dass dies bereits in Hamburg von den Richtern kassiert wurde. In Niedersachsen gestattet Verdi längere Arbeitszeit für Beamte. Die Gewerkschaft Bergbau stimmt der 40-Stunden-Woche und geringen Lohnsteigerun-

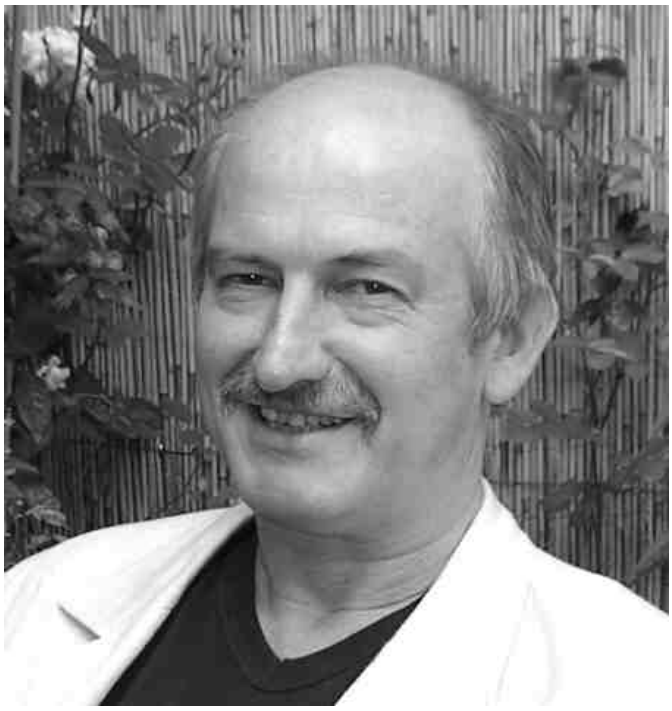
gen zu, wohlwissend, dass damit noch weniger Menschen Arbeit finden! Diese Liste lässt sich fortschreiben!

5. Im letzten Jahr wurde in Bremen eine Richterin verabschiedet, nicht in den Ruhestand, sondern für Europa. Sie wurde auf **Hartz IV** und die Agenda 2010 angesprochen: Sie freue sich auf die Klagen, und von den Politikern wünsche sie sich mehr Wissen. Ob das helfe, hat daraufhin unser Altbürgermeister Koschnik geäußert. Hier unser Angebot an alle Interessierten: Hartz IV und Agenda 2010 für Anfänger und Fortgeschrittene! Wir vermitteln es, auch den Schaffern, dann sind diese im Februar nicht wieder so unwissend!

Wir wollen eine friedliche, gemeinsame Zukunft! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen!

Hans-Dieter Binder

Eine wirkliche Opposition



Wir führen nicht nur hier in Deutschland den Kampf gegen soziale Ausplünderung, gegen die Unterordnung von allem unter die Interessen multinationaler Konzerne, sondern auch in anderen Ländern! Zwei Beispiele aus den vergangenen Tagen: Letzten Freitag fand in *Griechenland* ein Generalstreik gegen den Abbau sozialer Rechte statt, der fast vollständig befolgt wurde, und am Sonntag gab es in *Spanien* große Demos gegen die weltweite Armut. Allein in Madrid waren 50.000 auf der Straße! Sie demonstrierten im Vorfeld des G-8-Gipfels, wo sich die reichsten Industriestaaten treffen, gegen die Politik, die Reichen auf Kosten der Armen immer noch reicher zu machen!

Hier in Bremen findet morgen zum ersten Mal seit 20 Jahren eine *Gesamtpersonalversammlung* des Öffentlichen Dienstes statt. Dessen Beschäftigte haben es satt, dass ständig Stellen abgebaut werden, dass ihnen Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen und die Arbeitszeit verlängert wurde. Polizeischüler werden nicht übernommen! Was ist von einem System zu halten, das seinen eigenen Staatsdienern keine Perspektive mehr zu bieten hat? Die Kolleginnen und Kolle-

gen im Öffentlichen Dienst – auch wenn wir manchen von ihnen gelegentlich auf den Ämtern gegenüber sitzen und sie uns ärgern – verdienen unsere Solidarität: Sie haben denselben Gegner wie wir! Dass jetzt FDP- und CDU-Politiker oder der Holtgrefe vom „Weser-Kurier“ auf sie eindreschen, welche Frechheit es sei, sich zur Hauptgeschäftszeit zu versammeln, zeigt nur, wessen Interessen diese Herrschaften vertreten!

Ganz im Taumel ihres erwarteten kommenden Wahlsieges spricht Hessens Ministerpräsident Koch jetzt davon, die CDU solle eine Politik der „neuen Ehrlichkeit“ praktizieren. Das klingt natürlich aus dem Munde Kochs besonders drollig, hatte er doch eine „brutalstmögliche Aufklärung“ in der CDU-Spendenaffäre versprochen und steckte selbst tief mittendrin! Jetzt will er also „ehrlich“ sein. Und was schlägt er vor? Arbeitszeitverlängerung! Mehrwertsteuererhöhung! Abbau von Kündigungsschutz! Rentenalter auf 67 hochsetzen! Kopfpauschale zur Entlastung der Unternehmer bei Sozialbeiträgen! Atomkraftwerke ohne Laufzeitbegrenzung! Verschärfung der Migrantenpolitik! Ausbau des Überwachungsstaats! Mit „neuer Ehrlichkeit“ soll uns das Fell über die Ohren gezogen werden. Aber wir haben Schröder und Konsorten nicht zum Rückzug gezwungen, um uns von schwarzen oder gelben Räubern noch mehr auspressen zu lassen! Die brauchen gar nicht erst anzutreten, so schnell kriegen die den Druck der Straße und aus den Betrieben zu spüren!

Die neue schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen hat die „neue Ehrlichkeit“ wohl auch noch nicht ganz verstanden. Um einmal bestimmte *Begriffe* ihres Programms zu durchleuchten: „Arbeitsrechtliche Vereinfachung von Neueinstellungen“ klingt gut, heißt aber im Klartext: Lockerung des Kündigungsschutzes! – „Betriebliche Bündnisse für Arbeit und Ausbildung“ scheint auch nicht schlecht, doch gemeint ist eine Aushebelung der Tarifverträge, denn für Beschäftigte in Betrieben, die nicht so kampfstark sind, soll der Schutz durch den Flächentarifvertrag verschwinden! – „Abkoppelung der Kosten für die Sozialversicherung vom Faktor Arbeit“ heißt im Klartext: Die Arbeiter und Angestellten bezahlen die Sozialversicherungsbeiträge selbst!

Noch ein Originalzitat aus dem Koalitionsvertrag NRW: „Wir sind der Auffassung, dass Arbeitskosten gesenkt werden können durch Mehrarbeit für dasselbe Geld. Wir sind der Auffassung, dass durch Mehrarbeit mehr Beschäftigung entsteht.“ – Das ist wenigstens halbwegs offen, doch leider bleibt die Frage, warum es mehr Arbeitsplätze geben soll, wenn diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, länger arbeiten. Da werden wir wohl auch lange auf eine Erklärung warten können! Das glatte Gegenteil ist schließlich der Fall: Weniger Lohn heißt mehr Armut, und Mehrarbeit heißt Vernichtung von Arbeitsplätzen! Für wie dumm halten die uns eigentlich?

Schwarz-Gelb ist nichts anderes als die konsequente Fortsetzung und Verschärfung der von Rot-Grün praktizierten unsozialen Politik mit Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen! Und wenn Rot-Grün damit schon gescheitert ist, kann ich den Schwarz-Gelben jetzt schon prophezeien: Ihr braucht gar nicht erst anzutre-

ten! Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Wir brauchen eine wirkliche Opposition nicht nur im Bundestag, wo sich alle Parteien in einer großen Koalition längst einig sind, sondern außerhalb, auf der Straße, eine Opposition gegen das ganze herrschende System!

Wolfgang Lange, Kandidat auf der Landesliste Bremen der MLPD/Offene Liste

Beifall in den Biergärten

Zu unserer 43. Bremer Montagsdemo waren bei strahlendem Sonnenschein circa 50 Personen gekommen. Die kämpferische Demoroute führte an den Biergärten an der Schlachte vorbei. Es gab einigen spontanen Beifall, als ausgeführt wurde, dass wir nicht die Schröder-Regierung vertreiben, um uns dann von der CDU das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Außerdem wurden die Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe aufgestellt.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

44. Bremer Montagsdemo

am 04. 07. 2005

Ihr Spitzenheuchler!

Unsere „Volksvertreter“ sollen das Volk vertreten, aber das Volk spürt nicht, dass es vertreten wird! Unsere „Vertreter“ an der Spitze sollte man alle so schnell wie möglich zur Hölle schicken!

Was haben sie sich nur dabei gedacht, das Volk für so dumm zu verkaufen? Da wird für etliche Millionen Euro eine Holocaust-Gedenkstätte gebaut, und unsere Spitzen-„Volksvertreter“ heucheln uns allen mit ernster Miene eine „Anteilnahme“ am Schicksal der Naziopfer vor!

Unsere Spitzenheuchler wissen ganz doch genau, dass ein Sonderstaatsanwalt in Amerika ermittelt hat, dass dort noch mehrere Kriegsverbrecher leben! Sie sollen seit Jahren abgeschoben werden, aber Deutschland will sie nicht haben!

Diese Schwerverbrecher können nur in Deutschland bestraft werden! Sie haben Gräueltaten begangen, Menschen grausam gequält und erschossen oder vergast und verbrannt, aber sie gehen als freie Bürger durchs Leben!

Was für eine verlogene, beschämend heuchlerische Spitzenpolitikerwelt müssen wir ertragen? Hinter Falschparkern rennt man, bei Nazikriegsverbrechern pennt man! Warum?

Ursula Gatzke (parteilos)

„Fremdarbeiter“-Debatte: „Lafontaine sollte sich historisch weiterbilden!“ – *Professor Ulrich Herbert im „Spiegel-Online“-Interview*

Lebensmittel gegen Gutscheine gegen Arbeit: Gehört die Tauschringidee in eine politische Diskussion? – *Gerolf D. Brettschneider antwortet „Roland-Regional“-Gründerin Dietlind Rinke*

Danke für das Mitgefühl!

Man musste heute Morgen schon zweimal hinschauen, Überschrift erste Seite der „Bremer Nachrichten“: „CDU besorgt über SPD-Zustand“, so der Unions-Generalsekretär Volker Kauder. Die SPD-Spitze wird sich schnell bei der CDU bedanken, für so viel Mitgefühl!

Und dann kommt der Hammer: „Wir müssen mit einer weiteren linken Partei im Bundestag rechnen!“. Da muss sich laut Kauder doch tatsächlich seit Jahren eine Linkspartei im Bundestag versteckt haben! Wo könnte sie bloß zu finden sein? Vielleicht sollte die CDU mal im Keller des Reichstagsgebäudes suchen lassen!

„Wie die reichste Bibliothek, wenn ungeordnet, nicht soviel Nutzen schafft wie eine kleine, aber wohlgeordnete“, sagt Arthur Schopenhauer, „ebenso ist die größte Menge von Kenntnissen, wenn nicht eigenes Denken sie verarbeitet hat, weniger wert als eine geringere, die vielfältig durchdacht wurde“. Wenn wir doch bloß alle wüssten, mit wie wenig Verstand wir regiert werden!

Ein Baron von Münchhausen scheint mitzuwirken! Elterngeld für Familien mit kleinen Kindern, Krankenversicherung für alle, Steueraufschlag für Spitzenverdiener, gesetzlicher Mindestlohn, Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten, ALG-II-Angleichung Ost an West, BAföG soll bleiben, Erbschaftssteuergesetz: Es ist schon ein Wunder, wie die Herrschaften plötzlich tanzen wollen, wenn ihnen eine neue Partei auf die Hühneraugen tritt! Wenn die alle uns plötzlich was versprechen, ja, dann ist Wahlzeit.

Hermann Siemering (Verdi)

„Fremdarbeiter“-Debatte: Droht der WASG rechte Unterwanderung? *(„Stattnetz“)*

SPD jetzt in Hellbraun: Passt besser zum Programm („Spiegel-Online“)

Für die Schaffung von neuem Werteverständnis!

1. Die **Statistik** der Bundesregierung wurde veröffentlicht, aber die Qualität der Zahlen nicht verbessert. Die Zahl der ausgewiesenen Arbeitslosen ist weiter gesunken, ebenso leider auch die *Aussicht* auf Arbeit. Der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen ist weiterhin auf rasanter Talfahrt: Bundesweit wird diese Zahl für März mit 26,1 Millionen ausgewiesen und der Verlust gegenüber dem Vorjahresmonat mit 302.017.

Für *Bremen* gibt es bereits eine Zahl per 15. April 2005: 270.900 sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen. Der Verlust gegenüber dem Vorjahr beträgt 3.465. Die Bremer Zahl für März wurde *ohne Hinweis im Text nachträglich geändert,* von 272.800 auf 271.600: nochmals minus 1.200 Stellen. Der nicht ausgewiesene Gesamtabbau beträgt somit per 15. März 2005 minus 3.635 Arbeitsstellen! 270.900 sozialversicherungspflichtige Arbeitstellen, 74.861 arbeitssuchende Menschen, davon 52.818 Arbeitslose gemäß Statistik, 3.434 offene Stellen: Da hilft den Arbeitssuchenden auch keine Personalaufstockung der Bundesanstalt für Arbeit!

Als Grund für die rückläufige Arbeitslosenzahl wird auch die Nichterneuerung der *Arbeitslosmeldung* angegeben. Dies freut die Rentenkasse und ärgert den Betroffenen im Alter! Arbeitslosigkeit, auch ohne Leistungsbezug, erhöht die Rentenansprüche! 20.000 haben eventuell jeden Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitsrente verloren, nur wegen der nicht erfolgten Erneuerung ihrer Arbeitslosmeldung!

Die Meldungen der Kommunen konnten weiterhin nicht in dieser Statistik berücksichtigt werden. Geschätzt wurde nur begrenzt. Der Erläuterungstext enthält keinen Hinweis mehr auf einen Bearbeitungsrückstand, aber auch nicht den Hinweis, dass die Rückstände aufgearbeitet seien. Weiterhin steht alles unter Vorbehalt, *Korrekturen* erfolgen klamm und ohne Erläuterung.

Die Aussichten für *Auszubildende* sehen schlechter aus als im Vorjahr, aber es gibt kein Wort zum nächsten Jahr. Die Abi-Zeit wird um ein Jahr verkürzt, doch der Stoffanteil im Unterricht nicht reduziert. Den Stress sollen die jungen Leute hoffentlich nicht in der Warteschleife Arbeitslosigkeit abbauen! Die Bagis hat bereits vor Monaten gesagt, sie sei außerstande, diesem Ansturm zu genügen. Dies ist sicherlich untertrieben, aber wo bleibt die Unterstützung für die jungen Leute? „Bloß nicht auch noch *dieses* Thema vor der Wahl!“? Und danach? Warum nicht heute? Immer noch sind 5.263 junge Leute unter 25 Jahre ohne Arbeit!

Wir haben eine Statistik, die nicht das Papier wert ist. Es fehlt das klare Bekenntnis der Verantwortlichen, von Politikern, Bagis und Bundesanstalt für Arbeit,

da sie es nicht ändern können. Aber wenn wir alle gemeinsam vertrauensvoll anpacken und auf eine Änderung der Verhältnisse hinwirken, dann haben wir eine Zukunft! Dazu gehört, dass *allen Menschen* ein *auskömmliches Leben* ermöglicht wird! Die Gegenwart sichern macht die Zukunft greifbar. Nur durch das Schaffen von Hoffnung ist diese Situation zu bewältigen. Die Zwischenzeit sollten wir für Bildung nutzen, für die Schaffung von neuem Werteverständnis!

2. Die Fortschreibung der Arbeitslosenstatistik steht öfter in der Zeitung. Haben wir uns an den Arbeitsplatzabbau gewöhnt? Diesmal bei der Brauerei Beck & Co.: Ein Automat verdrängt die Sortierer, die Menschen. Die Lieferung der Anlage im August 2005 bedeutet das Aus für 38 Arbeitsplätze. 38 Arbeitssuchende mehr: für den Betrieb eine einfache Rechnung, für die Gesellschaft eine starke Belastung, für den einzelnen unter Umständen eine Zerstörung seiner Zukunftsplanung.

Die Betriebe sind auch angesichts der Gesamtentwicklung nicht zum Umdenken bereit und nicht in der Lage, anders zu handeln. Die Politik ist wie gelähmt: Alle Zusagen an den Kanzler der Bosse wurden nicht eingehalten, leere Versprechen, hinhalten, fordern und immer wieder fordern. Die Änderung der Krankenkassenbeiträge mit der Einsparung für die Arbeitgeber bringt für die Betriebe nur Geld für die Portokasse, aber diese Regelung macht süchtig. Die Beitragsänderung kann keine Vernichtung von Arbeitsplätzen aufhalten!

Nun zum nächsten Betroffenen, der Gesellschaft. Das sind wir, die Angestellten, Arbeiter, Beamten, Künstler, Nichterwerbstätigen. Die Aufzählung ist unvollständig, die Unterscheidung überholt. Auch die Unternehmer gehören zur Gesellschaft. Wir möchten diese einseitige Abwälzung auf die Allgemeinheit ändern! Alle Menschen sind wertvoll. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen muss einhergehen mit der Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten, der gesellschaftlichen *Akzeptanz von Unproduktivität* und der Neudefinition von Leistung und **Arbeit**!

Die Finanzierung kann nur leistungsgerecht und damit über Steuern erfolgen. Die Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern sollte die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung einbeziehen, dadurch werden Unternehmen mit sozialer Verantwortung belohnt. Unternehmen, die mit freien Mitarbeitern, mit Subunternehmen oder im Ausland arbeiten, werden dies in der Steuerbelastung spüren. Sozialverantwortliche Unternehmer, wenn es diese noch gibt, haben den direkten Vorteil und werden so im Wettbewerb gestärkt!

3. CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau hat ein Loblied auf die **GmbHs** der Bremer Landesregierung angestimmt („Weser-Kurier“ vom 1. Juli 2005): „Ohne die *Gesellschaft für Bremer Immobilien* wäre das Sanierungsprogramm für die Schulen nicht zu finanzieren gewesen“, soweit Herr Perschau. Warum, das hat er nicht gesagt. Ist es Zufall oder Absicht: Ausgerechnet die *falschen* Schulen wurden aufwendig renoviert, ausgerechnet die Gegenfinanzierung soll durch den Verkauf von Schulen erfolgen! Gesichert scheint dies nicht zu sein.

Die GmbHs werden durch *Wirtschaftsprüfer* unter die Lupe genommen. Das ist ein anderer Härtegrad von Prüfung, als dies in der Verwaltung geschieht. Zur Aufgabenteilung: Die Verwaltung übernimmt die Steuerungsfunktion, das operative Geschäft leisten die GmbHs. Hört sich gut an, diese Mogelpackung. Sehen wir genauer hin: Die Wirtschaftsprüfer kontrollieren buchhalterische Genauigkeit und Steuerehrlichkeit und bei einen erweiterten Prüfungsauftrag auch noch die Organisation. Sie geben den Prüfbericht an die Gesellschaft, den Auftraggeber und Zahlmeister. Nicht geprüft werden die Einhaltung der politischen Vorgaben und die Wirtschaftlichkeit. Ich kann mich nicht an *eine* kritische Stimme in diesem Zusammenhang erinnern, also wahrlich eine ganz andere Prüfung als durch den Rechnungshof, für Politiker wesentlich schonender. Ein Bericht des Rechnungshofes ist umfassender und öffentlich! Die GmbHs sind *öffentlichkeitsscheu* und werden vom Parlament nicht kontrolliert!

Im bremischen Haushalt stehen viele einzelne Positionen, die Geldbewegungen der GmbHs nicht. Ein Betrieb muss in der Bilanz außer den harten Werten wie dem Kontostand auch die eventuellen Verbindlichkeiten wie übernommene Bürgschaften, Optionen oder Garantiezusagen ausweisen und auf bekannte Risiken hinweisen. Dies fehlt im Bremer Haushalt. Verbindlichkeiten wurden in die GmbHs verlagert, die Risken der GmbHs durch Landesbürgschaft oder andere Zusagen abgesichert. Dadurch wird die GmbH kreditwürdig, aber es gibt keinen Hinweis im Haushalt oder Rechenschaftsbericht!

Zuletzt am 2. Juli stand im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass die BIG, die *Bremer Investitions-Gesellschaft* mbH, die das Gewerbegebiet Hansalinie betreut, weniger Grundstücke verkauft und geringere Preise erzielt hat als geplant. Sie ist so gut wie hin! Nun darf die Politik wieder mitwirken. Die GmbH greift auf gegebene Zusagen zurück, und Bremen hat für alle *Kredite* gebürgt und sich verpflichtet, unverkäufliche Flächen zu erwerben. Eigentlich sollte dieses Projekt den bremischen Haushalt nicht belasten, daher auch gar nicht erst in die Haushaltsberatung kommen, sondern in die GmbH. Und jetzt? Die unverkäuflichen Flächen sind überwiegend Straßen, Grünanlagen und Wasserfläche. Dies war nun wirklich nicht vorhersehbar, oder? Der Preis für diese Flächen beträgt 18 Millionen, aber erst bis zum Jahr 2034. Warum diese lange Frist? Zusätzlich werden 58 Millionen an Zinsen fällig, zwischen 2008 und 2037 zahlbar, also weiter so mit fremden Geld! Ein weiterer ungedeckter Scheck, einzulösen von unseren Kindern! Insgesamt sind es 80 Millionen laut Überschrift, aber gemäß Erfahrung sicher ein höherer Betrag. Bis 2037 geht schließlich noch viel Wasser die Weser runter!

Eines fehlt in diesem Artikel: Warum jetzt damit an die Öffentlichkeit? Wo drückt der Schuh wirklich? Wird die Lösung fremdfinanziert verschoben, weil Bremen nur noch 39 Millionen Euro freie Investitionsmittel bis 2009 hat? Aber auch dafür hat Herr Perschau eine Schlussfolgerung: Wer Bürgern und Unternehmungen ein schwächeres Angebot macht als andere Kommunen, dem werden die Menschen den Rücken kehren. Das ist die Lösung: Das sollten wir mit dem Senat

machen! Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

4. Das Treffen der Delegierten der **Montagsdemo-Koordinierungsgruppe** in Hannover war energiegeladen: Es haben sich Menschen getroffen, die etwas bewegen wollen, ein gemeinsames Ziel haben, dafür kämpfen, sehr unterschiedliche Menschen, genauso wie hier in Bremen, Menschen ohne und mit Arbeitsplatz, Rentner, Hausfrauen. Gefehlt haben die Beamten. Es waren 173 Menschen gekommen, 140 Delegierte aus 53 Städten plus 7 aus Organisationen. Bremen ist stark vertreten mit Ursula, Erich als Kassenführer und mir als Revisor. Das nächste Treffen findet am 23. Juli 2005 statt, mit Kasse und Revisoren.

5. Hartz IV ist voller Überraschungen! Gemäß OFD Chemnitz vom 10. Januar 2005 (S 2706-145/2) stellt die Überlassung von Personal etwa an die Bagis durch eine der vielen GmbHs der Landesregierung eine umsatzsteuerpflichtige Leistung da. Die Auswirkung: Die Agentur für Arbeit zahlt auf die Personalkosten für diese Leute 16 Prozent **Mehrwertsteuer** und kann diese nicht als Vorsteuer geltend machen. In diesem Fall verteuert sich das Personal, und die Mehrwertsteuer wird über den Haushaltsschlüssel verteilt. Wenn ich Betriebsprüfer in Bremen wäre, würde ich möglichst bald eine Prüfung der BAG beantragen, und mein Jahressoll wäre erfüllt. Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Hans-Dieter Binder

Hartz V: Nutten für den
Betriebsrat („Spiegel-Online“)

„Fremdarbeiter“-Debatte: Lafontaine
verliert an Neonazis („Spiegel-Online“)

Es liegt ein Gewitter in der Luft

„Aber das ist ein laues Lüftchen, im Vergleich zu dem, was die jetzige und zukünftige Regierung erwartet, wenn sie an Hartz IV festhält!“, so wurde die Kundgebung eröffnet. Und in der Tat: Der Himmel öffnete sämtliche Schleusen, pünktlich, als der Demozug beginnen sollte, sodass dieser ins Wasser fiel. Davor gab es viele kämpferische Beiträge. Alle freuten sich über den Besuch von zwei Mitstreitern aus Hannover. Leider waren, wohl wegen des bevorstehenden Gewitters, nur circa 35 Menschen gekommen.

Bei der Auswertung wurde vom zentralen Delegiertentreffen berichtet sowie der Beschluss gefasst, Wahlprüfsteine aufzustellen und den Parteien die Gelegenheit zu geben, auf einer der kommenden Kundgebungen dazu Stellung zu nehmen. Außerdem planen wir ein Fest, wenn die Montagsdemo ins zweite Jahr geht.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Bedingungsloses Bürgergeld: „Die Wirtschaft befreit die Menschen von der Arbeit“ – *„Drogerie-Markt“-Chef Götz Werner im „Stuttgarter-Zeitung“-Interview*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

45. Bremer Montagsdemo am 11. 07. 2005

Geschnüffelt und gefunden!

Schon Schüler und Studenten lernen: Wer spart, ist der Dumme. Darum hat in den vergangenen fünf Jahren jeder 15. beim Bafög geschwindelt und Ersparnisse über 5.200 Euro verschwiegen! Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Wegen der falschen Angaben forderten Bund und Länder bis zum Stichtag Silvester 2004 insgesamt 251,7 Millionen Euro zurück!

Was lernen wir aus dem Bericht? Die Bundesregierung lässt alle Menschen durchleuchten, die sie für „bespitzelungswert“ hält! Ob das nun Schüler, Studenten, Rentner, Arbeitslose, Mittellose oder Kleingewerbetreibende sind, ist egal! Die Leute bekommen Angst und Wut, wenn sie ihr gespartes, geschenktes oder erarbeitetes Geld rausrücken müssen! Die Leute schreien schon laut, es wird ihnen die Zukunft geklaut!

Die Menschen brauchen Geld, Sicherheit und Vertrauen für ihre Zukunft! Das kann ihnen diese Bundesregierung nicht geben! Die „Schnüffel-Regierung“ ist immer wieder zu sehr damit beschäftigt, nur in den „unteren Kreisen“ herumzuschnüffeln! Sie schnüffelt unten die Taschen leer und möchte auch gerne die Konten leerschnüffeln!

Ihr Volksvertreter, schnüffelt doch mal mehr und intensiver dort bei euch in den eigenen Kreisen und da, wo man kaum Steuern zahlt und jede Menge absetzen kann! Wenn ihr Geld braucht, müsst ihr nicht mal schnüffeln, es liegt zu euren Füßen, ihr wollt es nur nicht! Sind die „Steuergeschenke“ oder das „Monaco-Geld“ etwa nichts?

Ihr „Spitzenheuchler“ glaubt wohl, das Volk sei blöder als „die da oben“, wenn es um das eigene Geld geht? Ihr gebt „denen hier unten“ nur nicht die gleichen Möglichkeiten: Das erzeugt Wut, Hass und Verdruss auf euch!

Erklärt mal einem Studenten, warum ein EU-Parlamentarier heute immer noch für einen Erster-Klasse-Flug abkassieren darf, obwohl ihm der „Billigflieger“ gut genug ist? Da braucht man nicht erst zu schnüffeln, das wissen alle seit Jahren! Die Rechnung begleicht seit jeher der Steuerzahler! Und unsere „Spitzen-

heuchlervolksvertreter“ reden gerne in der Öffentlichkeit von „Gerechtigkeit“! Dieses Geschwätz stinkt gewaltig nach Käse!

Ursula Gatzke (parteilos)

CDU „macht frei“: SPD-Stiegler kritisiert
„zynischen Arbeitsbegriff“ („Spiegel-Online“)

CDU entlastet: Bombenleger identifiziert *(„Stattnetz“)*

Der Hartz geht, seine Mist-Reform bleibt!

Was ich hier jetzt zu sagen habe, soll bei Ihnen keine Mitleid herbeirufen: Meine Frau und ich sind inzwischen mit 34.832 Euro tief verschuldet, und das bei einem Renten-Einkommen noch unter 1.000 Euro. Da sind wir schon sehr traurig! Aber wie konnte es dazu kommen?

Jahr für Jahr verschwendet der Staat Milliarden, unter anderem auch für Rüstung und Militäreinsätze. Inzwischen ist Deutschland mit weit über einer Billion verschuldet: Am 24. Juni 2005 waren es um 20 Uhr genau 1 Billion, 457 Milliarden, 804 Millionen, 885 Tausend und 839 Euro Schulden, und pro Sekunde kommen 1.834 Euro hinzu. So sind wir alle hier, jeder einzelne, wie man im „Spiegel“ (Heft 26) nachlesen kann, mit 17.416 Euro verschuldet!

Seit Jahren müssen wir uns von allen politischen Seiten anhören, wir Rentner lebten zu gut, wir müssten „kürzertreten“, wir seien schuld, wenn kommende Generationen verzichten müssen. Immer wieder wird versucht, Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Zu hören waren Stilblüten wie: Die Alten sollten erst mal ihr Erworbenes verkaufen, Operationen seien nicht mehr nötig, es werde Zeit, „die Löffel abzulegen“!

Die Politiker aller Farbschattierungen stellen sich hin und reden scheinheilig davon, es sei gut, dass die Menschen immer älter würden, doch dann kommt das Gelaber, die Alter seien zu teuer! Der Staat ist pleite, er verscherbelt das letzte „Tafelsilber“ und lebt nur noch „von der Hand in den Mund“. *Er* lebt auf Kosten der kommenden Generationen!

Auch einige Politiker und Wirtschaftbosse leben nicht schlecht! Und während wir hier stehen, musste der Namensgeber der Hartz-Gesetze gehen! Wie man heute lesen konnte, mit gut drei Millionen Euro Abfindung. Jetzt dürfen die „Reformen“ nicht mehr „Hartz“-Gesetze heißen! Aber der Mist soll bleiben!

Hermann Siemering (Verdi)

Hartz 0: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
bereits 1932 gescheitert („Junge Welt“)

Hartz V: Vorstandssonderkonto „Betriebsratsnutten“ („Spiegel-Online“)

Neulich beim Idiotentest

Die Politiker denken, alles was über ein Jahr arbeitslos ist und ALG II erhält, muss man erst wieder vom Baum herunterholen! Ich hatte um 13:55 Uhr ein *Date* mit der Arbeitsgemeinschaft der Stadt Bremen, Neuer Markt 14, am Haus selbst steht DHB, „Deutscher Hausfrauen-Bund“.

Als ich ankam, hatte sich schon eine Gruppe Menschen vor dem Gebäude eingefunden. Wir wurden aufgefordert, uns in einem Raum, wo Tische und Stühle standen, einen Platz zu suchen. Mit dem Vorwand „Wir machen einen Deutschtest“ bekamen wir Testbögen ausgehändigt.

Auf dem ersten Blatt waren verschiedene Motive abgebildet, darunter ein Fußball. Wir sollten herausfinden, welche Sportart die gezeigte männliche Person betreibt. Es war nicht einfach! Meine grauen Zellen mussten sich mächtig anstrengen, doch dann hatte ich die Lösung: Das kann nur Tennis sein! Ein schicker Sport für die gehobene Klasse.

Dann ein Bild mit verschiedenen Früchten. Ich würde gerne mal wieder Obst essen, doch weil ich mir das leider nicht kaufen kann, habe ich „kein Geld“ daneben geschrieben. Das nächste Motiv war ein Mann mit Hut. Mir ist bei dem schönen Wetter keiner begegnet, soll ich das mit Ja oder Nein beantworten? Darf ich das Richtige ankreuzen? Das würde bedeuten, Arbeitslose könnten *denken!* Eine schwierige Überlegung.

Auf dem anderen Testbogen gab es einen Dialog mit Sprechblasen: zwei Frauen, die telefonieren. Es ging um eine Behandlung wegen Zahnweh. Da bekam ich gedanklich ebenfalls Schmerzen, denn einen Arztbesuch kann ich mir nicht leisten. Also schrieb ich auch auf dieses Blatt „kein Geld“!

Weiter zum nächsten Testbogen! Ich habe nur noch den Kopf geschüttelt und gedacht: Welch eine Verarschung und Demütigung! Das letzte Motiv zeigte einen Wecker, wir sollten die Zeit herausfinden. Jetzt wird es kompliziert: Muss ich vier Uhr hinschreiben, oder kann es auch 16 Uhr sein? Politiker sind ja davon überzeugt, Arbeitslose könnten sowieso nicht denken und sollten besser auch gar nicht erst damit anfangen. Deshalb hab ich geschrieben: Es ist fünf vor zwölf!

Christine Wegener (parteilos)

Hartz Fir: Ein-Euro-Jobber bauen Jacht
für ihren Chef *(„Chefduzen“)*

Das Mehrnichtwissenwollen

1. Bremen hat sieben Millionen Euro gefunden! Die Überschrift zu dieser verblüffenden Nachricht im „Weser-Kurier“ vom 9. Juli 2005 lautete: „Jörg Kastendiek setzt Kulturdialog in Gang“. Doch nicht der Senator hat etwas gefunden und gibt es im Fundbüro an den Haushalt ab, sondern die sieben Millionen sind Reste des ehemaligen Kulturhauptstadt-Fonds. Reste muss der Senator doch zurückgeben, oder? Dieser Rest soll Martin Haller die Stadtwerkstatt konkretisieren lassen und auch manch anderes bezahlen.

Auch bei dieser Vorstellung treffen wir wieder auf **GmbHs**. Das Heller-Team war bei der *Bremen-Marketing-Gesellschaft* zugeordnet. Zwei Mitarbeiter sind es immer noch, sie können jedoch an der Stadtwerkstadt mitwirken. Heller ist demnach zwecks Neuausrichtung in die Kulturbehörde gewechselt. Der Behördenkopf fehlt noch!

Die richtungsweisende Gesellschaft *Kulturmanagement GmbH* wurde im letzten Jahr aufgelöst und wieder in die Kulturbehörde integriert. Hoffentlich blickt die Buchhaltung durch und ermittelt für al diese Personalüberlassungen die richtige Mehrwertsteuerschuld!

Egal wie, sie werden das Geld schon allekriegen, leider wieder einmal ohne Mitbestimmung des Parlaments! Aber handelt es sich überhaupt um bares Geld? Als ich vor einigen Jahren hörte, dass „Geld“ gefunden worden sei, handelte es sich um eine Berechtigung zur Kreditaufnahme, die noch nicht ausgeschöpft wurde!

Fazit: Die Ziele wurden ohne Neuverschuldung finanziert, denn diese neuen Schulden waren schon im alten Nachtragshaushalt als Möglichkeit erwähnt! Ein Schelm, wer sich Böses dabei denkt.

2. In Bremen gehen die **Betriebsprüfer** aus, laut „Weser-Kurier“ vom 9. Juli 2005! Gemeint ist nicht das Vergnügen, sondern die Personalpolitik des Senators: Es drohen Einnahmeverluste Einnahmeverluste in Millionenhöhe. Die Betriebsprüfer haben 100 Millionen Euro im Jahr 2002 und 97 Millionen im Folgejahr erstritten! Freiwillig wurden diese Beträge nicht nachgezahlt, oder? Bremen ist scheinbar auch auf diesem Gebiet nicht an Steuergeldern interessiert. Das meiste wird sowieso weitergeleitet: Bei der Diskussion war vom Rückfluss nach Bremen nicht die Rede, und die Ufergestaltung an der Schlachte hat schließlich die EU bezahlt!

Das Ausgehen der Betriebsprüfer des Finanzamtes war vorhersehbar: Trotz wieder begonnener Ausbildung ist die Lücke bis 2009 nicht zu schließen. Traurig für die ehrlichen Steuerzahler, denn weitsichtige Politiker hätten dies verhindern können! Ausbildung vernachlässigt trotz Bedarf: Da fällt mir der Stellenkegel der Polizei ein und der Umgang mit der beruflichen Zukunft der Polizeischüler. Wer hat dadurch weniger? Der Steuerehrliche zahlt dabei drauf!

Das Risiko einer Betriebsprüfung für die Kapitalgesellschaften wird dadurch wesentlich geringer, natürlich auch für die bremischen GmbHs. Hoffentlich hat trotzdem ein Betriebsprüfer Zeit, sich dieser anzunehmen und sie wegen der Organschaftsverflechtung als Großkonzern zu behandeln, mit Verpflichtung zu lückenloser Großbetriebsprüfung, also mit Anschlussprüfung auf jedem Gebiet!

3. Das Gesetz zur *Informationsfreiheit* wurde von der Regierung Schröder im Bundestag verabschiedet. Jeder Bürger erhält unter Beachtung des Daten- und Geheimnisschutzes Zugang zu amtlichen Informationen, ohne ein berechtigtes Interesse nachweisen zu müssen, einfach so. Außerdem wurde das Gesetz zur **Offenlegung** der Vorstandsbezüge von Aktiengesellschaften verabschiedet.

Umso unverständlicher, dass Bremen laut „Weser-Report“ vom 10. Juli 2005 die Gehälter der GmbH-Geschäftsführer aus „Datenschutzgründen“ nicht offenlegen will! Enthalten die Berichte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nicht ohnehin diese Angabe? Im GmbH-Gesetz stehen entsprechende Vorgaben, allerdings mit Einschränkungen.

Bei dieser Gelegenheit hat der „Weser-Report“ einen Senator nach B11 mit 10.353,56, einen Staatsrat mit B7 und 7.581,57 Euro eingestuft. Es fehlen aber noch die unbezifferten Nebensächlichkeiten. Wir erinnern uns an die Gehälter der Geschäftsführer der Krankenkassen: Auch diese müssen offenliegen. Die Unterschiede waren verblüffend und durch nichts zu erklären! Ich bin gespannt auf die Bremer Variante.

Das Fest der Brepark hat nun endlich eine Hausnummer, und die Kosten wurden ergänzt, aber der Verzehr blieb bei 15,50 Euro pro Nase, damit für mich nach wie vor unglaubwürdig. Der Senator konnte die richtige Antwort nicht wis-

sen, denn er sitzt im Aufsichtsrat, der mit solchen Kleinigkeiten „nicht befasst“ wird. Soll der Herr Senator sich nun übergangen fühlen? Ich glaube, er ist heilfroh über dieses Nichtwissen! Wäre es nicht besser für ein Unternehmen, wenn auch der Aufsichtsrat informiert ist? Aber „nicht befasst“ heißt ja nicht „nicht informiert“, sondern bloß „nicht debattiert, nicht beschlossen“ War wohl nichts mit Nichtwissen, war ein Mehrnichtwissenwollen! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Hans-Dieter Binder

Linksbündnis überholt CDU im Osten *(„Spiegel-Online“)*

Trommeln gegen Schmiergeld!

Ein kulturelles *Highlight* bildete bei der 45. Bremer Montagsdemo der Life-Auftritt zweier Künstler aus Bulgarien: Sie begeisterten mit ihren Jazz-Interpretationen an Trommel und Klarinette. Bei den Reden wurde der Abscheu über die Schmiergeldaffäre bei VW, in deren Zentrum Ex-Personalchef Peter Hartz steht, deutlich. Aber auch die menschenverachtende Politik in Bremen wurde aufs Korn genommen: So berichtete eine Kollegin, wie sie sich einem entwürdigenden „Idiotentest“ bei der Bagis unterziehen musste. Zur Kundgebung waren diesmal ungefähr 45 Menschen gekommen, etwas weniger waren es bei der anschließenden kämpferischen Demo an der Schlachte entlang.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Montagsdemo überholt SPD in Bremen: Mehr Links
beim Page Rank *(„Google-Verzeichnis“)*

Rassistischer und nationalistischer Stimmungsmache entschieden entgegentreten!

Wir, die unterzeichnenden Gruppen, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, waren auf die eine oder andere Weise an nahezu allen linken Bewegungen, Mobilisierungen, Kampagnen und Protesten der vergangenen Jahre beteiligt. Bei

diesen Aktivitäten haben wir uns oft mit der Basis und den AktivistInnen der PDS oder der WASG bewegt, vielleicht genauso oft waren nur wir da. Wir sind diejenigen, die in vielen Orten und Städten eine Politik von unten im Alltag erfahrbar machen und Projekte sowie Strukturen aufrecht erhalten.

Parteien und soziale Bewegungen fußen auf verschiedenen Herangehensweisen, sie sind und bleiben zwei unterschiedliche Realitäten. Diese gilt es wahrzunehmen. Nichtsdestotrotz begrüßen wir den Zusammenschluss von PDS und WASG zur Linkspartei. Wir hoffen, dass dieser Schritt dazu beiträgt, linke Positionen insgesamt zu stärken und damit auch die Rahmenbedingungen unserer Arbeit zu verbessern.

Auch die deutliche Positionierung von PDS und WASG für die *Abschaffung der Hartz IV-Gesetze* begrüßen wir. Die Forderung nach der *Einführung eines angemessenen Grundeinkommens* sehen wir als die richtige Antwort auf die momentane neoliberale Politik an.

Die Thematisierung der sozialen Frage darf allerdings auf keinen Fall auf dem Rücken anderer ausgetragen werden. Rassistische, diskriminierende und nationalistische Untertöne haben in linken Parteien keinen Platz. Wir fordern Euch daher auf, im Wahlkampf und im politischen Alltag deutlich und wahrnehmbar die folgenden Punkte zu propagieren:

Die Ablehnung der aktuellen Ausbürgerungen von über hunderttausend Menschen, die einen Doppelpass besitzen; die Ablehnung und Abschaffung von Residenzpflicht; die Auflösung aller Abschiebelager; die Ablehnung von Abschiebungen; die Forderung nach einer freien Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen, also auch für Illegalisierte; das Recht auf Legalisierung des Aufenthalts für alle illegal hier lebenden Menschen.

Wir fordern Euch auf, rassistischer und nationalistischer Stimmungsmache entschieden entgegenzutreten!

Tomas Lecorte: Offener Brief sozialer und politischer Basisorganisationen an PDS und WASG (181 Unterzeichner bis 15. Juli 2005)

„Fremdarbeiter“-Debatte: SPD erstellt Argumentationshilfe gegen Lafontaine *(„Spiegel-Online“)*

„Fremdarbeiter“-Debatte: Lafontaine wollte nur „Lohndumping“ kritisieren *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

46. Bremer Montagsdemo
am 18. 07. 2005

Die Politiker spritzen mit Gift!

Ich habe nichts gegen Giftschlangen, die echten! Sie sind Lebewesen auf unserer Erde, die bei Gefahr oder zum Überleben ihr Gift verspritzen. Was man von unseren Spitzenpolitikern und Wirtschaftsbossen nicht sagen kann, denn sie stecken im Wahlkampf-Fieber! Es geht ihnen allen sehr schlecht, und wir hier unten kriegen es zu spüren! Die Spitzenpolitiker spritzen ihr Gift unter das Volk, wo und wann sie nur können!

Wie Schlangen zischen und kämpfen sie und winden sich vor den Wählern! Aber wir wollen diese „Giftschlangen"“ nicht mehr! Wer falsch, hinterlistig, aalglatt und giftig ist, braucht sich nicht zu wundern, wenn das Volk sich schützen will. Wir sind nicht so dumm, wie die „Schlangen“ oft denken! Wer hielte auch auf die Schnelle genügend Gegenmittel bereit, um das Volk wieder aus der „Vergiftung“ zu befreien? „Deutschland wäre ganz und gar am Boden!“

Aber es gibt ja auch noch die Kämpfer, die sich nicht von den „Schlangen“ blenden lassen! Denen kann man die Zähne ziehen, sie einsperren, rausschmeißen oder ihnen die Macht nehmen. Die „Pfleger“ der „Schlangen“, die vielen teuren Berater, haben in Deutschland total versagt! Wie kann man sonst von zwei oder vier Prozentpunkten Mehrwertsteuererhöhung sprechen? Haben die „Schlangen“ schon Alzheimer?

Ihr Spitzenpolitiker-„Schlangen“, schleicht doch mal zu den Betrieben und spritzt euer Gift unter die Bosse! Sie können, falls ihr gewählt werdet, die Produktion „auf Sparflamme“ laufen lassen, denn wer, bitteschön, sollte den ganzen Kram, der hier produziert wird, dann noch kaufen?

Die Lohnnebenkosten wollt ihr mit dem Geld der Ärmsten, Fleißigsten, Sparsamsten oder Dümmsten senken! Nur sind die nicht so machtlos, wie ihr Wirtschafts- und Politiker-„Schlangen“ glaubt! „Wie du mir, so ich dir!“, dieser Leitspruch ist längst unten angekommen! Wir Wähler werden euch dicke Brocken vor das Maul werfen, an denen ihr sehr lange zu schlucken habt! Beißt lieber öf-

ter mal in eure eigenen dicken Brieftaschen, statt uns betroffenen Menschen hier unten die wenigen „Kröten“ wegzuschnappen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Neue Linke: „Partei“ mit Punkt, „Sozial“ ohne Ismus
(„Spiegel-Online“)

Für mich gibt es nur eine Alternative

Unabhängig davon, wann die Wahlen sind, gibt es für mich nur eine Alternative: die neue „Linkspartei“!

Was wir zur Zeit für Mist haben, wissen wir. Was will die CDU mit Merkel? Erst mal weiter so, Streichkonzepte auf allen Ebenen: Bildung, Sport, Kultur und ganz besonders auf sozialem Gebiet. Ein Phänomen, diese Frau, die gestern 51 Jahre alt wurde und in der DDR aufgewachsen ist! Sie weiß ganz genau, was wir wollen, sagt sie doch immer: „Ich sage Ihnen mal, was die Menschen wollen!“

Das scheint sie allerdings überhaupt nicht zu wissen, denn wie allgemein bekannt ist, wollen die Menschen *keine* Erhöhung der Mehrwertsteuer! Sie möchten auch nicht unbedingt Freund von US-Präsident Bush werden, und sie wollen keine Einsätze der Bundeswehr im Inland, womöglich gegen streikende Arbeiter!

Und ob die Menschen alle stolz auf das deutsche Vaterland sind, wie sie verlangt? Wie kann ich stolz sein, ein Deutscher zu sein, wenn ich nicht mal weiß, wem Deutschland heute gehört?

Hermann Siemering (Verdi) moderiert am Dienstag dieser Woche um 19 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“

„Fremdarbeiter“-Debatte: Lafontaine ist doch kein „Hassprediger“ *(„Spiegel-Online“)*

Wie zynisch ist Herr Hartz?

Haben sich Durchschnittsbürger etwas zu Schulden kommen lassen, dann müssen sie dafür geradestehen, den Schaden ersetzen oder sogar eine Strafe im Gefängnis abbüßen. In den Chefetagen der Manager hingegen scheint es ganz anders auszusehen: Da reicht es offenbar, den Rücktritt anzubieten, um sich dann unbeschadet und ungeahndet mit einem drei Millionen Euro schweren Polster als Abfindung im Rücken aus der Affäre ziehen zu können!

Wofür wird Peter Hartz eigentlich abgefunden? Soll er noch eine Belohnung dafür erhalten, dass er augenscheinlich gravierendes Fehlverhalten an den Tag legte? Mit welcher Berechtigung bekam er solch ein unverschämt hohes Jahresgehalt von 1,5 Millionen Euro? Wie zynisch muss er eigentlich sein, wenn er selbst in Geld schwimmt und dann im Zuge der Hartz-Gesetze den Arbeitslosen zumutet, von 345 Euro monatlich vegetieren zu müssen?

Elisabeth Graf (parteilos)

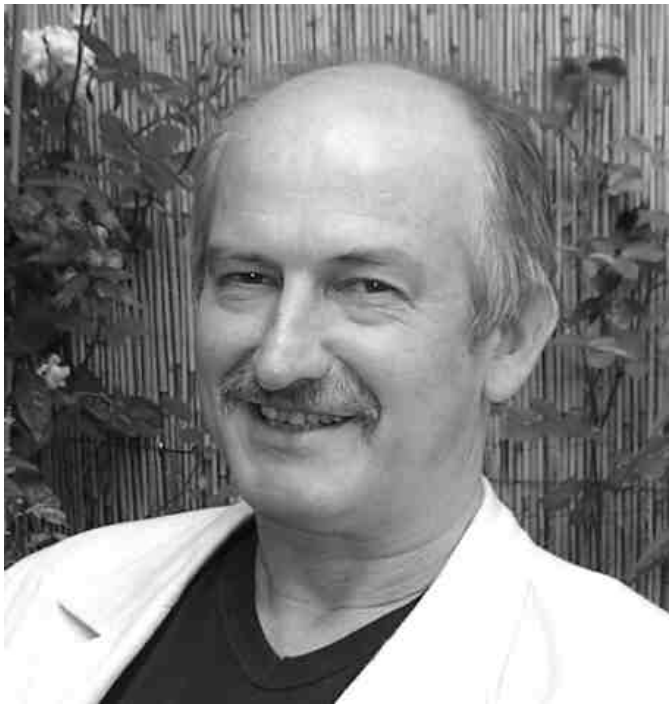
Rechter Unterwanderungsversuch: Bremer Montagsdemo will keine Lebensmittelgutscheine

Gesetze aus widerwärtigen Ideen

Schröder hat gesagt, der Rücktritt von Peter Hartz sei kein Thema für den Bundeskanzler. Wenn er sich da mal nicht täuscht: Wir machen ihn zu seinem Thema! Wer hat denn diesen Herrn, der im Zentrum der Schmiergeldaffäre bei VW steht, zu seinem Berater gemacht? Wer hat dessen widerwärtigen Ideen zu den „Hartz-Gesetzen“ geformt? Peter Hartz ist bereits weg, Schröder wird ihm folgen, und dieses gesamte Hartz-IV-Gesetz ebenfalls!

Auch Henning Scherf kann gleich mit zurücktreten: 20 Millionen Euro sind vom Bremer Senat eingesackt worden für die Erlaubnis, die Stadtwerke weiter zu verscherbeln, und wir alle zahlen die Zeche dafür in Form ständig steigender Gas-, Strom und Wasserpreise! Von diesen 20 Millionen wurden dann ohne Beschluss der zuständigen Stellen 500 000 Euro illegal an die Günter-Grass-Stiftung abgezweigt! Staatsrat Hoffmann hat diesen Deal eingefädelt. Bürgermeister Scherf

stellt sich ausdrücklich hinter ihn und sagt, er hätte im Auftrag des Senats gehandelt. Wer muss also zurücktreten? Alle beide!



Mittlerweile hat sich die tiefe politische Krise, die durch die Bankrotterklärung Gerhard Schröders, der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen, ausgelöst wurde, weiter verschärft, denn das System der Klassenzusammenarbeit wie bei VW ist ebenfalls in eine tiefe Krise geraten: Das System, Betriebsräte zu bestechen, zu kaufen oder ihnen durch subtile Methoden das Gefühl zu vermitteln, selbst kleine Manager zu sein, dieses System verliert seine Wirkung. Und das ist gut so!

Immer mehr Menschen erkennen jetzt, dass sie die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen in die eigene Hand nehmen müssen, statt auf solche „Vertreter“ wie die VW-Betriebsräte oder SPD-Bundestagsabgeordneten zu bauen. Wir brauchen unbestechliche und kämpferische Betriebsräte! Auch hier auf den Montagsdemonstrationen entwickeln sich solche Menschen. Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat auf der Offenen Liste der MLPD

Rechter Unterwanderungsversuch: Enttarnung ist „Katastrophe“ für „Roland-Regional“ *(„Stattnetz“)*

Live-Musik auf der Montagsdemo

Heute waren wieder etwas mehr zur Kundgebung gekommen: Circa 55 Menschen hörten den Beiträgen am Offenen Mikrofon zu und ließen sich vom Duo „Brotlose Kunst“ begeistern. Die beiden Musiker wollen auch beim großen Montagsdemo-Fest am 22. August in Bremen mit ihren künstlerisch hervorragenden Liedern auftreten.

Wieder wurde die Forderung nach Rücktritt von Bürgermeister Scherf laut, unter dessen Federführung 500.000 Euro am Senat vorbei der Günter-Grass-Stiftung zugeschanzt worden sind. In einem Beitrag wurden die Gewinne und Gehälter der Großkapitalisten und ihrer Vorstandsmitglieder aufgelistet, in einem an-

deren das „Konkordat“ angegriffen, das seit über zwei Jahrhunderten sicherstellt, dass der Staat die Kirche finanziell unterstützt und für sie das Geld eintreibt.

Inspiriert von Berichten aus Gelsenkirchen, planen wir für nächste Woche eine große „Bade- und Strandparty“ auf dem Marktplatz. Zwei Mitstreiterinnen meldeten, dass inzwischen bei Ein-Euro-Jobs nur noch 71 Cent bezahlt werden sollen! Wir wollen dem Hinweis bis zum nächsten Mal nachgehen und diesen Vorgang dann öffentlich anprangern.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Mythen: Ist „Attac“ nur eine Werbeagentur aus Verden an der Aller? *(„Rote Fahne“)*

Bedingungsloses Grundeinkommen durchsetzen!

Die Zeit der rot-grünen Regierung ist abgelaufen: Der Kanzler hat seine Wahlversprechen gebrochen, ist aber auch an der ausdauernden Protestbewegung gescheitert. Die Hartz-Gesetze führten zu Beseitigung von Rechten, massiver sozialer Disziplinierung und Sozialabbau. Die Aufspaltung der Gesellschaft in Beschäftigte und entrechtete Erwerbslose sichert die jetzige Steigerung der Kapitalgewinne um 20 bis 30 Prozent ab. Hartz IV funktioniert als Bedrohung für die noch Beschäftigten und bewirkt Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung und Abbau der Vertretungsrechte.

Doch der soziale Protest der letzten Jahre war erfolgreich und ist seit langem nicht mehr so breit in den gesellschaftlichen Schichten mitgetragen worden. Außer einem einsamen Superminister Clement verteidigt kaum noch ein Politiker das „Jahrhundertreformwerk“. Dass die Kanzler-SPD in sich gescheitert ist, hat mit unserem Widerstand zu tun. Die Gesellschaft ist in einer Legitimationskrise, ein Ausdruck davon ist die propagierte „Alternativlosigkeit“ des Sozialabbaus der Hartz-Einheits-Parteien. In dieser Situation der Angst haben wir keine andere Wahl, als durch nachhaltigen, dauerhaften und unberechenbaren Protest wieder ein politischer Faktor und Akteur der sozialen Selbstverteidigung der Menschenwürde zu werden.

Der Widerstand vor Ort benötigt auch eine langfristige Perspektive für gesellschaftliche Bedingungen, die eine Antwort auf die Herausforderung der Armut geben. Wir brauchen die Visionen eines neuen „Sechs-Stunden-Normalarbeitstages“ durch Arbeitsumverteilung und eines gesetzlich durchgesetzten Mindestlohns. Es bedarf auch eines *bedingungslosen Grundeinkommens* oberhalb des Armutsrisikos von 938 Euro gemäß Armuts- und Reichtumsbericht der

Bundesregierung. Es geht nicht um „Zwangsbeschäftigungsgelegenheiten“ für Sozialkonzerne und kommunale Lohndrückerei, sondern um die Möglichkeit, sich neben dem Sektor der formellen Erwerbsarbeit selbst eine für die Gesellschaft relevante Arbeit zu geben.

Von der zukünftigen Bundesregierung wird verlangt, dass die Leistungen dem realen Bedarf entsprechen müssen. Kindergeld oder Unterhaltszahlungen dürfen nicht auf den Regelsatz der erziehenden Eltern angerechnet werden, das Einkommen der Partner oder Verwandten nicht auf den des Erwerbslosen. Gemeinden, Städte, Kreise und Länder werden aufgefordert, ungeachtet der Wohnungsgröße und Miethöhe auf Zwangsumzüge zu verzichten. Von den Kommunen wird erwartet, dass sie die Kosten der Krankenkassen übernehmen, wenn Betroffene aus dem Leistungsspektrum des ALG II fallen. Eintrittspreise für eigenbetriebliche Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Kommunen sollen um mindestens 75 Prozent für einkommensarme Menschen gesenkt werden. Die Kommunen werden aufgefordert, mit ihren Verkehrsbetrieben ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr auszuhandeln, dessen Kosten die Hälfte des vollen Preises nicht überschreiten darf.

Statt Ein-Euro-Entschädigungen bei Zwangsbeschäftigungsgelegenheiten muss die Angst vor der Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Der soziale Frieden braucht statt einer Politik der Prekarisierung jeder Form der Erwerbsarbeit und der Privatisierung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, von denen man menschenwürdig und „gut“ leben kann. Notwendig ist die Einführung eines *bedingungslosen Grundeinkommens* in Höhe von 850 Euro für alle einkommensarmen Menschen, zuzüglich der monatlichen Warmmiete; auf dem Weg dorthin die einheitliche Erhöhung der ALG-II-Bezüge auf 938 Euro.

Die zwangsweisen Ein-Euro-Beschäftigungsgelegenheiten müssen in freiwillige, rechtlich abgesicherte, sozialversicherungspflichtige Zehn-Euro-Arbeitsverhältnisse für gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten umgewandelt werden. Gegen prekäre Beschäftigungen sind ein gesetzlicher Mindeststundenlohn von 10 Euro und eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei Lohn- und Personalausgleich erforderlich. Tarifverhandlungen und die Interessensvertretung der Beschäftigten müssen ein gewerkschaftliches Recht bleiben, bedürfen aber auch der innergewerkschaftlichen Demokratie. Eine 30-Stundenwochen-Beschäftigung muss ausreichen, dass ein Mensch davon leben kann.

Renate Gaß (Soziale Bewegung Büro Kassel), Edgar Schu und andere laden ein zum „Sozialforum 2005“ vom 21. bis 24. Juli 2005 in Erfurt

Horst ist Köhler: Helmut war Kohl – *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

47. Bremer Montagsdemo

am 25. 07. 2005

Clementine kandidiert für den Bundestag!

Es ist soweit, wir ziehen in den Wahlkampf! Ich habe die Nase voll von Schröder und Co.! Dieser Kanzler ist in einem Chaos gelandet: Wir haben über fünf Millionen Arbeitslose, und er redet noch immer von seinen Erfolgen und von Gerechtigkeit!

Die Rentenreform soll ein Erfolg sein? Ich kriege jetzt statt 306 nur noch 302 Euro und erlebe nächstes Jahr die dritte Minusrunde. Wir Rentner gehen den Berg runter! Müntefering sagte neulich, die SPD gehe wieder „den Berg rauf“. Meinte er vielleicht unseren Bahndamm?

Ist die Gesundheitsreform für Schröder ein Erfolg? Für Arme, Kranke, Geringverdiener, Arbeitslose, Rentner und Kinder ist sie eine Katastrophe! Die Eintrittsgebühr beim Arzt ist ein Zwangsgeld, um Haushaltslöcher zu stopfen oder den Kassenvorständen dicke Gehälter und Pensionen zu genehmigen!

Auch ein paar Worte zu Frau Merkel: Als würden wir nicht schon genug ausgebeutet, nein, den „Christ“demokraten reicht es noch lange nicht! Die Mehrwertsteuererhöhung auf 18 oder 20 Prozent soll her! Wen trifft sie? Na klar, wieder nur diejenigen, die seit Jahren für die verfehlte Politik zahlen und zahlen, ohne Ende! Auch die CDU, die das „C“ längst hätte streichen sollen, ist für diesen Schlamassel, den wir jetzt haben, mitverantwortlich!

Ich bin nicht bereit, zwischen zwei Parteien, die das Gleiche wollen, hin- und herzuhopsen! „Neue Politiker braucht das Land“, deshalb habe ich mich entschlossen, bei der MLPD mitzukämpfen! Meine Stimme wird dieses Mal die MLPD bekommen! Ich habe mich genug belügen, betrügen und ausnehmen lassen! Ich sehe nicht tatenlos zu, wie man mir jedes Jahr mehr von meiner kleinen, hart verdienten Rente klaut! Seit dem 14. Lebensjahr habe ich eisern dieses Altersruhegeld, so gut es nur ging, aufgebaut und ertrage es jetzt nicht, dass man auch noch eine Rente beschneidet, die unter dem Sozialhilfesatz liegt!

Leute, heiratet ihr, kriegt ihr Kinder, seid ihr die Dummen! Kriegt ihr keine, ebenfalls! Wer unten ist, kann sich drehen und wenden, er bleibt immer der Dumme! Arbeitest du fleißig auf Steuerkarte bis fast zum Umfallen, auch dann bist du der Dumme! Wenn nicht gleich, dann erwischt es dich mit Sicherheit später noch! Oben gebe es keine Dummen, sollte man meinen, doch die sind nur anders dumm.

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Clement hat doch recht: Marsmenschen würden in Deutschland investieren *(„Spiegel-Online“)*

Das Wahlwörterbuch (A–H)

Auch mal etwas aus dem Alphabet: Agenda 2010 steht für Sozialabbau.
Besserverdiener, sie sind Besitzstandswahrer.
Chancengleichheit als Ersatz für Chancengerechtigkeit, also jetzt: Jedem das Seine.
Demographische Zeitbombe heißt Vergreisung der Republik, die Alten sind nicht mehr bezahlbar. Eine Lüge! Durch Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde der demographische Wandel immer ermöglicht, heute besonders, durch moderne Technik.
Entzerrung des Preisgefüges bedeutet Verteuerung für die kleinen Leute.
Freiheit, die Frage lautet immer: welche, deine oder meine?
Gleiches Recht für alle! Nach dem Gesetz dürfen Arme und Reiche unter Brücken schlafen.
Hoffnung allein reicht nicht, eine starke linke Opposition muss man schon wählen!

Hermann Siemering (Verdi, parteilos) moderiert am Dienstag dieser Woche um 19:30 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“ (Wiederholung)

Kündigungsschutz: Aber nicht für Schrempp *(„Spiegel-Online“)*

Die Mittellosigkeitsaberkennung

„Es war klar, dass wir gewinnen“. Obwohl Matthias Brittinger gegen die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales jetzt mal wieder obsiegt hat, bleibt er verärgert: „Die Widerspruchsstelle der Bagis ist unterbesetzt“, sagt der Mann vom Verein „Sozialer Lebensbund“. Deshalb bisweilen über zwei Monate auf Entscheidungen warten zu müssen, sei für Betroffene oft eine unerträgliche Härte, denn bei vielen gehe es um den letzten Cent.

Das war auch im jetzt „gewonnenen“ Fall von Petra C. so, die ohne die Hilfe Fremder nicht einmal genug Geld gehabt hätte, um aus dem Krankenhaus zu der verordneten Reha-Maßnahme in die Suchtklinik im Wiehengebirge zu gelangen. Doch die Bagis hatte jede Zuständigkeit abgelehnt. „Die waren stur“, sagt Brittinger. Erst nachdem er als ehrenamtlicher Helfer und Bevollmächtigter der alkoholkranken Frau Klage beim Verwaltungsgericht einreichte, kam Bewegung in die Sache: Die Bagis änderte ihre abweisende Haltung, bearbeitete den Antrag prompt und wies das Geld an. „Warum denn nicht gleich so?“, fragt Brittinger verärgert.

Der 44-Jährige vertritt mehrere Personen gegenüber der Bagis. „Das Problem ist, dass der Einzelne dort sehr schnell abgewimmelt wird“, sagt er. „Dann brauchen die Menschen jemanden, der sich auskennt und sie begleitet.“ Sein „Sozialer Lebensbund“ ist aus dem kleinen Kreis der Bremer Montagsdemonstranten hervorgegangen. „Ich kenne viele Fälle, wo die Betroffenen erst durch unser Nachhaken Hilfe bekommen haben.“ Beispielsweise wurde die Miete einer geschlagenen Frau erst übernommen, nachdem Brittinger selbst der Entscheiderin die Verwaltungsvorschrift vorlegte, aus der die neueste Regelung hervorging. „Wenigstens ließ die Frau mit sich reden“, sagt er.

Petra C. allerdings biss bei der Bagis auf Granit. Nachdem sie wegen einer Krankheit versäumt hatte, ihren Folgeantrag auf weitere Gewährung von Arbeitslosengeld II fristgerecht zu stellen, war schon im Juni kein Geld mehr gekommen und im Juli auch der letzte Cent ausgegeben. Schnelle Hilfe zur Überbrückung, als Vorschuss per Scheck, lehnte die Bagis ab: Die 53-Jährige sei nicht mittellos, attestierte der zuständige Sachbearbeiter ohne Angabe von Gründen, aber auch nicht in Form eines widerspruchsfähigen Bescheides.

„So kann man das doch nicht machen“, zürnt Brittinger. „Die Frau lag mit gebrochenem Arm und ohne Geld im Krankenhaus. Sie konnte nicht einmal die Zahnpasta bezahlen!“. Das Argument der Bagis, dass bei einem stationären Klinik-Aufenthalt doch für alles gesorgt sei, treffe nicht zu: „Seit wann kriegt jemand im Krankenhaus kostenlos Hygieneartikel?“, fragt er. Auch widerspreche

diese Position der Rechtslage, wonach der Frau auf Station mindestens 26 Prozent des ALG-II-Regelsatzes zustehen. Eine Wahrheit, der sich die Bagis nun offenbar gebeugt hat und so einem Gerichtsentscheid zuvorkam.

„Tageszeitung Bremen“ vom 21. Juli 2005

Die Zeit ist reif für die Einführung des Grundeinkommens

Am 9. Juli 2004 haben sich in Berlin Menschen, die die Einführung eines *bedingungslosen Grundeinkommens* fordern, zusammengefunden und ein Netzwerk gegründet. Das Grundeinkommen soll existenzsichernd sein, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und nicht mit Zwang zur Arbeit verbunden sein.

Arbeitslosigkeit wird für immer mehr Betroffene zu einer ernsten Bedrohung. Die politischen Reaktionen darauf stellen sich als mutig und modern dar, sind jedoch veraltet, autoritär und ineffizient: Sie setzen nur die ökonomisch Schwächeren unter Druck, die Arbeitslosen ebenso wie die Beschäftigten. Ein Klima der Einschüchterung mahnt zur Anspruchslosigkeit und Unterordnung unter die Anforderungen von Wirtschaft und Staat.

Dieser Kurs ist keineswegs alternativlos, denn Arbeitslosigkeit ist auch ein Zeichen ökonomischen Erfolges infolge steigender Produktivität. In einer wirtschaftlichen Entwicklung, bei der Arbeit eingespart wird, ist es widersinnig, mehr Arbeit zu erzwingen. Die Fixierung auf Wachstum und Beschäftigung verstellt den Blick auf vernünftige andere Lösungen.

Die zentrale Alternative ist ein bedingungsloses Grundeinkommen als soziales Menschenrecht: Alle Gesellschaftsmitglieder haben Anteil am wachsenden Wohlstand. Die Drohung der Armut, ein Anachronismus angesichts nie dagewesenen Reichtums, wird durch das Grundeinkommen nachhaltig abgeschafft.

Die Freiheit aller Individuen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten, wird durch das Grundeinkommen gestärkt. Bislang unbezahlte Tätigkeiten sind nun finanziell abgesichert. Auch die Unternehmen gewinnen: motivierte Mitarbeiter, mehr Risikobereitschaft aufgrund der Einkommenssicherheit, niedrigere Lohnnebenkosten wegen der Verlagerung auf Steuerfinanzierung. Darüber hinaus stabilisiert das Grundeinkommen die Kaufkraft und federt somit Konjunkturkrisen ab.

Unattraktive Tätigkeiten werden besser bezahlt werden müssen. Insofern ist das Grundeinkommen ein ökonomischer Anreiz zur allmählichen Abschaffung unangenehmer oder gesundheitsgefährdender Arbeit. Innovationen müssen nicht

mehr Beschäftigung schaffen, sondern können offensiv zur Verringerung von Mühsal und unproduktivem Zeitverlust beitragen.

Arbeit wird in vielen Bereichen überflüssiger. Die Voraussetzung ökonomischen Überflusses zur Finanzierung des Grundeinkommen ist gegeben; dieses wird eine Reihe bisheriger Sozialleistungen ersetzen können. Notwendig ist es, den vorhandenen Reichtum stärker zu besteuern.

Teilschritte in Richtung auf ein Grundeinkommen sind kurzfristig umsetzbar, etwa die Verbesserung der sozialstaatlichen Regelungen für Einkommensschwache, die Prämierung von „Sabbaticals“ und anderen Arbeitzeitverkürzungen oder die Einführung einer garantierten Grundrente.

Das Interesse für das Grundeinkommen wächst: In vielen Gruppen, Interessenverbänden und politischen Parteien gibt es Arbeitskreise und Einzelpersonen, die von dieser Idee überzeugt sind und sich dafür einsetzen. Die Zeit ist reif, mit der Einführung des Grundeinkommens Ernst zu machen!

Mitglieder des „Netzwerks Grundeinkommen“ sind Wissenschaftler, Gewerkschafter, Unternehmer, Mitglieder aller Parteien und von Erwerbsloseninitiativen, von Attac Deutschland und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Vorgetragen von Jens Schnitker (parteilos), Teilnehmer am „Erfurter Sozialforum“

Bedingungsloses Bürgergeld: „Wir leben in paradiesischen Zuständen“ – *„Drogerie-Markt“-Chef Götz Werner im „Brand-Eins“-Interview*

Urlaubsstimmung auf dem Marktplatz

Inspiriert durch den Bericht aus Gelsenkirchen, hatten wir dieses Mal auch in Bremen eine große Strandparty mit allem Drum und Dran organisiert: Badeinseln, Liegestühle, Federball, Planschbecken, Sand, Tauchsachen und natürlich heiße Rhythmen. Zu trinken gab es leckere Frucht-Bowle und dazu Plätzchen.

Etwa 60 Aktive waren gekommen und ließen sich auch durch schwere Regengüsse zu Beginn und am Ende nicht die Laune verderben. „Hartz IV, Urlaub gestrichen: Wir bleiben hier, aber die Regierung geht baden!“ war auch bei uns in Bremen das Motto. Einige Passanten rieben sich verwundert die Augen, als sie das bunte Treiben sahen.

Für uns war es zugleich die Generalprobe für das große Fest am 22. August, wenn der Start ins neue „Demo-Jahr“ gefeiert wird. Natürlich gab es trotz Badeparty ein Offenes Mikrofon mit zahlreichen Beiträgen, darunter ein Interview zu

den Folgen von Hartz IV betreffs der Zwangsumzüge, die nach erfolgtem Aufschub nun ab September drohen.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Montagsdemos 1997/1998: Der Sturz
der Kohl-Regierung *(„Göttinger Stadtinfo“)*

Wir laden ein zur Feier ins neue Demo-Jahr!

Vor einem Jahr, am 16. August 2004, fand die erste Bremer Montagsdemo gegen Hartz IV statt. Unsere Losung war von Anfang an: „Hartz IV muss weg, ohne Wenn und Aber! Mit Nachbesserungen geben wir uns nicht zufrieden!“

In der Zwischenzeit geriet die Bundesregierung in immer stärkere Bedrängnis; sie war schließlich gezwungen, auf Neuwahlen hinzuwirken. Das Vertrauen der Bevölkerung hat sie längst verspielt. Ihr Scheitern ist *auch* ein Verdienst der Montagsdemo-Bewegung. Nach einem Jahr Montagsdemo ist Peter Hartz weg, Schröder wird folgen und die Hartz-Gesetze ebenso!

Viele Menschen haben daran mitgewirkt, jeder hat dazu beigetragen. Deshalb wollen wir alle, die in diesem Jahr bei den Montagsdemos dabei waren, auch wenn es nur für eine bestimmte Zeit war, und alle, die den Montagsdemos wohlwollend gegenüberstehen, einladen, gemeinsam mit uns zu feiern!

Auch über die Bundestagswahl hinaus muss und wird der Widerstand weitergehen. Wir werden jede Regierung bekämpfen, die an der Politik der Agenda 2010 der Schröder-Fischer-Regierung festhält, sie fortsetzt oder verschärft!

Wir laden ein zum gemeinsamen Feiern am **Montag**, dem **22. August 2005**, um **17:30 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**. Beiträge für das Kulturprogramm, Kurzreden am Offenen Mikrofon sowie Speisen und Getränke sind willkommen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Rechte Unterwanderung: Bundesgerichtshof
erlaubt Neonazi-Parole *(„Spiegel-Online“)*

Naziaufmarsch verhindern!

Für **Samstag**, den **3. September** hat die **NPD** einen Aufmarsch in **Oldenburg** angemeldet. Ihr Treffpunkt ist ab **11 Uhr** am **Bahnhof**. Dieser Aufmarsch ist eine wichtige Werbeveranstaltung für die Nazis, da er der voraussichtlich letzte vor der vorgezogenen Bundestagswahl sein wird. Außerdem ist es das erste Mal seit ihrem gescheiterten Aufmarschversuch im Oktober 2001, dass sie versuchen, in Oldenburg auf die Straße zu gehen.

Vor vier Jahren brachten die Gegendemonstranten die Nazis nach wenigen hundert Metern zum Umdrehen, und die Polizei, die die „Sicherheit“ nicht mehr gewährleisten konnte, musste die Faschisten zurück zum Bahnhof geleiten. Das können wir nochmal, und noch besser! Wenn jetzt noch mehr Menschen auf die Straße gehen, können wir dafür sorgen, dass die Nazis gleich wieder nach Hause fahren müssen! Ein ganzer Monat ist noch Zeit, um sich Gedanken zu machen und Pläne zu schmieden. Wenn alle sich an den Gegenaktionen beteiligen, wird der 3. September ein weiterer Tag der Niederlage für die Faschisten in dieser Stadt! Also kommt um **10 Uhr** zum Bahnhof!

Norbert Schepers (Rosa-Luxemburg-Initiative), Antifa-Bündnis „Keinen Meter!“

Rechte Unterwanderung: Gehören der SPD-Bundestagsfraktion Mitglieder einer „Nazi-Sekte“ an? – *(„Stattnetz“)*

Erklärung der Erfurter Versammlung sozialer Bewegungen

Der Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ebenso wie die Regierungskrise in Deutschland beweisen: Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen immer weniger auf Empfehlungen und Aussagen der herrschenden Politik! Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre steckt in einer tiefen Legitimationskrise, denn es hat sich als falsch erwiesen, dass durch **Sozialabbau** die Erwerbslosigkeit gesenkt wird!

Das Gegenteil ist eingetreten, die zunehmende **Spaltung der Gesellschaft** in Arm und Reich, Jung und Alt, Menschen mit und ohne genehmen Pass, in „Leistungserbringer“ und „Alimentenbezieher“. Die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten sehen sich einem Generalangriff auf Tarifautonomie, Mitbestimmungsrechte und Kündigungsschutz ausgesetzt. Demokratieabbau und steigende Repressionen gehen einher mit Militarisierung. Die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt sind völlig unzureichend. Die Kluft zwischen Globalisie-

rungsgewinnern und -verlierern wird tiefer. All das erfüllt zahlreiche Menschen weltweit, in Europa und auch hier in Deutschland mit wachsender Sorge um eine lebenswerte Zukunft!

Als Teil der internationalen und globalisierungskritischen Bewegung trafen wir uns in Erfurt nicht nur, um die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren, sondern auch, um **unsere Alternativen** für eine **solidarische**, **demokratische**, **ökologische**, **nicht-patriarchale** und **sozial gerechte Gesellschaft** zu entwickeln. Wir fordern eine vollständige Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik! Wir brauchen ein *existenzsicherndes Mindest- oder Grundeinkommen* für jede und jeden, jetzt, als Alternative zu Hartz IV, einen gesetzlichen *Mindestlohn,* massive *Arbeitzeitverkürzung* und eine *menschenwürdige Rente* ohne Diskriminierung!

Wir treten ein für eine **solidarische Gesellschaft** ohne Ausgrenzung und Massenerwerbslosigkeit, ohne Armut und soziale Spaltung, in der jeder und jede umfassend sich bilden und entwickeln und in unterschiedlichen Formen tätig werden kann, in der chronisch Kranke und behinderte Menschen gleichgestellt sind und jeder Mensch das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hat! Die Privatisierungen in diesen Bereichen müssen gestoppt werden! Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle am gesellschaftlichen Reichtum angemessen und sicher teilhaben, denn Geld ist genug da! Solidarische Einfachsteuer jetzt!

Wir treten ein für eine nach innen und außen **friedliche Gesellschaft,** die auf militärische Gewalt verzichtet und auch ökonomisch auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität mit anderen Ländern und Weltregionen zusammenarbeitet! Wir lehnen den „Krieg gegen den Terror“ ab, der zum Vorwand genommen wird, um demokratische Rechte einzuschränken und Muslime zu stigmatisieren. Wir fordern die Rücknahme der Antiterrorgesetze und des Zuwanderungsgesetzes sowie den sofortigen Stopp aller Deportationen von Flüchtlingen! Wir brauchen keine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee, sondern Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Stoppt die milliardenschweren Aufrüstungsprogramme! Die außerhalb Deutschlands stationierten Bundeswehrtruppen müssen abgezogen werden! Die faktische Unterstützung der Besatzungsherrschaft und der US-Kriegsführung im Irak muss beendet werden! Für einen gerechten Frieden in Palästina! Wir bleiben bei unserem konsequenten Nein zur EU-Verfassung!

Wir treten ein für eine **ökologische, zukunftsfähige Gesellschaft,** die den Ausstoß von Klimagasen und umweltbelastenden Stoffen sowie den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen auf ein international verträgliches Maß senkt! Das bedeutet bei uns eine ökologisch konsequente Landwirtschafts-, Siedlungs-, Energie- und Verkehrspolitik auf der Basis regenerativer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Wir treten ein für eine **geschlechtergerechte Gesellschaft,** in der alle Menschen gleichberechtigt leben und in der Männer nicht über die Köpfe der Frauen

entscheiden! Dies ist zur Zeit in Politik, Gesetzgebung sowie in der Arbeitswelt immer noch die diskriminierende Realität.

Wir treten ein für eine **demokratische Gesellschaft** mit weit über Wahlkämpfe und Wahltage hinausgehender demokratischer Teilhabe und aktiver Partizipation sowie Entscheidungskompetenz für alle Einwohner auf allen Ebenen, von der unmittelbaren Interessenvertretung über ökonomische Entscheidungsprozesse, betriebliche Mitbestimmung bis hin zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Fragen, von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und globalen! Wege dahin sind die Ausweitung von Bürgerbegehren und -entscheiden auf allen Ebenen sowie Beteiligungshaushalte.

Eine **andere Welt** ist möglich, wenn wir gemeinsam die totale Vermarktung der Menschen und ihrer Umwelt stoppen und globales Zusammenleben neu gestalten. Dazu brauchen wir Austausch und Begegnung wie bei diesem Sozialforum in Erfurt und verstärkte Vernetzung der sozialen Bewegungen vor Ort, nicht zuletzt in Form der lokalen Sozialforen, um die Menschen zu befähigen, Akteure direkter Demokratie zu werden. Dazu gehört auch die Verknüpfung zu überregionalem Austausch und gemeinsamer Aktion.

Globalisierung von unten erfordert Kommunikation und Kooperation unabhängig von Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe. Der gemeinsame Kampf weltweit für globale **soziale Rechte für alle** ist unsere Aufgabe. Wir fordern Schuldenstreichung und das Ende der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme! Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen ab. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muss mit unserem massiven Widerstand rechnen! Wir schlagen einen gemeinsamen, dezentralen, **bundesweiten Aktionstag** am **Montag**, dem **5. September** vor: *Soziale Bewegungen melden sich im Wahlkampf zu Wort!*

„Sozialforum Erfurt“, 24. Juli 2005

Hartz I: Personal-Service-Agenturen am Ende *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

48. Bremer Montagsdemo
am 01. 08. 2005

Wer arm ist,
wird früher sterben!

Wer ist *nicht* betroffen von der missratenen „Gesundheitsreform“, die gar keine ist? Mit Gesundheit hat dieses ganze Wirrwarr wenig zu tun! Es ist eine freche, ungerechte, verfehlte *Kranken-Abzocke*, denn *Reform* bedeutet in meine Augen, es kommt etwas Besseres dabei raus! Das tut es eben nicht!

Wenn das so weiterläuft, und es soll erst der Anfang sein, dann „Gute Nacht, Deutschland!“. Viele Millionen Menschen leiden, resignieren und werden krank von dieser fast schon kriminellen Art der „Gesundheitsreform“!

Ulla Schmidt sagt uns immer gern, alles was nötig sei, gebe es auch weiterhin, doch Tatsache ist: Jede Salbe ohne Kortison erhält man nur noch auf Privatrezept! Je mehr wir erkranken in unserer vergifteten Welt, desto mehr Privatrezepte brauchen wir, um unsere innerlichen oder äußeren „Allergien“ zu behandeln. Soll es *so* sein: Je mehr bei den Warengiftkontrollen geschludert wird, umso lauter klingeln die Kassen?! „Ursachen bekämpfen“ heißt heute zu oft „am eigenen Stuhl sägen“, und wer will das schon?

Vor einigen Tagen habe ich einen jungen, kranken Mann getroffen, der mir sagte: „Jetzt haben sie mir noch meine künstliche Nahrung bei der Kasse gestrichen, obwohl ich ohne sie schier vom Fleisch falle!“. Er war sehr traurig und wütend, denn diese Nahrung kostet circa 300 Euro im Monat, und die hat er nicht! Auch seine Frau ist krank und bettlägerig. Er muss jetzt sehr hart rechnen, wie er da weiterleben kann!

Die Krankenhausärzte und auch sein Hausarzt sagen, dass der junge Mann diese Nahrung bekommen muss, aber er kriegt sie nicht mehr! Beißen kann er nicht, er hat keine Zähne mehr im Mund! Er ist arm und wird eher sterben! So wird es bis zu 140.000 Menschen in Deutschland gehen, die auf künstliche Ernährung angewiesen sind, beispielsweise auch Krebspatienten und Kinder mit Kuhmilcheiweiß-Allergie!

Das soll „Gesundheitsreform“ heißen? Wie gehen die betroffenen Menschen aus dieser Welt? Sie werden im Stich gelassen von diesen sogenannten „Reformern“!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Rentenloch: 30 Prozent der Deutschen
droht Altersarmut *(„Spiegel-Online“)*

Die politische Situation ist zur Zeit ganz schlimm

Die Renten sind in Gefahr! Löhne und Gehälter werden fast überall gekürzt, Lehrlingsvergütungen sollen möglichst auf 270 Euro runter! Und das Militär soll auch im Inneren eingesetzt werden, zum Beispiel bei Demonstrationen! Dies nur ein paar der Forderungen verschiedener Parteien und Wirtschaftsbosse.

Heute war in der Presse zu lesen: „Linkspartei wirbelt die Parteien durcheinander“. CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne haben nur noch einen Gegner: die neue Linkspartei! Wie von Schröder gestern bei „Christiansen“ wird nun ein Trommelfeuer von Verleumdungen, Schmutz und Dreck geschleudert und jede kleinste Differenz aufgebauscht, um von eigenen Verfehlungen und volksfeindlicher Politik abzulenken!

Das ist die Situation, die noch bis zur Wahl verschärft werden soll, aus Angst vor eigenen Wählerverlusten. Darum mein Standpunkt: Es gibt bei der Wahl im September keine Alternative zur neuen Linkspartei! Wer anders wählt, macht objektiv, ob gewollt oder ungewollt, das Geschäft für diese Politik, wie sie zur Zeit stattfindet.

Hermann Siemering, Jahrgang 1932,
ist seit 1947 parteiloses Gewerkschaftsmitglied (heute Verdi)

„Wegläufer“-Debatte: Lafontaine zofft sich mit Schröder *(„Spiegel-Online“)*

Sozialismus: Links von der Linkspartei *(„Spiegel-Online“)*

Wir Frauen sollen lieber abtreiben statt verhüten!

Ich wende mich heute ausdrücklich an die Frauen! Ihr habt sicher im „Weser-Report“ den Artikel über die neuen Bestimmungen bei der Vergabe von Verhütungsmitteln an Geringverdienende gelesen: Es ist die Kostenübernahme der Pille gestrichen worden! Alternativ wird ein Schwangerschaftsabbruch in Höhe von bis zu 300 Euro vom Land übernommen!

Als ich den Artikel las, war ich erst der Meinung, ich hätte da etwas falsch verstanden: Das kann doch nicht wahr sein! Mein zweiter Impuls war Entsetzen, und als drittes wurde ich wütend: Meine Generation konnte als erste von der revolutionären Erfindung der „Pille“ profitieren. Der Frau wurde endlich eine große Verantwortung abgenommen, es war ihre Befreiung im Hinblick auf die Planung ihres beruflichen und privaten Lebens: Sie kann seither selbst bestimmen, von welchem Mann und zu welchem Zeitpunkt sie schwanger wird, sie kann allein oder mit ihrem Partner eine vernünftige Familienplanung vornehmen.

Der Wunsch, ein Kind zu bekommen, eine Familie zu gründen, hat sich über die Jahrzehnte wohl kaum verändert, jedoch können sich heute viele Frauen, und nicht nur junge, einfach kein Kind leisten; darum „wollen“ sie keines. Dass sie Kinder aus ihrem Lebensplan streichen, liegt daran, dass sie keine oder keine ausreichend bezahlte Arbeitsstelle bekommen. Sie haben kein Geld für Verhütungsmittel, weil das erforderliche Einkommen fehlt. Das ist nicht ihre Schuld, sondern die unserer unfähigen Politiker und habgierigen Manager!

Die Alternative Schwangerschaftsabbruch ist blanker Hohn, eine unverschämte Zumutung für jede Frau. Die Pille soll doch *verhindern,* dass Schwangerschaftsabbrüche nötig werden! Es ist mir unverständlich, dass dieses Gesetz in einem Ministerium beschlossen und angenommen wurde, das von einer Frau geführt wird! Ulla Schmidt sollte in der Lage sein, nachzuvollziehen, was in einer Frau vor sich geht, die zu solch einem Schritt gezwungen wird!

Hat frau die „Absicht“, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, aus welchem Grund auch immer, dann macht sie das mit sich selbst und ihrem Gewissen aus. Da sollte ihr niemand hineinreden! Zu wissen, ich müsste das

alles nicht durchstehen, wenn es diese verfehlte Politik nicht gäbe, das ist menschenverachtend und frauenfeindlich! Im ALG II ist kein Betrag für die Pille oder eine Spirale vorgesehen. Das ist an der Wirklichkeit vorbeigeplant, denn natürlich sind viele ALG-II-Bezieherinnen im „gebärfähigen“ Alter. Anscheinend wurden aber jede Menge Schwangerschaftsabbrüche eingeplant! Dafür wird das nötige Geld bereitgehalten!

Es gab eine Fachtagung, an der die Arbeitnehmerkammer, pro familia, die Frauenbeauftragte sowie die evangelische und katholische Kirche teilnahmen. Wurde auch nur *eine* betroffene Frau dazu eingeladen? Zumindest aus ethischen Gründen hätten sich doch die Kirchen zu Wort melden müssen! Ich habe nichts gehört. Meine Erklärungsformel lautet: keine Einnahme der Pille, weil kein Geld, und keine Abtreibung, weil keine Alternative, gleich Geburtenexplosion! Herr Köhler muss dann nicht mehr so traurig in die Kamera schauen und verkünden, dass uns Kinder fehlten und wir immer älter würden. Zumindest *das* Problem wäre gelöst! Oder nicht?

Diese Misere, wohinein die Frauen gesteckt wurden, lässt sich aber zum Glück beheben: Es ist als Menschenrecht festgeschrieben, dass jedem und jeder ein Zugang zu Verhütungsmitteln zu ermöglichen ist. Dieses Recht kann und muss frau in Anspruch nehmen! Sollte sie mit ihrer Forderung keinen Erfolg haben, kann frau klagen, und das sollte sie schleunigst tun, denke ich!

Gudrun Binder

Jeder Zweite hat Angst

Eine neue Umfrage hat ergeben, dass über 50 Prozent der Deutschen Angst um den Arbeitsplatz haben. Folge ist natürlich: Man meldet sich weniger krank. Ist das gut für den Arbeitgeber und die Krankenkassen?

Auf den ersten Blick ja, aber wie heißt es so schön: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“. Allen außer den Damen und Herren, die auch in Zukunft über unsere Gesundheitsversorgung entscheiden, ist wahrscheinlich klar, dass eine „aufgeschobene“ Krankheit irgendwann doch ausbricht! Sie kann durch Angst und Stress chronisch werden und ist dann erst richtig teuer.

Es grenzt schon an Perversität, die Menschen erst krank zu machen und dann zu behaupten, in Zukunft könnten wir uns die Behandlung nicht mehr leisten, das sei zu teuer!

Das bedeutet künftig immer mehr: Wer arm ist, darf nicht krank werden, sonst hat er eben Pech gehabt! Zu den Armen zählen Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, „Sozialfälle“, Behinderte und eine große Zahl Rentner, die ja immer mehr werden und in den Augen vieler Politiker und Wirtschaftsbosse nur ein Kostenfaktor sind, den sie nicht haben wollen!

Liebe Rentner, hört genau hin: Union und FDP erwägen eine *Absenkung* des Rentenniveaus! Ein gewisser Herr Rürup sagt ganz unverblümt, den Rentnern müsse klar sein, dass die bisherigen Nullrunden nicht die letzten waren! Wenn wir uns nicht wehren, wird er wohl recht behalten!

Udo Riedel (parteilos)

*Die Bremer Montagsdemo arbeitet anlässlich des bevorstehenden Urnenganges eine Fragensammlung „**Wahlprüfsteine**“ aus, anhand derer wir Politikeräußerungen bewerten wollen. Heute geben wir dem zuständigen Bundesminister Gelegenheit, einmal selbst zu erklären, wo die zur „signifikanten Reduzierung der Arbeitslosigkeit“ (Gerhard Schröder), genauer gesagt zu deren „Halbierung bis 2005“ (Peter Hartz) erforderlichen Arbeitsplätze herkommen werden, ohne die auch das Rentensystem zusammenbricht. Bitte, Herr Clement:*

„Dem Leistungsmissbrauch entschieden entgegentreten!“

Erfreulicherweise ist die Arbeitslosigkeit auch im Mai weiter zurückgegangen. Besonders freut mich der Rückgang bei den jungen Arbeitslosen. Ich setze darauf, dass es uns gemeinsam gelingt, diesen Prozess kontinuierlich fortzusetzen, wozu es, wie wir alle wissen, *kein Patentrezept* gibt; nichts vermag Ihr beständiges Engagement für die heute Arbeitslosen zu ersetzen. Mir ist sehr bewusst, dass die Frage der Leistungsgewährung zur Zeit immer noch einen Großteil Ihrer Arbeitskapazitäten bindet. Deshalb schätze ich um so mehr, dass und wie Sie zugleich dabei sind, die *Arbeitslosigkeit zurückzudrängen*, und dass der *Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik* jetzt zunehmend Konturen erhält.

Dafür möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken und Sie gleichzeitig ermutigen, die sicher nicht immer einfache *Umsetzung* des SGB II so engagiert wie bisher *voranzutreiben*. Ende Mai lag in 65 Prozent der Arbeitsgemeinschaften ein vollständiges Integrations- und Arbeitsmarktprogramm vor; weitere 32 Prozent der Argen hatten Eckpunkte dazu beschlossen. Die Planungen für den konkreten *Einsatz der Eingliederungsmittel* sind insgesamt weit fortgeschritten. Jetzt geht es darum, *flächendeckend die geplanten Eingliede-*

rungsmaßnahmen auch umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es für Sie von Bedeutung, dass den Argen alle im Eingliederungstitel vorhandenen Mittel zugeteilt werden. Für die bislang noch ausstehenden 25 Prozent der Mittel wird dies in Kürze erfolgen.

Im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik haben einige Argen bereits *Vorbildcharakter*. Um einen Prozess des Voneinanderlernens in Gang zu setzen, habe ich die Bundesagentur für Arbeit gebeten, allen Argen monatlich eine Übersicht mit Vergleichskennzahlen zur Verfügung zu stellen. Diese wurde Ihnen bereits erstmalig übermittelt. Jede Arge erhält ihre Daten zur *eigenen Standortbestimmung*. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die erzielten Ergebnisse mit denen der anderen Argen zu vergleichen. Außerdem veröffentlicht die Bundesagentur monatlich 25 Argen, die gemessen an allen Argen über einen guten Leistungsstand verfügen. Dies geschieht auf der Grundlage der noch unvollständigen Datenlage und kann gleichwohl erfolgreiches Handeln herausstellen.

Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II und der Bedarfsgemeinschaften liegt deutlich über den Erwartungen des Gesetzgebungsverfahrens. Dies hat nicht nur eine zusätzliche Belastung der Kommunen und des Bundes zur Folge. Besonders an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sehr hohe Anforderungen gestellt. Sie benötigen personelle Ressourcen über die ursprünglichen Planungen hinaus. Es ist deshalb veranlasst worden, dass Sie *befristete Einstellungen* vornehmen können, für die weder Stellen im Stellenplan der Bundesagentur noch Ermächtigungen für Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag im Haushaltsplan für 2005 der Bundesagentur erforderlich sind. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, über *Arbeitnehmerüberlassungen* personelle Engpässe zu decken. Die Bundesagentur hat Sie über diese Verbesserungen bereits unterrichtet.

Die hohe Zahl der Leistungsbezieher ist auf der einen Seite Spiegelbild einer *unverändert nicht einfachen Arbeitsmarktsituation*. Zum anderen sind *mehr Menschen hilfebedürftig* als bislang angenommen. So haben nicht wenige erstmals einen *Antrag auf Grundsicherung gestellt*. Drittens ist die gestiegene Zahl der Leistungsbezieher sicher auch auf Leistungsverbesserungen im Vergleich zur Sozialhilfe zurückzuführen. All diese Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur Anspruch darauf, dass sie rechtzeitig ihre Leistung erhalten, sondern auch, dass sich die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit hohem Engagement für ihre Integration einsetzen.

Nicht verschweigen kann man aber auch, dass *deutliche Hinweise auf Leistungsmissbrauch oder ungerechtfertigten Leistungsbezug* vorliegen. In Zeitschriften, im Internet und von verschiedenen Institutionen wird sogar regelrecht auf Missbrauchsmöglichkeiten hingewiesen, und es werden Umgehungswege für gesetzliche Vorschriften aufgezeigt. Wenn wir in der Lage sein wollen, die erforderliche intensive Betreuung sicherzustellen, muss solchem *Leistungsmissbrauch entschieden entgegengetreten* werden; und dies auch im Hinblick auf eine vielerorts erkennbare Neigung zur *Aufsplittung von Bedarfsgemeinschaften*. Ich gehe davon aus, dass Sie vor dem Hintergrund Ihrer vielfältigen Erfahrungen aus dem

Bereich der Sozialhilfe oder der Arbeitslosenhilfe bereits *Maßnahmen zum Gegensteuern ergriffen* haben.

Um Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu bekämpfen, ist es aus meiner Sicht notwendig, dass für jeden und jede, der oder die einen Erstantrag ohne vorherigen Leistungsbezug stellt, *sofortige Vermittlungsbemühungen eingeleitet* werden. Dazu sollte, soweit möglich in einem ersten Schritt *bereits bei Antragstellung ein Stellenangebot unterbreitet* werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Einrichtung von *Schnellvermittlungsstellen* in größeren Argen denkbar. In einem zweiten Schritt sollte bei Personen ohne bisherigen Leistungsbezug bereits bei Bewilligung des Antrages eine *Trainingsmaßnahme zum Einstieg angeboten* werden.

Hierzu habe ich die Bundesagentur für Arbeit gebeten, über ihre *Regionalen Einkaufszentren* (REZ) den Argen in der 23. Kalenderwoche ein Angebot für den *Einkauf geeigneter „Einstiegs- Trainingsmaßnahmen SGB II“* mit Mengenplanung durch die Arge zu unterbreiten. Ich empfehle den Argen, dieses Angebot anzunehmen. Mit einem schnellen Einkauf von solchen Trainingsmaßnahmen in dem von Ihnen als notwendig erachteten Umfang wären die Arge *ab Anfang Juli in der Lage, das „Fördern und Fordern“ auch für neue Kunden des SGB II von Beginn an sichtbar zu machen*. Darüber hinaus kommt der *Prüfung der faktischen Verfügbarkeit* des Leistungsempfängers oder der Leistungsempfängerin für den Arbeitsmarkt eine *besondere Bedeutung* zu.

Auch die Einrichtung einer *internen Prüfung* oder eines *Außendienstes*, wie er in der Sozialhilfe, aber auch im Bereich der Arbeitslosenhilfe bisher üblich war, ist aus meiner Sicht *notwendig*. Über *Erfahrungen in diesem Bereich* verfügen Sie; jetzt kommt es darauf an, diese *intensiv zu nutzen*. Ich gehe davon aus, dass solche und andere Maßnahmen dazu beitragen können, Ihre engagierte, erfolgsorientierte Arbeit zu unterstützen. Deshalb habe ich den Vorstand der Bundesagentur gebeten, diese Maßnahmen mit hoher Priorität zu unterstützen. Als Service und Unterstützung vor Ort liegen diesem Schreiben in der Anlage Empfehlungen bei, die die Bundesagentur auf meine Bitte verfasst hat.

Da ich weiß, dass Sie bereits einige *Maßnahmen* in ähnlicher Form vor Ort selbst *veranlasst* haben, wäre ich zudem sehr daran interessiert, wenn Sie mir über gute Erfahrungen berichten könnten. Ich bin zuversichtlich, dass sich unsere gemeinsamen *Anstrengungen* letztlich auch *in den Arbeitsmarktzahlen widerspiegeln* und wir die *viel zu hohe Arbeitslosigkeit dauerhaft werden senken können*. Es gibt, davon bin ich überzeugt, *gegenwärtig keine wichtigere Aufgabe in Deutschland* als die, für die Sie sich in Ihren Arbeitsgemeinschaften engagieren. Ich wünsche Ihnen dabei aus vollem Herzen allen Erfolg.

Wolfgang Clement (SPD): Rundschreiben an die Arge-Leiter vom 3. 6. 2005

Neulich am Telefon

Letzten Donnerstag kommt mein Sohn mit dem Telefon zu mir ins Zimmer und sagt, er wisse nicht, wer dran sei, es handle sich wahrscheinlich um Reklame.

Mit „Arge“ meldet sich eine nette junge Frauenstimme am anderen Ende der Leitung. Begriffsstutzig frage ich nach, ob dies ein Werbegespräch sei und füge gleich hinzu, dass ich darauf keine Lust hätte.

„Nein, um Gottes Willen, hier ist die Arge von der Bundesagentur für Arbeit!“

„Das kann ja jeder sagen“, kritisiere ich misstrauisch und frage gleich nach, seit wann die Behörde ihre Klientel zu Hause anrufe.

Wenn ich wolle, dann könne sie mir meine Kundennummer zur Überprüfung geben, flötet es vom anderen Ende her.

„Nein, selbst wenn die Nummer stimmt, könnten Sie die von werweißwoher haben“, verwehre ich mich, „und ich wäre dann plötzlich mit der Deutschen Klassenlotterie verbunden!“

Nein, sie sei von der Arge und möchte mir gern ein paar Fragen dazu stellen, wie ich mir meine berufliche Zukunft vorstellte.

„Nein!“, sage ich empört. „Ich werde Ihnen keine Angaben zu persönlichen Dingen machen!“

„Ja, aber Sie sind doch arbeitslos!“

„Das stimmt zwar, aber auch Arbeitslose haben immer noch das Recht auf Menschenwürde und auf Datenschutz!“

Ja, wenn ich das so sehen würde, müsse ich die Fragen natürlich nicht beantworten, denn das sei ohnehin freiwillig, belehrt sie mich nachträglich.

„Das wäre ja auch noch schöner!“

Das unerfreuliche Gespräch ist beendet. Empört tausche ich mich mit anderen darüber aus, wie menschenverachtend mit Arbeitslosen umgegangen wird. So erfahre ich, dass auch andere angerufen worden sind und *schwachsinnige* Fragen beantworten sollten, etwa, seit wann sie arbeitslos seien. Dies sind bereits erhobene Daten, die der Bundesagentur für Arbeit natürlich vorliegen!

Augenscheinlich sollen Arbeitslose auf diese Weise wieder mal ein bisschen gedemütigt werden, ähnlich wie beim Idiotentest, von dem Christine neulich berichtet hat! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, denkt dran, dass wir noch keine

Fragen telefonisch beantworten müssen! Macht von eurem Verweigerungsrecht Gebrauch!

Elisabeth Graf (parteilos)

Nicht gesprächsbereit: Fräulein droht
mit Vermerk *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Der Heuhaufen ohne Stecknadel

1. Unser Wirtschaftsminister Clement hat vor einigen Monaten prophezeit: Ab sofort geht es mit uns bergab! Gemeint hat er die Zahl der Arbeitssuchenden. Das war der Monat, in dem nach offizieller Lesart die Fünfmillionengrenze der Arbeitssuchenden unterschritten wurde! Gemeint war eigentlich ein Aufschwung, oder hat Herr Clement erklären wollen: „Wir haben *kein Konzept* gegen die hohe Arbeitslosigkeit und den andauernden Verlust an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen!“?

Die Prognose einer ab sofort stetig sinkenden Zahl der Arbeitssuchenden hat Herr Clement vor dem 1. Mai, aber zu diesem Datum, für die Statistik April abgegeben. Nachdem es auch mit den Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten und schon gar nicht mit regulären Arbeitsverhältnissen gelingt, die Zahl der Arbeitssuchenden zu verringern, hat unser Wirtschaftsminister eine neue Vermutung: Viele Arbeitslosen bezögen diese Leistung zu Unrecht! Die Begründung für seine Meinung hat er nicht verraten. Eine Arbeitsanleitung zur Verfolgungsbetreuung hat Herr Clement an die Ämter verschickt, damit *Sie* gefunden werden, und schon stimmt die Statistik!

2. Nun zu den Zahlen, zu dieser Blamage der Nation, nachzulesen in der Erläuterung zur Statistik, verfasst von der Bundesagentur für Arbeit. Die müssen es wissen, wobei das Wissen auch durch Weg- oder Auslassen vermittelt wird!

Die Zahl der ausgewiesenen *Arbeitslosen* ist leicht angestiegen: 4.772.082 Arbeitslose, 68.032 mehr als im Vormonat (4.704.050) und 412.000 mehr als im Vorjahr. Es gibt jedoch 6.747.650 Arbeits*suchende*: Deren Zahl ist im Vergleich zum Vormonat (6.691.906) um 55.744 und zum Vorjahr um 896.000 gestiegen!

Die Zahl der *sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten* ist gegenüber dem Vorjahr um 356.000 gesunken, insgesamt beträgt sie 26.257.400, ausgewiesen für den Monat Juni. Die Zahl für April wurde in dieser Statistik von 26.153.700 auf 26.044.800 geändert, nochmals ein Rückgang um über 100.000 Stellen!

Diese Zahlen stehen nicht für Waren oder Euro, sondern für Menschen und ihre *Schicksale!* Es gibt 1.686.235 Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld I und 4.763.747 von ALG II; dies sind insgesamt 6.449.982 Menschen. Weitere 1.687.749 „kleine Leute“ erhalten Sozialgeld, sodass die Zwischensumme auf 8.137.731 Menschen steigt. Weitere circa 300.000 Menschen, zumeist Frauen, bleiben ohne Leistungsanspruch (Seite 6). Somit liegt die Gesamtzahl der Betroffenen bei über 8,4 Millionen!

Auf die üblichen Versteckspiele mittels Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten sowie für Überachtundfünfzigjährige und Mütter mit Kindern unter drei Jahren wird in dieser Statistik noch immer nicht verzichtet, aber ich nehme an, dass inzwischen keine Doppelzahlungen mehr vorkommen und daher die Zahl der Leistungsbezieher (6.450.000) zuzüglich der Menschen ohne Leistungsanspruch (300.000) die verlässliche *Zahl der Arbeitslosen* ist: effektiv *6.750.000!*

Die Veränderungen der Zahlen für die Vormonate hält sich diesmal in Grenzen. Hat die Bundesagentur für Arbeit bereits „richtiger“ veröffentlicht, oder ist der Berg für die Nacherfassungen angewachsen? Der selbstgesetzte Zeitrahmen für die Korrektur beträgt einige Monate, veröffentlicht werden in dieser Statistik der aktuelle und die letzten drei.

Wie beliebig diese Statistik verändert und ausgelegt wird, ergibt sich auch aus folgendem Sachverhalt: Per 31. Mai 2005 kritisiert „Regierung-Online“ die Berichte von ARD und anderen zu den Arbeitslosenzahlen per 15. April 2005: Die in den Nachrichten verbreitete Erhöhung der Arbeitslosenzahl um rund 500.000 berücksichtige nicht, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sich mit plus 400.000 auf diese Statistik auswirke. Für die Kommentierung der Juli-Zahlen hat der Regierungshinweis Früchte getragen: In den Nachrichten wurde auf die Auswirkung hingewiesen, aber ohne Zahlen.

Bei den Zahlen per 15. April 2005 beträgt die Auswirkung der Sozialhilfe-Abschaffung gemäß der vorher erwähnten Pressemitteilung der Bundesregierung 400.000 Menschen, aber in der Erläuterung der Bundesagentur für Arbeit zur Statistik steht 300.000 Personen (Seite 6). Mithin wurde die Zahl in der Erläuterung mal eben um 100.000 geschönt! In den folgenden Monaten wurde der Text der Bundesagentur für Arbeit der Regierungsmeinung angepasst: 400.000 Personen steht jetzt dort. Die Quellenangabe ist gleich geblieben.

Genauso ist diese Statistik zu lesen: 100.000 mehr oder weniger ist egal! Wie peinlich, wenn trotzdem nicht der gewünschte Trend herauskommt! Wie brutal muss die Wirklichkeit sein? Ich verweise auf meine Ausführungen zu den vorherigen Statistiken, jeweils am Monatsanfang.

3. Herr Clement befindet sich auf Deutschlandtournee: Er wirbt für einen Ideenwettbewerb „Jugend in Arbeit“. Eine gute Sache, aber leider wahlkampfgefärbt. Bremen wurde gelobt: Der Ausbildungspakt habe sein Ziel erreicht. Komisch, denn Bremen hat im Jahr 2005 durchgängig über 5.000 arbeitslose Jugendliche

unter 25 Jahren, mit 5.129. Arbeitssuchenden im Juni 2005 als niedrigster Zahl. Den Erfolg kann ich hier nicht sehen!

Bagis-Geschäftsführer Thomas Schneider hat für 80 junge Menschen von aktuell 5.966 eine Ausbildung ab Herbst 2005 im Angebot. Herr Clement hat ein Ziel definiert: Ab 2006 ist kein Jugendlicher länger als drei Monat arbeitslos! Schön, wenn eigenes Versagen durch die Definierung neuer Ziele überlagert werden kann, aber schlecht für die jungen Menschen, denn bisher hatten sie einen *Rechtsanspruch* auf *sofortige* Vermittlung! Leider spricht der Minister auch nicht von *regulären* Ausbildungsplätzen als Vermittlungsziel, sondern nennt Praktika und Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten als gleichberechtigt!

Herr Clement wünscht sich pro Jahr eine Steigerung von 30.000 Ausbildungsplätzen und 25.000 Betriebspraktika ab 2006. Wer diesen Wunsch erfüllen soll, hat er nicht gesagt. Der Minister springt außerdem zu kurz und muss sich unbedingt weiterbilden: Im Jahr 2006 wird sich in Bremen die Zahl der *Schulentlassenen* sprungartig erhöhen. Herr Stern, Leiter der Bundesagentur für Arbeit, hat bereits vor Monaten erklärt, dass diese Situation nicht zu bewältigen ist. Die Bundesagentur für Arbeit wurde von der verkürzten Abiturzeit nicht rechtzeitig unterrichtet: Ein weiteres Jahr Vorlauf wäre nötig gewesen. Haben Herr Stern und die anderen noch immer nicht ihren Minister informiert, oder möchte Herr Clement es lieber gar nicht wissen?

Die Industrie- und Handelskammern haben einen Lösungsansatz für die Auszubildenden: Deren Vergütung muss gesenkt werden! War doch klar, oder? Eingeständnisse des falschen Weges durch diesen Minister erfolgen nur schleppend und indirekt. Die privaten Personal-Service-Agenturen haben bereits vor einigen Monaten überwiegend das Handtuch geworfen: Nachdem die Bundesagentur für Arbeit bei einigen von ihnen Abrechnungstricks bemängelt hatte, haben diese Insolvenz angemeldet. Ob die Bundesagentur den Schaden ermittelt und geltend gemacht oder das alles unter dem Teppich gekehrt hat, sei dahingestellt. Jetzt wurde für Hessen die Bilanz gezogen: Erwartungen nicht erfüllt, aber vor dem Rückzug erfolgt noch eine weitere Verminderung dieser Agenturen. Bloß keine Belastung der Statistik, das alles sei nicht als Misserfolg zu sehen! Aber flächendeckend fortgeführt wird es auch nicht.

4. Nun zum Umgang der Behörde mit ihren „Kunden“! Letztens war ich in der Bundesagentur für Arbeit. Die Mitarbeiterin hatte weder ein Namensschild an der Kleidung noch auf dem Schreibtisch. So etwas belastet ein Gespräch! Gesprächspartner für *Kunden* geben sich anders. Man sollte für Namensschilder sorgen, auch für die Leiharbeitnehmer hinter den Schreibtischen.

Lasst euch nicht provozieren! Geht zu zweit hin und denkt daran: Die meisten Mitarbeiter des Amtes würden gern anders handeln, wenn sie könnten und dürften, aber sie müssen die *Verfolgungsbetreuung* umsetzen und diejenigen finden, die keinen Leistungsanspruch haben! Das ist nicht einfach in einem Heuhaufen ohne Stecknadel!

Die Regierung ist baden gegangen, und bereits vorher ist ihr die Puste ausgegangen. Hartz IV hat gezeigt, dass die Politiker nicht rechnen können, nur schönrechnen und anschließend wehklagen! Wir werden gemeinsam die kommenden Änderungen durchleuchten. Mit Verwunderung höre ich bereits jetzt viele Eingeständnisse falscher Ansätze und falscher Argumente! Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Hans-Dieter Binder

WC-Stalking: Regierung kennt keine Scham *(„Stattnetz“)*

Bremer Montagsdemo bleibt aktuell und attraktiv!

Mitten in den Schulferien fand, zwischen Touristen und Stadtbewohnern, unsere 48. Montagsdemo statt. Ungefähr 50 bis 60 Zuhörer und Teilnehmer lauschten vielerlei Redebeiträgen.

Geworben wurde für die Wahl der Linkspartei; aber nicht nur diese steht zur Wahl, sondern auch die MLPD! Es war darum richtig, dass ein Folgeredner darauf hinwies, dass die überparteiliche Montagsdemo verschiedenen Auffassungen und politischen Zielsetzungen auf antifaschistischer Grundlage Raum bieten muss und weder ausgrenzen noch vereinnahmen darf. Wichtig bleibt es, den gemeinsamen Kampf gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze zu betonen und bei unterschiedlichen Auffassungen eine solidarische Kritik zu führen. Notwendig ist auch das gemeinsame Zurückzuweisen verleumderischer Angriffe von Medien und Staatsapparat und die Aufklärung der Menschen über Hintergründe und Machenschaften dieser bewussten antikommunistischen Polemik.

Von mehreren wurde das Thema Gesundheit mit der ganzen perversen Logik und Heuchelei zwischen nicht bezahlter „Pille“ und bezahltem Schwangerschaftsabbruch aufs Korn genommen, weiterhin die immer wieder interessanten Erlebnisse mit der „Bagis“, die ihre sogenannten „Kunden“ mit inkompetenten Fragestellungen bei Telefonaten zu verunsichern versucht. Den guten Schluss bildete ein Referat über die Ergebnisse der Statistik. Da wird mit falschen Zahlen so getrickst, dass niemand mehr durchblickt, wenn er sich nicht mit Akribie in die Materie einarbeitet! Diese diffuse „Statistik“ ist dann Grundlage der steten Lügereien von Clement, Schröder und den Bremer „Größen“!

Thema auf dem Nachbereitungstreffen war der Bericht von der Koordinierungsgruppe vom 30. Juli 2005 in Dortmund. Mit dem heutigen Demotag waren wir recht zufrieden. Wir berieten weiter über „Wahlprüfsteine“ und unser **Fest** zum

„**Start ins neue Demojahr**“ am **Montag**, dem **22. August 2005**, um **17:30 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Unhomöopathische Westlinke: Zweite Neuwahl
am Vierten Advent? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

49. Bremer Montagsdemo
am 08. 08. 2005

Meine kleine Rente wird zerfetzt!

Ich bin Rentnerin und bin entsetzt! Kaum habe ich mein Geld bekommen, wird mir ein Teil gleich weggenommen!

Gefreut hatte ich mich auf das Rentnerleben, wollte meinem Dasein einen Sinn noch geben! Das Leben sollte noch froh und heiter sein, doch die miese Spitzenpolitik holt mich nun ein!

Genommen wird den Rentnern ohne Ende! Wir brauchen eine sozialpolitische Wende! Rente aufzubauen machte und macht keinen Sinn: Unsere Volksvertreter langen immerzu hin!

Ist meine Rente nichts mehr wert, bleibt er kalt, der eigene Herd! Meine Schuhe werde ich länger treten und dass ihr verschwindet, jede Nacht beten!

Wir Rentner werden euch bestrafen, von München bis nach Bremerhaven! Rentner sind nicht eure Kühe, die man melkt, ganz ohne Mühe!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Horsts Hektik in Karlsruhe: Kippeln Richter
an der Neuwahl? *(„Spiegel-Online“)*

„Fremdarbeiter“-Debatte: Kein Wahlrecht
für Auslandsdeutsche? *(„Spiegel-Online“)*

Sumpfblüten

Wenn ich das genau gehört habe, sagte Schröder im Fernsehen auf eine Frage der Moderatorin zur Linkspartei, in erster Linie über Lafontaine und Gysi: „Die tun

so, als seien sie links, aber es sind Blüten aus dem rechten Sumpf“. Das geht weit unter die Gürtellinie, da kann man nur mit einem K.o. als Konter hoffen!

Noch mal Schröder, wie laufend vor irgendwelchen Kameras: „Die haben sich aus der Verantwortung gestohlen“. Lafontaine ging, als er die *rechte* Politik Schröders als verantwortungslos ansah. Schröder aber stahl sich aus der Verantwortung als SPD-Vorsitzender, als aufgrund seiner Politik bereits über 100.000 Mitglieder die Partei verlassen hatten! Er übergab an Müntefering, und als seine „Chefsache“ mit der „Senkung der Arbeitslosigkeit“ nicht klappte, übergab er an Clement! Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen!

Ich meine: Bei der kommenden, vorgezogenen Wahl gibt es als Alternative niemanden, der den Sprung in den Bundestag schafft, außer der neuen Linkspartei. Das ist, ohne dass ich das gutheißen muss, eine objektive Tatsache, denn CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne machen nun schon jahrelang praktisch große Koalition gegen das Volk!

Bei all meiner Skepsis gegenüber diesem parlamentarischen System: Die Linkspartei hat eine Dynamik entwickelt, die auch den Interessen aller Montagsdemonstranten nützen kann. Es wird allerdings notwendig sein, ständig auf die Taten dieser neuen Oppositionspartei zu schauen, um sie unter Kontrolle zu halten! Den Fehler wie vor über 20 Jahren mit den Grünen darf man nicht wiederholen: Wählen und dann zufriedenlassen, das geht nicht, wie die Praxis beweist!

Hermann Siemering, parteilos, ist seit 58 Jahren
Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Presse-Ente im Blütensumpf: Ist der „Spiegel“
einem E-Mail-Fake aufgesessen?

Arm aber sexy: Wowi kann auch mit Links *(„Spiegel-Online“)*

Hätte ich keine Skrupel gehabt, wäre meine Rente höher!

Um ihren Rentenanspruch zu sichern, muss frau einige Rahmenbedingungen erfüllen! Ich selbst war voll berufstätig, bis unsere beiden Kinder geboren wurden, dann hörte ich auf zu arbeiten und hatte nicht vor, wieder in meinen Beruf zu-

rückzukehren. Darum habe ich mich auch nicht als Arbeitssuchende beim Amt gemeldet.

Meine Überzeugung war damals: Ich habe nicht vor, in absehbarer Zeit wieder zu arbeiten, deshalb kann ich mich nicht am Staat, sprich: an den Steuergeldern der Allgemeinheit, bereichern. Ich bin also ungefähr elf Jahre zu Hause gewesen und habe unsere Kinder erzogen.

Als es dann so weit war, dass ich wieder ins Berufsleben einsteigen wollte, war das nicht mehr so einfach! Ich habe erst einmal Fortbildungsseminare belegt, damit ich mit der rasanten technischen Entwicklung vertraut wurde, die während meiner Pause auch tatsächlich stattgefunden hatte. Danach stellte ich fest, dass ich mit 36 Jahren nicht mehr unter „jung und dynamisch“ auf dem Arbeitsmarkt geführt wurde!

Ich wollte aber gerne wieder arbeiten und die 35 Jahre Versicherungszeit erreichen, um in den Vorteil der Neuberechnung meiner Beitragszeiten zu kommen, aber dazu musste ich einen Arbeitsplatz haben! Es zählen nur die Zeiten der Arbeitslosigkeit, die sich nahtlos an eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anschließen oder an eine Arbeitslosigkeit mit Leistungsanspruch. Beides hatte ich nicht.

Ich habe nach kurzer Zeit hier und da Abstriche am Niveau und an der Bezahlung meiner Tätigkeit gemacht, um überhaupt eine Arbeit zu bekommen. Die 35 Jahre Versicherungszeit werde ich jetzt erreichen, da ich beim Arbeitsamt lückenlos arbeitssuchend gemeldet bin, allerdings mit einem geringeren Anspruch auf meine Rentenhöhe durch schlechtere Bezahlung und die Zeit ohne Einkommen.

Ich kann nur allen Frauen den guten Rat geben: Wenn ihr arbeitslos werdet, meldet euch sofort bei der Arbeitsagentur, dann zählt die Zeit eurer Arbeitslosmeldung weiter für die Berechnung der späteren Rente, und jeder Monat ohne Lücke zählt mit! Habt ihr euch nicht sofort arbeitssuchend gemeldet, riskiert ihr nicht nur euren Anspruch auf Arbeitslosengeld, sondern auch den Anspruch als Rentenversicherungszeit! Dann zählt auch die Folgezeit einer Arbeitslosigkeit *ohne* Leistungsbezug nicht!

Ihr seht also an meinem persönlichen Beispiel: Hätte ich nicht moralische Skrupel gehabt, wäre meine Rentenversicherungszeit voll durchgelaufen und meine Rente eben auch entsprechend höher!

Gudrun Binder

Rentner, auf die Straße!

Auch ich habe mich eigentlich auf meine Rente gefreut, nach vielen Jahren harter Arbeit! Ich bin zwar nicht mit meiner jetzigen Rente unzufrieden, aber ich muss nun feststellen, dass auch wir Rentner die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben!

Seit mehreren Jahren gibt es für uns keine Rentenerhöhung mehr, wahrscheinlich auch 2006 und 2007 nicht. Parallel aber steigen die Kosten für Lebensmittel, Energie oder Gesundheit an! Die Rentner werden den Gürtel immer enger schnallen müssen! Wenn die Einnahmen geringer, die Ausgaben aber größer werden, nähern wir uns dem Kurs derjenigen an, die das Geld nicht haben, aber ausgeben, und sich so verschulden!

Sie erhöhen einfach die Steuern oder nehmen es den Rentnern weg. Ich hätte dafür vielleicht noch Verständnis, wenn dadurch Arbeitsplätze entstehen würden, aber woher denn? Die Wirtschaft zahlt keine guten und gerechten Löhne mehr, und wir sollen länger arbeiten. Wir müssen mehr für die Lebenshaltung aufbringen, und wir dürfen natürlich die Vorsorge für unser Alter nicht vergessen. Woher soll nun die Nachfrage kommen, die Arbeitsplätze schafft?

Die Leute, die Löhne und Renten kürzen, haben entweder keine Ahnung von der Wirtschaft, oder sie wollen uns abhängig machen. Ich aber möchte von diesen Menschen nicht abhängig sein und verlange nur mein Recht, auch im Alter ohne Angst vor Armut zu leben! Dieses Recht fordere ich für uns alle. Wir Rentner haben es uns mit unseren Händen erarbeitet, es ist kein Geschenk, wie uns die sogenannten Volksvertreter weismachen wollen!

Rentner, auf die Straße, verteidigt euer Recht! Das sollten auch alle anderen tun, denn ihr seid die künftigen Rentner! Falls die Rente irgendwann doch einmal steigt, wird der Zuwachs einfach weggesteuert! Ihr müsst in Zukunft mit dem auskommen, was ihr bisher habt, gute Nacht! Vorsorge ist zwar gut, aber besser wäre es, die Renten reichten auch ohne sie aus. Dann würde endlich die Nachfrage steigen!

Udo Riedel (parteilos)

WC-Stalking:Regierung findet
keine Entspannung *(„Spiegel-Online“)*

Für eine Steuerpolitik, die Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten belohnt!

„Ich habe es geschafft: Ich habe mit der Agenda 2010 nichts mehr am Hut und bin Rentner!“ Gönnen wir diesem Menschen die Freude! Aber leider gibt es übergreifende Auswirkungen.

Wenn die Löhne und Gehälter sinken, dann sinken auch die Renten und die Regelsätze zum ALG II. Seit der Neuregelung des Gesundheitswesens ist Medizin ohne Nebenwirkungen nicht mehr verschreibungspflichtig, und weitere Leistungen wurden gestrichen. Muss daher selbst gezahlt werden? Seit der Krankenhausreform wird die Verweildauer nach dem Durchschnitt bemessen und das Entlassungsdatum bei der Aufnahme ins Krankenhaus vorgeschrieben. Für alte Leute ist das sehr ungünstig!

Was das liebe Geld allgemein betrifft, sind unsere Beiträge, egal ob zur Renten- oder Arbeitslosenversicherung, längst ausgegeben. Ohne entsprechende Verdienstmöglichkeiten können weder Beiträge noch Steuern gezahlt werden. Daher möchte ich möglichst bald wieder zu den Steuerzahlern gehören! Ich wünsche mir eine Steuerpolitik, die Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten belohnt, durch Abzug der Sozialversicherungsaufwendungen von der Bemessungsgrundlage!

Ich wünsche mir auch eine stärkere Akzeptanz von Arbeitslosigkeit seitens der Gesellschaft oder noch besser eine Vollbeschäftigung, indem jeder nur 25 Stunden arbeitet.

Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin nicht einverstanden! Wir gestalten unsere Zukunft!

Hans-Dieter Binder

Neulich in der Zukunft: Bagis erteilt klare
Blanko-Vorabstattgabe *(„Sozialer Lebensbund“)*

Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen

Es sind erfreuliche Umstände, die uns vor unerfreuliche Probleme stellen: Die Massenarbeitslosigkeit wird scheinbar deshalb ausgelöst, weil wir weniger schuften müssen, freizügiger reisen dürfen und länger leben können. In Wirklichkeit wird sie ausgelöst, weil wir unfähig sind, diese emanzipatorischen Errungenschaften in gesellschaftlichen Fortschritt, in Glück für alle zu verwandeln!

Als sich die Sozialdemokratie 1891 in Erfurt ihr Programm gab, leuchtete ein solcher Fortschritt als Fernziel durch. Und der einflussreiche Ökonom Keynes prophezeite schon vor 80 Jahren: Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen. Stattdessen befinden sich hierzulande mehr als sieben Millionen Menschen in trostloser Lage: Sie haben gar keine Arbeit. Die Gesellschaft ist gespalten in anerkannte Leistungsträger und alimentierte Überflüssige. Die EU hat eine Armutsgrenze von 700 Euro Nettoeinkommen im Monat ermittelt. Hartz-IV-Empfänger bekommen die Hälfte und bleiben auch mit Zuschüssen unter dem Existenzminimum. Das Einzige, was bei den so genannten Reformen funktioniert, ist die Einschüchterung!

Was die etablierten Parteien als Therapie gegen Massenarbeitslosigkeit empfehlen, versagt seit 20 Jahren: Steuergeschenke an die Wirtschaft haben keine Arbeitsplätze gebracht, denn zwei Drittel der Gewinne werden in Rationalisierung investiert. Bei Strafe der Insolvenz verbieten sich gemeinnützige Erwägungen. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, Verhältnisse zu schaffen, unter denen alle eine sinnvolles Dasein und ein sorgenfreies Auskommen haben. Es gibt Konstellationen, in denen die Gesellschaft aus der Opposition nachhaltiger verändert werden kann als aus der Regierung. Nur wenn der neoliberalen Einheitspartei im Parlament künftig hörbar widersprochen wird, können überholte Gewissheiten erschüttert werden!

Etwa der Aberglaube, wonach Wachstum der Garant für die benötigten Arbeitsplätze wäre. In Aufbauphasen mag die Konjunktur die Arbeitslosigkeit gemildert haben, abgeschafft werden konnte sie nie. Eine Schätzung geht davon aus, dass ein jährliches (und unerreichbares) Wachstum von drei Prozent 600.000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Angenommen dies sei real, dann bräuchten wir, um alle sieben Millionen Menschen ohne Arbeit zu beschäftigen, ein jährliches Wachstum von 35 Prozent. Wie würden wohl wir und die Natur danach aussehen? Wo doch schon bei drei Prozent Zuwachs die nächste Generation doppelt so viel konsumieren müsste, wie wir heute! Die sich beschleunigende Steigerung ist eine Existenzbedingung des Kapitalismus, nicht der in ihm lebenden Menschen: Sie werden dadurch immer wieder in Sinnkrisen gestürzt!

Die Massenarbeitslosigkeit lässt sich bei ungebremster Ausdehnung der Profitmaximierung über den ganzen Globus, und unter beinahe ausschließlichem Pri-

vateigentum an Produktionsmitteln, nicht bekämpfen. Nur wenn eine Linke Mehrheiten dafür gewinnt, aus diesem Denkkäfig auszubrechen, könnte sie mittel- und langfristig neue einheimische, europäische und globale Spielregeln erlassen. Arbeitslosigkeit ist die radikalste Form von Arbeitszeitverkürzung. Eine Null-Lösung, die beweist, die Wirtschaft braucht Verkürzung, aber die Menschen brauchen sie nicht so. Die verbleibende Erwerbsarbeit muss gerechter verteilt werden!

Ergänzend dazu müsste ein neuer Typ von natur- und menschenzugewandter Arbeit mit einem durch Steuergerechtigkeit finanzierten Bürgergehalt entgolten werden. Erst dieses unabhängig machende Grundeinkommen würde dazu berechtigen, von einem Bürgerstaat zu sprechen, in dem jeder in Würde leben kann. Ein solcher Staat hätte eine weitere Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, wenn er selbst Unternehmer ist, also aus der effektiven Verwaltung von partiellem Gemeineigentum Gewinne erzielt, die in jenes Bürgergehalt investiert werden können!

Durch die schrankenlose Privatisierung fast aller öffentlichen Güter haben die Politiker sich selbst entmachtet. Wo kein Haben ist, da ist nach geltender Spielregel auch kein Sagen. Wer nur noch Schulden verwaltet, kann nicht gestalten. Gebraucht wird eine Wirtschaftsordnung, in der die Bürger Mitsprache über Haushalte haben, weil der Anteil des Gemeineigentums erstmalig demokratisch kontrolliert wird, und in der die Regierung wieder regiert. Denn wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine!

Plädoyer der Schriftstellerin Daniela Dahn auf dem „Erfurter Sozialforum“ (Auszüge). Veröffentlicht im „Freitag“ (Heft 30/2005). Vorgetragen von Jens Schnitker (parteilos), einem Teilnehmer der dortigen Veranstaltung

Wir vertreten keine politische Partei

Seit August 2004 treffen wir uns jeden Montag um 17:30 Uhr in Bremens guter Stube, am Roland auf dem Marktplatz. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren.

Uns eint die Empörung über die asozialen Gesetze der rot-grünen Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen

begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Wir haben ein Offenes Mikrofon, wo jede(r) zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zur Bagis. Die Bremer Montagsdemo ist überparteilich, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Am **Montag**, dem **22. August 2005**, wollen wir den **Start ins neue Demo-Jahr festlich begehen**. Dazu seid ihr alle herzlich eingeladen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Linksalternative: Essener Montagsdemo stänkert bei Angie auch mittwochs gegen Hartz IV *(„Spiegel-Online“)*

Obwohl wir nicht laut sein konnten, erregten wir viel Aufmerksamkeit

Durch einen kleinen Fehler bei der Unterbringung unserer Lautsprecheranlage war nach einer Woche die Batterie entladen, und der Verstärker blieb stumm. Sollten wir die Veranstaltung platzen lassen? Nein, das wollten wir nicht! Unser „Info-Michel“ führte mit kräftiger Stimme durch die Kundgebung. Wir bildeten einen etwas engeren Kreis, und die Umstehenden rückten dichter heran. Schließlich waren wir wieder mehr als 60 Teilnehmer.

Unser Thema waren die Renten: Zahlen und Perspektiven für die älteren Menschen wurden dargelegt und Verschwendung und rabiate Raffsucht durch Politiker und Manager auf Kosten der Bevölkerung dagegengestellt. Unsere Infoblätter, an Wäscheleinen aufgehängt, wurden intensiv gelesen und diskutiert. Auch kam es zu mehreren Diskussionen am Rande und während der Redepausen. „Was soll ich denn wählen?“, war eine häufig gestellte Frage.

Weil wir nicht so laut sein konnten, wie wir wollten, verzichteten wir auf unsere Demo. Auf dem Nachbereitungstreffen bewerteten wir unsere Kundgebung positiv: Wir haben den Mangel, keine Anlage zu haben, positiv wettgemacht. Kollegial diskutierten wir Fragen, die weit über den Rahmen der Montagsdemo hinausgehen, und besprachen weiter die Vorbereitung von unserem **Fest** zum „**Start ins neue Demojahr**“ am **Montag**, dem **22. August 2005**, um **17:30 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Presse-Ente: Dementi mutiert beim „Spiegel“ zum Linken-Streit

Runtergedudelt: Kanzler verwüstet Schrebergarten *(„Spiegel-Online“)*

Rechtspopulismus: Stoiber mobilisiert 6.000 bayerische Kälber gegen Eisenacher Montagsdemo *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

50. Bremer Montagsdemo
am 15. 08. 2005

Von Energiekosten haben wir die Nase voll!

Wir fragen, wie das noch weitergehen soll? Rekorde schlagen jetzt wirklich Purzelbäume, dass der arme Mensch vor großer Wut bald schäume!

Beim Tanken wird es den Leuten kalt und heiß, wenn sie ihn sehen, den Rechnungspreis! Sind die da oben denn ganz verrückt im Köpfchen? Bald kriegt man beim Tanken bloß noch ein paar Tröpfchen!

Der Eichel nimmt uns das meiste Geld! Wie verrückt ist diese Politikerwelt? So kann keine Wirtschaft anspringen! So etwas muss euch ja misslingen!

Nehmt das Volk nur mächtig aus, dann fliegt auch ihr bald oben raus! Am 18. werdet ihr schon sehen, wo unsere kleinen Kreuzchen stehen!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Angeblicher Stimmungsumschwung: Wird der Linkspartei vor der Wahl allwöchentlich ein Prozent weniger vorhergesagt? *(„Spiegel-Online“)*

„Zweifelsfrei demokratisch“: Linkspartei erhält Wahlzulassung *(„Spiegel-Online“)*

Kleiner Lichtblick im Schnüffelstaat

Am 11. August 2005 lese ich in den „Bremer Nachrichten“: „Bei Selbstgespräch ist Lauschen verboten“. Die Polizei darf belastende Selbstgespräche von Verdächtigen, die in deren Wohnung abgehört wurden, nicht gegen die Betroffenen verwenden.

Das entschied vor einigen Tagen der Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Selbstgespräche in Privatwohnungen seien geschützt und dürften nicht als Beweis herangezogen werden. Da fiel mir aber ein dicker Stein vom Herzen! Wenn ich daran denke, wie oft ich so beim Fernsehen Selbstgespräche halte, oh weia, wo könnte ich da womöglich landen!

Ich frage mich: Ist das ein kleiner Lichtblick in unserem Schnüffelstaat, wo es den gläsernen Menschen bereits gibt? Das Gericht ließ allerdings offen, ob das Selbstgespräch verwertet werden darf, wenn es zufällig von jemandem mitgehört wird. Also Vorsicht: Feind kann mithören! Fenster und Türen gut schließen bei Selbstgesprächen!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, seit 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi), moderiert am Dienstag dieser Woche um 19 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“

Schröder ist nicht kriegsbereit

Schröder wollte aber auch keine Bestandsgarantie für den *Iran* geben. Wenn Europa diesem Land Beistand bei einem Angriff verbindlich zusagte, dann wäre das Atomprogramm vom Tisch! Schröder macht nur Spiegelfechten: Indirekt sind wir längst im *Irak* dabei! –

Die CDU wirft dem Noch-Kanzler vor, die Kosten für Hartz IV seien absichtlich viel zu niedrig veranschlagt worden. Schröder hat kein Vertrauen zu seinem eigenem Haushalt: Der wurde vorgelegt, aber nicht beraten Somit sind die darin enthaltenen Angaben nicht verbindlich. Ein Schelm, der dabei Arges denkt! –

Bisher konnte ein Arbeitssuchender die Kosten für einen *Arbeitsraum,* den er für seine Bewerbungen und Fortbildungen nutzt, steuerlich geltend machen. Nunmehr verlangt das Finanzgericht Münster, dieses Arbeitszimmer müsse für die angestrebte Tätigkeit erforderlich sein (AZ. VI R90/04 in „Test“, Heft 8/2005). Die endgültige Entscheidung fällt der Bundesfinanzhof. Bis dahin Widerspruch einlegen, falls das Finanzamt den Bescheid nicht sowieso unter Vorbehalt erteilt! –

Es wurde gefordert, der Gesetzgeber solle ermöglichen, bis 70 Jahre zu arbeiten. Doch eine Gesetzesänderung ist gar nicht nötig! Vor circa 30 Jahren hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass niemand in den *Ruhestand* gezwungen werden kann. Daraufhin hatten viele Betriebe bei wichtigen Arbeitsverträgen das Endalter 60 Jahre festgeschrieben. –

Der „Test“ macht eine Umfrage zum ALG II: Eure Erfahrungen sind gefragt! Leider gibt es die Fragen nur im Internet. Hoffentlich ist das Ergebnis nicht wie vor der Wiedervereinigung: Damals wurde in den neuen Bundesländern eine Umfrage per Telefon durchgeführt, doch die Veranstalter wussten nicht oder haben nicht bedacht, dass in der ehemaligen DDR nur ein bestimmter Personenkreis Telefon hatte. Heute ist für einen ALG-II-Betroffenen Internet schon der pure Luxus! –

Ludwig Holger Pfahls war auf Weltreise wegen der Schützenpanzer. Immer konnte er noch das Telefon beiseite legen und entkommen! Aber riecht der Name nicht auch nach Öl, nach Leuna? An dieser Raffinerie hatten unsere französischen Nachbarn ein besonderes Interesse, und auch unser Ex-Ex-Bundeskanzler Kohl war betroffen, oder? Ausgerechnet über Frankreich kehrt der Ausreißer zurück! Somit konnte Paris Leuna „klären“ beziehungsweise den Fall Pfahls ungeklärt, aber abgeschlossen weiterreichen. Unser Ex-Ex-Bundeskanzler spielte in Frankreich somit keine Rolle mehr. Hier in Deutschland konnte er Pfahls entlasten, und dieser wiederum Kohl. Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Suggestion: Deutsche verstehen nichts von Politik *(„Spiegel-Online“)*

Die Arbeitsagentur weiß nicht, wer schon vermittelt ist

Morgens 7 Uhr 30. Noch vor dem Wecker klingelt das Telefon, eine Callcenter-Stimme dringt ins verschlafene Ohr: Sie rufe im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit an und brauche einige Daten, ob man dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehe, ob man vielleicht schon einen Job habe, vielleicht gar einen von der Arbeitsagentur vermittelten? Bundesweit klingelten in den vergangenen Tagen bei insgesamt 350.000 Empfängern von Arbeitslosengeld II die Telefone.

Der Bundesagentur für Arbeit (BA) war aufgefallen, dass 21 Prozent ihrer Datenblätter über ALG-II-Empfänger fehlerhaft sind. Ein Callcenter verglich die Daten, Ergebnis: Von den 180.000 Menschen, die man tatsächlich erreichte, standen 5 Prozent dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung.

Die Befragung sofort zu stoppen, fordert der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar. Zumindest bis alle vorab schriftlich informiert sind. „Der Betroffene sollte sich in aller Ruhe darüber Gedanken machen können, ob er an dieser Befragung teilnimmt oder nicht“, meint Schaar. Der Aufwand sei zu groß, befand BA-Chef Frank-Jürgen Weise. Auch sei die Missbrauchsgefahr gering. Zufrieden gibt sich Schaar damit nicht. Es gehe um sensible Sozialdaten, bei denen der Datenschutz penibel eingehalten werden müsse. Personen, die sich „in der Obhut der Bundesagentur für Arbeit befinden, müssten auch als Träger von Grundrechten ernstgenommen werden“.

Die Beantwortung sei freiwillig, rechtfertigte sich Sprecherin Ilona Mirtschin. Doch genau dieser Hinweis fehlte oft. Bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen häufen sich Beschwerden, dass von Freiwilligkeit keine Rede ist und Angerufene durch ungeduldiges Nachfragen und den Kommentar, sie kämen auf eine „Verweigerer-Liste“ zur Auskunft gedrängt würden.

Noch ein zweiter Punkt ist an der Telefonaktion höchst bedenklich. Wie sollen die Betroffenen wissen, dass kein Trittbrettfahrer private Daten ausschnüffeln will? llona Mirtschin empfiehlt, sich die eigene BA-Kundennummer nennen zu lassen. „Ist der Callcenter-Agent dazu nicht in der Lage, dann schlicht und ergreifend: Auflegen!“

Ob alle auf diese Idee kommen? Bundesdatenschützer Schaar bezweifelt das: „Wenn der Betroffene mit dem Anruf kalt erwischt wird, denkt er häufig an genau solche Dinge nicht.“ Schaar sorgt sich auch um die Weitergabe der sehr persönlichen Daten an ein Callcenter. „Das heißt, es erfahren nicht nur die Beamten und Angestellten der Bundesagentur oder der Arbeitsgemeinschaften aus Agenturen und Kommunen von der Tatsache der Arbeitslosigkeit, sondern auch noch Dritte“, moniert Schaar.

Die Anrufe seien keine Schikane, verwahrt sich die BA gegen Angriffe. Man befinde sich in einer „Ausnahmesituation“. Die Einführung des Arbeitslosengeldes II habe viel Arbeit gemacht, und vieles sei dabei nicht optimal gelaufen. Außerdem hätten die Mitarbeiter Probleme mit den Computerprogrammen. Die Folge: fehlerhafte Datensätze. Man habe nach einem Weg gesucht, dies schnell zu beheben, hieß es. Man wolle den Betroffenen schließlich zügig helfen. Doch darauf warten viele vergeblich und ärgern sich, dass die BA auf ihrem Rücken eigene Fehler auszubügeln versucht.

Abgeschlossen ist die Telefonaktion nicht. Nicht alle Arbeitsgemeinschaften, die für die Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger zuständig sind, haben das Angebot des BA-Vorstands angenommen. Man wolle es den übrigen nun noch einmal antragen, so ein Sprecher. Es wird also weiter unliebsame Anrufe geben.

Maike Dimar in der „Tageszeitung Bremen“ vom 12. August 2005,
vorgetragen von Jens Schnitker (parteilos)

Vom Zorne des mächtigen Bayern-Königs

Euch kund und zu wissen vom Zorne des mächtigen Bayern-Königs Edmundus Stoiber, so merket auf! Dem Herrscher aller Bayern hat es in Seyner ungeheuren Weisheit gefallen, den teutschen Brüdern und Schwestern der östlichen Lande Vorhaltungen ob ihres Wahlverhaltens zu machen!

Nur ein kluges Wahlvolk, wie etwa die bayerischen Untertanen allerhöchst-derselben Majestät, vermag das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen! Die Ostteutschen dagegen sind, so höret, oh tumbes Volk, nicht klug, sondern frustriert! Frustrierte aber, so höreten wir aus des großen Gebieters Munde, sollten nicht bestimmen, wer in naher Zukunft des teutschen Volkes Kanzler seyn wird!

Matthias Feilke

Nichts mitgekriegt in der Schule: Merkel von Wittenberger Montagsdemo ausgepfiffen *(„Spiegel-Online“)*

Empörung über Stoibers Beschimpfungen

An der 50. Montagsdemo in Bremen um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** nahmen wieder etwa 50 bis 60 Personen teil. Im Mittelpunkt der Beiträge standen Probleme und Perspektiven der Rentner und die Empörung über die Beschimpfungen Stoibers der nicht nur ostdeutschen Bevölkerung gegenüber. Stoiber hatte sich gezielt über die Montagsdemo in Eisenach aufgeregt. Aber das stärkt uns, und wir werden weitermachen, wie der Wind auch weht und der Sturm auch geht!

Auf dem anschließenden Treffen besprachen wir weiter die Vorbereitung von unserem **Fest** am **22. August 2005** zum „**Start ins neue Demojahr!**“.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Pseudolösungen für die Scheindebatte

Kürzlich behauptete der US-amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung, die öffentlichen Auseinandersetzungen zum sozioökonomischen Wandel seien lediglich Scheindebatten. Es werde stets nur eine absurde Argumentation heruntergebetet: Wir verlören in unserem Land Jobs, weil die Sozialabgaben zu hoch und die Leute nicht richtig ausgebildet seien, daher müssten die Unternehmer Stellen ins Ausland verlagern.

Tatsächlich geht, so Rifkin, jedoch nur ein Prozent der abgebauten Arbeitsplätze aufgrund von Verlagerung verloren. Es werde auch nie wieder genug Arbeit für alle geben: So stieg die weltweite Arbeitslosigkeit von 800 Millionen im Jahr 1995 auf weit über eine Milliarde im Jahr 2001. Selbst im angeblich boomenden China verschwanden in den letzten sieben Jahren 15 Prozent aller Jobs. Ursache dieser Entwicklung sei die explodierende Produktivität im globalen Kapitalismus: Mit immer weniger Beschäftigten werde bei sinkenden Löhnen immer mehr produziert.

Während die Gewinne der wenigen Superreichen stiegen, verarme die Masse. Das derzeitige Wachstum im angelsächsischen Raum sei der Konsumverschuldung der Beschäftigten aufgesattelt: Im naiven Glauben an neoliberale Heilsversprechen verschuldeten sich durchschnittliche britische Arbeitnehmer jährlich mit 20 bis 30 Prozent ihrer Jahresgehälter, und in den USA werde die Zahl der Privatinsolvenzen schon in diesem Jahr die der Ehescheidungen übersteigen.

Rifkin befürchtet, dass die Möglichkeit, mittels der gigantischen Produktivität immer größere Bevölkerungsmassen von der Warenherstellung zu entlasten und für soziale, kulturelle und wissenschaftliche Arbeit freizustellen, aus Dummheit vertan wird, sodass unsere Zukunft nicht in der Hochkultur, sondern in der Barbarei liege, wenn der Wohlstand nicht besser verteilt werde. Doch was geschieht? Alle bieten Pseudolösungen! Wer kennt nicht das Gerede unserer Politiker und Wirtschaftsbosse bei „Christiansen“, unsere Löhne müssten sinken?!

Wie aber sehen Rifkins eigene Lösungsansätze aus?

Als wichtige staatliche Einnahmequelle schlägt er eine Ressourcensteuer vor, womit er die Umwelt schützen und Unternehmensgewinne abschöpfen möchte. Doch was in einer Welt ohne Konzerne zur Reduzierung der Gewinne führt, bewirkt in der Monopolwirtschaft nur eine Verteuerung der Produkte: So wird die Ökosteuer als künstliche Preissteigerung an verarmende Konsumenten durchgereicht. Dieser naive Ansatz führt zu wachsenden Umweltbelastungen: Wer viel Geld hat, lebt im Niedrigenergiehaus, wer etwas Geld hat, kauft Ökostrom, wer kaum Geld hat, Atomstrom, und wer kein Geld hat, holzt ringsum die Wälder ab, bis ganze Ökosysteme verschwinden. Rifkin schlägt auch eine Maschinensteuer vor, doch Maschinen sind wie natürliche Ressourcen Teil des Produktionskapitals, welches zu besteuern in einer Monopolwirtschaft nur zu Verteuerung führt.

Ein anderer Lösungsansatz Rifkens ist die Ausweichgesellschaft: Wenn der Staat die Menschen nicht mehr finanzieren könne, gebe es Chancen für eine Parallelwährung in Form eines pro zeitlicher Arbeitsleistung gezahlten „Zeit-Dollars“, der gegen Waren und Dienstleistungen getauscht werden könne. In den USA gebe es schon 250 solcher Projekte. Auch in Deutschland sprießen Tauschringe aus dem Sumpf der Verzweiflung, doch stärken sie weder die allgemeine Kaufkraft zur gleichberechtigten Teilhabe an der gemeinsamen Wirtschaft, noch können sie den Produktivitätszuwachs ausgleichen. Sie führen nicht zu gerechterer Verteilung, weil nur mitmachen kann, wer zum Anbieten einer Leistung befähigt ist. Es handelt sich hier um eine Teufelsaustreibung mit dem Beelzebub, denn der Grundgedanke dieser Parallelwährungen entstammt der von den Nazis aufgegriffenen sozialdarwinistischen und teils antisemitischen Wirtschaftstheorie Silvio Gesells.

So gut Rifkins Problemanalyse ist, so schwach sind leider seine Lösungsansätze: An die eigentliche Triebkraft der Wirtschaft, an die Gewinne, geht er nicht. Der geschaffene Mehrwert landet heute in Hedge-Fonds und anderen Feldern der Spekulation. Dort, wo erwirtschaftetes Vermögen weder in den Konsum noch in die Investition fließt, wäre durch Vermögens- und Kapitalertragssteuer etwas für die Gemeinschaft zu holen, und hier muss sie auch zugreifen, wenn sie Gemeinschaft bleiben will. Die reine Finanzierung des Staatswesens über den Konsum würde die Wirtschaftskonzentration und das Machtstreben der Besitzenden nicht bremsen. Erst das globale Gemeinschaftseigentum aller an allem könnte der Selbstzerstörung der Menschheit durch globalen Kapitalismus wirksam etwas entgegensetzen.

Christian Wetter (parteilos) betreibt das
„Stattnetz“-Magazin für Querdenker

(W)here is Utopia?!

Das Kulturcafe „(W)here is Utopia“ findet einmal monatlich im Kulturzentrum Lagerhaus statt. Es bietet Raum für Gesellschaftskritik, zum Kennenlernen alternativer Lebensweisen und gelebter Projekte, von Utopien gegen die kapitalistische Realität, zum Diskutieren und Kontakteknüpfen, dazu Tee, Kaffee und Kuchen.

Am Sonntag, dem 28. August 2005, wird *Wolfram Otto* von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) um 16 Uhr einen Vortrag zum *Modell des Existenzgeldes* halten. Er wird zudem über bisherige Initiativen und Aktivitäten berichten, das Existenzgeld bekanntzumachen und zu verwirklichen.

Das Existenzgeld ist ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, ohne den Zwang zur Arbeit. Es ist eine Antwort auf die Verknappung existenzsichernder Erwerbsarbeit und ermöglicht für alle Menschen ein hohes Maß an Solidarität.

„Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen“ in Kooperation mit der „AG Kulturcafé“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

51. Bremer Montagsdemo am 22. 08. 2005

Wir feiern in das zweite Jahr hinein!

Montagsdemo-Leute sind nicht aus Stein! Roland, du stehst für Freiheit, Mut und Kraft und hast es so viele Jahre geschafft!

Wir sind die lauten Montagsdemo-Leute und wollen richtig feiern, mit dir heute! Wir wollen feiern, denn wir sind so lange hergekommen, haben viel Regen, Wind und Frost auf uns genommen!

Auch wir stehen alle für Freiheit und Frieden hier, für Gerechtigkeit, gegen Ausbeutung, das sind wir! Wir wollen keine Rentenkürzungen und Ein-Euro-Jobs mehr sehen! Wir wollen, dass noch viel mehr Menschen auf diesem Marktplatz stehen!

Kommt her, ihr Leute, feiert mit uns, reiht euch ein! Wir wollen ein Stachel gegen die Armut sein! Wir stechen, wenn es sein muss, auch recht, recht tief, denn in unserem Lande läuft schon lange viel schief!

Heute wollen wir richtig auf die Pauke hauen und auf unsere lange, lange Zukunft bauen! Nur eine Frage habe ich noch zum Schluss: Warum die Presse unser Tun verheimlichen muss?

Wir sind doch gar nicht zu übersehen, wenn wir beim allseits bekannten Roland stehen! Wir sind auch gar nicht zu überhören, wenn wir die ganze Nachbarschaft stören!

Die Angst ist groß, man könnte ja lesen: Wir sind wieder beim Roland gewesen! Nein, so etwas darf auf keinen Fall sein, sonst könnten ja nächstes Mal noch mehr schrein!

Das zeugt von großer Feigheit und vom Vertuschen der Politiker, die hier über den Marktplatz huschen! Keiner von denen bleibt bei uns stehen, man sieht sie immer nur woanders hingehen!

Sie wissen alle über uns Bescheid, aber die Herrschaften sieht man nicht, weit und breit! Die Montagsdemo ist noch lange nicht aus! Kommt jetzt endlich einmal heraus aus dem Haus!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Weinpredigt: Lafontaine preist „Aneignung der Politik durch das Volk“ bei den Montagsdemos „vom vergangenen Jahr“ *(„Spiegel-Online“)*

Ablass auf allen Kanälen

Ich muss es mal loswerden! Fast sechs Tage ununterbrochen auf den Fernsehschirmen: Papst! Papst! Papst! Ein Personenkult hoch drei zum sogenannten Weltjugendtag. Kosten: weit über zehn Millionen Euro, ohne die Sicherheitsmaßnahmen, die vorweg in Köln und Umgebung liefen!

Alle, die dabeiwaren, wurden ihre Sünden auf einen Schlag los! „Vollständiger Ablass“ heißt das. Warum sage ich überhaupt etwas dazu? Mein erster Schreck kam, als in den Fernsehbildern zu sehen war, wie der Papst mit dem Bundespräsidenten Köhler alle Waffengattungen abschritt: Stehendes Heer, Luftwaffe und Marine.

Da kam mir das „Konkordat“ in Erinnerung, der Vertrag Nazi-Deutschlands mit dem „Heiligen Stuhl“ über gegenseitige Rechte und Pflichten. In der Pflicht dieses Vertrages mit den Nazis war die katholische Kirche dann ja auch äußerst rege: Regimegegner und Juden, die man hätte retten können, wurden zurückgewiesen.

1945 fielen die Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki. Es war immerhin ein katholischer Priester, der die beiden Flugzeuge mit den Bomben vor dem Start segnete und Gebete sprach für das Leben – der Besatzung, nicht für eventuelle Opfer, derer es dann vieltausendfach gab.

Noch ein Wort zu den Wahlen: Die Linkspartei kann antreten. Ich will noch einmal betonen, als Parteiloser (aber nicht Unparteiischer, was die kleinen Leute angeht): Objektiv hat nur diese Liste eine Chance, als Opposition in den Bundestag einzuziehen! Daher wird sie zum Hauptfeind aller anderen Parteien, besonders von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU. Da in der Linkspartei auch große Sympathisanten der Montagsdemonstrationen sind, meine ich, dass es keine Alternative dazu gibt, diese Liste zu wählen!

Hermann Siemering, Rentner, Jahrgang 1932,
seit 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Wahlwetter: Schröder stürzt sich in die Fluten *(„Spiegel-Online“)*

Zur Wehr setzen gegen die Medienhatz!

Wir gehen ins zweite Demo-Jahr, und das ist auch bitter nötig! Politisch ist ja eher eine Verschlimmbesserung zu erwarten, egal welche Partei das Regierungsruder in der Hand halten wird.

Als ich heute den neuen „Spiegel“ las, entdeckte ich in der TV-Vorschau für kommenden Mittwoch den Titel einer Sendung mit dem Thema „Arbeit, nein danke! Scheitern mit Hartz IV“. „Hat der Stammtisch doch recht? Die wollen ja gar nicht arbeiten.“ So wird in den Medien mal wieder Stimmung gegen Arbeitslose gemacht: In dieser Sendung beobachtet eine NDR-Autorin „empört“ eine Fallmanagerin der Bundesagentur für Arbeit bei ihrem Kampf mit „renitenten“ Hartz-IV-Empfängern in der niedersächsischen Provinz. Hier sprächen Arbeitslose freimütig über ihre Vorstellungen von bezahlter Arbeit: Mal sei die Arbeitsstelle zu weit weg, mal der Job zu eintönig. Einige Arbeitslose gäben sogar zu, dass sich Schwarzarbeit manchmal sogar lohne.

Offenbar wird sich hier noch darüber gewundert, dass auch Arbeitslose Menschen mit berechtigten Wünschen und Bedürfnissen sind, als wäre ihnen durch ihren Status nun absolut alles zumutbar! Ich weiß nicht, ob ich mir diesen Bericht ansehen werde.

Aber die Medienhatz richtet sich ja nicht nur gegen Arbeitslose, sondern auch gegen die Schulabgänger: Ende letzter Woche behauptete der Hartz-IV-Ombudsmann Kurt Biedenkopf im Fernsehen, dass es gar nicht zu wenig Lehrstellen gebe. Vielmehr seien angeblich 20 Prozent eines jeden Jahrgangs gar nicht ausbildungsfähig, weil deren schulische Defizite erst durch gesonderte Kurse ausgeglichen werden müssten!

Dabei ist es doch überall nachzulesen, dass leider immer weniger Betriebe dazu bereit sind, Lehrstellen anzubieten! Ich finde es wichtig, sich gegen suggestive Medienberichterstattung bewusst zur Wehr zu setzen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Offene Hetze: „Spiegel“ schreibt MLPD-Wahlspruch der NPD zu

Wir protestieren gegen den Polizeieinsatz bei unabhängigen Medien!

Gerade in Zeiten wachsender sozialer Spannungen ist darauf zu achten, dass ein demokratischer Staat sich an seine eigenen gesetzlichen Spielregeln hält. Die Durchsuchung des Infoportals „Labour Net“ und die Beschlagnahmung von Akten, Computern und Daten verstößt gegen das Grundrecht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz!

Gerade die Menschen, die nicht zu den wirtschaftlichen Gewinnern der herrschenden Verhältnisse gehören, haben ein Interesse an Informationsquellen, die nicht zu den wenigen Medienmonopolen gehören, deren Veröffentlichungen eigenen ökonomischen Interessen unterliegen. Deshalb protestiert auch die Bremer Montagsdemo aufs schärfste gegen die Polizeiaktion gegen „Labour Net“! Des Weiteren verlangen wir die Vernichtung aller Daten, die bei dieser rechtsbeugenden Maßnahme gewonnen wurden!

Initiative Bremer Montagsdemo

Eine überfällige Idee

Monatlich wird die *Statistik* der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. In einer Prognose sind sich die Wissenschaftler und Politiker leider einig: Die Gesamtzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze sinkt, geschätzt um 1.000 Stellen pro Tag! Für immer mehr Arbeitssuchende und auch Rentner gibt es immer weniger Beitragszahler, immer weniger Menschen können ihr Brot durch Arbeit verdienen. Wenig trostreich ist auch eine Reduzierung der Arbeitsplätze *ohne* betriebsbedingte Kündigung!

Keine Sozialleistung kommt auf absehbare Zeit ohne Zuschuss aus dem Haushalt aus, und die Auseinanderrechnung ist natürlich durch die jeweilige Interessenlage geprägt: So kann der Vorsitzende des Interessenverbandes der Markenartikelhersteller nur Positives übe die Markenartikel sagen.

Die Aufteilung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wird nicht vom Bürger vorgenommen: Er kann nicht die Höhe der Einzelbelastungen bestimmen, auch nicht die Finanzierung und Leistungsabgrenzung, er bekommt es von Lohn oder Gehalt abgezogen, egal ob als Steuer oder Beitrag. Seine Reaktionsmög-

lichkeiten sind begrenzt, und wenn die Politik heute feststellt, dass die Kassen leer sind, so kann ich nur sagen: Verursacher sind die Politiker!

Die größte Veruntreuung und Schönrechnerei war die deutsche Einheit, der größte Steuerflop die Körperschaftssteuerreform einschließlich dem Verzicht auf Steuern aus Beteiligungsveräußerungen. Dazu kommen viele andere Weichenstellungen, und so war die heutige, von den letzten beiden Steuerreformen verschärfte Lage vorhersehbar. Deutschland fehlt die Massenkaufkraft: Dies wird den Personalabbau leider drastisch beschleunigen!

Wie kommen wir aus diesem Tal? Mit Arbeit statt Sozialleistungen! Aber die Unternehmen sind auf Steigerung des Gewinns aus. Personal verliert dabei oft den Kostenvergleich mit einer Maschine. Modernisierung heißt in unserem Sprachverständnis leider zu wenig Weiterbildung und Reorganisation der Mitarbeiter, sondern wird als Tausch Mensch gegen Maschine verstanden.

Das Verständnis für Modernisierung können wir bei uns selbst, die *Kosten-Nutzen-Rechnung* für die Unternehmungen kann die Politik ändern! Unternehmenssteuern werden nach den steuerlichen Gewinn erhoben, Pflichtbeiträge für die Mitarbeiter zahlt das Unternehmen an die Sozialversicherungsträger als Arbeiterbeiträge zur Sozialversicherung. Die gezahlten Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sollen sich steuermindernd auswirken; dazu wird ein Teil der Arbeitgeber-Pflichtbeiträge vom steuerlichen Ergebnis abgezogen und dann die Unternehmenssteuer ermittelt. Parallel dazu werden die Steuersätze angehoben, um eine aufkommensneutrale Steuergestaltung zu erreichen. Dadurch wäre die Kosten-Nutzen-Rechnung um den Faktor Folgekosten für die sozialen Sicherungssysteme erweitert.

Warum Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung? Diese fallen nur bei einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit an, auch bei einer geringfügigen Beschäftigung, aber nicht bei Produktionsverlagerung oder Beschäftigung von freien Mitarbeitern oder Subunternehmern. Sie fallen aber nicht an für hohe Entlohnungen, da die Beitragsbemessungsgrenze die Höhe begrenzt! Die Pflichtbeiträge als Faktor für die Höhe der *Unternehmenssteuer* belohnt diejenigen Unternehmer, die Beschäftigung schaffen. Personalabbau wäre nicht mehr gleichzusetzen mit Wettbewerbsvorteil. Die Börse müsste sich umstellen!

In der Zeitung wurde als Erfolgsmeldung die Weiterentwicklung der Kassen gepriesen: Der Kunde kassiert selbst, nicht nur im Supermarkt! Wie viele Kassiererinnen und Kassierer gibt es noch in Deutschland? Die nächste Maschinengeneration steht bereit, und wir müssen entscheiden, ob wir das wollen. In meiner Zeit als Buchhalter waren die Entscheidungen recht einfach: Wenn eine Maschine die Arbeit übernehmen konnte, wurde diese Maschine gekauft, auch wenn die Kosten etwas höher waren als die gesparten Personalkosten. Diese Rechnung muss um die Folgekosten erweitert werden!

Supermärkte können nicht weglaufen. Die Berücksichtigung der Arbeitgeber-Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ist keine Technikfeindlichkeit, bahnbrechende Veränderungen werden keinesfalls behindert, aber die Folgekosten ge-

rechter gestaltet. Dies ist keine neue, sondern eine *überfällige Idee,* denn Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung taugen aus meiner Sicht am besten zur Zielerreichung!

Abschreibungen sind auf den Anschaffungswert der Anlagen begrenzt, diese werden aber meistens wesentlich länger genutzt. Bei einem neuen Betrieb fallen sofort hohe Abschreibungen an, auch wenn dadurch viele Arbeitsplätze ermöglicht werden. Die Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung als Faktor für die Steuerbelastung sind zielgenauer! Das steuerliche Ergebnis als alleiniger Faktor begünstigt die Gewinnmaximierung ohne Rücksicht auf den Personaleinsatz!

Gleichzeitig muss die *Arbeitszeit* verändert werden. Noch können wir eine Vollbeschäftigung erreichen, wenn jeder nur 25 Stunden arbeitet! Die Gesellschaft muss Beschäftigungslosigkeit akzeptieren, und wir müssen unseren Kindern beibringen, dass Arbeit nicht alles ist: Zufriedenheit muss mensch anders erreichen!

Hans-Dieter Binder

Kanzlerdemokratie: Verfassungsrichterin kritisiert Kontrollfassadenaufbau nach Krisensimulation durch Misstrauensinszenierung *(„Spiegel-Online“)*

Verdient ein Kriegskanzler den Friedensnobelpreis?

Noch rechtzeitig vor der Wahl hat Günter Grass geäußert, er sehe in Gerhard Schröder wegen dessen „Verweigerung einer deutschen Teilnahme am Irak-Krieg“ einen Kandidaten für den Friedensnobelpreis, und während die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Petra Pau dazu bemerkte: „So entweiht man Preise“, begrüßte ihr Vorsitzender Lothar Bisky diese vom Nobelinstitut nicht bestätigte „Nominierung“ mit den Worten: „Ja, er hat den Preis verdient“!

Tatsächlich hat Gerhard Schröder die Teilnahme am Irakkrieg nicht als Friedensfreund – halbherzig – verneint, sondern weil sie den Interessen des deutschen Kapitals zuwider gelaufen wäre, das gute Beziehungen zum Saddam-Hussein-Regime aufgebaut hatte, um billig an Öl zu gelangen und andere vorteilhafte Geschäfte zu machen. Die Weltmacht USA nahm diese Entscheidung übel, denn sie führte den Krieg nicht für Menschenrechte, sondern ebenfalls, um

billig an Öl zu kommen! Und immer noch lagern amerikanische Atomwaffen in Deutschland!

Im Parteiprogramm der Linken vom 17. Juli heißt es: „Das Verbot der Produktion und Anwendung nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen in Deutschland muss bestehen bleiben. Entwicklung und Produktion neuer Angriffswaffen, internationaler Waffenhandel, Rüstungsexporte sind zu unterbinden. Eine Welt ohne Kriege, ein abgerüstetes und soziales Europa, ein Deutschland ohne Armee sind langfristige Ziele sozialistischer Politik."

In der „Zivil-Courage", einer Publikation der DFG-VK, Heft 6 vom Dezember 2004, schreibt Anne Rieger: „‚Bewaffnet bis an die Zähne, aber kein Geld für Zahnersatz', hieß es auf einem Transparent am letztjährigen 1. November. 2003 gab die Bundesregierung für 2,2 Millionen Arbeitslosenhilfeempfänger 17,6 Milliarden Euro aus. Im Jahr 2005 wird sie den Betrag, für eine Million ALG-II-Empfänger mehr, auf 13 Milliarden Euro kürzen. Der Rüstungshaushalt dagegen bleibt unangetastet. Der aktuelle Rüstungsetat beläuft sich auf etwa 24 Milliarden Euro. Er wird 2005 sogar noch leicht angehoben und ab dem Jahr 2007 jährlich um 800 Millionen Euro erhöht. In der öffentlichen Diskussion wird verschwiegen, dass in weiteren Bundesetats zusätzliche 24 Prozent der Militärausgaben versteckt sind: Nach offiziellen Nato-Kriterien belaufen sich die Militärausgaben der Bundesrepublik Deutschland auf 31 Milliarden Euro jährlich."

Seit die Rot-Grünen am Ruder sind, haben sie mehr Rüstungsgüter in alle Welt verschicken lassen als die Regierung Kohl! Bundeskanzler Schröder steht einer kriegtreiberischen, kapitalhörigen Regierung vor, und Herr Bisky hat sein eigenes Parteiprogramm nicht gelesen!

Bettina Fenzel

Der Himmel klarte auf, und wir starteten mit Schwung ins zweite Demojahr

Im schönsten Nachmittagssonnenschein fanden um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz alte und neue Montagsdemo-Aktivisten zusammen, um mit festlicher Gestaltung ins neue Demojahr zu starten. Etwa 70 Mitstreiter und Zuhörer nahmen teil. Mit sommerlichen Requisiten, mit Keksen, Brötchen und Saft machten wir es uns auf dem Platz bequem.

Anfangs fassten die Moderatoren das vergangene Jahr zusammen mit unseren Erfahrungen und der Beharrlichkeit im Verfolgen unserer Ziele, „Hartz IV muss

weg und die ganze Agenda 2010!“, und dem Erfolg, dass die Schröder-Regierung zum Abdanken gezwungen ist.

Grüße zwischen Kiel und Bremen wurden ausgetauscht und eine kurze Resolution verabschiedet zu den repressiven Machenschaften gegen LabourNet und andere. Mehrere Redebeiträge gingen auf die aktuellen Skandale bei der Bremer „Bagis“ und den Senatsverwaltungen ein.

Da wir unser Quartier seit einiger Zeit beim *Roland* haben, war es Zeit, ihn einmal zu interwieven, was er von der Agenda 2010 halte. Er sagte trocken: „Mit Hartz IV wäre ich nicht so groß geworden!“ und verwies auf den *Krüppel* zwischen seinen Füßen, der als Hartz-IV-Empfänger des Mittelalters den Stadtbewohnern dereinst viel Land verschafft hatte.

Live-Musik durfte nicht fehlen: Zwei Straßenmusikanten spielten auf, und zwei Frauen trugen „Lio-Liola“ und das „Einheitsfrontlied“ vor. Zwischendurch gab es fetzige Musik aus dem Lautsprecher, und zum Schluss, gegen 20 Uhr, sangen wir gemeinsam „Keiner schiebt uns weg“ und die „Hartz-IV-Hymne“. Alle waren sehr zufrieden.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

52. Bremer Montagsdemo

am 29. 08. 2005

Wir haben „unechtes Vertrauen“ zum Lügenkanzler!

Der Weg für die Neuwahl ist frei! Versteht heute einer die politische Welt? Ich verstehe sie nicht mehr, und so wird es wahrscheinlich auch vielen anderen Menschen gehen!

Da haben wir einen Kanzler, der sich an den Arbeitslosenzahlen messen lassen wollte: Wenn er die nicht deutlich weiter runterkriegte, wäre er nicht der richtige Mann auf diesem Posten!

Später kamen Drohungen: „Wenn ihr nicht mitmacht, wie ich das will, dann trete ich ab!“. Zusätzlich gab es auch noch Lügen, zum Beispiel den „Kanzlerbrief“, worin dem Land Bremen Unterstützung versprochen wurde, und es gab die falschen Angaben der Arbeitslosenzahlen!

Der Normalverbraucher fragte sich schon lange: Wann tritt er denn endlich zurück? Stattdessen stellt er auf einmal eine „unechte Vertrauensfrage“! Wer hat denn nun „echtes Vertrauen“ zum Lügenkanzler, und wer hat „unechtes Vertrauen“? Wir lernen doch nie aus! So etwas kann es wohl auch nur in der Politik geben.

Nun stehen endlich zwei Menschen mit Verstand und Rückgrat auf, und sie werden von den meisten ihrer Abgeordneten-Kollegen fallengelassen wie eine heiße Kartoffel. Mit den Wölfen heulen war schon immer leichter, als gegen den Strom zu schwimmen! Hut ab vor Jelena Hoffmann (SPD) und Werner Schulz (Grüne)!

Solche Politiker braucht das Land, egal in welcher Partei. Am allerwenigsten braucht unser Land einen Friedensnobelpreis für unseren Lügenkanzler Schröder! Wenn er einen Preis verdient hat, dann für den besten Schauspieler, den wir je als Kanzler hatten!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Sage mir, mit wem du verkehrst

Und ich sage dir, wer du bist! Gestern: Parteitag der CDU, ganz nach amerikanischem Muster, insgesamt eine Merkel-Show, so abgezogen, dass sogar US-Präsident Bush seine Freude daran hätte. Von Merkel die Begrüßung: „Lieber Helmut Kohl!“. Der ehemalige Bundeskanzler, der gegen das Grundgesetz verstieß, indem er ein Ehrenwort zu irgendwelchen ominösen Leuten höher stellte als die Verfassung!

Und Merkel wieder in ihrer Rede: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“. Ich sagte an dieser Stelle schon einmal: Unter den Nazis schaffte der Bau von Konzentrationslagern sowie von Bombenflugzeugen, Granaten, Geschützen und allen anderen Rüstungsgütern, die Leben zerstören, zwar auch Arbeit, aber war das sozial? Und die heutige Regierung, ist sie sozial? Seitens der Funktionäre wurde auf dem CDU-Parteitag ein Sozialabbau auf allen Ebenen gefordert, wozu bereits die Erhöhung der Mehrwertsteuer gehört.

Doch ihr Hauptfeind, man höre und staune, ist die neue Linkspartei! Auch deren Parteitag am Samstag habe ich mir angeschaut. Hier wurde sogar diskutiert und das Wahlprogramm trotzdem gegen nur zwei Stimmen angenommen. Dort stehen die Forderungen: Abschaffung von Hartz IV, 1.400 Euro brutto als Mindestlohn, keine Einschnitte beim Kündigungsschutz, keine Streichung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen, Atomausstieg und, im Gegensatz zur CDU, keine Einsätze der Bundeswehr im Inneren. Das alles sind fast eins zu eins Forderungen der Montagsdemonstranten!

Mir ist klar: Selbst durch eine starke Fraktion der Linkspartei wird noch nicht ohne weiteres ein Politikwechsel durchgeführt. Nur im ständigen Wechsel außerparlamentarischer Aktionen mit der Arbeit von Verbündeten im Parlament wird es möglich sein, den Herrschenden und ihren Steigbügelhaltern aus CDU/CSU-FDP sowie SPD und Grünen etwas entgegenzusetzen. Allerdings haben wir zur Zeit nur mit der Linkspartei die Chance, auch im Parlament vertreten zu sein!

Ich habe seit 1950 an allen außerparlamentarischen Aktionen hier in Bremen teilgenommen, zum Beispiel am 60. Jahrestag des Abwurfs der Atombomben der USA auf Hiroschima und Nagasaki in Japan. Daher bitte ich die Montagsdemonstranten, auch an diesem **Donnerstag**, dem **1. September**, um **17 Uhr** zum **Antikriegstag** auf den Marktplatz zu kommen! Auch das ist notwendig!

Hermann Siemering, Rentner, parteiloses Gewerkschaftsmitglied (Verdi)

Noch bin ich Rentner

Da denken doch einige unserer „Experten“ schon laut darüber nach, dass die Renten nicht nur nicht mehr erhöht werden könnten, nein, sie besitzen sogar die Frechheit, die Renten kürzen zu wollen! So behauptete einer dieser „Experten“, um Deutschland zu entschulden, müssten die Renten um 60 Prozent gekürzt werden! Und wie soll das aussehen? Zumindest die Versicherungen können sich darüber freuen!

Heute komme ich noch mit meinem Geld aus, aber wenn sich die Preisspirale so weiterdreht, wenn man dem Anstieg der Energiepreise nicht Einhalt gebietet, dann wird meine Rente wohl bald nicht mehr ausreichen! Und die vieler anderer auch nicht! Soll ich mir dann einen zusätzlichen Job suchen, den ich wahrscheinlich gar nicht bekomme? Dann wäre ich wieder ins Volk der Arbeitenden aufgenommen und würde mich mit Recht „Halbrentner“ nennen! Der Begriff müsste dann auch neu in den Duden aufgenommen werden.

Finde ich aber keinen Nebenverdienst, kann ich mich in Zukunft leider auch nicht mehr Rentner nennen, dann bin ich wohl eher als Bittsteller, Verarmter oder gar Bettler zu betrachten! Niemand von unseren Politikern wird bereit sein, sich dem Machtmissbrauch der Konzerne zu widersetzen. Das bedeutet arme Rentner! Und auch arme Wirtschaft, denn die Jüngeren müssen künftig mehr für ihre Rente vorsorgen, können deshalb weniger kaufen, und weiter geht es bergab!

Udo Riedel (parteilos)

Wahlwetter: Löst die „Wilde Katrina“ eine Wirtschaftskrise aus? *(„Spiegel-Online“)*

Ein-Euro-Jobs als sittenwidrig verbieten!

Es ist überfällig, die skandalösen Ein-Euro-Jobs als sittenwidrig zu verbieten! Da werden nicht nur Langzeitarbeitslose um ihr verdientes Gehalt gebracht, sondern langfristig auch mittelständische Betriebe um ihre Existenz, weil sie mit dieser Super-Niedriglohn-Konkurrenz nicht mehr mithalten können!

Natürlich ist es für die verarmten Kommunen und für die Wohlfahrtsverbände eine unglaubliche Verlockung, Ein-Euro-Jobber einzustellen, denn die Bundesagentur für Arbeit zahlt schließlich 500 Euro pro Kopf und Monat. Davon sieht der Ein-Euro-Jobber aber nur einen geringen Bruchteil, zwischen durchschnittlich 120 und 180 Euro monatlich, obwohl *er* doch derjenige ist, der arbeitet!

Ein-Euro-Jobber haben keinen Anspruch auf lang erkämpfte Arbeitnehmerrechte wie bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall! In Bremen bekommen einige Jugendliche unter 25 Jahren bei 38 Wochenstunden sogar nur 53 Cent die Stunde zusätzlich zu Arbeitslosengeld II ausgezahlt! Diese sogenannten „In-Jobs“ integrieren nur in dauerhaft schlechte Bezahlung und schließen die Betroffenen trotz Arbeit auch weiterhin von der gesellschaftlichen Teilhabe aus!

So bleibt ein eigenes Auto, mal in Urlaub zu fahren, ein Abonnement bei der Kammerphilharmonie auch weiterhin nur ein unerfüllbarer Traum! Eigentlich sollte die Bundesagentur doch gerade Langzeitarbeitslose in Lohn und Brot bringen und nicht systematisch Arbeitsplätze vernichten!

Elisabeth Graf (parteilos)

„Ich stehe hier für Millionäre!“

„Ich bin für die Förderung von Kindern unter drei Jahren! Ich bin für die Förderung von Kindern allgemein!“. Warum dann eine Reduzierung der Vollzeitplätze in den Kindergärten? Warum kein Platz für die Kinder von ALG-II-Betroffenen? Den kann sich keiner leisten! Für Kinder unter drei Jahren besteht ein klarer gesetzlicher Anspruch, aber nur auf dem Papier! Kinder von Arbeitssuchenden werden erst aufgenommen, wenn der Arbeitsplatz gefunden wurde: eine zusätzliche Hemmschwelle für die Einstellung und Zusatzärger für Mutter und Kind.

„Ich bin für die Vereinbarkeit von Familie und Kind!“. Warum werden dann die besonderen Fördermöglichkeiten für Frauen bei der Berufsrückkehr nach der Babypause durch ALG II gestrichen? Warum gibt es keine Schutzimpfung vor dem Ferienlager, warum kein Entlausungsmittel, keine Medikamente ohne Nebenwirkungen? Was nicht verschreibungspflichtig ist und selbst zu bezahlen ist, können sich ALG-II-Betroffene nicht leisten!

„Ich bin für soziale Gerechtigkeit!“. Warum gibt es dann keine Schuldnerberatung mehr für Strafentlassende? Warum werden die Beratungsstrukturen zerschlagen, Verbraucherzentrale und Arbeitslosenberatung? ALG II ist eine einzige Zumutung! Die Haushaltshilfen für Behinderte ist gestrichen, für Überachtzehnjährige gibt es keine „Pille“ mehr, Leute mit eigener Rente erhalten im Altersheim weniger Taschengeld. In Zukunft gibt es mehr Altersarmut, weil für ALG-II-Betroffene zu geringe Rentenbeiträge gezahlt und Tür und Tor für die Hedge-Fonds geöffnet werden!

„Ich bin für Bildung!“. Warum dann Kürzung der Erwachsenenschule, Reduzierung des Förderunterrichts, Schließung von Bibliotheken, Reduzierung der Neuanschaffungen von Büchern, Schluss mit Förderung von Auszubildenden mit sozialen Nachteilen?

„Ich habe den Mut zu Reformen!“. Nein, nur den Mut zur Entrechtung der Schwachen! Den Reichen werden Leckerlis gereicht, immer noch! Die einschneidendste Reform wurde in der Öffentlichkeitsarbeit vollzogen, durch bewusste Irreführung und kalkulierte Fehlinformation, vor Gericht Tatbestände der Lüge! Noch nie waren die Beratungsausgaben einer Regierung so hoch, noch nie hatte eine Regierung so viel zu verstecken! Zwingt der Anzeigenkuchen die Presse zur Regierungsfreundlichkeit? Wird sofort gerügt und reagiert?

„Ich bin für Arbeit!“. Das „Spiegel“-Titelblatt von März 2005 zitierte die Aussage vom Bundeskanzler Schröder: „Wenn wir die Arbeitslosenquote nicht spürbar senken, dann haben wir es nicht verdient wiedergewählt zu werden“. Soweit Dezember 1998. Die verzweifelten Rechenversuche sind immer noch in jeder Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu finden.

„Ich stehe hier für Millionäre!“. Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Wir gestalten unsere Zukunft!

Hans-Dieter Binder

Erinnert ihr euch an „Florida-Rolf“?

Wochenlang ging der Sturm durch den Zeitungsblätterwald und über die Fernseh- und Rundfunkkanäle: Unerhört, hieß es, dieser Mann lebt förmlich im Paradies auf Erden und kassiert trotzdem aus Deutschland noch Sozialhilfe! Was aber *eigentlich* bei den Lesern, Zuschauern und Hörern hängenbleiben sollte, war die

Botschaft: „Seht, so sind sie alle, diese arbeitsscheuen Subjekte! Wir schuften uns ab, und die machen sich ein schönes Leben mit Staatsknete!“

Sprechen wir daher über die Manipulation der öffentlichen Meinung! Reden wir darüber, wie dem Publikum in den Massenmedien ein bunter Mischmasch von Halbwahrheiten, Verdrehungen, Fälschungen und Lügen serviert wird! Darüber, wie Stimmung gemacht wird, um selbst die *Gefühle* der Menschen zu beeinflussen, und auch über das Totschweigen bestimmter Inhalte, Tatsachen und Ereignisse, zum Beispiel der Montagsdemos! Sprechen wir vor allem darüber, wie es uns gelingt, trotz dieser Nicht- oder Negativ-Berichterstattung weitere Menschen zu gewinnen, mit uns gemeinsam gegen Hartz IV zu kämpfen!

Beispiele der Meinungsmanipulation gibt es genug: So werden selbständige Streiks wie der bei Opel im letzten Herbst immer als „wilde“ Streiks bezeichnet. Auf diese Weise werden die Arbeiter als undisziplinierte Horde dargestellt, die natürlich nur an sich denken und das große Ganze nicht überblicken können. Damit soll Stimmung gegen die *Arbeiterklasse* gemacht werden! Das soll Angst vor dem *proletarischen Klassenkampf* erzeugen! Welchen Herrschaften dient wohl diese Art der Nicht-Berichterstattung?

Wir haben Dutzende von Fernseh- und Rundfunkprogrammen, Hunderte von Tageszeitungen und Zeitschriften, wobei die Zahl der Redaktionen wegen der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des *Kapitals* im Medienbereich zurückgegangen ist. Gibt es dadurch echte Meinungsvielfalt in den Massenmedien? Ganz im Gegenteil, immer einheitlicher und gleichzeitig raffinierter in den Methoden wird dieses System der Meinungsmanipulation im Interesse der *Monopole!*

Kürzlich hat die Axel-Springer-Verlagsgruppe den TV-Konzern ProSieben-Sat1 übernommen. Der bisherige Besitzer Saban hat ja schon ausgeführt, dass es beim Besitz von sechs Sendern nicht bloß um den *Profit* geht: „Es sichert Einfluss!“, sagte er. Bauen wir mit der Montagsdemo und ihren Info-Medien eine Gegenöffentlichkeit auf! Machen wir uns unüberseh- und -hörbar!

Matthias Feilke

Ein „Fisch“ namens Erwin

Seit einigen Wochen versucht ein gewisser Erwin Scholz, im Gästebuch auf der Homepage der „Initiative Bremer Montagsdemo“ Unwahrheiten und Verleumdungen über die MLPD und ihre führenden Repräsentanten zu verbreiten. Diese Be-

hauptungen entbehren jeder Grundlage und haben nur den Zweck, als Provokation Unfrieden und Verunsicherung in der Montagsdemo zu stiften!

Die MLPD hat juristische Schritte gegen den oder die Herausgeber solcher Unwahrheiten eingeleitet. Dieser Erwin Scholz, der auch mit anderen Namen witzig tut, ist eine fingierte Person, die von Leuten gesteuert wird, die ein Interesse daran haben, dass der aktive Widerstand in der Bevölkerung nicht zunimmt und sich verbreitert und vernetzt, sondern dass durch Spaltung und Vergiftung Resignation und Aufgeben um sich greifen.

Noch nicht aufgedeckt ist, ob es sich bei diesen Hintermännern um Leute handelt, die als Zersetzer und Spalter in die Geschichte eingehen wollen, oder ob es sich um gezielte Machenschaften des „Staatsschutzes“ dreht, dem der aktive Volkswiderstand gegen die allgemeine Betrugspolitik der Großkonzerne und ihrer abgewirtschafteten Schröder-Fischer-Regierung ein Dorn im Auge ist.

Diese Kräfte schrecken aber nicht vor kriminellen und abartigen Methoden zurück. So werden auch Einträge ins Gästebuch unter falschem Namen, zum Beispiel von Montagsdemo-Aktivisten, getätigt, oder es werden deren Namen in unflätiger Weise verändert.

In letzter Zeit versuchen sich diese Zersetzer und ihre Hintermänner mit einer neuen Methode, durch völlig übertriebene und darum unglaubwürdige „lobpreisende“ Wertschätzungen, ins Gästebuch der Montagsdemo einzuschleichen. Ihr Hauptzweck ist aber, einen Link zu setzen auf ihre abartigen Homepages. Dort gibt es außer haltlosen Unterstellungen und konstruierten Behauptungen ohne jeden Beleg nichts Interessantes. Dieselben Leute glänzen ein andermal durch besondere Primitivität und Fäkaliensprache.

„Ärgerlich für die MLPD“, hetzt Erwin Scholz beispielsweise: „Nachdem sie die kümmerlichen Reste der Montagdemonstrationen strategisch an sich gerissen hatte, wurden viele MLPD-kritische Einträge genau dort in die Gästebücher gepostet und vielerorts natürlich zensiert. Die MLPD Bremen merkte wochenlang nicht einmal, dass mit den sie lobenden Einträgen im dortigen Montagsdemo-Gästebuch Links auf Erwin Scholz verbunden wurden.“

Die Bremer Montagsdemo lehnt solche Methoden entschieden ab und wird keine Mühe scheuen, diese Machenschaften und ihre Drahtzieher aufzudecken! Wir werden juristische Schritte gegen jeglichen Missbrauch von Namen und Meinungen in die Wege leiten und keine Angriffe auf die Montagsdemo und die beteiligten Kräfte und Parteien dulden!

Alle solchen Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Wer das erste Jahr der Montagsdemo verfolgt hat, weiß, dass wir beharrlich, hartnäckig und mit Feuer unser Ziel verfolgen: Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir! Weg mit der Agenda 2010! Ob Schröder oder Merkel, wir lassen uns nicht kaufen und nicht einschüchtern! Der Kampf geht weiter, bis wir unser Ziel mit einer großen Mehrheit erreicht haben!

Initiative Bremer Montagsdemo

Wer verursacht die Armut?

Von Hartz IV sind offiziell fast 5 Millionen Erwerbslose betroffen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird nicht gesagt, das globale neoliberale Kapital sei dafür verantwortlich!

Der Historiker Peter Scherer weist in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ auf Folgendes hin: „Man spricht von *Neoliberalismus,* aber dieser Begriff ist irreführend. Was da geschieht ist weder neu, noch hat es etwas mit Liberalität zu tun. Es ist auch keine irrtümliche Lehrmeinung, gegen die man mit Argumenten ankommen könnte, kein spontan wucherndes Gedankengut. Es handelt sich um einen ungeheuren, systematisch durchgeführten Raubzug, dessen Spuren wir in allen Teilen der Welt finden. Haben wir überhaupt wahrgenommen, welches Maß an Immoralität von der Ausplünderung der Länder Osteuropas ausgegangen ist? Von der Verkehrung aller Werte, für die Sozialdemokraten einmal gestanden haben? Von der Diffamierung der Gewerkschaften? Es liegt auf der Hand, dass die Privatisierung der Gewalt ein Rückschritt ist mindestens ins 17. Jahrhundert, als der Krieg ein ganz gewöhnliches Geschäft war, als es regelrechte Kriegs-Unternehmer gab. Man kann generell sagen, dass seit 1989/91 ein Rückbau in die Vergangenheit stattfindet, gedeckt durch die inflationäre Zukunfts-Rhetorik der Reformpolitiker. Es ist die unmittelbare Herrschaft des *Finanzkapitals* unter Auflösung staatlicher und zwischenstaatlicher Normen, unter Auflösung jedweder Solidargemeinschaft. Die vollkommene Privatisierung ist die Befreiung des Kapitals von allen Fesseln und die vollendete Absonderung und Beraubung des Einzelnen!“

Das bedeutet, der „Neoliberalismus“ führt in die Vergangenheit zurück, in der er über Leichen gehen kann um des Profits willen, damals wie heute! Es wäre angebrachter, von „Uraltkapitalismus“ zu sprechen! Fred Schmidt vom „Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung München“ bringt es mit der Überschrift „Mehrwertsteuererhöhung ist neoliberaler Irrwitz auf die Spitze getrieben“ auf den Punkt: Es trifft uns Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Rentner, Studenten besonders hart. 8 bis 9 Milliarden Euro sollen wir dafür blechen! Eine vierköpfige Familie müsste mindestens 1.100 Euro im Jahr *mehr* verdienen, um ihren Lebensstandard zu halten. Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung sollen von 6,5 auf 4,5 Prozent gesenkt werden. Ein Durchschnittsverdiener mit etwa 2.500 Euro Brutto im Monat könnte die Mehrbelastungen durch die Beitragsminderungen im Konsum wahrscheinlich ausgleichen. Das Minus steht Pendlern, Schicht- und Sonntagsarbeitern ins Haus, denn die CDU/CSU plant, die steuerlichen Zuschüsse zu streichen! Die „sozial Schwachen“ trifft es hart, aber die Körperschaftssteuer soll von 25 auf 22 Prozent gesenkt werden!

Ist der Begriff „sozial schwach“, der von den Medien immer benutzt wird, nicht entwürdigend? Sind Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten sozial schwach, oder ist nicht vielmehr das Kapital sozial schwach, um nicht zu sagen asozial, weil es die Armut mit seiner räuberischen Habgier zu verantworten hat? Für die mittelständische Industrie, für Handwerksbetriebe und kleine Einzelhändler ist die Mehrwertsteuererhöhung ein Pleitegeier-Geschäft, weil die Kunden wegbleiben! Wie viel mehr Menschen werden dadurch arbeitslos, weil die Nachfrage auf dem Binnenmarkt weiter gesenkt wird? Der Exportwirtschaft ist die Mehrwertsteuer schnuppe, da sie diese wieder zurückerhält, und die multinationalen Konzerne erhalten durch die Lohnsenkungen noch mehr Profite!

Vor der Einführung von Hartz IV erhielt mensch 349 Euro Bekleidungsgeld im Jahr und 61 Euro Weihnachtsgeld. Jetzt sind es nur noch 540 Euro Pauschale, also bleiben gerade 130 Euro, um sich etwa einen Kühlschrank zusammenzusparen. Heute sind es knapp 36 Euro Diätzulage, zuvor waren es noch 38. Dank der „Gesundheitsreform“ sind 164 Euro selbst zu zahlen, davor waren die untersten Einkommen davon befreit! Heute übernimmt das Amt keine Kosten mehr: Von 345 Euro müssen Telefon, Strom, Wasser und Lebensmittel finanzierbar sein! Wenn mensch einen neuen Kühlschrank benötigt und 130 Euro nicht ausreichen, gibt es kein Anrecht, einen Antrag beim Sozialamt zu stellen, sondern es muss ein Darlehen mit zehn Prozent Raten im Monat, die zum Überleben fehlen, zurückgezahlt werden!

Als „behinderter“ Mensch hast du kein Recht mehr, eine Therapie oder andere Hilfsleistungen bezahlt zu bekommen. Was ist, wenn die GeWoBa verkauft wird und wir verdammt sind, obdachlos zu sein, weil die Mietkosten viel zu hoch sind? Mensch könnte einmal in der Woche zur Bremer Tafel gehen und um „abgelaufene“ Lebensmittel betteln. Da erwartet uns ein Schlangestehen wie zu Zeiten des „realen Sozialismus“, und oft erhalten wir Sachen, die kaum genießbar sind! Wird die Mehrwertsteuer erhöht, sollen dann alle, die es trifft, zur Bremer Tafel gehen? Die Schlange würde unermesslich lang werden! Zudem plant die Bremer Tafel, Ein-Euro-Jobber einzustellen und mit dem Gebrauchtmöbellager des Sozialamts zusammenzuarbeiten. Sehr viele Menschen arbeiten da nur ehrenamtlich. Das bedeutet, dass hier Menschen ausgebeutet und entwürdigend behandelt werden, obwohl genügend Lebensmittel vorhanden sind, um die Grundbedürfnisse zu befriedigen!

Prüfen wir genau die Parteiprogramme auf ihre politischen Inhalte und fragen uns, von wem wir belogen werden! Letztes Jahr plante die SPD eine Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 20 Prozent, heute ist sie dagegen und spricht von „sozialer Gestaltung der Globalisierung“. Wie sieht es damit nach den Wahlen aus? Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze sind nichts weiter als die Vernichtung des Sozialstaats, wie es das *globale Finanzkapital* in den USA vorgemacht hat! Ist die Linkspartei/PDS wählbar und glaubhaft? Geht mensch nicht wählen, profitieren indirekt die Rechtsradikalen! Wäre das die richtige Wahl gewesen? Könn-

ten Wahlen radikal etwas an den gesellschaftlichen Missständen ändern, wären sie längst abgeschafft. Nur eine starke außerparlamentarische Kraft kann verhindern, dass sich die räuberischen Profitinteressen durchsetzen können! Internationale Vernetzung ist wichtig, so wie es mit dem Weltsozialforum versucht wird. Die Barbarei muss weg! Lassen wir uns von den Politikern nicht verarschen!

Bettina Fenzel

Wir brauchen eine Opposition *zu* diesem System

Heute Mittag kam es in den Nachrichten: Frau Merkel hat wieder einen „Neuen“ in ihr „Kompetenzteam“ geholt, den früheren Siemens-Vorstandsvorsitzenden Heinrich von Pierer. Dieser Mann steht wie kein anderer für Massenentlassungen, Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und für die Erpressung der Belegschaften! In seiner Zeit als Siemens-Chef hat von Pierer Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet und ständig gedroht: Wenn nicht wieder 40 Stunden gearbeitet wird, fallen noch viel mehr Jobs weg! Dieser Mann ist jetzt der maßgebliche Berater von Frau Merkel in Wirtschaftsdingen, und dieser Mann ist Programm: Das Programm der radikalsten Arbeitsplatzvernichtung, der radikalsten Angriffe auf Arbeiterinteressen! Das ist das Programm der CDU!

Das will Frau Merkel allgemein einführen, dafür holt sie sich von Pierer: Anstatt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird sie erhöht! Es werden die Arbeitslosen bekämpft und in die Armut getrieben! Das ist dieselbe Politik, die schon Schröder und die SPD gemacht haben, nur noch offener, radikaler! Schröder hielt sich genauso diese Berater, auch von Pierer, die in Wirklichkeit die Fäden im Hintergrund in der Hand halten, nur machte er es etwas diskreter, im noblen Havanna-Club. Den einen wird der Arbeitsplatz genommen, und sie werden nach kurzer Zeit in die Armut gedrückt – die anderen müssen immer länger und für immer weniger Geld schuften: Das ist die Politik der Großen Koalition in Berlin! Ob SPD, Grüne, CDU oder FDP, darin sind sie sich alle einig! Die Hartz-Gesetze wurden nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat verabschiedet, und da hat Schwarz-Gelb die Mehrheit!

Ein Vorredner hat es schon erwähnt: Besonders die Kinderarmut in Deutschland steigt. Dies in einem Land, das eine so hoch entwickelte Industrie hat, wo heute in 17 Stunden hergestellt werden kann, wozu im Jahr 1991 noch 40 Stunden benötigt wurden. Doch wem kommt dieser Fortschritt zugute? Nur den großen *Monopolen,* die dadurch immer noch größer und reicher werden! Die Masse aber verarmt. Der Paritätische Wohlfahrtverband hat errechnet, dass sich seit Einführung von Hartz IV die Zahl der auf Sozialhilfeniveau Lebenden verdoppelt hat. Im „Weser-Kurier“ war letzte Woche zu lesen, dass in Bremerhaven die Quote der Unter-15-Jährigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, auf mehr als 40 Prozent hochgeschnellt ist. Das ist ein Skandal!

Die Arbeitslosigkeit kostet in Deutschland den Staat, trotz aller Kürzungen, im Jahr 75 Milliarden Euro. Ein Gelsenkirchener Professor hat ausgerechnet, dass sich, wenn man diese Menschen alle in Arbeit bringen würde, ein Wirtschaftswachstum von 11 Prozent ergäbe. Die 75 Milliarden wären eingespart, und zwar bei einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden! Es wäre ein gigantisches Wirtschaftswachstum möglich, ein gutes Leben für alle!

Doch warum wird das nicht gemacht, obwohl es gesamtgesellschaftlich so sinnvoll wäre? Warum kann sich keine der Berliner Parteien dafür einsetzen? Alle diese Parteien, ob rot/grün, schwarz/gelb oder sonstwie, haben sich mit Haut und Haaren dem hier herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verschrieben! Das heißt nichts anderes als: Oberstes Gebot ist die Erhöhung der „Wettbewerbsfähigkeit“ der größten deutschen Monopole, ginge es auch zu Lasten der gesamten übrigen Gesellschaft und führte zum eigenen Untergang. Weil diese Parteien mit ihren Politikern diesem System so sehr verbunden sind, landen sie immer wieder bei den gleichen Maßnahmen mit den gleichen Ergebnissen!

Deswegen reicht es nicht, eine Opposition *innerhalb dieses Systems* zu schaffen wie die Linkspartei. Das ist der einzige Punkt, wo ich Hermann widersprechen muss: Wir brauchen eine wirkliche Opposition *zu diesem System!* Ich bedauere zutiefst, dass dieses von so vielen gewünschte breite linke Bündnis, unter Einschluss aller Kräfte, die gegen dieses kapitalistische System sind, unter Einschluss von Sozialisten, Kommunisten, Marxisten-Leninisten, nicht zustandegekommen ist. Deswegen stehen *zwei* Parteien am 18. September zu Wahl, was wir nicht zu verantworten haben. Natürlich ist es auch wichtig, wen man wählt, aber das ist eben nur die eine Sache: Viel wichtiger als diese Wahl ist, dass unser gemeinsamer Kampf weitergeht, dass wir gemeinsam Hartz IV und die ganze unsoziale Politik bekämpfen, darin stark werden! An uns wird keine Regierung vorbeikommen, auch eine Frau Merkel nicht!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat auf der Offenen Liste der MLPD

Rückfall in die Barbarei: Auf Hungernde und Gierige wird geschossen *(„Stattnetz“)*

Unser „Wahlprüfstein“ ist der Arbeitsbegriff

In den nächsten Tagen und Wochen ist vermehrt mit Wahlkampfständen aller möglichen Parteien zu rechnen. Stellen Sie deren Vertretern doch mal ein paar Fragen, die es in sich haben!

1. Klienten der Bagis in Gröpelingen müssen sich bei ihren Besuchen in öffentlich einsehbare Listen eintragen. Der Hausbriefkasten hat einen breiten Schlitz und gestattet fremden Personen das Entnehmen eingeworfener Unterlagen. Halten Sie solche Einschränkungen des Datenschutzes für erforderlich, verglichen beispielsweise mit der Vertraulichkeit bei der ausschließlichen Selbstkontrolle der Ärztekammer?

2. EU-Abgeordnete bekommen bei Sitzungen für Übernachtung und Verpflegung ein Tagegeld in Höhe von 262 Euro, zuzüglich Reisekostenpauschale von 500 Euro. ALG-II-Empfänger erhalten pro Monat 345 Euro für Essen, Kleidung, Mobilität, Kultur und Bildung, zuzüglich Mietkostenzuschuss, der in vielen Städten bei maximal 245 Euro für Kaltmiete plus Hausnebenkosten liegt. Ist es angemessen, dass ein ALG-II-Empfänger pro Monat weniger erhält, als einem EU-Abgeordneter pro Sitzungstag zusätzlich zur Diät „geschenkt“ wird?

3. Für den Ein-Euro-Job bekommt der Arbeitgeber 500 Euro pro Monat, doch davon werden dem Arbeitslosen hier in Bremen nur rund 140 Euro ausbezahlt. Auf diese Weise erfolgt eine staatliche Subventionierung der Beschäftigungsanbieter in Höhe des Zweieinhalbfachen vom Auszahlungsbetrag an den Betroffenen, mit der Folge, dass Festangestellte entlassen und durch Ein-Euro-Jobber ersetzt werden. Warum hat Ihre Partei solch ein zynisches Konzept mitgetragen?

4. Jede Vorbereitung eines Unternehmens mit dem Ziel, die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern, wäre eine als Hochverrat zu ahndende Straftat. In einer Rede anlässlich des 60. Gründungstages der CDU verkündete Angela Merkel jedoch: „Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit. Für uns gibt es nur einen einzigen Sachzwang, und der heißt, Menschen in Arbeit zu bringen. Diesem Sachzwang hat sich alles unterzuordnen!“. Unterstützen auch Sie die Forderung nach einem Systemwechsel durch „Unterordnung der Demokratie unter die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, oder würden Sie Festtagsreden und Wahlprogramme nicht so beim Wort nehmen?

5. SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler nannte den Chef der CSU, Edmund Stoiber, kürzlich einen „Neo-Brüning“, weil die geplante Mehrwertsteuererhöhung Deutschland in die Rezession stürzen werde. Brüning war Reichskanzler in der Weimarer Republik. Stiegler ergänzte, im Dritten Reich sei Arbeit „zynisch entwertet“ gewesen; er sehe auch im Unionsprogramm eine „zynische Entwertung“ der Arbeit, denn es werde „Arbeit ohne faire Bezahlung, ohne Arbeitsrechtsschutz, ohne Kündigungsschutz und Tarifautonomie und Arbeit im Niedriglohn“ geplant. Stieglers Äußerungen wurden von Müntefering und Schröder scharf kritisiert. Befürworten auch Sie das Tabuisieren aller Hinweise auf die Ähnlichkeit heutiger Sozialreformen mit der Politik Brünings und den Notverordnungen der Papen-Schleicher-Regierung, die in Deutschland den Weg zum Faschismus geebnet haben?

6. Die CDU plakatiert im laufenden Wahlkampf den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Ganz ähnlich, mit den Worten „Sozial ist, wer Arbeit schafft“, hat die „Deutschnationale Volkspartei“ für die letzte Reichstagswahl am 5. März 1933 annonciert. Ist es nicht zynisch, einen rechtsradikalen Gedanken aus jener Zeit auf die heutige Massenarbeitslosigkeit anzuwenden?

7. Nach Artikel 12 des Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland haben alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen; niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht; Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig. Wo besteht dann noch ein Unterschied zwischen dem Ein-Euro-Job, dessen Verweigerung mit Hilfeentzug bestraft wird, und dem Reichsarbeitsdienst?

8. Die gesetzgeberischen Bemühungen der letzen Jahrzehnte zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit sind aufgrund ständig steigender Produktivität bei sinkender Kaufkraft der Bevölkerung gescheitert. Vollbeschäftigung oder „Arbeit für alle“ bleibt also eine Utopie, dennoch wird für staatliche Hilfe eine Gegenleistung verlangt. Ist daher nicht eine das menschenwürdige Leben garantierende „Grundsicherung für alle“ erforderlich, oder darf eben nicht essen, wer nicht arbeitet, und nicht krank werden, wer keinen Arzt bezahlen kann?

Renate Hammer und Christian Wetter (parteilos,
„Stattnetz“-Magazin für Querdenker)

„Arbeit ist Scheiße“: WDR zensiert anarchistische Realitäts-„Verherrlichung“ als jugendgefährdend *(„Stattnetz“)*

Die kleinen Diskussionen nebenbei werden immer häufiger

Erneut fanden sich um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz bei angenehmem Nachmittags-Sonnenschein über 80 alte und neue Montagsdemo-Aktivisten zusammen. Unsere Informationsblätter an der zwischen Roland und Laternen gespannten Wäscheleine wurden wieder viel gelesen.

Redebeiträge warben für die Linkspartei, aber auch für die wirkliche, die sozialistische Alternative. Ein Obdachloser bat um Solidarität. Es wurde über die liquidatorischen Angriffe bestimmter Kräfte auf MLPD und Montagsdemo-Bewegung berichtet und dass die Montagsdemo sich nicht spalten lässt. Geschildert wurden auch die Erfahrungen von Demonstranten beim Auftritt von Frau Merkel auf dem Marktplatz. Unsere Moderatoren fassten die aktuelle Politik zusammen, und es gab wieder Berichte über die allgegenwärtigen Behandlungen und Entwürdigungen der Hartz-IV-Betroffenen durch die Bremer Arbeitsgemeinschaft, die „Bagis“.

Am Rande der Kundgebung kommt es jetzt häufiger zu Fragen und Diskussionen: Wen soll man wählen? Ist die Stimme nicht verloren? So eine Beratung der Menschen untereinander wird immer wichtiger. Ein Künstler, der jetzt nach Dänemark geht, schenkte uns ein großes Bildplakat, dass wir auf der anschließenden Demo durch die Obernstraße zur Schlachte trugen. Dort beschloss die „Hartz-IV-Hymne“ den Montag.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Auch in Oldenburg gibt es eine Montagskundgebung!

Auch in Oldenburg hatten wir vorletzte Woche unser „Einjähriges“ mit Kaffee, Gebäck, Heidelbeeren und einer geilen Überraschung: Von der ansonsten ziemlich konservativen „Nordwestzeitung“ tauchten zwei Typen auf. Sie verfassten für die Ausgabe vom 16. August, mit großem Bild von unserem Transparent, einen Bericht, der auch ganz okay war.

Besonders schick fanden wir die erwähnte Aussage eines Teilnehmers, dass Demonstrieren einen langen Atem braucht. Der Journalist schrieb dazu, das Sozialforum aus PDS, Attac, DGB, DKP und anderen habe diesen langen Atem wohl nicht besessen!

Die **Oldenburger Montagskundgebung** gegen Hartz IV findet allwöchentlich um **17 Uhr** am **Lefferseck** statt. Das „Sozialforum“ macht leider nicht mehr mit.

Verblieben sind zehn Aktive aus einem breiten politischen Spektrum. Wir haben ein Offenes Mikrofon und jeden Montag mindestens ein Flugblatt zum Verteilen.

Wir waren auch beim letzten Delegiertentreffen der Montagsdemo-Initiativen in Hannover, wo die **bundesweite Demo** am **5. November** in **Berlin** beschlossen wurde. Diese Woche mobilisieren wir zur **Verhinderung** des **Nazi-Aufmarsches** am **Samstag**, dem **3. September**, und rufen alle auf, um **10 Uhr** zum **Bahnhof** zu kommen! Ansonsten wünschen wir euch weiterhin kämpferische Demos und senden euch anti-hartzige Grüße!

Ruth (Oldenburger Montagsdemo)

Datenmüll: Hartz-IV-Ämter brauchen neue Software
mit Schikanierungs-Modul *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

53. Bremer Montagsdemo

am 05. 09. 2005

Die Zahl der Selbstmordversuche steigt dramatisch an!

Der 18. September ist unser Tag! Was machen wir daraus? Die Volksvertreter wollen uns massenweise noch mehr abschröpfen! Wir haben Spitzenpolitiker, die das Volk nicht mögen, sondern nur zum Abschröpfen brauchen! Sie haben keine Lust, das Land zu regieren, sondern nur Lust auf Macht und viel, viel Geld!

Doch im Volk steigt die Zahl der Selbstmordversuche dramatisch an! Alle drei Minuten, so stand es vorgestern in der Zeitung, versucht irgendwo in Deutschland ein Mensch, sich umzubringen! Alle 47 Minuten stirbt ein Mann oder eine Frau durch eigene Hand! Warum? Woran liegt es? Danach fragt wahrscheinlich kein Spitzenpolitiker! Sonst hätten unsere obersten Volksvertreter längst eine andere Politik gemacht!

Stattdessen wird den Armen, Kranken, Arbeitslosen, Rentnern und sogar dem arbeitenden Volk immer noch mehr vom Einkommen fortgenommen! Ohne Gnade, ohne Rücksicht und Verstand soll so weiterregiert werden, nur noch grausamer, noch ungerechter und härter!

„Aus dem Jammertal herauskommen“ sollen wir mit Mehrwertsteuererhöhung, Kopfpauschale und 25 Prozent Steuern für jeden Bürger, egal wie viel Einkommen er hat! Mit Rentenkürzungen, Minusrunden, Patientenabzocke und viel Druck von oben sollen wir wieder ein *blühendes Vorzeigeland* werden! Ist das Wahlvolk wirklich so dumm und glaubt das?

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Neoliberalismus bietet keinen Katastrophenschutz

Die neoliberale kapitalistische Politik, die Hartz IV und Agenda 2010 eingeleitet hat, betreibt ungeachtet ihres bereits offenkundigen Versagens *gleichzeitig* die Reduzierung der staatlichen Ausgaben für Polizei, Justiz, Finanzverwaltung und Militär und ihren Ausstieg aus der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung.

In den USA, dem Mutterland des Neoliberalismus, sind in den letzten 40 Jahren sozial verheerende Entwicklungen eingeleitet worden. Eine wirtschaftlich widersinnige Gesamtstrategie! Beim Hurrikan „Katrina“ hat man genau beobachten können, dass in der Hochburg des Neoliberalismus bei Naturkatastrophen weder Gesundheitssystem noch Kommunal- und Verkehrspolitik funktioniert!

Die wohlhabenden Bevölkerungsteile konnten New Orleans mit ihren eigenen Fahrzeugen verlassen, aber Arbeitslose, Arme und alte Menschen mussten in der Stadt bleiben. Dabei wurde offener Rassismus deutlich, denn die Betroffenen sind überwiegend Schwarze!

Ich behaupte nicht, dass in Deutschland das gleiche Ergebnis kommen wird, aber wir gehen in die *gleiche Richtung,* wenn wir diesen kapitalistischen Neoliberalismus nicht durch unseren Widerstand stoppen!

Abidin Bozdag (parteilos)

Berufsverbot: Antifaschist darf keine Kinder unterrichten *(„Spiegel-Online“)*

Neoliberal ist es, die Nazis zu schützen!

Vorgestern war ich in Oldenburg auf der antifaschistischen Demonstration und war davon überwältigt, dass etwa 4.000 überwiegend junge Menschen daran teilnahmen! Auf der anderen Seite war ich total entsetzt darüber, dass 3.000 Polizisten die rund 70 Anhänger der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ beschützt haben!

Auf mehreren Transparenten war zu lesen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“. Lasst mich dazu sagen: Der *Kapitalismus* ist ein Verbrechen, der Faschismus, Rassismus, Armut, Arbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit, Zerstörung der Natur, Kriege, Unterjochung der Frauen und Völker, Sexis-

mus, Diskriminierung von Behinderten, religiösen Fundamentalismus und Antisemitismus hervorbringt, und den Reichtum Weniger!

Einige junge Menschen warfen Eier, Äpfel, Birnen und Flaschen nach den Polizisten. Die Polizei antwortete mit Tränengas darauf. Die ungerechten ökonomischen Verhältnisse bringen Gewalt in der Gesellschaft hervor, und ich kann die jungen Menschen verstehen, die so darauf reagieren! Gewalt bringt neue Gewalt hervor, und damit können keine Probleme gelöst werden. Darum ist es wichtig, dass wir unsere Kräfte sammeln und vereinen, um den Widerstand gegen die Reichen zu verstärken!

Bettina Fenzel (parteilos)

Kleines „Duell“ unter Freunden

Ein komisches Duell, wo die Duellanten nicht sich gegenseitig angreifen, sondern gemeinsam einen dritten! Es gab trotzdem etwas zu lernen dabei: Frau *Kirchhof,* gemeint war Merkel, will das Rentensystem abschaffen und die Einheitssteuer von 25 Prozent einführen. Ist doch gerecht, oder? Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Armen wie Reichen, unter Brücken zu schlafen, zu betteln oder Brot zu stehlen!

Und Schröder erwidert lässig: „Das hab ich doch schon alles gemacht, was Sie fordern! Von wegen Modernisierung der Sozialsysteme: Die habe ich fit gemacht!“. Der gute Mann versteht gar nicht, wofür er derzeit Prügel bezieht, denn Merkels neuer Wirtschaftsberater von Pierer, ein Mann, der wie kein anderer für die Vernichtung von Arbeitsplätzen steht, für Lohnraub, für die Verlängerung der Arbeitszeit, dieser Mann ist doch schon längst guter Freund und Berater des Kanzlers: Mit dem spielt Schröder immer Tennis, mit dem raucht er seine Havannas!

Die Moderatoren und Kommentatoren der Fernsehgesellschaften waren erstaunt, wie *cool* beide auf die schrecklichen Nachrichten aus New Orleans reagierten: Merkel brabbelte vom Armutsbericht, Schröder ging mit einem Satz, er wolle Hilfsgüter hinschicken, darüber hinweg. Diese Ignoranz angesichts des Elend und der befürchteten 10.000 Toten verwundert nicht: Beiden ist das Schicksal der

betroffenen Menschen dort genauso egal wie das Schicksal der Menschen, die sie hier aus dem Job rausekeln und in die Armut stoßen!

Hauptverantwortlich für die Überschwemmungskatastrophe ist die amerikanische Regierung, denn Häufigkeit und Stärke der Wirbelstürme nehmen dramatisch zu als Folge der Erwärmung der Ozeane durch den Treibhauseffekt. Die Bush-Regierung hat aber noch nicht einmal das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, worin eine lächerliche und völlig unzureichende Verringerung des Ausstoßes der Treibhausgase auf 5,2 Prozent unter dem Stand von 1990 bis zum Jahr 2012 angestrebt wird. Hier bei uns in Deutschland fordert auf einmal der BDI den Ausstieg der Bundesregierung aus eben diesem Kyoto-Protokoll!

Welch ein Zufall: Dieselben Wirtschaftsbosse, die verantwortlich sind für wachsende Ausbeutung und Massenarbeitslosigkeit, für Armut und Elend, sehen nicht nur tatenlos zu, wie die Welt in eine globale Umweltkatastrophe treibt, sondern fördern diese auch noch nach Kräften! Ob SPD oder CDU, auch FDP und Grüne ändern daran nichts, im Gegenteil: Sie machen genau jene Politik, die die Bosse fordern! Deshalb ist es Zeit, nicht nur diese Regierung abzulösen, nicht bloß Merkel zu verhindern, nein, das ganze System gehört abgeschafft!

Wer mehr dazu wissen will, den lade ich herzlich ein zu den **Wahlkundgebungen der MLPD** am **Mittwoch**, dem **7. September**, um **12:30 Uhr** am **Tor 8** vor dem **Daimler-Chrysler-Werk** sowie am **Samstag**, dem **10. September**, um **12 Uhr** auf dem **Ansgarikirchhof**!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat auf der Offenen Liste der MLPD

Rechte Unterwanderung: Verfassungsschutz lässt CDU-Stiftung „wissenschaftliche“ Linkspartei-Schmähungen verbreiten *(„Spiegel-Online“)*

Es liegt an uns außerparlamentarischen Kräften

Ich rate dringend ab, die Unionsparteien oder die Unternehmerpartei FDP zu wählen! Dies ist aber keine Empfehlung für die Schröder-SPD, die uns jetzt wieder mit großem Getöse vormachen will, sie sei die „Partei der sozialen Gerechtigkeit“. Sie lügt nicht zum ersten Mal! Doch unter einer schwarz-gelben Koalition würde es noch schlimmer werden, daraus machen Merkel und Westerwelle keinen Hehl!

In Niedersachsen wird dies schon sichtbar: Dr. Jürgen Marcus von der Nationalen Armutskonferenz schreibt in der „Kreiszeitung“ vom 28. August, dass dort die Armutsquote 2004 von 13,7 auf 14,5 Prozent gestiegen ist. Damit gelten allein in Niedersachsen 1,4 Millionen Menschen als arm! Während Verheiratete ohne Kinder nur zu 7,4 Prozent von Armut betroffen seien, sind es bei Haushalten

mit fünf oder mehr Personen 33,2 Prozent. Gleichzeitig ist die Reichtumsquote immens gestiegen!

Es würde noch weit mehr Massenarbeitslosigkeit und Drangsalierung, Dreistigkeiten der Unternehmer und Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, noch mehr Überwachungsstaat, Kriegsgefahr und Massenarmut geben, und fast niemand wäre vor den großen schwarzen Löchern dieser Kapitalregierung sicher! Das sehen wir ja schon in Bremen. Die Linkspartei im Bundestag wäre sicher kein Allheilmittel, denn auch sie macht Fehler, doch vielleicht wäre sie der Anfang einer positiven Wende. Es liegt entscheidend an uns, den außerparlamentarischen Kräften, wie sich die Dinge entwickeln! Wir sollten die Linkspartei sehr kritisch begleiten, weil ihre Sprecher zunehmend von unseren fundamentalen Forderungen abrücken. So ist zum Beispiel von „Weg mit Hartz IV“ keine Rede mehr, sondern nur noch von „Korrekturen“ an den schlimmsten Sauereien. Ich denke, dass wir auch auf die Linkspartei sehr viel Druck ausüben müssen!

Nach dem Karstadt-Konzern, der letztes Jahr gerade noch einmal die Kurve kriegte, steht nun das renommierte Bekleidungshaus Leffers mit mehreren Filialen vor der Pleite! Nach neuesten Verdi-Informationen hat die Geschäftsleitung am 30. August aufgrund akuter Zahlungsunfähigkeit Antrag auf Insolvenz beim Amtsgericht gestellt. Die Firma sieht sich nicht mehr in der Lage, für ihre über 450 Mitarbeiter die nächsten Gehälter zu zahlen. Damit ist die Zukunft der Arbeitsplätze völlig ungewiss. Bei Leffers sind zahlreiche langjährige, vor allem ältere weibliche Angestellte beschäftigt. Auch diese Firmenleitung lässt ihren unternehmerischen Bockmist das Personal ausbaden! Ein neuer Skandal im alltäglichen Horror der neoliberalen Schreckensherrschaft! Es scheint immer deutlicher, dass dem Unternehmen das Eigenkapital systematisch entzogen wurde: Sowohl die Alteigentümer, die Gebrüder Strangemann, als auch eine italienische Investorengruppe haben dem Betrieb fortlaufend dringend benötigte Gelder entzogen und ihn so in den Ruin getrieben!

Es ist wie immer: Die Manager fahren den Laden gegen die Wand, stopfen sich die Taschen voll und betrügen die Angestellten um Geld und Job! Im vorigen Jahr, als eine Insolvenz durch Forderungsverzichte der Banken noch abgewendet werden konnte, verzichtete das Personal bereits auf ihr tarifliches Weihnachts- und Urlaubsgeld. Wieder einmal soll die Allgemeinheit, also der Steuerzahler, in die Bresche springen: Die Bundesagentur für Arbeit soll sich laut „Buten & Binnen“ vom 31. August bereit erklärt haben, die letzten Gehälter in Form von „Insolvenz-Ausfallgeld“ erst einmal zu übernehmen, was auch Verdi bestätigt, und dann sollen Banken einspringen.

So ist das: Die Raubritter in den Chefetagen bringen ihr Schäfchen ins Trockene, während wir alle, die Gesamtgesellschaft, über das ungerechte Steuer-

system die Gehälter zahlen müssen! Wieder ein typisches Beispiel für den ganz gewöhnlichen kapitalistischen Wahnsinn! Üben wir darum hier und heute Solidarität mit den Beschäftigten! Gehen wir zum Kaufhaus Leffers und rufen den Angestellten zu: Lasst euch das nicht gefallen! Wir von der Montagsdemo sind auf eurer Seite!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Wir lassen uns nicht davon beeinflussen, wer „besser“ war beim „Gigantenduell“!

Etwas weniger Menschen als sonst, ungefähr vierzig, fanden sich um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz ein. Im Mittelpunkt der Wortmeldungen am Offenen Mikrofon standen das sogenannte Gigantenduell und seine beabsichtigte Wirkung: Vor dem als Entscheidungs- oder Schicksalswahl titulierten Urnengang sollte es, auf vier gleichgeschalteten Kanälen simultan übertragen, die Massen einbinden, indem der Eindruck erweckt wurde, dass es nur *diesen* Weg der „Reformen und Sanierung“ gebe. Die Menschen erkennen aber, dass es die gleiche Soße ist, die ihnen das Leben in der Zukunft noch schwerer machen soll! Daher sind wir uns einig, dass wir weitermachen!

Positiv stellte ein Beitrag heraus, dass ein Gerichtsurteil der Bremer Eon-Tochter „swb“ in einem Fall künftig verbietet, einfach Strom, Gas, Wasser oder Heizung abzustellen. Eine andere Rede nahm sich die Behandlungen und Entmündigungen in Bremer Krankenhäusern vor: Hier sollen für jeden älteren Menschen Vorsorgevollmachten von den Angehörigen veranlasst werden.

Auf der Kundgebung und am Ende der Montagsdemo sprachen wir unsere Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen bei Leffers, einem mittelständischen Textilunternehmen, aus: Die Angestellten sollen bei der anstehenden Insolvenz die Zeche auslöffeln, die sich aus massivem Kapitalentzug durch die wechselnden Eigentümer und die Auswirkungen der stagnierenden Nachfrage ergeben hat. Die Beschäftigten haben schon in diesem Jahr auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichtet, während die Verantwortlichen ihren Reibach machen konnten!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Nervosität unter Stimmungsforschern: Reicht es für die Große Koalition? *(„Spiegel-Online“)*

Neoliberalismus: Wahlkampfschluss wird verlängert *(„Spiegel-Online“)*

Kurzlehrgang Hartz IV: Produktion von Parias
(„TAZ“), Putsch von ganz oben *(„Stern“)*

Zwangsräumung: Schikanierung durch
Sozialamtsmitarbeiter ist überflüssig *(„Indymedia“)*

Alphatier: Gysi übergibt Lafontaine Ruder
im gemeinsamen Boot *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

54. Bremer Montagsdemo am 12. 09. 2005

Immer mehr junge Menschen in Deutschland sind obdachlos!

Der Anteil der jungen obdachlosen Menschen bis 29 Jahre stieg 2004 auf 23,7 Prozent! 1998 betrug er noch 20,2 Prozent. Wenn ich so etwas in der Zeitung lese, dann heult es in meinen Ohren wie eine Sirene!

War da nicht ein Politiker vor gar nicht langer Zeit im Fernsehen, der uns lauthals verkündete, niemand im Land werde ärmer durch seine Politik?

Jetzt haben wir 2005, und die 23,7 Prozent der unter 30jährigen Obdachlosen sind längst weit überschritten! Diese Politik produziert massenweise Obdachlose! Dennoch stellt sich Schröder im Fernsehen hin und spricht von „Erfolgen und sozialer Gerechtigkeit“!

Obdachlose, ob jung oder alt, sind die Vergessenen der Politik! Neulich kam ein älterer Obdachloser zu uns an das offene Mikrofon, auf dem Bremer Marktplatz, beim Roland. Er bat uns sehr, wir möchten doch die Obdachlosen nicht vergessen! Der Mann war mutig, und seine Not war groß!

Ich denke an die Obdachlosen, auch heute, wenn ich in den Nachrichten höre, unser Kanzler kommt am Mittwoch nach Bremen und soll mit einer „Ehrennadel für Skatbrüder“ ausgezeichnet werden! Ich fasse mich an den Kopf und bin wieder einmal geschockt! War da nicht der versprochene „Kanzlerbrief“? Fehlanzeige!

Bis heute ist nichts davon eingelöst, aber trotz allem wird unserem Lügenkanzler am Mittwoch in Bremen eine goldene Ehrennadel überreicht. Alle Achtung vor Bürgermeister Scherf und seinen vertrauten „Scherfchen“! Jetzt fragen sich nur sehr viele Menschen in unserer Stadt: Was steckt nun wieder dahinter?

Euch dort oben sage ich: Ihr trampelt von einer Dummheit in die andere! Gebt lieber die goldene Ehrennadel der hilfsbereiten, armen Frau, die jede Woche die

Obdachlosen mit Essen versorgt! Falls ihr sie nicht kennt, kommt zur Montagsdemo oder fragt die Obdachlosen!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
ist Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Im Wechselspiel mit außerparlamentarischen Kräften die Lügen entlarven!

Bei Volkswagen sind 30.000 Stellen in Gefahr, eine von vielen Meldungen darüber, was die Großkonzerne laufend praktizieren: Entlassungen im großen Stil. Eine andere Nachricht heute: „BDI-Präsident Thumann für Abwahl Schröders“. Klare Aussage für CDU/CSU-FDP! Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Die SPD hat das Bett bereitet für die Schwarz-Gelben, das Großkapital sieht nun die Chancen für seine Interessen!

Alle Parteien schlagen jetzt, im Konsens mit dem Kapital, auch mit Verleumdungen auf die Linkspartei ein, inklusive der Medien. Doch nur diese Partei hat eine Chance, ins Bundesparlament zu kommen, mit Leuten, die die Forderungen der Montagsdemonstranten unterstützen! Aus diesem Grund sollte man sie wählen, denn es zählt jede Stimme gegen die reaktionäre Politik der anderen Parteien! Es muss zu einem Wechselspiel einer starken Opposition und der außerparlamentarischen Kräfte kommen!

Der frühere Außenminister der USA Powell gab nun zu, die Welt belogen zu haben mit seiner Begründung des Krieges gegen den Irak. Heute konnte man lesen: „USA wollen spezielle Atombombe einsetzen“. Dabei haben sie auch den Irak im Visier. Es fehlt nur noch die nächste große Lüge, um das zu begründen! Auch darum muss die linke Opposition im Bundestag vertreten sein, wo sie Beachtung findet: um die Vasallentreue einiger Parteien und Politiker zu entlarven!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932, seit 1947 Mitglied der Gewerkschaft (Verdi), moderiert am Donnerstag dieser Woche um 19:25 Uhr den „Hydepark“ im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“

Prognose: Schröder Erster an der Ampel *(„Spiegel-Online“)*

Die Angst geht um!

Eine Studie berichtet: Jeder Zweite in Deutschland blickt mit Angst in die Zukunft! Davon haben 68 Prozent Angst um ihren Arbeitsplatz. Kein Wunder, hat doch vor wenigen Tagen erneut ein großes Unternehmen, Siemens, angekündigt, 10.000 Menschen loswerden zu wollen, und schon heute lesen wir in der Zeitung von 30.000 weiteren!

Die Bosse werden sich demnächst feiern lassen, wenn sie gnädigerweise 5.000 Menschen wieder einstellen, zu 5.000, nein: zu 2.500 Euro! Einen Trost hat das Ganze: Es soll sozialverträglich abgebaut werden. Eigentlich gar nicht so schlecht für die Betroffenen, könnte man meinen, aber wenn sie tatsächlich gehen, drohen ihnen ohne Frage Verluste bei der Rente, und das bei ständig steigenden Preisen, vor allem bei Energie und Gesundheitsvorsorge!

Wieder 30.000 Netto-Einzahler weniger, obwohl wir die doch brauchen, auch mit ihrer Kaufkraft! Nun hat ein großer Teil der Menschen Angst, und erwiesen ist auch, dass Angst krank macht. Krankheit wiederum kostet die Kassen Geld für Medikamente, und so müssen wir noch mehr zahlen: Immer mehr Ängste, immer mehr Kranke und Arbeitslose! Soll ich weiterspinnen? Bloß nicht, sonst kriegen wir alle Angst!

Udo Riedel (parteilos)

Hosen runter, Pimmel rauf: Guido macht Aufschwung für die nächste Generation *(„Spiegel-Online“)*

Terror, Putsch und Sozialkahlschlag

Gestern war der 11. September: Der sollte uns auch daran erinnern, dass in Chile 1973 bei einem Militärputsch der faschistische Diktator Pinochet mit Hilfe der USA an die Macht kam. Vor vier Jahren standen Rauchwolken am Himmel über Washington und New York, mit von Terroristen entführten Flugzeugen verursacht.

Gedenken wir der Toten auch als Opfer des globalen Finanzkapitals und des Neoliberalismus, und schließen wir die Opfer der Umweltzerstörung mit ein!

Wieso müssen wir heute unter Kahlschlagspolitik leiden? Nachdem die Faschisten in Chile die Macht ergriffen hatten, holte Pinochet den reaktionären Ökonomen Milton Friedman in seine Junta, die ein ausbeuterisches Wirtschaftsprogramm durchführte und fast alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung zerschlug. Viviane Forrester sagte: „Das ist der Terror der Ökonomie!“. Die USA mit Ronald Reagan, England mit Margret Thatcher und auch die BRD mit Helmut Kohl haben mit diesem Terror einen Teufelskreis der Gewalt in Gang gebracht, der nur schwer zu durchbrechen ist!

Am 11. September 2001 stürzten die Flugzeuge in die mächtige Wirtschaftszentrale, doch die islamischen fundamentalistischen Terroristen kamen nicht aus heiterem Himmel: Die USA finanzierten in Afghanistan die Taliban im Krieg gegen die Sowjetunion, in der Hoffnung, den Ostblock zu vernichten. Dies geschah 1990 mit dem Anschluss der DDR und dem gesamten Zusammenbruch. Die rückwärtsgewandte Politik, die sich Neoliberalismus nennt, führt zu den Wurzeln des Kapitalismus zurück. Er beutet in seinem ungehemmten Profitstreben die Menschen weltweit aus. Wehren wir uns dagegen! Wir in Bremen sind mitbetroffen!

Dass der Bund und das Land Bremen hoch verschuldet sind, haben wir dem internationalen Finanzkapital und seinen Organisationen wie Internationalen Währungsfonds und Weltbank zu verdanken, die Partner der multinationalen Konzerne sind. Die Großunternehmen weigern sich, Steuern zu zahlen und legen das Geld lieber auf den internationalen Finanzmärkten an. Das führt zur Verschuldung bei uns, die wir mit Zinsen zu bezahlen haben. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird dazu führen, dass wir noch weniger Waren des Alltagslebens kaufen können und somit zu mehr Arbeitslosigkeit. Durch die Verschuldung wird massiver Sozialabbau betrieben, der dafür sorgt, dass weltweit über eine Milliarde Menschen arm sind.

Hinzu kommt der ungerechte Welthandel! Die Produktion in der Dritten Welt durch Billiglöhne führt bei uns dazu, dass kleine Unternehmen, Kleinbauern und der Bioanbau untergehen. Es wird gesagt, wir brauchen faire Preise für die Länder der Dritten Welt, doch die Preise für ökologische Erzeugnisse sind so hoch, dass sich das kaum ein Mensch leisten kann. Was wir brauchen, ist ein gerechtes Wirtschaftssystem, das den Menschen dient und aufhört, Natur und Mensch gnadenlos auszubeuten und die Völker mit Kriegen zu unterjochen. Dass Menschen Opfer von Terroranschlägen werden, wird vom Terror des ungerechten kapitalistischen Wirtschaftssystems mitverursacht.

Massiven und unmenschlichen Sozialabbau gibt es auch hierzulande. Er summiert sich aus kleineren Beträgen: In der Stadtbücherei musste ich 10 Euro Leih-

gebühr für ein Jahr zahlen. Für einen neuen Ausweis hätten sie mir 5,20 Euro zusätzlich aus der Tasche gezogen. In der Vergangenheit waren Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Rentner und Studierende davon befreit. Die Öffnungszeiten für das Freibad sind morgens von 7 bis 9 Uhr und nachmittags von 14 bis 19 Uhr. Für eine Tageskarte werden 3,30 Euro verlangt, obwohl das Bad nur wenige Stunden geöffnet hat. Für Arbeitslose gibt es mit einer Ausweiskarte verbilligten Eintritt von 2,80 Euro, doch als ich auf dem Amt in Kattenturm nachfragte, erhielt ich die Auskunft, für ALG-II-Empfänger gebe es keinen Ausweis mehr. So sind wir Armen vom sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft völlig ausgeschlossen! Denken wir global und handeln lokal, indem wir zum massiven Sozialkahlschlag in Bremen Nein sagen!

Der Senat hoffte 120 Millionen durch Hartz IV einzusparen und beklagt sich, dass es jetzt „nur“ 80 Millionen sind. Wir Menschen werden nur als Nummern und „Kostenfaktor“ gesehen, wehren wir uns dagegen! Im ZDF wurde vor allem uns Frauen vorgeworfen, wir seien „Sozialschmarotzer“, da wir vom Staat Geld bekämen, das uns nicht zustünde. Nur weil ein Gesetz in Kraft ist, heißt das noch lange nicht, dass es gerecht ist! Dass Frauen vom Einkommen ihrer Männer abhängig sind und sich dank der Hartz-Gesetze Schnüffeldienste wie zu Stasi-Zeiten breitmachen, lehnen wir entschieden ab!

Es ist auch eine Unverschämtheit, wie Bundeskanzler Schröder auf einmal für den Klimaschutz eintritt! Die rot-grüne Regierung hat nicht gerade überzeugend danach gehandelt. 300 DM Zuschuss bekam ich 1999 als Sozialhilfeempfängerin für einen Ökokühlschrank, die fehlenden 449 DM wurden abgelehnt. Eine Öko-Waschmaschine kostet heute 1.800 Euro. Die Firmen stellen Geräte her, die schnell kaputtgehen, oder es werden Verschleißteile nicht mehr nachgeliefert, sodass intakte Geräte nicht mehr benutzbar sind: eine Materialvergeudung, die ungeheuren Energieverbrauch mit sich bringt! Wäre es der Politik mit dem Klimaschutz wirklich ernst, würden die Firmen gesetzlich verpflichtet, umweltschonende Geräte herzustellen, und wir hätten keine Wegwerfgesellschaft mehr!

Nach den sogenannten Reformen der Regierung hat mensch monatlich 45 Euro wegzulegen, das sind jährlich 540 Euro. Darin sind 339 Euro Bekleidungs- und 61 Euro Weihnachtsgeld enthalten. Bleiben noch 140 Euro für Möbel und Elektrogeräte. Niemand hat noch das Recht, einen Staubsauger zu beantragen: Er bekommt ein Darlehen, das er in 10-Prozent-Raten zurückzahlen muss. Einen Ökokühlschrank gibt es nicht, obwohl er weniger Kosten für Energie verursachen würde. Wen wundert es da, wenn Strom und Warmwasser nicht bezahlt werden können?

Die Linkspartei schreibt nun in ihrem Wahlprogramm: „Unser Alternativvorschlag ist einfach und machbar. Wir wollen dieselben finanziellen Mittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen. Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten für Unterkunft und als Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also mit Arbeitnehmerstatus und

Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen, ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen mit Arbeitslosengeld II und Ein-Euro-Job zugemutet werden.

Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für den Einzelnen oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderten gemeinnützigen Beschäftigungssektor. Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten geringere Bezahlung soll durch kürzere Arbeitszeiten, familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit kompensiert werden. Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Arbeitgeber in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung. Den Zwang zur Annahme jeglicher Jobs lehnen wir ab.“

Die Linkspartei fordert durchaus nicht mehr Geld als zuvor und beschreibt hier keine Abschaffung der Ein-Euro-Jobs, sondern ihre Zementierung: Das ist abzulehnen! Auch wird dafür eingetreten, gesonderte Tarifverträge mit Niedriglöhnen von hohen Gewerkschaftsfunktionsträgern aushandeln zu lassen, die nicht die Interessen von Arbeitslosen vertreten: Das ist rundweg abzulehnen! Was wir brauchen, sind Arbeitsbedingungen zu regulären Tarifverträgen mit einem existenzsichernden Mindestlohn von 1.500 Euro brutto, wie das die Wahlalternative und die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten fordern, und kein Hartz IV, das heimlich durch die Hintertür wieder hereingeschlichen kommt! Wir fordern die Rücknahme aller asozialen „Reformen“!

Bettina Fenzel (parteilos)

Datenschutz und Datenschrott

Es gibt ein wichtiges und aktuelles Urteil, das das Landessozialgericht Hessen am 9. Juni 2005 gefällt hat. Darin geht es vor allem um die auch von der Bagis schon öfters geforderte Vorlage der Kontoauszüge der letzten drei Monate bei Antragstellung. Das LSG Hessen hat diese Praxis als rechtswidrig verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, der Antragssteller stütze sich zu Recht auf sein Sozialgeheimnis im Sinne des § 35 SGB I, dass nämlich die ihn betreffenden Sozialdaten im Sinne des § 67 Abs. 1 SGB X von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben werden dürfen.

Das aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 und der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz abgeleitete Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung lässt Einschränkungen nur im überwiegenden allge-

meinen Interesse zu, die zudem einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage bedürfen. Es steht nicht im Belieben der Verwaltung, etwa der Bagis oder einer anderen Arbeitsgemeinschaft, Umfang und Mitwirkungspflichten von Antragstellern ohne konkrete Rechtsgrundlage festzulegen oder sogar bei Nichterfüllen Sanktionen aufzuerlegen. Auch gehen die Regelungen des Datenschutzes nach § 37 Satz 3 SGB 1 dem Amtsermittlungsgrundsatz gemäss § 20 SGB X vor. Dieses Urteil ist seit dem 22. August 2005 endgültig rechtskräftig.

Wenn also die Bagis Kontoauszüge anfordert, verhält sie sich rechtswidrig: Sie darf es nicht. Wehrt Euch dagegen, beruft Euch auf dieses Urteil (AZ. L7 AS 32/05 ER) und droht notfalls sofort mit Klage vor dem zuständigen Gericht. Es geht nicht an, dass gewisse Leute der Ansicht sind, sie könnten ihre Mitmenschen willkürlich behandeln, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt! Das Grundgesetz und der Datenschutz schützen die Betroffenen vor solchen Misshandlungen. Lasst euch solch ein gesetzeswidriges, unverschämtes Verhalten nicht gefallen!

Es gibt aber noch eine Neuigkeit: Der „Spiegel“ berichtete letzte Woche von einem „Nürnberger Software-Debakel“. Es hat eine Krisenrunde aus Vertretern von Bundesagentur, Wirtschaftsministerium und Kommunalverbänden tagen müssen aufgrund der nicht enden wollenden Software-Probleme, die die Hartz-IV-Ämter von Beginn an haben. Es gelingt immer noch nicht, allen Betroffenen ihr Geld korrekt auszuzahlen, und jetzt sind zahlreiche weitere Probleme hinzugekommen. Die BA stuft die Software inzwischen als nicht mehr wartungs- und entwicklungsfähig ein!

So führten die Jobcenter bis jetzt ungefähr 25 Millionen Euro zuviel an die Krankenkassen ab, weil das Computerprogramm wichtige Berechnungsgrundlagen nicht korrekt verarbeitet. Ein Ende dieser Geldverschwendung ist noch nicht abzusehen. Auch Sanktionen, was ich persönlich sehr positiv finde, und Darlehen, was wiederum sehr schlecht ist, lassen sich nicht automatisiert durchführen. Zudem musste die BA einräumen, dass die für dieses Jahr geplante verbesserte Software-Version erst im nächsten Jahr aufgespielt werden kann. Es herrscht Chaos hoch drei bei der Bundesanstalt!

Diese ganzen Tatsachen sind allerdings kaum überraschend, sobald man den Hersteller dieses Datenverarbeitungssystems betrachtet. Ich erinnere mich noch, dass laut Nochverkehrsminister Stolpe Millionen an Steuergeldern aufgrund von Computerpannen verloren gegangen sind. Und wer hat die Software sowohl für LKW-Maut als auch für Hartz IV erstellt? Niemand anders als T-System, die offensichtlich als Belohnung für den Schrott, den sie bei der Autobahngebühr geleistet haben, nun bei der Bundesanstalt weitermachen durften. Einer der größten Partner von T-System ist zufälligerweise die Firma Siemens, deren Ex-Boss

neuerdings die Möchtegernkanzlerin Angela Merkel berät. Was da wohl noch auf uns zukommt? Ich kann nur sagen: Gute Nacht, Deutschland!

Matthias Brittinger (parteilos) ist Vorsitzender des Vereins „Sozialer Lebensbund – miteinander leben, füreinander da sein“

Eigenverantwortung und Menschenwürde

Ich finde es empörend, mit welch penetranter Unverfrorenheit im Moment an den Arbeitnehmerrechten herumgesägt wird! Vor zwei Monaten forderte der Verbandspräsident des Deutschen Handwerks, künftig Krankheitstage auf den Urlaubsanspruch anzurechnen und stieß damit glücklicherweise auf Ablehnung. Nun verlangt der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DTHK), Ludwig Georg Braun, nach einer Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit durch zwei sogenannte Karenztage!

Im gleichen Atemzug behauptet der DIHK-Chef, eine solche Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer stärke deren *Eigenverantwortung*. Hier wird mit perfider Impertinenz die positive Wortbedeutung von „Eigenverantwortung“ völlig verdreht, in ihr Gegenteil verkehrt! Gerne würde ich es mir mal erklären lassen, inwieweit ich mich für mich und meine Handlungen selbst haftbar mache, wenn ich im Krankheitsfall auf Lohnfortzahlung verzichten würde!

Kurz vor der Wahl sprechen sich Rot-Grün und sogar Schwarz-Gelb vollmundig dagegen aus. Aber danach? Schließlich ist es längst Usus, überall kräftig am Urlaubs- oder Weihnachtsgeld herumzukürzen!

Nach den Vorstellungen von Ärztepräsident Hoppe, dass jene Patienten, die ihre Krankheit durch Änderung der Lebensgewohnheiten in den Griff bekommen könnten, ihre Medikamente künftig selbst bezahlen sollen, wird ein erneuter Affront gegen die *Menschenwürde* vorgenommen, die offenbar auf dem Prüfstand steht und durch Ökonomisierung, also eine Kosten-Nutzen-Analyse ersetzt werden soll!

Die Gesundheit ist unser höchstes Gut, und die meisten Menschen sorgen von selbst dafür, sich so viel wie möglich davon zu erhalten. Aber was bitte ist die genaue Definition von „gesunder Lebensweise“? Muss ich dafür morgens *Frischkornbrei* essen, oder darf ich ruhig rauchen, weil ich ja weder Fleisch noch Wurst esse? Wie viele

Stunden Sport muss ich in der Woche absolvieren, um guten Gewissens mit einer Tüte Chips vor dem Fernseher sitzen zu dürfen?

Vor allem, wer soll das kontrollieren? Bekommt das am Daumen lutschende Kleinkind später keine Zahnspange mehr von der Krankenkasse bezahlt, weil es die Schiefstellung des Gebisses durch ungesundes Daumenlutschen selbst verursacht und diese Lebensgewohnheit nicht rechtzeitig aufgegeben hat?

Elisabeth Graf (parteilos)

Keine überzeugende Show

Als an Politik Interessierter und dazu noch Wahlberechtigter musste ich zur CDU-Veranstaltung mit Angela Merkel gehen: So stand ich beim Roland und wartete auf die Rede und vor allem auf die Argumente. Mir war einiges bekannt vom Wahlprogramm der CDU und ihrer Kandidatin, doch als die Rede voll im Gange war, konnte ich mich nicht mehr zurückhalten und musste meinen Groll laut rauslassen!

Aus Frau Merkels Worten war deutlich herauszuhören, dass sie sich die Redehoheit nicht nehmen will, denn die etablierten Politiker, die in den Parlamenten sitzen, geben ständig Themen und Lösungen von Problemen vor. Eine Bevormundung gegenüber dem Wähler! Mir kam diese Person, die unsere Kanzlerin werden möchte, kaltschnäuzig vor, und natürlich wusste sie alles besser. Der Slogan „Deutschland braucht den Wechsel“ ließ mich erahnen, wohin die Reise geht, ist Merkel erst einmal im Amt. Diese zähe Frau, was muss sie für eine harte Schale haben! Sie hat selbst Stoiber in die Ecke gestellt.

Was mir ziemlich auf dem Magen schlug, waren ihre ständig heruntergeleierten Wachstumsdogmen, der selbstgerecht-vorwurfsvolle Ton, ihr keifendes Selektionsgelaber. Darauf schrie ich zynisch: „Tötet alle Armen! Tötet alle Kranken! Tötet alle Hoffnungslosen! Tötet alle schwachen und dummen Menschen! Tötet alle Faulen! Schmarotzer an die Wand, und Schuss!“. Ich erntete von vielen CDU-Fans böse Blicke und drohende Fäuste. Egal, ich machte so weiter. Merkel hat mir schon in der Presse und im Radio nicht gefallen, doch live vor Augen war sie eine Zumutung und brachte mich fast zum Kotzen!

Widerlich waren auch die Statements von Neumann und Röwekamp. „Die SPD kann es nicht“, sagten sie. Und was ist mit dem Bremer Filz, der diese Stadt ruiniert hat? Neumann sagte, dass die SPD Schuld sei am Ruin Bremens. Deswegen müsse die Regierung abgewählt werden. Er hat durch seine Worte der SPD

im Senat ins Kreuz geschossen! Sieling von der SPD legte später nach: Käme die CDU in Berlin an die Macht, wäre nichts mehr vom Bund für Bremen zu erwarten. So hoch mauern beide in der heißen Phase des Wahlkampfes! Auch zu den Reden von Neumann und Röwekamp machte ich meinem Groll Luft: „Korrupte, schwarze Bande! Räudige und stinkende Hunde! Legt euer Vermögen offen!“, rief ich dazu. Keine Antwort, war ja klar.

Wählen tu ich. Nur nicht die Faschisten, und auf jeden Fall nicht die CDU. Ich bin klüger geworden nach der CDU-Familienfeier. Am Ende der Veranstaltung war die Losung einfach: „CDU, damit es bleibt, wie es ist. Wählt uns, es gibt keine besseren Kandidaten!“. Politik heißt also nur noch Sachzwänge ordnen. Politik ist nicht mehr da, um etwas zum Besseren zu verändern. Was für ein Hohn an die Wähler: „CDU, wir machen das schon“!

Jens Schnitker (parteilos)

Heute bin ich der Boss

Machen wir mal einen Ausflug ins Reich der Fantasie: Ich habe gerade eine Konferenz einberufen und bin noch bei den Vorbereitungen, da werde ich angerufen und melde mich.

„Ja, *Kornblume* von der X-Stiftung! Ich höre Sie. Sind die fünf Parteivorsitzenden schon zugeschaltet? Der Edmund fehlt noch? Gut, dann melden Sie sich wieder, wenn die Runde vollständig ist! Ach so, gerade dazugeschaltet? Dann wollen wir loslegen!

Sie sind alle etwas nervös, habe ich den Eindruck. Das kann ich verstehen! Wenn alle Bürger tatsächlich wählen gehen und alle Unzufriedenen nicht eine Ihrer Parteien wählen, dann haben Sie ein großes Problem: Dann gibt es eine Mehrheit *jenseits* der alten Parteien, somit weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb, und auch Rot-Schwarz ist dann aussichtslos!

Ich will mit meinem Konzern gerne weiter die bisherige Politik unterstützen; vorher möchte ich nochmals die Rahmenbedingungen festklopfen. Ich halte eine weitere Steigerung der Beratungsverträge und Werbemaßnahmen um 20 Prozent für wünschenswert! Der Bundesfinanzminister ist da bereits mit gutem Beispiel vorangegangen: 640.000 Euro per anno für die Persönlichkeitsberatung, das ist erstrebenswert!

Wir, die X-Stiftung, sorgen für entsprechenden Medienberichte und natürlich auch für die ablenkende Unterhaltung der Bevölkerung. Wir haben allen Grund, stolz zu sein! Über mehr als 50 Jahren haben wir es geschafft, diese Politik stabil

zu halten. Egal, wer nach vorne ins Rampenlicht getreten ist: Die Verantwortung für die Kapitalgeber wurde immer gewahrt!

Natürlich war dies in den Zeiten des Wachstums einfacher, darum ist auch unser Wunsch nach der geringen Auftragssteigerung bescheiden. Es wird immer schwieriger, das Volk abzulenken, aber bisher haben wir das doch gut hingekriegt! Es wird nur über die Zusammensetzung der neuen Regierung debattiert, nicht über eine grundsätzliche Alternative!

Wir müssen noch abstimmen, ob es nicht zweckmäßig ist, mal wieder den Gewerkschaften eine Aktion zu genehmigen. Der Herr *Jahreszeit* verliert sonst immer mehr an Rückhalt! Gut, das machen wir davon abhängig, wer diesmal nach vorne tritt, ansonsten ist die Richtung klar: Gestärkt werden die Kapitaleigner unter dem Deckmantel der Arbeitsplatzsicherung, gespart wird weiter bei denen, die sich am wenigsten wehren!

Die *Göttlichen* habe ich bereits gesprochen, sie bleiben dabei: Die Rahmenbedingungen und Gesetze müssen wir so akzeptieren, die können wir nicht beeinflussen! Sorgen machen mir die Neuen: Der eine sitzt auf Wolke sieben und der andere ist stur wie... Die wollen doch tatsächlich eine grundsätzlich *andere* Politik! Aber wenn wir uns einig sind, halten wir dagegen: Es bleibt, wie es ist!

Gut, Sie stimmen zu? Kann ich das noch mal von jedem hören? Na klar, Edmund, die Aufträge aus Bayern werden über eine Münchner Firma abgewickelt! Sonst noch Sonderwünsche? Über das Zahlungsziel können wir reden. Wahlwerbung muss natürlich erst *nach* dem Eingang des Bundeszuschusses bei Ihnen bezahlt werden! Nur die *Pflanzenfarbe* muss prompt bezahlen, die haben einen Teil fremdvergeben!

Wir sind uns einig? Der Wähler muss weiterhin glauben: Die da oben machen sowieso, was sie wollen, zur Wahl gehen lohnt sich nicht, und jede Stimme für eine andere Partei ist eine verschenkte Stimme! Wir werden das umsetzen. Haben wir jetzt die Konferenz mit allen wesentlichen Medienagenturen, ja? Ist der Gesprächskreis jetzt komplett? Gut!

Meine Dame, meine Herren, es geht um den Endspurt! Vorher möchte ich mich für die einfallsreiche Berichterstattung bei Ihnen bedanken. Ich gehe davon aus, dass die Verteilung des Anzeigenvolumens und der Beratungsverträge entsprechend den vereinbarten Rahmenbedingungen erfolgt ist. Alles in Ordnung, oder gibt es Beschwerden? Für die nächsten Jahre kann ich Ihnen eine Steigerung von 20 Prozent zusagen, wenn es uns gelingt, die Richtung beizubehalten.

Wir berichten in dieser Woche das Übliche: Ein flauer Aufruf an die Unentschlossenen, doch zur Wahl zu gehen, und ein massiver Hinweis auf die *verschenkte* Stimme, wenn jemand eine *andere* Partei als die etablierten wählen will! Schade, schade um diese Stimme!

Sie kennen das ja alles, bisher hat es auch immer geklappt! Und noch nie waren wir so einig über alle Medienbereiche hinweg. Ablenkungsmanöver werde ich jeweils anordnen beziehungsweise sind mir vorher vorzulegen. Ach ja, die *Sibirische Tageszeitung*: Sie haben die Vereinbarungen gebrochen. Wir haben

alle Anzeigenschaltungen storniert, da sie unbelehrbar waren. Die Anzeigen der Wirtschaft wurden bereits umgebucht. Mit der Unterlassungserklärung können Sie befristet weiterarbeiten, aber wehe!

Wir haben die Lektorenzahl in unserem Haus erhöht und ein entsprechendes EDV-Programm eingeführt. Für Sprache, Bild und natürlich Schrift kann die Auswertung jetzt automatisch erfolgen. Die Einbeziehung der Fach- und Hobby-Zeitungen war ein großer Erfolg! Daher weiter so! Der Wähler muss weiterhin glauben: Die da oben machen sowieso, was sie wollen, zur Wahl gehen lohnt sich nicht und jede Stimme für eine andere Partei ist eine verschenkte Stimme!“ –

Aber war das jetzt ein Ausflug ins Reich der Fantasie? Hier noch zwei Zahlen aus der Statistik per 15. August 2005: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte minus 409.282 gegenüber dem Vorjahresmonat, in Bremen minus 4.334. Daher Montagsdemo: Wir reden darüber! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Zwischen Pest und Cholera wählen?

Beim „Duell“ am letzten Sonntag wiesen sich Merkel und Schröder gegenseitig nach, dass sie Versager sind. Recht haben sie! Von den Massenmedien wird ständig suggeriert, der Wähler müsse sich zwischen diesen beiden entscheiden: „Wer war besser?“, „wer hat gewonnen?“, „wer war sympathischer?“. Man sollte noch nicht mal wegzappen können, deswegen erfolgt die Übertragung auf vier Sendern gleichzeitig!

Merkel und der CDU schwimmen die Felle weg, seit die Pläne ihres designierten Finanzministers Kirchhof, wie Einheitssteuer 25 Prozent von der Putzfrau bis zum Generaldirektor oder Abschaffung des Rentensystems, bekannt sind. Was macht sie? Sie weist nach, dass die SPD die gleichen Pläne hat: Die Eichelsche Streichliste wird entdeckt!

Was lernen wir daraus? Ob SPD oder CDU, FDP oder Grüne: In Berlin herrscht längst schon eine große Koalition, und die Konzepte dieser Parteien gleichen sich immer mehr. Alle zusammen haben sie im Bundesrat die Hartz-Gesetze beschlossen, alle machen sie das, was im Interesse der großen Monopole liegt,

auf dem Rücken der übrigen Bevölkerung. Und alle hoffen sie, dass die Herren in den Vorstandsetagen ihnen ein bisschen vom Kuchen übrig lassen!

Merkels neuer Wirtschaftsfachmann von Pierer, der bisherige Vorstands- und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende von Siemens, war und ist Berater Schröders und war auch schon Berater Kohls. Keine wichtige Auslandsreise, an der er nicht in der Delegation des Bundeskanzlers reiste! Ihm ist es ganz egal, wer unter ihm Bundeskanzler oder -kanzlerin ist!

Deswegen: Am Sonntag nicht das größere oder kleinere Übel wählen, oder das große oder ganzgroße Übel. Wer hinterher keinen Katzenjammer haben will, muss eine Partei wählen, die nicht zu den Hartz-Parteien gehört. Die konsequent auf der Seite der Arbeiter und Angestellten und der Arbeitslosen steht. Eine Partei, die den Kampf um Arbeitsplätze, um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für die Abschaffung von Hartz IV unterstützt und nicht dessen kosmetische „Verschönerung“!

Jeder praktische Kampf, ob auf der Straße oder im Betrieb, hat mehr Bedeutung als alles Geschwafel im Parlament. Deswegen ist es trotzdem nicht egal, wen man wählt: Die Massenmedien wollen uns einreden, jede Stimme, die nicht für Rot-Grün einerseits oder Schwarz-Gelb andererseits votiert, wäre eine verlorene Stimme. Das Gegenteil ist der Fall: Jede Stimme für die Hartz-Parteien ist eine verlorene Stimme! Jede Stimme für eine Partei, die den Kampf der Montagsdemonstranten oder der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben unterstützt, ist eine Stimme zur Stärkung dieses Kampfes!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat auf der Offenen Liste der MLPD

MLPD darf wieder die Wahrheit sagen: Millionen Euro fließen am Gelsenkirchener Stadtrat vorbei in Investorentaschen *(„RF-News“)*

Trotz aller Lügen und falschen Versprechen bleiben wir aktiv!

Nach dem Wahltag geht es sowieso weiter

Um die 40 Teilnehmer fanden sich um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz ein. Unser Gemäldetransparent, das wir von einem Mitstreiter geschenkt bekamen, als er Arbeit in Dänemark gefunden hatte, bot gleich Gesprächsstoff. Thema war die Einseitigkeit der Medien zugunsten von Merkel und Schröder und gegen die kleinen Parteien sowie den Widerstand der Betroffenen.

Ein Beitrag ging auf den faschistischen Putsch in Chile am 11. September 1973 ein, wo das internationale Monopolkapital unter dem Schutz der USA seine neoliberale Ausplünderungspolitik und den Terror gegen die Volksmassen begann. Wir gedachten der Opfer der Anschläge des 11. September 2001 und der Flutopfer in New Orleans, die alle in der menschenverachtenden Kapitalistenpolitik ihre Ursache haben.

Eine andere Wortmeldung ging auf die Obdachlosen ein. Hohn und Zorn erntete die Mitteilung, dass Schröder die goldene Ehrennadel der Skatspieler erhalten soll!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Politik im Internet: Multiplikatoren
schreiben für Multiplikatoren *(„Spiegel-Online“)*

„Pimmel“-Wahlkampf: Ist das unser Sti(e)l?

Wolfgang: Was soll denn die komische Überschrift „Hosen runter, Pimmel rauf“? Das passt nun, finde ich, gar nicht zu unserem Stil.

Gerolf: Stimmt, sehr pubertär. Es handelt sich um eine Schmiererei auf einem FDP-Plakat „Steuern runter, Arbeit rauf“ in der Utbremer Straße. Westerwelle wollte früher immer so gerne Spaßwahlkampf machen! Da muss man doch mal ein Späßchen mit Guido machen dürfen. Ist der nicht auch irgendwie noch so ein bisschen pubertär?

Christian („Stattnetz“): Was das Zitieren einer Plakatverschönerung bezüglich der FDP-Plattitüden angeht, so muss ich für mich persönlich gestehen: Ja, das ist mein Stil.

Wer „Steuern runter, Arbeit rauf“ fordert, hat es redlich verdient, dass ihm mit „Hosen runter, Pimmel rauf“ auf seinem geistigen Niveau nicht minder populistisch geantwortet wird.

Nach kurzer, aber fröhlicher Diskussion stimmen auch meine stofftierlichen Mitbewohner, die Ente, das Wiesel und die Maus, mit mir in dieser Einschätzung überein, so dass ich sagen kann: Ja, das ist unser Stil.

Sollte Herr Westerwelle sich wegen etwaiger Impotenz verletzt oder gar verhohnepipelt fühlen, so macht mich das natürlich tief betroffen. Allerdings wird ihm in diesem Fall medizinisches Fachpersonal eher dienlich sein als ein aufrichtiges Kondolieren meinerseits.

Herr Westerwelle ist alt genug zu wissen, dass es so aus dem Wald herausschallt, wie man hineinruft. In diesem Sinne sehe ich eine fröhliche Politik für so notwendig wie einst ein Nietzsche die fröhliche Wissenschaft!

Kämpferische Stimmung in Oldenburg!

Unsere 54. Oldenburger Montagsdemo war diesmal sehr lebhaft, mit 11 Aktiven und etwa 100 Leuten, die stehenblieben und zuhörten. Es gab auch einzelne Gespräche am Rande. Neu waren zwei Lieder, die von einem Teilnehmer selbst vorgetragen wurden, eines davon mit dem Motto: „Lasst uns Funken sprühen".

Mehrere Beiträge befassten sich mit dem faschistischen Aufmarsch in Oldenburg am 3. September. Die Forderung nach einem Verbot aller faschistischen Organisationen fand mehr Unterstützung. Ein Beitrag entlarvte, dass die Arge Oldenburg jetzt Prostitution als Ich-AG fördern will („Nordwestzeitung", 12. September 2005).

Bezüglich der Wahl am Sonntag vertraten alle Redner die Auffassung, keine Hartz-IV-Parteien zu wählen, auch wegen der negativen Bilanz an Lehrstellen. Mehrere warben dafür, der „MLPD/Offene Liste" die Stimme zu geben, zwei auch für die Linkspartei. Ein Aufruf des Jugendverbandes Rebell an die Erstwähler wurde verlesen. Auch die Aktion Sozialproteste wurde bekanntgemacht, die sich bisher nicht an der Montagsdemo beteiligt, aber ebenfalls die 30-Stunden-Woche und einen Mindestlohn fordert.

Auch Lafontaine hatte sich heute Mittag hier gegen Hartz IV ausgesprochen, aber nicht eindeutig dafür, dass Hartz IV wegkommt. Er will den Sozialstaat wiederherstellen und verharmlost Auslandseinsätze der Bundeswehr. Er bekam zwar Beifall, aber begeistert war der nicht.

Die nächste **Oldenburger Montagsdemo** am **19. September 2005** beginnt um **16:30 Uhr** am **Julius-Mosen-Platz** und führt bis **17 Uhr** zum **Lefferseck**.

Ruth (Oldenburger Montagsdemo)

Wahlabend: Sigmar Erster an der Ampel *(„Spiegel-Online")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

55. Bremer Montagsdemo

am 19. 09. 2005

300 Stimmen für Wolfgang und Clementine!

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die 300 Stimmen von Bremer Bürgerinnen und Bürgern für Wolfgang und mich! Das ist doppelt so viel, wie die MLPD vor sieben Jahren bekommen hat! Es sind 300 Stimmen von Menschen, die es gut finden, dass die MLPD die Montagsdemo unterstützt! Vielen Dank dafür!

300 Stimmen sind natürlich nur ein kleiner Erfolg, der sich in Prozentzahlen gar nicht ausdrücken lässt. Am gestrigen Wahlabend hat es aber noch einen anderen und weitaus größeren Erfolg gegeben, über den ich mich ebenfalls sehr freue: Es wird nun hoffentlich Volksvertreter geben, die den Anliegen der kleinen Leute auch im Parlament Gehör verschaffen! Ich gratuliere deshalb ganz herzlich der neuen Linkspartei zum Einzug in den Bundestag!

Die Wahl in Deutschland ist verwirrend verlaufen, und jetzt haben wir alle den Scherbenhaufen! Das Recht auf Regierungsbildung beanspruchen nun zwei! Das Volk hat „gekreuzt“: Es ist uns nicht einerlei!

Das Kopf-an-Kopf-Rennen wird uns bald zeigen: Merkel und Schröder, wo werden sie bleiben? Es wird wieder viel versprochen und gebrochen, aber nun will Merkel das Süppchen mitkochen!

Die Spitzenwirtschaft ruft schon: „So ein Mist! Dass man bloß den Job-Gipfel nicht vergisst!“. Wirtschaftsforscher befürchten eine Hängepartie. Nur wie es den kleinen Leuten geht, dass sieht man nie!

Ob „Die“ oder „Der“: Diese Reformen sind ungerecht wie ein Teich mit kleinen Fischen und einem großen Hecht! Der Große frisst die Kleinen und macht sich mächtig breit! Ob da noch etwas zu retten ist, zeigt uns die Zeit.

Hat der Hecht erst einmal alles gefressen aus seinem Teich, dann sehnt er sich, wie das Volk zu sein, denn dort sind alle gleich! Merkel und Schröder sind wie zwei Hechte im Teich, sie fragen sich doch sicher: „Wie werde ich reich?“!

Ursula „Clementine“ Gatzke (parteilos)
war Bremer Kandidatin auf der Offenen Liste der MLPD

Staatskrise: Muss Neuwahl-Horst wieder ran? *(„Spiegel-Online“)*

Auch eine Oppositionspartei hat große Verantwortung

„Das beste Regierungssystem“, heißt es, „besteht darin, dass eine Partei regiert und die andere aufpasst“. Ich will einmal versuchen, dieses Sprichwort auf die jetzige Lage umzusetzen. Sicher ist: Keines der bisherigen Lager wird allein regieren können, denn Rot-Grün wurde zwar abgewählt, aber Schwarz-Gelb wurde nicht gewählt!

Ich bewundere immer Leute, die gleich nach einer Wahl auf das Ergebnis schauen und genau wissen, was sich die Wähler gedacht haben. Ich möchte weiter nicht mit irgendwelchen Zahlen der einzelnen Parteien spekulieren und damit, wie es werden könnte, doch egal, was da kommt: Die neue Linkspartei hat 8,7 Prozent der Stimmen erreicht und erhält damit 54 Sitze im Parlament. Sie wäre jetzt die Partei, die aufzupassen hat, das heißt konsequente Opposition macht. Auch eine Oppositionspartei hat große Verantwortung, wenn sie nicht nur Scheinopposition ist wie bisher im Bundestag!

Für diese Partei geht es jetzt darum, mit allen außerparlamentarischen Bewegungen, besonders den gegen die Agenda 2010 und Hartz IV gerichteten, aber auch der Friedensbewegung, zusammenzuarbeiten. Nur im gegenseitigen Nehmen und Geben, parlamentarisch und außerparlamentarisch, ist der Erfolg möglich, gegen die bisherige volksfeindliche Politik von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen etwas zu erreichen! Es wird nun bestimmt noch einen heißen Spätherbst geben, auch noch darüber hinaus, im Parlament und außerhalb auch!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi),

moderiert am Dienstag dieser Woche um 19 Uhr den „Hydepark“
im Fernsehprogramm des „Bremer Bürgerrundfunks“

Manipulation: Parteinahe Meinungsforscher vergrößern CDU auf Kosten der FDP, um Hampelei vor der Wahl zu verhindern *(„Spiegel-Online“)*

1, 2, 3: Welche oder wo ist denn nun die richtige Partei?

Ich habe mir gestern das geschmacklose Machtgerangel im TV angesehen, und mir wurde richtig übel! Meine Erkenntnis: Die Geierschwadronen haben nichts begriffen! Es ist schon ein Erlebnis, wie Parteien sich an die Kehle gehen!

Merkel glaubt, die Bevölkerung wolle Schröder nicht. Sie will Kanzlerin werden: Lasset die Reichen zu mir kommen, der Kaviar ist angerichtet, der Champagner gekühlt! Schröder meint: Ich bin noch da und bleibe! Hungernde Kinder gibt es in der Dritten Welt, also warum nicht auch hier? Mit Armut hat man zu glänzen und nicht zu geizen!

Massenarbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Not in der Bevölkerung, besonders bei Kindern, ist den Politikern schon lange nebensächlich geworden. Das Buhlen um das Kanzleramt zeigt immer deutlicher das wahre Gesicht aller Parteien: Es ist zu einer hässlichen Grimasse verzerrt und schmutzig!

Hämisch, mit hungrigem Machtgeist, treten die Politiker der sehr wohl weitsichtigen und nicht zu unterschätzten Wählerschaft gegenüber. Die Bevölkerung, die Verelendung vieler Kinder geht den Politikern links und rechts an der Backe vorbei! Einsicht und Vernunft werden von Macht, Habgier, Arroganz und Überheblichkeit abgelöst! 1, 2, 3: Welche oder wo ist denn nun die richtige Partei?

Es heißt, Handwerk hat goldenen Boden! Dank der Politiker stimmt das nicht mehr. Die Menschen, die noch Arbeit haben, müssen mehr und länger arbeiten für immer weniger Lohn. Der wertvolle Boden und die Menschen, die darauf arbeiten, werden erbarmungslos und kompromisslos mit Füßen getreten!

Die Politiker interessiert es nicht, ob am Monatsanfang das Geld für Miete, Strom, Wasser, Versicherungen und Lebensmittel reicht. Die leben schon lange nicht mehr unter uns, sondern auf Planet Fantasien, mit Dauer-Südsee-Flair! Also, 1, 2, 3: Welche oder wo ist denn nun die richtige Partei?

Solange die Reichen ihre Habgier, noch mehr Millionen zu scheffeln, die zum größten Teil in Deutschland verdient werden, nicht zügeln, und die Politiker augenzwinkernd zulassen, dass Gelder in Milliardenhöhe außer Landes geschafft werden, mit den Großkonzernen im Schlepptau, wird es in Deutschland keine Gerechtigkeit geben!

Wohlan, 1, 2, 3! Bei der nächsten Montagsdemo komme ich vorbei!

Christine Wegener (parteilos)

Das Märchen von der Senioritätsentlohnung

Letztens besuchte ich eine Tagung zum Thema „Graues Gold oder altes Eisen?“, die von der Arbeitnehmerkammer Bremen angeboten wurde. Senatorin Karin Röpke leitete die Veranstaltung mit einem Grußwort ein, und im Anschluss wurden, teils von Professoren, verschiedene Vorträge dargeboten. Es ging um Arbeitslose ab 50. Im folgenden einige der dort formulierten Thesen, die ich notiert habe, ohne sie den jeweiligen Autoren zuzuordnen.

„Die Alten“ gibt es sowieso nicht! Alt ist, wer nichts mehr dazulernt. Geringer Qualifizierte scheiden eher aus dem Erwerbsleben aus. Ältere brauchen Arbeit und werden auch gebraucht. Die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer wird positiver eingeschätzt als die der jüngeren, doch widerspricht diese Aussage leider gänzlich der Einstellungsquote, was einer Altersdiskriminierung gleichkommt. Offiziell wollen nur 50 Prozent der Betriebe überhaupt Menschen über 50 einstellen.

Frauen sind wieder einmal doppelt belastet, durch Alter und Geschlecht. Gleichstellungsarbeit begünstigt eine längere Erwerbsquote bei Frauen. Bei der Erhöhung des Rentenalters würde sich auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen erhöhen. Die Lockerung des Kündigungsschutzes führte zu mehr Entlassungen von Älteren. Ältere werden seltener arbeitslos als jüngere, aber sind sie es erst, kommen sie kaum je wieder in Arbeit zurück. Gefordert wird ein Beschäftigungspakt für Altere, denn jeder vierte Arbeitslose ist über 50!

An Großbritannien oder den USA orientiert würde Deutschland neoliberal an die Wand gefahren, was die Verarmung weiter Bevölkerungsschichten zur Folge hätte. Bis zum Jahr 2020 werden wir einen Überschuss an Erwerbstätigen haben. Bayern zahlt nach Bremen die niedrigsten Renten in Deutschland. Es ist an der

Zeit, das Märchen von der Senioritätsentlohnung zu entlarven, denn nur Manager und Konsorten verdienen im Alter mehr, Niedrigverdiener nicht! Wir schlittern direkt in eine Altersarmut hinein: Mini- und Ein-Euro-Jobs werden zu einem bislang unbekannten Ausmaß an Altersarmut führen!

Zum Schluss gab es noch eine Podiumsdiskussion: „Letzte Ausfahrt Ein-Euro-Jobs?“, was eigentlich nur von Vertretern der Arbeitsagenturen so gesehen wurde. Von dieser Seite aus wurde auch so ein Blödsinn verteidigt wie diese „58-Plus“-Idee: Da sollen sich 58jährige drei Jahre lang durch einen Ein-Euro-Job ausbeuten lassen, um danach „in Würde“ in Rente zu gehen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Pöbel-Attacke: Ist Cohiba-Gerd doch ein Proletarier? *(„Spiegel-Online“)*

Nur bei Unternehmen mit *fair* Beschäftigten einkaufen!

Die Gewerkschaft Verdi ruft uns in ihrer Aktionswoche vom 19. bis zum 24. September dazu auf, zusammen mit katholischer Arbeitnehmerbewegung und Attac dafür einzutreten, dass es beim Lebensmittel-Discounter Lidl vor allem den lohnabhängigen Frauen besser geht! Es ist wichtig, dass die Beschäftigten ihr Recht auf Mitbestimmung wahrnehmen und Betriebsräte wählen können, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen!

Attac will auf die ungerechte Bezahlung hinweisen, die Menschen in der sogenannten Dritten Welt für ihre Produkte erhalten. Auch die Naturzerstörung, die ihnen mit dem Anbau in Monokulturen aufgezwungen wird, müssen sie noch ertragen! Kleinbauern gehen durch das Diktat der Supermarktketten bankrott, wenn sie Preise für ihre Produkte bekommen, die die Betriebskosten nicht decken! Die Bauern bei uns und in der Dritten Welt brauchen gerechte Einkommen, damit sie so wirtschaften können, dass der Schutz der Natur gewahrt bleibt!

Als ich in meinem Bekanntenkreis auf die Solidaritätswoche aufmerksam machte, erhielt ich die Antwort, wenn die Beschäftigten mehr Geld erhielten, würden die Verbraucherpreise ansteigen. Doch die Konzerne fahren hohe Gewinne ein! Unsere Aufgabe ist es, Druck auf sie auszuüben, damit die Beschäftigten daseinssichernde Mindestlöhne erhalten: Die „Solidarische Hilfe“ fordert 1.680 Euro

im Monat! Alle Menschen haben ein Recht auf solch einen Mindestlohn oder ein Existenzgeld von 680 Euro plus warmer Miete!

Verdi ruft zu Solidaritätseinkäufen auf: Geht zu den Verkäuferinnen an der Kasse und ermutigt sie, selber für ihre Interessen einzutreten, damit sich ihre Lebensbedingungen verbessern! Die Lidl-Filiale in Calw (Baden-Württemberg) soll am 30. September geschlossen werden, obwohl der Umsatz steigt. Über 7.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihren Unterschriften für den Erhalt dieser Filiale ausgesprochen. An Lidl-Inhaber Schwarz ergeht die unmissverständliche Botschaft: „Ich möchte nur bei Unternehmen einkaufen, von denen ich weiß, dass die dort Beschäftigten fair behandelt werden!“

Bettina Fenzel (parteilos)

Der Skulpturengarten an sich ist sehenswert

Scheinbar ist er wie so vieles aus einer Not geboren! Das Nachfolgende ist unvollständig. Als Quellen habe ich die Bremer Tageszeitungen und die Registerakte beim Amtsgericht. Die Beteiligten kennen meine Meinung zu den Vorgängen. Jeder kann etwas dazu kundtun, auch Klarstellungen sind willkommen!

In der Risikovereinbarung vom 19. Dezember 2001 hat die Freie Hansestadt Bremen die Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH von allen Risiken aus dem Vertrag freigestellt. In einer Vereinbarung vom 10./14. November 2003 zwischen der EON Energie AG und der BVV, der die FHB zugestimmt hat, hat die BVV ihr Einverständnis erklärt, dass die von der EON Energie gehaltenen Aktien der Stadtwerke Bremen an einen von der FHB benannten Erwerber, vorzugsweise die EWE AG, veräußert werden können.

In diesem Zusammenhang hat die BVV bzw. die FHB Rechte aus zwischen der BVV und der VEBA Energiebeteiligungs-GmbH bzw. der Ruhrgas Energiebeteiligungs-AG abgeschlossenen Kaufverträgen, aus Bürgschafts- und Patronatserklärungen der VEBA AG und der Ruhrgas AG sowie aus einer Konsortialvereinbarung der Aktionäre der Stadtwerke Bremen Aktiengesellschaft nicht geltend gemacht.

Als Gegenleistung für die Nicht-Geltendmachung der Rechte hat die EON Energie AG an die BVV 2O Millionen Euro gezahlt, mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung, 15 Millionen Euro an die IUB zur Erhöhung des Kapitalstocks weiterzuleiten.

Am 14. November 2003 ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen der BVV, der FHB und der EWE AG geschlossen worden. Gegenstand der Vereinbarung ist vor allem die Steigerung der Ertragskraft und der Marktposition der SWB durch Ausnutzung von Synergiepotenzialen, das Wachstum am Standort Bremen und die Förderung bremischer Belange durch die EWE AG. Darüber hinaus wurden Verpflichtungen (Halteverpflichtungen, Anbietungspflichten, Ankaufsrechte) in Bezug auf die SWB-Aktien festgelegt.

Fassen wir zusammen: Das Land Bremen hatte Rechte, die es an die EON Energie AG in München verkauft hat; ihm gehört auch die Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH. Inwieweit diese Gesellschaft ebenfalls Rechte hatte, ist aus den mir vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich. Der Verkauf wurde über diese Gesellschaft abgewickelt, obwohl es sich um Bremer Rechte und somit um Einnahmen für den Haushalt handelt!

20 Millionen Euro hat die EON bezahlt, plus 1,5 Millionen als Erstattung für Beratungskosten, somit 21,5 Millionen, mit der Auflage, davon 15 Millionen an die IUB zu zahlen. Diese Auflage hat die VVG erfüllt. Warum dieser doppelte Umweg? Die IUB kann sicherlich Spendenbescheinigungen ausfüllen! Und die EON hat bei dem positiven Jahresergebnis wohl kein Interesse, die Rechte so teuer zu kaufen! Eine Spende wäre sofort abzugfähig!

Die Bilanz der EON habe ich mir noch nicht angesehen. Möglicher- oder logischerweise wurden diese 20 Millionen dort als Spende gebucht und konnten im Jahr 2003 die Steuerlast mindern. Eine Buchung als Kaufpreis für Rechte, also die Anschaffungskosten für ein immaterielles Wirtschaftsgut, wäre nicht steuermindernd! Steuerminderung ist nur möglich beim Werteverfall.

Zu vermuten wäre hier der Wunsch des Verkäufers als Seele der Handlung! Hatte nicht unser Bürgermeister der IUB eine größere Summe versprochen? Gemäß Jahresabschluss der VVG wurde die Überweisung an die IUB zur Erhöhung des Kapitalstocks weitergeleitet. Die IUB ist nun die private Uni! Wie hätte sich die Bremer Universität über eine entsprechende Zuwendung gefreut! Mit der Zweckgebundenheit im Vertrag hat der Senat die Mitbestimmungsrechte des Parlaments ausgehebelt, und die Parlamentarier haben sich das gefallen lassen!

Eine Reduzierung von Anlagevermögen bei der VVG im Zusammenhang mit diesem Verkauf ist nicht im Jahresabschluss ersichtlich. Die vorgenommene Wertberichtigung von 270.000 Euro erfolgte auf Forderungen gegenüber der SWB. Die Forderung belief sich per 31. Dezember 2003 auf 2.944.000 Euro. Die Wertberichtigung erfolgte aus Vorsichtsgründen, denn die Forderung konnte bisher mit der SWB nicht abgestimmt werden.

Die Beträge wurden im Jahresabschluss als neutrales Ergebnis dargestellt. Leistung der EON Energie AG: 20.000.000, Erstattung von Beratungskosten:

1.500.000, gesamt 21.500.000. Zahlung an die IUB: 15.000.000, Beratungskosten: 1.541.000, Wertberichtigung aus Forderungen SWB: 270.000, Handelskammerbeiträge 1998: 115.000, gesamt: 16.926.000. Differenz: 4.574.000 Euro.

Bei den Beratungskosten sind somit 41.000 Euro unterzahlt worden. Aber bei dieser Größenordnung! Außerdem wurden der SWB 857.000 Euro Gewerbesteuererstattung für 1998 und 206.000 Euro Zinsen dafür gutgeschrieben. Warum die Handelskammerbeiträge bei der VVG verbleiben, geht aus dem Jahresabschluss nicht hervor. Ist die VVG überhaupt in der Handelskammer Zwangsmitglied, oder wurde nur der Befeiungsantrag nicht gestellt? Aber was sind schon 188.000 Euro!

Die Günter-Grass-Stiftung erhält 500.000 Euro aus dem EON-Erlös. Es war die Zeit der Sparbeschlüsse in Bremen, Hartz IV war bundesweites Thema, da erschien in der Süddeutschen Zeitung eine Anzeige mit dem Behauptung „Auch wir sind das Volk!“. Mitunterzeichner war Günter Grass. Die Bücherei erhält 300.000 Euro weniger, das entspricht etwa 16.000 Büchern. Die Schulleiter bangen um die Kinderbibliotheken. Die Uni Bremen hat beim Bertelsmann-Test schlecht abgeschnitten, Grund war die veraltete Bibliothek! Es ging ein Protest durch Bremen. Der Bund der Steuerzahler erstattete Anzeige wegen Veruntreuung!

Angewiesen wurde die Summe durch Herrn Staatsrat Hofmann. Eine Anweisung von Hennig Scherf, der in der Stiftungsleitung der Günter-Grass-Stiftung tätig ist? Die Geschäftsführerin der Stiftung erhält 50 Prozent ihres Gehalts zu Lasten der Uni Bremen. Ein Schatten von 200.000 Euro Zuwendung an diese Stiftung liegt noch in der Luft, veranlasst ebenfalls von Herrn Scherf. Die näheren Umstände sind vielleicht *ein* Abwasch für den Staatsanwalt!

Ich habe in dieser Angelegenheit mit der Geschäftsführerin der Günter-Grass-Stiftung gesprochen, sie hat mein Fax nicht an Herrn Günter Grass weitergeleitet. Ich habe es dann selbst mit neuem Anschreiben nach Lübeck gefaxt, mit der Einladung zur Montagsdemo und Fachdiskussion über Hartz IV. Leider war der Schriftwechsel sehr einseitig!

Nun zu Herrn Weber! Er hat in der Sitzung den Ablauf gerügt und die Einhaltung der Haushaltsbestimmungen eingefordert. In jener Woche hat er noch gejubelt, seit über zehn Jahren rede er davon, überzeuge dahin, und nun wird er Wirklichkeit: der Skulpturengarten neben der Bürgerschaft!

Herr Weber war bei der nächsten Sitzung über den Umgang mit den Millionen leider anderweitig dienstlich tätig und somit verhindert. Außerdem wurde er von der SPD-Fraktion wegen einer Äußerung unter Beschuss genommen, und Misstrauen lag in der Luft. Natürlich war das eine andere Angelegenheit!

Der Skulpturengarten wurde bereits in Auftrag gegeben, und die Bauarbeiten haben begonnen. Das Parlament begehrte in allen anderen Teilbeträgen auf, und es dauerte einige Zeit, bis das letzte Geld verteilt wurde. Das kostete Extrageld, aber hätte der Senat, das Parlament, nicht sparen müssen oder sollen? Die Baukosten des Gartens betragen 500.000 Euro *ohne* die Skulpturen! Dieser Betrag wurde durch die Stiftung Wohnliche Stadt zur Verfügung gestellt.

Der Staatsanwalt hat das Verfahren eröffnet. Die Untersuchungen in der Senatskanzlei hat Herr Staatsrat Hofmann geführt, oder? Sie haben circa sechs Monate gedauert. Man hat eben genau geschaut, dann in der Antwort Wesentliches übersehen, aber auf die Ankündigung des Staatsanwalts, das Ermittlungsverfahren zu erweitern, schnell nachgereicht.

Herr Staatsrat Hofmann hat während des Untersuchungsverfahrens einen neuen Vertrag erhalten, sein bisheriger Arbeitsvertrag ist abgelaufen. Es war nicht sein erster befristeter Arbeitsvertrag. Herr Staatsrat Hofmann ist über 70 Jahre jung. Diesmal erhielt er einen unbefristeten Arbeitsvertrag! Warum?

Der Staatsanwalt stand mutig vor der Kamera. Henning Scherf ist auch Justizsenator und damit Vorgesetzter des ermittelnden Staatsanwalts. Alle Fraktionen haben dem Staatsanwalt moralische Unterstützung erklärt und vor Beeinträchtigungen durch den Dienstherrn gewarnt.

Hoffentlich hält sich Henning diesmal an die Spielregeln! Ich bin an der Aufklärung sehr interessiert: Diese selbstherrliche Verteilung des Geldes zu Lasten der Bremer Steuerzahler und zu Lasten der kleinen Leute muss endlich aufhören!

Überhaupt hat das EON-Geld Spuren hinterlassen. Der ehemalige Revisor, zuständig für den Bereich VVG, wurde zum Amtsleiter ernannt, wobei gemäß Prüfbericht für die VVG keine interne Revision bestand. Die VVG ist die Muttergesellschaft der Brepark GmbH und der Bremer Straßenbahn AG. Die Beteiligung an der SWB beträgt 12,41 Prozent. Sie hat keine eigenen Mitarbeiter, aber *fünf* Geschäftsführer, alle nebenberuflich! Senator Dr. Ulrich Nußbaum hat seine Generalvollmacht für Bremen dort hinterlegt (Urkundenrolle 455/2004 M vom 17. September 2004). Er ist der Herr im Hause!

Die Beteiligten sollten diese Aussagen ergänzen. Wer möchte, kann es tun, es wäre schön! Entweder direkt auf der Bremer Montagsdemo oder durch eine E-Mail an *Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de*. Daher Montagsdemo: Wir reden darüber! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Hartz-IV-Parteien abgemerkelt, verschwampelt oder zerschrödert:
Das Volk teilt und herrscht *(„Stattnetz“)*

Erste Bilanz nach der Wahl

Was bedeutet das Wahlergebnis für uns, für den Kampf gegen Hartz IV? Es gibt erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik nach einem Urnengang keine Entspannung, sondern eine weitere Vertiefung der politischen Krise!

Die Großindustriellen jammern schon laut, weil keine „stabilen Verhältnisse“ in Sicht sind. Die Meinungsforscher lagen mal wieder völlig daneben! Sie hatten offensichtlich nicht kapiert, dass die rasante Zunahme der Prognosen für die CDU im Sommer nur deshalb möglich war, weil die Leute die Politik von Rot-Grün satt haben!

Als Frau Merkel dann vor der Wahl die Katze aus dem Sack lassen musste, was sie vorhabe, war es auch schon um die schöne CDU-Mehrheit geschehen. Die Union hat gegenüber 2002 fast soviel verloren wie die SPD – und über 15 Prozentpunkte gegenüber den Vorhersagen vor zwei Monaten!

Es gibt eine starke Linkstendenz in der Bevölkerung, daher wird es den Herrschenden schlecht bekommen, wenn sie mit ihrer volksfeindlichen Politik der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze fortfahren! Am **5. November** steigt die nächste **Großdemo** in **Berlin**! Wer bis dahin im Kanzleramt sitzt, kann sich schon mal warm anziehen!

Wolfgang Lange war Bremer Kandidat auf der Offenen Liste der MLPD

MLPD darf wieder die Wahrheit sagen: Millionen Euro fließen am Gelsenkirchener Stadtrat vorbei in Investorentaschen *(„RF-News“)*

Montagsdemo deckt dubiose Machenschaften von Senat und privatisierten ehemaligen Staats- und städtischen Betrieben auf

Wieder um die 50 Teilnehmer fanden sich ab 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz zur 55. Montagsdemo ein. Kommentarthema Nummer eins war natürlich das Wahlergebnis. „Kritisch sein zu allem!“, heißt es für uns alle. Ob Große Koalition, Ampel oder „Schwampel“: Alles wird sondiert, um uns das Fell über die Ohren zu ziehen! Aber das Wahlergebnis zeigt auch, dass die Menschen nichts so wollen, wie Kapital und „große Politik“ es sich vorstellen: *Jede* Regierung kann sich warm anziehen!

Höhepunkt des heutigen Abends war die kurze Demo zum Skulpturengarten neben dem Haus der Bürgerschaft. Ein hübsches Plätzchen, abends wohlverschlossen vor Obdachlosen und Urinierern! Und ein sanftes Ruhekissen für den Parlamentspräsidenten, damit er stille schweigt? Denn an allen parlamentarischen Gremien vorbei hatte, wie es scheint, so der wohlfundierte Vortrag eines unserer Mitstreiter, der Bürgermeister Scherf mit seiner Senatskanzlei und einigen „Rangierbahnhöfen“ Gelder aus dem Verkauf der SWB, dem ehemaligen öffentlich-rechtlichen Energieversorger Bremens, an EON, an die private „International University Bremen“, an die „Günter-Grass-Stiftung“ und eben in die Finanzierung des Skulpturengartens fließen lassen!

War nun Herr Scherf in allen diesen Transaktionen der verdeckte Dreh- und Angelpunkt? Das alles zu einer Zeit, als es mit Hartz IV den Betroffenen so richtig an den Kragen ging, als kulturelle Einrichtungen und gemeinnützige Projekte wie die Familienkarte, die vor allem mittellosen kinderreichen Familien eine Unterstützung bieten sollte, gestrichen wurden, weil kein Geld mehr übrig sei?

Versteht sich da nicht schon fast von selbst, dass der eitle Günter Grass ob solcher Zuwendungen für seine „Radioschnipsel“-Stiftung im reaktionären Chor mit dem Monopolkapital mitheult: „Auch wir sind das Volk!“? Bei seinem letzten Auftritt in Bremen scheute der „Friedensnobelpreisträger“ so sehr die kritische Öffentlichkeit, dass er das Rathaus lieber über den „Mülltonnen-Eingang“ betrat!

Sammeln wir überall Kräfte zusammen, die örtliche Schweinereien ausfindig machen und aufdecken können! Da es außer uns bald keine kritische Öffentlichkeit mehr gibt, müssen wir *alles* untersuchen und prüfen! Wir helfen gerne, wenn es darum geht, aus ganz legalen und seriösen Informationen die kritische Quintessenz zu ziehen. Das wird sicher an vielen Orten eine wichtige Aufgabe werden!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Staatskrise: Historiker Baring ruft nach dem Notfall-Köhler *(„Indymedia“)*

Arbeitsverweigerung: Turnschuh-Joschka
beansprucht Recht auf Faulheit *(„Spiegel-Online“)*

Hinterzimmer-Gerücht: Feuert Küchenchef
die kalte Mamsell? *(„Spiegel-Online“)*

Große Koalition: Spacepark-Henning empfiehlt Einigung in Sachfragen
ohne vorab geklärte persönliche Verantwortung als Grundlage
ungefährdeter Verschwendungspolitik *(„Spiegel-Online“)*

Klassenkampf: DGB-Chef Sommer fordert Bildung von Betriebsräten bei Lidl
wegen menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen *(„Spiegel-Online“)*

Historisch: Grüne Roth bei den Schwarzen angekommen *(„Spiegel-Online“)*

Israelisches Modell: Übergibt SPD-Schröder die politische Richtlinienkompetenz in zwei Jahren ohne Bundestagsneuwahl an CDU-Merkel? *(Grundgesetz)*

Alles wird gut: Schmuse-Scherf löst Kanzlerbrief ein *(„Stattnetz“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

56. Bremer Montagsdemo
am 26. 09. 2005

Wann ist ein Kind ein Kind?

Ich wollte es erst nicht glauben, doch es ist wahr: Bei Kindern streicht man ab zwölf die Brille sogar! Wer hat sich so viel Blödsinn nur ausgedacht? Lasst lieber einmal öfter die Kinder an die Macht!

So ein Blödsinn fiele den Kindern nicht ein! Für Kinder würden Kinder noch Kinder sein! Die Kinder haben meistens noch mehr Verstand als alle Politiker im ganzen Land!

Ab zwölf wird noch einmal tüchtig aussortiert: Da sind arme Kinder aber angeschmiert! Das Elternportemonnaie wird nun entscheiden, wem es gut geht! Und welches Kind muss dann leiden?

Die Zunge vieler Politiker ist gespalten, sonst würden sie sich mehr an Gerechtigkeit halten! Der Wunsch nach mehr Akademiker-Kindern ist groß, aber mit den armen Kindern, was macht man da bloß?

Arme Kinder bringen nur Kosten, keinen Nutzen! Denen muss man beizeiten schon die Flügel stutzen, denn wer rechtzeitig lernt, sich zu ducken, wird hoffentlich später nicht aufmucken!

Ich mag dieses Kinderelend nicht mehr sehen, darum soll mein Zorn in diesem Blatte stehen! Wer jetzt noch jammert über zu wenig Kinder im Land, der Politiker hat nichts begriffen und kaum Verstand!

Ursula Gatzke (parteilos)

Arbeitszeitverkürzung: Henning schmust ab *(„Spiegel-Online“)*

Hartz V: Staatsanwaltschaft ermittelt *(„Spiegel-Online“)*

Israelisches Modell: Scharon gewinnt Machtkampf gegen Netanjahu *(„Spiegel-Online“)*

Unehrlichkeit und Verleumdung

Was man alles so zu lesen bekommt! Ein CDU-Vorstandsmitglied sagt, eine der Hauptursachen für das drittschlechteste Wahlergebnis, darin bestehe Einigkeit in Partei und Fraktion, sei der „Wahlkampf der Ehrlichkeit“ gewesen; einen solchen Wahlkampf werde es künftig nicht mehr geben. Na klasse, kann man da nur sagen, das war ja *schon wieder* die Wahrheit! Die sind also auch in Zukunft nicht wählbar, abgesehen davon, dass sie auch vor der Wahl zu über 90 Prozent unehrlich waren!

Inzwischen hat Deutschland einen Schuldenberg von 1,5 Billionen. Da waren die 20 Milliarden der ehemaligen DDR eigentlich „Peanuts“! Und so verlangt der Kapitalisten-Hundt, eine „neue Politik“ mit Sozialeinschnitten auf allen Ebenen. Betroffen wären alle, die keine Arbeit mehr haben, aber auch alle noch in Arbeit Stehenden. Schon tauchen am Horizont wieder Zahlen auf von „Freisetzungen“, wie die Bosse ihr dreckiges Geschäft des Feuerns von Menschen, wie es ihnen passt, nennen, bei Siemens, Volkswagen, Mercedes, und immer im Tausenderpaket! Das kann ein heißer Spätherbst werden!

Leute, die ihre eigene Nazivergangenheit und auch die Nazizeit nie aufgearbeitet haben, sind jetzt schnell bei der Hand mit Verleumdungen anderer, besonders der Linken. Deren Wahlerfolg muss sie ungeheuer wurmen! Die Abgeordneten der Linkspartei seien alles Stasi-Leute, wird behauptet, und am nächsten Tag heißt es: „Stasi-Debatte wieder entfacht“. Die Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Birthler, legte mal wieder so richtig los, doch dann musste sie ihre eigenen Angaben korrigieren! Heute war zu lesen, sie bedaure ihre Äußerungen, wolle aber nicht zurücktreten.

So ist es: Erst mal ordentlich was behaupten, verleumden, alles breittreten unter dem Motto: „Es wird schon etwas hängen bleiben“! Übrigens hatte auch die Bundesrepublik von Beginn ihres Bestehens an ein äußerst umfangreiches Staatssicherheitssystem, einen riesigen Apparat, genannt Verfassungsschutz, mit Verfolgungen Tausender nichtgenehmer Leute, und Gefängnis- und Zuchthausstrafen gab es jede Menge!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Hört nun endlich der Hickhack auf?

Deutschland hat vor einer Woche gewählt, und das Ergebnis ist die klare Absage an eine unsoziale Politik! Die Menschen wollen Reformen, aber sie sollen gerecht sein! Welchen Teil haben denn bisher die „starken Schultern“ getragen? Alles blieb beim sogenannten kleinen Mann hängen und musste von ihm bezahlt werden!

Werden unsere Politiker jetzt endlich den Mut aufbringen, die „starken Schultern“ in die Pflicht zu nehmen? Ihr Volksvertreter habt das gesamte Volk zu vertreten und nicht nur eine gewisse Schicht! Denkt an die Lehre, die der Wähler euch Politikern erteilt hat, er sagte: „Mit mir nicht!“. Ab heute werden wohl viele Stühle wackeln, denn in einer Demokratie gegen den Willen der Bevölkerung zu regieren, wird wohl auch in Zukunft nicht laufen!

Noch ein paar Worte an euch, die noch immer Zweifel an der Montagsdemo haben: Die Demokratie funktioniert noch, hurra! Wenn hier Hunderte stehen und gehen würden, hätten wir den ganzen Hickhack der letzten Jahre gar nicht erst mitmachen müssen. Wer Risiken eingeht, muss auch Gewinne machen dürfen, aber das gibt ihm noch lange nicht das Recht, sich aus der sozialen Verantwortung zu stehlen! Wenn er es aber doch tut, muss das Volk auch das Recht haben, dieses Verhalten zu kritisieren, ohne dass man die Kritiker gleich als faul, zu träge oder zu teuer abstempelt!

Die Oberen werden nicht aufgeben und Gründe finden, warum es anders klappen muss, denn das ist für sie der leichteste Weg. Dem aber stehen wir gemeinsam gegenüber! Hoffentlich habt ihr Außenstehenden das begriffen! Wenn wir wollen, dass es in Zukunft weiter sozial zugeht, ist euer Platz bei uns, eine Stunde in der Woche, denn wir alle sind das Volk, und wir haben es in der Hand, ob uns jemand über den Tisch zieht! Schluss mit Energiepreissteigerung und Rentenkürzung! Weg mit Hartz IV und Agenda 2010!

Udo Riedel (parteilos)

Volksverdummung: Jubelbonzen vertreiben die schlechte Stimmung *(„Stattnetz“, „Indymedia“)*

Pfui du: Guido will Locke vom Kanzler *(„Spiegel-Online“)*

Armut grenzt aus

„Soziale Unterschiede selbst beim Schwimmen“, meldet der „Weser-Kurier“ am Tag vor der Wahl. Selbstverständlich machen sich soziale Unterschiede dort bemerkbar wie in allen anderen Bereichen auch!

Familien ziehen mit ihren Kindern nicht freiwillig in „soziale Brennpunkte“, sondern weil sie sich keine Wohnung im „besseren“ Viertel leisten können. Nicht weil sich die Eltern nicht kümmerten, lernen sozial schwächer gestellte Kinder erst später oder gar nicht schwimmen, sondern weil Armut von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt!

Im Sommer können ärmere Eltern noch das Risiko eingehen, mit ihren Kindern am unbewachten See das Schwimmen zu üben. Da dies Kontinuität erfordert, wird es im Winter schwieriger. Wer es sich leisten kann, hat die Wahl, mehrmals eine Familienkarte für einen Erwachsenen und zwei Kinder im Wert von 6,10 Euro zu kaufen oder für ein Kind einen Schwimmkurs zu belegen, der für zehn Mal 64 Euro kostet.

Kinder unter 14 Jahren, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, erhalten einen Regelsatz in Höhe von 207 Euro monatlich. Da dies schon 19,4 Prozent weniger ist als der frühere Warenkorb bei der Sozialhilfe, ist es nicht schwer, sich vorzustellen, dass am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig ist!

Elisabeth Graf (parteilos)

Wie damals: Bremen plant 9.000 Deportationen *(„Stattnetz“)*

Globalisierter Kapitalismus und ganzheitliches Denken

Die Psychologin Johanna Barbara Sattler, Expertin für Probleme der Linkshändigkeit, schreibt: „Albert Einstein hat gesagt, für ihn bestehe kein Zweifel daran, dass unser Denken weitgehend ohne Rückgriff auf Zeichen und vielfach sogar unbewusst vor sich geht. Es ist keineswegs notwendig, dass ein Begriff mit einem reproduzierbaren Zeichen, einem Wort, verbunden und mit den Sinnen wiederzuerkennen ist. Sobald dies jedoch der Fall ist, wird der Gedanke mittelbar.

Einstein war Linkshänder. Seine Vermutung über die Art des Denkens beinhaltet viel von der ganzheitlichen, aber nonverbalen Art des Denkens vieler Links-

händer. Auch die Bemerkung, das Denken gehe vielfach sogar unbewusst vor sich, weist auf die Betonung des vernetzten Denkens im nichtsprachlichen Bereich hin. Die massiv diskriminierten Linkshänder treten anfangs häufig offen und direkt auf und erwarten von dem Anderen, dass er ebenso offen und ehrlich ist. Dann erleben sie aber oft, dass ihre eigene Offenheit ausgenutzt und sogar als Naivität oder Dummheit gedeutet wird."

Albert Einstein stimmte dem Bau der Atombombe zu, um Hitler-Deutschland einzuschüchtern, aber nicht um Hiroshima und Nagasaki zu vernichten, und als er merkte, dass seine Offenheit und Ehrlichkeit ausgenutzt wurde, um US-imperiale Pläne zu unterstützen, sagte er laut und deutlich Nein zu den Atomwaffen. Darum fordere ich euch auf: Unterzeichnet den Aufruf der Deutschen Friedensgesellschaft für ein atomwaffenfreies Deutschland mit dem Ziel, dies in der ganzen Welt zu erreichen!

In der kapitalistischen Welt ist das allumfassende Denken nicht erwünscht. Verdi rief dazu auf, die Beschäftigten bei Lidl für die Gründung von Betriebsräten zu unterstützen. Attac spricht sich dafür aus, dass die Kleinbauern bei uns und in der „Dritten Welt " *faire* Preise für ihre Produkte erhalten und dass keine Monokulturen angebaut werden. Nur dachte keiner daran, dass wir alle, wie die „Solidarische Hilfe" berechnet hat, ein Existenzgeld von 620 Euro plus warmer Miete und einen Bruttomindestlohn von 1.680 Euro benötigen, um die *fairen* Preise bezahlen zu können!

Die Zeitung „Neues Deutschland" hat einen Bericht zu der Lidl-Sache gebracht. Als ich am Donnerstag dort anrief, um zu fragen, warum der Aufruf von Attac nicht erwähnt worden ist, bekam ich die Auskunft: „Wir erhalten unsere Informationen aus Gewerkschaftskreisen". Uns soll mit der Solidaritätserklärung für Lidl-Beschäftigte Sand in die Augen gestreut werden! Auch der SPD-Prominenz wie der früheren Justizministerin Deubler-Gmelin, deren Regierung den Sozialabbau zu verantworten hat, ist ganzheitliches Denken gar nicht recht, weil es die Machenschaften des Kapitalismus aufdeckt!

Albert Einstein trat für eine sozialistische Gesellschaft im Geiste der Humanität ein. Die rechtshändige und linkshändige Denkweise können sich gegenseitig ergänzen und befruchten. Der Kapitalismus lässt keine Alternativen zu. Also benötigen wir Alternativen zum Kapitalismus, damit ein gerechter Frieden möglich wird!

Bettina Fenzel (parteilos)

Klassenkampf: Gericht verbietet Schließung der Lidl-Filiale *(„Spiegel-Online")*

Ablenkungsmanöver: Kurz vor Wahlkampfabschluss in Dresden weitet Bundestag Afghanistan-Mandat aus *(„Spiegel-Online“)*

Ein-Euro-Jobber klagt auf reguläre Bezahlung

„Es ist als Fragestellung spannend“, sagt der Richter nach der Verhandlung und blättert in den Akten *Kleinschmidt gegen Gröpelinger Recycling Initiative e.V.,* „aber die Klageschrift macht kein klares Bild“. Frank Kleinschmidt ist ein zurückhaltend-freundlicher 41jähriger, der im Jackett neben seinem Rechtsvertreter sitzt. Der ist „abgebrochener“ Jurist, nun Aufseher in einer Spielhalle und zugleich Vorsitzender des Vereins „Sozialer Lebensbund“. „Miteinander leben, füreinander da sein“, steht auf seiner Visitenkarte, und er war es, der Kleinschmidt riet, die Gröpelinger Recycling-Inititiative e.V. zu verklagen, bei der er als Ein-Euro-Jobber beschäftigt war.

Nach Befragung durch den Richters wird allmählich klar, was Kleinschmidt hier erstreiten möchte: eine adäquate Bezahlung. Es ist eine komplizierte Geschichte, voller bürokratischer Drehtüren und juristischer Details. Darunter liegt die Biographie Kleinschmidts in all ihrem Unglück, mit dem BWL-Studium, das er nach dem Tod seiner Frau abbrach, der Umschulung zum IT-Entwickler und der ersten Stelle bei einer Bremer Firma, die ihm nach nicht einmal einem Jahr betriebsbedingt kündigte. Danach schickt ihn die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales zum Recyclinghof Findorff.

Kleinschmidt zufolge ist er pro forma als Ausbilder im Fahrdienst beschäftigt, tatsächlich erstellt er ein Programm zur Auftragsabwicklung. Genau hier beginnt das Problem, juristisch zumindest, denn natürlich, so sagt Kleinschmidt, sei er froh gewesen, „letztlich etwas zu tun, was in meine eigentliche Qualifikation fällt“. Rechtlich gesehen, müssen die Ein-Euro-Jobs jedoch zusätzlich sein, um nicht anderen Arbeitslosen Chancen auf reguläre Stellen zu nehmen, und im öffentlichen Interesse liegen. Seine Tätigkeit aber, so argumentiert Kleinschmidt, sei nicht zusätzlich gewesen: Er sei gar nicht im Fahrdienst tätig gewesen sei, wo es einen anderen Ausbilder im Fahrdienst gegeben habe. Nach dessen Tod sei ein neuer Mitarbeiter eingestellt worden.

Klaus Prietzel, Betriebsleiter des Findorffer Recyclinghofs, sieht das anders: Es sei übliche Praxis, dass die Ein-Euro-Jobber zu 20 Prozent „notwendige“ Tätigkeiten ausübten, die 80 weiteren Prozent seien sie dann mit zusätzlichen Arbeiten beschäftigt. Frank Kleinschmidt habe, so sagt er weiter, „viel ausprobieren können“, was unter regulären Arbeitsbedingungen nicht möglich gewesen wäre. Dann klagt Prietzel, dass es sich die Bagis „so einfach“ mache: „Ich brauche EDV-Kräfte und bekomme Fahrdienstler!“

Für Frank Kleinschmidt tut das wenig zur Sache: Er möchte regulär bezahlt werden. Nach Ansicht von Georg Schaff, Jurist der Bremer Arbeitnehmerkammer, wird in seinem Fall und vergleichbaren, die bundesweit anhängig sind, das Kriterium der Zusätzlichkeit entscheidend sein. Dieses sei für die Beschäftigten schwierig nachzuweisen: „Jeder halbwegs geschickte Arbeitgeber, wird diese Leute nicht auf Planstellen setzen.“ Deshalb, so Schaff, brauche man nun politischen Druck, um zu verhindern, dass sie gänzlich unter den Tisch fallen.

„Tageszeitung Bremen“ vom 21. September 2005

Israelisches Modell: Schamir räumt Chefsessel zwei Jahre für Peres *(„Spiegel-Online“)*

Die asoziale Marktwirtschaft

Ein Dank der „TAZ“-Redaktion für diesen Artikel, doch es muss noch viel mehr berichtet werden über das Ein-Euro-Job-Programm. In Bremen tun sich in diesem Graubereich des Arbeitsmarktes große und dunkle Löcher auf! Das Programm, das seit Januar 2005 läuft, hat viel in Bewegung gebracht. Leider wird, wenn überhaupt nur über positive Ergebnisse berichtet. Die negativen wie Entrechtung der Teilnehmer, das Geldscheffeln der Träger, das Lohndumping und das Brechen der Menschen finden kaum den Weg in die Öffentlichkeit! Dagegen muss etwas getan werden!

Je mehr man sich mit dem Ein-Euro-Job-Programm beschäftigt, umso mehr stehen einem die Haare zu Berge! Sind erst einmal wichtige Tatsachen bekannt, an die man auch ohne weiteres herankommt, bleibt am Schluss die Frage: Warum lassen sich die Teilnehmer diese Willkür gefallen? Die Antwort ist einfach: Angst vor dem Träger und der Agentur, Angst davor, als Versager geoutet zu werden. Uns wird das Leitbild des jungen, dynamischen und erfolgreichen Arbeiters doch schon in die Wiege gelegt!

Für eine vorwärtsschreitende Industriegesellschaft sind Versager nur Ballast. Genau so funktioniert das neue Jobwunder: Das Ein-Euro-Job-Programm, das weitere öffentliche Aufgaben übernimmt und ständig ausgebaut wird, ist nach Angaben von Regierung und Agentur eine Erfolgsgeschichte, so wird es auch den Teilnehmern gesagt, doch tatsächlich sind sie jedoch nur billige und willige Arbeitskräfte, die wichtige Aufgaben beim Erhalt der städtischen Infrastruktur übernehmen!

Stellen, die in den Jahren davor weggekürzt worden sind, werden nun von den Teilnehmern besetzt. Ihre Arbeit ist natürlich nicht zusätzlich! Ein guter Anfang, an dem Turm aus Druck und Angst gebauten Turm zu rütteln, ist dieser kommende Prozess. Er wird hoffentlich weitere Ein-Euro-Jobber motivieren, gegen die Rechtlosigkeit dieses Programms zu klagen, denn es ist unter der Oberfläche ein großer Sprengsatz!

Seit Januar 2005 greift ein Kernstück der Agenda 2010, das Hartz-IV-Programm. Elend sollte es abmildern und für mehr Chancenausgleich sorgen. Gedacht ist es für die über fünf Millionen Menschen, die in den Teufelskreis der Sozialhilfe und Langzeitarbeitslosigkeit geraten sind. Es handelt sich um Reformverlierer, die man nötigt, ein Dasein am Rande der brüchigen Gesellschaft zu führen. Ein Leben in Würde kann man das nicht nennen!

Ist man einmal in das durch Druck und Zwang von Behörden und Politikern entstandene Schattenleben hineingeraten, kann man sich aus diesem Netz nicht so leicht wieder entwirren und bleibt eventuell jahrelang oder auch für immer darin gefangen. Rot-Grün zusammen mit der CDU/CSU, die Umsetzer der Hartz-Gesetze, wollen nichts wissen von der Sprengkraft ihrer Reformen, die sie als Sachzwänge begründen!

Doch diese sogenannten Sachzwänge werden sich in Wut, Hass und Frustration niederschlagen! Es könnte ein Bumerang von unten, den unteren Schichten, daraus entstehen. Die Politiker und deren Ideengeber aus der Wirtschaft haben keine Ahnung, wie erniedrigend es ist, unter den Hartz-Gesetzen zu leben zu müssen! Sie selbst würden nach einer Woche, hätten sie in Verhältnissen wie Hartz-IV-Empfänger zu leben, schreiend herumlaufen oder mutlos werden: Zwischen diesen Polen fühlt und denkt ein Mensch, der dadurch abgestraft wurde!

Hartz IV ist ein Verelendungsprogramm! Es geht nicht darum, Menschen Chancen zu geben: Die verelendende Masse soll *diszipliniert* werden und das Maul halten! Die Menschen leben deutlich unter der Armutsgrenze, die bei 800 Euro netto liegt. Hartz IV bedeutet den Abbau des Sozialvertrages zwischen den Generationen in der deutschen Gesellschaft und errichtet eine Armutsfalle, aus der es kein Heraus mehr gibt! Das ist das beste Druckmittel, das rohestes Instrument, welches man den Wirtschaftsbossen in die Hände geben kann: Willst du dich nicht fügen, wirst du „in den Hartz“ geschickt!

Wie man augenblicklich sieht, funktioniert das Programm bestens, einfach reibungslos. Proteste dagegen sind zu klein oder zu leise, der Widerstand wird

von den Reformgebern belächelt. Doch die Reform greift tief in das Leben der Menschen ein: Die Existenz, die Basis wird offen angegriffen und bloßgestellt. Den Armen lässt man spüren, wie klein und machtlos er ist! Nur ein Leidender, ein Betroffener von der kaltschnäuzigen Willkür der Herrschaften, die in der oberen Liga spielen, kann wahrhaft davon schreiben und reden!

Was hat nun Hartz IV in diesem Land verändert? Nach fast einen Jahr ziehen Betroffene und Politiker Bilanz. Seit Anfang 2005 bekommt eine Forderung verstärkt Aufmerksamkeit, die seit über zehn Jahren diskutiert und neu gestellt wird, vor allem von der sozialen Bewegung: die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Bei einer Höhe von 800 Euro netto bietet es Halt in ökonomisch brisanten Zeiten und lässt die Wahl zwischen prekärer Arbeit und bescheidenem, aber gesichertem Leben. Dieses Grundeinkommen wurde sogar ins Parteiprogramm der Linken aufgenommen. Die Zeit ist reif für eine Umsetzung!

Jens Schnitker (parteilos)

Keine stabile Regierung in Sicht!

Jetzt wird schon Schröder/Merkel im Doppelpack erwogen! War das nicht, was die Wähler wollten? Oder doch lieber den Lügen-Koch aus Hessen? Egal was die Hartz-IV-Parteien machen: Es wird keine stabile Regierung sein, die geräuschlos das Programm der Monopole abspulen kann!

Deshalb sind die Monopolvertreter auch so traurig. BDI-Chef Thumann jammert, er sei von den Wählern enttäuscht! BDA-Chef Hundt fordert Ausgabenreduzierung in allen Haushaltsbereichen, Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung und als Gegenfinanzierung die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wie schön wäre es doch mit Kirchhof!

Die Konzernvertreter konnten die Wahl am letzten Sonntag schon fast nicht mehr abwarten mit der Ankündigung von Massenentlassungen: bei Siemens 10.000 (worauf am nächsten Tag die Aktie in die Höhe schoss), bei T-Com 30 bis 45.000, bei Volkswagen mindestens 30.000, bei Daimler-Chrysler 8.500. Weitere Massenentlassungen sind bei Sony und der Allianz geplant. Es drohen auch Werksschließungen von AEG Nürnberg und Samsung in Berlin!

Derweil sind die Managergehälter munter gestiegen, laut Kienbaum-Studie im Jahr 2005 bei Adidas um 89 Prozent, bei Thyssen-Krupp um 60, Bayer 47, In-

fineon 43, MAN 41 und Lufthansa 33 Prozent. Wenn es keine stabile Regierung gibt, die diese Angriffe „begleitet“, geht die Konfrontation unmittelbar in den Betrieben los! Die ersten Geplänkel laufen schon, denn wir führen den Kampf für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Ab der nächsten Montagsdemo verkaufen wir Busfahrkarten zur **Großdemo** in **Berlin** am **5. November**. Es geht nicht nur um die Zusammenführung des bundesweiten Kampfes gegen Hartz IV: Wir konstituieren die kämpferische Opposition von der Straße und aus den Betrieben!

Wolfgang Lange (MLPD)

Wir wollen den Sternmarsch am 5. November in Berlin vorbereiten

Ab 17:30 Uhr fanden sich wieder etwa 50 Teilnehmer auf dem Bremer Marktplatz zur 56. Montagsdemo ein. Das Koalitionsgerangel und die Machtkämpfe von Schröder und Merkel bestimmten einen Teil der Beiträge am Offenen Mikrofon. Es gab niemanden, der einer kommenden Regierung irgendetwas zutraut! Ob Kinder, Rentner oder Arbeitende, alle müssen und werden sich wehren und zusammenschließen!

Immer wieder bleiben Menschen bei unserer Kundgebung lange stehen und hören zu. Selbst wenn sie nicht jedes Mal kommen, so ist doch die Montagsdemo als Ort, wo man Rat suchen und sich miteinander verbinden kann, nicht mehr wegzudenken! Mag uns die Presse noch so unbeachtet lassen: Die Menschen, auch wenn nicht so viele teilnehmen wie im letzten Herbst, wissen, wo wir wann zu finden sind. Es wird immer häufiger lebendig diskutiert, und darum bleiben wir auch einen neuen Winter hindurch! Kommt alle wieder zur **nächsten Montagsdemo** am **10. Oktober 2005** um **17:30** Uhr auf den **Marktplatz**!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Unchristliches Wahlprogramm: Der Kater, der aus der Kälte kam *(„Spiegel-Online“)*

Sozi-Susi im Pech: Fünf Jahre Verarschung *(„Spiegel-Online“)*

Neokolonialismus: Der Mohr kann gehen *(„Stattnetz“, „Spiegel-Online“)*

Besucherrekord: Im Wahlmonat September erstmals durchschnittlich mehr als 100 „Visits“ pro Tag auf der Homepage der Bremer Montagsdemo

Die „Kleeblatt“-Forderungen zur Einigung der sozialen Kämpfe

Das „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“ gibt es seit 2003. Seitdem haben wir als Aktionsbündnis verschiedener sozialer Initiativen, politischer Gruppen und vieler Einzelpersonen mehrere Demonstrationen (bis zum Agenturschluss im Januar 2005 auch die Bremer Montagsdemonstrationen), Aktionen und Veranstaltungen organisiert.

In unserer praktischen und theoretischen Arbeit sind wir nicht bei „Weg mit Hartz IV“ stehengeblieben. Wir wissen, dass hinter der Agenda 2010 ein umfassender Angriff auf die Lebensverhältnisse der meisten Menschen und eine beschleunigte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben stehen. Der Kahlschlag bei den sozialen Leistungen wird von der jeweiligen Regierung unter dem Druck kapitalistischer Interessen durchgeführt.

Schikanen, Kontrolle und Arbeitszwang, die für Sozialhilfeempfänger(innen) und Asylbewerber(innen) schon lange gelten, sind mit Hartz IV auf breitere Teile der Bevölkerung ausgeweitet und massiv verschärft worden. Auch die noch Beschäftigten spüren den Druck auf Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Niedriglohn und ungesicherte Arbeitsverhältnisse greifen immer mehr um sich. Alle, die von ihrer Erwerbsarbeit leben müssen, haben vor Augen, dass ihnen bei Verlust ihres Arbeitsplatzes krasse Armut, schikanöse Disziplinierungen und verschärfte Kontrolle durch die Arbeitsagenturen drohen. Das ist der politische Sinn der Hartz-Gesetze.

Das kapitalistische System beruht auf Ausbeutung, Profit und Konkurrenz. Es produziert deshalb notwendig Unterdrückung, Krieg und Elend bei uns und weltweit. Das private Eigentum an den großen Industrie-, Energie-, Dienstleistungs- und Sozial-Konzernen und Banken verhindert es, die gesellschaftliche Produktivität im Sinne aller Menschen zu nutzen. Das wird so lange weiter gehen, bis wir die nötigen Kräfte entwickeln, unsere Interessen gemeinsam durchzusetzen.

Beispiele für Widerstand gibt es hier und in anderen Ländern, aber die nötige massenhafte Gegenwehr fehlt noch. Die bisherigen Leistungen des „Sozialstaats“ waren auch nicht geschenkt, sondern wurden von einer starken Arbeiter(innen)-bewegung erkämpft. Die Vorstellung eines „sozialstaatlich gezähmten“ Kapitalismus ist eine Illusion, die zerplatzt ist: Ausbeutung und Ausplünderung der Menschen und der Natur waren seine Grundlagen, hier und besonders in der Dritten Welt.

Unser grundlegendes Ziel ist eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung für *alle* Menschen weltweit, in der sie, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Die ökonomischen Verhältnisse dafür sind reif, und mit weniger wollen wir uns nicht zufriedengeben. Folgende **drei zusammenhängende Kernforderungen** halten wir für

geeignet, soziale Kämpfe zu einen und Übergangsperspektiven zu entwickeln: **Umverteilung aller vorhandenen Arbeit (auch der „Nicht-Lohnarbeit“), radikale Arbeitszeitverkürzung, bedingungsloses Existenzgeld für alle**.

Forderungen nach (Lohn-)Arbeit um jeden Preis und zu allen Bedingungen zum Wohle des Profits lehnen wir ab. Arbeit ist für uns kein Selbstzweck, unabhängig von Sinn und Notwendigkeit: Wer braucht überflüssige oder schädliche Produkte? Arbeit ist auch der große Anteil nichtbezahlter Tätigkeiten, die im Zusammenleben der Menschen notwendig und sinnvoll sind. Das Recht von Menschen auf ein würdiges Leben ist nicht abhängig von ihrer „Nützlichkeit“. Wir halten eine basis- und bewegungsorientierte Ausrichtung unserer Aktivitäten für entscheidend, wollen wir nicht in den Mühlen der Parlamente untergehen. Formen von Selbstorganisation und gesellschaftlicher Gegenmacht müssen entwickelt werden. Nur sie werden überhaupt erst eine andere Welt möglich machen!

Mark Fleischer („Kleeblatt“,
Bremer *Bündnis* gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau*)*

Postneoliberalismus: Meinungseliten und Große Koalition stolpern unvorbereitet durch das verwüstete Gemeinwesen *(„Spiegel-Online“)*

Schluss mit Ein-Euro-Jobs!

Am 5. September, dem bundesweiten „Hartz-Schluss“-Aktionstag, fand in Bremen unser erster Spaziergang zu Trägern der Ein-Euro-Jobs statt. Von 7 bis 9 Uhr verteilten wir an der Domsheide, dem zentralen Umsteigeplatz des Öffentlichen Personennahverkehrs, Flugblätter zu Möglichkeiten des Widerstandes für Beschäftigte, Ein-Euro-Jobber und Erwerbsarbeitslose.

In Abgrenzung zur SPD, die sich zeitgleich als Siegerin des „Fernsehduells“ am Vorabend inszenierte, sagten wir: „Da drüben bekommt ihr nur Wahlwerbung, bei uns dagegen gibt es Informationen zu den Sozialprotesten in Bremen!“.

Unser Flugblatt wurde gern angenommen. Es richtet sich sowohl an regulär Beschäftigte als auch an Ein-Euro-Jobber und betont die Wichtigkeit der Solidarität untereinander gegenüber einer Spirale von Entrechtung, Lohndumping und gegenseitiger Konkurrenz.

Von 10 bis 11:30 Uhr besuchten wir einen kirchlichen Träger, in dem Ein-Euro-Jobberinnen in einem Gastronomie- und Cateringservice beschäftigt sind. Wir führten Gespräche mit den Frauen über ihre konkrete Situation, Arbeitsbedingungen und Perspektiven und informierten sie über ihre minimalen Rechte.

Die „Chefin“, die einzige regulär Beschäftigte, war zum Zeitpunkt unseres Besuchs in Urlaub. Nicht alle Frauen waren erpicht auf ein Gespräch, aber durch beharrliches Nachhaken konnten wir doch mit fünf Frauen eine längere Unterhal-

tung führen. Die anderen lasen das von uns mitgebrachte Material in ihren Pausen durch. Wir fielen allein durch unsere Anzahl auf und durch die Schildchen am Hemd: „So kann ich nicht arbeiten!“.

Alle Frauen sind von der Bagis, der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, zugewiesen worden. Keine darunter hat sich das ausgesucht: „Ich schreibe Bewerbungen, ich habe eine abgeschlossene Ausbildung, was niemanden interessiert. Die Bagis hat sich das als ‚freiwillig‘ für mich ausgedacht!“.

Die Fluktuation ist groß: „Da wird gesagt, hallo, das ist die Neue, so und so, ganz unkompliziert“. An reguläre Beschäftigung kommt keine der Frauen mehr heran, sei es, weil sie über 40 sind, oder weil sie keinen Führerschein haben. Eine der älteren Frauen, die erst seit ein paar Wochen dabei ist, betont: „Man muss glücklich sein, überhaupt noch etwas machen zu dürfen“.

Einer anderen hilft es seit sieben Monaten gegen die Langeweile zu Hause. In ihrem früheren Betrieb wurde ihr gekündigt, aus gesundheitlichen Gründen. Sie sagte: „Als Qualifizierung gibt es nur die Arbeit: sieben Stunden, fünf Tage die Woche“. Eine Migrantin bekommt einen einmonatigen Sprachkurs. Nur bei der Jüngsten gibt es eine mit der Arbeit verknüpfte Umschulung mit Abschluss: „Sonst wäre ich nicht darauf eingegangen“.

Eine der Frauen war wütend, dass bei aller Qualifizierung im früheren Beruf keine Perspektive da ist. Das Geld sei viel zu wenig, sie müsse den Ein-Euro-Job machen, weil sie ihre Familie nicht hängenlassen könne.

Für uns war dieser Spaziergang der Auftakt für weitere zu Trägern der Ein-Euro-Jobs! Unsere Treffen finden 14tägig mittwochs von 17 bis 19 Uhr statt, zur Zeit in der Solidarischen Hilfe, Doventorsteinweg 45, Kontakt: 77 55 9 und *so_kann_ich_nicht_arbeiten(at)yahoo.de.* Das nächste Treffen ist am 28. September.

Ein-Euro-Job-Arbeitsgruppe
des Bremer „Bündnisses gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“
im Rahmen der Kampagne
„So kann ich nicht arbeiten. Gegen Ausbeutung und Vereinzelung“

Hartz-IV-Kostenexplosion: Wirtschaftsminister Clement will 280.000 Langzeitarbeitslose für vogelfrei erklären *(„Spiegel-Online“)*

Große Konzentration: Bildet außerparlamentarische Bünde-Regierung neue Hartz-IV-Einheitspartei? *(„Stattnetz“)*

Spaßwahl: Guido holt (fast) 18 Prozent in Dresden *(„Spiegel-Online“)*

Reaktion: Depressiver Film über neue Wut *(„Rote Fahne“)*

Stillstand: Schröder bleibt Kanzler *(„Spiegel-Online“)*

Am „**Tag der Deutschen Einheit**“ findet in Bremen
keine Montagsdemo statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

57. Bremer Montagsdemo am 10. 10. 2005

Armut

Armut, du bist jetzt oft zu sehen, sobald wir hinaus auf die Straße gehen! Arme Leute schauen in die Abfallkübel rein: Vielleicht warf jemand eine leere Flasche hinein? Auch für Flaschen, die auf dem Boden liegen, kann ein armer Mensch ein paar Euro kriegen!

Armut, du bist jetzt oft zu hören da draußen! Menschen klagen über Hunger, Kälte und die Not, in der sie hausen! Die Heizung wird im Januar schon abgestellt: Für eine warme Bude fehlt das notwendige Geld!

Armut, dich kann man auch schon fühlen! Hart drehen die Gesetzesmühlen! Der „Teuro“, die Rentenkürzung und die Gesundheitsreform sind sehr schlecht! Auf der Strecke bleiben des Menschen Würde und das Recht!

Armut müssen viele Menschen schmecken! Armut gibt es jetzt an allen Ecken! Die „Tafel“-Geschäfte wachsen im ganzen Land und reichen doch nicht, sie sind nur ein Korn im Sand!

Ursula Gatzke (parteilos)

Blankes Entsetzen: Schröder niedergemerkelt *(„Spiegel-Online“)*

Pest *und* Cholera

Große Koalition! Jetzt haben wir beides, bildlich gesprochen: Pest *und* Cholera. Unabhängig davon, wer welchen erschacherten Posten beziehen kann, es wird härter: Ein Polizeistaat wird über jetzige Ansätze hinaus immer mehr zur Tatsache!

Was der SPD-Rambo Clement am Wochenende noch losließ, deutet darauf hin: Er forderte Hausbesuche, Anrufaktionen, Datenabgleich mit Finanzämtern und verschärfte Kontrollen der Arbeitsbereitschaft durch Trainingsprogramme mit

Anwesenheitspflicht, weil angeblich bis zu 280.000 ALG-II-Empfänger Leistungen zu Unrecht bezögen. Das, so Clement, sei Missbrauch in großem Stil!

Während bisher immer gesagt wurde: „Junge Leute, ihr müsst flexibler werden!“, heißt es jetzt: Es gilt zu verhindern, dass junge Leute, die arbeitslos sind, aus dem Elternhaus ausziehen, um mehr Sozialleistungen zu erhalten. Stichproben hätten den Verdacht auf Leistungsmissbrauch in großem Stil erhärtet!

Diese Aussagen liegen voll im Interesse des politikbestimmenden Kapitals. Der nächste Schritt ist vorprogrammiert: Arbeitslager, oder wie immer man es nennen wird. Aber Clement hat Recht mit der Zahl 280.000. So viele oder etwas mehr betreiben Sozialmissbrauch im allergrößten Stil: die Milliardäre und Multimillionäre, quer durch die Wirtschaft bis oft hinein in höchste politische Kreise: Dort findet man die Sozialschmarotzer in unserem Land!

Es wird härter werden: Der Sozialabbau soll weitergehen, der Rest bürgerlicher Demokratie geschleift werden. Aus meiner Sicht kann man dem nur mit Bewegung aus den Betrieben, wo es dem Kapital wehtut, mit Unterstützung der Gewerkschaften etwas entgegensetzen. Wobei meine Erfahrung 58jähriger Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zeigt, dass dort nur dann etwas geschieht, wenn der Druck von unten kommt, eben besonders aus den Betrieben!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932

Du bist Deutschland, wunderbar!

Welch große Worte, welch ein Aufwand! Du bist Deutschland, also streng dich an: Das heißt ja auch, du bist schuld daran, wenn du mir nichts mehr abkaufen kannst. Kein Wunder, dass es nicht klappt!

Die Löhne müssten runter, wir seien nicht mehr konkurrenzfähig, so tönt es noch immer oder wieder einmal von Professor Meinhard Miegel aus Wirtschaft und Industrie, alles müsse reformiert werden. Was wohl nichts anderes heißt als: Du musst weiter verzichten!

Haben denn diese Herren nichts dazugelernt? Den Menschen, die diesen Staat überhaupt erhalten, wird auch noch vorgeworfen: Ihr seid schuld, deshalb müssen wir euch noch mehr wegnehmen! Du bist Deutschland, weißt du das nicht? Wir starten eine aufwendige Kampagne, bis du es glaubest!

Entschuldigung, ich habe da etwas nicht verstanden: Mir soll noch mehr weggenommen werden? Dann kann ich doch noch weniger kaufen! Danke, jetzt habe ich es kapiert: Wenn ich mich mehr anstrenge, können die anderen noch mehr verdienen! Man redet mir mit aufwendigen Kampagnen ein, dass ich denen noch mehr geben muss, und mein Lohn sei Arbeit, Gehalts- und Rentenverzicht!

Wovon soll ich Gesundheitskosten tragen und fürs Alter vorsorgen? Schon jetzt hat doch ein großer Teil der Menschen Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen! Ändern kann man das nur, wenn Chancengleichheit bestünde, davon kann aber bis heute keine Rede sein!

Du bist Deutschland heißt auch: Schau in den Spiegel. Das tu ich schon seit 61 Jahren, und ich habe mir wenig vorzuwerfen, außer dass ich in einem Staat lebe, wo die Gerechtigkeit immer mehr ins Hintertreffen gerät! Damit, und das ist tröstlich, stehe ich allerdings nicht ganz allein.

Udo Riedel (parteilos)

Das rechte Wort zur rechten Zeit

Gestern schrieb die Sonntagsausgabe der „Kreiszeitung Syke“ in einem eigenen Bericht aus Berlin: „Hausbesuche bei Arbeitslosen: Clement will ALG-II-Missbrauch stoppen“. Und dann heißt es weiter: „Gegen den offenbar verbreiteten Missbrauch beim Arbeitslosengeld II plant Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement ein Maßnahmenpaket“.

Mit der Redewendung „gegen den offenbar verbreiteten Missbrauch“ schließt sich also auch die Kreiszeitung der allgemeinen Stimmungsmache an! Das war nicht immer so, denn bisher lag diese Zeitung noch ein Stück neben dem allgemeinen Hetzjournalismus und erlaubte sich eine gewisse Distanz. So wurden kritische Leser(innen)briefe, auch wenn sie länger waren oder scharfe Formulierungen enthielten, eigentlich immer abgedruckt. Das hat sich leider grundlegend geändert! Doch seit im gleichen Hause auch die Blöd-Zeitung gedruckt wird, musste es wohl so kommen.

In dem gestrigen Bericht wird Clement mit den Worten zitiert: „Bis zu zehn Prozent der Bezieher können nach Stichproben zu Unrecht als arbeitslos oder hilfebedürftig gelten. Das würde bedeuten, dass mehr als 280.000 Langzeitarbeitslose zu Unrecht Leistungen beziehen. Mit einem Sieben-Stufen-Plan sollen unter anderem „Tarnkappen-Einkommen“ oder „Phantom-Wohnungen“ aufgespürt werden.

Tarnkappen-Einkommen und Phantom-Wohnungen! Clement, dessen Art zu reden mich schon immer irgendwie an ein Maschinengewehr erinnert hat, bedient sich hier folgerichtig der Sprache der Militärs, um seine neue schamlose Kriegserklärung gegen die Erwerbslosen zu erneuern!

In dem „Sieben-Stufen-Plan“, was bereits wie eine neue Doktrin aus dem Hause Struck klingt, sind verstärkt Hausbesuche und Anrufaktionen, ein Datenabgleich mit den Finanzämtern und „verschärfte Kontrollen der Arbeitsbereitschaft durch Trainingsprogramme mit Anwesenheitspflicht“ vorgesehen. Zur Begründung erklärt Clement, dass Leistungsmissbrauch „kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an all denen sei, die Hilfe wirklich brauchen“.

Bravo, Herr Clement! Drehen wir den Spieß doch einfach um und nehmen wir Herrn Hartz, Sie selbst und Ihre Kabinettskollegen, dazu Herrn Ackermann, Herrn Schrempp und wie die Großbetrüger alle weiter heißen! Das war ein richtig gutes Timing mit dem „Immer-feste-druff“ gegen die Erwerbslosen, ein rechtes Wort zur rechten Zeit, Herr Clement! Sollte das Ihren Ministersessel auch in der nächsten Regierung sichern?

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Schluss mit der Diffamierung von Erwerbslosen!

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement behauptete dieser Tage, vornehmlich in der „Bild“-Zeitung, dass Arbeitslose verstärkt Sozialmissbrauch betreiben würden. Als Betroffene verwahre ich mich entschieden gegen solche dreisten und diffamierenden Anschuldigungen! Wir sollen wieder einmal als Sündenböcke herhalten, weil die Kahlschlagspolitik der Regierung den Unternehmerverbänden immer noch nicht reicht! Daher fordere ich Herrn Clement auf, seine beleidigenden Äußerungen zurückzunehmen!

Durch Einführung des Arbeitslosengeldes II wurden 6,5 Milliarden Euro eingespart. Dass die veranschlagten Kosten jetzt von 14 Milliarden auf das Doppelte ansteigen, haben wir den unsozialen Massenentlassungen der Banken und Großunternehmen zu verdanken! Herr Clement sagt nicht, dass die Konzerne Tausende auf die Straße und damit in Hartz IV werfen, dass die schlechte Com-

putertechnik in den Ämtern zig Millionen verschlingt, und er verschweigt auch die dicken Steuergeschenke an die Reichen! Die sozialdemokratischen Frauen in Clements Fraktion kritisieren darüber hinaus die patriarchalischen Strukturen der Gesetze. Sie gehen auf Kosten von uns Frauen, da das Einkommen des Mannes angerechnet wird. So wird viel Geld eingespart!

Presse, Funk und Fernsehen sollten darauf achten, dass arme Menschen keine Angst mehr haben müssen, in der Öffentlichkeit als „Sozialschmarotzer“ diffamiert zu werden. An alle appelliere ich, dass endlich damit Schluss sein muss! Wir brauchen eine Berichterstattung, die die Verursacher von Armut, Zerstörung der Natur und Kriegen klar benennt!

Der Verdi-Vorsitzende Werncke sagte: „Die Medienaktivitäten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft geraten zunehmend in die Kritik unabhängiger Beobachter. Nicht nur Gewerkschafter und Journalistenverbände, auch Verleger und Rundfunkveranstalter sind aufgerufen, gegen Medienmanipulation jeder Art vorzugehen“. Diese Initiative, die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet wurde, nimmt negativen Einfluss auf Medien und Politiker aller etablierten Parteien, um etwas für „sozial“ zu erklären, was tatsächlich unsozial und zutiefst unmenschlich ist!

So wird nicht mehr öffentlich angeprangert, dass allein in Bremen, wie von Sozialsenatorin Röpke geplant, die Zwangsumsiedlung von über 9.000 Menschen droht, die mehr als 265 Euro Kaltmiete und 50 Euro Heizkosten zahlen müssen. Doch ab November soll der Gaspreis um 45 Prozent erhöht werden! Schon jetzt können über 7.000 Menschen bei uns in Bremen ihre Energiekosten und 4.000 ihre Miete nicht zahlen. In Berlin sind es 40.000! Wohin soll das führen?

Verschwiegen wird auch, dass den 7.000 betroffenen Bremer Haushalten bereits die Energiezufuhr vom Lieferanten SWB abgestellt wurde. Was unternimmt die Regierung gegen diese unsozialen Konzerne? Gilt nicht der Grundsatz, dass Eigentum sozial verpflichtet? Sind nicht *sie* die Sozialschmarotzer, die es zu verantworten haben, dass Menschen immer mehr verarmen? Muss man sie nicht enteignen, so wie Vermieter, die zu hohe Mieten verlangen? Was tut die Regierung, damit die 45 Prozent Preiserhöhung zurückgenommen und die Mieten gesenkt werden?

Es stellt sich auch die Frage, wie Energie eingespart werden kann. Sind die Voraussetzungen dafür erfüllt? Die Energiekonzerne gehören gesetzlich verpflichtet, auf Solar-, Wind-, Wasser- und Biogas-Energie umzustellen, um weitestgehend von Gas- und Öllieferungen unabhängig zu sein. Maschinen- und Gerätehersteller müssen gesetzliche Auflagen erhalten, damit sie nur sparsame Produkte auf den Markt bringen. Baufirmen dürfen nur energiesparende und umweltfreundliche Gebäude erstellen; Vermieter müssen verpflichtet werden, Nachbes-

serungen ausführen zu lassen. Dies muss jederzeit von unabhängigen Stellen überprüfbar sein!

Wie viele Wohnungen im gesamten Bundesgebiet sind energiesparend gebaut? Solange nicht alle Voraussetzungen erfüllt sind, ist es beim besten Willen nicht möglich, Energiekosten einzusparen! Was tut die Bundesregierung konkret für den Schutz von Natur und Mensch? Soziale und ökologische Bereiche bilden eine Einheit und sind nicht zu trennen. Schieben Sie nicht alles auf den Kollegen Trittin, Herr Clement!

Solange Profitmaximierung die Philosophie der multinationalen Konzerne ist und die Regierungen danach handeln, werden Mensch und Natur hemmungslos ausgebeutet. Das widerspricht dem Geist des Grundgesetzes! Konzerne, Banken und Vermieter, die unsozial und unökologisch handeln, sind zu enteignen! Nicht die Arbeitslosen gehören bekämpft, sondern die Arbeitslosigkeit! Nicht streichen bei den Armen, sondern bei den Reichen!

Die „Bild“-Zeitung ließ verlauten, die Einführung der Autobahnmaut für PKWs müsse sein, damit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nicht noch mehr Geld abgezogen werde. Ohne Maut müssten wir mehr Steuern zahlen, was wir ja auch nicht wünschten, und eine Finanzierung der Straßen und Autobahnen aus Schulden dürften wir nicht den kommenden Generationen zumuten. An diesen ganzen Meldungen ist die Manipulation unüberhörbar! Leisten wir Widerstand und lassen uns nicht vom Arbeits- und Wirtschaftsminster und von den reichen Geldsäcken das Rückgrat brechen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Keine Zwangsumzüge!

Der Verein „Sozialer Lebensbund – miteinander leben, füreinander da sein“ hat im März dieses Jahres die 1. Bremer Mietübersicht vorgestellt. Bereits anhand dieses inoffiziellen Mitspiegels konnten wir belegen, dass die vom Senat angesetzten Mietobergrenzen unrealistisch sind. Nicht zuletzt aufgrund dieser Übersicht hat Senatorin Röpke das jetzt vorliegende Mietgutachten der „Gewos“ in Auftrag gegeben. Als ich dieses gelesen habe, konnte ich feststellen, dass die „Gewos“ beim durchschnittlichen Mietniveau in der Stadt Bremen zu gleichen Ergebnissen kam wie ich!

Überrascht war ich allerdings von der Vorstellung des „Gewos“-Gutachtens durch Frau Röpke in der Presse. Offensichtlich um unangenehmen Fragen aus dem Wege zu gehen, hat die Senatorin wesentliche Teile des Gutachtens einfach unter den Tisch fallen lassen. So heißt es in Punkt 5.3 des Mietgutachtens: „Eine Analyse von „Gewos“ auf der Basis unterschiedlicher Quellen hat gezeigt, dass die durchschnittliche Bruttokaltmiete in der Stadt Bremen zwischen 1999

und 2004 um knapp acht Prozent angestiegen ist. Vor diesem Hintergrund ist eine Anpassung der Grenzwerte an die Marktentwicklung angebracht“.

Auch stellte die „Gewos“ in ihrem Gutachten deutlich fest, dass in der Stadt Bremen kurzfristig kein ausreichender Wohnraum für „nicht angemessen“ wohnende Bedarfsgemeinschaften beziehungsweise Haushalte zur Verfügung steht. Insbesondere bei Alleinstehenden ist das Ungleichgewicht enorm. Laut Gutachten stehen den 7.070 „nicht angemessen“ untergebrachten Alleinstehenden momentan nur 310 leerstehende Wohnungen zur Verfügung! Weiter heißt es im Gutachten: „Von dem relevanten Wohnungsbestand sind zurzeit nur 1.220 Wohnungen direkt verfügbar, das heißt sie stehen leer. Im Gegensatz dazu wohnen 10.860 Bedarfsgemeinschaften des SGB II nicht angemessen und müssen entsprechend neuen Wohnraum in Anspruch nehmen“. Ausdrücklich wird in dem Gutachten darauf hingewiesen, dass zwar rein rechnerisch eine Lösung in zwei bis drei Jahren möglich ist, aber aufgrund der wirtschaftlichen Situation in der Stadt Bremen und der naheliegenden Annahme, dass nicht alle entsprechenden Wohnungen an ALG-II-Bezieher vergeben werden, der Abbau fünf bis sechs Jahre dauern wird!

In ihrem Gutachten stellte die „Gewos“ verschiedene Handlungsempfehlungen vor. Auch diese hat Senatorin Röpke augenscheinlich bewusst nicht erwähnt. So gäbe es auch die Möglichkeit eines Kooperationsvertrages mit der Wohnungswirtschaft und anderen Eigentümern. Darin wird unter anderem ein Modernisierungsverzicht gegen Bürgschaft aufgeführt. Für außergewöhnliche Instandsetzungsmaßnahmen bürgt die Stadt, und die Vermieter verzichten auf Mieterhöhungen. Auch ein Tausch von Mietpreisbindungen gegen Investitionszulage ist interessant. Dies wird in Hamburg schon erfolgreich durchgeführt: Dort wurden damit im Laufe dieses Jahres bereits 372 entsprechende Wohnungen geschaffen. Auch ein zielgerichtetes Förderprogramm auf Basis des Wohnungsförderungsprogramms 20.000 im Land Bremen würde entsprechenden Wohnraum schaffen!

Die „Gewos“ hat aufgrund der Tatsache, dass die Mietobergrenzen mit dem Mietniveau der Stadt Bremen nicht übereinstimmen, ein Modell zur Erhöhung der Mietgrenzen vorgestellt. Allein eine Anhebung um zehn Prozent wurde zu einer Verringerung um 31 Prozent der betroffenen Bedarfsgemeinschaften führen. Sogar bei den vor allem betroffenen Alleinstehenden würde dies eine Verringerung um 27 Prozent bedeuten! Zwar bestätigt die „Gewos“, dass angesichts der Haushaltslage der Stadt Bremen eine Erhöhung der Grenzwerte politisch schwer durchsetzbar wäre. Trotzdem sollte vor dem Hintergrund der gestiegenen durchschnittlichen Bruttomieten geprüft werden, ob eine Anhebung der Grenzwerte nicht sinnvoll ist. Für die Stadt Bremen ergeben sich zwar Kostenerhöhungen durch diese Anhebung, andererseits werden jedoch kurzfristig deutlich die Kosten verringert.

Ein weiteres Modell ist die Erhöhung der Mietstufe, wie es in Hannover der Fall ist: Wenn die Stadt Bremen statt der Mietstufe IV die Mietstufe V einsetzen würde, verringert sich die Zahl der betroffenen Bedarfgemeinschaften von 10.860 auf 8.270. Auch bei den Alleinstehenden würde sich der Anteil um 21 Prozent verringern. Als letzten Handlungsvorschlag schlug die „Gewos“ eine Veränderung der Mietobergrenzen für Alleinstehende vor, die am meisten betroffen sind. Nach dem von der „Gewos“ vorgestellten Modell gäbe es dadurch einen Rückgang um 44 Prozent der nicht angemessen Wohnenden.

Der „Soziale Lebensbund – miteinander leben, füreinander da sein“ stellt eindeutig fest, dass Senatorin Röpke mit ihrem Vorpreschen eine Diskussion um das „Gewos“-Gutachten verhindern will. Sie verschweigt der Öffentlichkeit und den Betroffenen wesentliche Fakten des Gutachtens, um so Geld für den Bremer Senat einzusparen. Diesen Versuch, die finanzpolitischen Fehlentscheidungen des Bremer Senats auf dem Rücken der Ärmsten auszutragen, lehnen wir ab! Wir fordern hiermit die Senatorin auf, das Gutachten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und gemeinsam mit Betroffenen, den Wohlfahrtsverbänden und anderen sozialen Einrichtungen eine vernünftige und vor allem gerechte Lösung der Problematik zu finden! Wir fordern die Senatorin Röpke auf, endlich unter Beweis zu stellen, dass sie die Senatorin *für* Soziales ist und nicht das Gegenteil!

Matthias Brittinger (parteilos) ist Vorsitzender des Vereins
„Sozialer Lebensbund – miteinander leben, füreinander da sein“

Gegenwehr: Preisrebellen zwingen Gasabzocker zum Beweis, dass ihre Forderungen billigem Ermessen entsprechen *(„Bund der Energieverbraucher“)*

In der Arbeitsmarktstatistik schwanken jetzt schon die Auszahlungvorgänge

1. Die **Statistik** über den Arbeitsmarkt in Deutschland ist immer wieder überraschend, aber die Zahlen werden leider nicht besser. Jetzt versucht man es mit noch mehr Weglassen! Weggelassen wurde in der Regionalstatistik für Bremen schon länger. Neu weggelassen wurden die Arbeitssuchenden insgesamt, gleich die gesamte Spalte! Das fällt vielleicht nicht auf? An die anderen weggelassenen Zahlen wie „Erwerbstätige in Bremen“, „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bremen“, „Leistungsempfänger ALG I, ALG II und Sozialgeld“ erinnern wenigstens die teilweise leeren Spalten. Bremen hat kein Vertrauen in die eigenen Zahlen, aber die Gesamtstatistik soll stimmen!

Am 1. August habe ich für die Statistik per 15. Juli 2005 gesagt, ich gehe davon aus, dass inzwischen keine Doppelzahlungen mehr vorkommen und daher die Zahl der Leistungsbezieher (6.450.000) zuzüglich der Menschen ohne Leistungsanspruch (300.000) die verlässliche Zahl der Arbeitslosen ist: 6.750.000 effektiv. So kann ich mich täuschen! Die Zahlen haben sich nämlich entwickelt: Die Zahl der Leistungsempfänger ALG I hat sich um 44.384 vermindert, von 1.686.235 auf jetzt 1.641.851. Sogar die Auszahlungsvorgänge sind also rückwirkend variabel! Dies ist nicht die einzige Veränderung der bisherigen Zahlen, aber die unverständlichste.

Zusammenfassend gibt es 1.554.986 Menschen in ALG I und 4.882.243 in ALG II, insgesamt 6.437.229 Leistungsempfänger, dazu 1.739.772 Menschen in Sozialgeld und 300.000 Menschen ohne Anspruch. Selbst mit dieser Statistik kann man eine positive Entwicklung nur herlesen. Die aktuelle Entwicklung steht leider in der Zeitung, Arbeitssuchende: 6.717.162 Menschen, Verlust an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen: über 400.000 zum Vorjahr, im Vergleich zu 2003: 1.200.000, Verlust an Vollzeitstellen von 1991 bis 2004: 6 Millionen (Quelle: „Weser-Kurier“, Tacheles). Mein Änderungsvorschlag steht! Daher Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

2. Neue Politiker braucht das Land! Die **Unterstellungen** von Clement kann ich nicht ernst nehmen. Angekündigt sind vermehrte Hausbesuche, Telefonaktionen, Leistungskürzungen und -streichungen, Ein-Euro-Job-Antritt *vor* dem Bezug von ALG II und Auszugsverbot für Jugendliche. Warten wir es ab! Wir sollten aber dem Einzelnen Rückhalt bieten. Montags erreichbar zu sein, genügt nicht mehr!

Bei **Hausbesuch** stehen zwei vor der Tür! Was tun? Ausweis und schriftlichen Auftrag abfordern. Bei dem Unterzeichner anrufen und bestätigen lassen: Warum unangemeldet? Hilfe und Unterstützung herbeitelefonieren. Die zwei vor der Tür vertrösten, falls es länger dauert. Wenn diese ungeduldig werden, einen Termin vereinbaren. Falls kein Telefon vorhanden ist, das Handy der Besucher ausleihen.

Bei **Telefonaktion** fragen, wer genau anruft: Falls es nicht die Behörde ist, mit dieser Begründung auflegen. Vorsichtshalber den Sachbearbeiter fragen, was anliegt. Bei **Leistungskürzungen** oder **-streichungen** den Sachverhalt festhalten und, falls unberechtigt, Widerspruch einlegen und uns hier erzählen, denn so lassen sich gezielte Aktionen aufdecken und bekämpfen.

Beim **Ein-Euro-Job** antreten, das muss sein. Alles genau dokumentieren und abgestimmt reagieren. Die Wahlmöglichkeiten genau abwägen und entsprechend wehren. Aber **Auszugsverbot**, wie soll dies gehen? Zum Vergleich: Einen Tag vor dem ALG-II-Antrag hat ein Betroffener seine Lebensversicherung Hartz-fest gemacht. Zu recht, hat der Richter festgestellt!

Was also bleibt, sind die unverschämten Unterstellungen, doch es ist jedem unbenommen, sich zu wehren und anderen dabei zu helfen! Wir tun es! Müller-Milch hat ein neues Werk im Osten eröffnet und ein altes im Westen geschlossen und erhielt vier Millionen Euro für jeden vernichteten Arbeitsplatz! Daher Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich kämpfe für eine bessere Zukunft!

3. Wir haben den **Skulpturengarten** auf unsere Art eingeweiht. Ich habe Bürgermeister Scherf empfohlen, sich einen passenden Hut für den Fall der Fälle zu besorgen! Dieser Ernstfall ist eingetreten. Ich habe gegrübelt, wohl einiges übersehen und anderes noch gar nicht erwähnt. Langfristig geplant war es sicher nicht, sonst wäre der unbefristete Vertrag für Staatsrat Hoffmann ein weiterer Fall von Steuergeldverschwendung! Oder gerade darum?

Das Verfahren zur Bestimmung des Nachfolgers fand ich sehr demokratisch. Die Abstimmung aller SPD-Parteimitglieder, was gibt es Besseres? Doch Herr Krönning hat Bedenken geäußert: Es könnte nicht mit rechten Dingen zugehen! Verflixt, was weiß der, was ich nicht weiß? Schöpft er aus seiner jahrelangen innerparteilichen Erfahrung? Egal wer in Bremen den Nachfolger unter Vertrag nimmt, er sollte an die abgestufte Besoldung denken: Falls Bremen die Selbständigkeit verliert, muss sich dies auch im Gehalt auswirken!

Egal wer die Nachfolge antritt, sollte sich die Kasse genau ansehen: Bremen hat angeblich nicht einmal eine Auflistung aller **Gesellschaften!** Wie kann der Konzern Bremen dann bilanzieren? Senator Nußbaum hat die Unübersichtlichkeit auf den Punkt gebracht: Die tatsächliche Verschuldung ist wesentlich höher als die gefühlte! Damals war er nicht einmal ganz neu im Amt. Die GmbHs haben alle möglichen Besonderheiten in den Verträgen, und immer bürgt die Freie Hansestadt Bremen!

Die notwendigen Transfers lassen sich haushaltsfreundlich gestalten. Ich behaupte: Bremen hat nicht nur das Geld für diesen Haushalt ausgegeben, sondern darüber hinaus Schulden und Fälligkeiten in die Folgejahre verlagert, mit Hilfe der GmbHs, so beim Hemelinger Gewerbegebiet bis 2032. Bremen hat den Haushalt für das kommende Jahr bereits ausgegeben! Jeder Nachfolger von Henning Scherf sollte genau hinsehen und vor allen Dingen der privaten Bereicherung, anders kann ich die vielen Extras nicht nennen, Einhalt gebieten! Und der Bürger sollte genau hinsehen, dann gibt es solche Politiker bald nicht mehr!

Hans-Dieter Binder

Mit dem Fahrrad ab in die Sahara: Henning ist es egal,
wer ihm nachfolgt *(„Spiegel-Online“)*

Ein Sonnenkönig tritt ab

So titelte die „Frankfurter Rundschau“ am 30. September. Henning Scherfs Rückzug beschäftigt nicht nur die bundesdeutsche Presse, nein, vor allem die Menschen, die in Bremen leben. Zuletzt war er als Garant für eine Große Koalition im Pressewald zu finden. Diese solle nun schnellstens auch auf Bundesebene zusammenfinden, so der Rat vom Scherf.

Der Rückzug soll nun Jüngeren die Möglichkeit geben aufzurücken. Man erhofft sich dadurch einen frischen Wind in der Bremer SPD und im Senat, so lauten die offiziellen Meinungen. Doch wer über eine gesunde Meinung zur Tagespolitik verfügt, vermutet oder weiß etwas anderes, denn man muss nur die jetzige Lage der Stadt mit der vor zehn Jahren vergleichen!

Die Sanierungsgelder trieben nur kleine Blüten, sogenannte Leuchttürme, am Flughafen, an den Häfen und der Universität. Es entstanden kaum neue Jobs. Man verteilte das Geld unter denen, die schon genügend hatten. Der Rest verschwand in schwarzen Löchern! Die Korruption, der Bremer Filz, ist jeden Bürger dieser Stadt ein Begriff.

Weil die städtischen Indikatoren von schlecht auf katastrophal schalten, versucht Regierungschef Henning Scherf nun, durch die Hintertür zu entkommen! Er gibt die volle Verantwortung an seinen Nachfolger weiter. Das Sozialressort hat vor kurzem eine Studie veröffentlich, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Sparquote, die jedes Bremer Ressort zu erfüllen hat, weit verfehlt wurde. Es werden also in nächster Zeit starke soziale Einschnitte folgen!

Die soziale Lage ist in Bremen schon seit Jahren besonders schief. Der Haushaltsplan 2006/2007 ist schon zweimal vertagt worden, auch wegen der fehlenden Sanierungsgelder. Das sind Hinterlassenschaften von Scherf! Klar, dass er die Möglichkeit ergreift, sich dünn zu machen. Bremen droht ein heißer Herbst, und auch von Scherf wird man Rechenschaft fordern. Der eilig geplante Abgang wird vielleicht doch nicht so einfach und schleichend sein.

Jens Schnitker (parteilos)

Hartz V: Bonzentafelrunde ersetzt
Bundesrat *(„Spiegel-Online“)*

In Berlin tobt der Postenschacher

Merkel soll Kanzlerin werden! Aber wenn sie auch nur einen kleinen Teil dessen versucht zu verwirklichen, was sie im Wahlkampf angekündigt hat, wird sie keine vier oder auch nur drei oder zwei Jahre im Amt bleiben!

Es werden Arbeitsplätze versprochen, dabei geht die Vernichtung von Arbeitsplätzen lustig weiter, bei Daimler, Siemens, Telecom, aber auch der Widerstand: Gestreikt wird in Nürnberg gegen die AEG-Schließung, in Berlin gegen die Samsung-Schließung!

Weltweit nehmen die Kämpfe zu: Gestern demonstrierten über 100.000 in Rom gegen die Berlusconi-Regierung, letzte Woche waren Millionen Franzosen im Streik und 1,5 Millionen auf Demos, allein in Paris über 150.000. Es gab einen Generalstreik in Belgien und Streiks bei VW in Brasilien! Und hierzulande?

Während immer mehr herauskommt, was Ex-Personalchef Peter Hartz bei VW so getrieben hat an aktiver Bestechung, ist von uns gefordert worden, wir sollten den Gürtel engerschnallen. Er dagegen und seine gekauften Betriebsräte kamen gar nicht hinterher, den Gürtel überhaupt wieder zu schließen bei ihren Lustreisen mit bezahlten Mätressen!

Die Noch-Bundesregierung denkt sich: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man gänzlich ungeniert! So beschimpft Clement die Hartz-IV-Empfänger als Abzocker, und Merkel und Müntefering sind sich einig, dass die Kosten für sie gesenkt werden müssten. Ab Januar sollen die Zwangsumzüge beginnen, in Bremen drohen über 9.000!

Auch dabei spielt die Noch-Bundesregierung eine Rolle: Schnell noch ein Gesetz verabschiedet, wonach die Kommunen 2,4 Milliarden Euro an Bund zurückzahlen müssen, da die Unterbringung gar nicht so teuer sei. Weitere 800 Millionen werden erst gar nicht ausbezahlt!

Dies geschieht trotz extremen Anstiegs der Gaspreise, bei Benzinpreisen in schwindelnder Höhe! Dazu fällt den Herrschenden ein: PKW-Maut, 100 Euro pro Jahr! Die Montagsdemo ist also nach Bildung der neuen Regierung keineswegs überflüssig geworden, sondern im Gegenteil noch viel wichtiger! Jetzt geht es erst richtig los! Kommt alle mit nach **Berlin** zum **Sternmarsch** am **5. November**!

Wolfgang Lange (MLPD)

Schwarz-roter Putsch: Viererbande teilt sich
die Richtlinienkompetenz *(„Spiegel-Online“)*

Schröder und Scherf nehmen den Hut

Auf dem Bremer Marktplatz fanden sich ab 17:30 Uhr wieder etwa 50 Teilnehmer zur 57. Montagsdemo ein. Immer mehr Menschen kommen hinzu, die schon schwer zu kämpfen haben! Nehmen wir alle mit zum 5. November nach Berlin!

Bürgermeister Scherf nimmt den Hut: Er tritt zurück, entweder für „größere“ Aufgaben oder eher, um der staatsanwaltlichen Untersuchung seiner „Finanzrangierarbeiten“ in Sachen EON-Gelder zu entgehen. Das ist unser erster Sieg, und nun ist es raus: Frau Merkel soll neue Kanzlerin werden und das Programm für das Kapital und die Große Koalition durchziehen!

Also auch Schröder nimmt den Hut! Befürchtungen und Spekulationen werden geäußert. Die Beiträge am Offenen Mikrofon zeigen aber, dass wir uns nicht unterkriegen lassen wollen. Neue Parolen und Lieder müssen her!

Einige Obdachlose und sonst schwer gekennzeichnete Menschen kommen her, wollen sich aussprechen. Es ist erstaunlich, wie viele Leute im Laufe der Zeit immer wieder stehen bleiben, zuhören und diskutieren wollen. Die Not wird immer größer, viele Menschen durchsuchen jeden Müllbehälter nach Flaschen oder sonstwie Verwertbarem.

Der Senat hat Schiss, die „Gewos“-Studie, die kaum mehr als eine Gefälligkeitsarbeit aus dem breiten Filz der SPD ist, anzuwenden und über 9.000 ALG-II-Betroffene zum Umzug in „preisgerechte“ Wohnungen zu zwingen. Der widerliche Clement, der nun satt und vollgefressen ins Abseits gerät, hatte nichts Besseres im Sinn, als die ALG-II-Betroffenen zu guter Letzt noch als „Abzocker“ zu beschimpfen. Man kann nur jedem raten: Widerspruch, Widerspruch und Widerspruch einlegen! –

Während des Freimarkt-Festes können wir den Marktplatz nicht benutzen und sind dann auf dem Grasmarkt, also vor Scherfs Arbeitszimmer und dem Dom, zu finden.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Keiner weiß, wie es geschah: Scherf ist plötzlich nicht mehr da
(Bremer Montagsdemo)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

58. Bremer Montagsdemo am 17. 10. 2005

Die Durchschnittsrente

Was soll man noch glauben? Laut Aussagen unserer Tageszeitung haben Rentner eine so hohe Durchschnittsrente, dass wir uns wirklich sehr freuen würden! Doch leider haben die meisten Rentner eine kleine, ja sogar *sehr kleine* Rente!

Jetzt habe ich aber gelesen, wie die „Durchschnittsrente“ zustande kommt: Es gibt „Top-Renten“! Für Eichel: 11.500 Euro! Für Fischer: 10.700 Euro! Und so weiter. Auch so kann man die Rentner hinters Licht führen!

Wer hat nicht an diesem hohen „Rentendurchschnitt“ gezweifelt? Jetzt wissen wir auch, wie wir von unseren Volksvertretern belogen werden! Die meisten Bundesbürger glauben sowieso, dass unsere schamlosen Minister und Abgeordneten die eigene Karriere und das Füllen ihrer Taschen an erster Stelle im Kopf haben!

Dass sie „zum Wohle des Volkes“ handeln, heucheln uns die Damen und Herren doch ständig nur vor! Das Handeln in der Spitzenpolitik und das „Fordern“ vom Volk, das passt schon seit vielen Jahren nicht mehr zusammen. Nicht nur zwischen reichen und armen Menschen geht die Schere auseinander, sondern genauso weit zwischen Politikern und dem Volk!

Ursula Gatzke (parteilos)

Das Märchen vom Sozialstaat: Top-Manager sind
von den Rentenbeiträgen befreit *(„Spiegel-Online“)*

Hetze: Ein Dank auch dem „Spiegel“
(für den Hinweis auf das *Erwerbslosenforum*)

Ein paar Dankesworte

Ich danke den SPD-Mitgliedern hier in Bremen, die den neuen Bürgermeister gewählt haben! Herzlichen Glückwunsch, Herr Böhrnsen! Sie haben gesagt, Sie wollen „mehr auf das Soziale achten“. Wir nehmen Sie beim Wort, und nun viel Glück!

Dank auch an das Erste Deutsche Fernsehen! Die ARD hat gestern einen Bericht über Armut in Deutschland gebracht und den Mut besessen, die Menschenschlangen vor den Suppenküchen in Berlin zu zeigen. Das dürfen die Medien ruhig öfter tun! Hoffentlich haben diesen Bericht auch unsere Politiker gesehen, denn hier gibt es schon die „amerikanischen Verhältnisse“, die sie für unser Land immer bestreiten! Danke vor allem an diejenigen, die „mit dem Herzen“ denken und die Suppenküche unterstützen! Dazu gehören auch viele Geschäftsleute.

Ich wünschte mir, ich könnte mich auch bei den Politikern bedanken, aber leider stelle ich wieder einmal fest, dass ich keinen Grund dafür finde. Oder soll ich mich dafür bedanken, dass sie mir immer mehr wegnehmen, meine Lebensplanung zerstören, Ungerechtigkeiten zulassen und sich um des Kaisers Bart streiten, anstatt endlich zu handeln? Soll ich mich dafür bedanken, dass sie uns immer mehr ausspionieren, uns totschweigen lassen und die Menschen verunsichern?

Wenn es ihnen aber gelingt, neue reguläre Arbeitsplätze zu schaffen und eine menschliche Politik einzuführen, so will ich auch ihnen danken, denn mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Steuereinnahmen und weniger Sozialfälle!

Udo Riedel (parteilos)

Herzliche Pose zu Zwangsumzügen

Am heutigen Montag ist „Internationaler Tag zur Bekämpfung der Armut“, so steht es jedenfalls im Kalender. Armut ist bekanntlich in erster Linie weiblich. Was die Armut in dieser Stadt betrifft, so wird unsere „Sozial“-Senatorin Karin Röpke, die ja selbst aussieht wie eine Frau, mit den geplanten Zwangsumzügen in erster

Linie Frauen und Kinder treffen. Das ist eine ziemlich seltsame Solidarität mit den eigenen Geschlechtsgenossinnen!

Vermutlich hat sie heute noch nicht das Kleingedruckte in ihrem Kalender gelesen. Da frage ich mich als jemand, der eigentlich aussieht wie ein Mann, ob Frau Röpke tatsächlich oder nur scheinbar eine Frau ist! Jedenfalls handelt sie genauso gewissenlos wie ihre männlichen Senatskollegen. Sie tut zwar immer so, als handele sie besonders sozial und hätte ein Herz für die Armen, aber diese Pose ist nur für die Presse!

In Wahrheit setzt sie bekanntlich eiskalt um, was Oppermann und Konsorten und die Handelskammer ihr einflüstern, das hat sie in der Vergangenheit schon oft genug bewiesen. Sie ist eine getreue Dienerin des Patriarchats! Dass Frau Röpke nur die Armen und nicht die Armut bekämpft, das sollten wir ihr an diesem Tag noch einmal deutlich sagen!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Neue Zusätzlichkeit: Hochbaufacharbeiter zur Patientenerfassung eingestellt und als Pflegeassistent beschäftigt *(„Carmilo“)*

Die Nesthockerpflicht

Heute haben wir schon die 58. Montagsdemo! Damit ist sie gewissermaßen ins Rentenalter gekommen, aber das ist gut so: Wir stehen hier, um gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze zu demonstrieren, bis sie endlich abgeschafft werden! Und das wird uns gelingen, denn in Deutschland gibt es in über 100 Städten Montagsdemos! Gemeinsam sind wir stark, und wir werden weiterdemonstrieren, jetzt gegen Frau Merkel!

Privat und als Mutter muss ich sagen, dass ich entsetzt bin und es furchtbar traurig finde, was nun den jungen Leuten angetan wird: Sie sollen den Staat, in Bremen also die Bagis, um Erlaubnis bitten, ob sie daheim ausziehen dürfen!

Ich habe zwei Kinder groß- und zu selbständigen Menschen erzogen. Es war immer klar, dass sie irgendwann von zu Hause weggehen, um ihr eigenes Leben führen zu können. So soll es sein, und das ist normal!

Aber nicht mehr für die jungen Menschen heutzutage: Sie bekommen keine Arbeitsstelle, können sich also eine eigene Wohnung gar nicht leisten! Sie lernen ein normales, selbständiges Leben nicht kennen und können es nicht führen!

Deshalb wünsche ich mir, dass sich die jüngeren Menschen dagegen wehren! Ich wünsche mir viele junge Menschen auf der Montagsdemo!

Gudrun Binder

Herbstgutachten: „Wirtschaftsweise“ beklagen Konsumschwäche und fordern Schrumpflöhne *(„Spiegel-Online“)*

Bremen ist pleite

1. Ich war auf der Demo gegen die Abschottung Europas und die Vorgänge in **Marokko**. Es gab sehr emotionale Beiträge. Unfassbar, was da vorgeht: Auf unbewaffnete Flüchtlinge, auf Menschen, die einen Zaun überwinden wollen, wird von beiden Seiten geschossen! Abgewehrte oder eingefangene Flüchtlinge wurden in der Wüste ausgesetzt und erst auf Internationalen Protest wieder eingesammelt. vollständig? Grund der Flucht aus Afrika sind die dort geschaffenen Lebensumstände. Das Kapital lässt dort *keine Perspektive* zu! Ein Beispiel dafür ist sicher die lebenslange Wehrpflicht, die Dienstverpflichtung nach Belieben! Ich sammle Unterschriften für ein Protestfax an die Botschaft von Marokko und das Honorarkonsulat in Bremen.

2. Eine weitere Veranstaltung in der letzten Woche, diesmal im Saal, wurde von Attac veranstaltet, unter dem Titel „**Bremen wird verkauft**“. Beispielhaft wurde der Vorgang rund um das *Siemenshochhaus* geschildert. Die Privatisierung mit Gemauschel wird vom Bremer Rechnungshof gerügt, der aber machtlos ist und nur Anmerkungen machen darf. Die *Gewoba* soll davor bewahrt werden. Anteile Bremens müssen in der öffentlichen Hand bleiben und zusammengeführt werden! Auch hier sind die GmbHs als Pakethalter tätig. Die Bedeutung der Gewoba für die ALG-II-Bezieher wurde angesprochen und der Zusammenhang „Mieten runter, Dividende runter“. Die *Krankenhäuser* unter Aufsicht des Senats zu privatisieren, ist eine Farce!

In der Debatte wurde herausgearbeitet, dass die *Abgeordneten* sich verpflichten mussten, genauso wie Senatorin Röpke abzustimmen. Falls die Abgeordneten davon abweichen wollen, müssen sie dies vierzehn Tage vorher schriftlich anmelden. Dieser Zeitraum reicht für die Neubesetzung! Wie habe ich das noch im Ohr: Der Volksvertreter ist nur seinem Gewissen verantwortlich! Auch dieses Drucksystem funktioniert nur, weil die Abgeordneten sich nicht wehren oder postensüchtig sind! Wo eine Privatisierung hinführt, haben wir täglich mit der *SWB* vor Augen: Kostenerhöhung für den Bürger, Lohnsenkung, Personalabbau. Ein weiteres Negativbeispiel ist jetzt der vorgeschlagene Verkauf der Autobahnen!

3. Frau Röpke rudert zurück: **Massenumzüge** sind nicht durchsetzbar! Jedes Modell, jede Variation erntete nur Protest, da half auch keine Rosinenpickerei aus dem Gutachten der Gewos, auch kein Wir-können-nicht-anders. Von 9.000 Fällen ist nun auch bei Frau Röpke nicht mehr die Rede, eigentlich waren es ja über 10.000 gemäß Gutachten. Jetzt wird kleingerechnet: Wer bis zehn Prozent über der Angemessenheitsgrenze liegt, könnte ja wohnen bleiben, außerdem wisse man noch gar nichts über die näheren Lebensumstände.

Vergessen werden von Frau Röpke aber nach wie vor die Betroffenen mit Wohneigentum. Trotzdem wollen wir Klarheit, nämlich die amtliche Feststellung: Jawohl, die Mietüberschreitung wird akzeptiert! Längere Fristen für die Kostensenkungsaufforderung sind keine Lösung! Lasst uns gemeinsam überlegen, warum die eigene Wohnung ein sicherer Ort zum Wohlfühlen sein muss! Die **Wohnung** genießt den Schutz des Grundgesetzes!

4. „Eine bessere Stimmung der Wirtschaft in Bremen“ vermeldet der „Weser-Kurier“ am 15. Oktober 2005, aber der Arbeitsmarkt geht leer aus! –

Die Notenbanker denken nach und stellen fest: Die erhöhte wirtschaftliche und finanzielle Unsicherheit hat zu auffallend umfangreichen Portfolio-Umschichtungen geführt. Die Folge ist eine Aufblähung der Geldmenge M3! Damit entwickelt sich Europa in die falsche Richtung: Die *Inflationsrate* liegt bei 2,5 Prozent, Ziel war 2,0. Die Zinsen bleiben vorerst unten, aber die Anleger haben kein Vertrauen in die Zukunft: Das Geld wird verfügbar gehalten, teilweise auch wegen der Aussicht auf höhere Zinserträge. –

Finanzsenator Nußbaum schätzt unterm Strich 13 Milliarden Euro Schulden, elf aus dem Haushalt, zwei aus Sondervermögen, den Gesellschaften und Eigenbetrieben. Bremen ist *pleite*! Eine normale Stadt wäre bereits kreditunwürdig. Die Gebietskörperschaftsreform wird Bremen einholen! –

2006 werden **Studiengebühren** für Langzeitstudenten eingeführt: 14 Freisemester gibt es für Bremer, aber nur zwei für die auswärts wohnenden Studenten. Entsprechende Verfahren hat die Hamburger Regierung bereits verloren. Was bezwecken die Bremer Senatoren mit einer nicht haltbaren Regelung? Die Einführung der Studiengebühren, nun leider für alle, aber man hatte doch die gute

Absicht! Vielleicht haben sich auch bis dahin einige Studenten nach Bremen umgemeldet. –

Herr Lemke hat der Uni jegliche Neueinstellung von Professoren untersagt. Ausnahmen müssen beantragt werden. Jetzt wird gespart: 31 von 276 *Professorenstellen* bis 2015! Sind damit die Sparanforderungen erfüllt? Können jetzt wieder Neueinstellungen erfolgen? Selbstverständlich bleiben die Einsparungen ohne jede Auswirkung auf die Qualität! Hat Lemke auch an den doppelten Abi-Jahrgang gedacht? Mir scheint es, als wenn die Leistungsfähigkeit der Uni zielgenau zu 2011/2012 reduziert wird! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir reden darüber!

Hans-Dieter Binder

Das Merkel hat zu tun (Ich wollt, ich wär ein Huhn)

(Moink-moink-moink-moink, moink-moink-moink-moink, moink-moink-moink-moink, moink!

Moink-moink-moink-moink, moink-moink-moink-moink, moink-moink-moink-moink, moink!)

(Refrain:) Daaas Merkel hat zu tuuun (moink-moink), die Wirtschaft braucht mehr Booom (boink-boink), der Bundeshaushalt steckt im Schlick, die Bonzen werden dick!

Es lockt uns auf der Weeelt (moink-moink) kein Job mehr und kein Geeeld (boink-boink), denn wir sind glücklich arbeitslos, und schlafen tun wir bloß!

Wir gehen niiie mehr ins Bürooo, wir werden däääämlich aber froh, drum haaaben wir gedaaacht...

Daaas Merkel hat zu tuuun (moink-moink), die Wirtschaft braucht mehr Booom (boink-boink), der Bundeshaushalt steckt im Schlick, die Bonzen werden dick! (Refrain-Ende)

Das Merkel ist jetzt Kanzler hier, das Kürzeln ist sein Zweck, doch hat es etwas im Visier, die Bonzen fressen’s weg!

Es gräbt und wühlt im Steuerloch und sucht das Geld im Schlamm, es hat noch nichts gefunden, doch vielleicht liegt’s mittenmang!

(Refrain...)

Die Unternehmen schmeißen raus, das Merkel grunzt gar sehr, und ist es wirklich auch ein Graus, wir werden immer mehr!

Steckt die Statistik dann auch noch im nächsten Jahr im Dreck, trotz reformiertem Arbeitsmarkt, ist Merkel wieder weg!

(Refrain...)

(Moink-moink-moink-moink, moink-moink-moink-moink, moink-moink-moink-moink, moink!

Moink-moink!)

Gerolf D. Brettschneider: Das Merkel hat zu tun (Ich wollt, ich wär ein Huhn)

Krach in Bremens Großer Koalition: Designierter SPD-Bürgermeister Böhrnsen wirft CDU „neoliberale Verirrung“ und „einfältige Sozialpolitik“ vor *(„Spiegel-Online“)*

Wir gehen mit 58 nicht in den Vorruhestand!

Es wird kälter, der Freimarkt kommt. Zwischen Radfahrern, zu Füßen von Scherf und Bismarck, trafen wir uns ab 17:30 Uhr auf dem „Grasmarkt“ am Dom, einige Schritt von unserem Stammplatz beim Roland entfernt. Erst waren es nur wenige, dann aber kamen doch wieder etwa 50 Teilnehmer zur 58. Bremer Montagsdemo zusammen.

Wandelnde „Hartzer Käse“, mit Zetteln und Plakaten verziert, machten auf uns aufmerksam. Den fröhlichen Schluss bildete das italienische Lied „O liolio la“, von einer Mitstreiterin schwungvoll vorgetragen.

Wir rufen auf: Kommt alle mit zur Demo, zum **Sternmarsch** am **5. November** nach **Berlin**! Wer in unserem Bus mitfahren möchte, melde sich bitte bei Jobst Roselius, Telefon 0421-70 56 87. Die Fahrpreise liegen zwischen 7 Euro für ALG-II-Bezieher und 25 Euro für Vollverdiener.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Krach in Berlins Großer Koalition: Designierter CDU-Verteidigungsminister Jung fordert allgemeinen Arbeitsdienst zur „Herstellung von Wehrgerechtigkeit“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

59. Bremer Montagsdemo
am 24. 10. 2005

Schickt Ochsen in die Politik!

Könnten wir jetzt Ochsen und Kühe für vier Jahre wählen, dann würde es uns in dieser Zeit auch nicht schlechter gehen! Die Wahlbeteiligung wäre sogar groß! Politiker, schickt eure „besten“ Leute lieber in Hartz IV! Macht Platz für Ochsen und Kühe, die euch dann zeigen, wo es langgeht!

Die Tiere sind genügsam, sie nehmen nur das, was sie kriegen und stehlen nicht! Sie würden Futter nicht zum Fenster hinauswerfen! Sie brauchen auch keine geheimen „Fördergelder“ von vielen Millionen Euro für Privatbetriebe oder zur Sanierung von Schlössern! Das wissen vielleicht sogar Ochsen, dass dadurch die demokratische Kontrolle verletzt wird!

Die Bahn würde von Ochsen auch keine Fördermittel aus Steuergeldern erhalten, denn sie verschrottet Lokomotiven und Waggons, die aus der Werkstatt kommen und noch bis zu sechs Jahren TÜV haben! Neue Ersatzteile eingebaut, frisch renoviert und dann ab in den Schrott, aus lauter Konkurrenzdenken heraus! Ein Käufer wäre da und könnte Millionen Euro zahlen, aber nein, es soll nicht sein!

Ochsen und Kühe könnten auch nicht im Sozialbereich weiterkürzen und der Spitzenwirtschaft noch Geschenke machen! Ja, und uns Rentnern ginge es mit Ochsen in der Politik auch nicht schlechter, denn eine Rentenerhöhung ist in den nächsten vier Jahren wohl nicht zu erwarten!

Ursula Gatzke (parteilos)

Urknall-Theorie: Soll die Lehre vom ersten und letzten Tag das Nachdenken über die Weiterentwicklung der Welt unterbinden? *(„Rote Fahne“)*

Jubelpflicht: Bremer CDU fordert Nationalismus statt Demokratie *(„Stattnetz“)*

Wo bitte ist das Tafelsilber?

Das kann einen schon aufregen: Da schreibt so ein junger FDP-Politiker im Internet, die Alten, gemeint sind die Rentner, sollten etwas von ihrem „Tafelsilber“ abgeben, damit die Jugend nicht alle Schulden allein tragen müsse! Sein Name: Jan Dittrich, Student. Welch ein Hohn!

Die Eltern ermöglichen den Kindern das Studieren, und wenn sie sich nach 40 oder 45 Jahren auch einmal selbst etwas gönnen wollen, heißt es: Nein, ihr habt genug! Mir ist bewusst, dass die Politik hier Alt und Jung gegeneinander ausgespielt, und ich habe nicht die Absicht, mich darauf einzulassen!

Die Älteren, die ihr Jugendlichen jetzt für die angebliche Misere mitverantwortlich macht, haben euch Ausbildung und ein Leben im Wohlstand ermöglicht und dafür selbst verzichtet! Sonst würdet ihr heute noch mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, so wie mein Vater, jeden Tag 30 Kilometer, was natürlich auch viel gesünder wäre! Wir würden leben wie vor 50 Jahren, denn Technik und Politik hätten Stillstand! Die meisten Ideen und der Fortschritt kommen durch das Lernen, das wir euch ermöglicht haben!

Könnt ihr nicht abwarten? Wenn wir so reich sind, erbt ihr doch diesen Reichtum! Wir mussten uns alles schwer erarbeiten. Doch nun, da ihr es besser habt, wollt ihr zulassen, dass wir Alten schlechtere Lebensbedingungen bekommen! Doch wenn wir nichts mehr haben, können wir nichts mehr geben, und auch eure Kinder können wir nicht mehr unterstützen.

Liebe Mitbürger, sorgt dafür, dass die Rentner nicht noch mehr Einbußen haben und dass die Jugend Arbeitsplätze mit fairen Löhnen bekommt! Es wäre ein Fehler, den sogenannten Alten etwas wegzunehmen, die euch immer über Wasser gehalten haben. Wir könnten auch alles verjubeln, was wir angeblich haben, denn es ist unser Eigentum, entstanden durch unserer Hände Arbeit!

Überlegt es euch gut, bevor ihr uns noch mehr nehmt. Fest steht, es ist die Manager-Generation, der wir das Studieren ermöglicht haben, die jetzt die Arbeitsplätze vernichtet. Sozial wäre es, auch einmal *darüber* nachzudenken, Herr Dittrich!

Udo Riedel (parteilos)

Wir sollen schweigen zum Sparen auf unsere Kosten

Letzte Woche habe ich in meiner Heimatstadt Mannheim die Mitglieder der Arbeitsloseninitiative besucht. Die Diakonie lässt ihr Gebäude abreißen und baut ein Haus der Kirche dort mit hin. Der Arbeitslosentreff soll in eine andere Kirchengemeinde abwandern. Aber wer kommt in ein Café rein, das „so weit ab vom Schuss“ liegt? Könnte es sein, dass es der offiziellen Kirchenleitung nicht genehm ist, dass sich Arbeitslose gegen die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 aussprechen? In den Gemeinden der vorgeblichen „Volkskirche“ sind Menschen aus der Mittelklasse vertreten, denen ein sozialer Abstieg wie in Argentinien droht. Heute sind dort über 60 Prozent der Bevölkerung arm! Wann ist das bei uns so?

Bei der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales meldete ich mich von meinen Urlaub zurück. Die Sachbearbeiterin sagte zu mir: „Wenn Sie Arbeitslosengeld II erhalten, müssen Sie doch an einer Maßnahme teilnehmen!“. Ich antwortete, die Reha-Abteilung des Arbeitsamtes habe umfangreiche Unterlagen von mir. Sie entgegnete, sie sei ja nicht das Arbeitsamt, darum seien diese nicht da. Ich sagte: „Ja, dann fordern Sie die Unterlagen bitte mal an, das wird wohl ein dicker Aktenordner sein“, und ergänzte, dass ich bis 70 Prozent behindert bin, Gärtnerin gelernt habe und beim Arbeitsamt eine einjährige Maßnahme als Gartenarbeiterin machen sollte, doch nach einem halben Jahr aus gesundheitlichen Gründen aufhören musste.

Sie meinte, ich müsse eine Bescheinigung unterschreiben zur Entbindung von der Schweigepflicht und mich vom amtsärztlichen Dienst des Arbeitsamtes untersuchen lassen, ob ich mehr als drei Stunden am Tag arbeiten könne. Ich sagte ihr, dass ich beim Gericht auf eine Erwerbslosenrente klage. Sie entgegnete, dann müsse sie so lange warten, bis das Sozialgericht entschieden habe. Erst hat das Arbeitsamt meine Erwerbsunfähigkeit festgestellt. Der Rententräger verweigert dies, um Geld einzusparen. Danach erklärt einen das Arbeitssamt wieder für gesund, und das Spiel geht von vorne los: Das Gericht will auf einmal, dass ich mich untersuchen lasse. Jede Behörde will auf unsere Kosten sparen!

Jetzt sollen 40 Milliarden Euro im Jahr eingespart werden! Wie wäre es damit, die Gelder für die Rüstung von 24 Milliarden und die 20 Milliarden an Steuergeschenken für die Unternehmen zu streichen? Die Länder der Welt sind alle gemeinsam in der Schuldenfalle gefangen! Was wir benötigen, ist ein Wirtschaftssystem, das die gesellschaftlichen Produktionsmittel in die Hände derer gibt, die produzieren! Ein demokratisches Wirtschaftsystem, das solidarisch ist

und Konflikte friedlich löst! Eine basisdemokratische Kirche ohne Bischöfe wie in der Schweiz und einen Dialog zwischen den Weltreligionen! Dass Gewerkschaften international zusammenarbeiten mit kirchlichen Organisationen und Gruppen der Naturschutz-, Friedens- und Abrüstungsbewegungen! Eine neue Arbeiterbewegung! Globalisierung „von unten“ mit all denen, die erkennen, dass der Kapitalismus keine Alternative bietet! Wir benötigen eine Alternative zum Kapitalismus!

Bettina Fenzel (parteilos)

Ein Blick hinter die Kulissen

Gemeint sind die Kulissen des Theater am Goetheplatz, des Bremer Theaters. Wir schreiben das Jahr 2002: Das Theater wird gerade von Grund auf renoviert, richtig schön. Der Senat möchte die neu errungene Schönheit auch schöner pflegen. Um dies zu erreichen, wird bremisch gehandelt, das heißt eine neue Gesellschaft wird gegründet, am 1. September 2002, die Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co KG, eingetragen am 17. November 2002!

Die Geschäftsführung erfolgt durch die des Theaters, der Wert des übernommenen Grund- und Bodens mit den Gebäuden wird mit den Buchwerten übernommen. Die Position Anzahlungen und Anlagen im Bau zeigt: Es wurde begonnen. Inzwischen hat diese neue Gesellschaft den Jahresabschluss per 31. Dezember 2004 erstellt; dazu wurde ein Rumpfwirtschaftsjahr vom 1. August bis zum 31. Dezember 2004 gebildet. Der Prüfungsbericht der Abschlussprüfer sagt, dass diese Gesellschaft für jede größere Aktion auf Zusatzmittel angewiesen ist. Die Eigenkapitalquote beträgt unter 0,2 Prozent: 25.000 Euro Eigenkapital bei 15.963.169,08 Euro Bilanzsumme! Doch der Gesellschaft wurde nicht nur sehr begrenzte Handlungsunfähigkeit durch die Abschlussprüfer attestiert, nein, diese Gesellschaft hat aktuelle Sorgen!

Der Planer für die elektrischen Anlagen hat Mehrkosten von 400.000 Euro angekündigt, ein Sachverständiger soll dies Überprüfen. Bezahlt werden kann nur, wenn zusätzliche Mittel bereitgestellt werden! Diese Eventual-Verbindlichkeit war somit bei der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt! Ich vermisse die Rückstellung dafür! Insgesamt sind nur 29.400 Euro als Rückstellungen ausgewiesen! Fertig ist der Bau am 31. Dezember 2004 noch immer nicht: Die Aufwendungen stehen unter Anzahlungen und Anlagen im Bau, mit jetzt etwas über 15 Millionen, bei Kassenstand 394.161,93.

Soweit ich weiß, ist der Umbau des Theaters inzwischen fertig. Ein Anzahlungskonto ist mit der Inbetriebnahme aufzulösen! Für die noch nicht abgerechneten Leistungen sind entsprechende Verbindlichkeiten einzubuchen! All dies ist hier nicht geschehen! Der Grund ist nicht ersichtlich, aber das Testat ist somit in Frage zu stellen! Die Wirtschaftsprüfer hätte sicherlich gerne bei der Bewertung der Restposten Hilfestellung geleistet, oder wäre dann bereits öffentlich geworden, was man unter der Decke hält?!

Ein Unternehmer, ein Betrieb, hat gerne für Grund, Boden und Gebäude eine Extrafirma, damit dem Unternehmer gegebenenfalls das Gebäude mit Grund und Boden erhalten bleibt. Dieser Unternehmer nennt bei einer Ausgliederung der Gebäude einen anderen plausiblen Grund und ist gut beraten, wenn er bei dieser Aktion die *tatsächlichen* Werte zu Grunde legt und nicht die Buchwerte! Die Freie Hansestadt Bremen hat zum Buchwert übergeben und damit der abgebenden GmbH die Wertsteigerung vorenthalten. Wäre die Übergabe von Grund und Boden mit Gebäuden zum Zeitwert erfolgt, dann wäre das Bremer Theater jetzt wohlhabend und die Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG hätte entsprechende Verbindlichkeiten.

Aber auch bei der Übergabe zum Buchwert hat sich das Anlagevermögen der abgebenden GmbH, des Bremer Theaters, erhöht oder verändert: Am 31. Juli 2001 hatte das Bremer Theater für Grundstücke 238.351,20 Euro und für Anzahlungen 3.708.602,89 Euro in der Bilanz; das war vor der Spaltung. Am 31. Juli 2003 hatte das Bremer Theater für Grundstücke 1.481.200,58 Euro und für Anzahlungen 8.318,29 Euro in der Bilanz. Somit hat das Bremer Theater circa 1.200.000 Euro zu den Umbaukosten beigetragen! Das Bremer Theater hat per 31. Juli 2003 die Bilanz veröffentlicht: Das Eigenkapital beträgt 203.442,79 Euro, das sind 2,7 Prozent der Bilanzsumme von 7.548.530,29 Euro.

Per 31. Juli 2003 wurde den Geschäftsführern der Bremer Theater GmbH den Herren Lutz-Uwe Dünnwald und Prof. Dr. Klaus Pierwoß, wie in den Vorjahren Entlastung erteilt, auf der Gesellschafterversammlung am 5. Juli 2004. Den Geschäftsführern Entlastung erteilen heißt, die Arbeit zu akzeptieren. Dies ist ein Rechtsakt! Spätere Rückgriffe für schlechte Arbeit sind nur noch bei vorsätzlicher Täuschung möglich.

Der Jahresabschluss per 31. Juli 2003 hat als Anlage einen Lagebericht für den Zeitraum 2002/2003, unterschrieben von den beiden Geschäftsführern. Hieraus einige Zitate: „Wie in den Vorjahren war die Gesellschaft abhängig vom Zuschuss der Stadtgemeinde Bremen. (...) Die Planung der Spielzeit 2002/2003 sah einen Jahresüberschuss von 465.000 Euro vor. (...) erzielte operative Ergebnis 462.000 Euro (...) Durch die Bilanzierung eines erstmaligen Festwertes (...) von 216.000 Euro konnte das Jahresergebnis positiv beeinflusst werden. (...) die nicht kassenwirksamen Forderungen gegenüber der Freien Hansestadt Bremen, die aus Verlusten der Geschäftsjahre 1995/96 und 1997/98 (...) in Höhe von 235.000 Euro ausgebucht, weil aus heutiger Sicht ein aktivierungspflichtiger Anspruch nicht besteht“.

Die Bildung des Festwerts und die Ausbuchung der Forderungen gegenüber der Freien Hansestadt Bremen sind ein bilanzieller Kunstgriff. Für die Spielzeit 1995 bis 1998 wird jetzt ausgebucht. Für 1996 bis einschließlich 2002 wurden diese Forderungen von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und für richtig befunden. Die Jahresabschlüsse wurden vom Aufsichtsrat genehmigt, und den Geschäftsführern wurde Entlastung erteilt, alle Jahre wieder!

Nun zurück zu dem Lagebericht: „Durch die Zusage des Senators für Inneres, Kultur und Sport der Freien Hansestadt Bremen, den Spielzuschuss auf der Basis von 1999 weiterzuzahlen, kann die finanzielle Situation durch die Übernahme der tariflichen Teuerung auch für die Spielzeit 2003/2004 als gesichert angesehen werden. Für die nächsten drei Spielzeiten werden die kalkulierten tariflichen Teuerungen durch die Übernahme der Kreditverbindlichkeiten zum 1. Juli 2003 für die Probebühne durch die Stadtgemeinde Bremen voraussichtlich gedeckt sein. Unsere Liquiditätslage ist aber weiterhin so angespannt, dass wir regelmäßig einen Teil der zur Finanzierung zukünftiger Ausgaben von der Stadtgemeinde Bremen erhaltene Abschlagszahlungen für laufende Ausgaben verwenden müssen.“

Dies spricht Bände! Trotz der klaren Aussage, die Mittel anders zu verwenden, wurde den Geschäftsführern die Entlastung erteilt. Der Herr Senator will das Theater wohl hängenlassen! Die weitere Anlage zum Jahresabschluss ist der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers: „Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. (...) Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar“, am 25. Februar 2004 von den Wirtschaftsprüfern unterzeichnet. Ein Umsatzvolumen von 30,7 Millionen Euro wurde erzielt! Eine Eigenkapitalausstattung von 203.442,79 Euro ist dabei *lachhaft*, dies sind nicht einmal drei Prozent der Bilanzsumme! Die Banken empfehlen eine Eigenkapitalausstattung von 30 Prozent, somit über zwei Millionen Euro!

Die Akte beim Amtsgericht hat viele Anmerkungen über die eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Theaters. Für nicht genommenen Urlaub ist bilanzrechtlich eine Rückstellung zu bilden, das Theater benötigt dafür vorher eine Kostenbewilligung der Hansestadt Bremen. Das gleiche gilt für anteiliges Urlaubs- und dreizehntes Gehalt. Der Einblick in die Akte, diese wenigen Details haben die Anmerkung von Herrn Dünnwald für mich glaubwürdig gemacht.

Der „Weser-Kurier“ meldet am 20. Oktober 2005: „Ich habe nicht unsauber gewirtschaftet! Für den anerkannten und genehmigten Bedarf fehlten die Mittel im Kulturetat seit Jahren! Ab Oktober gibt es kein Geld mehr! Es erfolgt eine Zwischenfinanzierung übers eigene Konto und Ausgleich im neuen Wirtschaftsjahr!“. Warum hat Herr Pierwoß sich so gegen seinen Mitgeschäftsführer geäußert? Wer hat daraus einen Vorteil? Wer hat die Informationen aufbereitet? Die beiden sollten direkt miteinander reden!

Ein bekanntes Mittel ist die Abservierung der Geschäftsleitung, bevor die Belegschaft zur Ader gelassen wird. Dies ist dann wesentlich einfacher, besonders

wenn man die Geschäftsleitung noch entzweien kann! Das bekannteste Opfer sind die Mitarbeiter des Bremer Vulkan. Die Drohung mit der Insolvenz wurde auch bei der Bremer Straßenbahn angewandt: Die Stadtgemeinde Bremen übernimmt alle Jahre den Verlust des Wirtschaftsjahres ohne rechtsverbindliche Zusage und scheinbar sehr zögerlich.

Als die EU den Subventionsabbau für den öffentlichen Nahverkehr einforderte, wurde die Straßenbahn-Belegschaft mit der Drohung der Vertragsaufkündigung bei Insolvenz unter Druck gesetzt. Auch hier war der Tarifvertrag nicht verhandelbar: Einige Busse vor den Depots, dadurch kein öffentlicher Nahverkehr, und schon wurde eine Einigung gefunden, es gibt Tarifänderungen für Neue, und über das Übrige wurde nicht viel geredet. Die Einsparziele werden von der Belegschaft erreicht! Ähnlich werden bei den Krankenhäusern zehn Prozent Lohnkürzungen eingefordert und mit Verkauf der Krankenhäuser gedroht. Wer unwirtschaftlich arbeitet, geht in Insolvenz!

Wenn Herr Dünnwald seine Aussage durch die entsprechenden Bewilligungen beweisen kann, hat der Senator noch schlechtere Karten! Das Theater benötigt laut „Weser-Kurier“ vom 21. Oktober 2005 aktuell eine Bürgschaft über zwei Millionen Euro zur Kreditabsicherung. Die Rückzahlung des Kredits erfolgt im neuen Jahr durch das Theater! Soweit die Personalvertreter; dies entspricht der Aussage von Herrn Dünnwald. Hat die Buchhaltung des Theaters bereits eine Ausstellung aller Bewilligungen des Senators und die jeweiligen Zahlungseingänge erstellt? Eine solche Dokumentation kann die Bürgschaftserklärung überflüssig machen. Der Senator hätte dadurch die schlechtesten Karten, und mir fällt überhaupt kein Argument für sein Ansinnen ein!

An dem Tag, als der Aufsichtsrat keine Lösung für das Theater fand, hatte der Senator noch einen weiteren Kulturtermin im Güterbahnhof: Die Fortsetzung der Bewerbung zur Kulturhauptstadt als Stadtwerkstatt. Wir erinnern uns: Senator Jörg Kastendiek hat sieben Millionen Euro gefunden! Es waren Reste der Kulturhauptstadtbewerbung. Sieben von 60 Millionen? Bereits damals hatte der Senator das Theater auf dem Kieker, bremisch gesagt! Herr Heller soll das Konzept Stadtwerkstatt konkretisieren. Durch diese Fundsache von sieben Millionen Euro wird der Kulturetat dadurch *nicht* belastet. Eine Rückgabe der Fundsache hätte den Etat aber bestimmt *ent*lastet und endlich die Zahlungszusagen an das Theater erfüllen, eventuell auch die längst überfällige Eigenkapitalerhöhung finanzieren können! Als nächster Termin für die Weichenstellung Stadtwerkstatt wurde der 1. November 2005 genannt, dann soll auch über das Theater entschieden werden.

Ein Theater gibt es schon lange in Bremen, ein sehr gutes Theater mit einem eigenwilligen Künstler als Geschäftsführer! Sparsam hat er gewirtschaftet und Geld eingespart, aber er hat auch viele Streitgespräche zur Abwendung von Mittelkürzungen durch Überzeugung für sein Theater entschieden. Nun geht er, und der Senator schubst kräftig! Als Senator will er ein Markenzeichen. Aufrechterhaltung des guten Theaters ist nichts Neues! Stadtwerkstatt, das ist geil, weil

neu. Das ist Kastendiek! Einen anderen Grund gibt es wohl nicht! Beides nebeneinander scheitert wohl am Senator Kastendiek!

Humor hat Herr Kastendiek nicht, wie ich der „TAZ“ vom 22. Oktober 2005 entnehme, oder doch ein schlechtes Gewissen! Er sollte Senator des Herzens werden: Unter der Aufschrift „Der Kultursenator der Hansestadt Bremen und Gertrud Schleising“ sollten Reklamewände mit rosa Herzen verziert werden und gute Vorsätze wie „Ich will glücklich werden“ oder „Ich will alles so schön wie möglich machen“ plakatiert werden. Die Aktion (eine Projektidee der Stadtwerkstatt?) hat erst einmal Weißfläche. Demnächst wird geklebt, am 1. November 2005, allerdings mit neuer Aufschrift „Hanseatische Kulturkammer“ statt Senator Kastendiek. Zwar gibt es diese Kulturkammer gar nicht, aber was schert das einen Senator!

Ein Jahr ist eine lange Zeit! So lange hat der Wirtschaftsplan des Theaters auf der senatorischen Dienststelle gelegen, wie Herr Pierwoß festgestellt hat! Der Senator hat sich dazu nicht geäußert. Vier Millionen sind nun als Fehlbetrag übereinstimmend festgestellt worden, soweit das Ergebnis der Aufsichtsratsitzung aus der Sicht des Senators, je zu einem Viertel durch Dünnwald und Pierwoß verursacht. Bleiben immer noch zwei Millionen für den Senator über, oder? Das Theater hat abgewirtschaftet. Der Kaufmännische Direktor hat sich verrechnet. Das kommt vor; Rechenfehler sollten aber spätestens bei der Vorlage zur Genehmigung entdeckt werden! War es wirklich nur ein Rechenfehler oder nur der genehmste Faktor?

Ich habe mir überlegt: Geschäftsführer beim Bremer Theater wäre ja nicht schlecht. Ich habe mir wie immer, bevor ich mich bewerbe, den Gesellschaftsvertrag angesehen: Nee! Bei einer solchen Gesellschaft will ich mich nicht bewerben! Die Geschäftsführer können ja überhaupt keine Entscheidungen treffen: Alles muss vorgelegt und abgesegnet beziehungsweise genehmigt werden! Der Gesellschaftsvertrag wurde am 24. Oktober 2002 in geänderter Form abgeschlossen, er ist 13 Seiten lang und stammt gemäß Ablagemerkmal des Textsystems aus dem Jahre 1996. Als Änderung gekennzeichnet wurde § 2 Abs. 2: „Die Gesellschaft kann sich an (...) beteiligen, (...) insbesondere an der Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG. Anmerkung: Die Gründung erfolgte zum 1. September 2002“. Dies ist die einzige Kennzeichnung auf den 13 Seiten!

Der Euro wurde ab 1. Januar 2002 eingeführt, aber alle Wertangaben in diesem Gesellschaftsvertrag sind unverändert in DM dargestellt! Wertangaben in DM wurden nur bis zur Euro-Einführung automatisch in Euro umgerechnet. Verträge mit DM nach der Euro-Einführung sind angreifbar, die Nennung von DM-Beträgen ist ungültig, eventuell die entsprechende Klausel oder der gesamte Vertrag. Nach dem Inhalt des Gesellschaftsvertrages kann ein solcher Vertrag nur vom Senator angestoßen werden. Er ist sehr schlampig gearbeitet!

Im § 6 Abs. 5 steht, dass der Geschäftsführer alles darf, was der Betrieb eines Theaters so mit sich bringt, doch ab § 5 a) – n) fangen die Einschränkungen an: „Nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates: a. Eintrittspreise und Freikarten, b. Grundstückskauf, -verkauf, -belastung, c. Pacht oder Mietverträge länger als

ein Jahr, d. Aufnahme von Darlehn über 50.000 DM, e. Gewährung von Darlehn über 2.500 DM, f. Sicherheiten einräumen, Bürgschaften, g. Wechselverbindlichkeiten, h. Beteiligungen, i. Auftragserteilung für investive Maßnahmen (...) über 50.000 DM, (...) wenn sie nicht im genehmigten Wirtschaftsplan eingeplant worden sind, j. Erteilung von Prokura und Handlungsvollmachten, k. Einleitung von Rechtsstreitigkeiten (...) mehr als 50.000 DM Gegenstandswert, Vergleiche jeder Art, Verzicht auf Forderungen über 10.000 DM, l. Fest- und Termingelder, m. Abschluss oder Änderungen von Mitarbeiterverträgen oberhalb BAT III sowie außerhalb des Tarifvertrages; Verträge mit künstlerischem Personal sind zulässig, wenn diese die Laufzeit des Dienstvertrages des Generalintendanten nicht überschreiten, n. Beraterverträge."

Der Aufsichtsrat kann diese Liste erweitern, außerdem kommen bestimmte Feinheiten in den Geschäftsführervertrag! Wie gesagt, alles in DM, alles angreifbar, eventuell vollständig ungültig. Formulierungsfehler in Verträgen gehen immer zu Lasten des Auftragsgebers, somit zu Lasten des Senators. Gemäß § 6 Abs. 7 haben „die Geschäftsführer vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan (Finanz-, Investitions- und Personalplan) der Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr aufzustellen, der der Zustimmung des Aufsichtsrats und des für die Gesellschaft zuständigen bremischen Senatsressorts (Fachressort, zur Zeit Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport) bedarf". In § 6 Abs. 8 heißt es: „Die Geschäftsführer berichten (...) dem Aufsichtsrat". Woher kommen jetzt die Überraschungen? Alles vorher beantragt und genehmigt, oder nicht gelesen? Darunter fällt sicher auch die Anmietung des Waldau-Theaters!

Fazit der Geschichte: Herr Senator Kastendiek brauchte einen Aufhänger. Er will die Einsparungen gemäß Solidarpakt auch gegen den Willen der Gewerkschaften realisieren. Er vertraut auf das Sicherheitsbedürfnis der Mitarbeiter, hat ein erhebliches Schadenersatzrisiko und riskiert den Verlust des Theatergrundstücks mitsamt des Gebäudes! Er wird sein Nichtwissen begründen müssen, sein Nichtwissenwollen oder Unvermögen. Senator Kastendiek kann einen Insolvenzantrag nur mit dem Eingeständnis des eigenen Unvermögens stellen und wird seinen Hut nehmen müssen. Sein Nachfolger kann auch einen Insolvenzantrag wieder zurückziehen.

Die jetzige Politik ist ein Ränkespiel zu Lasten der kleinen Leute! Verlieren werden alle Beteiligten, leider nicht nur der Senator. Darum geht mit dem Theater auf die Straße und geht *ins* Theater! Das Theater spielt weiter! Zeigt es dem Herrn Senator: Wir sind für das Theater! Theater gibt es auch am Richtweg, Betreiber ist die Hanseatische Veranstaltungs-GmbH, ebenfalls eine Gesellschaft des Senats. Anlässlich des Jahresabschlusses hat die HVG darauf hingewiesen, im laufenden Geschäftsjahr werde ihr Eigenkapital verbraucht sein! Mitarbeiter, zieht euch warm an! Nach den neuesten Nachrichten werden die Bewilligungsbescheide immer wahrscheinlicher, die nicht eingelöst wurden, somit ein wortbrüchiger Senator, wenn dies stimmt, ein Trickser und Schummler, ein voll regresspflichtiger Mit-

bürger! Vorsätzlich Schädigende haften auch mit ihrem Privatvermögen! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Hans-Dieter Binder

Lodern statt Fordern: Arbeitsloser „sanktioniert“ Agentur *(„Spiegel-Online“)*

Vom Schönsprech zur Volksverhetzung

Schon lange wird der Sozialkahlschlag von Politikern und Medien schöngeredet. Dem Kapital genügt die wirtschaftliche und politische Macht nicht, es will auch die Herrschaft über die Sprache! Dazu wird sie so lange mit neuen Begriffen vergewaltigt und verbogen, bis eine völlig andere Sprache entsteht. Immer neue Wörter werden erfunden, immer mehr alte in ihr Gegenteil verkehrt. Es gilt, durch ständige Wiederholungen per sprachlicher Gehirnwäsche das Bewusstsein der Abhängigen so zu verändern, bis sie jeden Schwachsinn glauben, und diejenigen zu diffamieren, die dagegen Widerstand leisten! Hier einige Beispiele aus dem Arsenal der Wortverdreher, die ich der Zeitschrift „Ossietzky“ entnommen habe.

„Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ nennt Angela Merkel die Einschränkungen des Kündigungsschutzes. „Kreative Steuergestaltung“ ist für die Konzerne der Finanzamtsbeschiss und die Begünstigung durch Steuergeschenke. „Umstrukturierung“ bedeutet massenhafte Entlassungen, was ja nicht ganz neu ist. „Optimierungspolitik“ nennt die Deutsche Post AG ihre Rausschmisse. „Problembürger“ sind für Gerhard Schröder die seiner Ansicht nach arbeitsunwilligen Erwerbslosen. „Zwangsbeglückung“ nennt der Mannheimer Jura-Professor Volker Rieble die Gründung von Betriebsräten. „Logistische Belastung“ sind für Dieter Philipp aus dem Präsidium der Handwerkskammer die Feiertage innerhalb der Arbeitswoche. „Verzerrung des Wettbewerbs“ bedeutet für den BDI die Entlohnung nach Tarifrecht. „Verweigerungshaltung“ nennen Unternehmer und Meinungsmacher das Bestehen der Gewerkschaften auf Erfüllung von Tarifverträgen.

„Flexibilisierung des aufrechten Ganges“ nannte übrigens der Kabarettist Dieter Hildebrandt einmal die Kriecherei vor der Obrigkeit! Die kleine Auswahl von 2003 aus dem „Ossietzky“ ist nicht auf dem neuesten Stand, denn die Zunft der Wortverschandler hat in ihrem unerschöpflichen Einfallsreichtum noch etliche sprachliche Bösartigkeiten hinzugefügt. Das Kesseltreiben und die üblen Ver-

leumdungen von Clement, Müntefering und Merkel gegenüber den Erwerbslosen haben jetzt die Solidarische Hilfe auf den Plan gerufen. Laut „TAZ Bremen“ vom 21. Oktober ist unser Vorstandsvorsitzender Stefan Wichmann „maßlos erbost“ über einen Report aus dem Clement-Ressort, in dem angebliche Sozialbetrüger als „Parasiten“ beschimpft werden!

In höhnischem und teils sexistischem Tonfall wird über die Betroffenen und deren Beziehungen hergezogen. Unabhängige Beratungsstellen worden verunglimpft, und die PDS muss sich als „Kumpan der Abzocker“ verleumden lassen. Die Autoren bedienen sich einer Wortwahl, die schon sehr an die Propagandasprache des Dr. Goebbels gegenüber den Juden gemahnt! Ein typisches Beispiel, wie in unserem Lande mit Menschen und mit der eigenen Geschichte umgegangen wird!

Die Zeitung zitiert Stefan Wichmann mit den Worten: „Das erfüllt in meinen Augen den Tatbestand der Volksverhetzung“. Ein Anwalt sei beauftragt zu prüfen, ob die Solidarische Hilfe Anzeige gegen Clement & Co. erstatten könne. Karin Röpke und die SPD wurden von Stefan Wichmann zu einer Stellungnahme aufgefordert, und Frau Röpke erklärte, die Missbrauchsvorwürfe seien „in der vorgebrachten Pauschalität überzogen“, Clement lasse „die Seriosität vermissen“ und laufe Gefahr, „Vorurteile gegen Arbeitslose zu schüren“.

Immerhin eine vorsichtige Kritik! Das macht aus einem (weiblichen) Saulus aber noch lange keinen Paulus und schon gar nicht eine Verbündete. Wir werden den Widerstand gegen ihre unsoziale Politik nicht aufgeben! Und den Groß-Abzockern und Groß-Betrügern statten wir demnächst einen Besuch ab: Am **5. November** auf nach **Berlin**!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Volksverhetzung: Ibrahim nix Tüdelü aber Brumm-Brumm
(„Spiegel-Online“, „Junge Welt“)

Merkel (Manta)

Ich heiß Heinz, na, der Name ist auch schnuppe, kannst mal lieber Algi zu mir sagen, weil in unsrer Konsumentengruppe heißt jeder wie das, wonach wir fragen, und ich bin abgemerkel- (merkel-, merkel-)t! Mir fehlt ein cooler Job: Ich sitz in der Hartz-IV-Schlange und studier das Angebot. (Gleich null!)

Die Bescheide kommen nie ganz automatisch, manches Mal kommt stattdessen auch Sanktion. Du weißt gleich, nun machen sie dich fertisch und schaltest um auf Transipiration: Jetzt beginnt das Gemerkel! (-merkel! -merkel!) Das Amtsdeutsch ist der Hohn, und dir wird schon ganz schön bange vor der Fron für Billiglohn. (Hau rein!)

Gerhard Schröder ist mit Nutten-Hartz gescheitert, und da hat sich das Merkel vorgeschoben. Nach der Wahl sagt Schröder, er macht weiter, doch dann wurde ihm der Zahn langsam gezogen, so was kann nur das Merkel! (Merkel! Merkel!) Stark wie ein großer Bock, packt es dann zu mit der Zange: Die Sozis voll unter Schock. (Wir auch!)

Jeden Abend, da schau ich in die Glotze, unvermeidlich seh ich diese Frau. Immer wieder krieg ich fast die Kurve und schalte um den Kanal von dem TV, denn da kommt es, das Merkel! (Merkel! Merkel!) Das ist die letzte Schau! Im Ton selbstgerecht schon lange mit dem Vorwurf, wir sind faul. (Ihr auch!)

Meine Freundin, das ist ne fixe Mutti, dabei wohn ich natürlich ganz allein. Kommt ein Hausbesucher, geht se schnell perdutti, denn sie darf nicht rein in die Bedarfsgemeinschaft für das Geld von Merkel! (Merkel! Merkel!) Die Kuhle streicht sie glatt, schleicht mit ihrem Umgehange und Zahnbürste hinten ab. (Bis gleich!)

Im Kabinett sehn sie das nicht so locker: Was Arbeit sei, das definieren sie. Demzufolge sind wir Algi-Zwo-Abzocker, wenn wir schuften in unsrer Family, denn das dient ja nicht Merkel! (Merkel! Merkel!) Da fällt dir nichts mehr ein: Wir fordern doch schon so lange Verkürzung der Arbeitszeit. (Dreißig!)

Im Hartz-IV-Amt bin ich ganz wie zuhause, der Name Algi, der is dort sehr beliebt. Das liegt daran, wenn ich so recht beschau se, dass es bei uns nur lauter Algis gibt, alle sind voll gemerkel- (merkel-, merkel-)t! Hartz IV ist nicht genug: Das Geld für deine Belange brauchst du, sonst droht der Entzug. (Der Tod!)

Gerolf D. Brettschneider: Merkel (Norbert und die Feiglinge: Manta)

Hartz V: Fordert VW-Chef Schadenersatz
für betriebseigenen Luxuspuff? *(„Spiegel-Online“)*

Kommt mit zum Sternmarsch nach Berlin!

So ein Schietwetter hatten wir noch nie bei den 58 Malen zuvor. Natürlich waren es weniger Menschen als sonst, aber immerhin um die 30, die sich ab 17:30 Uhr auf dem „Grasmarkt“ vor dem Dom zur 59. Bremer Montagsdemo trafen. Doch unter den Arkaden der Bürgerschaft waren wir alle im Trockenen, und es tönte laut gegen das Rathaus: „Trotz Sturm und Regen, wir bleiben und rufen auf, kommt mit zur Demo, zum **Sternmarsch** am **5. November** in **Berlin**!“.

Im Mittelpunkt der Beiträge stand eine Analyse der Bremer Staatsfinanzen. Das Ergebnis ist erschütternd! Was man auch nehmen will, es scheint alles auf Tricksereien und Mogelpackungen aufgebaut. Von immer mehr Seiten wird be-

scheinigt, dass dieser Senat aus Großer Koalition von SPD und CDU den Bremer Staat voll an die Wand gefahren hat!

Der Rücktritt von Scherf passierte nur, weil er sich noch einen Abgang mit „weißer Weste“ und vielleicht einer Generalamnestie verschaffen wollte, ehe die EON-Millionen ihn möglicherweise fällen. Die jüngste „Blüte“ dieser versumpften Senatspolitik ist der Versuch, die Pleite des Bremer Theaters auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen. Eigentlich müsste der ganze verkommene Senat gehen!

Themen waren natürlich auch die „Regierungsbildung“ und das Einsparen von 35 Milliarden Euro im Bundeshaushalt. Uns ist jetzt schon klar, wer das Opfer tragen soll, wenn es nach „denen“ geht, aber wir sagen nein! Wir rufen auf, kommt mit am **5. November** nach **Berlin** zum **Sternmarsch gegen die neue Regierung**! Informationen und **Fahrkarten** gibt es bei Jobst Roselius, Telefon 0421-70 56 87. Die Fahrpreise betragen zwischen 7 Euro für ALG-II-Bezieher und 25 Euro für Vollverdiener.

Am kommenden Montag, dem 31. Oktober 2005, sind wir wieder um 17:30 Uhr auf dem dann „freimarktsfreien“ Marktplatz. Mit einer Demo wollen wir gegen 18 Uhr zum Theater am Goetheplatz ziehen, um dem Ensemble und allen Beschäftigten unsere Solidarität kundzutun.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

60. Bremer Montagsdemo
am 31. 10. 2005

Deutschland am Ende

Wenn es in einem Staat für Rentner nur noch Nullrunden gibt, ist das ein Zeichen, dass dieser Staat finanziell und wirtschaftlich am Ende ist! Aber wer hat denn den Staat so runtergewirtschaftet?

Es waren nicht die Rentner oder das arbeitende Volk! Nein, es waren an erster Stelle unsere unfähigen, arroganten, schamlos habgierigen Politiker! Es war die Korruption, die seit langem Hochkonjunktur hat! Die Politiker hätten vor Jahren schon eingreifen müssen! Doch wer von ihnen steckt da nicht mit drin?

Die Korruption ist wie ein langer schwarzer Tunnel, keiner sieht mehr ein Ende! Der Staat interessiert sich nicht mehr für Gerechtigkeit! Die Politik ist nur noch diebisch verlogen, unberechenbar und aufgebläht wie ein riesiger Ballon, dem nun die Luft ausgeht! Jetzt sagen uns die Politiker: „Wer wenig hat, kann auch mit weniger auskommen“ und schicken uns in eine ungewisse Zukunft!

Wir aber fragen euch Habgierigen: Wann fangt ihr endlich an, auch von eurem Hab und Gut kräftig abzugeben? Ihr lebt doch in Saus und Braus, während ihr einen großen Teil der Menschen in Hunger und Obdachlosigkeit treibt! Ihr solltet euch öfter daran erinnern, wer eure „Brötchengeber“ sind! Das sind auch die Menschen mit den billigen Schlappen an den Füßen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Halloween in Berlin: Nahles meuchelt Müntefering –
und die Große Koalition? *(„Spiegel-Online“)*

Urknall: Detoniert die SPD? *(„Stattnetz“)*

Bravo: Reiche wollen mehr Steuern zahlen *(„Spiegel-Online“)*

Patriotismus statt Verteilungsgerechtigkeit

Deutschland hat 91 teils mehrfache Milliardäre und einige Tausend Millionäre, von denen manche kurz davor stehen, Milliardär zu werden. Diese Reichtümer sind auf Kosten des Volkes zusammengeramscht, von Sozialschmarotzern und Parasiten! Nehmt diesen Leuten nur circa 25 Prozent „ihres“ Vermögens, und das 35-Milliarden-Euro-Loch im Bundeshaushalt ist gestopft, ohne Heulen und Zähneklappern beim Volk! Aber was machen die Politiker?

Die CDU geht in die Offensive: Schon kleine Kinder sollen die Bedeutung von „Einigkeit und Recht und Freiheit“ lernen. Die Union will den Nationalstolz wecken, indem Erst- bis Viertklässler das „Lied der Deutschen“ einüben! Auch ein Sozialdemokrat, Herr Lemke, verantwortlich für Bildung in Bremen, meint laut „Weser-Kurier“ vom 23. Oktober 2005: „Ich halte es für selbstverständlich, dass die Schülerinnen und Schüler die dritte Strophe des Deutschlandliedes kennenlernen, ebenso wie die Zahl der Bundesländer und die Namen der Bundespräsidenten“. Patriotismus muss her!

Behauptet wird, so könne man „den Nazis das Wasser abgraben“. Ich meine: Irrtum, das ist Wasser auf den Mühlen aller Rechten und Neonazis! Ich habe mich kurz nach dem Zweiten Weltkrieg geweigert, aufs Fordern des Lehrers genau jenes zu tun, denn ich hatte noch die Schnauze voll aus der Nazizeit. Wer wissen will, wie alles in den dreißiger Jahren geschah, beobachte gut unsere heutige Entwicklung! Die Anfänge sind die gleichen. „Du bist Deutschland!“? Nein, das sind die von mir eingangs Erwähnten.

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Frankreich brennt: Vorstadt-Jugendliche haben die Schnauze voll von der Entwürdigung *(„Spiegel-Online“)*

Stillgestanden: Tausende Potsdamer stoppen Neonazi-Aufmarsch *(„Spiegel-Online“)*

Kleine Anlässe zur Hoffnung

Gestern war ich in der Solidaritätsveranstaltung für das Bremer Theater und hörte mir die Argumente und Vorstellungen der Betroffenen an: Toll! Weiter so, lasst euch das nicht gefallen! Das Theater und die Arbeitsplätze müssen bleiben!

Die Solidarität gab zu Hoffnung Anlass, ebenso die Aussage der Frau Emiholz, die Eigenkapitaldecke solle aufgestockt werden. Dass sie zu niedrig ist, wurde ja auf der letzten Montagsdemo vorgetragen. Einige Politiker haben auch festgestellt, dass die Mietkosten zu niedrig angesetzt worden sind. Nun, das lässt sich ja ändern, Herr Böhrnsen!

Und gestern haben im ARD-Fernsehen endlich einmal Politiker zugegeben, dass es einfach nicht genügend Arbeitsplätze gibt! Die Wirtschaft sieht das allerdings anders. Hoffnung ließe sich auch daraus schöpfen, dass sich einige Politiker von den Äußerungen des Herrn Clement distanziert haben: Sie wollen es nicht zulassen, dass ein großer Teil der Hartz-IV-Empfänger als „Schmarotzer“ hingestellt werden!

Wir sollten also nicht die Hoffnung aufgeben, dass die Montagsdemonstranten etwas erreichen. Wir haben schon viel erreicht und werden es auch in Zukunft tun, denn Einigkeit macht stark! Gebt niemals die Hoffnung auf! Wo sie fehlt, ist auch kein Wille da, und dann hat man verloren. Doch alle, die meinen, sie würden ungerecht behandelt, dazu gehören auch Rentner, können sich uns gern anschließen! Hier wird nicht nur Kritik geäußert, sondern auch geholfen!

Udo Riedel (parteilos)

Erlebte Solidarität im Zuschauerraum

Wir waren im Theater, am Sonntag um zwölf, und haben viele Reden und viel Zuspruch gehört. Neue Erkenntnisse gab es auch zu gewinnen: Unser Finanzsenator Nußbaum hat *bereits im August* Insolvenz für das Theater angesprochen. Zu der folgenden Beratungssitzung erschien ein Jurist mit PC und dem Vortrag „Denkansatz Insolvenz des Theaters“. Auftraggeber war der Finanzsenator. Der

Jurist wurde abgewiesen. Im August waren ja auch die gefundenen 7 Millionen Euro noch nicht ausgegeben!

Inzwischen haben die Mitarbeiter des Theaters auf ihr Weihnachtsgeld verzichtet, für die nächsten drei Jahre. Das Oktobergehalt wird ausgezahlt. Die Kuh ist trotzdem erst mit einem Bein vom Eis, so Herr Pierwoß. Dem Verzicht der Mitarbeiter, „freiwillig“ mit dem Rücken zur Wand und einem Revolver an der Stirn, steht *keine* Garantie des Senats gegenüber!

Die Differenz ist auf 4,7 Millionen Euro angewachsen und wird nach oben offengehalten. Zusätzlich wurde von der Kulturexpertin der SPD die Kapitalbildung *durch* das Theater angemahnt, nochmals 2 Millionen, dann wären wir bei 6,7. Das ist mehr als nur eine Unverschämtheit! Sie hat Herrn Pierwoß für seine „stille“ Verhandlungsführung gelobt und Radio-Bremen-Fernsehen für die eingeräumte Redemöglichkeit, *ihre* Redemöglichkeit! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit neuen Politikern!

Noch eine Bitte an die Spielstätten: Die Kinos haben 16 Prozent Zuschauerrückgang und versuchen, diesen mit Kinotagen und Sonderpreisen auszugleichen. Wenn das Theater jeweils zehn Minuten, bevor die Vorstellung beginnt, verbilligte Karten an ALG-II- und Sozialhilfebezieher verkaufte, wäre Kultur auch für diese Betroffenen wieder zugänglich! Wir würden es gerne besprechen, natürlich erst, wenn die Hauptsorge Vergangenheit ist!

Hans-Dieter Binder

Nur-„Spiegel“-Leser wissen weniger: 15.000 Teilnehmer beim Sternmarsch gegen die neue Regierung in Berlin *(„Rote Fahne News“)*

Solidarität mit dem Bremer Theater

Die Bremer Montagsdemo erklärt ihre Solidarität mit dem Ensemble und allen Mitarbeitern des Theaters, die von der Politik des Senats betroffen sind! Die Bezahlung der Oktober-Gehälter und Löhne, die im Moment zugesichert scheint, soll verknüpft werden mit einer Erpressung, nämlich dass ihr auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichtet! Darauf solltet ihr nicht eingehen! Wir achten eure Bereitschaft hoch, dass ihr weiterspielen und aufführen und ein interessiertes Publikum erfreuen wollt! Wir denken, dass euch das Publikum in eurem Kampf ebenso unterstützen wird!

Verursacher der Misere seid nicht ihr, sondern ist die Politik von Senat und seiner Bürokratie, also von Behörden und den sogenannten Gesellschaften. Über die Jahrzehnte hat sich da ein Filz und Sumpf entwickelt, worin SPD und CDU gleichermaßen tief verwickelt und versunken sind. Ob Theater, Musical, Space-Park oder Straßenbahn, überall das gleiche Spiel: Tricksereien, Mauscheleien, Versprechungen, die nicht eingehalten werden, unsaubere Berichte und Überprüfungen bis zur völligen Verantwortungslosigkeit. Die Herren Scherf, Perschau, ein stadtbekannter Theaterignorant, und die aktuellen Verantwortlichen machen *keine* Abstriche an *ihrem* Salär, obwohl sie maßgeblich diese Politik gestaltet haben!

Als Bremer Montagsdemo führen wir seit über einem Jahr den Kampf gegen die asoziale Politik von Kanzler Schröder und die Umsetzung durch den Bremer Senat. Nicht zuletzt aufgrund unseres Kampfes, den Streiks der Opel-Kollegen und vieler anderer musste Schröder abtreten! Die Neuwahlen und das Geschacher um die neue Regierung zeigen, dass es richtig ist, den Kampf fortzusetzen gegen diese Politik zulasten der Mehrheit in der Bevölkerung! Wir rufen auch euch auf: Kommt mit nach **Berlin** zum **Sternmarsch** am **5. November 2005** gegen die neue Regierung!

Initiative Bremer Montagsdemo

Endzeitprobleme und das Programm der einträglichen Zwangsstruktur

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Bremer Theaters! Ich hoffe, alt genug zu sein, um bei euch für das, was ich euch sagen will, Gehör zu finden, auch dann, wenn es euch nicht unbedingt passt. Schließlich verdankt sich ein Teil eurer Arbeitsplätze einer auch von mir organisierten ersten Kampagne *gegen den Bremer Theatertod*, mit der im Jahre 1981 die Schließung des Bremer Schauspiels ver-

hindert und ein (wenn auch problematischer) Neubau erzwungen werden konnte. Das waren noch Zeiten!

Euch ereilt nun, was Millionen anderer Menschen, die noch nie ein Theater von innen gesehen haben, vor euch ereilt hat: Gehaltskürzung, Arbeitszeitverlängerung, Lohnverzicht, Entlassung – in eurem Fall sogar, und das ist eine originäre Bremer Errungenschaft, die temporär gänzlich unbezahlte Arbeit. Nicht einmal mehr der berüchtigte Ein-Euro-Job steht zur Verfügung. Wie Millionen anderer Menschen steht ihr vor der Frage, ob eure Bereitschaft, auf Teile eurer Löhne, Gehälter und Gagen zu verzichten, falls nur sie den Arbeitsplatz zu retten vermag, als klägliche und endgültige Kapitulation vor denen, die euch erpressen, oder als pure Vernunft zu werten sei. Ihr streitet darüber.

Ihr seid vermutlich überrascht. Damit habt ihr nicht gerechnet. Das kann doch nicht wahr sein! Wer darf sich erlauben, derart dreist in bestehende Vertragsverhältnisse einzugreifen? Die Antwort lautet: Euer Aufsichtsrat ist es, der sich das erlaubt. Und, das ist hier zu lernen, nicht obwohl, sondern gerade weil er euer Aufsichtsrat ist! Diese Erfahrung teilt ihr inzwischen mit sechs bis sieben Millionen Arbeitslosen allein in diesem Land. Euer Aufsichtsrat besteht aus Politikern, die allesamt, wie andere Aufsichtsräte auch, einem Prinzip gehorchen: Dem Prinzip, dass es zum Bestehenden keine Alternative gebe.

Was euch von den anderen Unglücklichen, die bereits Opfer dieses Prinzips geworden sind, unterscheidet, ist, dass ihr meint, etwas herzustellen, mit dem man so nicht umgehen kann: Ihr stellt nicht Autos her oder Schokolade, Turnschuhe oder Werkzeugmaschinen, nein, ihr stellt *Kultur* her, mithin doch bitte keine x-beliebige Ware. Dass Kultur nicht herstellbar ist, höchstens Kunst, dass Kunst und Kultur in all unseren Debatten fälschlich gleichgesetzt werden, Kultur jedoch im Augenblick des Auftauchens eines Kultursenators, in einer Kultursendung etwa, aufgehört hat zu existieren, all das umschreibt ein Endzeitproblem, dessen auch nur begriffliche Lösung bei der Dürftigkeit unserer Debatten in allerweiteste Ferne gerückt scheint. Ihr jedenfalls stellt Kunst oder Kultur oder beides zugleich her und wollt nicht behandelt werden wie Leute am Fließband. Dass viele unserer Theater längst bereits wie am Fließband produzieren, soll dabei keine Rolle spielen.

Also werft ihr euch mit Forderungen nach Solidarität in die subventionierte Brust: Aber wann habt ihr zuletzt an die Wirklichkeit außerhalb eures Theaters nicht nur in diesem Land, gedacht? Wann habt ihr zuletzt schlecht geschlafen, wo doch die Mehrheit der Menschen in diesem Land, ungeachtet der geschwollenen Werbesprüche eurer politischen und der in ihrem Schlepptau agierenden künstlerischen Arbeitgeber, ein fatales Leben ohne die sogenannte Kultur zu leben haben und, wie kann man es begreifen, tatsächlich zu leben vermögen? Und wann hat es euch geplagt, dass diejenigen Bürger, für die eure Theater spielen, für die eure Musiker musizieren, eure Sänger singen und eure Museen öffnen, ein Publikum bilden, welches jede Verantwortung für die üblen Verhältnisse vor den Toren der Theater, Opernhäuser und Museen von sich weist – wenn es nicht gar

von ihnen profitiert? Wann je war euch euer Erfolg verdächtig? Und wenn er euch verdächtig war, was habt ihr getan, den Verdacht zu entkräften? Wo war eure Solidarität? Während die Künstler unter euch ihre Kritiken lasen, ging der soziale Rechtsstaat vor die Hunde. Unter dem Beifall der Blätter, bei denen eure Kritiker angestellt sind, mehrten sich Armut, Unbildung und Unternehmensgewinne.

Eines allerdings unterscheidet die Schließung eines Theaters von der Schließung eines Industriebetriebs: Wenn Theaterleute ihre Arbeitsplätze verlieren, macht niemand Gewinn, so wenig, wie Gewinn zu machen war, als sie ihre Arbeit noch hatten. Es steigen auch nicht, wie im anderen Falle üblich, die Börsenkurse. Die Entlassenen erhalten, finden sie keinen neuen Arbeitsplatz, nur einfach sehr viel weniger Geld aus der Staatskasse als zuvor. Oder ihr kommt, wenigstens hin und wieder, bei Rundfunk- und Fernsehunternehmen unter, Anstalten, von denen die öffentlich-rechtlichen ihrerseits ebenfalls bedroht sind. Bei der Schließung eines Industriebetriebs dagegen, bei massivem Stellenabbau um des heiligen Wettbewerbs willen, stellt der private Eigentümer der Produktionsmittel seine eigenen Zahlungen an die betroffenen Mitarbeiter ein und überlässt die Gekündigten kaltblütig der öffentlichen Hand. Man trifft sich dann auf den Korridoren der hochtrabend „Arbeitsagenturen“ genannten Elendslokale. Oder die Beschäftigungslosen können euch auf dem Bildschirm bewundern. In einem Fall, dem euren, wird kein Unternehmensberater und kein Kultursenator der Welt je aus einem Theater eine Rendite abwerfende Geldmaschine machen. Im anderen Fall ist die Mutation einer sinnvollen menschlichen Erfindung zu einer unmenschlichen, aber einträglichen Zwangsstruktur Programm.

Die Kernfrage aber, mit welchem Recht die Millionen aus dem Produktionsprozess geworfenen Menschen die öffentlichen Haushalte und nicht die mit ihrer Ausgrenzung erzielten Gewinne belasten, wird mit wachsender Brutalität dahingehend beantwortet, dass sie genau dieses Recht eben nicht haben. Und dass man es ihnen beschränken, beschneiden und, wo immer es geht, absprechen muss. Die Gewinne gehen sie dabei nichts an. Dass die wirklichen „Parasiten“ – ich zitiere den amtierenden Minister für Wirtschaft – aber diejenigen sind, die zu Lasten der Staatskasse ihre Profite maximieren – von denen in die Staatskasse selbstverständlich so gut wie nichts gelangt – das sagt, bis auf ein paar verhöhnte Linksparteiler, niemand. Diese geldbesessenen Herrschaften sind eure eigentlichen Gegner. Sie pfeifen auf alles, was nicht aus einem Dollar oder Euro zwei Dollar oder Euro macht. Sie haben die Politik im Griff. Sie haben den Nationalstaat ad absurdum geführt. Sie haben dafür gesorgt, dass der Rechtsstaat mit dem von ihnen bevorzugten Wirtschaftssystem gleichgestellt wird. Sie führen Krieg gegen euch.

Unter ihrem erbarmungslosen Blick geht der öffentlichen Hand das Geld aus und auf ihr Betreiben versucht der Staat, sich mittels ökonomischer und sozialer Erpressung der ohnehin durch Armut, Alter und Arbeitslosigkeit Geschädigten und einer zunehmenden sozialen Verwüstung schadlos zu halten. Unsere neuen Großkoalitionäre denken doch wahrhaftig über die Senkung von Unternehmens-

steuern und die Anhebung der Lebensarbeitszeit nach! Mit welchem Recht wollt ihr angesichts dieses für die Oberen lukrativen politischen Irrsinns im Umgang mit den Unteren auf eure kulturelle Schlüsselfunktion pochen? Sie ist zerfallen. Wird die Menschenverachtung gesellschaftlich sanktioniert, müssen die Theater schließen, oder sie werden geschlossen. Stellt sich die Systemfrage? Und ob sie sich stellt, Kolleginnen und Kollegen!

Hier sollten die Theaterleute aufstehen. Aufstehen und laut sagen, dass sie, von Berufs wegen, die Rückkehr zu Unterdrückung, Armut und Ausbeutung nicht wollen. Dass der demokratische und soziale Rechtsstaat die größte Errungenschaft der letzten beiden Jahrhunderte war. Dass das Geschwätz von seiner Unbezahlbarkeit eine Lüge ist. Dass es ein uralter Traum der Menschheit war, leben zu können, ohne arbeiten zu müssen. Dass wir uns, nun, wo wir, in diesem Teil der bekannten Welt, der Erfüllung dieses Traums so nahe gekommen sind, seine Verwirklichung nicht durch die Habgier einer Handvoll international agierender Finanz- und Handelsdespoten in die pure Barbarei verkehren lassen. Schließen wir die Börsen, nicht die Theater! In diesem Sinne einen solidarischen Gruß nach Bremen!

Frank-Patrick Steckel inszenierte 1979 als Regisseur am Bremer Theater eine denkwürdige Aufführung von Hans-Henny Jahns „Krönung Richards III.“ in der später leider abgerissenen Fleischmarkthalle des Schlachthofes auf der Bürgerweide

Wir sollen zu Hause Däumchen drehen

Vom 28. bis 30. Oktober war ich auf der Bundesfachkonferenz der Sozialhilfe-Initiativen in Bielefeld. Ich erfuhr, dass Wirtschaftsminister Clement von uns Arbeitslosen erwartet, dass wir den ganzen Tag zu Hause sind! Gehen wir einkaufen, sollen wir Kassenbons vorlegen, denn wir müssen schließlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen!

Im Buch „Geschichte der Armut“ von Bronislaw Geremek heißt es: „Schon 1527 bis 1529 kamen die Ausweisung der Armen, das Einsperren der Immigranten in Hospizen, das Bettelverbot, die Heranziehung zur Arbeit, die man als Zwangsarbeit betrachten kann, da für sie nur die Hälfte des üblichen Lohnes vorgesehen war. Ein im Jahre 1834 vom englischen Parlament beschlossenes neues Armengesetz kann als voller Sieg der

Auffassung gelten, die Sozialpolitik müsse den Interessen der Arbeitsmarktpolitik untergeordnet werden. Strenge Repressionsmaßnahmen solten die Attraktivität der Arbeit erhöhen. Die Unterstützung der Armen wird für schädlich gehalten, wenn man von ihr besser leben kann als von der Arbeit. Der Arbeitszwang bekommt einen ausschließlich ökonomischen Charakter. In den Arbeitshäusern wird eine Gefängnisdisziplin eingeführt, sodass sie zu einem Instrument werden. Die Angst vor den Armenhäusern trieb die überflüssigen Arbeitskräfte vom Land in die Städte."

Die Armenhäuser sind geschlossen worden, da die unterjochenden Maßnahmen im Endeffekt teurer waren als gedacht. Heute haben wir die Zeitzurückdreher mit ihrer Sozialkahlschlagspolitik, den Hartz-Gesetzen und allen anderen sogenannten Reformen, die das Grundgesetz von 1949 über den Haufen werfen, das die soziale Verpflichtung des Privateigentums vorsah, keine Zwangsarbeit, und dass die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee ist. Die Errungenschaften der Arbeiter-Frauen-Studenten-Öko-Friedens-Bewegungen werden von Rot-Grün und Rot-Schwarz über Bord gekippt!

Seit die Angst vor dem „real existierenden Sozialismus" im Osten gewichen ist und Westdeutschland nicht mehr das „Schaufenster des sozialen Staates" zu sein braucht, zeigt der Kapitalismus sein wahres Gesicht und betreibt massiven Sozialabbau, verbunden mit Beschneidung der demokratischen Rechte! Vor den Wahlen hieß es noch in der SPD, es werde keine Erhöhung der Mehrwertsteuer geben. Die CDU, die einst vorgab, den „Mittelstand" zu vertreten, will eine Erhöhung von 16 auf zunächst 18 Prozent, zu deren Bezahlung ein Vierpersonenhaushalt 1.100 Euro im Jahr mehr einnehmen müsste. Arbeitslose, Rentner, Arme werden mit insgesamt acht bis neun Milliarden Euro belastet! 15 bis 18 Milliarden sollen im Jahr mehr hereinkommen, wobei Exportwirtschaft und Konzerne die Mehrwertsteuer wieder zurückerhalten. Die Nachfrage auf dem Binnenmarkt wird dadurch geschwächt, kleine und mittlere Betriebe und Geschäfte gehen bankrott!

Der Präsident des Deutschen Städtetages fordert, dass die Reformen verschärft werden, um „sozialen Missbrauch" zu verhindern. Vor allem Jugendliche, die volljährig sind, dürften nicht mehr ohne weiteres aus der elterlichen Wohnung ziehen, die Unterhaltspflicht der Eltern müsse nachgeprüft werden und verschärft Anwendung finden. Doch Jugendliche haben einen Anspruch auf existenzsichernde Ausbildungsvergütungen, auch wenn das den Arbeitgebern nicht passt! Es muss eine Ausbildungsabgabe von all den Konzernen verlangt werden, die nicht ausbilden wollen, um ihre Profite zu erhöhen! Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt, die Hartz-Gesetze und unsozialen Reformen müssen zurückgenommen werden! Die Reichen müssen zahlen!

Ich möchte schließen mit einigen Worten von Kurt Tucholsky über die freie Wirtschaft: „Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen. Ihr sollt auf euren Direktor vertrauen. Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen. Ihr sollt alles weiter dem Chef überlassen. Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein. Wir wollen freie

Wirtschafter sein! Wir diktieren die Preise und die Verträge. Kein Schutzgesetz sei uns im Wege. Ihr braucht keine Heime für eure Lungen, keine Renten und Versicherungen. Ihr sollt euch allesamt was schämen, von dem armen Staat auch noch Geld zu nehmen! Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen! Wollt ihr wohl auseinander gehen! – Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehen. Eine schöne Wirtschaft! Für wen? Für wen? Das laufende Band, das sich weiterschiebt, liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt. Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht eure eigene Kundschaft kaputtgemacht. Denn Deutschland besteht, Millionäre sind selten, aus Arbeitern und Angestellten! Und eure Bilanz zeigt mit einem Male eine Salto mortale, während Millionen stempeln gehen. Die wissen, für wen!“

Bettina Fenzel (parteilos)

Horrorkatalog der neuen Regierung

Nach dem Ergebnis der neuen Pisa-Studie ist Deutschland das Industrieland mit weltweit der geringsten Chancengleichheit, am krassesten in Bayern: Dort können bei gleicher Intelligenz und gleichem Lernwillen sechseinhalb Mal so viele junge Angehörige der Oberschicht das Gymnasium besuchen und Abitur machen wie Arbeiterkinder. Das alles wird sich noch verschärfen mit einer Bildungsministerin Schavan, denn Merkel und Müntefering haben eine Etatlücke von 35 Milliarden Euro ausgemacht! Wie wollen sie diese schließen? Hessen-Koch kündigt bereits „flächendeckendes Heulen und Zähneklappern“ an!

Es drohen: Mehrwertsteuer-Erhöhung nicht auf 18, sondern gleich auf 20 Prozent! Streichung der Eigenheimzulage! Kürzung von ALG II auf 80 Prozent für Jugendliche! Verstärkter Einsatz von Schnüfflern! Streichungen bei Kultur und Bildung, wie beim Bremer Theater! Kürzung der Pendlerpauschale von 30 auf 25 Cent pro Kilometer! Streichung der Steuerbefreiung und Einführung der Sozialabgabenpflichtigkeit für Nacht- und Sonntagsarbeit! Heraufsetzung des Rentenalters auf 67, entsprechend einer Rentenkürzung um zehn Prozent bei Rentenbeginn mit 64! Erneute Nullrunde für die Rentner, entsprechend einer Rentensenkung um die Inflationsrate! Anhebung des Krankenkassenbeitrags der Rentner um weitere 2,5 Prozent! Private Zwangszusatzrente, Kirchhof lässt grüßen! „Gesundheitsprämie“ beziehungsweise Kopfpauschale für alle bei Senkung der Unternehmerbeiträge zur Krankenversicherung! Mindestbeitrag von 55 Euro für

bisher frei mitversicherte Ehepartner! Zerschlagung der gesetzlichen Pflegeversicherung und Ersetzung durch Private! Zerschlagung von Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen! Kürzung von ALG II und Abwälzung der Verwaltungskosten auf die Kommunen! Einführung von Billiglohnsektoren! Und wenn es nach der CDU geht: Weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes! Verkauf der Autobahnen und Einführung der Personenwagen-Maut! Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken!

Doch woher stammt eigentlich diese 35-Milliarden-Euro-Lücke? Schon die letzte Regierung hat massiv die Unternehmersteuern gesenkt! Das will die neue Regierung verschärft fortsetzen: Die Körperschaftsteuer soll von 25 auf 19 Prozent gesenkt werden. Tatsächlich ist Geld in Hülle und Fülle da! Letzte Woche veröffentlichte die Deutsche Bank ihre Zahlen: Allein im dritten Quartal 2005 stieg ihr Gewinn auf 1,88 Milliarden Euro! Die Kapitalrendite beträgt 28 Prozent! Aber wenn *wir* unsere Ersparnisse, falls vorhanden, aufs Sparbuch legen kriegen wir *ein* Prozent! Dazu werden weitere Massenentlassungen angekündigt, zum Beispiel von Siemens, damit die Profite steigen. Dagegen streiken seit über einer Woche die Infineon-Kollegen! Sie haben sich auch von einem brutalem Polizeieinsatz nicht einschüchtern lassen! In Belgien gab es letzten Freitag den zweiten Generalstreik im Oktober, und wir fahren an diesem **Samstag**, dem **5. November**, zum **Sternmarsch** gegen den Horrorkatalog der neuen Regierung nach Berlin!

Wolfgang Lange (MLPD)

Staatsmännisches Larifari der In-den-Sand-Setzer

Die Zeitumstellung setzte uns wieder ins Dunkelwerden, aber der beleuchtete Eingang und die Stufen vor dem „Haus der Bürgerschaft“, dem Bremer Landtag, boten einen guten Rahmen für unsere Kundgebung. So fanden sich zu unserer 60. Montagsdemo auch wieder über 50 Mitstreiter, Redner und Zuhörer um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz ein.

Im Mittelpunkt der Beiträge stand die Solidarität mit dem Bremer Theater, dem wegen eines plötzlichen 4,8-Millionen-Loches die Insolvenz droht. Die Oktober-Gehälter sollten nicht mehr gezahlt werden. Der Bremer Senat wies und weist alle Verantwortung dafür von sich. Mit der „großzügigen“ Bereitschaft, die ausstehenden Gehälter zu überweisen, betätigt sich dieser Senat aber gleichzeitig als Erpresser: Die Theaterleute sollen bis 2007 auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten!

Die intensiven Recherchen eines unserer Mitstreiter brachten zutage, dass es die mangelhafte juristische und finanzielle Konstruktion des Theaters ist, die

diese Situation herbeigeführt hat, herbeiführen musste. Da das Theater gar keinen eigenen Spielraum hatte, ist es die mangelhafte und inkompetente Aufsichts- und Führungstätigkeit durch den von der Politik besetzten Aufsichtsrat, den Kultursenator und seine Behörde, die diese Lage verursacht hat!

Da traf es sich gut, dass gerade eine CDU-Fraktionssitzung zu diesem Thema zu Ende ging. Der verantwortliche CDU-Kultursenator Kastendiek verschwand eilends ins Dunkle. Durch die aufgehaltene Tür schallten dem Fraktionsvorsitzendem Perschau, der uns im Sommer schon durch seine Äußerung, das „Affentheater" der Montagsdemo wolle er nicht unterstützen, aufgefallen war, unsere Beiträge entgegen. Wir stellten ihn zur Rede. Er antwortete mit staatsmännischem Larifari. Auf konkretere Vorhaltungen ließ er sich dann nicht ein und antwortete nur: „Alles ganz anders, davon verstehen Sie ja nichts" und drehte ab. Perschau ist einer der professionellsten Bremer In-den-Sand-Setzer mit seinen gescheiterten Projekten wie Musical-Theater oder Space-Park!

Wir verabschiedeten eine Resolution und demonstrierten anschließend zum Theater am Goetheplatz, wo wir mit offenem Mikrofon unsere Kundgebung abschlossen.

Alle Interessierten und noch Unentschlossenen rufen wir auf: Kommt am **Samstag**, dem **5. November 2005** mit nach **Berlin** zum **Sternmarsch gegen die neue Regierung**! Es gibt nur noch wenige freie Plätze, Infos unter 0421-70 56 87. Abfahrt ist um **5:30 Uhr** am **ZOB** Breitenweg, in **Oldenburg** bereits um **4:45 Uhr** ab Autobahnabfahrt Kreyenbrück. Mitfahrer aus Wilhelmshaven steigen bitte dort zu. – Am kommenden Montag, dem 7. November 2005, sind wir wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

Zersetzung: Leserbriefschreiber beschimpfen Demonstranten und Sozialprotest-Organisatoren *(„Indymedia")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

61. Bremer Montagsdemo am 07. 11. 2005

Es rappelt in der Kiste

Auch Bremer, Oldenburger und Wilhelmshavener Demo-Leute sind am vergangenen Samstag nach Berlin zum Sternmarsch gefahren. Im Bus hörten wir in den Nachrichten, es würden nur „wenige Hundert“ Teilnehmer erwartet, aber dann kam der Verkehrsfunk und warnte vor langen Staus in der Innenstadt wegen einer Großdemonstration!

Schon die Polizei sprach von 4.000 Teilnehmern, die Veranstalter gaben 15.000 an. Da Demonstranten gegen die Regierung oder das, was von ihr übriggeblieben ist, nicht gerne gesehen werden, stimmt wohl eher die von den Veranstaltern genannte Zahl. Wir waren mächtig viele, und laut! Wir waren nicht zu übersehen oder zu überhören!

Es ist immer eine großartige Sache, wenn Tausende Menschen gegen den Sozialabbau, gegen unsere Sozialräuber auf die Straße gehen! Wir konnten alle wieder neuen Mut und neue Kraft aus der Masse schöpfen. Wir sind nicht allein: Überall in Deutschland kann man immer noch, auch im zweiten Jahr, die Montagsdemo-Leute auf den Straße finden und hören!

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut!“. Eine Regierung, die nicht hören oder sehen will, hat schon verschissen! Aber lesen werden sie es doch: „Eene meene Miste, von der Arbeit in die Kiste!“, „Wenn Angie das so will, stehen alle Räder still!“, oder ein anderes Transparent mit der Aufschrift: „In Deutschland hat Armut tollen Zuwachs!“. Warum wohl? Weil die Herrschaften nie auf das Volk hören! Traurig, traurig!

Ursula Gatzke (parteilos)

Flächenbrand: Auch in Berlin und Bremen zündeln Jugendliche gegen das Totschweigen der Benachteiligung *(„Spiegel-Online“)*

Wahlbetrug: SPD unterschreibt Vertrag über drei Prozent „Merkelsteuer“ *(„Spiegel-Online“)*

Armenschröpfung finanziert Stellenabbau-Subvention

Die Wirtschaftsseite der „Bremer Nachrichten“ hat heute die Überschrift: „Konzerne bauen massiv Stellen ab“. Ich habe mal zusammengezählt, was da so an Entlassungen der verschiedensten Art in Vergangenheit, Gegenwart und naher Zukunft zusammenkommt: 95.320 Beschäftigte ab in die Arbeitslosigkeit! Man kann getrost noch circa 5.000 aus Zulieferbetrieben hinzuzählen: Betroffen sind ungefähr 100.000 Menschen!

Was wieder besonders perfide ist: Lukratives wird privatisiert und Marodes anschließend sozialisiert. So ist unter der Überschrift „Steuergelder für Streichkonzert“ folgendes zu lesen: „Der geplante Stellenabbau bei der Deutschen Telekom geht nach einem Bericht des Magazins „Focus“ vor allem auf Kosten der Steuerzahler. Insgesamt müssten für die früher bei der Bundespost beschäftigten Beamten jährlich mehr als sechs Milliarden Euro aufgewendet werden.“

Sechs Milliarden Euro aus Steuermitteln für die Vorruhestandsregelung der Telekom, weil mindestens 10.000 der 32.000 Stellen, die dort gestrichen werden sollen, von Beamten besetzt sind! Pro Jahr sind circa 500 Millionen Euro zu zahlen: Ein Ergebnis der jahrzehntelang von allen bisherigen Regierungen betriebenen Wirtschaftpolitik im Interesse des Großkapitals!

Frau Merkel und die ihr hörigen CDU/CSU-Funktionäre schreien jetzt schon, wenn irgendwo nur von drei Prozent Reichensteuer für Milliardäre und Supermillionäre geflüstert wird. Müntefering und auch ein Platzeck sind keinen Deut besser! Sie alle wollen es wieder bei den Kleinen holen, zum Beispiel mit der Mehrwertsteuer. Diese Politik wird eskalieren!

Nötig ist: Runter mit der Arbeitszeit auf allen Ebenen! Keinerlei Einschnitte beim Geld des „kleinen Mannes“! Wer das heute nicht einsieht, gräbt sich, wie man sagt, „sein eigenes Grab“. Auch darum sind die bisherigen und künftigen Montagsdemonstrationen notwendig, gegen die zur Zeit so heruntergekommenen Politiker und Politikerinnen! Wir sind das Volk!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Verfassungsbruch statt Vermögenssteuer: CDU treibt Neuverschuldung im Jahr 2006 auf 178 Prozent der Investitionen *(„Spiegel-Online“)*

SPD beschließt Schwatzwoche zur sozialen Symmetrie: Aber erst eine Anhebung der Erbschaftsteuer für die reichsten Deutschen reicht zum Stopfen der Haushaltslöcher *(„Spiegel-Online“)*

Täglich unglücklich mit meiner unfreien Presse

Der „Weser-Kurier“ hat vor einiger Zeit eine Kampagne mit dem Slogan „täglich glücklich“ gestartet, vermutlich, weil der Verlag Probleme mit der sinkenden Abonnentenzahl hat. Geldmangel wegen Hartz IV dürfte zu vielen Kündigungen geführt haben, aber auch die einseitige, miese (Nicht-)Berichterstattung über die sozialen Verhältnisse in unserer Stadt! Ich bin jedenfalls nicht glücklich, wenn ich den „Weser-Kurier“ täglich aufschlage, im Gegenteil: Ich bin traurig, wütend, sauer über die Inhalte der Artikel! Das liegt bestimmt nicht an den Redakteuren oder ihren Recherchen, sondern an einer hausinternen *Zensur*. Ich wünsche mir, dass der „Weser-Kurier“ montags um 17:30 Uhr einen Reporter auf den Marktplatz schickt! Damit würde sich diese Zeitung bestimmt nichts Schlechtes antun, im Gegenteil!

Offene Worte zu diesem Thema fand ich im August-Heft von „Schrot&Korn“. Ein Leser war auf die folgende Bankett-Ansprache von John Swainton, dem langjährigen Herausgeber der „New York Times“, gestoßen: „Eine freie Presse gibt es nicht. Sie, liebe Freunde, wissen das, und ich weiß es gleichfalls. Nicht ein Einziger unter Ihnen würde es wagen, seine Meinung ehrlich und offen zu sagen. Das Gewerbe eines Publizisten ist es vielmehr, die Wahrheit zu zerstören, geradezu zu lügen, zu verdrehen, zu verleumden, zu Füßen des Mammon zu kuschen und sich selbst und sein Land und seine Rasse um des täglichen Brotes willen wieder und wieder zu verkaufen. Wir sind Werkzeuge und Hörige der Finanzgewaltigen hinter den Kulissen. Wir sind die Marionetten, die hüpfen und tanzen, wenn sie am Draht ziehen. Unser Können, unsere Fähigkeiten und selbst unser Leben gehören diesen Männern. Wir sind nichts als intellektuelle Prostituierte!“

Gudrun Binder

Einfalt statt Vielfalt: Augstein-Tochter kritisiert Weichschwätzerei beim „Spiegel“ *(„Handelsblatt“)*

Rasse zu verkaufen?

Dass viele Medien sich liebedienerisch zwischen den Pobacken der Mächtigen bewegen, ist eigentlich altbekannt; dass niemand offen darüber reden würde, hingegen eine Vorstellung, die mir unbekannt ist. Dennoch gibt es Leute, die es ganz erstaunlich finden, wenn mal jemand von den Medien „auspackt“. Da wird ein John Swainton für seine „Offenheit“ bewundert und sich dann gleich dessen Gesinnung für die lokale Presse gewünscht.

Das Zitat geht auf eine Rede zurück, die ein John Swainton als scheidender Herausgeber der „New York Times“ vor dem Presseclub gehalten haben soll. Allerdings hat es nie einen John Swainton in der Funktion des Herausgebers der „New York Times“ gegeben! Aufgedeckt wurde dies von Robert Anton Wilson („Das Lexikon der Verschwörungstheorien – Verschwörungen, Intrigen, Geheimbünde“). Ungeachtet seiner leicht belegbaren Nichtexistenz wird dieser Swainton häufig von Rechtsradikalen zitiert und als Beleg etwa für die „jüdische Weltverschwörung“ herangezogen.

Der Mammon, die Finanzgewaltigen, die Fähigkeiten sind auch schon da, es fehlt die Konkretisierung des „Weltfinanzjudentums“ und diverser bolschewistischer Verschwörungen, aber dafür wird Bedrohung empfunden, die eigene Rasse und das eigene Land, welches natürlich eng an die Rasse geknüpft ist, sei in Gefahr. Ja, sapperlot! Kann sich denn dieser Kapitalismus nicht darauf beschränken, Obdachlose, Einwanderer und Hochbegabte verhungern zu lassen? Muss er einen zu allem Überfluss und Müllberg auch noch zwingen, das eigene Land, von dem Journalisten mehr zu besitzen zu scheinen als die Bauern, zu verkaufen?

Wo sollen dann die schönen großen Erdäpfel wachsen, mit denen man landauf, landab wegen deren Volumen berühmt ist? Nicht nur das Land muss man wegen dieser Geldleute verkaufen, nein, sogar seine Rasse! Da kommt man morgens vom Markt, und schwups ist die ganze Rasse weg! Wenn der Kapitalismus so lieb wäre und wenigstens die Reinerhaltung der arischen Rasse betreiben und das erdäpfelige arische Land verschonen würde, so scheint der angebliche Herr Swainton zu denken, dann wäre der Kapitalismus schon fast zum Knutschen!

Wenn der erfundene Herr Swainton sich zur Hure macht, ist das eben seine Charakterschwäche. Der Kapitalismus ist ein bösartiges Krebsgeschwür. Mit Rassenhygiene und Blut-und-Boden-Ideologie kämpft man nicht gegen den Kapitalismus, sondern wird fest verschmolzener Teil desselben! Ein John Swainton wird in der Auflistung ihrer Herausgeber durch die „New York Times“ nicht genannt. Es wäre auch sehr verwunderlich, wenn ausgerechnet die Zeitung, die Abraham Lin-

coln und seinen Kampf gegen die Sklaverei unterstützte, von einem rassistischen Arschloch herausgegeben worden wäre.

Christian Wetter (parteilos) betreibt das „Stattnetz“-Magazin für Querdenker

Die Bemängelung dieses ominösen Zitats und die Schlussfolgerung, Montagsdemos als rechtsgerichtet darzustellen und für deren Einstellungen zu plädieren, erscheint mir als Wichtigtuerei. Hier wird ein langjähriger Medienmacher zitiert, der wiederum die „Natur“ oder das Abhängigkeitsverhältnis von Medienmachern in einer kapitalistischen Gesellschaft offenbaren will. Insofern verstehe ich es als einen Versuch, das Desinteresse hiesiger Medien an den Montagsdemos parodistisch zu erklären. Das Zitat des New Yorker Medienmachers hat die Bremer Montagsdemonstrantin nur sekundär inhaltlich zu verantworten.

Das Zitat selbst ist natürlich keine Parodie. Ich verstehe es so, als wollte die Zitierende auf den Umstand hinweisen, dass die Montagsdemos medial nahezu totgeschwiegen werden, wobei sie unterschwellig die Frage in den Raum stellt, ob es nicht vielleicht an jenem mysteriösen „Ehrenkodex“ liegen könnte, der da zitiert wird: „Liegt es vielleicht daran, liebe Journalisten, dass ihr gekauft seid und dass ihr Karriere machen wollt?“ Insofern finde ich die Assoziation Montagsdemo gleich rechts oder rassistisch nicht richtig.

Anmerkung von Max („Indymedia“)

Wir wollen nicht viele Worte verlieren

„Wir finden es gut, dass es Menschen gibt, die sich mit dem derzeitigen radikalen Sozialabbau in unserem Lande nicht einverstanden erklären und dagegen Farbe bekennen. Das findet unsere Unterstützung. Dass ihr mit dem Sternmarsch bundesweit die Öffentlichkeit sensibilisiert habt, konnten wir in den Printmedien verfolgen.“

Diesen Brief mit einem herzlichen Gruß und einer Spende für die Busfahrt erhielten wir von Andreas, Bärbel, Jan, Katja, Lisandra, Manuela, Michael, Stefanie, Steffen und Sven, Mitgliedern einer evangelischen Kirchengemeinde in Berlin. Vielen Dank!

Leyla („Initiative Bremer Montagsdemo“)

Die Reichensteuer ist lächerlich

Sehr geehrte Frau Merkel, sehr geehrter Herr Müntefering, Sie führen zur Zeit Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel, eine Große Koalition zu bilden und unser Land vier Jahre zu regieren. 16 Jahre Kohl-Regierung und sieben Jahre Rot-Grün haben die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Vermögenden, den Arbeitnehmern und insbesondere den Arbeitslosen immer weiter auseinandergehen lassen.

In den Jahren von Rot-Grün wurde die Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt, es hat zahlreiche steuerliche Erleichterungen für Unternehmer gegeben mit dem Ergebnis, dass kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen wurde. Wenn Sie die Massenkaufkraft stärken wollen, wenn Sie Arbeitsplätze schaffen wollen, dann schaffen Sie das Steuerparadies für wirklich Reiche in Deutschland ab und sorgen Sie für eine gerechte Besteuerung! Bund, Länder und Gemeinden stehen vor katastrophalen Finanzproblemen, soziale Leistungen werden gekürzt, Schulden über Schulden zu Lasten der Generation unserer Kinder und Enkel gemacht!

Es ist ein Skandal, dass **Deutschland** im internationalen Vergleich die **niedrigste Besteuerung für Vermögensbestände** hat (Quelle: OECD, Revenue Statistics. Paris 2004). Fasst man **Grundsteuer-**, **Erbschafts-**, **Schenkungs-** und **Vermögenssteuer** zusammen, ist **Großbritannien** mit einem **Anteil von 4,3 Prozent am Bruttosozialprodukt** Spitzenreiter; es folgen Frankreich mit 3,3, die USA mit 3,2, Japan mit 2,8 Prozent. Und **Deutschland**: **0,8 Prozent**! Folgt Deutschland dem Beispiel von Großbritannien und passt die Besteuerung unter anderem von Vermögen um weitere drei Prozent an das Bruttosozialprodukt an, so ergäbe dies die Summe von **66 Milliarden Euro Mehreinnahmen**. Nach Abzug der nur in Deutschland anfallenden Gewerbeertragssteuer in Höhe von 28 Milliarden, die maßgeblich den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zustehen, ergäbe dies immer noch Mehreinnahmen von **38 Milliarden jährlich**!

Die von der CDU geforderte **Erhöhung der Mehrwertsteuer** um zwei Prozent zur Senkung der Lohnnebenkosten bringt dagegen nur **16 Milliarden Euro**, belastet dabei auch Rentner und Arbeitslose und ist angesichts der fehlenden Besteuerung von großen Vermögen als zutiefst unsozial anzusehen. Die von der SPD gewünschte Erhöhung des **Einkommenssteuerspitzensatzes** von 42 auf 45 Prozent bedeutet Mehreinnahmen von gerade einmal **1,5 Milliarden Euro**, also eher lächerlich im Vergleich zu den oben erwähnten Mehreinnahmen.

Sehr geehrte Frau Merkel, sehr geehrter Herr Müntefering, Deutschland braucht exzellente Lehrer, bessere Schulen und eine gute Kinderbetreuung – aber kein Steuerparadies für Reiche mitten in Europa. Tun Sie endlich etwas! Fassen Sie die erforderlichen Beschlüsse in Ihren Koalitionsverhandlungen! Belasten Sie die Vermögenden, statt den Arbeitnehmern und Rentnern weitere Opfer abzuver-

langen! Einige von den Unterzeichnern müssten dann höhere Steuern zahlen und sind dazu bereit!

Günther Bock, Ihib Bode, Ulrich Brömmling, Rüdiger Dammann, Gabriele Gillen, Günter Grass, Bruno Haas, Susann Haltermann, Frank Hansen, Rudolf Hickel, Peter Krämer, Barbara Krebs, Erich Loest, Oskar Negt, Tom A. Plange, Oliver Rohde, Percy Rohde, Peter Rühmkorf, Klaus Staeck, Johano Strasser und Paul Tiefenbach in einer Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 5. November 2005. – Vorgetragen von Jens Schnitker (parteilos). – Anmerkungen bei Rossäpfel-Exkurse

Zickenalarm im Bundestag

Das Land steht kurz vor dem Kollaps, und die Politiker haben nichts Besseres zu tun, als sich gegenseitig zu bekriegen! Angela Merkel übt sich in Probesitzen auf dem Kanzlerstuhl: „Huch, ist der aber wackelig!“. Sie hat immer noch nicht begriffen: An der Macht ist sie zur Zeit nur durch die Ohnmacht und Feigheit ihrer männlichen Kollegen!

Nun zickt Andrea Nahles in Siegerpose, weil sie Müntefering zu Fall gebracht hat! Die beiden Zicken haben sich einen schlechten Zeitpunkt fürs Besetzen ihrer angeblichen Machtpositionen ausgesucht. Das zeigt die Inkompetenz aller Politiker und Politikerinnen, die den Bundestag in ein Tollhaus verwandelt haben!

Deutschland zu regieren und zu führen, ist nebensächlich geworden. Jeder ist sich selbst der Nächste! Mit Macht und Habgier strebt jeder nach einem besseren und lukrativeren Posten, nach dem Motto: „Meine Villa, mein Auto, mein Geld, meine Provision, meine Diäten, ich, ich, ich und nach mir die Sintflut!“.

Im Eilverfahren, halbherzig und unausgegoren, werden den Bürgern nebenbei Sparpläne vor die Füße geworfen, denn es gilt, um lohnenswerte Ämter zu buhlen, die ja nur in begrenzter Anzahl vorhanden sind. Wer sich in solch einem durchgeknallten *Panoptikum mit Halloween-Maske vor dem Gesicht* wohlfühlt, ob Mann oder Frau, hat bei mir jeglichen Respekt verloren!

Da soll mir einer sagen, Zickenalarm sei nur Frauensache! Ja, wo laufen sie denn? Da haben sich zwei aus der Zickenliga unerlaubt entfernt! Mit schniekem Outfit rennt Mimose Stoiber zu seinem heißgeliebten Bayernsessel zurück und sucht nach seinem verlorengegangenen Gesicht, das er auch dort nicht so schnell wiederfinden wird!

Und Münte, was macht der? Er schmeißt! Ja, er schmeißt das Handtuch, ist es denn die Möglichkeit, Handtücher fliegen durch den Bundestag! Meine Fresse, muss der aufgeatmet haben, weil er zu Hause noch genügend Handtücher hat, um sich den Kampfschweiß von der Stirn zu wischen!

Motto: „Da ist noch rechtzeitig der Kelch an mir vorbeigegangen! Soll der zickige Dragoner im Damenkostüm à la Merkel die glühenden Kohlen aus dem Feuer selber herausholen!“.

Aber das wird Merkel nicht tun, denn auch bei „Schmarotzern“ und „Parasiten“ kommt bei so viel Hitze auf, eine wohlige Wärme, nach der sich in der kommenden Advents- und Weinnachtszeit viele Menschen sehnen! Und daher sage ich: Die Montagsdemo wird so lange bestehen bleiben, bis Hartz IV vom Tisch ist! Tschüß bis zur nächsten Demo!

Christine Wegener (parteilos)

Wir haben Krach gemacht

1. Ich war in **Berlin** auf der Baustelle namens Neue Regierung. Wir haben Krach gemacht und klargestellt: Macht den Sozialraub rückgängig! Die Verkehrsnachrichten waren die wirklich wahren des Tages, circa 15.000 waren wir auf dem Berliner Platz. Von drei Startplätzen ging es in langen Zügen um den Alexanderplatz und zum Brandenburger Tor.

Die eventuellen Teilnehmer der neuen Regierung fühlen sich mit ihren Verlautbarungen nicht an Recht und Gesetz gebunden! Manche Forderung zeigt, dass auch die Bremer Behörden flexibel sind. Eine Berliner Forderung lautet, **Jugendliche** unter 25 Jahren sollten bei den Eltern wohnen und von den diesen unterstützt werden! Dazu soll das Gesetz geändert werden! Aber die Bremer Behörde hat dieses Gesetz wohl schon: Nach der Praxis der Bagis *müssen* Jugendliche unter 25 Jahren wieder bei ihren Eltern wohnen! Ein Schelm, wer Arges dabei denkt!

Die Selbsthilfen der Erwerbslosen werden kritisiert: Sie haben sich gewehrt! Vor langer Zeit hat ein Sozialamtsleiter gesagt: „Wenn wir den Leuten ihre **Rechte** erklären, sind wir schnell pleite!“. Aber die Pleite mit Hartz IV wird durch die bewusst falschen Ansätze vom Herrn Clemens verursacht! Was für eine Verschwendung von Steuergeldern, nur den Leistungsempfängern wird nicht geholfen! Arbeitsplätze müssen her, und nicht Ein-Euro-Jobs! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit ehrlichen Politikern!

2. Das Theater um das **Theater** geht weiter: Der angebliche Kredit ist nur eine Bürgschaft, befristet bis zum 20. dieses Monats! Was haben die Mitarbeiter für den Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhalten? Nur das Oktobergehalt! Für den Monat November steht es noch in den Verhandlungen, unter dem Vorzeichen Insolvenzandrohung!

Senator Kastendiek beweist jeden Tag seine Unfähigkeit! Er ruft nach dem Staatsanwalt. Er wird *sicher* Besuch vom Staatsanwalt bekommen, wenn er *diesen* Weg weitergeht! Der Besuch nennt sich dann „Ermittlungsverfahren gegen Herrn Senator Kastendiek“, was später geändert wird in „Ermittlungen gegen *Ex*-Senator Kastendiek“! Ich glaube an den Künstler! Das Fatale ist, hier trifft der ehrgeizige Nachwuchspolitiker auf einen ehrlichen Künstler, und die Argumente sind entsprechend wahrheitsgemäß!

Inzwischen sind auch die Plakate von Gertrud Schleising geklebt, am Rembertikreisel, zwei Stück, unterzeichnet mit „Hanseatische Kulturkammer und Gertrud Schleising“. Diese Kulturkammer gibt es nicht, und der Senator weiß das. Die Künstlerin kann dafür nichts. Zwei Plakate sind für eine solche Aktion zu wenig. Wurde auch da gestrichen? Die Künstlerin kennt die Wahrheit! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit ehrlichen Politikern!

Hans-Dieter Binder

Städtetag fordert Hartz-IV-Kürzung: Missbrauchsvorwurf genügt nicht *(„TAZ“)*

Kommt nach der verbalen die tätliche Entgleisung?

In meinem letzten Redebeitrag kündigte ich an, dass die Solidarische Hilfe unter Zuhilfenahme eines Rechtsanwalts Strafanzeige gegen Minister Clement aufgrund seines Aufsatzes „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“ stellen will. Dies geschah am 23. Oktober „wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Grundgesetz (Artikel 5, Absatz 2 ‚Schutz der persönlichen Ehre‘) und des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) sowie wegen Beleidigung (§ 185 StGB), übler Nachrede (§ 186 StGB), Verleumdung (§ 187 StGB) und aller anderen hier gegebenenfalls in Frage kommenden Gesetzesverstöße“. Dann folgt eine ausführliche zwölfseitige Begründung. Unterzeichnet ist die Strafanzeige

von zwei Vorstandsmitgliedern und zwei ALG-II-Betroffenen. Inzwischen haben bundesweit zahlreiche andere Organisationen und Einzelpersonen Strafantrag gestellt.

Als engagierter und solidarischer Bürger protestiere ich mit aller Entschiedenheit gegen die in dem genannten Papier enthaltenen Unterstellungen. Mit Begriffen wie „Betrüger“, „Abzocker“, „Missbraucher“ und „Parasiten“ hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit die betreffenden ALG-II-Bezieher(innen) unerträglich diffamiert. Diese Beleidigungen werden nicht dadurch gerechtfertigt oder relativiert, dass sich der Minister auf eine „telefonische Umfrageaktion der Bundesagentur für Arbeit“ beruft. Was die erhobenen Vorwürfe angeht, lassen Stichproben höchstens Vermutungen mit äußerst begrenztem Wahrscheinlichkeitscharakter zu. Insofern wurden auf bloße Spekulationen hin über 280.000 Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik gegenüber der Öffentlichkeit als Kriminelle hingestellt, was letztlich die Gesamtheit der Erwerbslosen trifft.

Laut Datenschutz-Bundesbeauftragtem Peter Schaar war die Umfrageaktion illegal! Die Aussagen der Befragten waren zum Teil mit der Drohung des ALG-II-Anspruchsverlustes erzwungen worden. Außerdem wurde die Aktion von einem nicht dazu befugten privat-kommerziellen Callcenter und nicht von der Agentur selbst durchgeführt: ein Verstoß gegen das Verbot der Weitergabe von Sozialdaten an Privatpersonen und kommerzielle Stellen. All das zeigt den im hohen Maße leichtfertigen und bösartigen Charakter der Beschuldigungen.

Kriminalisierungskampagnen wie die des Bundesministers Wolfgang Clement stacheln zum Hass der Gesamtbevölkerung gegen die Erwerbslosen auf. Sie werden nach der sozialen Ausgrenzung durch gezielte Verarmung auch als moralische Stigmatisierung wirken, deren gesellschaftliche Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Wer 280.000 Menschen als „Sozialschmarotzer“ diffamiert, darf sich nicht wundern, wenn es womöglich zu einer tiefgreifenden feindseligen Entfremdung oder sogar zu bedrohlichen tätlichen Entgleisungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen kommt.

Das Ministeriumspapier disqualifiziert sich durch eine reißerische, verleumderische Sprache, durch unzulässige Verallgemeinerungen, sowie durch die nicht belegbaren Behauptungen selbst. Dabei stellt es die Gewährungspraxis von Arbeitslosengeld II völlig auf den Kopf. Unabhängige Beratungsstellen und Parteien, die zum Teil sogar namentlich benannt sind, werden als „Komplizen bei der Abzocke“ verunglimpft. Letztendlich wird damit das Ziel verfolgt, weitere Verschärfungen bei Hartz IV durchzusetzen und gesellschaftsfähig zu machen, sowie neue, noch schlimmere Maßnahmen gegen die Erwerbslosen propagandistisch vorzubereiten. Dagegen setzen sich die Initiativen zur Wehr, und dabei haben sie meine volle Solidarität!

Am vorletzten Wochenende fand in Bielefeld eine zweitägige Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen statt. Dort brachte ich den Antrag ein, die BAG-SHI möge ebenfalls Strafanzeige stellen. Es gab 18 Ja- und elf Nein-Stimmen bei zwölf Enthaltungen. In der abschließenden Pressemittei-

lung heißt es: „Das Ministeriumspapier disqualifiziert sich durch eine reißerische, diskriminierende Sprache, unzulässige Verallgemeinerungen und nicht belegbare Behauptungen. Diese propagandistische Darstellung weisen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesfachkonferenz der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf das Schärfste zurück."

Die von Clement initiierte Missbrauchskampagne verfolge das Ziel, weitere Verschärfungen bei Hartz IV gesellschaftsfähig zu machen. Die Arbeit der Agenturen und Jobcenter sei immer noch völlig unzureichend, und adäquate Beratung finde trotz des Anspruchs der Betroffenen laut § 4 SGB 1 so gut wie nicht statt. Wegen der vielen falschen Bescheide, der häufig zu geringen Zahlungen und der wochenlangen Verzögerungen bedürfe es gerade deshalb unabhängiger Beratungsstellen, um diese Fehler aufzudecken und die Agenturen anzuhalten, die Gesetze einzuhalten. Das Problem der Arbeitsmarktpolitik seien nicht die Erwerbslosen, sondern das Fehlen von Arbeitsplätzen und deren weiterer Abbau. Das sei das Gegenteil von Clements Erfolgsstory, so die Erklärung.

Die ALSO Oldenburg bringt den Skandal mit folgender Einschätzung auf den Punkt: „Alle Politiker, die trotzdem an ihrer Macht festhalten und dafür ihre Mitmenschen öffentlich zu ‚Kostenfaktoren' erniedrigen, sie als ‚Parasiten' oder ‚Zellen' bezeichnen, solche Politiker unterstützen die Herausbildung einer neuen, weltweiten Diktatur der kapitalistischen Marktwirtschaft, ein totalitäres Regime des Profits, das seine Opfer, die Arbeitslosen, Ausgegrenzten und Armen, zuerst mit Worten in die Tierwelt verdammt, um sie dann mit Taten – ja, was kommt dann als nächstes? Werden Arbeitslose und ihre Familien demnächst als ‚Schädlinge der Leistungsgesellschaft' gebrandmarkt? Müssen sie bald das Logo des Arbeitsamts auf ihre Jacken nähen?". Widerstand ist weiterhin angesagt! Erwerbslose werden offensiv ihre Würde verteidigen, ihre berechtigten Ansprüche stellen und sich gegen falsche Bescheide und Schikanen zur Wehr setzen!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe")

Gestärkt von Berlin

Wir machen weiter gegen die ganzen Unverschämtheiten von Merkel & Co. und dem Bremer „Senat"!

Nach kleinem Regen wieder trocken, so präsentierte sich die 61. Bremer Montagsdemo auf den beleuchteten Stufen vor dem „Haus der Bürgerschaft", dem Landtag, auf dem dunklen Marktplatz. Es fanden sich erneut um die 50 Mitstreiter, Redner und Zuhörer ein.

Im Mittelpunkt der Wortmeldungen stand der Sternmarsch in Berlin mit lebendiger Darstellung und erster Einschätzung des Ergebnisses. Weitere Beiträge befassten sich mit den „Chaos-Tagen" in Berlin oder auch der Regierungsver-

handlung in der „Großen Koalition“. Wir jedenfalls werden uns von dem Eiertanz nicht kirre machen lassen und uns wappnen für die Auseinandersetzung mit den Sozialräubern von Merkel und Müntefering! Stoiber hat ja schon den Schwanz eingekniffen!

Ein anderer Beitrag befasste sich wieder mit dem Bremer Theater. Der Senator Kastendiek, der meint, großzügig das Theater angreifen zu können, sitzt selber bis zur Halskrause im Lügenschlamm. Er und seine Vorgänger Perschau und Hattig sind die Verantwortlichen für diese verantwortungslose Politik des Bremer Senats! Die Bezahlung der Oktober-Gehälter beruhte nur auf einer Bürgschaft bis zum 20. November 2005, genau vor dem Gehaltstermin für November. Folgt dann das gleiche Spiel? Oder sollen sich die Theaterleute wie beim Pfänderspiel bald *ausziehen,* durch weiteren Verzicht?

Es wird immer notwendiger, eigene Recherchen gegen die gleichgeschaltete Politik und Medienberichterstattung von Senat und beispielsweise der „Bremer Tageszeitungs AG“ durchzuführen. Es wächst der Unmut der Redakteure über die Zensur der Chefredaktion und der ökonomischen, sprich monopolhörigen Geschäftsführung aus treuen SPD-Opportunisten! Aber er ist noch nicht stark genug, diese „Herren“ auch anzugreifen.

Am kommenden Montag, dem 14. November 2005, sind wir wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Weg mit dem Beton: Wir brauchen einen
menschenwürdigen Neuanfang *(„Stattnetz“)*

Arbeit ohne Zwang: Bedingungsloses Grundeinkommen schafft
leistungsfähiges Gemeinwesen ohne Verlierer *(Prof. Götz W. Werner)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

62. Bremer Montagsdemo am 14. 11. 2005

Armer Michel

Wer reitet so spät durch Nacht und Wind? Es ist Angela Merkel, ohne Kind! Einen billigen Mantel im Arm, in Ruh, und, mit gieriger Hand umkrallt, des Michels Schuh!

Halt, Frau Merkel, wo will Sie hin? Hat Sie nichts Besseres im Sinn? Ich friere doch schon im kalten Winter und habe zu Hause auch noch ein paar Kinder!

So kann der langersehnte Aufschwung nicht kommen: Dem armen Michel wird sogar der Mantel genommen! Will Frau Merkel damit stopfen das Haushaltsloch? Reiche Leute haben gewiss bessere Mäntel noch!

Michel sein ist nicht mehr schön: Frau Merkel lässt mich im Regen stehn! Mancher Michel hungert schon, und es wird schärfer noch der Ton!

Lieg ich erst mal schlapp im Bette, zieh ich rüber meine Decke, lasse schreien, wer da will: „Aufschwung, Aufschwung!“, ich bleib still!

Ursula Gatzke (parteilos)

Löcher im Netz: Immer mehr Menschen sacken auf die Grundsicherung ab *(„TAZ“)*

Ferngestoi(b)ert: Alpen-Frusti braucht Vorsager *(„Spiegel-Online“)*

Sie lügen dir die Hucke voll

Heute tagen die Parteien, die unsere künftige Regierung stellen wollen: CDU in Berlin, CSU in München, SPD in Karlsruhe. Sie nennen sich „Volksparteien“ und behaupten, sie hätten in den Koalitionsverhandlungen „Kröten“ schlucken müs-

sen: Alle müssten und würden den „Gürtel enger“ schnallen! Diese Parteien reden von „notwendigen Kompromissen“ und lügen uns die Hucke voll!

Wir, das Volk, haben keine großen Volksparteien! *Wir* müssen die „Kröten“ schlucken und den „Gürtel enger“ schnallen! Wir müssen den Rücken hinhalten, auf dem die „Kompromisse“ ausgetragen werden, zu unser aller Schaden!

Leute, denen es Tag für Tag auf unsere Kosten besser geht, wollen es durchsetzen, notfalls auch mit Militär: Schon wird davon gesprochen, das Grundgesetz dementsprechend zu ändern!

Noch ist Zeit, gegen all diese Pläne vorzugehen. Das geht in erster Linie nur mit Hilfe aus den Betrieben! Dazu muss allerdings unseren lahmarschigen Gewerkschaftsbossen „Feuer“ unterm Hintern gemacht werden!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Sie machen dich zum Sündenbock

Neulich stand im „Weser-Kurier“ eine Aussage, die wir seit über einem Jahr machen: „Je mehr Billigbeschäftigte wir in die Betriebe lassen, umso mehr zerstören wir reguläre Arbeitsplätze“, wird ein Betriebsratsvorsitzender zitiert. Auch in Sachen Mietspiegel war die Montagsdemo voraus!

Nun zeigt sich, dass es gar nicht so viele Arbeitsplätze gibt, wie man der Bevölkerung weismachen möchte. All dies prangern wir schon lange an, aber die Öffentlichkeit wird bewusst nicht informiert!

Wir wären hier wohl viel mehr Demonstranten, würden nicht die ALG-II-Empfänger zu Sündenböcken für die Finanzmisere gemacht. Mal ehrlich: Was denkt die Mehrheit über „Hartz-IV-Leute“?

Wir bekommen zu hören: Wenn die Mehrwertsteuer nicht erhöht würde, müssten die Renten gekürzt werden. Welch ein Hohn: Auch die Mehrwertsteuer-Erhöhung bedeutet eine Rentenkürzung, denn wer mehr bezahlen muss, hat weniger Geld!

Die Wirtschaftsweisen, die wir uns leisten, obwohl sie schon lange keiner mehr ernst nimmt, irren vielleicht auch in der Annahme, dass die Renten *doch* sicher sind. Leistung müsse sich wieder lohnen, wurde in früheren Wahlkämpfen gefordert, doch heute ist der Arbeitslohn zu niedrig, und morgen wird die Rente winzig sein. Müssen wir noch ein Jahr warten, bis das alles in der Zeitung steht?

Udo Riedel (parteilos)

Rassistische Hetze: Machen Krawallos auch Vielweiberei? *(„Spiegel-Online“)*

Sie drohen, dich aus deiner Wohnung zu werfen

Das am 26. September 2005 vorgestellte Gewos-Gutachten ist, zehn Tage vor der Sitzung der erst dann beschlussfähigen Sozialdeputation, nur als aufgequirlte Panikmache zu beurteilen. Es wird behauptet, dass den 31.000 Haushalten, die Hartz IV beziehen, doppelt so viele preislich geeignete Wohnungen gegenüberstünden, von denen aber nur 1.200 aktuell nicht vermietet seien – was zu bezweifeln ist!

9.000 Haushalte, also 12.000 bis 15.000 Menschen, sollen in unangemessen teuren Wohnungen leben. Schon rein rechnerisch ist es unmöglich, diesen großen Personenkreis auf die wenigen freistehenden Wohnungen zu verteilen, wobei auch eine natürliche Fluktuation unter allen Mietern kaum den tatsächlichen Bedarf decken könnte. Auch der Vorschlag, vom Umzug Betroffene sollten das Gespräch mit dem Vermieter suchen, um eine niedrigere Miete zu erzielen, die der Hauseigentümer dann als staatliche Mietgarantie direkt von der Behörde überwiesen bekäme, kommt in ihrer Absurdität nur einer weiteren Schikane für ALG-II-Empfänger gleich, weil suggeriert wird, dass diese nicht selbst in der Lage seien, die Miete pünktlich zu bezahlen.

Wenn in kleineren Städten wie Oldenburg oder Lüneburg, mit viel günstigerem Mietniveau, die Mietobergrenzen per Gerichtsbeschluss nach Klage von ALG-II-Empfängern um 20 Prozent erhöht werden mussten, bleibt noch ganz viel Hoffnung, dass dies auch im teureren Bundesland Bremen eintreten wird! –

Der bisherige Bundeswirtschaftsminister Clement wiederum wird die Zahl der Langzeitarbeitslosen kaum dadurch reduzieren, dass er ihnen Betrug und

nicht vorhandene Arbeitsbereitschaft vorwirft. Vermehrte Kontrollen würden Arbeitslosengeld-II-Bezieher nur sinnlos schikanieren und kriminalisieren, unnötig Steuergelder verschwenden. Warum sieht Herr Clement nicht endlich der Tatsache ins Auge, dass wir bei einer 40-Stunden-Woche keine Vollbeschäftigung mehr erreichen können?

Durch die Automatisierung der Arbeitsabläufe hat sich die Produktivitätsrate im Laufe der Jahrzehnte drastisch erhöht. Dadurch werden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht. Dies ist den Arbeitslosen ebensowenig anzulasten, wie die Tatsachen, dass Ältere schon ab 40 kaum mehr angestellt werden, Börsenkurse durch Massenentlassungen in die Höhe schnellen oder viele Betriebe ins Ausland abwandern. Arbeit muss neu und gerecht verteilt werden, damit alle an der Gesellschaft teilhaben können!

Die pauschalen Anschuldigungen von Wirtschaftsminister Clement werden keineswegs dadurch bewiesen, dass sie wie eine volksverhetzende Treibjagd auf Arbeitslose durch den gesamten Blätterwald der schreibenden Zunft gepeitscht werden. Auch der „Spiegel“ macht sich in Heft 43/2005 im Artikel „Das Spiel mit den Armen“ das Prinzip Sündenbock zu eigen: Weil die Arbeitslosen ja an allem schuld sind und sich durch Gesetzeslücken hindurchschmarotzen, darf der Rest der Zwei-Drittel-Gesellschaft sie auch weiterhin von der Teilhabe an einem Leben in Würde ausschließen! –

Leider stimmt es auch überhaupt nicht, dass, wie im „Stern“ (Heft 44/2005) gemeldet, das ALG II höher als die bisherige Sozialhilfe sei. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Auch wenn der jetzige Regelsatz mit rund 50 Euro über dem bisherigen der Sozialhilfe liegt, ist er dennoch niedriger, weil jegliche Anträge auf Bekleidungsgeld, Reparatur einer Waschmaschine usw. nicht mehr gestellt werden können. Für Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren werden sogar 28 Euro weniger gezahlt als zuvor!

Ferner hat der Paritätische Wohlfahrtsverband errechnet, dass das ALG II um 19,4 Prozent unter dem früheren „Warenkorb“ liegt, somit in unzulässiger Weise zu tief unter der Armutsgrenze. Seit Einführung von Hartz IV steht nicht nur die berufliche Rehabilitation von Behinderten vor dem Kollaps. Auch die Berufsrückkehrerinnen, die wegen der Erziehung ihrer Kinder einige Jahre zu Hause geblieben waren, haben seitdem keinerlei Anspruch mehr auf eine besondere Förderung. Hartz IV ist so überflüssig wie ein Kropf! Es dient nur dem allgemeinen Lohndumping!

Elisabeth Graf (parteilos)

Kaufen Sie mich: Online-Bewerbung spart Portokosten *(„Stattnetz“)*

Wie in Nordkorea: Schmatzi-Platzi
soll unser lieber Führer sein *(„Spiegel-Online“)*

Sie stempeln dich zum Verbrecher

Dass wir von der neuen Regierung nichts Gutes zu erwarten haben würden, war ja klar. Nach dem Gerangel um die Posten führten sie uns ein Schein-Gerangel um die Anteile der Parteien an den kommenden asozialen Untaten vor. Alles nur Theaterdonner! Nach meinem Eindruck standen all die neuen und nicht mehr ganz so neuen Schweinereien, einschließlich der Alibiveranstaltung einer lachhaften dreiprozentigen „Reichensteuer“, längst vorher fest!

Zum Dank für die verstärkte Umverteilung von unten nach oben verschärfen die Unternehmer die Massenarbeitslosigkeit und den Druck auf Gewerkschaften und Arbeitnehmer: Telekom streicht 32.000 Stellen, Allianz lässt bis zu 10.000 Jobs wegfallen trotz eines Gewinns von 794 Millionen Euro, und andere Konzerne bauen im nächsten Jahr ebenfalls Tausende Stellen ab!

Das „Neue Deutschland“ vom 12. November 2005 schreibt in einem Kommentar absolut zutreffend, dass die völlig unkontrollierbar gewordenen Staatsschulden verfassungswidrig sind und fährt dann fort: „Dass es für die meisten Bürger – Gering- wie Normalverdiener, Arbeitslose, Rentner – nichts Gutes ist, stand schon vorher fest. Sie werden weniger Geld zum Leben haben, ihre Zukunft ist ungewisser denn je. Denn was sie mehr an Steuern zahlen müssen, wird umverteilt. Angeblich damit Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen. Doch diese Rechnung ging noch nie auf. Nur Profite und Spitzeneinkommen steigen. Auch das ist verfassungswidrig. Denn das Grundgesetz bestimmt, dass Deutschland ein ‚demokratischer und sozialer Bundesstaat‘ ist.“

Der massenhafte Missbrauch des Grundgesetzes und die pauschale Kriminalisierung von über fünf Millionen Erwerbslosen ist längst Tagesordnung. Die neue Verschärfung der Diffamierungskampagne aus dem Hause Clement, der alle Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu Verbrechern stempeln will, erfahren wir jetzt aus Radionachrichten und aus der Presse: „Rasterfahndung gegen Hartz-IV-Missbrauch“ stand vorgestern in der „Kreiszeitung“, und die „Tageszeitung“ vom 12. November 2005 schreibt: „Hatz wegen ALG II“. Beide Zeitungen zitieren einen Bericht der „Hannoverschen Allgemeinen“, wonach in regelmäßigen Abständen Daten der Bundesagentur für Arbeit mit den Rententrägern und mit Banken flächendeckend abgeglichen werden, um angeblichen Sozialbetrug aufzudecken!

„Rasterfahndung“ in Form von Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten gab es vor vielen Jahren schon gegen Mitglieder und sogenannte Sympathisanten der RAF. Fünf Millionen Arbeitslose gleich fünf Millionen Kriminelle, Schmarotzer, potentielle „Terroristen“? Dann darf sich niemand wundern, wenn hier bald Dinge geschehen wie jetzt in Frankreich!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Und dann nötigen sie dich zum Bewerbungs-Overkill

Ich war bei der Bagis und bin schlauer geworden. Bei diesem Besuch ging es um die **Eingliederungsvereinbarung**. Sie ist natürlich zum Mitnehmen gedacht, um sie in Ruhe zu lesen!

Vorher wurde um die **Anzahl der Bewerbungen pro Monat** debattiert. Blindbewerbungen nach dem Telefonbuch sollten es nicht sein, aber Bewerbungen auf jede mögliche Stelle, schließlich ist der Berufsschutz entfallen! Vereinbart wurden zehn Bewerbungen pro Monat.

Im Gegenzug hat die Bagis die **Übernahme der Bewerbungskosten** zugesagt, ab jetzt! Das Antragsformular hierfür ist unvollständig, so der Sachbearbeiter: Bewerbungsfotos sind nicht aufgeführt, diese können aber ebenfalls geltend gemacht werden. Es gibt aber auch die Möglichkeit, die Bewerbungskosten pauschal zu beantragen: Die Pauschale beträgt fünf Euro pro Bewerbung.

Vorsichtshalber weist der Sachbearbeiter der Bagis darauf hin, dass dies nicht für eine einfache **Bewerbung per Telefon** gilt. Wir haben nachgefasst: Telefonate gibt es auch bei diesem Antragsformular nach der Abrechnung mit Einzelaufstellung. Bei den Telefon- und Internetkosten bitte die anteiligen Grundgebühren nicht vergessen! Es herrschte Einigkeit darüber, dass ein Handy-Gespräch wesentlich mehr als fünf Euro kosten kann.

Das Finanzamt hat 8,50 Euro pro **Bewerbungsmappe** als Pauschalsumme akzeptiert. Wer also mit fünf Euro nicht hinkommt, sollte entweder den Sachbearbeiter überzeugen oder die tatsächlichen Kosten abrechnen, auch den Verbrauch an Tinte und Abnutzung der Technik!

Vorstellungsgespräche brauchen ebenfalls nicht mit dem Sachbearbeiter abgesprochen zu werden. Am Empfang werden die Fahrkarten sofort gedruckt und ausgehändigt, weitergehende Kosten sind aber vorher zu beantragen.

Soweit bei der Bagis. Wir haben in Bremen rund 30.000 ALG-II-Betroffene. Zehn Bewerbungen im Monat, pro Bewerbung fünf Euro, macht **anderthalb Millionen Euro pro Monat, allein im kleinen Bremen**! Bei über 70.000 Arbeitssuchenden und nicht einmal 4.000 offenen Stellen ist dies pure **Verschwendung von Steuergeld**! Dies führt sicher dazu, dass mit den Einstellungsvereinbarungen sparsamer umgegangen wird. Der Spitzenwert, den ich gehört habe, liegt bei **18 Bewerbungen pro Monat**! Diese Pflichtbewerbungen verursachen eine weitere **Kostenexplosion der ALG-II-Verwaltung**!

Der Sachbearbeiter der Bagis hat zugestanden, dass ein Teil der Stellenangebote nicht mehr im Internet zu finden ist, sondern nur beim Arbeitsamt. Begründung: Diese Arbeitgeber wollen nicht so viele Bewerbungen! Die Zahl dieser Arbeitgeber wird sicher zunehmen. Außerdem können Arbeitgeber eine **Störung des Geschäftsgangs** geltend machen, verursacht durch die Aktion der Behörde! Dies ist ein Grund zur **Unterlassungsklage**! Daher hat der Sachbearbeiter auch keine Blindbewerbung gefordert!

Die Bundesagentur für Arbeit wird diese Praxis nur kurzfristig durchhalten, danach ist die gesteuerte Bewerbung nach Aufforderung durch die Bundesagentur für Arbeit wieder angesagt, falls die Behörde diese Entrüstung überlebt! Jeder Sachbearbeiter kann nachvollziehen, wie viel Geld und Erfahrung zur Zeit vergeudet wird.

Bei einem anderen Gespräch bei der Bagis wurde auch der **Ein-Euro-Job** empfohlen: Es gebe da ganz interessante Angebote, nicht nur Laubfegen. Wir haben die Diskussion mit der Feststellung beendet, dass diese Angebote komplett im Internet stehen. Wer an einem Arbeitsverhältnis interessiert ist, sollte diese Angebote ansehen und, falls ein interessanter Arbeitsplatz dabei ist, zugreifen!

Warum sage ich „**Arbeitsplatz**“ und nicht „Ein-Euro-Arbeitsgelegenheit“? Weil diese fast alle nicht *zusätzliche Tätigkeiten* sind und daher *reguläre Arbeitsverhältnisse* darstellen! Nach diesem Gesichtspunkt kann der Ein-Euro-Job ausgewählt werden. Wer einen solchen hat, kann beim Arbeitsgericht per **Feststellungsklage** das Arbeitsverhältnis geltend machen, auch noch *nach* Beendigung der Tätigkeit!

Fast jeder Ein-Euro-Job, der keine **Schulung** oder **Weiterbildung** als Hauptzweck hat, ist angreifbar! Die ersten Feststellungsklagen wurden von den Arbeitsgerichten angenommen. Die Verfahren laufen, aber bereits die Zulassung der Klage bedeutet, dass auch die Arbeitsgerichte von einem Arbeitsverhältnis ausgehen! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit ehrlichen Politikern!

Hans-Dieter Binder

198 Methoden der gewaltfreien Aktion: Das Handbuch
zum Tulpenumsturz *(„Peace Magazine“)*

Unser Beifall für den ersten selbständigen Streik von Daimler-Chrysler-Kollegen!

Zur 62. Bremer Montagsdemo auf den beleuchteten Stufen vor dem „Haus der Bürgerschaft“ auf dem dunklen Marktplatz fanden sich um die 40 Mitstreiter, Redner und Zuhörer ein.

Die labile neue Regierung scheint vorerst zu stehen, doch deren Programm mit Mehrwertsteuererhöhung und weiteren, breitgefächerten Angriffen auf die Bevölkerung bringt die Wahllügengebäude von CDU und SPD schon zum Einsturz! Das lange Warten auf die konkreten Pläne macht die Menschen immer wütender und auch verzweifelter. Nach keiner Wahl hat es gleich wieder so viele Arbeitskämpfe und Proteste gegeben! In halb Europa zeigt sich das gleiche Bild. Wir verurteilen sinnlose Gewalt wie beim Abfackeln von Autos in Frankreich, aber wir unterstützen den breiten Protest überall gegen die gleiche asoziale Politik der sogenannten Regierungen in Europa!

Da ist ein Marsch zum Krawattenbunker der Werksleitung mit zweistündigem Streik gegen den unverschämten Versuch der Arbeitsplatzvernichtung genau der richtige Weg! Die Bremer Daimler-Chrysler-Kollegen lehnen die Erpressungsversuche mit Vier-Augen-Gesprächen in der Personalabteilung ab, bei denen mit vermeintlichem „Zuckerbrot“ in Form von Abfindungen, die kaum etwas übriglassen, gelockt und mit der „Peitsche“, nämlich Änderungskündigungen und Betriebsversetzungen, gedroht wird. Für den Bericht von dieser Aktion gab es viel Beifall! Das ist der Weg, der die Merkel, Müntefering, Chirac oder wie sie auch heißen mögen, zum Zittern bringt!

Dann wieder Beiträge zur Politik der „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ und zu aktuellen bundesweiten Sozialgerichtsurteilen, die Mut machen und zeigen, dass jeder diese Angriffe mit einiger Mühe öffentlich machen und auch zurückschlagen kann. Aber das geht nicht alleine: Jeden „Bagis“-Besuch nur mit Begleitung machen! Der widerlichen Anmache der geschulten, aber völlig inkompetenten „Sachbearbeiter“ kann nur ruhig und nüchtern, aber mit wachem Sinn für jede Äußerung und deren Notiz als Gedächtnisprotokoll begegnet werden!

Kommenden Montag demonstrieren wir zum letzten Mal vor der „Weihnachtsmarkt“-Zeit um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Am Donnerstag, dem 24. November 2005, ist unser geliebter Arbeitsminister Clement Ehrengast beim „Roland-Essen“ in der Oberen Rathaushalle. Wir wollen ihn angemessen begrüßen.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Wach auf, Verdammter dieser Erde“: „Überflüssige Sozialschmarotzer“ prüfen Wohnverhältnisse von Minister Clement *(„Indymedia“)*

Ausgepfiffen: Bomben-Schröder braucht Polizeischutz beim Abschieds-Zapfenstreich *(„Spiegel-Online“)*

Astro-Desaster: Leitzinserhöhung stört gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

63. Bremer Montagsdemo
am 21. 11. 2005

Ihr da oben baut euch ein Leben im Schlaraffenland

„Regieren ist nicht leicht“, sagen unsere Volksvertreter, „lasst es uns versuchen und gebt uns Zeit!“. Ich sage euch Spitzenpolitikern immer wieder: Regieren ist ziemlich leicht, wenn man den wehrlosen Menschen ohne Ende die Euros aus der Tasche klaut! Das ist eine sehr große Sauerei!

Haltet uns Bürger endlich nicht mehr für so blöd! Ihr predigt uns, ihr wolltet neue Wege eröffnen. Was heiß hier neu? Das ist doch der gleiche alte Käse, ob ihr so oder so regiert! Das Abzocken bei den ärmeren oder sehr armen Menschen bleibt bei euch doch immer das Gleiche! Neu sind nur die noch tieferen Einschnitte, die schon fast bis auf die Knochen gehen, während ihr euch oben ein Leben im Schlaraffenland aufbaut!

Eure Abzockerei, Damen und Herren, ist nicht mehr hinnehmbar! Ist euch die Stimme des Volkes denn noch nicht laut genug? Das kann sich schnell ändern! Eure Arroganz und Verlogenheit kann das Volk am allerwenigsten brauchen! Ihr könnt euch sicher sein, wir werden euch dafür noch mächtig auf die Füße treten!

Wir haben euch nicht gewählt, damit ihr uns noch tiefer in die Schuldenfalle jagt! Ihr jagt die Preise hoch: 19 Prozent Mehrwertsteuer, auch auf Medikamente ohne Rezept! Medizin nur noch für Reiche? Wie blöd müssen Spitzenpolitiker sein, die Schwarzarbeit per Gesetz fördern? Schreibt bloß euer Parteitags-Drehbuch neu!

Ursula Gatzke (parteilos)

Frau am Steuer: Mit 19 Milliarden gegen die Eiche
der Verfassung gecrasht *(„Spiegel-Online“)*

Zum Abschied Wassertropfen

Auf die Frage, ob die Politiker auch bei sich selbst sparen würden, antwortete Peer Steinbrück, designierter Finanzminister der neuen Bundesregierung: „Die Politik spart bereits seit Jahren bei sich selbst, das wird auch fortgesetzt“. Das brauche ich nicht zu kommentieren!

Aber weiter sagte dieser neue Rambo noch, er beobachte viel „Populismus“ in der Debatte über die Bezüge von Politikern: Die Abgeordneten-Diäten mögen „aus Sicht eines Busfahrers oder einer Krankenschwester als hoch“ empfunden werden, im Vergleich zu Managern seien sie aber unter Berücksichtigung ihrer „Arbeitsbelastung und Verantwortung nicht zu hoch“.

„Verantwortung“ sagte er! Ausgerechnet zur Krankenschwester und zum Busfahrer! Der Mann schämt sich nicht vor der Beleidigung von Menschen, die Tag für Tag eine hohe Verantwortung tragen! Der Mann scheint die Bedeutung von „Verantwortung“ gar nicht zu kennen! So einer soll nun in Zukunft Bundesfinanzminister sein! Armes Deutschland!

Sein Vorgänger, Hans Eichel, drückte ja, genau wie Gerhard Schröder, beim Abschied noch ein paar Wassertropfen aus den Augen. Ich auch! Nur einen Unterschied gibt es: Die beiden vergossen Freudentränen über ihre hohe Pension, die monatlich so viel beträgt wie meine Jahresrente! Bei mir waren es eher Tränen der Wut!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Staatskasse leer: Kaufmännischer
Theater-Geschäftsführer fristlos gefeuert *(„Tageszeitung“)*

„Keine eingleisige Schuldzuweisung“

Beim Lesen des Interviews mit Klaus Pierwoß überkam mich am 16. November 2005 beinah das im „Weser-Kurier“ verkündete „Täglich-glücklich“-Gefühl, denn dem Intendanten des Theaters am Goetheplatz wurde knapp eine Sei-

te eingeräumt und Gelegenheit gegeben, die bisherige falsche Berichterstattung geradezurücken!

Der „Weser-Kurier“ hat sich hier einmal zu ehrlicher Darstellung entschlossen. Mein Respekt, Herr Pierwoß, Sie haben auf infame Suggestivfragen bewundernswert ausführlich und fundiert geantwortet! Sie hätten ja auch von Ihrem Hausrecht Gebrauch machen und den von jeder Sachkenntnis unberührten Reporter hinauswerfen können!

Der „Weser-Kurier“ hat die „Täglich-glücklich“-Kampagne nun ja wohl wieder eingestellt und eingesehen, dass er mit diesem Spruch danebenliegt: ALG-II-Empfänger, die sich keine Zeitung mehr leisten können, werden durch die Berichte dieses Blattes bestimmt nicht glücklicher! Der „Weser-Kurier“, der inzwischen übrigens keine Leserbriefe von Elisabeth Graf mehr druckt, hat auch noch nicht mitgekriegt, dass Bremen keine Theater-, sondern eine Senatskrise hat! Und die gibt es nicht erst seit September!

Gudrun Binder

Die Zwangsumzüge sind in Bremen noch längst nicht vom Tisch

Am 15. November 2005 wollte die Sozialdeputation das Thema Zwangsumzüge verhandeln, doch dieser Tagesordnungspunkt wurde kurzfristig verschoben. Trotzdem fand mit 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die angekündigte Demo statt, und im Foyer des Siemens-Hochhauses standen uns Frau Röpke, der ach so christliche Demokrat Oppermann und einige andere Deputierte Rede und Antwort. Das immerhin finde ich bemerkenswert, denn so etwas ist nicht selbstverständlich, wenn ich an Hamburg oder andere deutsche Städte denke. Ein Rest von „politischer Kultur“ scheint sich hier trotz acht Jahren Scherf-Koalition noch erhalten zu haben! Das ist freilich weder Ersatz noch Entschuldigung für eine schlechte Politik!

„Weser-Kurier“ und „TAZ“ berichteten unisono mit großem Bild und wenig Text vom Bahnhofsvorplatz, aber nicht aus dem Siemens-Hochhaus. Das spricht Bän-

de! Frau Röpke verteidigte uns gegenüber noch einmal ihre Pläne und berief sich dabei auf das fragwürdige Gewos-Gutachten, das ich lieber ein *Schlechtachten* nennen möchte, denn erstens war es vom Senat bestellt, und zweitens sind die Zahlen deutlich geschönt. Danach gibt es für die 9.000 Haushalte, die nach dieser Studie zum Umzug gezwungen werden sollen, angeblich jede Menge billigen Wohnraum! Das ist glatt gelogen!

Die Senatorin war geständig, aber bemüht zu beschwichtigen, indem sie nach dem Motto „alles halb so schlimm“ unter anderem über eine zeitlich breite Staffelung der Umzugsaufforderungen „nachdenken“ und gegebenenfalls mit sich reden lassen wollte. Ach wie groß ist Gottes Ohr! Danach sollen zuerst diejenigen angeschrieben werden, die „hohe“ Mietüberschreitungen haben, die anderen je nach Höhe ein halbes oder ganzes Jahr später oder gar nicht. Eine geringfügige Übersteigung von ein paar Euro könne ja aus dem Regelsatz bezahlt werden, meinte sie. „Können Sie sich vorstellen, Frau Röpke, wie das ist, wenn Sie monatlich von 345 Euro leben müssten?“, rief ihr jemand zu und rechnete an einem Beispiel vor, dass dies schon jetzt völlig unmöglich ist. Er fügte hinzu: „Wir wollen überhaupt keine Zwangsumzüge!“.

Die Deputierten mussten sich aus unseren Reihen einige drastische Fälle von unverschuldeter Notlage und Unterbrechung der Energiezufuhr anhören. Wenn es besondere Härten gebe, beispielsweise wenn Strom und Gas abgestellt wurden, wolle ihre Behörde in Zusammenarbeit mit der Bagis „jeden Einzelfall sorgfältig prüfen und gegebenenfalls Abhilfe schaffen“, versuchten die Senatorin und ihr CDU-Kollege Oppermann zu beschwichtigen, was wir als durchsichtigen Versuch der Ablenkung vom eigentlichen Problem werteten. Darüber waren wir empört! „Dass jetzt immer mehr Menschen hungern und frieren müssen, ist unmittelbare Folge Ihrer Politik, Frau Röpke!“, riefen wir ihr zu und kündigten an, dass wir wiederkommen werden!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

„Denn du bist Deutschland“: Sagte schon Adolf Hitler *(„Spiegel-Online“)*

„Das war Mord, Herr Röwekamp“: Bremer Polizei ertränkte Afrikaner *(„TAZ“)*

Druck machen! Sonst ist die Bude kalt und der Kühlschrank leer

Am **Donnerstag**, dem **24. November**, machen wir um **16:30 Uhr** eine **Kundgebung** vor der **Bürgerschaft**! An diesem Tag wollen die Bau- und Sozialdeputation über die neue Mietobergrenzenregelung im Rahmen des Arbeitslosengel-

des II (Hartz IV), der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Rentner in Bremen diskutieren und entscheiden.

Hintergrund ist: Die Mieten in Bremen sind in fast 14.000 Haushalten, die diese Leistungen bekommen, höher als die bisher vorgesehenen „angemessenen“ Obergrenzen. Mit ihrem Vorschlag, über den die Deputationen, die Ausschüsse der Bürgerschaft, am Donnerstag beraten, will die Behörde die Menschen zwingen, sich eine neue, billigere Wohnung zu suchen. Wohnungen, die, so will uns die Behörde weismachen, angeblich in Bremen vorhanden und auf dem Wohnungsmarkt verfügbar sind.

Die Heizkosten, die von der Bagis und den Sozialämtern in Bremen getragen werden, betragen zur Zeit ein Euro pro Quadratmeter. Diese „angemessenen“ Heizkosten sind seit 1996 nicht mehr erhöht worden. Damit bekommen heute nur noch die wenigsten ihre Wohnung warm. Allein seit September 2004 ist der Preis für Heizöl und Gas um circa 40 Prozent gestiegen. Folge: Die SWB Enordia sackt ein, und bei zuletzt über 7.000 Menschen ist die Versorgung mit Energie eingestellt.

Für Heizkosten und Miete gilt: Liegen die tatsächlichen Kosten über den von der Behörde vorgesehenen „angemessenen“ Obergrenzen, muss dieser höhere Betrag aus den Regelleistungen bezahlt werden. Damit verringert sich jedoch der Betrag, der noch für Essen, Bekleidung, Strom, Möbel etc. zur Verfügung steht.

Beispiel: Ein(e) Alleinerziehende(r) mit einem zwölfjährigem Kind wird eine „angemessene“ Miete von 355 Euro und 60 Euro Heizkosten zugestanden. Ihre tatsächlichen Kosten liegen jedoch bei 420 Euro Miete und 85 Euro Heizung monatlich. Nach Ablauf der Umzugsfrist muss dieser Unterschiedsbetrag von insgesamt 85 Euro aus den Regelleistungen „zugezahlt“ werden. Damit hat dieser Haushalt 85 Euro weniger als das gesetzlich vorgesehen Existenzminimum.

Vergleich: Die Armutsgrenze. Im Bericht der Bundesregierung zur Einkommenssituation in Deutschland (Armutsbericht 2005) wurde die Armutsgrenze für Alleinerziehende mit einem Kind für das Jahr 2003 auf 1.395 Euro festgestellt. Im Rahmen des ALG II stehen diesem Haushalt jedoch lediglich 1.008 Euro (bei Einhaltung der Mietobergrenzen) zu. Das ist weit unterhalb der Armutsgrenze.

Umziehen geht nicht! Die Behörde unterstellt, die meisten betroffenen Menschen könnten sich eine billigere Wohnung suchen. Dies ist falsch: Insbesondere Alleinstehende und Zweipersonenhaushalte haben auf dem Wohnungsmarkt keine Chance, eine Wohnung zu bekommen. Betroffen sind 10.000 dieser Haushalte (die Behörde geht von circa 7.000 aus). In der entsprechenden Größe stehen jedoch höchsten 300 freie und angemessene Wohnungen zur Verfügung. Den meisten werden nach Verstreichen der Umzugsfristen die Zahlungen für die Kosten der Unterkunft (Miete und Heizung) gekürzt.

Rechtliche Anmerkung: Niemand kann gegen seinen Willen zum Umzug gezwungen werden. Es gibt keine gesetzliche Regelung, die es der Behörde erlaubt, den Umzug zu erzwingen. Einzig die Reduzierung der Miet- und Heizkosten bis

auf die Obergrenzen ist möglich. Diese Mietobergrenzen müssen in jedem Fall gezahlt werden, auch wenn ein Umzug nicht erfolgt ist.

Die besondere Schärfe des Problems ist mit Einführung des Arbeitslosengeldes II entstanden. Insbesondere Menschen, die vorher Arbeitslosenhilfe bezogen haben, konnten sich bis Ende 2004 auch teurere Wohnungen leisten. Hartz IV ist ein Verarmungsgesetz, das dazu geführt hat, dass sich die Einkommen drastisch verringert haben. Hartz IV muss weg. Einzuführen ist eine Grundsicherung, die mindestens die Armutsgrenze erreicht (zur Zeit bei Einpersonenhaushalten 938 Euro, bei zwei Erwachsenen 1.395 Euro).

Ein zweiter Grund sind die vollzogenen und geplanten Privatisierungen der ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. In Bremen wurden die Bremische (7.000 Wohnungen), die Brebau (4000) und die Beamtenbau (4.500) von der Stadt an private Investoren verkauft. Die Gewoba (44.000 Wohnungen) sollte an die Börse gehen, und ein Teil wurde von der Stadt verkauft. Dies führt dazu, dass jetzige und bei der Gewoba zukünftige Aktionäre durch Mieterhöhungen ihre Profite und Ausschüttungen erhöhen wollen.

Die Politik ist beeinflussbar. Den Politkern dieser Stadt ist das Problem bekannt. Ein „Durchziehen“ hätte auch für sie erhebliche Folgekosten wie Zwangsräumungen und Notunterkünfte. Deshalb haben wir Betroffenen die Chance, entgegen ihren ursprünglichen Planungen Verbesserungen durchzukämpfen.

Unsere Forderungen: 1. Bestandsschutz für alle jetzigen und zukünftigen ALG-II-, Sozialhilfe- und Grundsicherungshaushalte bei der Miete; 2. Anerkennung der Baujahresstufe III entsprechend Wohngeldgesetz ab 1992 für alle Menschen, die unter das SGB II und SGB XII fallen (diese Stufe ist im Durchschnitt 50 Euro günstiger); 3. Anhebung der Heizkostengrenze auf 1,40 Euro pro Quadratmeter.

Stefan Wichmann („Solidarische Hilfe“)

Große Koalition: Kein Bundesland spart an den Ärmsten so viel wie Bremen *(„TAZ“)*

Ein-Tages-Job: Agenda-Schröder wird Ringiers Privatagent *(„Spiegel-Online“)*

Arbeitslose und Steuerzahler

Den Großen Abschieds-Zapfenstreich „zu Ehren“ von Schröder auch noch im Fernsehen zu übertragen, das ist eine Schande! Auf einer Vereinsversammlung, die ich kürzlich besucht habe, sagte ein Mitglied, sein Sohn gehe auf eine private Schule, und die Bundeswehr bezahle dies. Ich erwiderte, nicht die Bundeswehr zahle, sondern die Steuerzahler, die kleinen Leute: Sie zahlen die Steuern

dafür, und die Reichen betreiben legale Flucht davor! Ich sagte auch, dass wir keine Bundeswehr brauchen und diese auflösen können. Er meinte, die „Terroristen“ müssten bekämpft werden. Ich sagte, Menschen, die meist arm sind, werden aus Verzweiflung zu Gewalttaten getrieben. Um den Terrorismus zu bekämpfen, müsste der Reichtum unter allen Menschen gerecht verteilt werden! Heute müssen Arme den ungerecht verteilten Reichtum vor anderen armen Menschen schützen!

Wir brauchen eine fortschrittliche „Gegenreligion“ gegen den Fundamentalismus. Mein Gesprächspartner sagte, Kommunismus und Sozialismus seien „nicht möglich“, da der Mensch „von Natur aus egoistisch“ sei und fragte, ob es etwa sozialistisch war, dass die Ostblockstaaten in die Tschechoslowakei einmarschierten oder China auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking Panzer auffahren und schießen ließ. Ich sagte, dass die kapitalistischen Mächte wie die USA die Sowjetunion immer vernichten wollten: Ihr wurde solch eine hohe Aufrüstung aufgezwungen, dass die Volkswirtschaft darunter zu leiden hatte und es den Menschen schlechtging. Er meinte, so sähe ich das *jetzt,* und ich zitierte Tucholsky: „Soldaten sind Mörder!“. Das Gleiche gilt für Soldatinnen!

Eine Frau sagte, der Kapitalismus sei gut, weil die Arbeitsamen zu Wohlstand kämen. Ich forderte sie auf, dies den Kapitaleignern zu sagen: Die lassen stellvertretend das untere und mittlere Management für sich ausbeuten und kassieren ab! Die Konzerne bekommen die Mehrwertsteuer für ihren Export zurückbezahlt, und die mittleren und kleinen Betriebe gehen wegen schwindender Nachfrage bankrott. Diese Entwicklung des globalen Kapitalismus wurde schon im Kommunistischen Manifest vorausgesehen!

Einer anderen Frau sagte ich, dass in Chile und Nicaragua der Sozialismus demokratisch war, aber die USA Angst hatten, er könne zu erfolgreich werden. Deshalb setzten sie alles daran, diesen zu vernichten. Nur weil ein wahrer Sozialismus und Kommunismus nicht vorhanden ist, heißt das noch nicht, dass dieser „schlecht und undurchführbar“ ist! Wäre jeder Mensch so egoistisch wie ein Kapitalist, dann wäre rein gar nichts mehr möglich. Sie meinte, es müsse den Kapitalismus und die Solidarität geben. Ich sagte, das verträgt sich wie Feuer und Wasser! Der Kapitalismus trägt den Kern der Selbstzerstörung in sich!

Wir haben in der Satzung unseres Vereins stehen, dass wir für soziale Gerechtigkeit eintreten, und deswegen ist es richtig, für die Auflösung der Bundeswehr zu sein. Die Kapitalisten würden nie für eine Ariane-Rakete und eine Armee investieren, wenn sie sich nichts davon versprächen, doch Deutschland hätte besser keine 50 Milliarden Euro dafür zu zahlen! Die 120 gutbezahlten Ingenieure wären in der Friedensarbeit oder im Umweltschutz besser aufgehoben, und das Geld wäre für 230.000 neue Lehrerstellen und Sozialarbeiter besser auszugeben!

Der Kapitalismus widerspricht in seinem Wesen der Botschaft „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Wenn ich die Menschen liebe, kann ich sie nicht ausbeuten und töten, nur um meinen Reichtum aus Habgier durch eine Armee schützen zu lassen! Das kapitalistische System geht über einen „gesunden Egoismus“ hinaus. Kommunismus ist nur möglich, wenn er sich weltweit durchsetzt und es keinen Kapitalismus mehr gibt, der ihn vernichtet. Dann benötigen wir keine Armeen mehr, die wertvolle Rohstoffe vergeuden. Es ist ganz klar, dass wir keinen Stalinismus brauchen, vor dem Kommunisten fliehen müssen. Kommunismus muss demokratisch nach dem Vorbild der Pariser Kommune sein! Halten Politiker nicht ihre Versprechen ein, werden sie abgewählt!

Bettina Fenzel (parteilos)

Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sollten seine Steuerlast mindern

1. Die Pläne der neuen Regierung sollen fertig sein, aber wurde im Vertrag genug Platz für Änderungen gelassen. Mir fehlt bisher die Bilanzierung der neuen Regierung, die Auflistung der alten Scherben. Auf diese Klarstellungen habe ich mich gefreut! Wie viel Zugeständnisse mag die SPD auch dafür gemacht haben? Der Haushalt so total daneben, dass sogar Einsparungen herangezogen werden, die bereits im Ansatz unlogisch sind!

Wie sagte Hermann Siemering sinngemäß im Bürgerfernsehen: Mal sehen, was die Reichen sich davon gefallen lassen! Ich möchte hinzufügen: Mal sehen, wie lange die Betroffenen sich dass noch bieten lassen! Aktive Gegenwehr ist möglich! Am meisten Rückhalt erzeugt Solidarität ohne den Leistungsgedanken!

Rente mit 67 bedeutet aus heutiger Sicht: Jeder Mensch sollte bereits jetzt über ALG II nachdenken. Er oder sie wird es nicht glauben wollen, was in diesem Sozial(?)gesetz steht! Wir helfen gerne beim Verständnis und ergänzen, wie die Richter den Gesetzgeber daran erinnern, dass dies alles bereits zu Zeiten des alten Sozialrechts entschieden wurde. Und dieser Mensch wird sein Kreuz bei der nächsten Wahl anders machen!

Der Umgang mit der Wohnungsfrage ist unsäglich, doch in Bremen konnten wir Zeit gewinnen. Nach Erstellung des Mietspiegels durch Matthias Brittinger

und Ralph Mels hat Frau Röpke viel Geld für ein vermeintliches Gegengutachten ausgegeben, nur lesen kann sie es scheinbar nicht!

Herrn Lange von der Bagis habe ich auch lange nicht gesehen, in „Buten un Binnen“ sah er ganz schön alt geworden aus, und was er sagte, war sehr verschönt. Im SGB II steht nicht, dass Maklergebühren zu den Kosten der Wohnungsbeschaffung gehören. Er hat recht, aber in den alten Urteilen zum Sozialhilferecht steht auch dafür die Lösung: Nach erfolglosen Eigenbemühungen die Kostenübernahme schriftlich beantragen! Der Antrag ist die Stolperschwelle!

2. Monatlich wird die Statistik der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. In einer Prognose sind sich die Wissenschaftler und Politiker leider einig: Die Gesamtzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze sinkt, geschätzt um 1.000 Stellen pro Tag! Für immer mehr Arbeitssuchende und auch Rentner gibt es immer weniger Beitragszahler. Immer weniger Menschen können ihr Brot durch Arbeit verdienen!

Wenig trostreich ist auch eine Reduzierung der Arbeitsplätze *ohne* betriebsbedingte Kündigung. Es ist klar: Keine Sozialleistung kommt auf absehbare Zeit ohne Zuschuss aus dem Haushalt aus! Die Auseinanderrechnung ist natürlich durch die jeweilige Interessenlage geprägt. So kann auch der Vorsitzende des Interessenverbandes der Markenartikelhersteller nur Positives über Markenartikel sagen!

Die Aufteilung der Steuern und Sozialversicherungen wird nicht vom Bürger vorgenommen, er kann nicht die Höhe der Einzelbelastungen und auch nicht die Finanzierung und Leistungsabgrenzung bestimmen. Der Arbeitnehmer bekommt es vom Lohn oder Gehalt abgezogen, egal ob Steuer oder Beitrag! Seine Reaktionsmöglichkeiten sind begrenzt.

Wenn die Politik heute oder vielleicht erst (über)morgen feststellt, dass die Kassen leer sind, besonders die Kasse X, so kann ich nur sagen: Verursacher sind die Politiker. Die größte Veruntreuung und Schönrechnerei war die Deutsche Einheit, der größte Steuerflop die Körperschaftssteuerreform einschließlich Verzicht auf Steuern aus Beteiligungsveräußerungen! Dazu kamen viele andere Weichenstellungen, und so war die heutige Lage vorhersehbar. Die letzten beiden Steuerreformen haben diese Lage verschärft. Deutschland fehlt die Massenkaufkraft! Dies wird den Personalabbau leider drastisch beschleunigen!

3. Wie kommen wir aus diesem Tal? Mit Arbeit statt Sozialleistungen. Aber die Unternehmen sind auf Steigerung des Gewinns aus. Personal verliert dabei oft den Kostenvergleich mit einer Maschine. Modernisierung heißt in unserem Sprachverständnis leider zu wenig Weiterbildung und Reorganisation der Mitarbeiter. Modernisierung wird als Tausch Mensch gegen Maschine verstanden! Das Verständnis für Modernisierung können wir bei uns selbst ändern, die Kosten-Nutzen-Rechnung für die Unternehmungen kann die Politik ändern.

Unternehmenssteuern werden nach den steuerlichen Gewinn erhoben. Pflichtbeiträge für die Mitarbeiter zahlt das Unternehmen an die Sozialversiche-

rungsträger als Arbeiterbeiträge zur Sozialversicherung. Die gezahlten Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sollen sich steuermindernd auswirken. Dazu wird ein Teil der AG-Pflichtbeiträge vom steuerlichen Ergebnis abgezogen und dann die Unternehmenssteuer ermittelt. Parallel dazu werden die Steuersätze angehoben, um eine aufkommensneutrale Steuergestaltung zu erreichen. Dadurch wäre die Kosten-Nutzen-Rechnung um den Faktor Folgekosten für die sozialen Sicherungssysteme erweitert.

Warum Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung? Diese fallen nur bei einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit an, auch bei einer geringfügigen Beschäftigung, aber nicht bei Produktionsverlagerung, Beschäftigung von freien Mitarbeitern oder Subunternehmern. Sie fallen nicht an für hohe Entlohnungen, da die Beitragsbemessungsgrenze die Höhe begrenzt. Die Pflichtbeiträge als Faktor für die Höhe der Unternehmenssteuer zu nehmen, belohnt Unternehmer, die Beschäftigung schaffen! Personalabbau wäre nicht mehr gleichzusetzen mit Wettbewerbsvorteil. Die Börse muss sich umstellen!

In der Zeitung wurde als Erfolgsmeldung die Weiterentwicklung der Kassen gepriesen. Im Supermarkt kassiert der Kunde dann selbst, und nicht nur dort! Wie viele Kassierer(innen) gibt es in Deutschland? Die nächste Maschinengeneration steht bereit, und wir müssen entscheiden, ob wir das wollen!

In der Zeit meiner Arbeit als Buchhalter waren die Entscheidungen recht einfach: Wenn eine Maschine die Arbeit übernehmen konnte, wurde diese Maschine gekauft, auch wenn die Kosten etwas höher waren als die gesparten Personalkosten. Diese Rechnung muss um die Folgekosten erweitert werden! Supermärkte können nicht weglaufen. Die Berücksichtigung der Arbeitgeber-Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ist keine Technikfeindlichkeit! Bahnbrechende Veränderungen werden keinesfalls behindert, die Folgekosten jedoch gerechter gestaltet. Dies ist keine neue, aber eine überfällige Idee.

Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung taugen aus meiner Sicht am besten zur Zielerreichung. Abschreibungen sind auf den Anschaffungswert der Anlagen begrenzt. Die Anlagen werden aber meist wesentlich länger genutzt. Bei einem neuen Betrieb fallen sofort hohe Abschreibungen an, auch wenn dadurch viele Arbeitsplätze ermöglicht werden. Die Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung als Faktor für die Steuerbelastung sind zielgenauer. Das steuerliche Ergebnis als alleiniger Faktor begünstigt die Gewinnmaximierung ohne Rücksicht auf den Personaleinsatz.

Gleichzeitig muss die Arbeitszeit verändert werden. Noch können wir eine Vollbeschäftigung erreichen, wenn jeder nur weniger Stunden arbeitet. Über die Zahl der Stunden kann mensch unterschiedlicher Ansicht sein. Heute wäre schon die Rückkehr zur 35-Stunden-Woche ein allerdings geringer Beitrag in der richtigen Richtung. Bis diese Idee greift, werden noch viele Menschen ihre Zukunftspläne ändern müssen!

Am **Donnerstag**, dem **24. November 2005**, halte ich um **20 Uhr** einen **Vortrag** im „**Gerken**“ in der **Feldstraße** bei der **Programm-AG** der **WASG** zum Thema

Steuern und **Sozialbeiträge**! Interessierte sind willkommen, eine Diskussion ist erwünscht. Meine „**überfällige Idee**“ habe ich bereits am 22. August 2005 auf der 51. Bremer Montagsdemo vorgestellt. Nachdem Klarheit über die Idee hergestellt wurde, können wir gemeinsam die Auswirkungen beleuchten!

Mit dem finanziellen Abstieg muss der Mensch auch noch um seine Wohnung kämpfen! Die Gesellschaft muss somit Beschäftigungslosigkeit akzeptieren, und wir müssen unsern Kindern beibringen: Arbeit ist nicht alles! Zufriedenheit muss mensch anders erreichen. Daher Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Wir gestalten unsere Zukunft!

Hans-Dieter Binder

Mutwillen zum Horror

Letzte Woche wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet, „mit Mut und Menschlichkeit“, und anschließend mit Wasser angestoßen statt mit Sekt. Wer soll auf dieses Schauspiel reinfallen? In Wirklichkeit wurde nur ein verstärkter Horrorkatalog beschlossen!

Im Einzelnen: Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent! Erhöhung der Versicherungssteuer! Drastische Erhöhung der Lohnsteuer durch Wegfall von Freibeträgen! Abfindungen sind in Zukunft voll zu besteuern! Pendlerpauschale für die ersten 20 Kilometer entfällt! Der Kündigungsschutz wird drastisch eingeschränkt: Statt sechs Monaten dauert die Probezeit jetzt zwei Jahre!

Die Senkung der Unternehmersteuern von 25 auf 19 Prozent bringt den Unternehmern mindestens 5,5 Milliarden Euro, aber mit der lächerlichen Reichensteuer ab 250.000 beziehungsweise 500.000 Euro Jahreseinkommen nimmt der Staat höchstens 1.4 Milliarden ein, denn Personengesellschaften sowie Geld-, Kapital- und Immobilienvermögen sind ausgenommen!

Ulla Schmidt, alte und neue Krankheitsministerin, will Unternehmerbeiträge zur Krankenversicherung senken, die CDU fordert weiterhin eine Kopfprämie, und die zehn Euro Eintrittsgebühr beim Arzt sollen in Zukunft kostenpflichtig eingetrieben werden!

Am schlimmsten trifft es die Rentner, denn auf absehbare Zeit gibt es keine Rentenerhöhung mehr: Das bedeutet Rentensenkung, laut VDK bis 2009 um acht Prozent! Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 ist faktisch eine zehnpro-

zentige Rentenkürzung, wenn mit 64 in Rente gegangen wird! Die Rentenbeiträge werden von 19,5 auf 19,9 Prozent erhöht, und Arbeitslose über 58 sollen nicht mehr in Rente gehen dürfen, sondern bis zum Rentenalter Ein-Euro-Jobs machen müssen!

Hartz IV wird weiter verschärft: Nach maximal zwölf Monaten erfolgt die Abschiebung der Arbeitslosen in ALG II. Die Unternehmer werden dagegen um 7,7 Milliarden Euro durch Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entlastet, und 25 Milliarden sollen in den nächsten vier Jahren an Subventionen gezahlt werden! Die Liste ist noch unendlich viel länger: Jugendliche, Kinder, Familien, Landwirte, Künstler und nicht zuletzt Pflegebedürftige und Behinderte sollen abkassiert werden!

Merkel und Platzek saufen vor laufender Kamera Wasser und meinen, das Volk damit betrügen zu können. Zieht euch warm an, ihr Politiker! Hartz IV und Agenda 2010 haben die in der Bundesrepublik bisher größte und stabilste soziale Gegenbewegung ins Leben gerufen, und das ist noch nichts im Vergleich zu dem, was die neue Regierung heraufbeschwört!

Wolfgang Lange (MLPD)

Auf neuen Wegen

zogen wir durch die abendliche Stadt und fanden neue, interessierte Zuschauer. Bei der 63. Bremer Montagsdemo hatten wir dem Aufbau des Weihnachtsmarktes weichen müssen. Wir wandelten unser Auftreten wieder in eine Demo um und hielten am Hanseatenhof, unter den kreuzenden Stadtbummlern, unsere Kundgebung ab. Dort waren wir, bei kaltem Wetter, um die 40 Mitstreiter, Redner und Zuhörer. Es gab Gespräche mit Menschen, die von ihrer Not und ihren Problemen oder denen ihrer Kinder und Bekannten berichteten.

Am **Donnerstag**, dem **24. November 2005**, findet die Deputationssitzung zu den vom Bremer Senat geplanten Umzügen der ALG-II-Betroffenen statt. Der im Frühjahr von Aktivisten der Montagsdemo vorgelegte Bremer Mietspiegel hatte nachgewiesen, dass es in unserer Stadt keinen mit der Mietpreisobergrenze übereinstimmenden Wohnraum gibt. Das zwang den Senat einerseits dazu, die geplanten Massenumzüge zu verschieben, sowie anderseits sich Deckung zu holen durch „Gutachten“ von der „Gewos“, die schon zu Zeiten der „Neuen Heimat“ so „angenehm“, sprich: verfilzt, aufgefallen war.

Aktive der Montagsdemo, der Solidarischen Hilfe und andere treffen sich um **15:30** Uhr vor dem **Gewerkschaftshaus** und demonstrieren dann zum Markt. **Kundgebung** ist um **16:30 Uhr** vor der Bürgerschaft. Dort ist um 17:00 Uhr Sitzungsbeginn. Später **am Abend** erscheint der abgehalfterte Arbeitsminister **Clement**, der die Hartz IV-Betroffenen als „Parasiten“ beschimpft, um sich beim

„Roland-Mahl“ auf Kosten anderer schmarotzerisch den Wanst vollzuschlagen. Wir wollen ihm einen besonders guten Appetit wünschen! Der Donnerstag ist also ein wichtiger Tag. Kommt alle, seid aktiv und einig!

Am **Montag**, dem **28. November 2005**, treffen wir uns um **17:30 Uhr** auf dem **Domshof**. Es geht dann gleich los zur Demo durch die Innenstadt mit Ende an der Obernstraße oder vor dem Konzerthaus „Glocke“.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

64. Bremer Montagsdemo am 28. 11. 2005

Jetzt liegt es an Merkela, den Kurs zu ändern!

Hartz IV verschlingt uneingeplante Milliarden-Beträge und wird wegen der Mehrwertsteuer-Erhöhung zusätzliche zig Millionen Mehrkosten durch weitere Arbeitslose einfahren! Hartz IV ist das Totengrab für jeden Kanzler, auch wenn jetzt eine Frau dieses Amt innehat!

Merkela wird uns allen klipp und klar sagen müssen: Hartz IV war und ist die teuerste Gesetzes-Leiche der letzten Jahre, und sie muss jetzt endlich beerdigt werden! Je eher die neue „Super-Kanzlerin“ dieses Eingeständnis verkündet und das Vergeuden der Gelder einstellt, desto besser wird sie regieren können!

Auch wir Montagsdemo-Leute werden Spuren hinterlassen. Wir gehen nicht nur die ebenen Straßen entlang, sondern schlagen auch unbequeme Wege ein! Wir stehen und gehen für mehr Gerechtigkeit, weniger Knechtschaft und ein besseres Leben ohne Ausbeutung!

Ursula Gatzke (parteilos)

Wirtschaftswissenschaftler fordert soziale Grundsicherung: Zynische Bestrafung von Arbeitslosigkeit schafft keine neuen Jobs *(„Spiegel-Online“)*

Der olle Beust will Wowis Bimmelbahn haben:
Aber Merkela stoppt Mehdorn *(„Spiegel-Online“)*

Sich wehren gegen Ausbeutung, Arbeitshetze, Ämterstress und Verarmung:
Film, Vortrag, Diskussion mit Aktivisten am Dienstag, dem 29. November 2005, um 20 Uhr im „Bonboncafé“, Hardenbergstraße 52 *(„Chefduzen“)*

Voller Kälteeinbruch voraus

An dem meteorologischen Temperatursturz ist die Regierung Merkel kaum schuld, wohl aber an der sozialen Eiseskälte, die uns jetzt alle packen wird. Wenn das so weitergeht, wird es nicht mehr lange dauern, bis auch bei uns die ersten Menschen verhungern und erfrieren! Dass wir uns alle sehr warm anziehen sollen, sagten uns die Koalitionäre ja schon vor ihrem Regierungsantritt!

Den Hartz-IV-Opfern, Rentnern und Kranken geht es immer schlechter, und sie werden immer mehr. Von den Konzernen droht eine neue Orgie an Rausschmissen: Kraft-Foods entlässt Hunderte Mitarbeiter, bei Daimler und Opel sind es Tausende, von Telekom und Post gar nicht erst zu reden. Ford-Deutschland will einer Zeitungsmeldung zufolge („UZ“ vom 25. November) vor allem in Köln 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufs kalte Pflaster werfen!

Wenn wir schon „Deutschland“ sein sollen – der Slogan stammt bezeichnenderweise aus der Nazizeit – dann rufen wir von der Montagsdemo solidarisch zum Protest! Wo bleiben eigentlich der Protest, die Solidarität, der Aufruf zu Aktionen von Seiten des DGB? Außer ein paar wohltemperierten Sprüchen hatte uns Herr Sommer leider nichts zu bieten! Herr Sommer, tun Sie endlich etwas!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Gewerkschaft betet für Betriebsrat: „Ihr verkehrt das Recht in Wermut und stoßt die Gerechtigkeit zu Boden, indem ihr die Armen unterdrückt und von ihnen hohe Abgaben nehmt“ *(„Spiegel-Online“)*

Kein Maulkorb für die Stuttgarter Montagsdemo!

Mit großer Empörung haben wir von der Schikane und den Einschüchterungsversuchen durch Stuttgarter Behörden Kenntnis genommen. Es ist wirklich unglaublich, dass Ämter und Polizei so massiv gegen euch vorgehen und euch das im Grundgesetz verbriefte Demonstrations- und Versammlungsrecht streitig machen wollen! Da müssen sie ja tatsächlich Angst vor euch haben!

Wir finden, auch wenn nicht mehr so viele auf die Straße gehen wie noch vor über einem Jahr, dass wir stolz darauf sein können, wie viel wir schon erreicht haben. Wir finden es toll und unterstützenswert, wie ihr euch gegen diese undemokratische Behandlung und die menschenverachtende Hartz-IV-Gesetzgebung zur Wehr setzt! Auch wir demonstrieren jeden Montag hier. Wir haben Glück mit der Bremer Polizei, die uns unsere Grundrechte ausüben lässt.

Ein solidarischer Gruß der Initiative Bremer Montagsdemo

Strafbefehl: Lautes Durchzählen bis 50 vor dem Einleiten einer Lärmbelästigung provoziert Beamte *(„Montagsdemo Stuttgart“)*

Das Potemkinsche Hansedorf

Advent, Advent, die Senatorin pennt! — Gewiss: „Gewos“ hat sie wohl nicht verstanden, schadet damit ja bloß betroffenen Probanden!

Advent, Advent, uns fehlt doch jeder Cent! Ohn’ Arbeit sind wir heute schon. Ohne Wohnung alsbald morgen? Da klingt es nur wie blanker Hohn, sollen wir ne billig’re besorgen!

Advent, Advent, für uns ist transparent: Frau Röpke stellt Wohnen in Bremen Potemkinschen Dörfern gleich. Das führt zu Problemen, die für uns sehr folgenreich!

Advent, Advent, wir woll’n ein Happy-End! Preiswerter Wohnraum ist nicht zu finden: So belegen wir uns als Härtefall, werden Mietobergrenzen überwinden, jetzt und hier und überall!

Advent, Advent, ein Arbeitsloser rennt! Erst einer, dann zwei, dann drei, dann vier, und endlich stehen wir alle hier!

Elisabeth Graf (parteilos)

Arbeitsdienst und Zwangsarbeit: Trotz augenfälliger Ähnlichkeiten verbittet sich die vereinte politische Klasse die ehrenrührige Zuordnung ihrer Wahlversprechen zur dunklen Phase unserer Geschichte *(„Gegenstandpunkt“*)

Grundeinkommen: Den Menschen Faulheit zu unterstellen ist unfair *(„Spiegel“)*

Vom Umgang mit Wahrheit und den wahren Helfern der Politik, *oder:* Tod durch Ertränken

1. Im Januar waren wir auf der Straße und zu Recht erbost. Ganz schnell war ein **Gutachten** da, es sei kein Tod durch Ertrinken gewesen! Wir haben uns abgeregt. Der Vorwurf gegen den Toten, ein Drogenkurier zu sein, wurde still mit den Hinterbliebenen geregelt.

Nur wegen der Anzeige des Notarztes wurde ein weiterer Gutachter hinzugezogen. Dieser stellt unzweifelhaft fest: Dieser Mensch ist ertrunken! So unzweifelhaft, dass für die Entscheidung des ersten Gutachters kein Raum blieb. Dieser wurde nochmals gefragt, und er gab seine Meinung auf! Auch in einem anderen Fall war auf **Nachfrage** vom betreffenden ersten Gutachten nichts mehr übriggeblieben! Kann dieser Gutachter sicher sein, nochmals gefragt zu werden?

Ich bin jedenfalls sicher: Diese Befragung ist ein Grund für stärkeren Protest! Wir wissen somit: Dieser Mensch wurde ersäuft! Herr Senator Röwekamp soll sich vom Acker machen! EU-Politiker lassen Menschen von den Zäunen schießen und wundern sich darüber, dass die Nachbarn nicht mit ihnen reden. Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit ehrlichen Politikern!

2. Es gibt auch die Verschiebung durch Gutachten! Mit ihrem Mietspiegel erreichten Matthias Brittinger und Ralph Mels die Rücknahme der **Umzugsaufforderungen**. Mit der Entscheidung, ein Gutachten durch die „Gewos“ Hamburg erstellen zu lassen, hangelte sich die SPD über den Termin zur Bundestagswahl und mit den Deputationsterminen über die Bürgermeisterwahl! Aber das nächste Kreuz auf dem Wahlzettel wird die SPD/CDU-Koalition hinwegfegen! Den Verlust der Wohnung, das vergisst niemand!

Für die Umzugsaufforderungen gibt es Ausnahmeregelungen. Bremen ist mit den Umzügen spät dran: Diesmal gefällt mir unsere Stadt als Schlusslicht! Bremen könnte alles richtig machen und die bisherigen Gerichtsentscheidungen berücksichtigen, außerdem die alten zum Sozialhilferecht sinngemäß einarbeiten. Dann könnte Bremen die erste Gemeinde sein, die feststellt: Umziehen lohnt nicht! Schließlich ist Bremen auch die Gemeinde mit dem größten Einspareffekt durch Hartz IV. Hier bleibt es den Richtern überlassen, die Ämter in die Geheimnisse des Rechtsstaats einzuweihen!

Für auswärtige Studenten gibt es **Studiengebühren**. Dieses Gesetz wurde von Hamburg abgeschrieben, dort zwar bereits von den Richtern kassiert, aber Bremen bleibt dabei. Vielleicht melden sich ja doch einige Studenten an, vielleicht klagt gar kein Student, und bis zur endgültigen Entscheidung kann man noch abwarten!

3. Bremen macht **Theater**: Die meisten von Herrn Dünnwald genannten Fakten werden durch Unterlagen bestätigt. „Radio Bremen“ berichtet von einem *Liquiditätsplan* mit einem Fehlbetrag von 4,98 Millionen Euro per Dezember 2004 und einem *Prüfbericht* der „Hansa-Beratung“ mit der Aussage, es gebe keine Anhaltspunkte für unkorrekte Verschiebungen zwischen der Bremer Theater GmbH und der Grundstücks-GmbH & Co. KG. Die „Frankfurter Rundschau“ hat ein Protokoll der Sitzung am 30. August 2005 zur „Option Insolvenz“. Beim Amtsgericht liegen Geschäftsberichte der GmbH und der Grundstücks-GmbH mit Forderungen gegen die Freie Hansestadt Bremen für bisher nicht gezahlte Zuschüsse sowie für Deckungszusagen und mit vielen anderen Details.

Das ist natürlich alles den Senatoren und Mitarbeitern bekannt! Oder wurde es vergessen oder nicht gelesen? Ihr Herren und Damen Senatoren freut euch über das Schweigen vom Intendanten und den anderen Geschäftsführern, denn bei einer Bestandsaufnahme der Gesamtfinanzen der Freien Hansestadt Bremen wird sicher eine gigantische **Überschuldung** sichtbar! Also diesmal bitte komplett und ehrlich auflisten, auch die in das Jahr 2032 verlagerten Verbindlichkeiten und die zeitverzögerten Verlustübernahmen für die GmbHs! Die Verschleppung oder Verschleierung von Überschuldung ist strafbar und macht persönlich haftbar!

4. Nun ist die Entscheidung *gegen die sozial Schwachen* gefällt worden: Umzüge sind angesagt. Die Deputierten wussten, dass die Senatsvorlage falsch ist: Keine Stadt spart so viel Geld durch Hartz IV wie Bremen! Bremen hat sich gegen die sozial Schwachen entschieden!

Die Senatorin hat von den Gerichten gelernt, aber leider nur halbherzig! Alle Ausnahmen sind aus den Begründungen von Gerichtsentscheidungen entnommen, aber gleichzeitig wird der Versuch unternommen, Schwellen einzubauen. Wer seit zehn Jahren in der Wohnung wohnt, diese also in guten Glauben, sie bezahlen zu können, gemietet hat, kann meistens bleiben, auch wenn das **Mietverhältnis** keine zehn Jahre besteht.

Umzugsaufforderungen werden nach Aktenlage verschickt. Dagegen kann mensch sich wehren: Erst einmal alle Argumente sammeln, dann die Behörde aufklären. Das können wir gemeinsam machen! Wichtig ist dabei, dass die/der Betroffene das Gleichgewicht findet, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Für **Nebenkosten** die Nachzahlungen beantragen! Die Pauschale von einem Euro je Monat wurde ebenfalls schon von den Gerichten kassiert und für zu niedrig erklärt. Es wurden andere Rechenformeln zugelassen, ein Mehrverbrauch bei

zu geringer Dämmung berücksichtigt und eine Begrenzung der Quadratmeterzahl für unzulässig erklärt.

Eine Pressemitteilung wäre zu viel verlangt! Umzugsaufforderungen dürfen erst ab Januar 2006 erfolgen, aber wahrscheinlich hat Frau Röpke die Bagis nicht im Griff. Ich würde dies anhand von Briefen gerne mit der Senatorin besprechen, ohne Nennung der Betroffenen. Daher Montagsdemo! Kopf zeigen! Wir schaffen eine Zukunft mit ehrlichen Politikern!

Hans-Dieter Binder

Agentur NRW vermittelt sieben von zehn Weiterbildungsteilnehmern einen Job: Ursache ist die Halbierung der Weiterbildungszahlen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Der neue Stern

Der Bürger sitzt bei Kerzenlicht und macht es sich bequem, der Pfarrer in der Kirche spricht vom Stern zu Bethlehem. Heut kennt der Bürger keinen Groll, nach altem Christenbrauch! Er ist von Menschenliebe voll und singt mit vollem Bauch: „Stille Nacht, heilige Nacht“!

Doch über dem Hof, in der eisigen Nacht, ist still und sacht ein neuer leuchtender Stern erwacht: Er steht überm Fenster des armen Manns in blutrotem Glanz, und seine fünf Zacken strahlen weit in Elend, Hunger und Dunkelheit! Die Ärmsten sehen das Himmelslicht, die Reichen sind blind, sie sehen es nicht: Es leuchtet überall auf Erden, wo arme Kinder geboren werden!

Denn nicht *ein* Erlöser ist uns erstanden: *Millionen* Erlöser in allen Landen! Und einmal treten sie aus dem Schatten, der rote Stern geht vor ihnen her: Dann gibt es keine reichen Satten und keine Hungernden mehr!

Dann ist es mit dem frommen Betrug für alle Zeiten zu Ende! Dann braust der Choral von Hammer und Pflug, das Lied von der Sonnenwende: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Licht empor! Hell aus dem dunklen Vergangnen leuchtet die Zukunft hervor!

„Proletarisches Weihnachtsgedicht“ von Erich Weinert (1929) für den zentralen Sprechchor der KPD. Vorgetragen von Matthias Feilke

Schwarzer Hosenanzug: Merkela hat ein Herz für die Schwachen und ein zweites für die Leistung *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Ein-Euro-Job, Ich-AG oder Call-Center?

Mit Agenda 2010 und Hartz IV ist uns schon einiges zugemutet worden! Die Große Koalition wird diesen Kurs fortsetzen: die Arbeitsbedingungen verschärfen, die Löhne drücken, die Rechte der Beschäftigten beschneiden und die Spaltungen in der Gesellschaft vertiefen!

Die fortwährenden Angriffe auf die Erwerbslosen durch Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, Kürzung der Sozialgelder oder die Einführung der Ein-Euro-Jobs fügen sich in eine Arbeitsmarktpolitik, die in erster Linie das Ziel verfolgt, den Zwang zur Arbeit zu verschärfen. Gewünscht wird eine flexible, billige, angepasste Arbeitskraft mit möglichst wenig Rechten und vielen Pflichten. Viele von uns arbeiten schon heute in schlechtbezahlten Jobs, ohne die Sicherheit eines unbefristeten Arbeitsvertrages. Viele sind gezwungen, einen zweiten oder gar dritten Job anzunehmen, um über die Runden zu kommen. Stundenlöhne unter fünf Euro sind auch hierzulande längst Realität!

Mit den Ein-Euro-Jobs wird staatlicherseits ein Niedriglohnsektor auf dem zweiten Arbeitsmarkt geschaffen, um uns an genau diese *beschissene Maloche* zu gewöhnen oder uns zumindest für sechs Monate aus der Arbeitslosen-Statistik „wegzuparken“. Das funktioniert nur, weil viele das zusätzliche Geld gut gebrauchen können. Sie wollen nicht zu Hause „abhängen“ und auf die Versprechen von Arbeitsagentur, Bagis oder „Bremer Arbeit“ hoffen, wonach sich die individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt so verbessern lassen. Von mehreren Seiten werden auf diese Weise Standards für die Zukunft geschaffen, die bei einigen wenigen die Geldbeutel noch mehr klingeln lassen, während wir uns krumm machen sollen für das Lebensnotwendige!

Das Ganze ist nicht so neu. An einem Großteil der hier lebenden rund zehn Millionen Migrant(inn)en ist mit Hilfe einer rassistischen Einwanderungs- und Sozialpolitik in den letzten 25 Jahren exemplarisch durchexerziert worden, was jetzt Realität für viele werden soll. Niedriglohnarbeit, Chancen- und Rechtlosigkeit sind für die meisten Einwanderer und Einwanderinnen bittere Wirklichkeit. Die Unterbringung von Flüchtlingen in abbruchreifen Häusern und leerstehenden Fabrikhallen, das Asylbewerberleistungsgesetz mit seiner generellen Sozialgeldkürzung unter den Regelsatz und Essensgutscheine statt Bargeld sind weitere Beispiele für eine systematische Ausgrenzung und Desintegration bestimmter Gruppen von Menschen. Weitgehende Rechtlosigkeit, gepaart mit ebenso beliebiger wie brutaler Propaganda („Faulenzer“, „Schmarotzer“, „Abzocker“, „Kriminelle“) und vermeintlichen „Notwendigkeiten“ („Globalisierung fordert Flexibilität“) bereitet den Boden für eine umfassende Individualisierung und Entsolidarisierung. Eine rassistische und soziale Hierarchisierung der Gesellschaft ist das Ergebnis.

Genau das wollen wir nicht und wollten wir noch nie! Im Gegenteil wollen wir uns zusammentun, uns organisieren, etwas unternehmen, Widerstand organisieren, Sand im Getriebe sein und auf keinen Fall die ganzen Kröten schlucken, die uns hier vorgesetzt werden! Allein oder mit Hilfe von Freund(inn)en kann mensch sich zur Wehr setzen, beratschlagen, gegenseitig eine Hilfe sein. Manchmal braucht es aber ein bisschen mehr: an Austausch, Diskussion, Zusammenarbeit und Zusammenhalt, egal woher jemand kommt!

Einen ersten Schritt in diese Richtung wollen wir im Rahmen der Kampagne gegen Ausbeutung und Vereinzelung „So kann ich nicht arbeiten!“ vom 29. November bis 3. Dezember 2005 unternehmen. Wir haben einen **Erwerbslosentag** organisiert, zu dem alle Interessierten eingeladen sind, mit anderen Leuten gemeinsam sich auszutauschen, zu beraten, Aktionen zu organisieren oder zu schauen, was geht!

Am **Mittwoch**, dem **30. November 2005** ist ab 9 Uhr Erwerbslosenfrühstück, unter anderem zur Vorbereitung mehrerer „Ein-Euro-Spaziergänge“. Ab 11 Uhr finden Aktionen bei Ein-Euro-Trägern statt. Um 14 Uhr gibt es Tips, Tricks und Hilfestellung beim „Gang aufs Amt“: Was muss ich beachten? Ab 15 Uhr findet die Erwerbslosenberatung der „Solidarische Hilfe“ statt. Um 16 Uhr wird der Film „Die neue Wut“, eine Dokumentation der Anti-Hartz-Proteste 2004/2005, gezeigt. Um 18 Uhr beginnt eine offene Diskussion über Ein-Euro-Jobs, Niedriglohn-Maloche, Ämterstress und Möglichkeiten von Protest, Widerstand und Organisierung. Alles im „Naturfreundehaus“ in der Buchtstraße 14, Nähe Domsheide, hinter dem Gericht.

Die **Ein-Euro-Job-Arbeitsgruppe** trifft sich vierzehntägig **mittwochs** ab **17 Uhr** in der Solidarischen Hilfe, Doventorsteinweg. Alle vierzehn Tage gibt es **dienstags** ab **10 Uhr** einen selbstorganisierten **Treff zu Hartz IV** im „Freizi“, Geschwornenweg 11a.

Wir rufen auf zur **Nord-Demo** „für eine solidarische Gesellschaft“ am **Freitag**, dem **2. Dezember 2005**, um **12 Uhr** am **Bahnhofsvorplatz**!

Unterstützt vom Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau,
vorgetragen von Jens Schnitker (parteilos)

Ein-Euro-Job-Zentrale igelt sich ein: Draußen demonstrieren Aufmucker gegen die Organisatoren der Verarmung *(„TAZ“)*

Münte gestattet Debatte über existenzsichernde Löhne: Glaubt er außer an die „soziale Verantwortung“ der Wirtschaft auch an den Weihnachtsmann? *(„Spiegel-Online“)*

Senat will nicht über Armut berichten: Soziale Trennung nach Wohnquartieren nimmt zu *(„TAZ“)*

Mitten durch den Weihnachtsmarkt

Es war kalt, aber trocken bei der 64. Montagsdemo in Bremen mit Treffpunkt um 17:30 Uhr auf dem Domshof beim „Alex“. Schon nach ein paar Redebeiträgen zog die Demo los. Erster Zwischenstopp war beim „Schweine-Denkmal“ an der Sögestraße. Im Blick das SWB-Kundenzentrum, das durch intensive, bunte „Weihnachtsbeleuchtung“, die viel Geld kostet, auf sich aufmerksam macht, erregten die nach wie vor stattfindenden Gas- und Stromabstellungen unseren Abscheu.

Weiter ging es zum Hanseatenhof. „Adventsgedichte“ neuerer und neuer Art schallten in die Lloydpassage. Mancher Karussellbesitzer meinte, uns durch lauter gedrehte „Weihnachtsdudelmusik“ vertreiben zu können. Die vielen Zuhörer zeigten aber, dass unser Weg richtig war! Dann kam die Schlussstrecke durch die Obernstraße und die enge Weihnachtsmarktpassage vor dem Rathaus, diesmal mit höflicher Polizeibegleitung.

Vom Treppenpodest nahe dem Konzerthaus „Glocke“ konnten wir noch die Wartenden an der Haltestelle „Domsheide“ mit unseren Redebeiträgen erreichen. Hier verabschiedeten wir eine Resolution zur Unterstützung der Montagsdemo in Stuttgart, die durch schikanöse bürokratische Behinderungen seitens der reaktionären baden-württembergischen Landesregierung und Stuttgarter Stadtverwaltung zermürbt werden soll. Zahlreiche Menschen blieben in einiger Entfernung stehen und verfolgten mit Interesse unsere Kundgebung.

Auf unserem Demoweg hatten sich die Redebeiträge unterwegs direkt aneinandergereiht, sodass viele Menschen im Vorbeigehen nicht nur Parolen, sondern auch Inhalte, um die es uns geht, mitbekommen konnten. Weil wir gleich losgelaufen waren, kamen die meisten bei der Anfangskundgebung Anwesenden mit. So war unsere Demo etwas größer (wohl wieder 40 Teilnehmer) und fand mehr Beachtung. Wichtig und gut sind immer wieder die einzelnen Gespräche am Rande mit Menschen, die wir über unsere Ziele informieren und hierfür gewinnen: Wir wollen den Kampf gegen die neue Regierung und den Bremer Senat verstärkt fortsetzen!

Am **Montag**, dem **5. Dezember 2005**, treffen wir uns um **17:30 Uhr** auf dem **Domshof** beim „Alex“. Es geht dann gleich los zur Demo durch die Innenstadt mit Ende am Konzerthaus „Glocke“.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

2.500 Demonstranten gegen Studiengebühren und Sozialkahlschlag:
Willi Lemke, Senator für gemeinschaftskundliche Unbildung, droht teilnehmenden Schülern mit Zeugniseintrag wegen Fehlens *(„TAZ“)*

Linke raufen sich zusammen: Vier Millionen Wähler wollen Parteienfusion *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Lafo geißelt „Politik für die oberen Zehntausend“: Würde man die Reichen zur Kasse bitten wie in den USA, stünden bis zu 50 Milliarden Euro mehr zur Finanzierung des Sozialstaates bereit *(„Spiegel-Online“)*

Profitgier und soziale Verantwortungslosigkeit: Sechs von zehn Hochspannungsmasten in NRW droht Bruch durch Versprödung, aber RWE saniert nicht einmal alle an Straßen und Häusern stehenden *(„Spiegel“, „Süddeutsche“)*

„Flammenhölle“: Wie lebensgefährlich darf eine zumutbare Unterkunft für Obdachlose sein? *(„Spiegel-Online“, „TAZ“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

65. Bremer Montagsdemo
am 05. 12. 2005

Spieglein, Spieglein sieht mit Grausen

Spieglein, Spieglein an der Wand, was ist los im ganzen Land? Warum kommt unser Deutschland nicht in Fahrt? Warum ist hier das Leben der Armen so hart?

Das bekannte Spieglein spricht: „Ich sehe es mit Grausen, wie die Konzerne und Politiker im Lande hausen! Sie machen Gesetze nicht, um das Land gut zu regieren, nein, sie machen Gesetze, um das Volk abzukassieren!

Das Abkassieren von unten nimmt kein Ende! Darum kriegt euer Deutschland auch nicht die Wende. Wer Menschen teils nicht einmal lässt den Sozialhilfesatz, braucht sich nicht zu wundern: Die Reformen sind für die Katz!

‚Sparkurs' steht in diesem Jahr wieder am Weihnachtsbaum, und für viele Familien gilt: Aus der Traum! In den Gesetzen fehlen die Würzungen, darinnen stehen bloß lauter Kürzungen!"

Danke, gutes Spieglein, du warst sehr offen und hast den Nagel auf den Kopf getroffen! Ach Spieglein, du solltest neben dem „Adler" hängen, dann würden dich die Spitzenpolitiker kennen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Staatsräson statt Menschenrecht: Bundesfolterminister Schily deckte Verschleppung eines Deutschen libanesischer Herkunft durch den amerikanischen Geheimdienst *(„Spiegel-Online", „Süddeutsche Zeitung")*

Man wundert sich, dass keine Steine fliegen

Zu hören sind Forderungen, die Renten und Hartz-IV-Gelder weiter zu kürzen, und es wird bei den Ärmsten, die keine Lobby haben, in allen Bereichen drastisch gekürzt! Wozu? Damit die abgewählte Regierung Schröder/Fischer schnell noch zwei U-Boote der Dolphin-Klasse zu einem Drittel verschenken konnte, an Israel, das macht circa 330 Millionen Euro!

Israel kann die ganze Summe angeblich nicht selber aufbringen. Wer von uns hat denn beim letzten Einkauf ein Drittel des Preises erlassen bekommen, weil er oder sie zu wenig Geld dabei hatte? In der Politik geht das. Der im Geheimen tagende Bundessicherheitsrat hat das Geld eben nicht auf dem Gewissen, denn das haben diese Leute ja nicht!

Geheim ist noch etwas anderes: Ein hochrangiger US-Regierungsmitarbeiter vergatterte den deutschen Bundesinnenminister Otto Schily zur Verschwiegenheit darüber, dass ein Deutscher irrtümlicherweise vom US-Geheimdienst CIA verschleppt wurde. Nun stellt sich natürlich sofort die Frage, wem dieser Schily verpflichtet ist, der US- Regierung in Form der CIA oder dem Deutschen Bundestag beziehungsweise dem deutschen Volk, dem er ja geschworen hatte, Schaden von ihm abzuwenden!

Auch hier zeigt sich wieder die Hörigkeit der deutschen Politiker gegenüber der US-Regierung, aber auch darin standen Schröder/Fischer in schlechter Tradition, hatte doch bereits die Kohl-Regierung 1999/2000 drei U-Boote der gleichen Klasse fast gänzlich verschenkt, auf Druck der USA versteht sich. Soviel zu unserer Souveränität!

Roland Springborn (parteilos)

Kürzungshektik im Weihnachtstrubel

Die Vorweihnachtszeit läuft wie gewohnt mit Trubel und Hektik, der Weihnachtsmarkt lockt mit bunten Lichtern und Leckereien, man weiß gar nicht, wo einem der Kopf steht, und es geht einem wie dem sprichwörtlichen VW-Käfer: Man läuft und läuft und läuft...

Und jetzt kommt einem noch die Montagsdemo in die Quere und behindert das Gerenne und Gehaste und rüttelt an der ersehnten Weihnachtsharmonie! Keine Angst, liebe Bremerinnen und Bremer, wir sind nicht die in den Medien geschol-

tenen „ewigen Miesepeter“, die Ihnen die Freude verderben wollen! Nein, dass es uns allen nicht zu gemütlich wird, dafür sorgt schon die neue Bundesregierung!

Vielleicht denken Sie ja, es werde nicht so schlimm kommen, doch das dürfte ein gewaltiger Irrtum sein. Was die Schröder/Fischer-Regierung begonnen hat mit ihrer Agenda 2010, wird von der Merkel/Müntefering-Regierung fortgesetzt und sowohl verschärft als auch auf breitere Schichten des Volkes ausgedehnt!

Man muss kein Kommunist sein, damit einem angesichts dessen, was auf uns zukommt, das Lachen vergeht: Erhöhung der Mehrwertsteuer bei Absenkung der Unternehmersteuern! Verschlechterungen für Rentner, Erwerbslose und Jugendliche! Aufweichung des Kündigungsschutzes! Harte Einschnitte im Gesundheitswesen, beim Nahverkehr und im Bildungsbereich!

Dazu kommen ein weiterer Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, der geplante Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Ausweitung des Überwachungsstaates und die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke! Das alles kommt auf uns zu, und deshalb gehen wir auf die Straße! Schließt euch uns an, es betrifft jeden! Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Matthias Feilke

Volle Rolle rückwärts in die Lohnsklaverei

Das Vorwort hierzu schreibt Merkela mit ihrer Regierungserklärung selbst. Sie will „mehr Freiheit wagen“. „Was meint sie wohl damit?“, fragt süffisant die „TAZ“ in ihrer Ausgabe vom 1. Dezember. „Dicke Bretter bohren“ will die Kanzlerin auch, und dann verhöhnt sie die Armen der Republik mit den Worten: „Wir brauchen ein Herz für Leistung und Mehrleistung, nicht Neid, sondern Dankbarkeit!“. Sollen die Opfer ihr jetzt die Füße küssen?

Zum verschärften Kampf gegen die Arbeitslosen durch die Große Koalition weiß die „Kreiszeitung“ vom 27. November Bezeichnendes zu berichten: Da will Frau Merkel auch die privaten Haushalte als „Arbeitgeber“ sehen, welche die ALG-II-Empfängerinnen als Haushalts- und Putzhilfen sowie „Kindermädchen“ einstellen sollen. Für eine „alternde Gesellschaft“ seien Dienstleistungen daheim eine wichtige Sache, ebenso für Haushalte, wo mehrere Kinder zu betreuen seien, meint die Bundeskanzlerin in gespielter Besorgnis. Diese „Dienstleistungen“ sollen sogar steuerlich absetzbar sein, was auch für Putzhilfen, Au-Pair-Mädchen

und ambulante Pflegekräfte gelten soll. Natürlich denkt sie dabei nicht an vernünftige Arbeitsbedingungen mit gerechter Bezahlung, sondern allein an das, was wir „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ nennen, nämlich an Ausbeutung in Mini- und Ein-Euro-Jobs! Also volle Rolle rückwärts in die Lohnsklaverei!

Dann ist da noch ein gewisser Herr Bosbach von der CDU mit der Forderung nach „Sicherungshaft“ für verdächtige Ausländer. Als Fraktionsvize der Union übernahm er die Idee vom eloquenten ehemaligen Innenminister Otto Schily. Schon der wollte 3.000 bis 5.000 „gewaltbereite und gewaltgeneigte Islamisten“ ohne rechtsstaatliches Verfahren einfach wegsperren. Bosbach hat zwei juristische Staatsexamen auf dem Buckel und ist auch als Rechtsanwalt tätig. „Also weiß er garantiert, dass solch Inhaftierung auf bloßen Verdacht hin grundgesetz- und menschenrechtswidrig ist“, schreibt „Neues Deutschland“ am 2. November. Der CDU-Mann weiß genau, warum er das gerade jetzt sagt: An teutschen Stammtischen kommt so etwas immer prächtig an!

Die „TAZ“ berichtet am gleichen Tag über eine Pressemitteilung des „Erwerbslosenforums Deutschland“ mit der Überschrift „Werden beim NDR Ein-Euro-Jobber missbraucht und ausgenutzt?“. Die „Bild“-Zeitung titelte im Sommer: „Ein-Euro-Jobber als GEZ-Schnüffler“. In der Pressemitteilung heißt es, die Jobber würden beim NDR dieselbe Tätigkeit ausüben wie reguläre Aushilfskräfte und müssten diese sogar anlernen. Das Forum fragt, warum die Aushilfskräfte eingestellt wurden und nicht die Ein-Euro-Jobber. Einer von ihnen hatte sich an den Petitionsausschuss der Hamburger Bürgerschaft wegen „missbräuchlicher Beschäftigung“ gewandt und bekam Recht. Bei den Tätigkeiten, die von den Ein-Euro-Jobbern ausgeführt werden, so der Ausschuss, handele es sich nicht um im Sozialgesetzbuch definierte „zusätzliche Beschäftigung“, sondern um Missbrauch. Es gehe um die Durchsicht von GEZ-Befreiungsanträgen. „Und die sind seit Einführung von Hartz IV sprunghaft angestiegen, genau wie die Ein-Euro-Jobs“, schreibt die „TAZ“. Meine Empfehlung: Ohne Prüfung alle Anträge genehmigen!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Schuldenfalle: Doppel-Äff begrenzt Studiengebühren und Rückzahlpflicht für Ausbildungsdarlehen auf insgesamt 15.000 Euro *(„TAZ“)*

Aufruf zum Widerstand gegen Sozialkahlschlag

Sehr geehrter Kollege Michael Sommer, sehr geehrte Kollegin Helga Ziegert! Die neue Bundesregierung unter Angela Merkel lässt keinen Zweifel aufkommen, dass sie die Politik des Sozialkahlschlags, des Bildungsabbaus und der Demontage der demokratischen Grundrechte fortzusetzen und zu intensivieren gedenkt. Leidtragende werden wieder einmal diejenigen Menschen sein, Erwerbslose, Rentner, Kranke, die mit der Verschärfung der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 den höchsten Preis zu zahlen haben. Mittlerweile hat die Bundesrepublik innerhalb der EU eine traurige Spitzenposition und Vorreiterrolle eingenommen. Auf der anderen Seite wächst der Reichtum der Banken und Konzerne ins Unermessliche!

Einhergehend mit dieser gegen das Volk gerichteten Politik will die Regierung ein bisher nie gekanntes Aufrüstungsprogramm und einen immer aggressiveren außenpolitischen Kurs verfolgen. Es geht bei dieser Politik nicht um Demokratie und Menschenrechte, auch nicht um „Terrorismusbekämpfung“, sondern, in Konkurrenz zu den USA und den aufstrebenden asiatischen Mächten, um Märkte und Rohstoffe. Es geht um die knallharten Interessen eines national und international agierenden Großkapitals. Übrigens ein idealer Nährboden für einen immer verzweifelter werdenden Widerstand der unterdrückten und ausgebeuteten Völker. „Wer heute an Hunger stirbt, wird ermordet“, sagt der Schweizer Soziologe und Buchautor Jean Ziegler. Das US-amerikanische World-Watch-Institute stellt fest: „Armut, Krankheiten und Umweltzerstörung sind die wahren Achsen des Bösen“. Es ist an der Zeit zu erkennen: Wir haben den gleichen Gegner wie die Menschen in der sogenannten Dritten Welt!

Für die auch unter „Rot-Grün“ gewachsenen Großmachtambitionen und die verstärkten Auslandseinsätze der Bundeswehr wird, an Grundgesetz und Bundestag vorbei, schon heute die EU instrumentalisiert. Auch hier will selbstverständlich Berlin, um in der Musikersprache zu bleiben, „die erste Geige spielen“. Die IG Metall unterstützt mit ihrer Tarifpolitik leider auch die nationale und europaweit verflochtene Rüstungsindustrie, anstatt wie in früheren Jahren auf Rüstungskonversion und Frieden zu setzen. Der DGB und die Einzelgewerkschaften laufen zunehmend Gefahr, durch das Kapital und die vorherrschende Politik entmachtet zu werden, wenn sie weiterhin in der Zuschauerrolle verbleiben!

Die Bremer Montagsdemo ruft den DGB auf, sich solidarisch den Bewegungen gegen den Sozialkahlschlag anzuschließen! Wir rufen dazu auf, Widerstand in den Betrieben und Streiks gegen die Zerschlagung der Arbeitnehmerrechte zu organisieren! Ferner rufen wir dazu auf, endlich gegen die Hartz-Gesetze und Agenda 2010 zu mobilisieren! Nicht ständige Ausweitung der Arbeitszeiten, sondern deren radikale Verkürzung sind das Gebot der Stunde, nur das schafft Arbeitsplätze! Solidarisiert Euch mit den Erwerbslosen, das waren schließlich mal

Eure Mitglieder, vertretet auch deren Interessen! Schließt Euch der Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen (BAG-SHI) nach einem bedingungslosen Existenzgeld an! Organisiert mit uns zusammen die großen überregionalen Widerstandsaktionen, denn Ihr verfügt über die finanziellen Mittel und die nötige Infrastruktur! Nur gemeinsam sind wir stark!

Initiative Bremer Montagsdemo

Schönrechnen hilft nicht

Die **Statistik** per 15. November 2005 ist veröffentlicht, die Medien haben kaum berichtet. Die Bundesagentur für Arbeit bezeichnet einen Rückgang von 24.708 Arbeitslosen als „Erfolg“. Arbeitssuchend sind über 6.990.000 Personen, somit ist es jeder sechste erwerbsfähige Mensch. Diese aus den Informationstechnik-Systemen stammende Zahl enthält nicht die Meldungen der Arbeitsgemeinschaften; sie ist eine Hochrechnung, die unter der Gesamtzahl liegt. Auch Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten werden hier als „Erwerbstätigkeit“ mitgezählt.

Die Erwerbstätigkeit ist trotzdem insgesamt weiter zurückgegangen, gegenüber dem Vorjahr um über 300.000 Arbeitsmöglichkeiten. Es gibt insgesamt 39.368.0000 Erwerbstätige. Arbeitslos nach den Regeln dieser Statistik sind 4.531.213 Menschen. 1.565.126 Personen empfangen ALG-I-Leistungen, 4.925.951 ALG II. Das sind insgesamt 6.491.077 Menschen, fast zwei Millionen *über* der Zahl der Arbeitslosen nach Statistik!

Warum wird schöngerechnet? In Weiterbildung und ähnlichem befinden sich 1.478.673 Menschen: Sie zählen nicht mehr als arbeitslos! 333.248 Personen haben Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Die 58er-Regelung unterschrieben haben 230.455 Menschen. Aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden 48.906 Menschen. Alle Zahlen sind vorläufig und durch Untererfassung beeinträchtigt, insbesondere die Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten.

Die Fehlerhinweise auf Seite 3 der Statistik sind gleich geblieben. Soweit die Zahlen der kommunalen Träger nicht plausibel waren, wurden sie geschätzt! Die Zahlen aus den Datenverarbeitungsanlagen sind unvollständig. Wer hat Interesse an einer stimmenden Statistik?

Nun zu Bremen! Quelle sind die Eckwerte des Arbeitsmarktes Bremen vom Arbeitsamt und Informationen zum Arbeitsmarkt von der Senatorin Röpke. Per September gibt es 275.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Arbeitssu-

chend sind 75.048 Menschen plus Überachtundfünfzigjährige, plus Mütter mit Unterdreijährigen und so weiter. Arbeitslos sind 48.923 Menschen. Es gibt 3.349 Stellen, davon 553 Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten.

Die Zahl der Erwerbslosen ist um 859 auf 48.923 zurückgegangen, beim ALG I um 411 auf 11.762, beim ALG II um 448 auf 37.161. Auf Seite 4 steht: 7.639 Menschen konnten ihre Arbeitslosigkeit beenden, davon 2.715 durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Für immerhin 2.715 eine neue Aufgabe? Die Einschränkung steht etwas weiter unten: In dieser Zahl sind auch die Abgänge in Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten enthalten.

Wie viele Leistungsempfänger hat Bremen? Im ALG II gibt es 37.161 Arbeitslose, aber 69.074 Leistungsempfänger. Im ALG I gibt es 11.762 Arbeitslose. Somit hat Bremen mindestens 80.000 arbeitslose Menschen und nicht 49.000, wie die Statistik ausweist. Besonders krass ist weiterhin die hohe Jugendarbeitslosigkeit, allerdings wird deren Rückgang auch im Bremer Bericht positiv dargestellt. Die Arbeitslosigkeit betrug bundesweit im Oktober 14,6 Prozent, in Bremen 33,3 Prozent. Im November waren es bundesweit 9,7, also minus 4,9 Prozent, aber in Bremen 35,0, somit plus 1,7 Prozent!

Mehr möchte ich zu den Zahlen nicht sagen. Festzustellen ist: Weglassen hilft nicht, Schönrechnen hilft nicht. Zu jeder Statistik gehört eine Zukunftsprognose. Dazu fehlt offensichtlich der Mut, ebenso der zur Korrektur: Gerade hat das Statistische Landesamt für Bremen die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsmöglichkeiten stark nach unten korrigiert. Ich bin gespannt, wann dies in der laufenden Statistik ankommt! Mein Änderungsvorschlag steht! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin nicht einverstanden!

Hans-Dieter Binder

Macht braucht Lüge und Unwissenheit: Nobelpreisträger Pinter geißelt amerikanischen Staatsterrorismus und fordert politische Vision zur Wiederherstellung der Menschenwürde *(„TAZ“)*

Was für eine „saubere“ Gesellschaft!

Franz Josef Jung heißt der neue Verteidigungsminister. Er fordert gleich mehr Geld für Waffen und Auslandseinsätze, dafür soll den Wehrpflichtigen das Entlassungsgeld gestrichen werden. Im Inneren will er die Bundeswehr gegen Demos und „Aufstände“ einsetzen. Bekannt geworden ist Jung durch die CDU-Spendenaffäre. Er konnte eben schon immer mit Geld umgehen!

Wolfgang Schäuble ist ebenfalls durch die CDU-Kontenmauschelei als „Mann mit schwarzem Koffer“ bekannt. Als Innenminister will er jetzt die „Terrorabwehr“ verstärken. Erste Idee dazu ist die Nutzung des LKW-Maut-Systems zu Fahndungszwecken!

Wolfgang Tiefensee, neuer Verkehrsminister, hat auch eine Idee: Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr kappen. Über die Auswirkungen auf uns und auf die Umwelt macht er sich keine Gedanken!

Sigmar Gabriel, der abgewählte Ministerpräsident von Niedersachsen, ist als neuer Umweltminister fraglos eine Kapazität. Er versteht auch was von Finanzen, zumindest den eigenen. Für einen Beratervertrag mit VW hat er eine Million Euro kassiert! Leider war die Beratung allenfalls mündlich.

Nicht zu vergessen Franz Müntefering: Sehr sensibel, der Mann, trat gleich als SPD-Vorsitzender zurück, als er nicht den Generalsekretär bekam, den er wollte. Umso tatkräftiger setzt er jetzt die Hartz-Gesetze nicht nur um, sondern verschärft sie: Auf seinem Mist wuchs die Idee, junge Arbeitslose unter 25 ohne Unterstützung zu lassen und zu zwingen, bei den Eltern wohnen zu bleiben!

Schließlich die neue Familienministerin van der Leyen, siebenfache Mutter mit viel Sachverstand und Familienverständnis, leider wieder nur für die eigene Familie: Ihre erste Amtshandlung als niedersächsische Sozialministerin war die Streichung des Blindengeldes. Als neue Bundesministerin will sie das zweijährige Erziehungsgeld durch ein Elterngeld ersetzen, das nur noch ein Jahr bezahlt wird, lohnabhängig ist und nur dem gezahlt wird, der eine sozialversicherungspflichtige Arbeitsstelle nachweisen kann!

Bleibt noch Frank-Walter Steinmeier, der neue Außenminister. Auch er ist kein unbeschriebenes Blatt: Die jetzt herausgekommenen Folterflüge und geheimen Foltergefängnisse der USA waren ihm keinesfalls unbekannt, wie auch dem früheren Innenminister Schily. Über 400 dieser Flüge gingen über die Flughäfen Frankfurt, Ramstein oder Schönefeld. Was die CIA zynisch eine „innovative Gefangenenbefragung“ nennt, ist nichts anderes als Folter!

Wolfgang Lange (MLPD)

Türöffner: Deutschen-Schröder vertickt Russen-Gas *(„Spiegel-Online“)*

Wir sind unsere eigene Lobby

Es gab Nieselregen bei der 65. Bremer Montagsdemo mit Treffpunkt um 17:30 Uhr auf dem Domshof beim „Alex“. Es erschienen ungefähr dreißig Teilnehmer. Nach einer kurzen Rederunde zu Anfang ging es wieder auf Demotour. Bei den „Schweinen“ an der Sögestraße nahmen auch Menschen, die zufällig vorbeikamen, uns aber schon länger beobachten, das „offene Mikrofon“ zur Hand. Thema war die Situation der Arbeitenden: Es gibt immer weniger reguläre Arbeitsplätze, dafür als neue Form der **Zwangsarbeit** den Ein-Euro-Job. Trägern und Unternehmen, die darauf umsteigen, wird der „Spaß“ mit Extra-Subventionen versüßt!

Die **Handelskammer** will jetzt nicht mehr, dass Abgeordnete und Prüfer in die Bücher der Unternehmen gucken: Das schade dem „Standort Bremen“. Die Geschäftsführer der städtischen Eigenbetrieb-Gesellschaften entziehen sich mit ihren Gehältern jeglicher parlamentarischen Kontrolle. Der Senat und alle, die sich die Taschen füllen, tun „machtlos“. Da sonst niemand mehr solche Schweinereien aufdeckt, werden wir uns trotz „Weihnachtsgeklingels“ weiter an die Menschen wenden und mit ihnen sprechen!

Auf unserem Weg über den Hanseatenhof zur Domsheide erreichten wir viele. Einige fragten auch: „Was wollt ihr denn, wogegen seid ihr?“. Wir müssen also immer wieder von neuem, besonders in der dunklen Jahreszeit, mit kurzen Informationen auf die Menschen eingehen und Jugendliche oder Rentner auffordernd ansprechen: Wir haben keine Lobby und wollen keine scheinheiligen Stellvertreter! Wir klären auf und kämpfen gegen die **asoziale Politik** des Bremer Senats und der neuen Regierung in Berlin!

Dass wir unsere Anliegen nur selbst vorbringen können, zeigte uns ein Beispiel am Schluss der Demo. Letzte Woche hatten wir den Treppenabsatz vor dem „**Evangelischen Informationszentrum**“ bestiegen und als Redepodest benutzt, zumal das Gebäude geschlossen und schon dunkel war. Jetzt wollten wir es genauso handhaben. Weil aber diesmal Licht in den Räumen war, dauerte es nicht lange, und wir wurden aufgefordert, die Stufen zu räumen: Unsere Demo sei keine Veranstaltung der kirchlichen Einrichtung, und der Eingang solle nicht versperrt werden.

Die Stimmung spitzte sich ein wenig zu. Die Vertreterinnen beharrten auf ihrem Hausrecht, weil die Treppe auf „privatem Grundstück“ liege, und wir bestanden darauf, sie zu nutzen, weil kein Schild oder Zaun auf deren „privaten“ Charakter hinweise. Sicher war es ein Fehler, der kirchlichen Einrichtung unsere Absicht vorher nicht kurz kundgetan zu haben.

Auf der andern Seite passte die „unpolitische“, bürokratische Argumentation der Vertreterinnen dieser Einrichtung genau in das Bild der gleichgeschalteten **Politik der Nichtbeachtung** seitens offizieller Kirche, Senat und der übrigen Bremer Staatsorgane. In Fettschrift verspricht die „Kirche-Bremen“-Website, Auskunft auch über „Initiativen arbeitsloser Menschen“ geben zu wollen, doch am

Freitag vor Pfingsten dieses Jahres teilte die „Bremische Evangelische Kirche“ auf eine entsprechende Bitte *unserer* Initiative mit, man habe beschlossen, keine Verlinkung zur Bremer-Montagsdemo-Homepage vorzunehmen. –

Am **Montag**, dem **12. Dezember 2005**, treffen wir uns um **17:30 Uhr** auf dem **Domshof** beim „Alex“. Es geht dann gleich los zur Demo durch die Innenstadt mit Ende am Konzerthaus „Glocke“. In der Woche darauf, am **19. Dezember 2005**, laden wir ein, bei Würstchen, Glühwein, Sketchen und guten Gesprächen unseren **Jahresabschluss** zu feiern. Ort wird nach Möglichkeit, wie im letzten Jahr, der Saal in der **Buchtstraße** sein.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Gysi betont WASG-Mehrheit auf gemeinsamem Parteitag: Neugründung war nur in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gegen Mitregierungspolitik der PDS gerichtet *(„TAZ“, „Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

66. Bremer Montagsdemo am 12. 12. 2005

„Kannibalismus“ in Deutschland

1. Wer kennt nicht den Kannibalenkessel, so rund und dick? Früher sah ihn oft, wer in die Zeitschrift warf einen Blick! Zum Schmunzeln waren die Bilder, auch manchmal sehr zum Grauen. Zum Glück wohn ich hier, würde mich nie in den Urwald trauen!

Doch nun lese ich die Tageszeitung und bin geschockt: Wer hat denn den „Kannibalismus“ nach Deutschland gelockt? Unternehmen ständen kaum noch im Wettbewerb, zur Zeit. Wettbewerb, ja, den gab es früher viel mehr, weit und breit!

Die Konzerne sind in der „Phase des Kannibalismus“ angekommen! Früher hat unser reiches Deutschland so etwas nie ernstgenommen, doch heute steht vorn auf der Zeitung drauf: „Jetzt fressen sich die Firmen auf!“

Ach, deswegen ist der Stahl in Deutschland so teuer! Der „Kannibalenkessel“ ist ein Ungeheuer. Schmelzt lieber diesen Kessel wieder ein und lasst das Unternehmenfressen sein!

Große Firmen zu fressen, macht keinen Sinn! Wo sollen die vielen Arbeitslosen hin? Ihr Unternehmer, wann werdet ihr endlich satt? Erst wenn der arme Mensch nichts mehr zum Kaufen hat?

2. Die Hartz-Reformen haben keine Anreize zum Erhalt der Arbeitsplätze gebracht. Spezialisten in der Jobvermittlung sind versetzt worden und nicht mehr zuständig! Ältere Menschen und Behinderte sind die Verlierer! Auch schwerstbehinderten Menschen hat Hartz IV nicht geholfen: Nach Einführung der Reformen ist der Bereich der beruflichen Rehabilitation zusammengebrochen. Die Not der Betroffenen ist groß!

Bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer hinkt Deutschland anderen europäischen Ländern weit hinterher. So waren in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr nur 41,8 Prozent der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig, in Dänemark dagegen 60,3 und in Schweden sogar 69,1 Prozent! Doch Appelle an die Betriebe, mehr ältere Arbeitskräfte zu beschäftigen, laufen in Leere!

Hartz IV hat auf der ganzen Linie versagt! Dieses Programm hat nur noch mehr Menschen in große Not gebracht und Milliarden von Steuergeldern verschwendet! Warum jetzt noch ein Fass ohne Boden öffnen und die Menschen bis 67 Jahre in Arbeit schicken? In welche Arbeit? Die Menschen haben doch schon jetzt keinen Boden mehr unter den Füßen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Staatsmonopolistischer Kapitalismus: Politiker führen die Geschäfte der Konzerne *(„Spiegel-Online“)*

Die Wahrheitssuche hört nie auf

Am Samstag, dem 10. Dezember 2005, war der „Tag der internationalen Menschenrechte“. „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ nahmen davon keine Notiz, die „TAZ Bremen“ allerdings veröffentlichte einen ausführlicheren Artikel zur „Allgemeinen UNO-Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948. Die damalige Erklärung enthält unter anderem das Recht auf Leben, Arbeit, Nahrung, Wohnung, auf Glaubens-, Presse- und Meinungsfreiheit sowie den Schutz vor Folter und willkürlicher Haft. Wie es darum bestellt ist, sehen wir schon in dieser Stadt: Ich erinnere an die Zustände im Abschiebeknast und den Brechmittel-Skandal vom Beginn dieses Jahres.

Am Samstag wurde dem britischen Dramatiker Harold Pinter in Stockholm der Literatur-Nobelpreis verliehen. Seine Nobelpreisrede enthält eine schwere Anklage gegen den fortlaufenden Bruch der UN-Charta durch den Mitunterzeichner USA. „TAZ“ und „Neues Deutschland“ dokumentierten die Rede in Auszügen. Aus Anlass des Menschenrechtstages möchte ich heute daraus zitieren, eben weil der Skandal auch hier allgegenwärtig ist.

„Die Suche nach der Wahrheit kann nie aufhören“, sagt Pinter. „Man kann sie nicht vertagen, sie lässt sich nicht aufschieben. Man muss sich ihr stellen, und zwar hier und jetzt“. Die Politiker haben an der Wahrheit kein Interesse, so der Nobelpreisträger, sondern nur an der Macht. „Damit diese Macht erhalten bleibt, ist es unabdingbar, dass die Menschen unwissend bleiben, dass sie in Unkenntnis der Wahrheit leben, sogar der Wahrheit ihres eigenen Lebens. Es umgibt uns deshalb ein weitverzweigtes Lügengespinst, von dem wir uns nähren.

Ich behaupte hier, dass die Verbrechen der USA nur oberflächlich protokolliert, geschweige denn dokumentiert, geschweige denn eingestanden, geschwei-

ge denn überhaupt als Verbrechen wahrgenommen worden sind. Ich glaube, dass dies benannt werden muss, und dass die Wahrheit beträchtlichen Einfluss darauf hat, wo die Welt jetzt steht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterstützten die Vereinigten Staaten jede rechtsgerichtete Militärdiktatur auf der Welt, und in vielen Fällen brachten sie sie erst hervor. Ich verweise auf Indonesien, Griechenland, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Haiti, die Türkei, die Philippinen, Guatemala, El Salvador und natürlich Chile. Die Schrecken, die Amerika Chile 1973 zufügte, können nie gesühnt und nie verziehen werden. In diesen Ländern hat es Hunderttausende von Toten gegeben. Hat es sie wirklich gegeben? Und sind sie wirklich alle der US-Außenpolitik zuzuschreiben? Die Antwort lautet: Ja, es hat sie gegeben, und sie sind der amerikanischen Außenpolitik zuzuschreiben. Aber davon weiß man natürlich nichts.

Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen. Das muss man Amerika lassen. Es hat weltweit eine kühl operierende Machtmanipulation betrieben und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet. Ein glänzender, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt.

Mit Hilfe der Sprache hält man das Denken in Schach. Mit den Worten „das amerikanische Volk“ wird ein wirklich luxuriöses Kissen zur Beruhigung gebildet. Das gilt natürlich weder für die 40 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, noch für die zwei Millionen Männer und Frauen, die in dem riesigen Gulag von Gefängnissen eingesperrt sind, der sich über die Vereinigten Staaten erstreckt. Die USA scheren sich einen Dreck um die Vereinten Nationen, das Völkerrecht oder kritischen Dissens, den sie als machtlos und irrelevant betrachten.

Nehmen wir Guantanamo Bay. Hunderte von Menschen sind seit über drei Jahren ohne Anklage in Haft, ohne gesetzliche Vertretung oder ordentlichen Prozess, im Prinzip für immer inhaftiert. Diese absolut rechtswidrige Situation existiert trotz der Genfer Konvention weiter. Die sogenannte internationale Gemeinschaft toleriert sie nicht nur, sondern verschwendet auch so gut wie keinen Gedanken daran. Diese kriminelle Ungeheuerlichkeit begeht ein Land, das sich selbst zum „Anführer der freien Welt“ erklärt.

Die Invasion in den Irak war ein Banditenakt, ein Akt von unverhohlenem Staatsterrorismus, der die absolute Verachtung des Prinzips von internationalem Recht demonstrierte. Wie viele Menschen muss man töten, bis man sich die Bezeichnung verdient hat, ein Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein? Einhunderttausend? Mehr als genug, würde ich meinen. Deshalb ist es nur gerecht, dass Bush und Blair vor den Internationalen Gerichtshof kommen.“

Ich möchte den Nobelpreisträger hier ergänzen, indem ich hinzufüge: Auch Schröder, Struck und Fischer gehören wegen der Bomben auf Jugoslawien, der Kampfeinsätze am Hindukusch und der logistischen Hilfestellung beim Irak-Krieg vor ein Tribunal!

Pinter schließt seine Rede mit den Worten: „Ich glaube, dass den existierenden kolossalen Widrigkeiten zum Trotz die unerschrockene, unbeirrbare, heftige intellektuelle Entschlossenheit, als Bürger die wirkliche Wahrheit unseres Lebens und unserer Gesellschaften zu bestimmen, eine ausschlaggebende Verpflichtung darstellt, die uns allen zufällt. Wenn sich diese Entschlossenheit nicht in unserer politischen Vision verkörpert, bleiben wir bar jeder Hoffnung, das wiederherzustellen, was wir schon fast verloren haben: die Würde des Menschen."

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe")

Information um jeden Preis: Bundesfolterminister Schäuble droht mit dem Whirlpool *(„Süddeutsche Zeitung")*

Neulich bei der Stasi: Wer nicht allein lebt, macht sich verdächtig *(„TAZ")*

Glück statt Geld: Grundeinkommen kostet nicht mehr als Hartz IV *(„TAZ")*

Müntesteuer? Extrateuer!

„Merkelsteuer, das wird teuer": Laut hat die SPD im Wahlkampf die von der CDU geplante Mehrwertsteuererhöhung angeprangert und im Internet überzeugende Argumente dagegen zusammengetragen. Nun will man davon nichts mehr wissen! Erinnern Sie die SPD an ihren Wahlkampf, senden Sie deren Mitgliedern die eigenen Argumente gegen die Merkel-Münte-Steuer!

Eine Mehrwertsteuererhöhung belastet vor allem Niedrigverdiener, Kleinrentner, Familien und Transferempfänger, die fast ihr ganzes Einkommen für den Konsum verwenden müssen. Gutverdiener und Vermögende wenden nur einen Teil ihres Einkommens für den Konsum auf und legen den Rest gewinnbringend an. Sie werden im Verhältnis zu gering belastet. Das ist Umverteilung von unten nach oben!

Nachdem Spitzenverdiener und Großunternehmen durch die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuern massiv entlastet wurden, haben niedrige und mittlere Einkommen schon jetzt einen immer größeren Teil der Steuerlast zu tragen. Dieser Trend wird mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer fortgesetzt!

Die ab 2007 von 16 auf 19 Prozent erhöhte Mehrwertsteuer wird 24 Milliarden Euro zusätzlich in die Bundeskasse spülen, abgeschöpft von der breiten Masse der Bevölkerung. Dagegen bringt die sogenannte Reichensteuer nur 1,2 Milliar-

den Euro, weil die großen Vermögen geschont werden! So öffnet sich die „soziale Schere“ immer weiter!

Jens Schnitker (parteilos)

Neue Arbeitsplätze für Strom-Absperrer

Die von der UN-Vollversammlung am 10. Dezember 1948 in Paris verabschiedete „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ ist kein völkerrechtlich verbindliches Dokument. Sie zeigt nur die Gesichtspunkte auf, wie unsere Grundrechte und Freiheiten verwirklicht werden können, zu denen auch die sozialen Menschenrechte gehören.

Beispielsweise das Recht auf Wohnen und Heizen: In Bremen muss ab Januar draufzahlen, wer eine Kaltmiete hat, die mehr als 265 Euro hoch ist, und innerhalb eines halben Jahres umziehen, wenn die Überschreitung mehr als 30 Prozent beträgt. Man muss mit dem Vermieter verhandeln, die Wohnung billiger anzubieten, und den Nachweis führen, eine neue Wohnung gesucht zu haben. Am 24. November sagte Sozialsenatorin Röpke, dass nicht die Behörde Wohnungen anzubieten habe, sondern die Leistungsempfänger sich Wohnungen suchen müssten. Sie weiß ganz genau, dass nur 351 freie Wohnungen zur Verfügung stehen, von denen lediglich 38 den Preisanforderungen der Behörden entsprechen!

Nach einem halben Jahr sollen diejenigen an die Reihe kommen, bei denen die Überschreitung mehr als 20 Prozent beträgt. Insgesamt sind in Bremen 5.500 Menschen in den nächsten zwei Jahren davon betroffen! Kostet eine Wohnung 365 Euro Kaltmiete, soll nach den Vorstellungen der Behörden der Betroffene die fehlenden 100 Euro von 345 Euro Regelsatz zahlen, wobei noch 45 Euro als Pauschale für Anschaffungen zurückzulegen sind. Wer kann von 200 Euro leben und davon noch Strom, Gas und Telefon bezahlen? Schon jetzt ist 7.000 Menschen in Bremen Strom und Gas abgeschaltet worden! Dafür wurden acht neue Kontrolleure eingestellt, um die Energiezufuhr zu sperren!

Die Heizkostenpauschale ist um zehn Cent auf 1,10 Euro pro Quadratmeter erhöht worden, müsste jedoch 1,40 Euro betragen. Der Gaspreis ist viel höher gestiegen! Dass man in einer Wohnung leben kann und nicht frieren muss, gehört zu den Menschenrechten! Ebenso, dass man sich gesund ernähren kann! Zwölf Milliarden könnten ernährt werden, doch täglich verhungern 100.000 Menschen.

Der globale Kapitalismus bringt Ausbeutung, Krieg und Umweltzerstörung aus reiner Profitgier hervor!

Es wäre heute möglich, dass jeder Mensch seine Grundbedürfnisse befriedigen kann, doch der Kapitalismus und die Geldwirtschaft stehen dem im Wege. Wir sind einem Unterwerfungszwang und Herrschaftssystem ausgeliefert, das Gehorsam und Unmündigkeit verlangt: Am 2. Dezember demonstrierten in Bremen Tausende gegen die Einführung von Studiengebühren, doch die Polizei versuchte zu verhindern, dass wir durch die Innenstadt kamen!

Das Menschenrechtsabkommen verurteilt Folter, doch vom Haager Tribunal, das sich „unabhängiger Gerichtshof“ nennt, wird der frühere jugoslawische Staatschef Milosevic verhört, obwohl eine internationale Ärztekommission festgestellt hat, dass er schwer krank ist; auch wird ihm ein Anwalt aufgezwungen, der nicht sein Vertrauen hat. Jugoslawien ist 1999 von der NATO zerbombt worden, um die „freie Marktwirtschaft“ einzuführen, nicht, um die Menschenrechte zu schützen, wie uns immer vorgegaukelt wird!

Zu den Menschenrechten gehört das Grundrecht auf gesunde Lebensmittel, das Recht auf Wohnung, Bildung, freie Berufswahl, die Meinungs- und Pressefreiheit. Wir fordern soziale Sicherheit, die Rücknahme aller „Reformen“, die eine Mehrheit der Menschen verarmen lassen, damit wenige reich werden! Kämpfen wir für die sozialen und politischen Menschenrechte und eine solidarischen Gesellschaft!

Bettina Fenzel (parteilos)

Von Kultur keine Spur

1. Unser neuer Bürgermeister hat seinen Antrittsbesuch auch bei den Personalräten des öffentlichen Dienstes in Bremen gemacht. Getroffen haben sich alle in den Räumen des DGB. Der Bürgermeister lobte das von den Mitarbeitern Vollbrachte. Er hatte ein Geschenk mit dabei: Er will *keinen* Notlagentarifvertrag mit den Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst Bremens abschließen, sondern die bundesweiten **Tarifgespräche** abwarten: Wenn der neue Tarifvertrag eine Öffnungsklausel enthält, will er diese nutzen, sonst nicht.

Diese Botschaft klingt versöhnlich! Ist sie ernst gemeint? Hat Herr Böhrnsen darüber mit Herrn Kastendiek gesprochen? Die Gewerkschaft Verdi wehrt den Erpressungsversuch vom Kultursenator ab! Die Theatermitarbeiter haben noch immer nicht ihr Weihnachtsgeld erhalten. Die Finanzierung des Theaters auf Kre-

dit ist eine Mogelpackung: Die Zeche sollen die Mitarbeiter durch den Verlust des Weihnachtgeldes zahlen.

Bremen ist gegenüber dem **Theater** wortbrüchig geworden: Es sind einfach die bereits zugesagten Zahlungen nicht erfolgt. Die Theater GmbH hat seit mehreren Jahren die immer gleichen Finanzprobleme: Der Kultursenator ist zum Jahreswechsel nicht zahlungsfähig, nachgezahlt wird im Januar. Dies steht in den Unterlagen des Amtsgerichts und war über viele Jahre auch die Überschrift für den entsprechenden Bilanzansatz der Theater GmbH.

Aber nicht nur der Theatermitarbeiter, auch der Intendant wird genötigt: So kann er kein anspruchsvolles Theater gestalten. Die Bremer Lösung steht bevor: *Ablösung!* Der Nachfolger oder die Nachfolgerin sollte sich entsprechend informieren. Der zweite Geschäftführer hatte massiv die ausstehenden Mittel vom Kultursenator eingefordert, erhalten hat er die sofortige „Freistellung"! Inzwischen wurde ihm fristlos gekündigt, auf eine Begründung bisher verzichtet.

Jeder Arbeitsrichter wird diese fristlose Kündigung für rechtlos erklären, aber der Kultursenator erspart sich so eine Diskussion der Fakten. Der gekündigte Geschäftführer wird eine Ehrenerklärung fordern und diese sicher auch erhalten. Bremen muss selbstverständlich das Gehalt bis zum Vertragsende September 2006 zahlen und natürlich auch finanziell einen Ausgleich für das Verhalten des Kulturressorts leisten!

Falls diese Trickserei des Kulturressorts nicht positiv beendet wird, haben alle Betrogenen ein Recht auf Schadenersatz. Damit auch die anderen Politiker ihre Erinnerungen auffrischen und etwas dazu sagen, ist es zweckmäßig, im Amtsgericht die Besetzung des Aufsichtsrats der Theater GmbH anzusehen. Über all diese Jahre kommen viele prominente Namen zusammen!

Deutlich wird die Wertschätzung dieses Senators für die Kultur auch im Internet: Unter Rathaus-Bremen kann der Kultur-Interessierte auf „Senat" und „Senator für Wirtschaft und Häfen; Kultur" klicken und kommt in der Wirtschaft und im Hafen an mit all den üblichen Links, aber Kultur sucht der Kultur-Interessierte vergebens! Von Kultur keine Spur! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin für eine positive Zukunft!

2. Bürgermeister Böhrnsen hat die **Selbständigkeit** Bremens verteidigt und ausgeführt, dass eine Zusammenlegung mit Niedersachsen keine Senkung, sondern eine Erhöhung der Kosten bringt. Dies wurde im „Weser-Kurier" mit einer Zahl beziffert, aber nicht begründet.

Inzwischen hat sich die Aussage vom Bürgermeister verändert: Es ist nicht mehr von den angeblichen Mehrkosten einer Fusion die Rede! Hat er gemerkt, dass diese These nicht haltbar ist? So dumm sind die Bürger nicht! Gemeinsam mit der Handelskammer hat er die Vorteile der Selbständigkeit Bremens hervorgehoben und auf den Länderfinanzausgleich geschimpft. Hat nicht Bremens letzte Klage diesen Länderfinanzausgleich wesentlich mitgestaltet? In der Erklärung

fehlt mir der Aufruf für eine Entschuldung Bremen durch die besonders Begünstigten dieser Politik!

Zu den Vorteilen der Selbständigkeit sollen „Bürgernähe, Gestaltungsspielraum und Lebensqualität für die Menschen“ gehören. Daran wurde gearbeitet: Es gibt Kürzungen der Gelder für Altenheime und Erhöhungen der Kindergarten- und Kita-Gebühren, somit Mehrkosten für die Betroffenen. ALG-II-Betroffene bekommen nur zehn Cent mehr je Quadratmeter für die enorm gestiegenen Heizkosten, Tausende von ihnen erhalten eine Umzugsaufforderung.

Schulen werden zusammengelegt, Nachhilfe wird gestrichen. Alle Gutachten über Behinderungen von Kindern wurden angezweifelt, und die Betroffenen mussten klagen. Es findet eine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten statt, besonders im öffentlichen Dienst. Meldestellen in den Stadtteilen werden geschlossen.

Scheinbar überraschend ist die Nachfrage nach Kindergartenplätzen zurückgegangen: Die ALG-II-Betroffenen und Migranten mussten ihre Kinder abmelden, die Sprachschwierigkeiten bei Ausländerkindern nehmen zu. Behinderte sollten in Sonderklassen zusammen unterrichtet werden; das ist zum Glück am Widerstand der Eltern gescheitert.

Voll ausgestaltet werden dagegen sicher die Fördergelder für Hotelbauer und andere Unternehmer. Sie können die kurzen Wege nutzen, die Gestaltungsmöglichkeiten Bremens sind hier sicher von Vorteil; doch Bremen hat sich *gegen* die kleinen Leute entschieden. Auch dies wäre eine Diskussion mit offenem Ausgang wert, aber mit Fakten und offenen Büchern!

Bremen nutzt für den Haushalt den Gestaltungsspielraum der GmbHs. Ist das legal? Wie bemerkte doch der amtierende Finanzsenator: Bremens tatsächliche Verschuldung ist höher als die gefühlte Verschuldung! Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin nicht einverstanden!

3. Eine **Statistik** soll den Politikern helfen, Entscheidungen zu treffen; daher komme ich noch einmal auf ein Detail der Arbeitsmarktstatistik per 15. November 2005 zu sprechen. Es geht um die **Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse**: Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten ist unlogisch, auch die Entwicklung dieser Zahl! Daher behaupte ich: Diese Zahl ist falsch, sie ist viel zu niedrig!

Wie kann es passieren, dass so ein Eckwert total daneben liegt? Es liegt an der Buchführung: Sofort mit der Job-Zuweisung ist die Arbeitslosigkeit des Betroffenen statistisch beendet! Die Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten werden separat erfasst, und bereits Anfang des Jahres wurde von einer Untererfassung der Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten in einer mögliche Größenordnung von mehreren Hunderttausend Stellen ausgegangen! Die gleiche Fehlerquelle besteht bei der 58er-Regelung: Betroffene fallen sofort aus der Statistik, aber es bedarf eines gesonderten Erfassungslaufes, um in der 428er-Zahl aufzutauchen.

Welche verlässliche Aussage bietet die Statistik? Die Zahl der Überweisungsempfänger ist eine aussagefähige Zahl, jedenfalls jetzt: Fiktiven Zahlungen auf-

grund von Unterschlagungen waren Zahlungen an Fortbildungsträger, nicht an Betroffene; Doppelzahlungen an Betroffene und die Krankenkassen wurden eingestellt. Somit ist die Zahl der Leistungsempfänger aussagefähig, denn Zahlungen kann selbst das Amt schlecht liegenlassen.

Arbeitslos nach den Regeln dieser Statistik waren Mitte letzten Monats 4.531.213 Menschen. Es gibt jedoch 1.565.126 ALG-I- und 4.925.951 ALG-II-Leistungsempfänger, zusammen **6.491.077 Menschen**, fast zwei Millionen über der Arbeitslosenzahl! Welche Zahl ist näher an der Wirklichkeit? Gefeiert wurde die Zahl von 4,5 Millionen, ein Rückgang um bundesweit 24.708 Arbeitslosen! Was sagt diese Politik, wenn die Untererfassung beseitigt wird und die 6,5 Millionen auch in der Position Bestand stehen?

In Bremen haben wir im ALG II 37.161 Arbeitslose, aber 69.074 Leistungsempfänger. Im ALG I werden weitere 11.762 Arbeitslose genannt, wobei die Zahl der Leistungsempfänger fehlt. Senatorin Röpke hat den ALG-II-Bericht per 15. November 2005 bisher nicht veröffentlicht, aber aus den Informationen untereinander wissen wir, dass die Bagis versucht, mit jedem Betroffenen eine Maßnahme zu vereinbaren, leider nur eine Ein-Euro-Arbeitsgelegenheit. Noch lieber wird die Unterschrift auf der 58er-Regelung gesehen.

Die Bagis verkündet stolz, sie habe 15.000 Langzeitarbeitslose „aktiviert“, mehr als geplant, offenbar mit 4.300 Ein-Euro-Jobs, doch wie und wofür „aktiviert“ wurde, hat die Bagis nicht dargestellt. Aus dem Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit für Bremen geht dies auch nicht hervor, insofern bin ich auf den ALG-II-Bericht von Frau Röpke gespannt.

Eines hat die Bagis zugestanden: Es hätten 73 Millionen sein können, aber nur 33 Millionen Euro wurden für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Damit wurden 15.000 Menschen für den Arbeitsmarkt „aktiviert“, das sind 2.200 Euro pro Kopf! Schön für jeden Menschen, der positiv davon getroffen wurde! Doch wer hat daran verdient? Der Arbeitssuchende leider nicht, denn die Bagis versteht darunter auch Ein-Euro-Jobs, die keine Perspektive bieten und außerdem noch reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen!

Die sechs Monate für die Arbeitsgelegenheiten werden auf ein Jahr gedehnt, aber eine Perspektive ist dies auch nicht: Die Arbeitsplätze nehmen dadurch noch rasanter ab. Es gibt 75.000 Arbeitssuchende, auch diese Zahl ist fraglich, bei über 80.000 Leistungsempfängern.

Hier findet eine Verschwendung von Steuergeldern statt! Die Politik gegen die Menschen vernichtet nicht nur direkt Steuergeld, sondern gefährdet auch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerungsgruppen! Daher lasst uns über die Alternativen reden, nachdenken und handeln! Mein Änderungsvorschlag steht!

4. Unter der alten Regierung wurde am **Arbeitsmarktbericht** sehr kreativ gearbeitet, nur an der Situation der Betroffenen hat sich nichts geändert. Der „Hartz-IV-Effekt“ durch bisher nicht mitgezählte ehemalige Sozialhilfeempfänger wurde

mal eben von 300.000 auf 400.000 Menschen erhöht, so plötzlich, dass in der Erläuterung zur offiziellen Statistik weiterhin 300.000 als Auswirkung stand.

Einige kritische Stimmen haben die neue Zahl überprüft, und gemeinsam hat man sich auf 330.000 Menschen geeinigt. Diese Zahl wurde auch von der Regierung benutzt. In den Erläuterungen zur offiziellen Statistik hat die Behörde umformuliert: Jetzt heißt es vage „bis zu“ und „auch etwas in der Gegenrichtung“. Erreicht wurde von der Regierung, was sie wollte: die Verschleierung der aktuellen Lage! Ist dies der Zweck der gesamten Statistik? Es scheint so! Dies bedeutet aber: Nicht nur Bremen muss Insolvenz anmelden!

Bleiben wir mal beim „Fördern und Fordern“ der Bundesagentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften. An Bewerbungen werden in Bremen von jedem Betroffenen im Durchschnitt monatlich zehn verlangt. Bei 35.000 zugegebenen ALG-II-Arbeitslosen, die fünf Euro pro Bewerbung erhalten, werden **1,5 Millionen Euro** monatlich verbrannt!

Ich erspare mir eine bundesweite Hochrechnung, außerdem habe ich den Arbeitsmarktbericht gerade an einen „Ungläubigen“ verliehen. Wer im Bundestag ist willens, dies anzuprangern? Deshalb: Geht in die Politik! Es gibt nicht genug Politiker, die bereit sind, die jetzige Situation grundsätzlich zu ändern. Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin nicht einverstanden!

5. In Nordrhein-Westfalen wurde im Mai gewählt, und Herr Rüttgers hat im Wahlkampf gegen die Beauftragten der alten Regierung gewettert. Er war sich dabei des Beifalls sicher. In seiner Regierung hat er keine „Beauftragten“ mehr, sie heißen jetzt „Berater“! Eine Anfrage nötigte diese Regierung zu einer unvollständigen Antwort. Hoffentlich gibt Herr Vesper nicht auf und fordert die vollständige Auskunft ein!

In Berlin geht Herrn Lammert die **Offenlegung** zu weit! Er möchte nicht, dass die Abgeordneten ihre Nebeneinkommen nennen müssen. Warum möchte er dies nicht? Ich kann diesen Plan nicht gutheißen: Mir fällt dazu Herr Meyer ein, der CDU-Spitzenmann mit den unerklärlichen Nebeneinkommen, oder die Verbindung zwischen Volkswagen und dem Parlament in Hannover. Was liegt Herrn Lammert auf der Seele?

Auch der Handelkammer Bremen geht die Offenlegung zu weit! Abgeordnete sollen kein Akteneinsichtsrecht mehr haben. Es wird zu viel veröffentlicht. Beträge und Vereinbarungen mit Unternehmen werden so öffentlich, auch manche unerklärliche Mauschelei! Für Unternehmen wäre diese Schmach leicht verhinderbar: ganz einfach keine Vorteile annehmen. Wer Steuergelder oder Vorteile annimmt, muss auch die Öffentlichkeit aushalten!

Porsche ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen: Dieses Werk brauchen wir, eine Belastung der Allgemeinheit wollen wir nicht. Dass zum Beispiel der Hotelunternehmer nach Zech eine andere Unternehmensauffassung hat, dafür kann der Steuerzahler nichts, und es ist sehr interessant, wer warum Steuergeld oder Vorteile erhält. Von Vorteilen bleiben selbst Finanzsenatoren nicht verschont!

Die großen Unternehmen sind ohnehin zur Veröffentlichung der Zahlen und Hinterlegung im Amtsgericht verpflichtet. Dieses Einsichtsrecht in das Handelsregister ist ein starkes Grundrecht, denn es kommen spannende Tatsachen aus den trockenen Büchern.

Wir hatten schon mal einen Bürgermeister, der hat für Energie kaum etwas bezahlt und davon nichts gemerkt! Das hat ihn wohl stark beeindruckt: Dieser Ex arbeitet jetzt bei einem Energieversorger. Der nächste Bürgermeister hat das Parlament nicht für voll genommen, und unsere Volksvertreter haben das hingenommen. Daher geht in die Politik!

Bis zur Bürgerschaftswahl, spätestens im Frühjahr 2007, lasst uns Einsicht nehmen und Einsicht fordern und öffentlich darüber diskutieren. Es wäre schön, wenn sich viele daran beteiligen! Jede Rede auf der Bremer Montagsdemo wird im Netz veröffentlicht, wenn beim Moderator oder Webmaster ein Manuskript abgegeben wird. Die derzeit rund 160 Zugriffe pro Tag stellen bereits eine nicht zu unterschätzende Öffentlichkeit dar!

Aktuell ein weiteres Kapitel: Ex-Bundeskanzler Schröder wird als Aufsichtsratsvorsitzender für die russische Gas-Pipeline berufen. Überraschend ist das höchstens für Uneingeweihte! Das Berliner Büro von Herrn Schröder hat die Berufung ohne zu zögern bestätigt. Zur Vorgeschichte fällt mir die Opposition in Moskau ein. Gab es da nicht einen mächtigen Unternehmensführer, der mit Vielem nicht einverstanden war?

Dieser Unternehmensführer wurde verhaftet und ging seines Unternehmens verlustig. Dieses verlorene Unternehmen ist das Energieunternehmen in Putins Reich! Deutsche Unternehmen haben Angst um ihre Investitionen und vor weiterer Willkür des Herrn Putin. Damals hat unsere Regierung die Unternehmer beruhigt und großzügig Bürgschaften gezeichnet.

Wem gereichen nun die Verhandlungen über Zinsen und Rückzahlungsbedingungen zum Vorteil? Mit dieser Vorgeschichte ist es spannend zu erfahren, wann Gerhard Schröder der Posten angetragen wurde. Daher Montagsdemo: Kopf zeigen! Ich bin für eine positive Zukunft!

Hans-Dieter Binder

Stamokap-Gerd fordert und fördert Russen-Gas

Gerhard Schröder, der „Türöffner für Großkonzerne“ mit neuer Zusatzwohnung in Zürich, wird jetzt Chef der russisch-deutschen Gaspipeline, deren Bau er bereits forderte und förderte, als er noch Bundeskanzler war. Das ist keine Besonderheit

Schröders, hier wird nur deutlich, um welches System es sich in Deutschland handelt: um den staatsmonopolistischen Kapitalismus!

Die Großunternehmen haben sich den Staat vollständig untergeordnet, die obersten Organe von Staat und Konzernen sind miteinander verschmolzen, es gibt einen ständigen Übergang zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Kabinett und Aufsichtsrat. Da braucht man sich über nichts zu wundern!

Die neue Regierung, gewitzt durch die entlarvten Lügen der alten, nennt gar keine konkreten Ziele mehr, was die Beseitigung der Arbeitslosigkeit anbelangt, sondern verbreitet lediglich die vage Floskel, alles tun zu wollen, „was der Schaffung von Arbeit dient“. Dahinter verbirgt sich jedoch anstelle einer aktiven Arbeitsmarktpolitik die aktive Bekämpfung der Arbeitslosen! Um vier Milliarden Euro werden die Ausgaben für die Arbeitsagentur gekürzt. Die Einführung von Kombilöhnen und die Ausweitung der Ein-Euro-Jobs schaffen nur einen Billiglohnsektor!

Außerdem werden der Kündigungsschutz aufgeweicht und die Bezugsdauer von ALG I auf 12 beziehungsweise von 32 auf 18 Monate verkürzt. Heranwachsende werden verpflichtet, bis 25 bei den Eltern zu leben. Es ist auch eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, im November sei die Arbeitslosigkeit gesunken: In Wirklichkeit ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 330.694 gesunken! Es findet also ein massiver Arbeitsplatzabbau statt!

Die Folgen der Regierungspolitik sind zunehmende Armut und eine von Hetze begleitete Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose. Derweil steigen die Gewinne der Konzerne ins Unermessliche: allein bei den 30 größten auf 40 Milliarden Euro in den ersten neun Monaten 2005! Dennoch sind wegen der steigenden Produktivität weitere 54.000 Entlassungen in diesem Jahr angekündigt worden!

Um wirklich etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, muss die Arbeitszeit verkürzt werden, und zwar bei vollem Lohnausgleich, damit die Beschäftigten am Unternehmensgewinn teilhaben können und ihre Kaufkraft erhalten bleibt. Vorgemacht haben es uns die U-Bahnfahrer in Buenos Aires mit ihrem erfolgreichen Kampf um den Sechsstundentag bei vollem Lohnausgleich. Hierzulande hört man kaum etwas darüber. Wir müssen also unsere eigenen Verbindungen und Netzwerke schaffen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Mit 66 immer noch in Schwung

Zur 66. Montagsdemo in Bremen trafen sich um 17:30 Uhr auf dem Domshof wieder circa 40 Personen. Nach erster Rederunde zu Anfang ging die Demo los, auf der inzwischen vertrauten Tour bis zur Glocke.

Die Beiträge der Moderatoren am offenen Mikrofen waren gut verfolgbar und wurden auch angehört und beachtet. Gesprochen wurde zu mehreren Themen, so zur skrupellosen Pöstchenjägerei von Ex-Kanzler Schröder nach dem Motto „jede Woche ein Milljönchen mehr“. Wie sieht dagegen bei den Hartz-IV-Betroffenen die Lage aus?!

Erneut gab es Kommentare zu den Statistiken und Arbeitslosenberichten: Wir haben kein Vertrauen mehr in diese Zahlen und die Begründungen der Regierungsvertreter. Die Bremer Zeitungen verdrängen „geschickt“ den „Tag der Menschenrechte“. Wir hörten von weiter stattfindenden Stromabstellungen bei der SWB und machten uns Gedanken, was der „Kannibalismus“ mit uns zu tun hat.

Am **19. Dezember 2005** feien wir unseren Jahresabschluss, wie im letzten Jahr im Saal des „**Naturfreundejugend**“-Hauses in der **Buchtstraße** neben der „Arbeitnehmerkammer“. Es gibt Würstchen und Glühwein, dazu kulturelle Beiträge und gute Gespräche. Gleich nach der Montagsdemo soll es losgehen, also ab circa **19 Uhr**. Auch wer erst später kommen kann, ist herzlich eingeladen!

Weitere Vorausschau: Die nächste **Montagsdemo** findet am **2. Januar 2006** wie gewohnt um **17:30 Uhr** am **Roland** auf dem **Marktplatz** statt.

Am **14. Januar 2006** gibt es in **Straßburg** eine **europäische Demonstration** gegen die „**Bolkestein**“-Richtlinie der EU. Die bundesweite Koordinierungsgruppe begrüßt die Teilnahme Einzelner beziehungsweise der örtlichen Montagsdemos an dieser Demo.

Voraussichtlich am **4. Februar 2006** soll eine neue **Bundesdelegiertenkonferenz** der **Montagsdemo**-Bewegung in **Hannover** stattfinden: Themen sind weitere Aktionen gegen die Politik der neuen Bundesregierung und Wahl einer neuen Koordinierungsgruppe auf der Grundlage der verbreiterten Bewegung nach der Demo in Berlin am 5. November 2005.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

67. Bremer Montagsdemo am 19. 12. 2005

An das Wort des Jahres

Man hat das „Wort des Jahres“ gesucht und gefunden: „Bundeskanzlerin“ heißt es, das langweilige Wort! Was waren das denn für schlaudumme Köpfe, die dafür gestimmt haben?

Der größte Teil der deutschen Bevölkerung hätte sich garantiert anders entschieden als für „Bundeskanzlerin“! Will man uns vor Weihnachten von den grässlichen Tatsachen in diesem Land ablenken?

Als „Wort des Jahres“ wären viele andere besser geeignet. Wie wäre es mit einem der folgenden: Abzocker, Angst, Armut, Ausbeutung, Ausgrenzung, ausnehmen, ausspioniert, Billigjob, Demo, Elend, Feindseligkeit, hilflos, Hunger, Kälte, Lohnverzicht, Massenentlassungen, Menschenfeind, obdachlos, Protest, Randgruppe, Schmarotzer, Schwarzarbeit, Unrecht, vergessen, verstört, wohnungslos, Zwangsumzug?

Solche Wörter würden aber gar nicht in den Sprachgebrauch der oberen Damen und Herren passen! Hinter diesen Wörtern stecken die Schicksale vieler, vieler Menschen, doch den zur Wortauswahl Erwählten genügt schon eine Vorzeigefrau Merkel! Waren das womöglich die gleichen Damen und Herren, die auch „ Du bist Deutschland“-Anzeigen und -Plakate drucken lassen?

Ist ein Obdachloser in Bremen, der unter den Rathausarkaden sitzt, auch ein „Du bist Deutschland“? Den will man jetzt noch mehr ausgrenzen! Deshalb sollten wir gleich ein Lied anstimmen an das Wort des Jahres:

„Angie Merkel, hörst du nicht, hörst du nicht die Glocken, bim bam bum? Angie Merkel liebt nur sich, lässt die armen Rentner jetzt im Stich! Angie Merkel, melk uns nicht, wir sind jetzt schon sauer, heut auf dich! Angie Merkel, schau, im Trog, da ist so viel Futter, nur für dich! Angie Merkel, du bist dran, wann wird alles besser, sag uns wann?“

Ursula Gatzke (parteilos; „Bruder Jakob“)

Das Motto von Madame

Die Politik der neuen Bundeskanzlerin lautet: „Friede den Palästen, Krieg den Hütten!“. In ihrer Regierungserklärung heißt es: „Mehr Freiheit wagen!“. Ja, frei von Arbeitsplatz und Geld! Oben wird kassiert, unten *ab*kassiert!

Wir schaffen Arbeitsplätze in Privathaushalten, so Merkel. Da gibt es dann wieder Magd und Knecht! Der Knecht sammelt die Golfbälle seines Herrn ein. Die Magd räumt den Dreck der letzten Fête weg, während Madame sich die Fingernägel maniküren lässt!

Hermann Siemering, Rentner, parteilos, Jahrgang 1932,
seit über 58 Jahren Mitglied der Gewerkschaft (heute Verdi)

Korruption: Arbeitet Gerdgas-Schröder jetzt für die Mafia? *(„Spiegel-Online“)*

Hiobsbotschaften zurückweisen!

Fast vorbei ist ein Jahr voller Ereignisse und Hiobsbotschaften, aber auch voller Aktivitäten und Festlichkeiten, ein Jahr des Lernens und der Erkenntnis. Wir haben die Bundestagswahl mit unserem heftigen Protest begleitet, und deren durchmischter Ausgang war ein Denkzettel für die großen Parteien!

Miterlebt haben wir auch Rücktritte und die Wahl eines neuen Bürgermeisters, von Sektflaschen-Gloystein und seinem Nachfolger ganz zu schweigen. Bald stehen wohl noch ein paar Stühle mehr zur Verfügung, weil es die Herrschaften mit der Wahrheit nicht so genau nehmen!

Protestiert haben wir gegen Stellenabbau, Firmenpleiten, Standortschließungen, Managerabfindung, Politikerfehlverhalten, Energiepreiserhöhung, Rentenkürzung, Wohnungsnot bei kleinem Einkommen, Unsicherheit im Krankheitsfall, Medikamentenzuzahlung, Kinderarmut, Gewoba-Verkauf, Videoüberwachung, Datenschutzverletzung, Unterlassung von Berichterstattung in den Medien, Hetze von Clement und Lemke, Unbildungspolitik, Studiengebühr, Theaterschließung, Steuergeldverschwendung, versteckte Finanzierung von Skulpturengarten und Günter-Grass-Stiftung, Selbstbedienungsmentalität, Hartz-Peinlichkeiten und Schröder-Eskapaden!

Wir haben unsere Solidarität erklärt mit den Beschäftigten bei Opel, Karstadt und Lidl. Wir waren auf bundesweiten Großveranstaltungen, haben Transparente getragen, Flugblätter verteilt, uns kostümiert, Musiker engagiert, Politiker „heimgesucht“ und einen Verein zum „Miteinanderleben und Füreinanderdasein“ gegründet und eintragen lassen.

War das alles noch immer nicht genug, um die Masse der Menschen zu überzeugen? Immerhin scheinen die meisten unsere Aktionen unterschwellig gut zu finden, und zum Glück haben wir über diese Frage auch nie das Feiern vergessen, so beim Frühlingsfest in den Neustadtswallanlagen, auf der Summer-Beach-Party auf dem Marktplatz und heute bei unserer Mittwinternachtsfeier!

Udo Riedel (parteilos)

Überflüssig: Bundesland Bremen *(„TAZ“)*

Rationalisierung erfordert und ermöglicht Existenzgeld

Auf der Montagsdemo wurde vorgeschlagen, die Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sollten seine Steuerlast mindern. Dies würde Unternehmer belohnen, die Beschäftigung schaffen, statt im Zuge von Rationalisierungen Personal abzubauen, etwa durch Einsatz vollautomatischer Kassen. In Deutschland sind eine Million Arbeitsplätze von Kassierer(inne)n gefährdet!

Früher gab es unter der Arbeiterschaft „Maschinenstürmer“, die Automaten für ihr Leid verantwortlich machten und nicht das Kapital. Karl Marx und Friedrich Engels schreiben jedoch im „Manifest der Kommunistischen Partei“ sinngemäß, dass arbeitende Menschen keine Maschinen zerstören sollen, weil diese für eine technische Weiterentwicklung der Gesellschaft nötig sind, wobei allerdings „der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herabsinkt“.

Das Problem sind nicht die Maschinen, sondern dass die Menschen durch Entlassung in die Armut getrieben werden! Die Lohnarbeit beruht auf Ausnutzung der Konkurrenz zwischen den Arbeiter(inne)n. Um diese zu durchbrechen, ist es notwendig, dass sich Nochbeschäftigte und Erwerbslose zusammenschließen und nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen! Der Staat führt eine Politik durch, die einen Keil zwischen sie treibt, damit die Löhne sinken!

In Bremen ist ein Drittel der Stellen im öffentlichen Dienst bei den Kindertagesstätten gestrichen worden. Immer mehr Ein-Euro-Jobs ersetzen tariflich bezahlte Stellen. Jetzt sollen 1,2 Milliarden durch die Streichungen bei uns ALG-II-Empfängern eingespart werden, indem man die tatsächlichen Miethöhen nicht mehr anerkannt: Das ist eine mehr als nur unsoziale Politik! Die heute Unterdreijährigen werden sich eines Tages für solch eine Förderung zu bedanken haben!

Die Sozialhilfeinitiativen fordern ein bedingungsloses Existenzgeld von 690 Euro plus warmer Miete. Hiervon könnte eine Kassiererin leben, wenn sie jetzt arbeitslos würde, und sich eine neue Tätigkeit suchen, einen anderen Beruf erlernen oder einen Volkshochschulkurs besuchen. Das Existenzgeld löst noch nicht die grundlegenden Probleme der Menschen, mildert sie nur ab, damit es ihnen etwas besser geht. Das Existenzgeld ist selbstverständlich an die Inflation anzugleichen! Dass die Reichen mehr Steuern zahlen müssen, wäre ein kleiner Schritt zu einer gerechteren Gesellschaft!

Damit die Menschen ein Leben in Würde führen können, sind jedoch das Geldsystem und die ungerechten Besitzverhältnisse, die dem gesellschaftlichen Fortschritt im Wege stehen, abzuschaffen; dies wäre möglich, wenn die Menschen weniger arbeiten müssten. Der Kapitalismus zerstört die Natur, indem Waren hergestellt werden, die schnell kaputtgehen und wieder durch neue ersetzt werden müssen. Wir würden viel weniger Energie und Rohstoffe verschwenden, wenn man langlebige Produkte hergestellte, die zu reparieren sind. Dabei entstünden neue Arbeitsplätze!

Die Menschen könnten sich nehmen, was sie benötigen, ohne einem erniedrigenden Geldsystem ausgesetzt zu sein. Alle Menschen können ihre Fähigkeiten entdecken und in die Gesellschaft einbringen, ihre Grundbedürfnisse befriedigen und ein würdevolles Leben führen. Wer hätte dann etwas dagegen, würde eine schwere Arbeit von einer Maschine ausgeführt?

Bettina Fenzel (parteilos)

Selbstbedienung ist Untreue: Bundesgerichtshof kassiert Freisprüche für Ackermann, Esser und Zwickel *(„Spiegel-Online“)*

Abzocker und Schmarotzer weiterhin aktiv!

Exkanzler Schröder war besonders fix beim Wechsel in die Spitzenverdiener-Liga der sogenannten freien Wirtschaft. Im Aufsichtsrat des russisch-deutschen Gaskonzerns tut er es nicht etwa für einen Euro, nein, es kommen nach Medienangaben pro Jahr lächerliche 200.000 bis eine Million Euro „Aufwandsentschädi-

gung“ aufs Kanzlerruhegeld oben drauf: Das Schröder-Gas wird uns also besonders teuer zu stehen kommen!

Kostenfaktor Helmut Kohl legte wenigstens noch eine Schamfrist ein, bevor er bei Kostenfaktor Leo Kirch als „Berater“ einstieg, obwohl er vom Medien-Trallala keinen blassen Schimmer hat. Wie viel Ahnung Schröder von Gasförderung und Gastransfer hat, scheint dem Konzern egal, und Herrn Putin ebenso. Das ist halt wahre Männerfreundschaft!

Hier noch ein tolles Gaunerstück im Doppelpack aus der Deutschen Bank: Kostenfaktor Ackermann ließ aus Profitgründen einen Immobilienfonds einfach dichtmachen, und nun haben vor allem die Kleinanleger das Nachsehen. Ihr bisschen Kohle ist vermutlich futsch! Auch Kostenfaktor Norbert Walter, seines Zeichens „Chefvolkswirt“ der Deutschen Bank, bewirtet das Volk auf seine Weise: Auszubildende, Berufseinsteiger und „alte“ Arbeitnehmer bekämen zu viel Geld, meint er, und sollten gefälligst „mit Rücksicht auf die Arbeitslosen“ auf Einkommen verzichten. Wunderbar, und wie sieht euer eigener Beitrag aus, ihr Sozialbetrüger?

Es gibt neue Rausschmisse zu vermelden: Daimler-Chrysler will bis 2008 weitere 7.500 Arbeitsplätze vernichten, wie im „Weser-Kurier“ vom 17. Dezember zu lesen ist. Inwieweit Bremen betroffen ist, schreibt die Zeitung nicht. Damit würde der Konzern in den nächsten Jahren wohl insgesamt über 10.000 Seilen streichen. Will er jetzt voll ins Rüstungsgeschäft?

Nun noch was aus Bremen: Mit seinem Porsche hat ein reicher Verkehrs-Rambo einen jungen Radfahrer mit voller Absicht mehrfach angefahren und kam dafür mit einer Bewährungsstrafe davon. Für einen solchen Mordversuch käme jeder „Normalbürger“ mit Sicherheit in den Knast. Justitias Moral von der Geschicht’: Die armen Kleinen hängt man, die reichen Großen lässt man laufen!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Subventionierte Lohndrückerei: Arbeitsbürokratie missbraucht Notlage Betroffener *(„TAZ“)*

Leise rieseln die Jobs

Eigentlich sollte mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe doch alles viel einfacher werden! Tatsächlich sieht es so aus, dass in Bremen die ALG-I-Bezieher von der Bundesagentur für Arbeit ihr Geld bekommen, die ALG-II-

Empfänger von der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales und die nicht Erwerbsfähigen vom Amt für Soziale Dienste!

So las ich am letzten Samstag einigermaßen fassungslos im „Weser-Kurier“, dass Bremen seinen Wasserkopf in der Verwaltung und Verfolgungsbetreuung von Langzeitarbeitslosen weiter ausgebaut hat: Nun haben sich mehrere Einrichtungen, die Ein-Euro-Jobs und Weiterbildungen anbieten beziehungsweise den Betroffenen aufzwingen, zu einem Konglomerat zusammengeschlossen, das auf den unschönen Namen „Vadib“ hört. Bisher vergibt die Bagis diese unsäglichen Ein-Euro-Jobs, und die Bremer Arbeit GmbH „prüft“, ob diese gemeinnützig und zusätzlich sind. Künftig wird auch noch ein „Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen“ mitmischen!

Angeblich soll es der Vadib möglich sein, Ein-Euro-Jobber in einer Weise zusätzlich weiter zu qualifizieren, die optimal zu deren Persönlichkeit passen würde. Vollmundig werden die Worthülsen „Vernetzung“ und „Koordination“ als Schlüsselworte benannt. Es wird auch weiterhin unablässig so getan, als ob die Ein-Euro-Jobs die Lösung schlechthin sein könnten, dabei sind sie größtenteils natürlich *nicht* zusätzlich, sondern ersetzen reguläre Beschäftigungsverhältnisse, bieten keinerlei Perspektive auf eine Festanstellung und können der noch sozialversicherungspflichtig arbeitenden Bevölkerung anschaulich damit drohen, was ihr blühen kann, wenn sie aufmucken und nicht weiterhin jede Kröte zu schlucken bereit sind. Bremen geht den falschen Weg!

Wenn selbst millionenschwere Zugeständnisse der Arbeitnehmer ihre Manager nicht davon abbringen können, das Aus für den Standort Deutschland zu verkünden, wenn ein gesundes Unternehmen keinerlei Arbeitsplatzgarantie mehr bietet, dann sind andere Mittel gefragt als ausgerechnet die Ausweitung und das Schönreden von Ein-Euro-Jobs, um den Arbeitsplatzabbau zu verlangsamen!

Es wäre sinnvoller, die Bezahlung von Konzernmanagern mit Aktienoptionen zu verbieten, weil dann nicht mehr nach Massenentlassungen die Börsenkurse in die Höhe schnellen würden! Außerdem sollte endlich gesagt werden, dass es in Deutschland bei einer Vierzig-Stunden-Woche nie wieder Vollbeschäftigung geben wird! Süßer die Lügen nie klingen als fünf Tage vor Heiligabend!

Elisabeth Graf (parteilos)

Wasserkopf: Bagis schafft drei Arbeitsplätze für Rundfunkgebührenbefreiungsbescheidabstempler *(„TAZ“)*

Trägerbündnis dient nur der Subventionsabzocke

Was sich anfangs nach einer guten Idee anhören mag, entpuppt sich beim zweiten Blick als fauler Zauber: Es geht den Dienstleistern doch nicht ernsthaft darum, Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Das ist auch nicht möglich bei der miesen Lage auf dem Arbeitsmarkt!

Dies bestätigen auch die nun zusammengeschlossenen Dienstleister. Eine dreiste Nummer, die dort abgezogen wird: Mit leeren Versprechungen, gekleidet in nette Worte, werden Langzeitarbeitslose umgewandelt in Lohndrückerkolonnen! Ist man ehrlich, und diese Ehrlichkeit fehlt bei den Trägern, sind diese Programme nur Drehtüren und feiste Notlügen!

Die Gewinner dieses Zombie-Marktes sind allein die Träger: Sie werden von der Agentur aus Nürnberg mit einem Millionenregen bedacht! Es geht nur darum, 2006 den 70 Millionen Euro großen Subventionstopf für Bremen voll auszuschöpfen, damit nicht wie in diesem Jahr 28 Millionen davon unabgezockt zurückfließen! Das ist der alleinige Grund des „Vadib“-Bündnisses!

Selbst die liberale und bisher makellose Volkshochschule buhlt jetzt um diese Millionen. Seit Bremen den VHS-Haushalt gekürzt hat, ist sie bemüht, sich neue Einnahmequellen zu erschließen, und wird so ihr bisher gut gepflegtes öffentliches Bild beschmutzen. Ist man erst einmal ins Schwimmen gekommen, darf man wohl auch ein unfaires Spiel betreiben! Ungeschönt heißt das: Aus den prekären Verhältnissen und der Notlage der Kunden und Teilnehmer werden Gewinne gescheffelt!

Ist eine neue Aufgabe der Träger etwa die Seelsorge? Dass die Agentur so etwas durchgewunken hat, gehört zum Weiterführen der Strategie der Arbeitsmarktreform: Das Heer der Arbeitslosen hat sich daran zu gewöhnen, rechtlos und prekär zu leben. Für Bremen bedeutet das: Mehr Ein-Euro-Jobber, mehr Druck und Zwang auf Arbeitslose, weniger Kaufkraft, mehr Armut und Probleme auch in der Innenstadt. Dann mal ein frohes, neues Jahr, ihr Guten!

Jens Schnitker (parteilos)

Subventionsabzocke: Personal-Service-Agenturen verursachen monatlich 5.700 Euro Mehrkosten pro Arbeitslosem *(„Spiegel-Online“)*

40 Prozent Gerdgas-Preisanstieg entspricht nicht der Billigkeit

Zum Jahresende haben die Bremer ihre Gesamtabrechnungen für den Gasverbrauch erhalten. In den meisten Fällen heißt es Draufzahlen! Für 2006 sind höhere Pauschalen vorzuschießen, doch seit Jahren raten Verbraucherschützer, diese nicht zu bezahlen!

Die Verbraucherzentrale Bremen empfiehlt Einspruch einzulegen und fordert vom Strom- und Gasmonopolisten SWB Enordia, seine Kalkulation zu veröffentlichen. Da dies bisher noch nicht geschehen ist, haben bereits über 50 Verbraucher die SWB wegen mangelnder Transparenz verklagt. Seit Anfang 2004 ist der Gaspreis um 40 Prozent gestiegen!

Mittlerweile weigern sich mehrere Tausend Verbraucher, diese Erhöhung zu tragen. Die SWB lässt sie gewähren, Hauptsache, sie zahlen wenigstens die alte Pauschale weiter. Es kann auch die Abrechnung in Zweifel gezogen werden. Die SWB sieht sich im Recht und klärt ihre Kunden natürlich nicht auf, spricht aber offen Drohungen aus.

Das Gerichtsverfahren zieht sich in die Länge. Einige Richter unterstützen das Begehren der Kläger und zweifeln an der „Billigkeit“, also einem gerechten, angemessenen Preis. Das Hauptverfahren hat noch nicht begonnen, was der SWB nur recht ist: Wenn es kein Urteil gibt, kann sie weitermachen wie bisher!

Wer bei der SWB Einspruch eingelegt hat, braucht die Erhöhung nicht zu bezahlen. Einen Musterbrief dafür gibt es bei der Verbraucherzentrale. Wer die alte Pauschale weiterzahlt, dem darf die Enordia den Gashahn nicht zudrehen. Ein Kunde, der die nicht angemessene Erhöhung nicht zahlt, weil die Kalkulation nicht offengelegt ist, kann auch, solange ein Urteil nicht gesprochen ist, von der SWB nicht verklagt werden!

Klagen gegen Erhöhungsverlangen von Gas- und Stromversorgern mit Monopolstellung laufen bundesweit. Die von den Verbraucherzentralen ausgelöste Klageflut wächst ständig an; es beteiligen sich derzeit eine halbe Million Kunden.

Seit kurzem mischt auch die Politik mit; es wurde ein Energiewirtschaftsgesetz verabschiedet und eine Netzkontrollbehörde eingerichtet. Die Konzerne geraten somit weiter unter Druck, doch vor allem der Verbraucher muss sich mehr bewegen, denn zu befürchten ist, dass viele Pläne gleich wieder in den Schubladen verschwinden oder zerredet, aufgeweicht und in die Länge gezogen werden.

Dass die Bewegung informierter und selbstbewusster Kritiker sich nicht mehr ohne weiteres niederbügeln lässt, ist auch den Konzernen klar, und sie machen

Teil-Zugeständnisse, kommen den Kunden langsam entgegen. Gegenwärtig versucht die Politik, diese Bewegung zu vereinnahmen. Die hessische Landesregierung weigert sich, die Strompreiserhöhung örtlicher Versorger zu genehmigen. Weitere Bundesländer wollen sich anschließen.

So gibt man sich populistisch als Beschützer des „kleinen Mannes“, verschweigt aber, dass die Politik den Erhöhungsbegehren jahrelang kritiklos zugestimmt hat, weil es Seilschaften zur Industrie gibt: Politiker kommen aus der Energiewirtschaft und wechseln nach Ausübung ihres Amtes dorthin zurück. Es ist ein Zweckbündnis entstanden, das mit kritischem Geist verfolgt werden muss!

Jens Schnitker (parteilos)

Pauschale Verdächtigung: Jobcenter sperrt Hartz IV für „Mohamedaner“ *(„Spiegel-Online“)*

Wir feiern ein kämpferisches Jahr 2005

Die 67. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Domshof führte wieder circa 35 Personen zusammen. Nach kurzer Rederunde zu Anfang ging es auf die Demo bis zur „Glocke“. Dabei sprachen die Moderatoren und andere wieder zu mehreren Themen, die trotz der zunehmenden Weihnachtshektik von einigen Menschen angehört und beachtet wurden.

Zum Ende hin lockten uns Glühwein, Salate und Würstchen zum fröhlichen gemeinsamen Jahresabschlussfest in warmer Umgebung. Verschiedene kulturelle Beiträge, viele Gespräche untereinander und etwas Musik sorgten für gute Stimmung. So konnten wir auch über 100 Euro durch Spenden einnehmen. Das stärkt uns weiter im kommenden Jahr!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Verwandlung durch Arbeitslosigkeit: Vom Leistungsträger zum Parasiten *(Franz Kafka)*

Köhler fordert Nachdenken über Grundeinkommen: Wer nichts verdient, soll eine Grundsicherung vom Staat erhalten *(„TAZ“)*

Minijobs killen Arbeitsplätze: Aber SPD fordert weitere Ausbeutungsanreize *(„Spiegel-Online“)*

Bremer Montagsdemo

Statistik

Teilnehmerzahlen

Gezählte Teilnehmer an der Bremer Montagsdemo im Jahr **2005**

Januar	20.)	60	21.)	100	22.)	70	23.)	80	24.)	600	
Februar	25.)	53	26.)	46	27.)	50	28.)	46			
März	29.)	60	30.)	50	31.)	60					
April	32.)	70	33.)	35	34.)	100	35.)	90			
Mai	36.)	50	37.)	30	38.)	85	39.)	52			
Juni	40.)	50	41.)	55	42.)	47	43.)	50			
Juli	44.)	35	45.)	45	46.)	55	47.)	60			
August	48.)	55	49.)	60	50.)	55	51.)	70	52.)	80	
September	53.)	40	54.)	40	55.)	50	56.)	50			
Oktober	57.)	50	58.)	50	59.)	30	60.)	55			
November	61.)	50	62.)	40	63.)	40	64.)	40			
Dezember	65.)	30	66.)	40	67.)	35					

Durchschnitt: **54**

(ohne die gemeinsam mit Studenten abgehaltene 24. Montagsdemo)

Besuchszahlen

Hinweise auf die Besuchszahlen der Bremer Montagsdemo im weltweiten Datennetz geben automatisch erzeugte Statistiken, die der beauftragte Speicherplatz-Dienstleister bereitstellt. Für Vergleiche mit Daten anderer Netzauftritte ist zu berücksichtigen, dass bei einem **Besuch** meist mehrere **Zugriffe** getätigt werden; bei der Bremer Montagsdemo durchschnittlich sechs. Zu unterscheiden sind folgende Kennwerte:

Hits: Anzahl der an den Netzrechner gestellten *Anfragen,* auch wenn es entsprechende Dateien nicht gibt oder es sich nur um Bilder einer Seite handelt.

Files: Anzahl der vom Netzrechner an die Besucher übertragenen *Dateien* einschließlich Texten, Bildern, Rahmenseiten und Gestaltungsvorlagen.

Pages: Anzahl der abgerufenen vollständigen *Seiten* ohne die darin möglicherweise enthaltenen Bilder oder zugeordneten Gestaltungsvorlagen.

Bytes: Anzahl übertragener *Ganzzahlen* kleiner als 256, entspricht Grauwerten in Bildern oder Schriftzeichen in Texten; es gilt 1 kByte = 1024 Bytes.

Visits: Anzahl höchstens halbstündiger *Besuche* auf dem Netzrechner, ausgehend von einer einzigen Quelladresse auch zu verschiedenen Zielseiten.

Sites: Anzahl unterschiedlicher *Adressen* von Besuchern, die Seitenabrufe getätigt haben, entspricht realen Personen zuzüglich Suchmaschinen.

Agents: Anzahl unterschiedlicher Kombinationen von *Browser, Betriebssystem* und *Prozessor*, welche von Besuchern, die Seitenabrufe getätigt haben, gemeldet wurden.

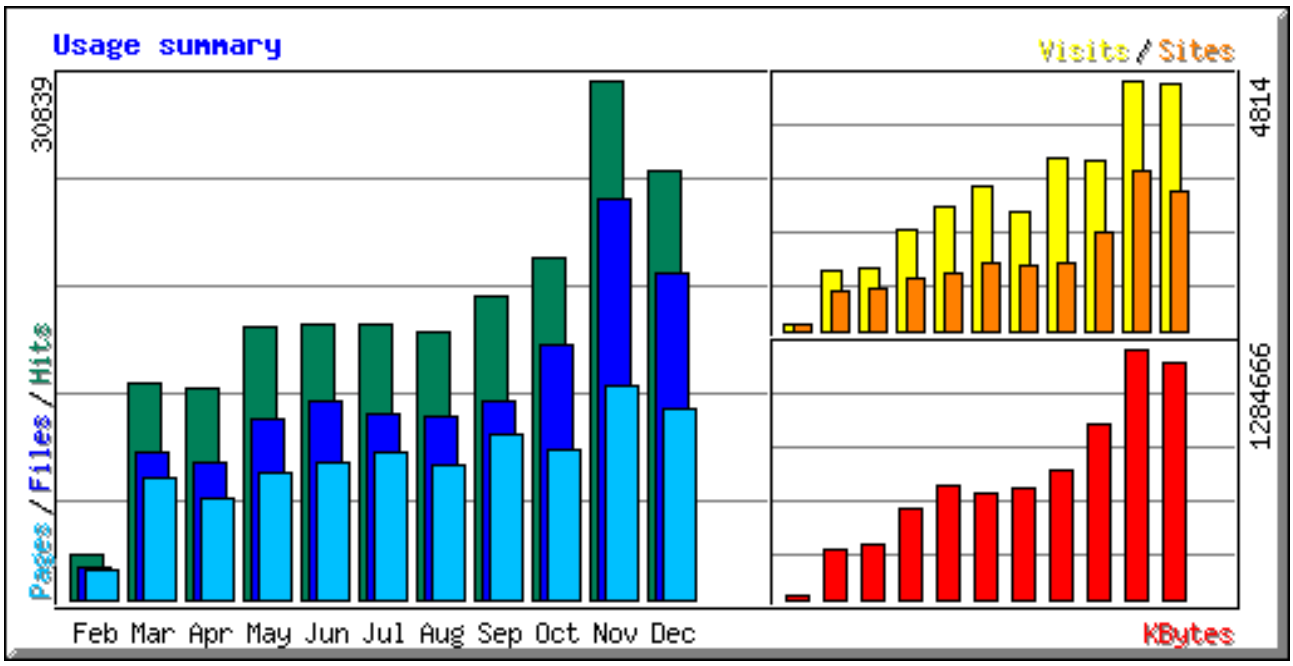
Genaue Besucherzahlen lassen sich nicht angeben. Dauert ein Besuch länger als eine halbe Stunde, erhöht sich die Zahl der *Visits*. Dagegen wird *Sites* auch dann weitergezählt, wenn eine angeforderte Datei nicht zu finden ist oder ein Besucher nach erneuter Einwahl ins Datennetz unter anderer Adresse wiederkommt.

Bei niedrigen Besucherzahlen mag *Agents* annähernd mit der Zahl realer Personen übereinstimmen, doch bei anwachsendem Zustrom verfügen die Besucher über teils ähnlich ausgestattete Rechner und können nicht mehr anhand von *Browser, Betriebssystem* und *Prozessor* unterschieden werden.

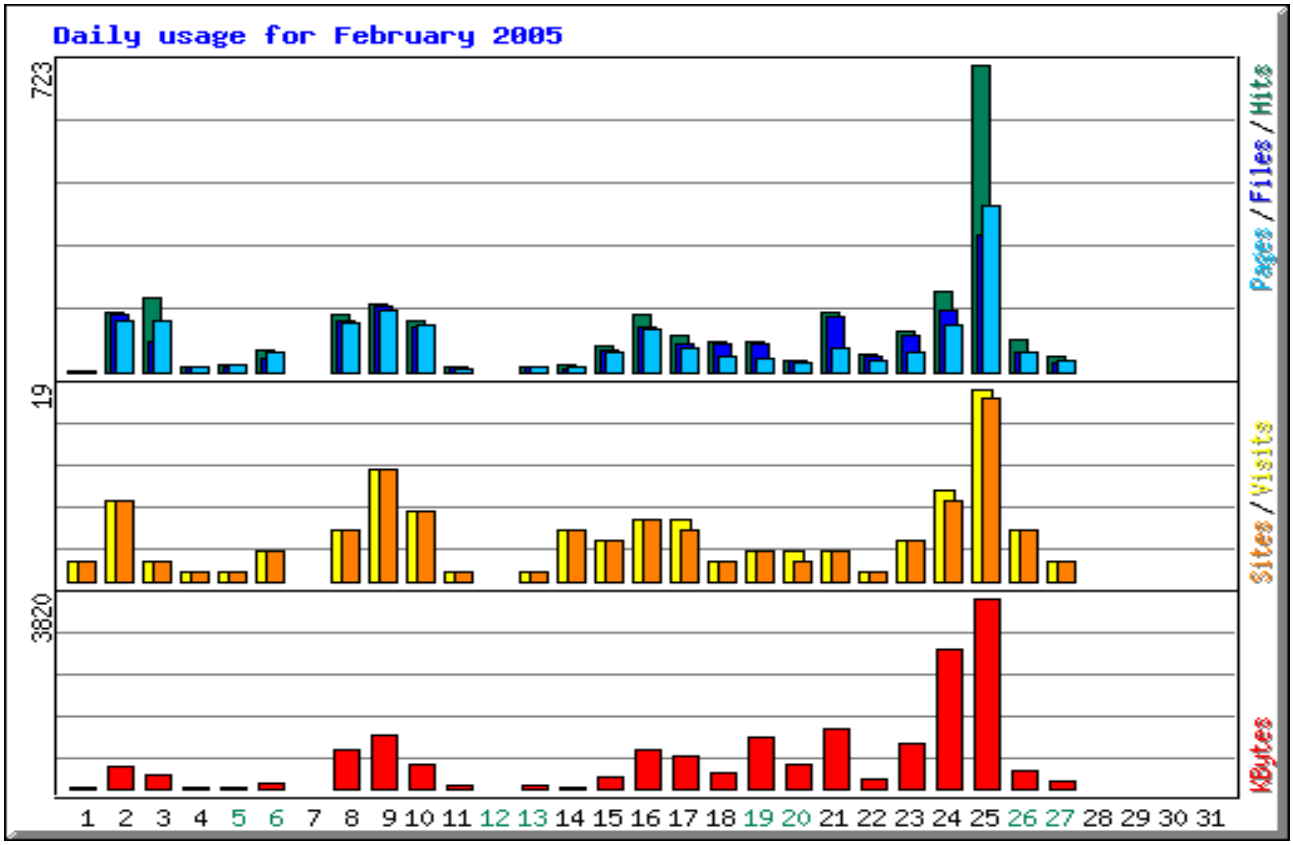
Die Kennwerte schwanken im Wochenrhythmus. Offenbar kehrt ein Teil der Besucher regelmäßig wieder, um die nach der jeweils letzten Montagsdemo neu hinzugekommenen Redebeiträge zu lesen. Eine durch drei geteilte Zahl der monatlichen *Sites* könnte eine Vorstellung von der Größe des Besucherkreises geben. Die Minima am Wochenende lassen vermuten, dass ein Großteil der Besucher Berufstätige sind, die unsere Website vom Arbeitsplatzrechner aus aufrufen.

Die Statistiken spiegeln Einzelereignisse wider. 1. Februar 2005: Freischalten dieses Netzangebotes. 24. Februar: Verzeichnung bei der .Bundesweiten Montagsdemo. 6. März: Benachrichtigen von Betreibern ähnlicher Websites mit Bitte um Vernetzung. 20. März: Bericht im „Weser-Kurier“ über Veröffentlichung des 1. Bremer Mietspiegels.

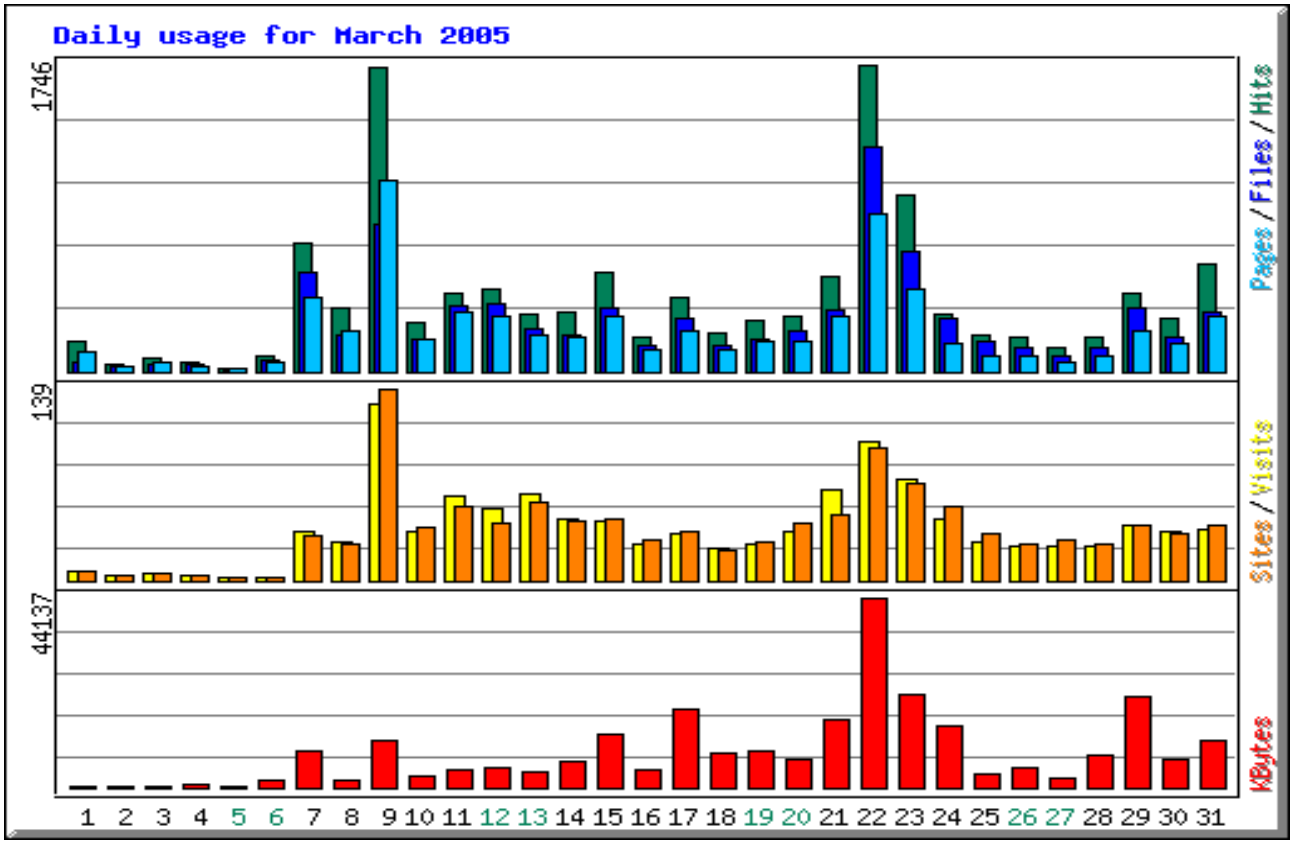
Gezählte Besuche (monatliche Visits)
auf der Homepage der Bremer Montagsdemo im Jahr 2005



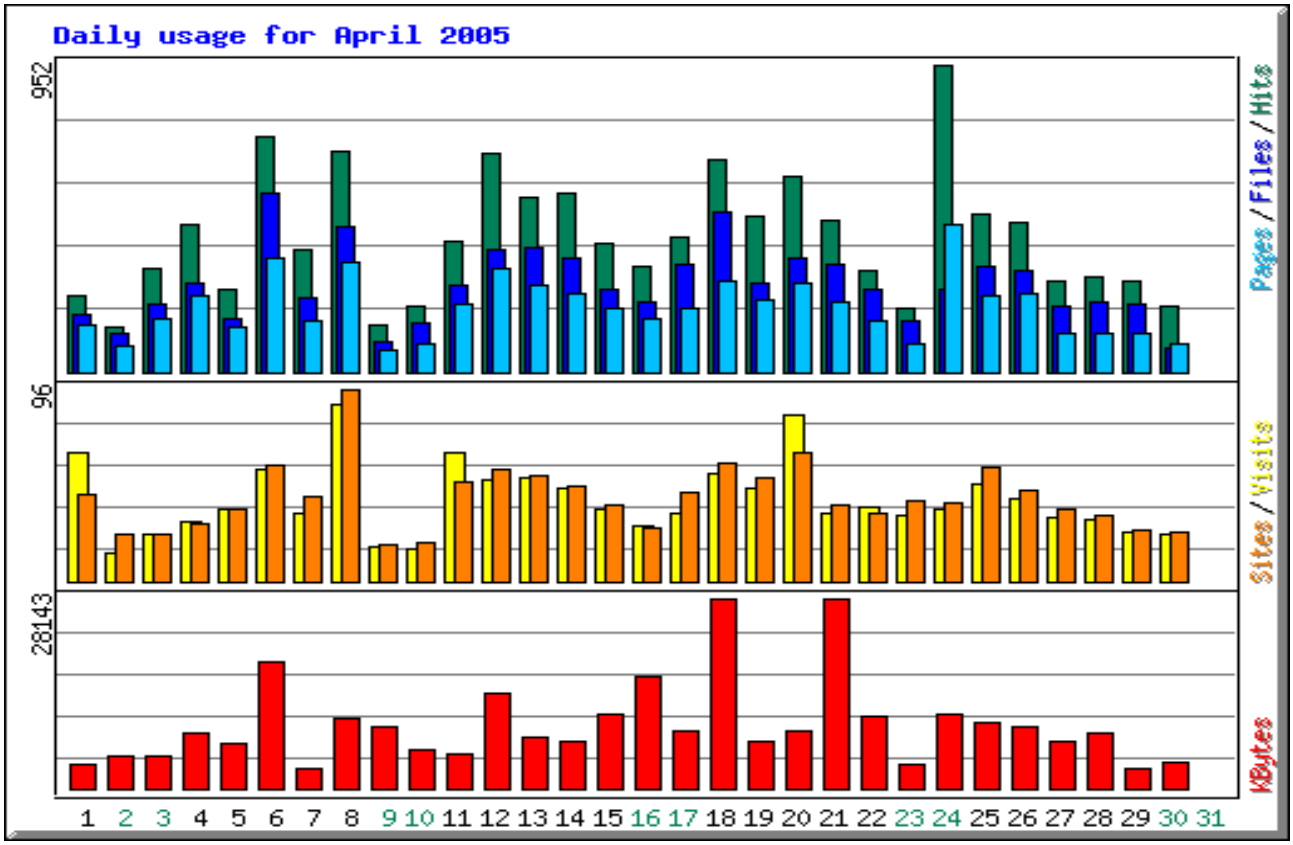
Januar: 0 / Februar: 114 / März: 1.162 / April: 1.213 / Mai: 1.947 / Juni: 2.368 / Juli: 2.753 / August: 2.261 / September: 3.332 / Oktober: 3.250 / November: 4.814 / Dezember: 4.759 / insgesamt: 27.973 / Tagesmittel: 77



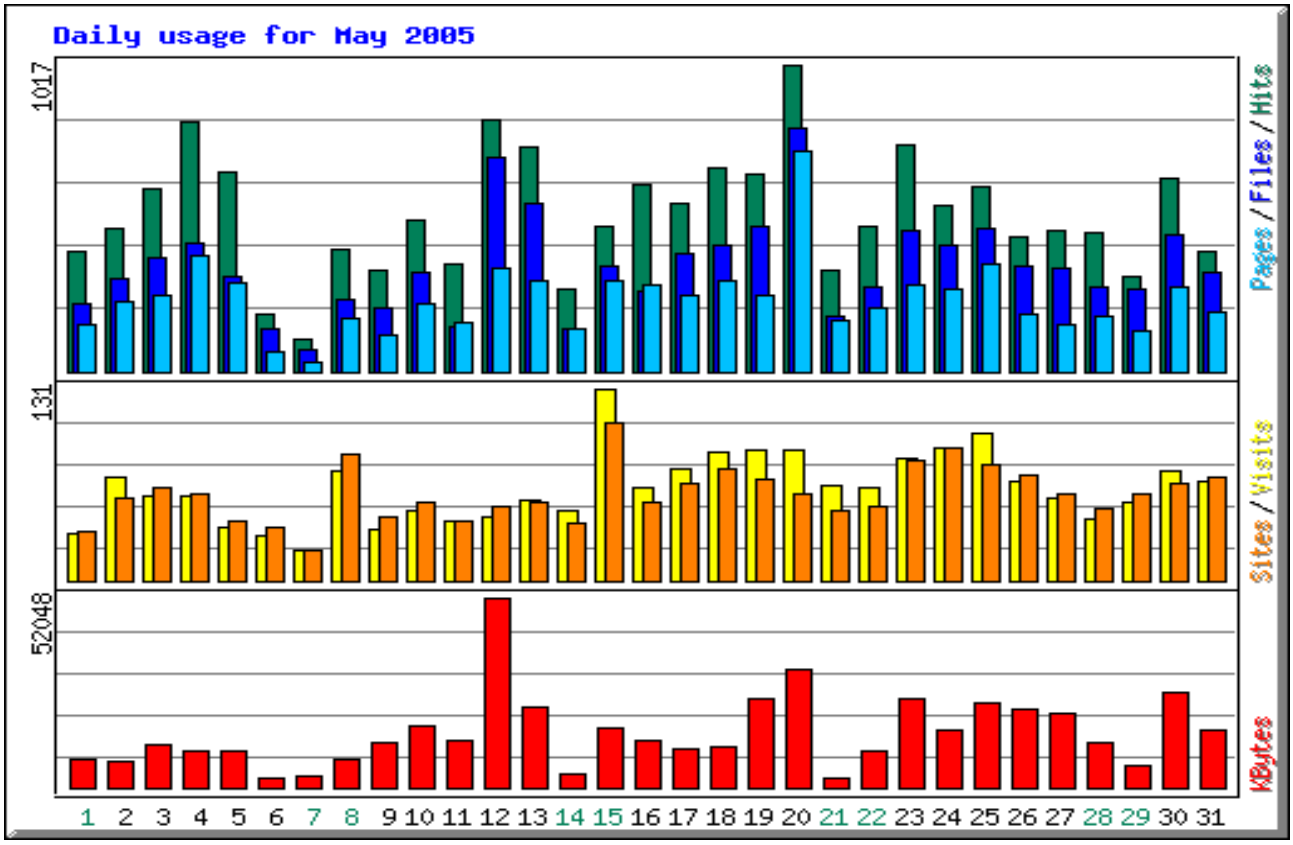
Sites/Agents (monatlich): 110/38 (= circa 3), Visits (täglich): 4



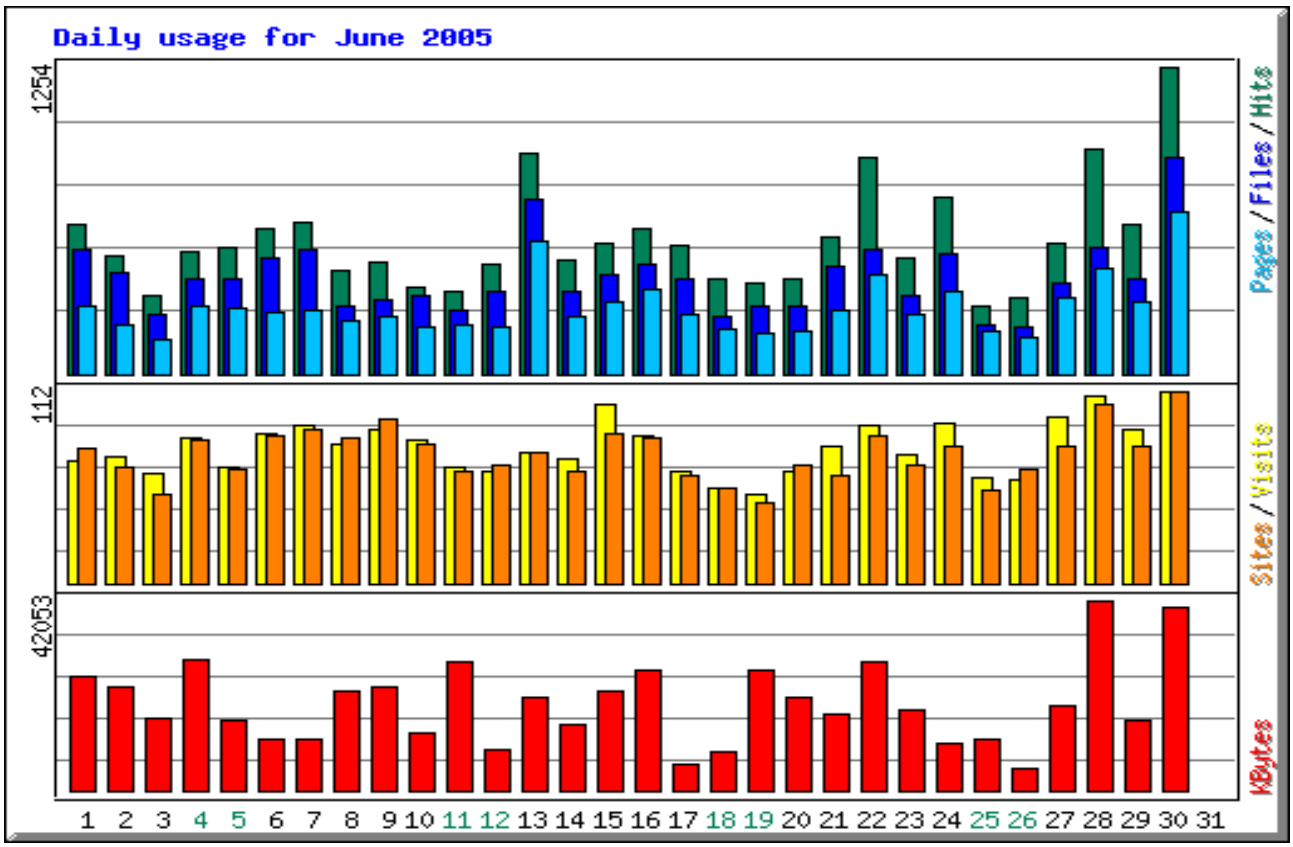
Sites/Agents (monatlich): 768/197, Visits (täglich): 37



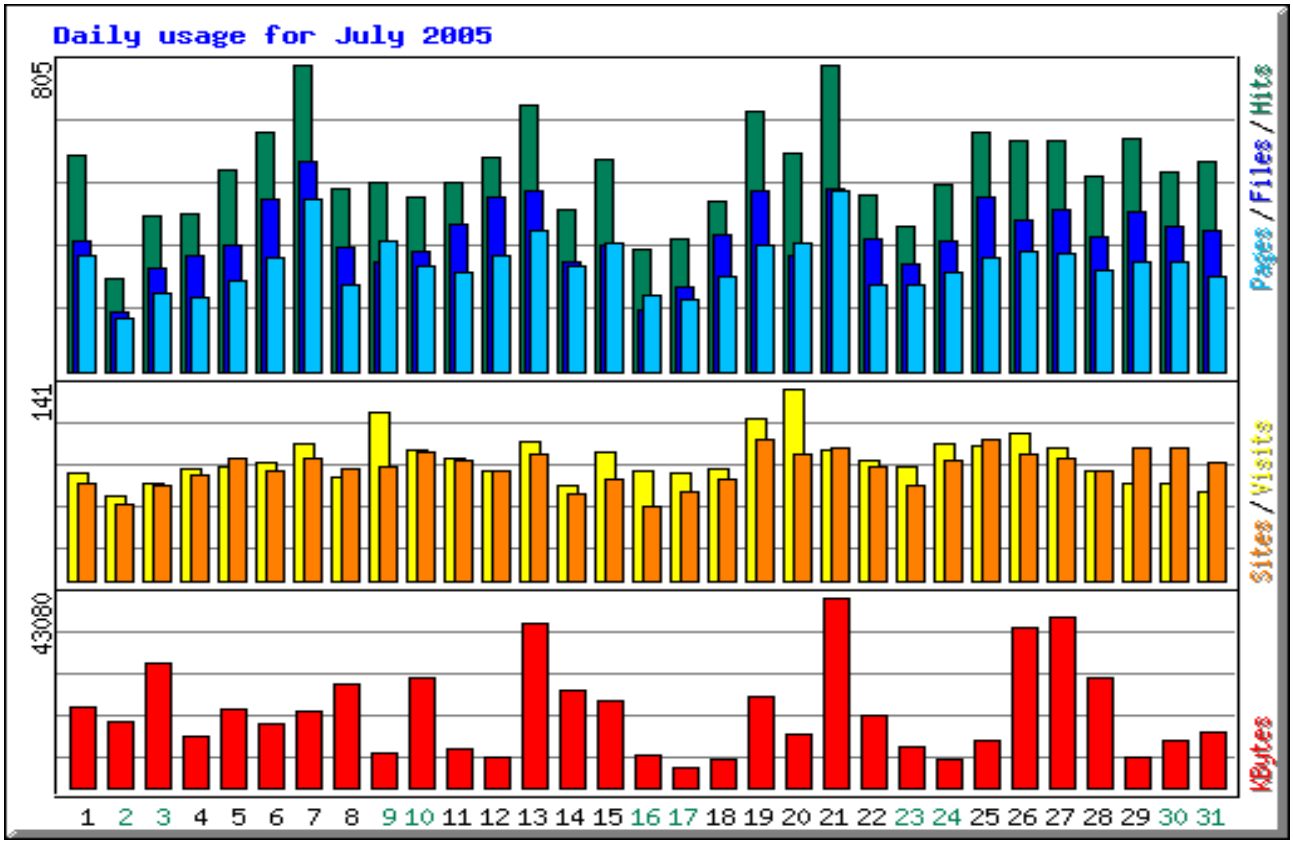
Sites/Agents (monatlich): 821/45, Visits (täglich): 40



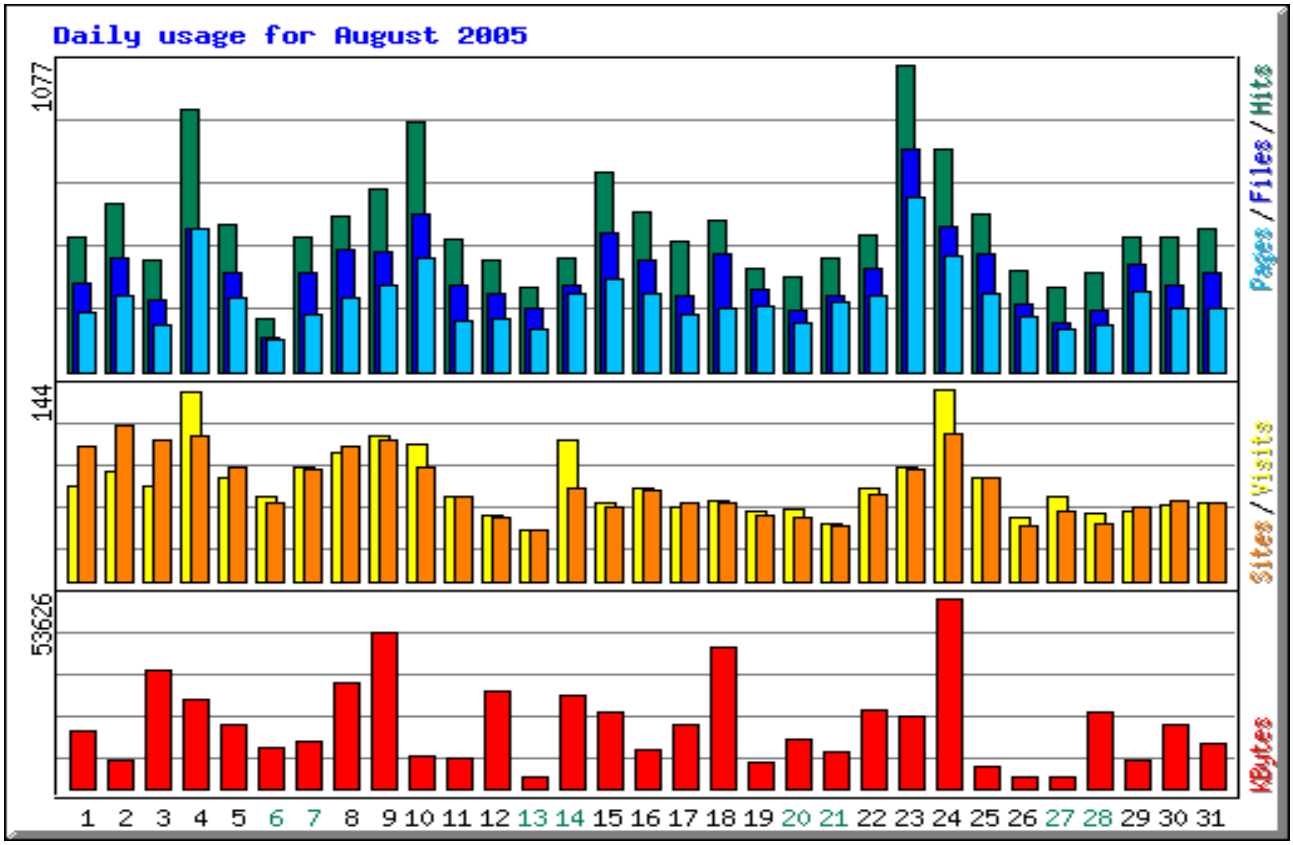
Sites/Agents (monatlich): 1.003/52, Visits (täglich): **62**



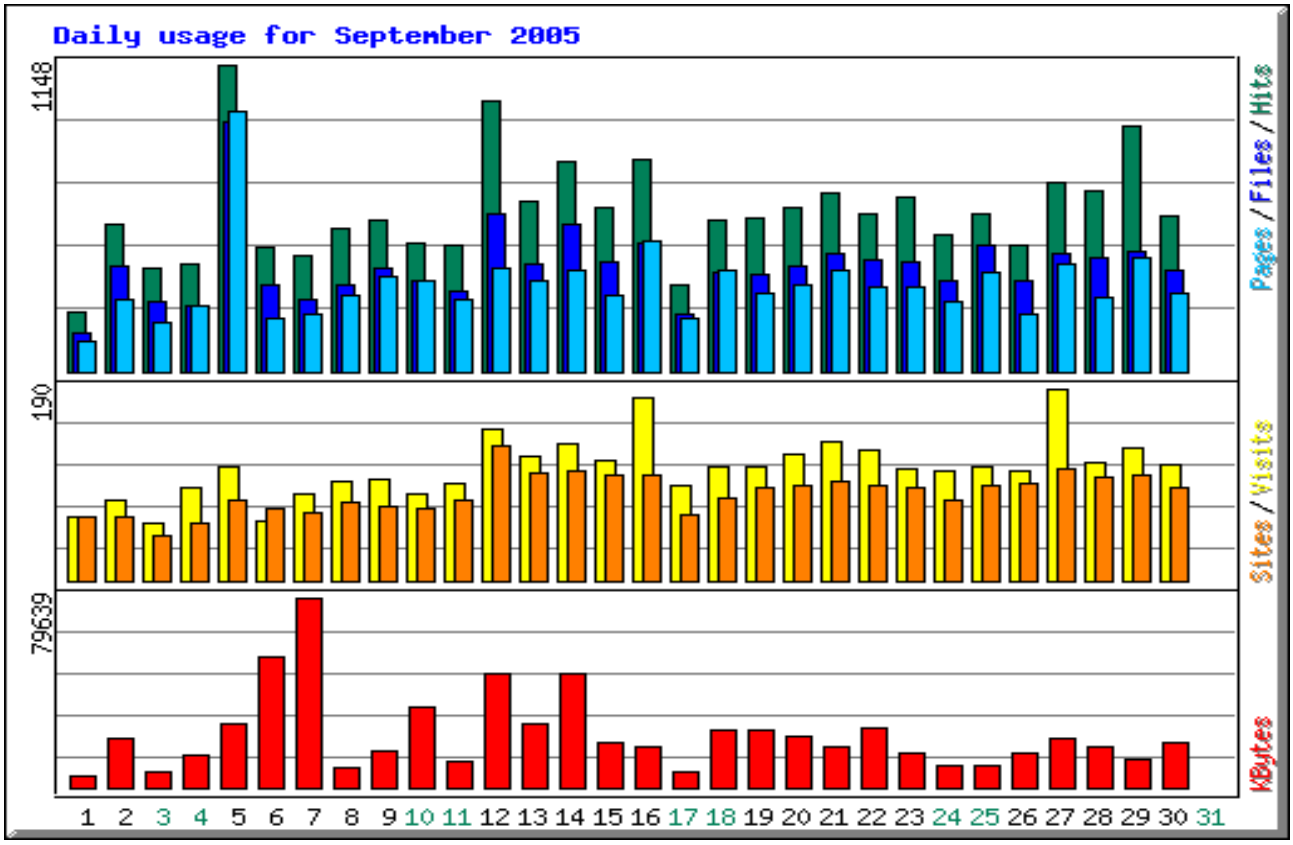
Sites/Agents (monatlich): 1.121/64, Visits (täglich): **78**



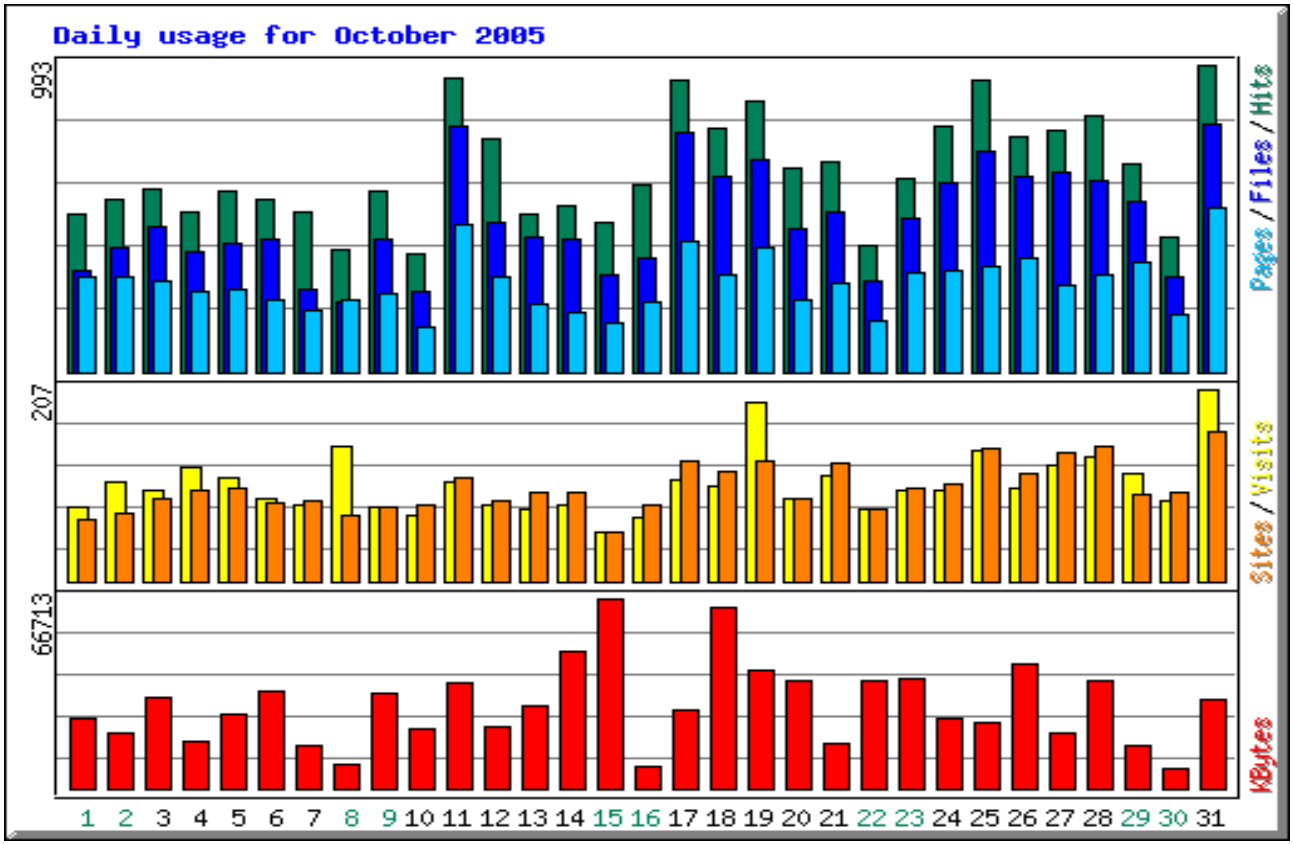
Sites/Agents (monatlich): 1.301/81, Visits (täglich): **88**



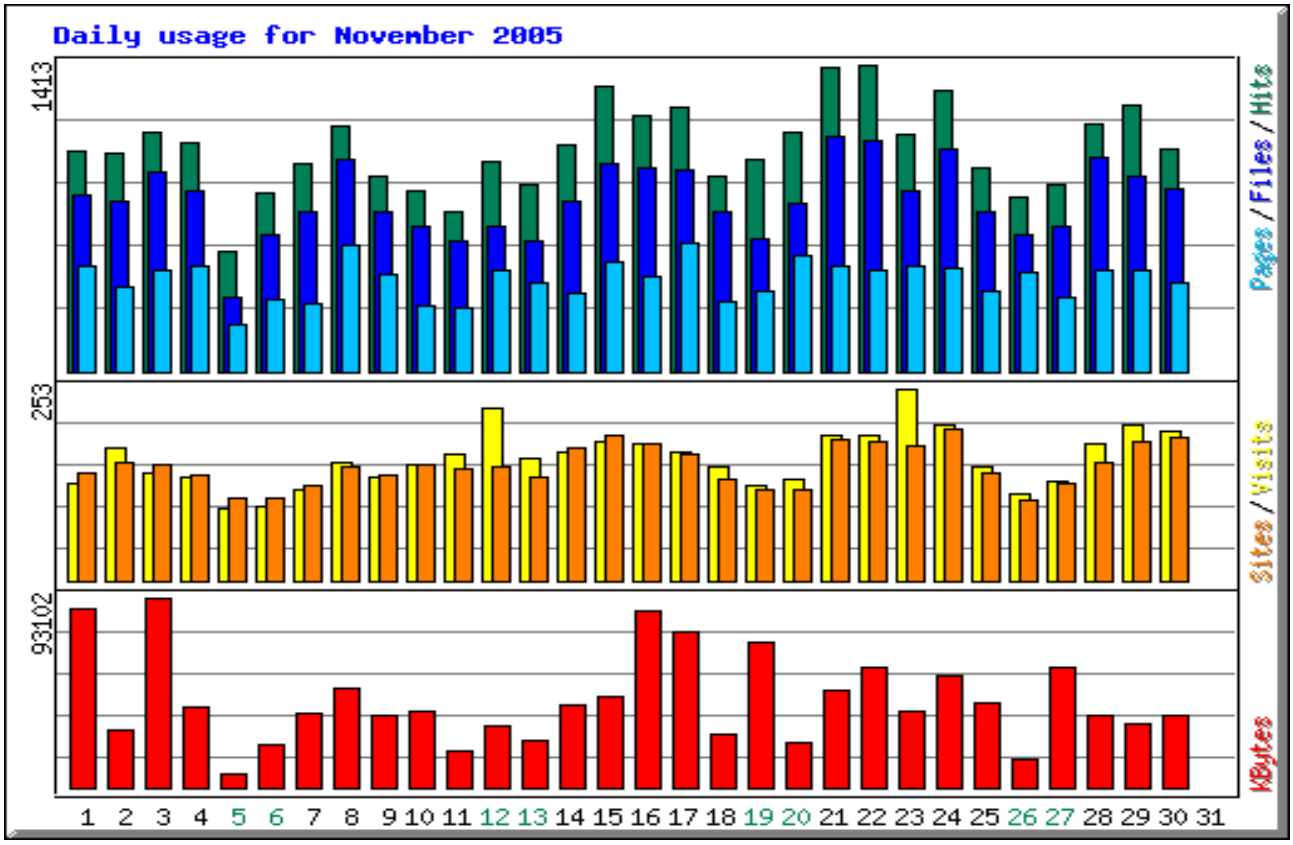
Sites/Agents (monatlich): 1.275/80, Visits (täglich): **72**



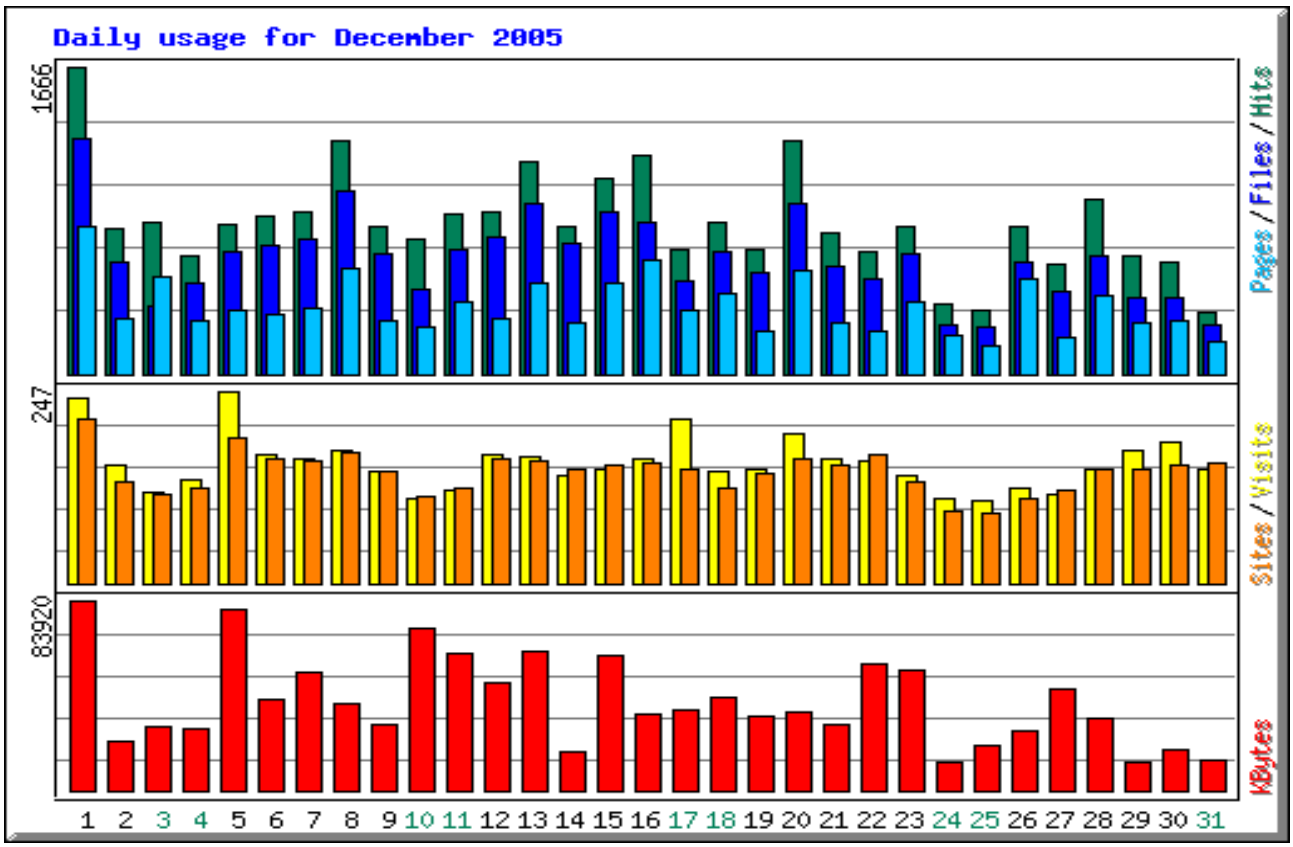
Sites/Agents (monatlich): 1.311/80, Visits (täglich): **111**



Sites/Agents (monatlich): 1.914/111, Visits (täglich): **104**



Sites/Agents (monatlich): 3.083/133, Visits (täglich): **160**



Sites/Agents (monatlich): 2.698/113, Visits (täglich): **153**

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

Weg mit Hartz IV !

Warum gibt es eine Montagsdemo auch in Bremen? – Weil die katastrophalen Auswirkungen von Hartz IV und Agenda 2010 *alle Teile* der Bevölkerung treffen!

- Die Regelsätze für Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeldempfänger sowie der Grundsicherung für Rentner liegen mit 345 Euro weit unter dem Existenzminimum!
- Von den früheren Arbeitslosenhilfebeziehern erhalten 71 Prozent künftig weniger oder gar keine Geldleistungen mehr! Hiervon sind hauptsächlich Frauen betroffen: ein politischer Offenbarungseid!
- Kinderbetreuungskosten müssen aus dem viel zu niedrigen Regelsatz bezahlt werden: Alleinerziehend zu sein, bedeutet unter dieser Regierung also Verarmung!
- Durch die Einführung der Ein-Euro-Jobs werden in den Betrieben reguläre Arbeitsplätze vernichtet! Dieses Schicksal kann mittlerweile *jeden* Erwerbstätigen treffen!
- Die systematische Vernichtung der Massenkaufkraft bedroht Kleingewerbetreibende in ihrer Existenz!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Unsere Montagsdemo ist aber nicht nur Ausdruck des Protestes! Wir organisieren zugleich Hilfestellung für die Betroffenen! Wehrt euch für eine menschenwürdige Zukunft! Wehrt euch gemeinsam mit uns, bevor es zu spät ist! Die Montagsdemo geht uns alle an! Wir sind das Volk! Hartz IV und Agenda 2010 müssen weg!

www.Bremer-Montagsdemo.de
***immer* ab 17:30 am Marktplatz**

SOSYAL YIKIMA HAYIR

Bremen ’de neden Montagsdemo var? – Çünkü Hartz IV nın yol açdığı büyük yıkım (Agenda 2010) bütün Halkı kapsamakdadır!

- Uygulamalara sokulan yeni yasalar işsizlik parası II (Arbeitslosengeld II) ve sozial parayla geçinen insanlar, bununla birlikte emekliler parası 345 € indirilip yaşama standardlarının altına düşürülmektedir.
- Geçmiş de işsizlik parası alanların şimdi 71 % ya az almakda, yada hiç almamaktadır. Bu yeni yasalar en çok kadınları etkilemekdedir.
- Çocuk bakım parası bu yeni uygulamalarla ortadan kalkmakdadır: yani tek başına çocuk büyütmek demek bir anlamda yoksulluk içinde çırpınmak demektir.
- 1€-Jobun yasalara geçmesiğle fabrikalarda iş yerleri bir bir yok olmaktadır. Ve bu yokoluş tüm insanları kendi kaderine (yanlızlığa) itmekdedir.
- Bu sistematik uygulama, (yani yıkım) küçük firmaların alış gücünü yok etmekle birlikde, kendi eksistendlerini de koruyamamakdadır.

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Ama bizim Montagsdemomuz sadece protesto olmamakla birlikde bu yasaların etkilediği insanlara da yardım elli uzatmakdadır. Ey Halk uyan, insanca bir yaşam icin tek vucut olup gelecegimizi kendi ellerimizle yaratalım. Montagsdemo hepimizi ilgilendiren bir organization’ dur. Biz Halkız. Hartz IV ve Agenda 2010 kayıtsız, şartsız, öyle veya böyle gitmelidir.

www.Bremer-Montagsdemo.de
17:30 Marktpl

No to Hartz IV !

Why a Monday Demonstration in Bremen, too? – Because the disastrous consequences of the Hartz IV laws and the Agenda 2010 have an effect on *every section* of the population!

- The monthly amount of 345 Euros for recipients of unemployment benefit II (Arbeitslosengeld II), social security benefits (Sozialgeld) and basic security benefits for pensioners (Grundsicherung) is far below subsistence level!
- 71 per cent of those who used to receive unemployment benefit are getting reduced payments now or losing financial support altogether! This hits mainly women: a political oath of disclosure!
- All expenditure for childcare is supposed to be covered by the insufficient basic unemployment benefit, and being a single parent therefore equals poverty!
- Introducing one-Euro-jobs leads to the destruction of regular employment in the factories! Any employee could lose his or her secure job through this development!
- Systematic destruction of mass purchasing power threatens the existence of small businesses!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Yet our Monday Demonstration is not a mere expression of protest, it also organizes help for those concerned! Fight for a human future! Join our fight before it is too late! The Monday Demonstration does concern each of us! We are the people! No to Hartz IV and Agenda 2010!

www.Bremer-Montagsdemo.de
17:30 Marktplatz